Die Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer

zsh
Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Deutschland 2014

25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts

Abschlussbericht

Everhard Holtmann
Oscar W. Gabriel
Jürgen Maier
Michaela Maier
Tobias Jaeck
Melanie Leidecker

Februar 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

die deutsche Einheit wurde am 23. August 1990 durch den Beschluss der ersten und einzigen frei gewählten Volkskammer über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zur politischen Realität und am 3. Oktober 1990 mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages förmlich besiegelt. Die Lebenswirklichkeit insbesondere für die Ostdeutschen hat sich seither tiefgreifend gewandelt, die so gut wie vollständige Transformation des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems hat vielen Menschen große Opfer abverlangt. Aber der Vereinigungsprozess hat nicht nur Ostdeutschland, sondern unser ganzes Land grundlegend verändert.

Stehen wir heute auf einem gemeinsamen Fundament? Und haben wir darauf sogar ein neues Haus gebaut?

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Wiedervereinigung habe ich deshalb die Studie „Deutschland 2014 - 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ in Auftrag gegeben, die eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der politischen Kultur in Deutschland seit der Wiedervereinigung auf Basis einer - in dieser Tiefe bisher nicht durchgeführten und umfassenden - Meta-Analyse bietet. Darüber hinaus werden mittels der sogenannten Stellvertreterforschung bemerkenswerte Aussagen zu Einstellungen und Stimmungslagen in der DDR vor 1990 getroffen.

Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse der Studie. Sie zeigt die großen Trendlinien politischer und gesellschaftlicher Einstellungen der Deutschen in der DDR vor 1990 und zwischen 1990 und 2014 im vereinten Deutschland anhand empirischer Daten auf. Sie zeigt auf, was die Menschen in der DDR und später in Ost und West über Demokratie, die rechtsstaatlichen Institutionen in der Bundesrepublik, die persönliche Einschätzung der wirtschaftliche Lage, Aspekte der Gleichberechtigung und vieles mehr denken.

Ich freue mich darüber, dass die Untersuchung klare Belege dafür liefert, dass Ost und West seit der Wiedervereinigung im Sinne Willy Brandts zusammenwachsen. So äußern mehr als drei Viertel der Menschen in Ost und West eine außerordentlich hohe allgemeine Lebenszufriedenheit. 77 Prozent der Ostdeutschen und immerhin stattliche 62 Prozent der Westdeutschen haben die Wiedervereinigung für sich persönlich als vorteilhaft erlebt. Das ist ein deutliches Zeichen für eine allen Irrtümern, Fehlern und Rückschlägen zum Trotz insgesamt gute und gelungene Entwicklung. Die überwiegend ermutigenden Ergebnisse der Studie bestätigen und unterstützen unsere Anstrengungen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen. Sie unterstreichen, wie viel wir schon erreicht haben.

Wir sind vereint, aber noch nicht eins – das ist für mich die zentrale Botschaft dieser wichtigen Studie. Wir haben noch eine Menge zu tun. Es gilt, die noch vor uns liegenden Aufgaben anzugehen, ohne die bestehenden Defizite zu beschönigen. Wir müssen sagen, was wir tun, und tun, was wir sagen. Die Vollendung der deutschen Einheit bleibt ohne Wenn und Aber auf der politischen Tagesordnung!

Iris Gleicke

Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis 8

Tabellenverzeichnis 12

1 Kurzfassung der Untersuchungsergebnisse 15

2 Zeitplan 15

3 Ausgangslage 1990 - Die Historisierung politischer und gesellschaftlicher Einstellungen und das kulturelle Erbe der DDR im wiedervereinigten Deutschland 50

3.1 Allgemeine Einordnung 50

3.1.1 Das Jahr der Einigung 1990 als Scheiteljahr zwischen Vergangenheit und Zukunft – zur zeitlichen Verortung des historischen Geschehens 50

3.1.2 Politische Kultur, Politische Unterstützung, Pfadabhängigkeit – ein begriffliches Dreieck der Metaanalyse 56

3.1.3 Langzeitwirkungen der deutschen „Staatskultur“ 60

3.1.4 „Gemeinschaftskultur“ und „Gesellschaftskultur“ als komplementäre Stränge neben der „Staatskultur“ 62

3.1.5 Staatshilfe und Eigeninitiative – die Modernisierung der Staatskultur im „Modell Deutschland“ der Bundesrepublik 64

3.1.6 Die autoritäre Umformung der Staatskultur in der DDR und dortige Besonderheiten der Gemeinschafts- und Gesellschaftskultur 69

3.2 Empirie 77

3.2.1 Einstellungen und Stimmungslagen in der DDR – Befunde der „Stellvertreterforschung“ 77

3.2.2 Einschätzung des politischen Alltags in der DDR: Freiheitsspielräume und freie Meinungsäußerung 79

3.2.3 Die Unterstützung des politischen Systems der DDR 80

3.2.4 Erscheinungsformen von Gesellschafts- und Gemeinschaftskultur: Beteiligung am öffentlichen Leben, Tauschbeziehungen und Gemeinschaft im Betrieb 86

3.2.5 Einschätzung der Lebensbedingungen im Systemvergleich DDR/BRD 91

3.2.6 Inkubationszeit des Umbruchs: die Umschaltjahre 1988 und 1989 ... 99

3.2.7 Die Einstellungen der DDR-Bürger am Vorabend der deutschen Vereinigung von Frühjahr bis Sommer 1990 ... 101

3.2.8 Das erste Jahr danach: wachsende Sorgen und das Ende der Illusionen ... 114

3.2.9 Schneller Anschluss an die Gesellschaftskultur der Demokratie: Verbandsbindungen in Ostdeutschland im Jahr der Einigung ... 121

3.2.10 Staatsverantwortung oder Eigenverantwortung? – Die Nachwirkungen der „Staatskultur" bei Eintritt in die deutsche Einigung ... 124

3.2.11 Konvergenz oder Divergenz, oder: was blieb und was kam? – ein Zwischenfazit ... 127

4 Die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Kultur im wiedervereinigten Deutschland seit 1990 ... 132

4.1 Kulturelle Angleichung ... 132

4.1.1 Tradierung und Modernisierung von Rollenbildern ... 132

4.1.2 Zusammenfassung ... 141

4.2 Demokratie und Parteienstaat ... 142

4.3 Ökonomische Lebensbedingungen ... 150

4.4 Partizipation und Involviertheit ... 155

4.5 Extremismus, Toleranz und Integration ... 162

4.6 Zusammenfassung und Ausblick ... 168

5 Deutschland 2014 – Ergebnisse der Umfragestudie ... 169

5.1 Die deutsche Einigung: Gewinn oder Verlust? – Die DDR und die Bundesrepublik im persönlichen Vergleich der Systeme ... 169

5.2 25 Jahre Friedliche Revolution – Eine Bilanz ... 178

5.3 Eigenverantwortung oder Zuständigkeit des Staates? ... 180

5.4 Unterstützung der Demokratie, politisches Vertrauen und politisches Engagement – Eckpfeiler einer demokratischen politischen Kultur in Deutschland ... 184

5.5 Die Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie im vereinigten Deutschland ... 185

5.5.1 Politisches Vertrauen im vereinten Deutschland ... 200

5.6 Politisches Engagement in den alten und neuen Bundesländern ... 207

5.6.1 Kognitives Engagement ... 211

5.6.2 Politische Partizipation ... 214

5.7 Verbundenheit der Bewohner mit verschiedenen Gebieten ... 225

5.8 Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit ... 230

5.9 Mediennutzung und Medienwahrnehmung ... 233

6 Die Deutsche Einheit im Spiegel der Massenmedien – ein Problemaufriss ... 244

7 Studien zur Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit ... 247

7.1 Überblick über den Forschungsstand ... 247

7.2 Ostdeutschland in den Medien ... 251

7.3 Zusammenfassung des Forschungsstandes in Thesen ... 257

7.4 Forschungsfragen ... 258

8 Methode ... 261

8.1 Quantitative Inhaltsanalyse ... 261

8.2 Untersuchungsdesign ... 262

8.2.1 Auswahl der Medien ... 262

8.2.2 Untersuchungseinheiten ... 263

8.2.3 Auswahl der Untersuchungszeitpunkte ... 264

8.2.4 Überblick über die Untersuchungseinheiten und das Kategoriensystem ... 267

8.2.5 Datenerhebung und Reliabilität ... 268

9 Ergebnisse – Die Presseberichterstattung über die Deutsche Wiedervereinigung im Langzeitvergleich ... 271

9.1 Formale Merkmale der Berichterstattung ... 271

9.1.1 Umfang der Berichterstattung ... 271

9.1.2 Urheber und Quellen ... 277

9.1.3 Platzierung und Visualisierung ... 279

9.1.4 Darstellungsformen ... 284

9.2 Inhalte der Berichterstattung 285

9.2.1 Anlässe der Berichterstattung 285

9.2.2 Über welche Themen wird berichtet? 286

9.2.3 Aus welcher Perspektive wird berichtet? 289

9.2.4 Wie stark wird über Probleme und Konflikte berichtet? 291

9.2.5 Wie stark wird über Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Angleichungsprozesse zwischen Ost- und Westdeutschland berichtet? 298

9.2.6 Wie wird die Deutsche Einheit bewertet? 306

10 Unterschiedliche Zeitungen, Unterschiede in der Berichterstattung? 321

10.1 Unterschiede in Abhängigkeit von der redaktionellen Linie 321

10.2 Unterschiede zwischen Qualitäts- und Boulevardpresse 322

10.3 Unterschiede nach Verbreitungsgebiet 323

10.4 Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Zeitungen 324

11 25 Jahre Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit – eine Zusammenfassung 327

12 Anhang der Medieninhaltsanalyse – Codebuch 336

12.1 Einleitung und Anlage der Untersuchung 336

12.1.1 Untersuchungszeitraum 338

12.1.2 Untersuchungs-, Analyse- und Codiereinheiten 338

12.1.3 Stichprobe 339

12.2 Kategoriensystem 340

13 Literaturnachweis 366

14 Fragebogen Deutschland 2014 380

15 Ansprechpartner und Autoren 393

Impressum 392

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Freie Meinungsäußerung in der DDR 80

Abbildung 2 Zufriedenheit der DDR-Bürger mit den politischen Verhältnissen 81

Abbildung 3 Einstellung der DDR-Bürger zum politischen System 83

Abbildung 4 Verteilung der DDR-Bewohner auf Einstellungstypen 85

Abbildung 5 Teilnahme an Veranstaltungen politischer/gesellschaftlicher Organisationen 87

Abbildung 6 Motivation des Beitritts in eine Organisation 88

Abbildung 7 Beurteilung der allgemeinen Lebensbedingungen in der DDR 92

Abbildung 8 Konsumgüterangebot aus der Sicht der DDR-Besucher 93

Abbildung 9 Meinung über die wirtschaftliche Lage des DDR-Bürgers 94

Abbildung 10 Systemvergleich: Bundesrepublik — DDR 95

Abbildung 11 Wirtschaftliche und soziale Sicherheit für die Bürger 96

Abbildung 12 Chancengleichheit für die Bürger 96

Abbildung 13 Aussichten auf bessere Lebensbedingungen 97

Abbildung 14 Einschätzung der künftigen Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage 97

Abbildung 15 Gefühl gegenüber der Herstellung der deutschen Einheit 102

Abbildung 16 Zufriedenheit mit der bundesdeutschen Demokratie 106

Abbildung 17 Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der DDR in einem Jahr 111

Abbildung 18 Entwicklung der persönlichen finanziellen Situation von DDR-Bürgern nach Einführung der D-Mark 112

Abbildung 19 Berufliche Erwartungen der erwerbstätigen Bevölkerung, ... 113

Abbildung 20 Hausfrau und Mutter als weibliches Lebensideal? 134

Abbildung 21 Karriere der Frau sollte sich der des Mannes unterordnen 136

Abbildung 22 Vorrecht der Männer auf Arbeit 137

Abbildung 23 Beeinträchtigung des Kindes durch Berufstätigkeit der Mutter 139

Abbildung 24 Beeinträchtigung des Kleinkindes durch Berufstätigkeit der Mutter 140

Abbildung 25 Links-Rechts-Selbsteinschätzung 143

Abbildung 26 Allgemeine Lebenszufriedenheit 145

Abbildung 27 Demokratiezufriedenheit 146

Abbildung 28 Vertrauen in die deutsche Regierung 147
Abbildung 29 Vertrauen in Parteien/Politiker 148
Abbildung 30 Responsivität der Politiker 150
Abbildung 31 Aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland 151
Abbildung 32 Zukünftige wirtschaftliche Lage in Deutschland 152
Abbildung 33 Persönliche Wirtschaftslage 154
Abbildung 34 Erwartungen persönliche Wirtschaftslage 155
Abbildung 35 Interesse an Politik 156
Abbildung 36 Mitgliedschaft/Mitarbeit politische Partei 157
Abbildung 37 Mitgliedschaft Gewerkschaft 158
Abbildung 38 Teilnahme an genehmigter Demonstration 159
Abbildung 39 Beteiligung an einer Unterschriftensammlung 160
Abbildung 40 Mitarbeit in einer Bürgerinitiative 161
Abbildung 41 Teilnahme Boykott 162
Abbildung 42 Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit/Xenophobie 163
Abbildung 43 Primärer Antisemitismus 164
Abbildung 44 Sekundärer Antisemitismus 165
Abbildung 45 Autoritarismus 166
Abbildung 46 Sozialdarwinismus 167
Abbildung 47 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik - Ostdeutschland 170
Abbildung 48 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik / unter 35-Jährige - Ostdeutschland 171
Abbildung 49 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik / über 34-Jährige - Ostdeutschland 172
Abbildung 50 Bilanz vor/nach 1990 - Gesamtdeutschland 173
Abbildung 51 Bilanz vor/nach 1990/ unter 35-Jährige - Westdeutschland 174
Abbildung 52 Bilanz vor/nach 1990/ über 34-Jährige - Westdeutschland 175
Abbildung 53 Wiedervereinigung: Vorteil oder Nachteil für Deutschland? 176
Abbildung 54 Wiedervereinigung: Vorteil oder Nachteil für Ost- bzw. Westdeutschland? 177
Abbildung 55 Wiedervereinigung: persönlich ein Vorteil oder Nachteil? 178
Abbildung 56 Staatsverantwortung nach Ost und West 181

Abbildung 57 Staatsverantwortung nach Herkunft, Wirtschaftslage, Demokratiezufriedenheit, politischem Kompetenzgefühl, Parteipräferenz und Links-Rechts-Selbsteinstufung....183
Abbildung 58 Unterstützung der Demokratie im Allgemeinen und der in Deutschland existierenden....189
Abbildung 59 Unterstützung der Demokratie im allgemeinen und der in Deutschland existierenden Form der Demokratie....191
Abbildung 60 Präferenz für eine direkte gegenüber einer repräsentativen Demokratie....192
Abbildung 61 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie....194
Abbildung 62 Entwicklung des Institutionenvertrauens....203
Abbildung 63 Politisches Vertrauen in verschiedene Institutionen....204
Abbildung 64 Kognitives Engagement....213
Abbildung 65 Formen politischer Beteiligung....217
Abbildung 66 Kumulation partizipativer Aktivitäten....220
Abbildung 67 Typen politischer Partizipanten....222
Abbildung 68 Verbundenheit der Befragten mit verschiedenen Raumeinheiten - Ostdeutschland....226
Abbildung 69 Verbundenheit der Befragten mit verschiedenen Raumeinheiten - Westdeutschland....227
Abbildung 70 Verbundenheit der Befragten mit verschiedenen Raumeinheiten nach Alter....228
Abbildung 71 Zusammenhalt und soziale Kohäsion....229
Abbildung 72 Zusammenhalt und soziale Kohäsion nach Ost und West, Lebenszufriedenheit, Demokratiezufriedenheit. Alter und Verbundenheit mit dem Wohnort....230
Abbildung 73 Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage....231
Abbildung 74 Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage....232
Abbildung 75 Zufriedenheit mit dem Leben....233
Abbildung 76 Häufigkeit der Mediennutzung als Informationsquelle über das politische Tagesgeschehen....234
Abbildung 77 Hauptinformationsquelle für das politische Tagesgeschehen....235
Abbildung 78 Bevorzugte Fernsehsender als Informationsquelle für politisches Tagesgeschehen....237

Abbildung 79 Bevorzugte Tageszeitung als Informationsquelle über das politische Geschehen 239
Abbildung 80 Subjektive Bewertung der Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit 241
Abbildung 81 Subjektiv wahrgenommene Veränderungen in der Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit 243
Abbildung 82 Gesamtumfang der Presseberichterstattung 271
Abbildung 83 Umfang der Presseberichterstattung im Zeitverlauf 272
Abbildung 84 Umfang der Presseberichterstattung einzelner Zeitungen im Zeitverlauf 273
Abbildung 85 Zeilenumfang der Gesamtberichterstattung im Zeitverlauf 275
Abbildung 86 Zeilenumfang der Berichterstattung im Zeitverlauf 276
Abbildung 87 Urheber der Presseberichterstattung 278
Abbildung 88 Urheber der Presseberichterstattung im Zeitverlauf 279
Abbildung 89 Platzierung der Beiträge 281
Abbildung 90 Platzierung der Beiträge im Zeitverlauf 282
Abbildung 91 Visualisierung der Presseberichterstattung 283
Abbildung 92 Visualisierung der Presseberichterstattung im Zeitverlauf 284
Abbildung 93 Darstellungsformen der Berichterstattung 285
Abbildung 94 Hauptthemen der Berichterstattung im Zeitverlauf 289
Abbildung 95 Perspektive der Berichterstattung im Zeitverlauf 291
Abbildung 96 Darstellung von Problemen im Zeitverlauf 293
Abbildung 97 Darstellungen von Problemen und Problemlösungen im Zeitverlauf 294
Abbildung 98 Thematisierung von Konflikten in der Berichterstattung im Zeitverlauf 297
Abbildung 99 Konfliktparteien in der Berichterstattung im Zeitverlauf 297
Abbildung 100 Darstellung von Gemeinsamkeiten in der Berichterstattung im Zeitverlauf 300
Abbildung 101 Einheitsbewertungen im Zeitverlauf, Differenz zwischen dem Anteil positiver und negativer Bewertungen 310
Abbildung 102 Bewertungen der Deutschen Einheit, ihrer Entwicklungsbilanz und Prognosen ihrer zukünftigen Entwicklung 330

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Zeitplan, Projektkoordination und Stellenplan 49

Tabelle 2 Stufen der Identifikation der DDR-Bürger mit dem politischen System 82

Tabelle 3 Typen politischer Grundhaltungen der DDR-Bevölkerung 84

Tabelle 4 Bestimmte Dinge, die man nur unter der Hand bekommt 89

Tabelle 5 Wichtige Dinge im Leben 90

Tabelle 6 Zuschreibung der Fähigkeit, Reformen voranzutreiben 101

Tabelle 7 Einschätzung der Folgen der Wiedervereinigung, März 1990 103

Tabelle 8 Einschätzung der Verhältnisse zwischen den Menschen und der Gesellschaft, März 1990 104

Tabelle 9 Wichtigkeit ausgewählter Aspekte der persönlichen Entfaltung, März 1990 105

Tabelle 10 Einstellung zu Politik, Staat und Gesellschaft, März 1990 107

Tabelle 11 Erhaltenswerte Errungenschaften der DDR aus Sicht der DDR-Bürger im Mai/Juni 1990 109

Tabelle 12 Vorrangige politische Aufgabenbereiche in der DDR 1990 110

Tabelle 13 Berufliche Erwartungen der DDR-Bevölkerung, Mai bis August 1990 113

Tabelle 14 Wichtigkeit von Lebensbereichen für das subjektive Wohlbefinden nach Geschlecht und Altersgruppen, 1990 bis 1991 116

Tabelle 15 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen nach Geschlecht und Altersgruppen, 1989 bis 1991 117

Tabelle 16 Große Sorgen bezüglich verschiedener Lebensbereiche nach Geschlecht und Altersgruppen, 1989 bis 1991 119

Tabelle 17 Gegenwärtige und erwartete Lebenszufriedenheit nach beruflicher Stellung, Geschlecht, Altersgruppen und Erwerbsübergänge, 1989 bis 1991 120

Tabelle 18 Vertretenheit durch Organisationen, Oktober/November 1990 122

Tabelle 19 Persönlich wichtigste Organisation nach Problembereich (Verbände/Institutionen), Oktober/November 1990 123

Tabelle 20 Die Gewerkschaften vertreten persönliche Interessen Oktober/November 1990 124

Tabelle 21 Wichtigkeit von Freiheit oder Gleichheit, 1989/90 bis 1995 125

Tabelle 22 Staats- oder Eigenverantwortung für Einkommenssicherung in Risikofällen, 1990 bis 1995 125
Tabelle 23 Staatsverantwortung für Einkommenssicherung in Risikofällen, 1991 bis 1994 126
Tabelle 24 Staatsverantwortung für Chancengleichheit, 1990 bis 1996 126
Tabelle 25 Staatsverantwortung für Vollbeschäftigung, 1990 bis 1996 126
Tabelle 26 Staatsverantwortung für Einkommensgleichheit, 1990 bis 1996 126
Tabelle 27 Staatsverantwortung im Bereich der gesetzlichen Kontrolle der Löhne und Gehälter, 1990 bis 1996 127
Tabelle 28 Wiedervereinigung: Vorteil oder Nachteil für Deutschland? - nach Bildungsgrad 176
Tabelle 29 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung, Ostdeutschland 179
Tabelle 30 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung, Westdeutschland 180
Tabelle 31 Zusammenhänge zwischen einzelnen Einstellungen zur Demokratie in West- and Ostdeutschland 197
Tabelle 32 Unterstützung der Demokratie in der Bundesrepublik durch west- und ostdeutsche Alterskohorten 199
Tabelle 33 Struktur des Vertrauens zu politischen Institutionen in der Bundesrepublik 206
Tabelle 34 Vertrauen zu politischen Institutionen in der Bundesrepublik bei west- und ostdeutschen Alterskohorten 207
Tabelle 35 Kognitives Engagement in west- und ostdeutschen Alterskohorten 214
Tabelle 36 Politische Partizipation in West- und Ostdeutschland 216
Tabelle 37 Struktur politischer Partizipation in West- und Ostdeutschland 221
Tabelle 38 Politische Partizipation in west- und ostdeutschen Alterskohorten 224
Tabelle 39 Häufigkeit der Mediennutzung als Informationsquelle über das politische Tagesgeschehen nach Bildung 235
Tabelle 40 Häufigkeit der Mediennutzung als Informationsquelle über das politische Tagesgeschehen in Tagen pro Woche nach Alter 235
Tabelle 41 Hauptinformationsquelle für das politische Tagesgeschehen nach Alter 236
Tabelle 42 Hauptinformationsquelle für das politische Tagesgeschehen nach Bildungsgrad 237

Tabelle 43	Bevorzugte Fernsehsender als Informationsquelle für politisches Tagesgeschehen nach Herkunft	238
Tabelle 44	Bevorzugte Tageszeitung als Informationsquelle über das politische Geschehen nach Alter	240
Tabelle 45	Bevorzugte Tageszeitung als Informationsquelle über das politische Geschehen nach Bildungsgrad	240
Tabelle 46	Subjektiv wahrgenommene Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit nach Alter	242
Tabelle 47	Subjektiv wahrgenommene Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit nach Bildungsgrad	242
Tabelle 48	Untersuchungszeitpunkte	266
Tabelle 49	Ergebnisse des Reliabilitätstests	269
Tabelle 50	Umfang der Berichterstattung in Zeilen	274
Tabelle 51	Anlässe der Presseberichterstattung	286
Tabelle 52	Hauptthemen der Berichterstattung	288
Tabelle 53	Perspektiven der Berichterstattung	290
Tabelle 54	Darstellung von Problemen in der Berichterstattung	292
Tabelle 55	Darstellung von Konflikten in der Berichterstattung	295
Tabelle 56	Thematisierung von Gemeinsamkeiten in der Berichterstattung	299
Tabelle 57	Darstellung von Unterschieden in der Berichterstattung	301
Tabelle 58	Darstellung von Angleichungsprozessen in der Berichterstattung	304
Tabelle 59	Bewertung der Deutschen Einheit in der Berichterstattung	307
Tabelle 60	Bewertung der Entwicklungsbilanz in der Berichterstattung	311
Tabelle 61	Zukunftserwartungen in der Berichterstattung	316
Tabelle 62	Berichterstattungsunterschiede zwischen den Zeitungen	325

1 Kurzfassung der Untersuchungsergebnisse

A Traditionslinien politischer Kultur vor der Wiedervereinigung. Das Erbe der DDR und der älteren Nationalgeschichte im politischen Denken und im gesellschaftlichen Bewusstsein Ostdeutscher – Theoretische Annahmen und historische Entwicklungslinien

1. Ein zentrales Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, *Konvergenzen und Divergenzen*, also Tendenzen der Annäherung und der Auseinanderentwicklung in den Einstellungen der deutschen Bevölkerung darzustellen, wie sie sich während der zweieinhalb Jahrzehnte seit der Wiedervereinigung im östlichen und westlichen Landesteil als Bestandteile einer gesamtdeutschen politischen Kultur herausgeschält haben.

2. Der Analyse liegt als Ausgangsüberlegung die Annahme zugrunde, dass die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, die zum Zeitpunkt der deutschen Einigung 1990 und in den 25 Jahren danach gemessen wurden, eine eigene Vorgeschichte haben, die im Falle Ostdeutschlands in die DDR und in beiden Teilgesellschaften teilweise zeitlich noch weit bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht.

3. Diese sehr viel älteren Abschichtungen im politischen Denken und im gesellschaftlichen Bewusstsein, in denen eine historische Pfadabhängigkeit erkennbar wird, sind keineswegs ein ostdeutsches Alleinstellungsmerkmal. Vielmehr haben solche kulturellen Traditionsbestände während der Epoche der deutschen Teilung auch in der Bundesrepublik überdauert. Beispielhaft hierfür ist die ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Erwartungshaltung, die zwischen 1945 und 1990 in beiden deutschen Teilgesellschaften vorgeherrscht hat. Obwohl diese Orientierung unter den seinerzeit gegebenen Bedingungen des Wettstreits der Systeme in die antagonistischen Normvorstellungen eines im Westen demokratischen und im Osten autokratischen Staatsmodells eingebettet war, blieben die gemeinsamen historischen Wurzeln der älteren deutschen <Staatskultur> hier wie dort gleichwohl erhalten.

4. Im Zuge der Wiedervereinigung sind die Pfade der deutschen <Staatskultur>, die viereinhalb Jahrzehntelang getrennt verlaufen waren, wieder zusammengeführt worden. Dass sich dabei sehr bald eine ost-/westdeutsche *Konvergenz* der Grundeinstellung abzeichnete, überrascht vor dem gemeinsamen Traditionshintergrund ebenso wenig wie die im Osten Deutschlands bei demselben Einstellungsmuster, verglichen mit Westdeutschland, fortwirkende *Differenz*, was die erwünschte Reichweite und Leistungstiefe wohlfahrtsstaatlicher Angebote betrifft. Hierbei machte - und macht sich bis heute - bemerkbar, dass Ostdeutsche eine doppelte Tradition, in welcher ältere historische Kulturmuster mit DDR-spezifischen Leitvorstellungen verschmolzen gewesen waren, in die gesamtdeutsche politische Kultur eingebracht haben. Deshalb wird im ersten inhaltlichen Kapitel der Studie ein besonderes Augenmerk auf die ostdeutschen Vorprägungen der seit 1990 gesamtdeutschen politischen Kultur gerichtet.

5. Die folgende Darstellung beschreitet folglich methodisch den Weg der *Historisierung* des Gegenstands der Untersuchung. Das heißt: Die aktuelle Bestandsaufnahme der poli-

tischen Kultur in Deutschland, die so genannte Meta-Analyse jener Umfragedaten, die als Längsschnitterhebungen verfügbar sind, zeichnet nicht nur Trendlinien politischer und gesellschaftlicher Einstellungen zwischen 1990 und 2014 anhand empirischer Daten nach. Vielmehr werden diese Daten mit ihren gesondert ausgewiesenen ostdeutschen Aus- und Vorprägungen auch in den Traditionshintergrund der DDR eingeordnet und aus diesem heraus erklärt. Historisierung bedeutet hier also das Beschreiben politisch-kultureller Verläufe *und* ihr Verstehen als Ausdruck der Spuren einer Vergangenheit, die in die Gegenwart hinein reichen.

6. Historisierung, oder übersetzt: die Entdeckung von Geschichtlichkeit, kommt nicht aus ohne *Periodisierung*. Das Jahr 1990 markiert nicht nur das Datum der formell abgeschlossenen Einigung. Vielmehr ist es zugleich ein Scheiteljahr bzw. Scharnierjahr, in dem sich der Systemwechsel beschleunigt und schließlich vollzogen hat. So betrachtet, öffnet dieses Jahr den Zugang zum Verständnis der langfristigen kulturellen Entwicklungslinien des Einigungsprozesses in zwei Richtungen: Die Zeit *davor* lässt sich, was Ostdeutschland betrifft, als eine vorauslaufende Phase kultureller Prägungen verstehen, deren Erträge in das vereinigte Deutschland als Beitrag seines östlichen Teils eingebracht worden sind. In der Zeit *danach* haben die aus der DDR stammenden kulturellen Überhänge im geeinten Deutschland teilweise noch weiter fortbestanden. Auf diese gemischte Gefühlslage lässt sich die vielzitierte „gespaltene Kultur“ in den Anfangszeiten des geeinten Deutschland zurückführen.

7. Wie die im Untersuchungsbericht ausführlich zusammengestellten Daten dokumentieren, geht dem Jahr der Transition 1990 in der DDR eine „Inkubationszeit“ des Umbruchs voraus, welche die Jahre 1988 und 1989 umfasst. Innerhalb dieser Zeitspanne, die ab etwa dem 2. Halbjahr 1988 bis Ende 1990 währte, hat sich der Umbruch angekündigt und vollzogen. Nimmt man das erste „Jahr danach“ hinzu, so bezeichnen die rund dreieinhalb Jahre von Mitte 1988 bis Ende 1991 jene Kernzeit, in welcher sich die historischen Vorgänge von Transition und Transformation im Osten Deutschlands auch auf der Einstellungsebene verdichteten.

8. Theoretischer Ausgangspunkt für die inhaltliche Anordnung und Aufbereitung der in der Studie dokumentierten Einstellungsanalysen ist das politikwissenschaftliche Analysekonzept der *Politischen Kultur.* Erfasst wird damit gemäß der klassischen Definition der US-amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba die Gesamtheit der in einer Gesellschaft vorhandenen Orientierungen, die auf das politische System als Ganzes sowie auf seine einzelnen Institutionen, Verfahrensweisen und Akteure, auf seine Angebote und Leistungen hin ausgerichtet sind. Zur subjektiven Einschätzung von Politik gehört demzufolge auch, wie der Einzelne seine Position wahrnimmt, die ihm innerhalb der politischen Ordnung eingeräumt wird; in der Pionierstudie von Almond/Verba wird dies umschrieben als „die Rolle des Selbst im System“.

9. Eine wichtige Messgröße einer politischen Kultur ist das Ausmaß an „genereller“ und „spezieller“ *Unterstützung*, das einer politischen Ordnung sowie ihren Institutionen und jeweiligen Akteuren (Parlament, Regierung, Parteien etc.) gewährt wird. Unterstützung

setzt *ideelle Identifikation* mit dem System, *Vertrauen* in seine Repräsentanten und *Zufriedenheit* mit dem Funktionieren und den konkreten Leistungen der Politik voraus. Damit sind zugleich aussagekräftige Indikatoren politischer Kultur benannt, auf die wir im empirischen Teil der Studie abheben.

10. Politische Kultur ist folglich ein vielschichtiges psychologisches Gebilde, das sich aus individuellen Denkweisen, Bewertungen, Gefühlen und Stimmungen der Mitglieder einer Gesellschaft und ihrer Untergruppen zusammensetzt. Politische Kultur meint aber stets mehr als die bloße Addition von gedanklichen, gefühlsmäßigen und wertenden Bekundungen der vielen Einzelnen. Hinzu kommen außerdem überindividuelle kulturelle Gebrauchsgüter, wie beispielsweise Weltbilder, Mentalitäten, Zeitgefühle und Lebensweisen („ways of life"), die als Anker im Fluss tagesflüchtiger Eindrücke und Meinungswechsel ausgeworfen werden. Solche kulturellen Muster sind in individuell erhobenen Einstellungsdaten nur indirekt und erst auf den zweiten Blick erkennbar. Doch stellen sie tragende Teile im aus mannigfachen Einzeldaten errichteten Gebäude der politischen Kultur dar, und vornehmlich sie sind es, die eine über lange Perioden reichende, historisierende Einordnung ermöglichen.

11. Die politische Kultur ist zudem mit der Sozialkultur einer Gesellschaft eng verwoben. Die politischen Orientierungen im engeren Sinne sind eingebettet in soziale Umgebungen, wo Werte wie Vertrauen und informelle Regeln sozialen Verhaltens vermittelt werden. Solche Lebensregeln sind nicht exklusiv politisch definiert. Aber Orientierungen, die aus dem Wirkungskreis der Konventionen und Moralvorstellungen von privaten Lebenswelten bzw. aus dem sozialen Umfeld herrühren, beeinflussen auch die politische Kultur. Konkret können sie sich etwa auf das Ausmaß der Unterstützung der politischen Ordnung festigend auswirken, sie können einen solchen „Support" aber ebenso gut aufweichen.

12. Neben der <Staatskultur>, die bis heute ein beherrschendes Moment der deutschen politischen Kultur geblieben ist, finden wir zwei weitere Bereiche vor, die in je besonderer Weise kulturbildend wirken. Die Begriffsbildung des historischen Politikforschers Karl Rohe aufnehmend, bezeichnen wir diese Felder als <Gemeinschaftskultur> und <Gesellschaftskultur>. Erstere umschließt den inneren Ring der sozialen Verkehrskreise von Familie, Nachbarschaft, Freunden, ferner von Vereinen und Betrieben, also die Bandbreite sozialer Beziehungen zwischen Privatleben und Beruf. Letztere erfasst die Sphäre, wo kollektive Interessen mit dem Anspruch auf öffentliche Durchsetzung formuliert und vertreten werden.

13. Ob und inwieweit sich Gemeinschafts- und Gesellschaftskultur autonom entwickeln können, hängt ab vom Charakter des politischen Regimes. Das lässt sich auch für Deutschland veranschaulichen: Während der Bereich der Staatskultur in der DDR sehr viel weiter ausgedehnt war und im Grunde nur eine staatlich abgeleitete Gesellschaftskultur zugelassen hatte, konnte sich diese in der Bundesrepublik eigenständiger entwickeln. Nach der deutschen Einigung haben sich hier in Ostdeutschland die Gewichte verschoben. Im empirischen Teil des Projektberichts greifen wir die Unterscheidung nach

den drei genannten Kulturbereichen auf. Allerdings ist eine durchgehende Zuordnung der einzelnen Einstellungsvariablen zu den drei Kulturmustern nicht möglich.

B Einstellungen und Stimmungslagen in der DDR. Befunde der „Stellvertreterforschung“

14. Die Untersuchung folgt folgendem Gliederungsschema: Zunächst gehen wir zurück in die Zeit der DDR und nehmen Einstellungsdaten in den Blick, die für diese Zeit in sehr begrenztem Umfang vorliegen. Sodann ziehen wir für das Einigungsjahr 1990 aus dem ungleich reichhaltigeren Umfragematerial ausgewählte Datenbestände heran, die geeignet erscheinen, um auf diesem historischen Scheitelpunkt die politisch-kulturelle Ausgangslage bei Eintritt in eine gesamtdeutsche politische Kultur zu dokumentieren. Schließlich führen wir den Bogen fort in „das Jahr danach“, also das Jahr 1991, in dem vor dem Hintergrund der heraufziehenden Umbruchskrise die Stimmung einbrach.

15. Da direkte Befragungen der DDR-Bürger seinerzeit nicht möglich waren, entwickelte das Institut Infratest das Instrumentarium der sogenannten *Stellvertreterforschung*. Dabei machten westdeutsche DDR-Besucher Angaben zu ihren privaten Gesprächspartnern in der DDR („Person X“) in standardisierter und anonymisierter Form. So wurden indirekt über Besucher der DDR Auskünfte eingeholt, die über Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung der DDR Aufschluss gaben. Insgesamt wurden nach dieser Methode zwischen 1968 und 1989 jährlich angewandten Methode rund 27000 Interviews geführt.

16. Naturgemäß sind die Forscher bei der Auswertung ihrer Daten seinerzeit mit Blick auf mögliche Verzerrungseffekte zurückhaltend gewesen. Sie gingen nach eigenem Bekunden davon aus, dass ihre Ergebnisse „lediglich im Sinne von globalen Trends zu interpretieren sind, das heißt keine harten quantitativen Verteilungen aufweisen“. Dennoch kamen die Befunde, wie sich nach 1990 herausstellte, der damaligen Stimmung in der DDR ziemlich nahe, näher jedenfalls als das zeitgenössische Bild, das sich viele Politiker, Medien und Wissenschaftler von der Stimmung in Ostdeutschland gemacht hatten. Aus Sicht der projektbegleitenden Forschung ist die Erklärung dafür recht einfach: „Am ehesten vertraute man hier noch den westdeutschen Besuchern, meist Verwandten, denen man fast als selbstverständlich eine westorientierte und damit ostunabhängige Haltung unterstellte“.

17. Nun zu ausgewählten Befunden dieses einzigartigen Datenbestandes. Zunächst das Stichwort *Meinungsfreiheit*: Im Jahr 1988 waren 44 Prozent der Bürger der DDR der Auffassung, es ginge in der DDR „insgesamt freier zu als noch vor wenigen Jahren“. Für 50 Prozent hatte sich, trotz der inzwischen seitens der Regierung gewährten Reiseerleichterungen, nichts geändert. Und wie schon bei derselben Frage im Jahr 1972 hielten es zwei Drittel der DDR-Bürger nach wie vor für angebracht, in ihren öffentlichen Äußerungen Vorsicht walten zu lassen. Nur 1969 hatte das Ausmaß der Selbstkontrolle mit 70 Prozent noch höher gelegen.

18. *Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen*: Mit den politischen Verhältnissen in ihrem Land waren die Bürger der DDR während der letzten eineinhalb Jahrzehnte des Bestehens dieses Staates mehrheitlich unzufrieden. Zwischen 1975 und 1980 stieg die Zahl derer, die eine Verschlechterung der politischen Lage feststellten, von 14 auf 40 Prozent fast um das Dreifache an. Danach ging diese Quote bis auf 17 Prozent im Jahr 1987 zurück. Zugleich stieg die Zahl derer, die keine Veränderung beobachteten, auf rund zwei Drittel der Bevölkerung – ein Zeichen wachsender Resignation. 1988 zeichnete sich wieder eine auffällige Verschlechterung des politischen Klimas ab, die sich 1989 nochmals verstärkte.

19. *Unterstützung des Systems*: Im Trendverlauf erhöhte sich die Anzahl der Systemgegner von Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre auf etwa 30 Prozent. Insgesamt hielten sich die Anteile der Befürworter des Systems und der erklärten Gegner etwa die Waage. Die Mehrheit der DDR-Bürger zeigte sich, so die Analyse von Infratest, „gegenüber dem politischen System in der DDR angepasst bzw. resigniert". Erst 1989 stieg die Zahl der Systemgegner rapide an auf knapp 40 Prozent. Umgekehrt mochten sich im gleichen Jahr nur noch gut 13 Prozent, 10 Prozentpunkte weniger als im Jahr davor, mit dem herrschenden System identifizieren.

20. *Systemidentifikation*: Seit Ende der 1970er Jahre dominierte in der DDR eine Grundhaltung, die mit folgenden Merkmalen beschrieben werden kann: Geringe Identifikation mit der DDR, Angepasstheit an die dort gegebenen Verhältnisse, mäßiges bis starkes politisches Interesse sowie eine starke Orientierung an der Bundesrepublik. Dieser Grundhaltung konnten durchgehend zwischen 70 und 80 Prozent der Bevölkerung zugeordnet werden. Nur eine Minderheit von maximal etwas mehr als 15 Prozent hat sich entschieden zur DDR bekannt. Doch auch dieses Bevölkerungssegment bekennender DDR-Anhänger war in der Spätzeit der DDR nicht mehr eine sichere Bank für das Regime. Ende der 1980er Jahre kam es auch hier zu Erosionserscheinungen der Systemloyalität, nicht zuletzt deshalb, weil West-Reisen einen starken Eindruck hinterlassen und für die offizielle Propaganda weniger empfänglich gemacht hatten. Die Fortschreibung der Daten zeigt: Im Jahr 1989 halbierte sich die Zahl der starken Systemidentifizierer.

21. *Beteiligung am öffentlichen Leben*: Die Teilnahme an Veranstaltungen, die von öffentlichen Organisationen wie Parteien und Verbänden angeboten werden, beschreibt ein Merkmal der staatsaffinen *Gesellschaftskultur* der DDR. Zwischen 1974 und 1983 hat nur rund ein Viertel der DDR-Bewohner oft oder regelmäßig Veranstaltungen der SED, der Blockparteien oder anderer Massenorganisationen besucht. Der typische „organisationsaktive" DDR-Bürger war männlich, mit höherem Schulabschluss, im Berufsleben Angestellter und jünger als 30 Jahre. Arbeiter blieben Veranstaltungen vergleichsweise häufiger fern. Zu Beginn der 1980er Jahre stieg die Beteiligungsfrequenz an. Das Grundmuster der sozialen Verteilung blieb dabei unverändert.

22. *Motive des Organisationsbeitritts*: Was das Verständnis der Mitgliedschaft in einer Organisation (Partei, FDJ, FDGB etc.) betrifft, hat sich die Bevölkerung der DDR mehrheitlich der herrschenden autoritären Gesellschaftskultur angepasst: 42 Prozent aller

verbandlich Organisierten und mit 39 Prozent fast ebenso viele SED-Mitglieder gaben 1970 als Beitrittsmotiv an, „um Schwierigkeiten zu vermeiden“. Aufgrund „innerer Überzeugung“, also aus freien Stücken, waren etwa jeder vierte verbandlich Organisierte und jedes dritte SED-Mitglied beigetreten. 33 Prozent aller Organisierten und 28 Prozent der Mitglieder der Einheitspartei nannten ein zweckrationales Beitrittsmotiv („wegen der Vorteile“).

23. *Tauschwirtschaft für knappe Güter*: Angesichts der in der DDR chronisch herrschenden Mangelsituation waren die Möglichkeiten, „unter der Hand durch Beziehungen schneller an Dienstleistungen oder Waren heranzukommen, die sonst nur schwer zu haben sind“ (so eine Frageformulierung einer Stellvertreterumfrage), für die meisten DDR-Bewohner eine wichtige Erleichterung im Alltag. Als knappe Güter, die nur durch Tausch oder gute Kontakte leichter zu beschaffen waren, wurden im Jahr 1979 vor allem genannt: Delikatessen und Südfrüchte, Baustoffe jeder Art, Ersatzteile für Auto und Motorrad sowie Reparaturleistungen durch Handwerker. Auch DDR-Bürger, die sich mit dem System stark identifizierten, stellten dieselbe Mängelliste zusammen. Diese Tauschwirtschaft, die wie eine Bietergemeinschaft auf Gegenseitigkeit funktionierte, kann der Sphäre der *Gemeinschaftskultur* zugeordnet werden.

24. *Wichtige Dinge im Leben*: Dass *Gemeinschaftskultur und Privatheit* zu Zeiten der DDR eine enge Verbindung eingegangen waren, bezeugen Aussagen darüber, was aus Sicht der Ostdeutschen seinerzeit „im Leben besonders wichtig“ war. Ganz oben rangierten hier im Jahr 1979 eine gute Partnerschaft/Ehe, eine gemütliche Wohnung, eigene Kinder, möglichst viel freie Zeit für das Privatleben sowie der Zusammenhalt in der eigenen Familie. Berufliche Karriere, Auto, Anschaffungen und Reisen nahmen mittlere Plätze ein. Nur eine Minderheit hielt politische Aktivität (17 %) und den Einsatz „in der Freizeit für die Gemeinschaft“ (28 %) für besonders erstrebenswert. Diese beiden Formen öffentlichen Engagements, wie übrigens auch Karriere im Beruf, stuften überzeugte Anhänger des Systems – die allerdings eine überschaubare Minorität von rund 10 Prozent der Bevölkerung bildeten – ungleich höher ein. An der Rangfolge der wichtigen Dinge hatte sich bis 1985 nicht viel geändert. Lediglich der Wunsch, „kritisch äußern, wenn einem was nicht passt“, schloss zur Spitzengruppe wichtiger Dinge auf.

25. *Berufsorientierung und Karrieredenken*: Berufstätigkeit wurde anfangs der 1970er Jahre ganz überwiegend, nämlich von über 80 Prozent der DDR-Bürger, als notwendiger Broterwerb aufgefasst. Nur kleine Minderheiten taten dies aus Freude am Beruf (18 %), aus beruflichem Ehrgeiz (12 %) oder aus einem ideologisch gefestigten Arbeitsethos (11 %) heraus. Jüngere unter 30 Jahren äußerten sich bezüglich einer Karriere etwas ambitionierter (22 %).

26. *Betriebsklima*: Die Arbeitsstätte wurde nur von einer Minderheit als eine gefahrenfreie Zone freier Meinungsäußerung eingeschätzt. Knapp die Hälfte (49 %) befürchtete Nachteile davon, im Betrieb „ganz offen über Probleme und Missstände zu sprechen“. Andererseits wurde das Betriebsklima zumeist als kollegial empfunden (49 %). Solidarität und gute Zusammenarbeit lobten 52 Prozent. Lediglich 18 Prozent beschrieben ihre

Vorgesetzten als „eher streng autoritär“. Für viele (40 %) war es normal, mit Betriebskollegen auch außerhalb der Arbeitszeit freundschaftlichen Kontakt zu pflegen. Offenbar diente die Betriebsgemeinschaft als ein Ankerplatz der Gemeinschaftskultur, wo die Grenze zwischen Beruf und Privatleben durchlässig blieb.

27. *Allgemeine Lebensbedingungen*: Seit 1968, dem Beginn der Stellvertreterforschung, hat stets nur eine Minderheit der Ostdeutschen, die meist deutlich unter 30 Prozent lag, die allgemeinen Lebensbedingungen in ihrem Land als gut oder sehr gut empfunden. Ungefähr ebenso viele Bürger beurteilten die Bedingungen ihres Alltags als ausgesprochen schlecht. Die große Mehrheit entschied sich regelmäßig für eine mittelmäßige Einstufung. In den 1980er Jahren gewann die kritische Einschätzung deutlich an Breite. Der Vergleichsmaßstab, der für den DDR-Bürger wirklich zählte, war, wie Infratest beobachtete, die Bundesrepublik. Diese vergrößerte aus Sicht der DDR-Bürger auf nahezu allen Gebieten ständig ihren Vorsprung gegenüber der DDR.

28. *Zufriedenheit mit dem Konsumgüterangebot*: Diese Einstellung war starken Schwankungen unterworfen. Als besonders kritisch wurde die Versorgungslage zwischen 1979 und 1983 empfunden. Auch bei der Einschätzung der Konsumchancen stieg der Pegel der Kritik im Jahr 1989 deutlich an.

29. *Besserung oder Verschlechterung der Wirtschaftslage*: Fast immer waren es deutlich mehr als 50 Prozent der DDR-Bürger, die eine Stagnation der wirtschaftlichen Situation in ihrem Land wahrnahmen. Auch die künftige Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage wurde überwiegend skeptisch eingeschätzt. Um die 60 Prozent erwarteten hier keine wirkliche Änderung. Diese Befürchtung wurde vorwiegend von den berufsaktiven Jahrgängen der 30- bis 49-Jährigen gehegt.

30. *Subjektiver Systemvergleich DDR/Bundesrepublik*: Die Bundesrepublik schnitt im subjektiven Vergleich der Systeme aus Sicht der DDR-Bürger in vielem besser ab. Was beispielsweise wirtschaftliche und soziale Sicherheit, Chancengleichheit und eine bessere Zukunft betrifft, war die Bundesrepublik der DDR nach Ansicht des weit überwiegenden Teils der ostdeutschen Bevölkerung klar überlegen. Hingegen wurden der DDR schon seit den 1970er Jahren Systemvorteile in den Bereichen „Schutz vor Kriminalität“ und „Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander“ zugesprochen.

C Inkubationszeit des Umbruchs: die Umschaltjahre 1988 und 1989

31. *Genommene Freiheiten*: Die allgemeine Stimmungslage war in den ´vorletzten Jahren` der DDR zwiespältig. Einerseits wuchs vorübergehend die Minderheit jener Ostdeutscher an, die sich mit dem herrschenden System stark identifizierten. Andererseits häuften sich die Symptome schwindender politischer Unterstützung und wachsender wirtschaftlicher Unzufriedenheit. Mehr Bürger gewannen überdies den Eindruck, ihre Meinung frei äußern zu können.

32. *Subversive Wirkung der Westreisen*: Die Ende der 1980er Jahre häufiger gewährten Reiseerleichterungen haben den Erwartungsdruck auf das System mindestens so stark

erhöht, wie sie ihm politisch Luft verschafften. Jeder vierte Westreisende empfand, wie Infratest notierte, nach seiner Rückkehr die Verhältnisse im eigenen Land noch negativer als vor seinem Westbesuch. Überdurchschnittlich häufig kamen gerade solche Westbesucher bei ihrer Meinung über die Bundesrepublik ins Grübeln, die sich vergleichsweise stark mit dem System der DDR identifizierten. Die Bundesrepublik wurde nach der Rückkehr in das eigene Land im Übrigen keineswegs nur unkritisch positiv gesehen: Gut jeder fünfte Besucher aus der DDR nannte auch Schattenseiten der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft, wie Arbeitslosigkeit, soziale Unterschiede, Kriminalität und Drogenprobleme. Insgesamt blieb jedoch der Eindruck besserer Lebensqualität haften. Die Bundesrepublik wurde vor allem als ein wohlhabendes Land erfahren.

33. *Glasnost und Perestroika als Türöffner zur Systemreform*: Im Sommer 1989 wuchsen in der DDR-Bevölkerung die Erwartungen, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Zustände nachhaltig verändern würden. „Glasnost“ und „Perestroika“ waren für die Mehrheit ein Gesprächsthema, und die allermeisten Ostdeutschen (81 %) erhofften sich von den Reformimpulsen aus anderen Staaten des Ostblocks einen Übersprungeffekt in die DDR. Erste Anzeichen dafür, dass sich das SED-Regime bewegte, sahen einstweilen jedoch nur wenige (12 %). Als Treiber gesellschaftlicher und politischer Veränderungen wurden jetzt vorrangig regimekritische Selbsthilfegruppen und die Evangelische Kirche angesehen. Immerhin ein Viertel der Bevölkerung schrieb zu diesem Zeitpunkt der FDJ bzw. jüngeren SED-Mitgliedern den Willen zur Reform zu. Die Gewerkschaften und insbesondere die Blockparteien rangierten unter ferner liefen

D Einstellungen der DDR-Bürger am Vorabend der deutschen Vereinigung (Frühjahr bis Sommer 1990)

34. *Aufbruch als Momentum des ostdeutschen Vormärz*: Hoffnung, Aufbruchsstimmung und Zuversicht kennzeichneten die Erwartungen, welche die große Mehrheit der Ostdeutschen im „Vormärz“ der deutschen Einheit hegte. In den Einstellungen der Bevölkerungen beider deutscher Staaten überwogen zu diesem Zeitpunkt von Frühjahr bis Sommer 1990 die Gemeinsamkeiten. Mehr als 90 Prozent der Ostdeutschen verbanden im März 1990 die bevorstehende Herstellung der deutschen Einheit mit einem Gefühl der Freude oder sogar sehr großen Freude. Auch in Westdeutschland überwog seinerzeit mehrheitlich die Zustimmung zur Wiedervereinigung, allerdings auf einem um mehr als 20 Prozentpunkte niedrigeren Niveau. Etwa jede(r) vierte befragte Westdeutsche zeigte sich „nicht erfreut“ oder „gleichgültig“.

35. *Einschätzung der Folgen der Wiedervereinigung:* Dass die Vereinigung Probleme mit sich bringen würde, dachten im Frühjahr 1990 mehr West- als Ostdeutsche. Dass es beispielsweise schwierig werden würde, die sozialen Sicherungssysteme beider bisheriger Staaten anzugleichen, glaubten fast 84 Prozent der Westdeutschen und gut 76 Prozent der Ostdeutschen. Zwei von drei Ostdeutschen und sogar acht von zehn Westdeutschen gaben zu bedenken, Deutschland werde „auf Jahre hinaus mit seinen eigenen Problemen beschäftigt sein“. Jedoch zeigten sich fast gleich viele in West (gut 70 %) und Ost (annä-

hernd 74 %) zuversichtlich, dass zumindest „die Übergangsschwierigkeiten sehr schnell behoben sein“ würden.

36. *Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft*: Dass die deutsche Einheit materielle Umverteilungen von West nach Ost im Gefolge haben werde, erwarteten fast zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung, aber nur ca. 46 Prozent der Ostdeutschen. Aufgrund der eigenen langjährigen Erfahrungen mit den Mängeln der Planwirtschaft schätzten DDR-Bürger die Selbstheilungskräfte ihres Wirtschaftssystems und dessen bleibende Spuren in der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik weniger zuversichtlich, d.h. realistischer als der Westen ein.

37. *Unterschiedslose Bejahung des Modells der Leistungsgesellschaft*: Dass das, was jemand im Leben erreiche, in erster Linie von den eigenen Leistungen und weniger von äußeren Einflüssen abhänge – davon waren im März 1990 fast drei Viertel der damaligen Bundesbürger, aber auch gut 70 Prozent ihrer ostdeutschen Landsleute überzeugt. Ebenso klare Mehrheiten beider deutscher Teilgesellschaften hielten Ungleichheit in Einkommen und sozialem Status dann für gerechtfertigt, wenn sie das Ergebnis individuell genutzter Chancen sei. Ersichtlich hatten sich zu diesem Zeitpunkt die meisten Ostdeutschen vom realsozialistischen Leitbild einer klassenlosen Gesellschaft bereits geistig verabschiedet und sich dem liberal-bürgerlichen, in die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik überführten Aufstiegsmodell der gleichen Start- und Teilhabechancen innerlich zugewandt. Fleiß, Ehrgeiz, Kreativität und Phantasie als persönliche Leitbilder waren in Ostdeutschland im Frühjahr 1990 genauso hoch oder sogar noch höher verbreitet als in der Bundesrepublik.

38. *Generalisiertes Vertrauen und Solidarität*: Zum gleichen Zeitpunkt äußerten sehr viel mehr Ost- als Westdeutsche die Überzeugung, man könne sich „heutzutage auf keinen anderen Menschen verlassen“. Bestätigt wird damit der Befund sozialwissenschaftlicher Studien, dass „trust“, also ein generalisierter Vertrauensvorschuss, der als eine wichtige Bestimmungsgröße für Sozialkapital betrachtet werden darf, unter Bedingungen von Unfreiheit und Diktatur geringer entwickelt ist. Damit korrespondierte im März 1990 unter Ostdeutschen eine Grundhaltung, die als Hebel für persönliche Entfaltung häufiger auf eine Ellenbogenmentalität setzt. Nur 29 Prozent der Westdeutschen, aber fast 43 Prozent der Ostdeutschen sahen es als wichtig an, „sich und seine eigenen Bedürfnisse besser gegen die anderen durchzusetzen“.

39. *Zufriedenheit mit der bundesdeutschen Demokratie*: Anders als die Chancen der Einigung bewerteten die Bürger der DDR im März 1990 das tatsächliche Erscheinungsbild des demokratischen Systems der Bundesrepublik mehrheitlich außerordentlich skeptisch. Über 60 Prozent zeigten sich mit der bundesdeutschen Demokratie nur etwas bzw. gar nicht zufrieden. Im klaren Gegensatz dazu äußerten gut 85 Prozent der Westdeutschen, mit der in ihrem Land bestehenden Demokratie ziemlich oder sehr zufrieden zu sein.

40. *Demokratische Grundwerte und Verfahrensgarantien*: Dass die Ostdeutschen die westdeutsche Demokratie deutlich kritischer bewerteten, ist insofern überraschend, als

beide Bevölkerungen in der Einschätzung von Grundwerten und Verfahrensgarantien, die den Kern von Demokratie ausmachen, weitgehend übereinstimmten. Im Osten brachen die Menschen häufiger eine Lanze für die Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen, und sie äußerten sich außerdem eine Nuance distanzierter gegenüber der Organkompetenz von Staat und Regierung. Noch nachdrücklicher als Westdeutsche hielten DDR-Bürger das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit hoch.

41. *Vorweggenommene Auswirkungen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion*: Insbesondere die Umstellung der Währung zum 1. Juli 1990 bedeutete für das tägliche Leben der DDR-Bevölkerung eine tiefe Zäsur. Das Meinungsbild, das zwischen Mai und August 1990 erhoben wurde, stellt zeitlich die unmittelbare Vorstufe vor dem formellen Eintritt der Bevölkerung der DDR in eine gesamtdeutsche politische Kultur dar. Zu diesem Zeitpunkt wollte noch kaum jemand die DDR auf Dauer verlassen. Von Mai bis Juni 1990 blickten mehr als zwei Drittel (68 %) der Bürger der DDR zuversichtlich in die Zukunft, nur jede(r) fünfte äußerte sich pessimistisch. Im August 1990 war die Zahl der Optimisten leicht rückläufig (64 %). Die positiv in die Zukunft gerichtete Grundstimmung schloss vor dem 1. Juli 1990 alle Bevölkerungsgruppen ein, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Beruf oder Einkommen. Unterdurchschnittlich optimistisch zeigten sich Anhänger der PDS. Zwiespältiger stellte sich die Stimmungslage hinsichtlich der speziellen Auswirkungen dar, die durch die bevorstehende WWSU unmittelbar zu erwarten waren: Knapp die Hälfte (49 %) war optimistisch, darunter insbesondere die mittleren Altersgruppen und die Bevölkerung im ländlichen Raum. Nicht viel weniger, nämlich 44 Prozent, blickten den kommenden Veränderungen „eher mit Sorge“ entgegen.

42. *Stabile Präferenz für die Einigung*: Über die Hälfte der Ostdeutschen (52 %), und etwas weniger als die Hälfte der Westdeutschen (47 %), befürwortete im Juni 1990 die Wiedervereinigung ohne Wenn und Aber. Die andere knappe Hälfte (42 % im Osten, 44 % im Westen) hatte Vorbehalte vor allem gegen einen (zu) frühen Zeitpunkt. Als Gegner der Einheit erklärte sich, wie schon im März des Jahres 1990, nur eine sehr kleine Minderheit (3 % im Osten und 7 % im Westen). Nach der Währungsunion wurde in der DDR der Einigungswunsch noch nachdrücklicher reklamiert: Im Juli 1990 stieg die Zahl der bedingungslosen Einigungsbefürworter in Ostdeutschland auf 58 Prozent.

43. *Erhaltenswerte Errungenschaften der DDR*: Vor dem Stichtag der Währungsumstellung sorgten sich DDR-Bürger vor allem um den weiteren Bestand sozialer „Errungenschaften und Leistungen der DDR“. Als erhaltenswert wurde am meisten die Kinderbetreuung genannt. Vergleichsweise wenige (9 %) nannten im Mai/Juni 1990, zu einem Zeitpunkt also, da die mit der Privatisierung der Unternehmen einhergehenden Entlassungsschübe noch nicht konkret erfahrbar geworden waren, als schützenswerte Institution der DDR das Recht auf Arbeit. „Menschliche Solidarität“ (3 %) und „Gleichberechtigung der Frau“ galten offenbar als so selbstverständlich, dass ihre Bewahrung nicht eigens gefordert wurde.

44. *Dringliche politische Aufgaben*: Darüber, was als dringlichste politische Aufgaben anzusehen war, waren sich im Mai/Juni 1990 die Bewohner der DDR quer durch alle Bevölkerungsschichten weitgehend einig. Auf der Prioritätenliste der DDR-Bürger standen vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Fragen mit einem Bezug zur eigenen Lebenssituation. Nahezu ausnahmslos wurden die Beseitigung der Umweltschäden, die Sanierung der Wirtschaft und eine leistungsgerechte Entlohnung genannt. Dass höhere Renten, ein verbessertes Gesundheitswesen und fortgeltende soziale Leistungen der DDR häufig als vordringlich angesehen wurden, hingegen nicht die Privatisierung der Wirtschaft, weist nach damaligen Analysen der Umfrageforschung zum einen auf wahrgenommene Mängel des alten Systems und zum anderen auf eine gewisse Verunsicherung der DDR-Bürger angesichts der neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen hin.

45. *Wirtschaftliche Erholung der DDR*: Dennoch fielen vor dem noch frischen Erfahrungshintergrund von Fehlsteuerungen und Versorgungsengpässen der DDR-Ökonomie die Aussagen über die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft überwiegend optimistisch aus: Von März bis Juni 1990 rechneten knapp 60 Prozent der befragten Ostdeutschen damit, dass sich in einem Jahr die Lage verbessert haben werde. Auch nach der Währungsunion glaubte immer noch die Hälfte der Bevölkerung an eine wirtschaftliche Erholung. 46 Prozent hielten es für „ganz sicher“ und weitere 44 Prozent für „wahrscheinlich“, dass mit Einführung des freien Marktes der wirtschaftliche Aufschwung bevorstehe.

46. *Chancen und Risiken des Leistungsprinzips*: Die große Mehrheit der Ostdeutschen war im Frühsommer 1990 bereit, für verbesserte Lebensbedingungen (Wohnen, Grundnahrungsmittel, Verkehrsbetriebe, Gesundheit, Altersvorsorge) persönlich einen höheren Preis zu zahlen. Dass am Arbeitsplatz künftig das Leistungsprinzip gelten solle, fand gleichfalls überwiegend Zuspruch. Der Aussage „Obwohl ein privatwirtschaftliches System keine Arbeitsplatzgarantien geben kann, sind mir die damit verbundenen Bedingungen (einerseits leistungsgerechte Entlohnung, andererseits Arbeitslosenversicherung) persönlich wichtiger“, stimmten im Mai/Juni 1990 64 Prozent der Befragten zu, darunter vor allem Angehörige der jüngeren und mittleren Altersgruppen, des landwirtschaftlichen Sektors und Handwerker.

47. *Aufkeimende Beschäftigungssorgen*: In die noch weit verbreitete optimistische Grundstimmung mischten sich nach dem 1. Juli, dem Stichtag der Währungskonversion, zunehmend auch sorgenvolle Einschätzungen. Vornehmlich solche DDR-Bürger, die um ihren Arbeitsplatz fürchteten, rechneten jetzt damit, dass sich die persönlichen Lebensbedingungen verschlechtern würden (34 %). Annähernd die Hälfte der Befragten hielt es schon damals für wahrscheinlich, „in den nächsten ein bis zwei Jahren“ den Arbeitsplatz zu verlieren.

48. *Abstandshaltung gegenüber beruflicher Veränderung*: Für die große Mehrheit der Ostdeutschen kamen ein selbst unternommener Wechsel der Arbeitsstelle, ein Berufswechsel oder der Schritt in die berufliche Selbständigkeit als Alternative allerdings nicht in Betracht. Auf eine elementare persönliche Verunsicherung, wie sie mit dem Verlust

des Arbeitsplatzes bereits erfahren wurde oder perspektivisch befürchten war, reagierten DDR-Bürger in diesem Stadium des Umbruchs überwiegend defensiv und wenig flexibel. Die ausgeprägte Hochschätzung des Prinzips individueller Leistung und Leistungsbelohnung, die noch wenige Monate zuvor, im März 1990, gemessen worden war, erwies sich als ein kurzlebiges Übergangsphänomen.

50. *Staatssorge statt Eigenverantwortung*: Im verbreiteten Zögern, die prekär gewordene Sicherheit, die der sozialistische Staat vormals geboten hatte, durch eigene Initiative zu überwinden, wirkte das Erbe der DDR-typischen Staatskultur am Vorabend der deutschen Einigung nach. Eine Grundhaltung, die auf staatliche Leistungen statt Eigenverantwortung setzt, blieb als ein „Legat" der DDR in der politischen Kultur des geeinten Landes präsent.

E Das Jahr danach: Ende der Illusionen

51. *Stimmungsumschwung im ostdeutschen Herbst*: Die hochfliegenden Erwartungen, die den ostdeutschen Vorabend der Einigung ausfüllten, haben nicht lange vorgehalten. Die von 1990 bis 1992 dauernde primäre ökonomische Transformationskrise hinterließ ihre psychologischen Spuren. Ein negativer Stimmungsumschwung trat vor allem bei der Bewertung der Lebensbedingungen zutage. Deutliche Anzeichen dafür wurden schon für die zweite Hälfte des Jahres 1990, also für die Zeit unmittelbar nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, beobachtet. In der vergleichsweise kurzen Zeitspanne zwischen Juni und Oktober/November 1990 wiesen Umfragen für fast alle abgefragten Lebensbereiche, so der Sozialforscher Detlev Landua, „wesentliche Veränderungen in negativer Hinsicht" auf. Ein weiteres reichliches halbes Jahr später hatten sich die Anzeichen für wachsenden Pessimismus zu einem „allgemeine[n] Stimmungsumschwung in Ostdeutschland" ausgeweitet.

52. *Wichtigste Lebensbereiche*: Den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zufolge, wurden Mitte 1990 wie Mitte 1991 im Osten Deutschlands die privaten Bereiche von Familie und Gesundheit am wichtigsten bewertet. Politischer Einfluss wurde demgegenüber als vernachlässigbar eingestuft. Einkommen und Arbeit rangierten im Mittelfeld der persönlichen Rangskala, wenngleich mit ansteigender Tendenz. Die Rangfolge der Wichtigkeiten war im Übrigen in Ost und West zu diesem Zeitpunkt bemerkenswert ähnlich.

53. *Lebenszufriedenheit*: Die subjektive Lebenszufriedenheit gibt Auskunft darüber, wie Menschen ihre persönlichen Lebensumstände bewerten. Im Jahr 1990 hatte sich, verglichen mit Westdeutschland, ein „allgemein niedrigeres *Niveau* fast aller Zufriedenheitswerte im Osten" abgezeichnet (D. Landua). Mitte des darauf folgenden Jahres 1991 fielen die Antworten der Ostdeutschen auf die Zufriedenheitsfragen zum größeren Teil schlechter aus. Besser bewertet als ein Jahr vorher wurden lediglich die Umweltsituation sowie das Angebot an Waren und Dienstleistungen. Demgegenüber hatte sich die Zufriedenheit mit dem eigenen Haushaltseinkommen, die schon 1990 erheblich niedriger als im Westen lag, bis Juni 1991 weiter verschlechtert. Ebenso verringerte sich die Zu-

friedenheit mit der Arbeit. Im Juni 1991 war nur noch etwa jede(r) zweite Ostdeutsche mit seiner Lebenslage im Großen und Ganzen eher zufrieden. Der jetzt gemessene Mittelwert war im Jahrzehnt zuvor im Westen zu keiner Zeit gemessen worden und stellte aus Sicht der Wohlfahrtsforschung ein Alarmsignal dar.

54. *Sorge um den Arbeitsplatz*: Im Frühsommer 1991 war auch die Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes in Ostdeutschland zu einer Massenerscheinung geworden. Mehr als fünfmal so viele Menschen wie im Westen – und darunter mehr Frauen als Männer sowie vor allem Ältere im erwerbsfähigen Alter – fürchteten nun, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Das waren zehn Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Auch die eigene wirtschaftliche Situation wie auch der Lauf der Wirtschaft generell wurden von Ostdeutschen jetzt in wachsender Zahl pessimistisch eingeschätzt.

55. *Keine dauerhafte Verfestigung des psychologischen Tiefs*: Der von uns erstellte Meta-Trend Ost, der eine Reihe von Umfragen im Längsschnitt zusammenfasst, weist das Jahr 1991 gleichfalls als einen absoluten Tiefpunkt im Zufriedenheitsniveau aus. Seither ist das Ausmaß der Lebenszufriedenheit, betrachtet man den gesamten Zeitverlauf bis in die Gegenwart, in beiden Teilen des Landes jedoch erkennbar gestiegen, wobei Westdeutsche sich insgesamt konstant zufriedener äußern als Ostdeutsche.

Doch auch dieser Ost-West-Abstand verringert sich etwa seit 2008. Mit Fortdauer der Einigung hat sich die Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen deutlich gefestigt. Das krisenhafte Szenario eines wohlfahrtsstaatlichen Mezzogiorno, das sich in der Wahrnehmung der ostdeutschen Bevölkerung im Jahr 1991 für das eigene Land abzeichnete, hat sich als eine nur kurzzeitig massiv aufblühende Unzufriedenheit erwiesen. Diese stellt zweifelsfrei ein psychologisches Kennzeichen der Umbruchszeit dar und macht sich, wie wiederholte Ausschläge der Zufriedenheitskurve nach unten zeigen, auch in späteren Phasen wirtschaftlicher Eintrübung neuerlich bemerkbar.

Dass ihre eigene Lebenszufriedenheit *in der Zukunft steigen* würde, haben die Ostdeutschen, ungeachtet der damals großenteils pessimistischen Beurteilung ihrer aktuellen Lebenslage, seinerzeit übrigens schon vorhergesehen. Über 60 Prozent blickten Mitte 1990 zuversichtlich in die Zukunft, und im Durchschnitt hat sich die optimistische Prognose selbst zu den Zeiten des mentalen Tiefs im Juni 1991 nur leicht verschlechtert. Der Tiefpunkt wurde offenbar nicht als eine ins Unendliche reichende Talsohle, sondern als eine Durststrecke angesehen, die enden würde.

F Anschluss an die Gesellschaftskultur der Demokratie: Neue Verbandsbindungen in Ostdeutschland

56. *Vertretenheit durch demokratische Organisationen:* Ende des Jahres 1990 fühlten sich mehr Ostdeutsche durch Umweltgruppen als von Gewerkschaften vertreten. Dicht dahinter rangierten Bürgerinitiativen. Gleichzeitig sahen Ostdeutsche aber die Arbeitnehmerverbände als mit Abstand persönlich wichtigste Organisation an.

57. *Vorrang für Sachwalter der „Alten Politik“*: Persönlich mit Abstand am wichtigsten waren Ende 1990 für Ostdeutsche solche Sachwalter organisierter Interessen im Bereich Wirtschaft und Arbeit, also eben vor allem Gewerkschaften. Dass es vorrangig die Problemlagen der „Alten Politik“ waren, die sich für Ostdeutsche als ehestens anschlussfähig erwiesen, hat vor allem zwei Gründe: Zum einen fiel es vergleichsweise leicht, die eigenen individuellen Interessen in das westliche Modell verbandlich organisierter Interessenvertretung zu übertragen, war dieses Modell doch nicht so sehr weit von eigenen ostdeutschen Organisationsgewohnheiten entfernt. Zum anderen lag es nahe, diese eigenen Interessen unter veränderten Bedingungen des Konfliktaustrags weiterhin in sicheren Händen zu sehen.

G Freiheit oder Sicherheit? – Fortwirkende „Staatskultur“

58. *Bekundete Wichtigkeit von Freiheit und Gleichheit*: Welchem Sozialstaatsmodell jemand subjektiv anhängt, ist wesentlich abhängig von der Entscheidung, ob „mehr Staat“ oder „mehr Eigenverantwortung“ der Vorzug gegeben werden soll. Je nachdem, wie die Präferenz ausfällt, wird „Freiheit“, verstanden als individueller Entfaltungsspielraum, bevorzugt oder „Gleichheit“, die für staatlich garantierte Chancengleichheit und sozioökonomische Sicherheit steht. Im ersten halben Jahrzehnt nach der Einigung wird in Westdeutschland weiterhin klar der Freiheitswert priorisiert, wenngleich mit leicht abnehmender Tendenz. Auch in Ostdeutschland überwiegt 1990 leicht die Freiheitsoption. Ab 1992 kehrt sich dann aber im Osten das Verhältnis zugunsten der Gleichheit als Vorzugswert beständig um.

59. *Geringe Unterschiede bei erwarteten Wohlfahrtsstaatsleistungen*: Für die konkrete Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, d.h. Sicherung des Einkommens im Falle von Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und Alter, wiesen in den frühen 1990er Jahren nicht nur die meisten Ostdeutschen, sondern auch die übergroße Mehrheit der Westdeutschen dem Staat eine umfassende Verantwortung zu. Die Ost-West-Unterschiede waren zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in diesem Bereich folglich gering.

60. *Unterschiedliche Vorstellungen über die Reichweite staatlicher Intervention*: Dennoch unterschieden sich Ost- und Westdeutsche in den ersten Jahren nach der Einigung in der Frage, wie weit die sozialstaatliche Intervention reichen sollte. Zwar gab es in beiden Landesteilen Mehrheiten dafür, dass der Staat auch Vollbeschäftigung sichern und zur Angleichung der Einkommen beitragen solle. Doch war die Mehrheit im Westen deutlich geringer. Für eine gesetzliche Lohnkontrolle sprachen sich drei Viertel der Ostdeutschen, aber nur ein Viertel der Westdeutschen aus.

61. *Staatsorientierung als gemeinsamer Vereinigungspunkt*: Nachweisbar ist, dass Ost- und Westdeutsche sich mit teilweise abweichenden Vorstellungen von Staatswohlfahrt auf den Einigungspfad begeben haben. Desungeachtet besaßen beide Landesteile in ihrer grundsätzlichen Sozialstaatsorientierung, die trotz aller Systemunterschiede existierte, einen gemeinsamen ideellen Vereinigungspunkt. Dieses deutsch-deutsche sozialstaatliche Grundeinverständnis hat sich während der Transformationskrise, die das ers-

te gesamtdeutsche Jahrzehnt begleitete, als ein äußerst wichtiges Wirkelement gesamtgesellschaftlicher Kohäsion bewährt.

62. *In die Zukunft weisende Botschaft der Ausgangslage des geeinten Deutschland*: Im Spiegel der bis hierher ausgewerteten Daten zeichnete sich in der Ausgangslage des wiedervereinigten Deutschland für den künftigen Lauf der Entwicklung folgendes Szenario ab: Einerseits würde in den neuen Bundesländern der Prozess einer nachholenden Freisetzung von Eigenleistung und Individualität, und damit die Möglichkeit, in einem zentralen Punkt kultureller Modernisierung zum Westen aufzuschließen, seine Zeit brauchen. Andererseits barg das Gehäuse des Sozialstaats auch in seiner umgestalteten Form eine gesamtdeutsche Gemeinsamkeit, die sich als eine wichtige Ressource für das Zusammenwachsen unter schwierigen Randbedingungen bewähren sollte. Die untersuchten Zeitreihen bestätigen in ihrer Längsschnittperspektive diese Entwicklung. Es lässt sich klar belegen, dass Ost und West sich im Modus der Langsamkeit aufeinander zubewegen, sich jedoch im Feld der politischen Kultur deutlich einander angenähert haben.

H Die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Kultur im wiedervereinigten Deutschland seit 1990 – ausgewählte Daten-Zeitreihen

63. *Traditionelles* und *egalitäres Frauenbild*: Die Darstellung der Entwicklung des Frauenbildes in Ost und West setzt einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt im Feld der so apostrophierten „kulturellen Angleichung". Einer geläufigen sozialwissenschaftlichen Begrifflichkeit zufolge, wird zwischen einem „traditionellen" und einem „egalitären" bzw. „emanzipativen" Verständnis der Rolle der Frau unterschieden. Hinsichtlich der familären Arbeitsteilung steht das traditionelle männliche Ernährermodell („male breadwinner model") dem egalitären Doppelverdienermodell („dual breadwinner model") gegenüber.

64. *Nachholende Modernisierung des Frauenbildes in Westdeutschland*: Festgestellt werden kann, dass im Osten der Bundesrepublik von Frauen wie Männern immer noch eher einer egalitären denn einer traditionellen Arbeitsteilung der Geschlechter der Vorzug gegeben wird. Entsprechend liegt die Metatrend-Linie Ost kontinuierlich unter der Metatrend-Linie West. Männer blieben in den alten wie in den neuen Ländern im Zeitverlauf stets traditioneller als Frauen eingestellt. Verglichen mit dem Jahr 1990, hat sich die Zustimmung bzw. Ablehnung des traditionellen Ernährermodells in den alten Ländern seither insgesamt jedoch erkennbar und stetig in Richtung einer egalitären Verteilung der Geschlechterrollen bewegt. So gesehen, durchläuft Westdeutschland eine nachholende Modernisierung des Rollenbildes, ohne dass jedoch ein *Aufholen* erkennbar wäre. Da sich gleichzeitig auch Ostdeutschland emanzipativ fortbewegt, nähern sich die Einstellungslinien nicht einander an, sondern sie bleiben weiterhin different.

65. *Die Frau als „Karrierehelferin" des Mannes*: Dass die Frau vornehmlich als Karrierehelferin ihres Mannes fungieren solle, stößt im geeinten Deutschland von Anfang an und mit den Jahren wachsend geschlechtsübergreifend auf deutliche Ablehnung. Bemer-

kenswert ist die Konvergenz, die sich dabei seit Mitte des ersten Jahrzehnts nach der Jahrtausendwende abzeichnet: Während westdeutsche Männer und Frauen nun häufiger „modern“ denken, werden umgekehrt Ostdeutsche moderat „traditioneller“. Entsprechend nähern sich die Linien M-Trend Ost und M-Trend West einander an, um schließlich 2012 nahezu zu verschmelzen.

66. *Frauenarbeit in Zeiten knapper Arbeitsplätze*: Rückschlüsse auf ein „modernes“ oder „traditionelles“ Frauenbild erlaubt ferner die Einschätzung, ob eine (verheiratete) Frau auf Berufstätigkeit verzichten solle, sofern nur eine begrenzte Anzahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stünde und der (Ehe)Mann in der Lage sei, mit seinem Einkommen Familie und Frau zu versorgen. Während im Jahr 1991 westdeutsche Befragte zunächst eher einem traditionellen Rollenverständnis zuneigen (und dabei Männer stärker als Frauen), bewegt sich die Trendlinie West ab der Mitte der 2000er Jahre deutlich auf eine egalitäre, d.h. beide Geschlechter als gleichberechtigte Anbieter ihrer Arbeitskraft betrachtende Position zu. Dabei optieren in Westdeutschland Frauen stets nachdrücklicher für Chancengleichheit im Arbeitsleben als Männer. Ostdeutsche Männer befürworten schon 1991 eher ein egalitäres denn ein traditionelles Frauenbild, wenn auch nicht so entschieden wie bereits damals ostdeutsche Frauen. Dieser Trend verstärkt sich unter den ostdeutschen Frauen bis zum Jahr 2012. Mit temporären Schwankungen, aber in der Gesamttendenz eindeutig nähern sich Frauen und Männer in Ost wie West gleichermaßen im Verlauf zweier Jahrzehnte einem emanzipativen Modell der chancengleichen Vergabe von Arbeitsstellen an. Dabei bleibt eine Differenz beider territorialer Trendlinien bis in die Gegenwart erkennbar.

67. *Vereinbarkeit von Mutterrolle und Beruf*: Heutzutage sind Männer und Frauen in Ost- wie Westdeutschland mehrheitlich der Meinung, dass sich Mutterschaft und Erwerbstätigkeit der Frau gut miteinander vereinbaren lassen. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre hat sich in diesem Punkt auch die Mehrheitsmeinung westdeutscher Männer gedreht. Wiederum scheinen auch bei dieser Frage die nun schon vertrauten relativen Unterschiede zwischen Ost-West und Mann-Frau auf, allerdings unterschiedlich ausgeprägt. In beiden Landesteilen treten Frauen entschiedener als Männer für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf ein, aber im Osten Deutschlands ist der Abstand zu den Männern geringer. Westdeutsche Frauen verstehen sich folglich vergleichsweise häufiger als „Pioniere“ eines sie begünstigenden Rollenwandels – was nicht verwundert, da in ihrem gesellschaftlichen Umfeld der Nachholbedarf in diesem Punkt aus historischen Gründen größer ist.

68. *Beeinträchtigung des Kindeswohls durch Berufstätigkeit der Mutter*: Die Auffassung, dass ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leide, teilte zu Beginn der 1990er Jahre eine Mehrheit der Deutschen in West *und* Ost. Jedoch teilten mehr Westals Ostdeutsche diese Meinung. In den nachfolgenden Jahren hat sich diese Sorge in beiden Landesteilen kontinuierlich abgeschwächt, und zwar bei beiden Geschlechtern. Im Jahr 2012 sind es lediglich noch westdeutsche Männer, die im Durchschnitt leicht zu dieser Position hinneigen.

69. *Emanzipativer Entwicklungspfad in Gesamtdeutschland:* Insgesamt dokumentieren die dargestellten Einstellungsmuster zum Rollenverständnis der Frau und zum Bild der Familie, dass sich bei Fragen der beruflichen Karrierechancen von Frauen, der innerfamilialen Arbeitsteilung sowie der Vereinbarkeit von Mutterrolle und Beruf seit 1990 im Trendverlauf ein *gesamtdeutscher kultureller Entwicklungspfad* herauskristallisiert, der durch eine fortschreitende Ablösung traditioneller durch emanzipatorische Rollenbilder gekennzeichnet ist. Unübersehbar ist, dass dabei der Westen Deutschlands aufgeschlossen hat. Im Westen der Bundesrepublik hat man sich inzwischen gesellschaftspolitischen Positionen angenähert, die in Ostdeutschland schon länger zum gewohnten Alltag gehören. Zum Gesamtbild gehört indessen auch, dass in Ostdeutschland in letzter Zeit das gesellschaftspolitische Pendel leicht traditioneller ausschlägt.

70. *Einordnung auf der Links-Rechts-Skala*: Bei der Messung der ideologischen Selbsteinordnung der Bevölkerung auf dem bekannten Kontinuum von rechts bis links fällt auf, dass seit 1990 keine größeren Ausschläge in der Links-Rechts-Selbsteinschätzung der Deutschen feststellbar sind. Tendenziell ordnen sich sowohl die Ost- als auch die Westdeutschen politisch allgemein in ihrer Mehrheit im Mittelbereich bzw. leicht links von der Mitte ein. Eine maßvolle Ost-West-Differenz bleibt während des gesamten Beobachtungszeitraumes nahezu konstant.

71. *Allgemeine Lebenszufriedenheit*: Diese ist ein Indikator für die wahrgenommene Gesamtsituation im Land, die sich aus den Faktoren wirtschaftliche Lage, persönliche Zukunft und Leistungsbewertung der Regierung zusammenfügt. Hier zeigt sich nach 1990 ein überwiegend positives Bild. Zwar fiel die Einschätzung der eigenen Lebensverhältnisse in den Nachwendejahren im Osten wesentlich schlechter aus. Aber zu keinem Zeitpunkt, weder im Osten noch im Westen, rutschte die Bewertung ab in den negativen Bereich. Nimmt man den gesamten Zeitraum seit 1990 in den Blick, so lässt sich ein ansteigender Trendverlauf der Lebenszufriedenheit für beide Teile Deutschlands nachweisen. Dieser Anstieg fällt im Osten trotz stärkerer Schwankungen etwas steiler aus, sodass auf längere Sicht eine zunehmende Konvergenz der wahrgenommenen Lebensqualität nicht ausgeschlossen werden kann.

72. *Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie*: Ostdeutsche sind mit der Praxis und dem Leistungsvermögen der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik seit den frühen 1990er Jahren weniger zufrieden als ihre westdeutschen Landsleute. Der Metatrend Ost liegt stets niedriger als der Vergleichswert für den Westen. Für die Zeit nach der Jahrtausendwende lässt sich ein steigender Trend ablesen. Den Daten zufolge, ist und bleibt bei der Demokratiezufriedenheit die Diskrepanz zwischen Ost- und Westdeutschland über den gesamten gemessenen Zeitraum hinweg konstant deutlich ausgeprägt.

73. *Institutionenvertrauen*: Das Vertrauen in die Bundesregierung war während des letzten Jahrzehnts, stetig auf einem eher niedrigen Niveau bleibend, starken Schwankungen ausgesetzt. Desunbeschadet zeichnet sich bei den Metatrends in Ost und West langfristig eine leicht steigende Tendenz ab. Dabei liegen die für Ostdeutschland gemessenen Ver-

trauenswerte immer etwas niedriger und steigen auch minimal schwächer an. Bei dem Vertrauen, das Parteien und Politikern entgegengebracht wird, lässt sich in Ost- und Westdeutschland eine nahezu gleichmäßig parallel verlaufende Entwicklung feststellen. Erkennbar wird erneut das vertraute Muster, demzufolge die Sichtweise der Ostdeutschen durchgängig skeptischer, kritischer und distanzierter ist. Die Differenz wird aber in den letzten Jahren immerhin deutlich kleiner. Das heißt, das Vertrauen in Politiker und Parteien ist – zumindest in diesem Fall – in beiden Teilen Deutschlands gleich schlecht.

74. *Responsivität*: Das niedrige Vertrauensniveau in Politiker und Parteien geht einher mit einer konstant gering eingeschätzten Bürgernähe von Politikern („Responsivität"). Die in Deutschland - wie in allen europäischen Demokratien - ausgeprägte Responsivitätslücke fällt im Osten der Bundesrepublik durchwegs größer aus. Diese im Laufe der letzten zweieinhalb Jahrzehnte entstandene Differenz erweist sich in den letzten 15 Jahren als bemerkenswert beständig.

75. *Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage*: Die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage Deutschlands unterlag nach 1990 starken zyklischen Schwankungen, hat sich jedoch im Jahrzehnt seit 2002 kontinuierlich verbessert. Dabei entwickelte sich die Stimmung in Ost und West gleichförmig, wobei der für Ostdeutschland gemessene Mittelwert leicht unter dem für Westdeutschland liegt. Die bis 1991 sehr positiven Einschätzungen können mit der Euphorie der Wende und dem damit verbundenen Gefühl des Aufschwungs erklärt werden. Dass Erwartungen alsbald enttäuscht wurden, zeigt der anschließende, allerdings nicht nur in Ostdeutschland eingetretene Abfall der positiven Stimmung in den negativen Bereich.

76. *Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung*: Waren zunächst zwischen Ost- und Westdeutschland prognostisch deutliche Niveauunterschiede erkennbar, so hat sich die Schere im Verlauf der letzten 25 Jahre weitestgehend geschlossen. Seit Mitte der 1990er Jahre verlaufen die Zeitreihen für beide Gebiete fast kongruent. Diese Entwicklung lässt sich auch an den berechneten Metatrends ablesen, die sich 2012 auf einem Punkt treffen. Der starke Einbruch der optimistischen Einschätzung der zukünftigen ökonomischen Entwicklung zu Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland begründet sich mit letztlich häufig überhöhten Erwartungen in Bezug auf die Währungsunion und die wirtschaftliche Privatisierung. Als das wahre Ausmaß der ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchskrise in Ostdeutschland offenkundig wurde, ist schnell Ernüchterung und Enttäuschung eingekehrt.

77. *Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation*: Eine Mehrheit der Deutschen, gleich ob in Ost oder West, beurteilt die eigene wirtschaftliche Lage seit 1990 durchwegs positiv. Zu keinem Zeitpunkt verschiebt sich die Bewertung in den negativen Bereich. Ostdeutsche wie Westdeutsche beurteilen ihre wirtschaftliche Lage ähnlich gut, wobei der Anteil für Ostdeutschland seit 2000 konstant leicht unter dem für Westdeutschland liegt. Langfristig zeigt sich für den Osten eine eher gleichbleibende Entwicklung, während die Einschätzung der persönlichen Wirtschaftssituation im Westen zu-

nehmend skeptischer ausfällt. Das könnte auf eine künftige Konvergenz auch dieser Einstellungsmuster hindeuten.

78. *Einschätzung der persönlichen Wirtschaftslage in der Zukunft*: Wie schon bei den Erwartungen an die wirtschaftliche Lage allgemein, zeigen sich Ostdeutsche in den Jahren des Systemumbruchs zunächst zuversichtlicher, was ihre eigene künftige wirtschaftliche Situation angeht. Auch hier liegen die Erwartungen innerhalb der nächstfolgenden Jahre eng beieinander, wobei der Wert für den Westen erst seit 1999 wieder über dem ostdeutschen Niveau liegt. Im Jahr 2012 sind Differenzen kaum noch messbar.

79. *Politisches Interesse*: Interesse an Politik gilt als eine Grundvoraussetzung für politische Partizipation. Trotz gewisser Schwankungen im Zeitverlauf, die unter anderem auf eine in Bundestagswahljahren in der Regel ansteigende Aufmerksamkeit für politische Vorgänge zurückgehen, äußert sich die überwiegende Mehrheit in Ost und West interessiert am politischen Tagesgeschehen. Der Meta-Trend über 20 Jahre offenbart ein eher gleichbleibendes Politikinteresse im Osten und ein steigendes politisches Augenmerk im Westen. Dass politische *Desinteressiertheit* zugenommen habe, kann aus den Daten nicht abgelesen werden.

80. *Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit in einer politischen Partei*: In Bezug auf die Mitgliedschaft der Deutschen in politischen Parteien lassen sich seit 1990 keine großen Veränderungen feststellen. Diese im Verhältnis zu anderen Aktivitäten mit größerem Aufwand verbundene Form der politischen Partizipation nutzt nur ein geringer Anteil der Bevölkerung. Im Gesamtbild waren und sind erheblich mehr Westdeutsche als Ostdeutsche Mitglied einer politischen Partei. In Westdeutschland unterliegt die Mitgliederdichte auch größeren Schwankungen. Gleichzeitig ist in Ostdeutschland die Zahl derjenigen, die das Mitgliedsbuch einer Partei besitzen, heute deutlich geringer als noch vor gut 20 Jahren.

81. *Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft*: Was die Mitgliedschaft in Gewerkschaften betrifft, war im Osten Deutschlands nach dem Systemumbruch ein extremer Schwund gewerkschaftlich organisierter Personen zu verzeichnen. Der Anteil gewerkschaftlich Organisierter sinkt von ca. 55 Prozent im Jahr 1990 auf etwa 7 Prozent 1999. Insgesamt fällt die Bilanz der Mitgliedschaft für beide Teile Deutschland negativ aus. Dieser Trend ist im Osten auf Grund des wesentlich höheren Ausgangsniveaus stärker ausgeprägt, dürfte sich aber in den nächsten Jahren weiter anpassen. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Entwicklung der Mitgliederzahlen stabilisiert.

82. *Teilnahme an Demonstrationen*: Die bekundete Teilnahme sowie die generelle Bereitschaft, für politische Überzeugungen auf die Straße zu gehen, hat sich seit 1990 ebenfalls insgesamt verringert. Dabei hat sich die in Ostdeutschland während der Beschleunigungsphase des Systemwechsels sehr viel höhere Demonstrationsbereitschaft und -erfahrung an westdeutsche Zahlen weitestgehend angeglichen.

83. *Beteiligung an einer Unterschriftensammlung*: Was die Bereitschaft zur Beteiligung an Unterschriftensammlungen angeht, stimmt der letzte gemessene Wert für das Jahr 2012 für Ost und West nahezu exakt überein. Insgesamt hat diese Form zivilen Engagements

seit 1990 zugenommen, sie wird jedoch nach der Jahrtausendwende in Ost wie West wieder weniger nachgefragt.

84. *Mitarbeit in einer Bürgerinitiative*: Nach dem Systemwechsel waren zunächst etwas mehr Ostdeutsche bereit, sich in einer *Bürgerinitiative* zu beteiligen, als Westdeutsche. Der unmittelbare Eindruck eines friedlichen politischen Umschwungs, an dem zahlreiche oppositionelle Bürgergruppen mitwirkten, hat sicherlich zu der hohen Wertschätzung dieser Beteiligungsform in Ostdeutschland beigetragen. In Westdeutschland waren Bürgerinitiativen im Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen bereits länger Teil des politischen Alltags. Der geografische Unterschied hat sich dann umgedreht. Bereits 1994 ist eine deutlich niedrigere Bereitschaft, in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten, für Ostdeutschland feststellbar, während die westdeutsche Zahl konstant bleibt.

85. *Teilnahme an einem Boykott*: Seit 1990 lässt sich ein wachsender Trend der Nutzung des Boykotts (z.B. bestimmter Produkte) und des Sympathisierens mit diesem Mittel des Protests feststellen. Dies gilt sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg liegt die Boykottbejahung im Westen um durchschnittlich 10 Prozentpunkte höher.

86. *Rückführung von Ausländern bei knappen Arbeitsplätzen*: Eine dem Rechtsextremismus immanente Dimension der Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit birgt die Aussage, dass Ausländer Deutschland verlassen sollten, sofern die Arbeitsplätze knapper würden. In jüngster Zeit erfolgt hier ein Stimmungsumschwung, der mit einer Angleichung der Werte für Ost- und Westdeutschland einhergeht: Ein hohes Ablehnungsniveau bezüglich der Remigration von Ausländern wurde von einem relativ hohen Aufwuchs an Zustimmung abgelöst, der im Westen 2012 stärker als im Osten ausfällt, wo die Zahl der Befürworter seit Mitte der 1990er Jahre stets höher lag.

87. *Primärer Antisemitismus*: Der so genannte primäre Antisemitismus äußert sich zuvörderst in direkten Vorurteilen gegenüber Angehörigen jüdischen Glaubens und in der Zuschreibung negativer Eigenschaften. Dass „Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben", wird in der Bevölkerung überwiegend verneint. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind in dieser Hinsicht marginal. Über den gesamten beobachteten Zeitraum zeigt sich eine leichte Abnahme dieses antisemitischen Einstellungsmerkmals. Erst 2012 kommt es zu einem Anwachsen, möglicherweise verursacht durch aktuelle Zuspitzungen des Nahostkonflikts.

88. *Sekundärer Antisemitismus*: Unter diesen Begriff werden Aussagen subsumiert, welche die deutschen Verbrechen an Juden während des Zweiten Weltkriegs relativieren, bei gleichzeitiger Betonung der Opfer der eigenen Nation. In dieselbe Rubrik gehört auch die Nachrede, viele Juden würden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs heute ihre Vorteile zu ziehen. Dieses Stereotyp findet über fast den gesamten beobachteten Zeitraum ein durchschnittliches Maß an Akzeptanz in den alten und neuen Bundesländern. Generell sind antisemitische Grundhaltungen im Westen weiter verbreitet als im Osten. Der lange Zeit deutschlandweit rückläufige Trend kehrte sich zwischen

2010 und 2012 abrupt um. Die wachsende latente Zustimmung zum sekundären Antisemitismus hat mutmaßlich die nämlichen oben erwähnten Ursachen.

89. *Autoritäre Neigung*: Zwischen Rechtsextremismus und Autoritarismus besteht ein starker Zusammenhang. Autoritäre Neigungen werden unter anderem mit der Dimension erfasst, „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen". Die Zeitreihe der Daten zeigt, dass sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern seit dem erstverfügbaren Messpunkt 1996 das Ausmaß an autoritärer Unterordnung gering ausgeprägt war und ist. Ost- wie Westdeutsche lehnen ein solches autoritäres Einstellungsmuster demzufolge überwiegend ab.

90. *Sozialdarwinismus*: Eine spezielle Dimension des Rechtsextremismus stellt der Sozialdarwinismus dar. Er postuliert eine Unterscheidung zwischen wertem und unwertem Leben und verbindet so antisemitische, fremdenfeindliche, chauvinistische und autoritäre Einstellungen miteinander. In beiden Teilen Deutschlands fällt die mehrheitliche Ablehnung dieses Einstellungsmusters deutlich aus. In Ost und West liegen die gemessenen Werte nahe beieinander.

91. *Konvergenz als langfristiges Trendmerkmal*: Insgesamt kann anhand der longitudinalen Umfragedaten festgestellt werden, dass im Bereich der i.e.S. politischen Einstellungen, ferner der subjektiv wahrgenommenen ökonomischen Bedingungen, aber auch im Feld gelebter politischer Partizipation die Verlaufskurven für Ost- und Westdeutschland teilweise eng beieinander liegen oder sich im Laufe der Zeit angeglichen haben.

I Deutschland 2014 – Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage

92. *Ostdeutscher Systemvergleich Bundesrepublik/DDR*: Die aktuelle politische und gesellschaftliche Gewinn-Verlust-Rechnung auf der Grundlage eines persönlichen Systemvergleichs fällt auf der Basis der Bevölkerungsumfrage von September/Oktober 2014 in Ostdeutschland wie folgt aus: Honoriert wird insbesondere, dass sich die Chancen für persönlichen Aufstieg verbessert haben (69 %). Auch für die Anerkennung persönlicher Leistungen, für das Gesundheitswesen, für gesellschaftliches Wohlbefinden sowie für die Gleichberechtigung der Geschlechter sieht eine jeweils variable relative Mehrheit der Ostdeutschen in der Bundesrepublik bessere Chancen. Der DDR werden aus ostdeutscher Sicht neben der Kinderbetreuung und dem sozialen Zusammenhalt die besseren Konditionen in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung, Kriminalitätsbekämpfung sowie Bildung zuerkannt.

93. *Meinungsbild der jüngeren ostdeutschen Generation*: Die partiell wohlmeinende Einschätzung der DDR ist vorrangig die Sicht *älterer* Befragter. Wenn jüngere Ostdeutsche unter 35 Jahren beide Systeme vergleichen, neigt sich die Waagschale eindeutiger zugunsten des wiedervereinigten Deutschlands. Mit Ausnahme des Zusammenhalts der Menschen, der Kinderbetreuung und des Bildungssystems, welche auch hier mehr der DDR positiv zugeschrieben werden, hat sich in den Augen der jüngeren Generation die Lage in allen anderen abgefragten Punkten nach 1990 verbessert.

94. *Systemvergleich aus gesamtdeutscher Sicht*: Aus gesamtdeutscher Sicht fällt der Vergleich mit der Situation vor 1990, wobei West- oder Ostdeutschland jeweils die Referenzgröße darstellen, uneindeutig aus. Verbesserungen werden dem wiedervereinigten Deutschland vor allem bei der Kinderbetreuung und der Gleichstellung der Geschlechter bescheinigt. Andererseits herrscht in ganz Deutschland die Einschätzung vor, dass sich nach 1990 die Bedingungen für soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung, für den sozialen Zusammenhalt, den Schutz vor Verbrechen und das Gesundheitswesen verschlechtert haben.

95. *Systemmängel versus Praxisdefizite*: Darin, dass in wichtigen Lebensbereichen bzw. Politikfeldern die Bundesrepublik gegenwärtig ein Leistungsdefizit aufweise, sind sich Ost- und Westdeutsche also in ihrer Mehrheit einig. Dennoch gibt es einen Unterschied: Aus ostdeutscher Sicht bilden die genannten nachteiligen Entwicklungen automatisch *system*bedingte Defizite der Bundesrepublik ab. Wenn hingegen Westdeutsche eine inhaltlich gleichlautende Mängelliste zusammenstellen, drücken sie überwiegend damit Unzufriedenheit über die Praxis der Politik in einem lange vertrauten System aus.

96. *Vorteile oder Nachteile der Wiedervereinigung*: Ungeachtet der Mängelrügen, die aus west- und ostdeutscher Sicht der Bundesrepublik für die Zeit nach 1990 erteilt werden, und trotz etlicher von Ostdeutschen mehrheitlich positiv erinnerter Facetten des Systemprofils der DDR sind sich vier Fünftel im Osten wie im Westen des Landes gleichermaßen darin einig, dass die Wiedervereinigung für Deutschland als Ganzes vorteilhaft war. Schlüsselt man die Befragten nach dem Bildungsgrad auf, so schält sich für beide Landesteile das gleiche sozialstrukturelle Muster heraus: Hauptschulabsolventen sind häufiger als Abiturienten und Akademiker der Meinung, dass die Nachteile der Einigung überwögen. Dieser Zusammenhang zwischen Bildung und Einigungsbilanz ist im Westen noch etwas stärker ausgeprägt.

97. *Mehr Vorteile für Ostdeutschland*: Ostdeutsche wie Westdeutsche sehen übereinstimmend mehrheitlich mehr Vorteile der Einigung für Ostdeutschland. Aufschlussreich ist ferner, dass zehn Prozent mehr West- als Ostdeutsche die Einigungsfolgen für ihr eigenes Teilgebiet als nachteilig empfinden. Dieses unterschiedliche Antwortverhalten macht anschaulich, wie eine ältere Erfahrungswelle allmählich ausläuft und eine jüngere sich neu aufbaut: Während die Eindrücke der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationskrise, die ausschließlich die Bevölkerung der früheren DDR betroffen hatte, dort allmählich verblassen, nimmt in Westdeutschland die Debatte, ob es nicht an der Zeit sei, die Teilungslasten gerechter, sprich: stärker zugunsten westlicher Problemregionen zu verteilen, gerade erst Fahrt auf.

98. *Persönliche Vorteile der Wiedervereinigung*: Dass deutlich mehr Ostdeutsche (77 %) als Westdeutsche (62 %) für sich persönlich die Wiedervereinigung als vorteilhaft erleben, verwundert nicht. Nicht unbedingt zu erwarten war hingegen, dass auch annähernd zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung die Einigung selbst aus der räumlichen Distanz als eine persönliche Erfolgsgeschichte ansehen. Die positive Sicht mag in vielen Fällen beruflich oder familiär bedingt sein. Doch deutet die große Zahl auf eine auch im

Westen der Bundesrepublik gesellschaftlich breit verankerte affektive Identifikation mit der deutschen Einheit hin.

99. *Urteil über das politische Regime der DDR*: Die Bewertung des politischen Regimes der DDR und seines ideologischen Kerns im heutigen Ostdeutschland ist in einem zentralen Punkt eindeutig: 70 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass das politische System der DDR eine Diktatur war. Dass die DDR ebenso ein „Unrechtsstaat" gewesen ist, meinen mit 46 Prozent hingegen deutlich weniger. Diese Zurückhaltung erklärt sich psychologisch wohl daraus, dass viele Ostdeutsche fürchten, Teile ihrer eigenen Biografie zu entwerten, wenn sie zustimmen, dass die DDR zu einem Synonym für Unrecht erklärt wird. Die westdeutsche Bevölkerung schätzt insgesamt den Willkürcharakter des DDR-Regimes und seine Demokratieunverträglichkeit deutlich kritischer ein.

100. *Sozialismus und Demokratie*: Knapp 60 Prozent der Ostdeutschen glauben gegenwärtig, dass der Sozialismus im Grunde eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt wurde. Wesentlich weniger, nämlich etwa ein Drittel der Befragten, teilen die Einschätzung, dass Sozialismus und Demokratie grundsätzlich ganz gut vereinbar sind. Mit 27 Prozent stimmen noch weniger der Aussage zu, dass die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen verstaatlicht werden sollten.

101. *Der reale Sozialismus – keine Alternative*: Sichtbar wird in diesem Antwortverhalten eine Hierarchie abnehmender Sympathien mit dem System der DDR. Während das abstrakte Systemziel der sozialen Befreiung des Menschen aus Armut und Entfremdung auch unter den westdeutschen Befragten deutlich positiver konnotiert wird, findet das realsozialistische Strukturmodell für Verfassung und Ökonomie nur bei einer Minderheit Anklang. Dass bei allen einschlägigen Fragen die Zustimmungsraten bei Jüngeren niedriger als der Durchschnitt ausfallen, belegt, dass in der nachwachsenden Generation mit wachsendem zeitlichem Abstand zur DDR die Unsicherheit, deren Systemeigenschaften einzuschätzen, wächst.

102. *In der Bundesrepublik zuhause*: Fast drei Viertel der Westdeutschen, aber nur knapp die Hälfte der Ostdeutschen fühlen sich gegenwärtig in der Bundesrepublik „politisch zu Hause". Wie sehr die Ost-West-Differenz sozialisationsbedingt ist, veranschaulicht das landesweit nahezu identische Meinungsbild der jüngeren Generation: 64 Prozent der 14- bis 29-Jährigen im Westen und 65 Prozent der Angehörigen derselben Altersgruppe im Osten sehen in der Bundesrepublik ihre politische Heimat.

103. *Reichweite und Grenzen des Wohlfahrtsstaates*: In der Studie stellen wir dar, dass zu Beginn der 1990er Jahre Ost- und Westdeutsche in ihrer Präferenz für wohlfahrtstaatlich garantierte Fürsorge und Vorsorge grundsätzlich übereinstimmten. Gleichzeitig traten Diskrepanzen bei der Erwartung auf, wie weit die Interventionsbefugnis des Wohlfahrtsstaates reichen soll. Dieses deutsch-deutsche Grundmuster in der Einschätzung von Reichweite und Grenzen des Wohlfahrtsstaates ist auch gut 20 Jahre später erhalten geblieben. Nahezu einmütig wird in Ost und West eine staatliche Gewährleistungsfunktion für den traditionellen Kernbereich der Systeme sozialer Sicherung (Krankheit, Invalidität, Alter, Erwerbslosigkeit) bejaht. Unterschiede treten dort stärker hervor, wo der

Staat selbst als Anbieter wirtschaftlicher Leistungen (Wohnraum) oder als Kontrolleur bzw. Korrektiv wirtschaftlicher Tätigkeit (Lohn- und Preiskontrolle, Ausgleich von Einkommensunterschieden, Vollbeschäftigung) ins Spiel gebracht wird. Aber auch hier haben sich gegenüber den frühen 1990er Jahren die Ost-West-Differenzen abgeschwächt.

104. *Demokratie als beste Staatsform*: Im Jahr 2014 war die Demokratie das bei Ost- wie Westdeutschen breit akzeptierte Modell politischer Ordnung. Der Auffassung, die Demokratie sei die beste Staatsform, stimmen 90 Prozent der Westdeutschen und 82 Prozent der Ostdeutschen zu. Nicht ganz so breit, aber gleichwohl sehr breit, fällt in beiden Landesteilen die Unterstützung der in Deutschland bestehenden Form der Demokratie aus. 80 Prozent der Westdeutschen und 72 Prozent der Ostdeutschen stimmen der Aussage zu, die in der Bundesrepublik existierende Form der Demokratie sei die beste Staatsform; nur 13 bzw. 17 Prozent halten eine andere Form der Demokratie für besser.

105. *Direkte Demokratie*: Bereits kurz nach der Vereinigung fand die direkte Demokratie mehr öffentliche Zustimmung als die repräsentative Demokratie, und diese Präferenz war in den neuen Bundesländern sehr viel stärker ausgeprägt als in den alten (67 zu 18 % im Osten gegenüber 47 zu 39 % im Westen). Allerdings entwickelten sich die Einstellungen in der Folgezeit im westlichen und im östlichen Landesteil unterschiedlich. In den alten Bundesländern nahm die Vorliebe für eine direkte Demokratie seit 1991 deutlich zu, nämlich von 47 auf heute 60 Prozent. In Ostdeutschland blieb die Zustimmung im untersuchten Zeitraum mehr oder weniger auf dem 1991 gemessenen Niveau (67 bzw. 66 %).

106. *Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie*: Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung lag die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in den neuen Bundesländern erheblich niedriger als in den alten Ländern. Dies blieb so bis etwa Mitte der 2000er Jahre. Seither zeigt sich jedoch klar die Konvergenz der Einstellungen. Im Jahr 2014 fielen die Ost-West-Unterschiede geringer aus als jemals zuvor: Lediglich 13 Prozent der Westdeutschen und 15 Prozent der Ostdeutschen sind mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Hingegen erklären 44 Prozent der Befragten in den alten Ländern und 53 Prozent in den neuen Ländern, mit dem Funktionieren der Demokratie teils zufrieden und teils unzufrieden zu sein. 42 Prozent im Westen und 32 Prozent im Osten sind weitgehend oder völlig zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland.

107. *Demokratiezufriedenheit und repräsentatives System*: Im Westen wie im Osten der Bundesrepublik sinkt die Zustimmung zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik mit abnehmender Demokratiezufriedenheit. Ein etwas schwächerer, aber gleichwohl erkennbarer Zusammenhang besteht auch zwischen der Zustimmung zur Demokratie in der Bundesrepublik und der Bevorzugung einer repräsentativen Demokratie. In beiden Landesteilen schwächt der Wunsch nach (mehr) direkter Demokratie die Unterstützung der in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie ab. In Ost wie West favorisiert jedoch auch unter den Befürwortern der direkten Demokratie eine klare Mehr-

heit die in der Bundesrepublik existierende demokratische Ordnung, die bekanntlich im Kern repräsentativ ist.

108. *Generationeneffekte der Einstellung zur Demokratie*: Alles in allem unterscheidet sich die Unterstützung der Demokratie durch die einzelnen Alterskohorten weniger stark, als es vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Erfahrungshorizonte zu erwarten wäre. Dennoch schwächt sich der West-Ost-Unterschied, wie erwartet, von der ältesten bis zur jüngsten Kohorte kontinuierlich ab. In den beiden ältesten Gruppen tritt ein statistisch signifikantes, allerdings schwaches West-Ost-Gefälle in der Unterstützung der Demokratie zutage, in den beiden jüngeren Gruppen ist das nicht mehr der Fall. Bezüglich der Unterstützung der in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie zeigt sich ein ähnliches Bild. Je jünger die Gruppe, desto stärker unterstützt sie die bundesdeutsche Form der Demokratie. Vom erwarteten Muster weicht lediglich die Kohorte ab, die zwischen dem Mauerbau und dem Abschluss des Grundlagenvertrages sozialisiert worden ist. Hier tritt der weitaus größte Ost-West-Unterschied auf. Die ost- und westdeutschen Alterskohorten unterscheiden sich auch in ihrer Demokratiezufriedenheit.

109. *Annäherung im Demokratieverständnis der Altersgruppen*: Die Nach-Wende-Kohorten stellen mithin die wichtigste Trägergruppe des Fortschreitens der kulturellen Integration im vereinigten Deutschland. Damit ist das Muster der politischen Entwicklung seit 1990 aber nur zum Teil erfasst. In den älteren Kohorten haben sich die Ost-West-Unterschiede nämlich ebenfalls abgeschwächt. Die Unterstützung der Demokratie erfasst somit inzwischen alle Generationseinheiten, wenngleich dieser Diffusionseffekt in den älteren Generationseinheiten schwächer ausgeprägt ist als bei den nach der Wiedervereinigung sozialisierten Altersgruppen.

110. *Vertrauen in politische Institutionen*: Vergleicht man nun das Vertrauen der Ost- und Westdeutschen zu politischen Institutionen und Akteuren im Jahr 2014, so sind fast keine substanziellen Unterschiede mehr auszumachen. Zwar bestehen einzelne statistisch signifikante Ost-West-Differenzen im Vertrauen zu den politischen Institutionen fort, diese sind jedoch sehr schwach ausgeprägt. Noch wichtiger: Für keine Institution findet sich die aus früheren Untersuchungen bekannte Konstellation, dass im Westen Vertrauen, im Osten aber Misstrauen überwiegt. Von geringfügigen Abweichungen abgesehen, entspricht das Niveau des Vertrauens zu einzelnen Institutionen der aus der Forschung bekannten Rangfolge. Polizei und Gerichte genießen großes Vertrauen. Der Öffentlichen Verwaltung, dem Deutschen Bundestag und den Vereinten Nationen bringt die Bevölkerung immerhin mehr Vertrauen als Misstrauen entgegen. Überwiegend kritisch-distanziert stellt sich hingegen das Verhältnis der Bürger zum Europäischen Parlament, zu den Parteien und zu den Politikern dar. Bezüglich der Parteien machen die Bürger allerdings einen interessanten Unterschied: Während sie den Parteien im Allgemeinen eher misstrauen als vertrauen, bringen sie der von ihnen persönlich bevorzugten Partei nahezu so viel Vertrauen entgegen wie den Gerichten und der Polizei, oder vertrauen ihr sogar mehr.

111. *Institutionenvertrauen im Generationenvergleich*: Hinsichtlich der Alterskohorten-Effekte sind nur schwache, zumeist statistisch insignifikante Ost-West-Unterschiede erkennbar. Noch etwas weniger als bei der Unterstützung der Demokratie (siehe oben) erweist sich das Vertrauen zu den politischen Institutionen als eine in allen west- und ostdeutschen Alterskohorten weitgehend gleich verteilte politische Einstellung. Die Marge des Vertrauens ist im Osten zwar geringfügig schwächer ausgeprägt als im Westen. Doch weichen beide Landesteile in ihrem Vertrauen zu den politischen Institutionen nur graduell voneinander ab.

112. *Kognitives Engagement*: In empirischen Untersuchungen zum kognitiven Engagement der Bürger in den frühen 1990er Jahren hatten sich keine grundlegenden Ost-West-Unterschiede nachweisen lassen. Dies betrifft das politische Interesse und die Aufnahme politischer Informationen aus den Massenmedien (Fernsehen und Tageszeitungen) ebenso wie das politische Wissen, das subjektive Verständnis politischer Probleme und die wahrgenommenen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik. Diesen Befund schreibt der langfristige Trend bis ins Jahr 2014 fort. Bei keiner der Unterdimensionen Interesse, subjektives Verständnis politischer Sachverhalte, wahrgenommene politische Einflussmöglichkeiten besteht aktuell ein nennenswerter Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen. Ordnet man die im Jahr 2014 erhobenen Daten in die längerfristige Entwicklung ein, so erreicht das kognitive Engagement der ost- und westdeutschen Bevölkerung aktuell einen Spitzenwert.

113. *Verteilung des kognitiven Engagements über die Generationen*: In ihrem politischen Interesse unterscheiden sich die Angehörigen der west- und ostdeutschen Alterskohorten kaum voneinander. In einigen Kohorten fällt das Interesse in Ostdeutschland höher aus als im Westen, in anderen verhält es sich umgekehrt. In Übereinstimmung mit dem Stand der Forschung interessiert sich die jüngste Altersgruppe – im Osten wie im Westen – am wenigsten für Politik. Ähnlich stellt sich die Sachlage beim subjektiven Verständnis politischer Fragen dar, das im Osten wie im Westen in den mittleren Alterskohorten am stärksten, bei älteren und jüngeren Jahrgängen hingegen am schwächsten ausgeprägt ist.

114. *Politische Partizipation*: Die in früheren empirischen Studien erkennbaren unterschiedlichen Partizipationsmuster in den alten und den neuen Bundesländern sind inzwischen teilweise eingeebnet. Die Stimmabgabe bei Wahlen stellt nach wie die einzige Form politischer Einflussnahme dar, derer sich eine Mehrheit der Bürger West- und Ostdeutschlands bedient. Erwartungsgemäß liegt die Teilnehmerquote an Referenden deutlich unter der von Parlamentswahlen. In einer politischen Partei und an einer angemeldeten Demonstration beteiligen sich in beiden Landesteilen durchschnittlich weniger als zehn Prozent der Befragten. Kontakte zu Politikern unterhalten zehn bis zwanzig Prozent und die Teilnahmequote bei Unterschriftenaktionen liegt zwischen 25 und 35 Prozent. Größere Ost-West-Unterschiede zeigen sich lediglich noch bei der Teilnahme an ethisch motivierten Produktboykotts, die in den letzten Jahren in Westdeutsch-

land auf über 30 Prozent anstieg, während sie in Ostdeutschland weit weniger verbreitet ist und ein Niveau von maximal 20 Prozent erreicht.

115. *Beteiligungsschwerpunkte Ost und West*: Bei etlichen Partizipationsformen sind andererseits nach wie vor deutliche Differenzen zwischen West- und der Ostdeutschen zu verzeichnen. Auf einem – je nach Aktivität zwischen 30 und 50 Prozent variierenden – Teilnahmeniveau lag im Jahr 2014 zwischen West- und Ostdeutschen eine Differenz von sechs (Unterschriftensammlungen, direktdemokratische Verfahren), acht (Aktivität in Freiwilligenorganisationen) bzw. 14 Prozentpunkten (Produktboykotts). Kontakte zu Politikern werden von Ostdeutschen ebenfalls wesentlich seltener als Mittel politischer Einflussnahme genutzt als von Bewohnern der alten Bundesländer, sie spielen aber im Partizipationssystem der alten und der neuen Länder dennoch eine wichtige Rolle. Das gleiche gilt für die Beteiligung an Bürgerdialogen und an Planungsprozessen, die im Westen und im Osten annähernd gleich breit genutzt werden. Nur ein relativ kleiner Teil der Ost- und Westdeutschen partizipiert hingegen über soziale Netzwerke, geht zu Demonstrationen oder arbeitet in politischen Parteien mit.

116. *Regional unterschiedliche Beteiligungssysteme*: Nahezu 80 Prozent der Westdeutschen und fast 70 Prozent der Ostdeutschen beteiligen sich in irgendeiner Form aktiv am politischen Geschehen. Der Anteil der nur schwach Involvierten, also jener, die nur auf eine der erfassten Aktivitäten zurückgreifen, umfasst im Westen wie im Osten lediglich ein Fünftel der Bevölkerung. Demzufolge nutzen 60 Prozent der Westdeutschen und die Hälfte der Ostdeutschen mindestens zwei über die Teilnahme an Wahlen hinausgehende Beteiligungsformen, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. Ein Viertel der Westdeutschen und 16 Prozent der Ostdeutschen beteiligen sich an der Hälfte der neun erfassten Aktivitäten. Der durchschnittliche Westdeutsche gibt etwas mehr als zwei solcher Aktivitäten an, der durchschnittliche Ostdeutsche knapp zwei Aktivitäten. Diese Daten belegen ein bemerkenswert hohes Niveau politischer Partizipation in Deutschland, allerdings auch ein deutliches West-Ost-Gefälle, das in früheren Untersuchungen weniger sichtbar war.

117. *Verknüpfung konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation*: Auch die Bevölkerungsumfrage 2014 bestätigt in West- wie in Ostdeutschland eine positive Beziehung zwischen der Beteiligung an beiden Aktivitätsformen. Demnach gehören die meisten Befragten in beiden Landesteilen entweder zur Gruppe der Inaktiven (West: 21 %, Ost 31 %) oder zu denjenigen, die zwecks Durchsetzung ihrer Interessen sowohl auf traditionelle als auch auf alternative Formen des politischen Engagements setzen (West: 41 %, Ost: 31 %). Dem stehen deutlich kleinere Gruppen von „Partizipationsspezialisten“ gegenüber. Ausschließlich traditionell engagiert sind in den alten und den neuen Ländern jeweils neun Prozent der Befragten, ausschließlich alternativer Formen des Engagements bedienen sich jeweils 29 Prozent.

118. *Ost-West-Differenzen politischer Partizipation:* Im Ausmaß und in der Art politischer Partizipation unterscheiden sich die Bürger im Osten und im Westen Deutschlands im Jahr 2014 mithin deutlich voneinander. Im Vergleich mit den Jahren zuvor scheinen

diese Unterschiede sogar eher gewachsen zu sein als abgenommen zu haben. Die festgestellten Differenzen sind auch in der Nachwendegeneration anzutreffen. Anders als bei den meisten politischen *Einstellungen*, weisen die nach 1990 sozialisierten Menschen in Ost- und Westdeutschland in ihrem aktiven politischen Engagement keine besonders große Ähnlichkeit miteinander auf. Die einzige Ausnahme bildet die Wahlbeteiligung. Zunächst muss es hier bei der Feststellung bleiben, dass die Konvergenz der politischen Orientierungen der West- und Ostdeutschen weiter fortgeschritten ist als auf der Ebene des politischen Verhaltens. Dies gilt insbesondere für die nach der Wiedervereinigung sozialisierten Bevölkerungsgruppen.

119. *Räumliche Verbundenheit Ostdeutscher*: Eine starke Verwurzelung und Identifikation mit geografisch abgrenzbaren Einheiten kann die Wahrscheinlichkeit von bürgerschaftlichem und politischem Engagement erhöhen sowie die Abwanderungsquote verringern. Am stärksten fühlen sich Bürger Ostdeutschlands im Jahr 2014 mit ihrem Wohn-ort verbunden, gefolgt von Bundesland, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland und Europa. Bemerkenswert hierbei ist, dass die Verbundenheit mit dem staatsrechtlich nicht mehr existierenden Gebilde Ostdeutschland größer ist als mit Gesamtdeutschland. Die Bürger der neuen Bundesländer nehmen sich demzufolge auch heute noch eher als Ostdeutsche denn als Gesamtdeutsche wahr. Gleichwohl liegt der Anteil derer, die sich im Osten stark oder sehr stark mit Deutschland identifizieren, mit 68 Prozent nur unwesentlich unter den 72 Prozent in Westdeutschland. Die Verbundenheit zum jeweiligen „anderen“ Teil Deutschlands ist in beiden Landesteilen am schwächsten ausgeprägt.

120. *Räumliche Verbundenheit Westdeutscher*: Im Westen des Landes zeigt sich ein etwas anderes Bild. Primärer gefühlsmäßiger Bezugsrahmen ist hier nicht der Wohnort, sondern das Bundesland; es folgen der Wohnort, Deutschland, Westdeutschland, Europa und, wie bereits erwähnt, an letzter Stelle Ostdeutschland. Insgesamt liegt die Identifikation mit Deutschland als Ganzem höher als mit dem Teil, in dem man wohnt bzw. aufgewachsen ist. Ausgeprägte Unterschiede im jeweiligen Verbundenheitsniveau lassen sich zwischen Ost und West (mit der Ausnahme West- bzw. Ostdeutschland) nicht nachweisen.

121. *Räumliche Bindung nach Generationen*: Richtet man den Blick auf die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen, so zeigen sich zwischen Ost und West kaum noch Differenzen. In beiden Landesteilen ist hier die Verbundenheit mit dem Bundesland höher als diejenige mit dem unmittelbaren örtlichen Wohnumfeld, was auf eine generell höhere Mobilitätsbereitschaft der jüngeren Generation hindeutet. Es folgt die Verbundenheit mit dem Wohnort, gleichauf mit Gesamtdeutschland, und erst an vierter Stelle diejenige mit West- bzw. Ostdeutschland. Bei jüngeren Befragten scheint das vereinigte Deutschland bereits einen identitätsstiftenden Rahmen jenseits des Bundeslandes abzugeben.

122. *Sozialer Zusammenhalt*: Vorliegende Studien weisen für Ostdeutschland einen explizit niedrigeren sozialen Zusammenhalt aus. Annahmen zufolge, könnten sich Effekte erodierender Verbundenheit nachteilig auf politische und bürgerschaftliche Engagementbereitschaft auswirken. Dieser vermutete Zusammenhang wird anhand der Daten

unserer Bevölkerungsumfrage in seiner Voraussetzung nicht bestätigt. Denn gut 60 Prozent der Befragten in Ost und West geben an, dass das sie umgebende soziale Gefüge durch Vertrauen und Zusammenhalt geprägt ist. Nur etwa 10 Prozent bekunden gegenteilige Erfahrungen, und zwar auch hier ohne regionale Unterschiede. Die Wirkung von sozialem Zusammenhalt auf politische oder soziale Partizipation ist eher schwach ausgeprägt.

123. *Beurteilung der wirtschaftlichen Lage*: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird aktuell ganz überwiegend positiv wahrgenommen. Dabei ist ohne Belang, ob die Befragten aus dem Westen oder Osten des Landes kommen. Im Spiegel der Daten bestätigt sich dieser Trendverlauf für 2014. Nur Minderheiten stufen die wirtschaftliche Entwicklung allgemein und persönlich in Ost und West als schlecht bzw. sehr schlecht ein. In beiden Teilen des Landes hat die mittlere Einschätzung der ökonomischen Situation (teils/teils) in den letzten zwei Jahren weiter zugenommen, dabei etwas stärker in Ostdeutschland. Differenzen zwischen Ost und West, die 2012 noch gemessen worden waren, scheinen in den aktuellen Daten nicht mehr auf. So wird auch der wirtschaftliche Lauf in Ostdeutschland wie in Westdeutschland sowohl durch ostdeutsche als auch durch westdeutsche Befragte nahezu gleichlautend bewertet.

124. *Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung*: Ein in beiden Landesteilen überwiegend gleichlautendes Stimmungsbild schält sich heraus, was die Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung im Land betrifft. Die ökonomische Zukunft wird im Osten sogar etwas optimistischer eingeschätzt als im Westen. Allerdings sind diese Differenzen nur marginal ausgeprägt. Auch bezüglich der Prognose für die eigene Situation in naher Zukunft liegen Ost- und Westdeutsche gleichauf. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution hat sich die Schere innerhalb der auf das Schlüsselthema Wirtschaft gerichteten Stimmungslage weitgehend geschlossen.

125. *Allgemeine Lebenszufriedenheit*: Eng verwoben mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation ist die allgemeine Lebenszufriedenheit. Diese liegt in Deutschland mittlerweile ebenfalls auf einem einheitlich hohen Niveau und unterscheidet sich zwischen Ost und West nur noch gering. Die Anteile der „eher“ und „sehr Zufriedenen“ liegen mit 83 Prozent im Westen und 76 Prozent im Osten außerordentlich hoch. Demgegenüber stehen 3 bzw. 5 Prozent, die mit ihrem Leben unzufrieden sind.

126. *Ost-West-Unterschiede als Effekt unterschiedlicher Ressourcenausstattung*: Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass individuell verschiedene Einschätzungen, speziell was die wirtschaftliche Lage und die Lebenszufriedenheit betrifft, nicht auf verallgemeinerbare Ost-West-Unterschiede zurückgeführt werden können. Vielmehr beruhen sie auf unterschiedlich verteilter individueller Ressourcenausstattung und differenten anderen Struktur- und Einstellungsmustern, die in beiden Landesteilen gleichermaßen wirksam sind. Dazu zählen u.a. Bildung, Einkommen, relative Deprivation, persönliche Einheitsbilanz und auch die Parteipräferenz.

127. *Häufigkeit der Mediennutzung*: Nun zu den Daten über die Häufigkeit der Mediennutzung zu Zwecken der Information über das politische Tagesgeschehen: Der Rückgriff

auf Medien als Informationsquelle fällt mit durchschnittlich 6 von 7 Wochentagen in Ost und West gleichermaßen hoch aus. Mit höherer Bildung und höherem Alter steigt die Nutzungshäufigkeit an. Zwar liegt der Anteil derer, die angeben, sich an jedem Tag der Woche über Politik zu informieren, in den alten Bundesländern um 10 Prozentpunkte höher, jedoch ist dieser Vorsprung im Mittel nicht mehr erheblich. Es ergibt sich für Ost und West somit keine bedeutsame Differenz.

128. *Hauptquellen medialer Information*: Spitzenreiter als Hauptinformationsquelle ist in beiden Teilen Deutschlands mit 44_{Ost} und 39_{West} Prozent das Fernsehen, gefolgt von der Tageszeitung mit 21_{Ost} und 24_{West}, dem Internet 18_{Ost} und 19_{West} sowie schließlich dem Radio 15_{Ost} und 13_{West}. Es sind vor allem Ältere (hier über 45-Jährige), welche das Fernsehen als primäre (ca. 42 %) und die Tageszeitung (ca. 30 %) als sekundäre Informationsquelle für das politische Tagesgeschehen nutzen. Dabei fällt im Osten die Fernsehquote unter Älteren im Schnitt etwas höher aus. Die jüngeren Alterskohorten bis 44 Jahre favorisieren mit einigem Abstand das Internet über Computer, Smartphones etc. am häufigsten (ca. 41 %); in diesen Jahrgängen ist das Fernsehen (30 %) das zweithäufigst genutzte Medium. Das Radio wird von den meisten Altersgruppen, mit Ausnahme der über 60-Jährigen, ähnlich oft genannt.

129. *Bildungsschere bei Qualitätszeitungen*: Bei der Nutzung von Tageszeitungen in Abhängigkeit von den unterschiedlichen Bildungsgruppen sind Differenzen zwischen Ost und West offenkundig. So zeigt sich im Westen ein klarer linearer und positiver Bildungseffekt: Mit höherer formaler Bildung steigt dort die Wahrscheinlichkeit, dass die Tageszeitung als primäres Informationsmedium genutzt wird. Unter westdeutschen Akademikern ist sie mit 31 Prozent Nutzerquote das geläufigste Medium. Im Unterschied dazu sind es im Osten gerade formal gering Qualifizierte (mit Haupt- oder Volksschulabschluss), unter denen die Tageszeitung weiten Zuspruch erfährt (33,3 %); Akademiker bleiben mit 23,4 Prozent fast 10 Prozentpunkte dahinter zurück. Eine Ursache für diese `Bildungsschere´ dürfte sein, dass die verbreitete Auflage der Qualitätszeitungen mit überregionaler Wirkung in Ostdeutschland sehr viel geringer ist.

130. *Mediennutzung nach Generationen*: Ältere bevorzugen vor allem im Osten Deutschlands eher die jeweiligen Regionalzeitungen (80 % bzw. 66 %), die häufig aus den ehemaligen DDR-Bezirkszeitungen hervorgegangen waren. Unter den Jüngeren ist der Anteil der Nutzung regionaler Tageszeitungen zwar immer noch relativ am höchsten, er fällt mit etwa 45 % aber deutlich niedriger als bei Älteren aus; zudem ist in der nachwachsenden Generation der Leseranteil, der auf überregionale Tageszeitungen entfällt, wesentlich höher (ca. 32 %). Auch BILD ist in Ost und West vor allem unter jüngeren Lesern beliebt, das Boulevardblatt ist aber mit etwa 10 Prozent als Quelle politischer Information nachrangig.

131. *Bewertung der Berichterstattung zur Einheit*: Gebeten, die Medienberichterstattung, die sie in den letzten Jahren zum Thema deutsche Einheit wahrgenommen haben, auf einer Positiv-Negativ-Skala zu verorten, fällt das Urteil deutschlandweit überwiegend sehr und eher positiv aus (ca. 54 %). Nur etwa 14 Prozent fällen ein negatives Urteil. Im

Osten schätzen vor allem jüngere und höher Gebildete die Medienberichterstattung der letzten Jahre positiver ein. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich vor allem ältere Ostdeutsche mit niedriger Bildung in der Medienlandschaft mit ihrer Sichtweise der deutschen Einigung nicht angemessen vertreten sehen. Umgekehrt ist die jüngere Generation deutlich weniger involviert in die prägenden Erfahrungen des gesellschaftlichen Umbruchs seit 1990.

132. *Positive Trendeinschätzung der Berichterstattung*: Auf die ergänzende Frage, ob sich die Berichterstattung in den letzten Jahren zum Positiven oder Negativen verändert habe, antworten erneut viele Befragte eher positiv. Im Schnitt meinen 35 Prozent in Ost und West, dass sich die Berichterstattung in den letzten Jahren noch verbessert hat. Das Fazit lautet: Insgesamt sind die Bürger in Deutschland mit dem Medienecho 25 Jahre nach der friedlichen Revolution mehrheitlich zufrieden.

J Medienberichterstattung

Die quantitative Inhaltsanalyse untersucht auf der Basis von sechs Tageszeitungen, darunter drei überregional verbreitete Qualitätszeitungen (FAZ, SZ, taz), die Boulevardzeitung „Bild“ und zwei Berliner Regionalzeitungen (Berliner Zeitung und Der Tagesspiegel), in einer langfristigen Perspektive (von 1990 bis 2014), wie die deutsche Presse über das Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung im Speziellen sowie das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland im Allgemeinen berichtet. Die Analyse ausgewählter Berichtszeitpunkte (Tag der Einheit, Veröffentlichung repräsentativer Bevölkerungsumfragen, Wahlen zum Bundestag, zum Europäischen Parlament und zu ostdeutschen Landtagen) ergab folgende wesentliche Ergebnisse:

133. Mengenmäßig sind die meisten in der Stichprobe erfassten Artikel, nämlich knapp ein Viertel, im Einigungsjahr 1990 erschienen. Danach flaut das Aufkommen an einigungsbezogener Berichterstattung rapide ab.

134. Es sind die beiden Berliner Regionalzeitungen, die fast kontinuierlich die meisten einschlägigen Artikel veröffentlichen. Diese Vorreiterposition gründet darin, dass hier auch die Regional- bzw. Lokalteile in die Analyse einbezogen wurden. Rechnet man diesen ortsbezogenen Überhang heraus, baut sich das Gefälle zu den anderen untersuchten Blättern deutlich ab.

135. Nur ein Fünftel der Artikel sind von Nachrichtenagenturen übernommene Meldungen. Der Großteil sind redaktionsintern eigens produzierte Beiträge (gut 65 %), deren Informationen von den Redakteuren selbst recherchiert, selektiert und ggf. kommentiert wurden.

136. Nur vergleichsweise wenige Artikel – im Schnitt knapp sieben Prozent, bei der FAZ mit 11,4 Prozent deutlich mehr – sind „prominent“, d.h. als Aufmacher oder Kommentar auf der Titelseite, platziert. Immerhin rund ein Drittel der Beiträge schaffte es auf einen Platz als Aufmacher oder hervorgehobenen Kommentar im Innenteil.

137. Knapp 40 Prozent aller Artikel sind mit mindestens einem Bild (i.d.R. einem Foto) versehen und dadurch optisch noch einmal hervorgehoben. Die mit Abstand meisten bebilderten Artikel sind in der Boulevardzeitung Bild erschienen (gut 65 %), die wenigsten in der konservativen Qualitätszeitung FAZ (knapp 23 %). Insgesamt besteht ein Trend zu einer zunehmend stärkeren Visualisierung des Themas Wiedervereinigung.

138. Alle Zeitungen bedienen sich vorwiegend objektivierender Darstellungsformen, d.h. solcher Darstellungen und Berichte, die tatsachenbetonte Information vermitteln. Diese Form der Berichterstattung dominiert auch im Zeitverlauf. Kommentare oder Glossen machen hingegen nur zwischen einem Zehntel und einem Sechstel aller Beiträge aus.

139. Die *Auswahl der Themen* ist eindeutig fokussiert auf politische Prozesse („Politics"; ca. 34 %) und spezifische Politikfelder („Policy"; ca. 32 %). Themen, die institutionelle Fragen berühren („Polity"), sind selten (ca. 4 %). Sonstige Themen nehmen ca. 29 Prozent der Berichterstattung ein und sind überdurchschnittlich häufig bei der BILD-Zeitung anzutreffen. Innerhalb des Themenblocks „Politics" stechen als Einzelthemen vor allem Ereignisse rund um das Thema Einheitsfeier (52 %) und – deutlich seltener – Wahlen und Parteipolitik hervor (20 bzw. 16 %). Den Bereich „Policy" dominieren Kultur, Soziales und Wirtschaft mit jeweils knapp 20 Prozent. Im Bereich „Polity" spielen Diskussionen über das politische System der DDR und die Ausgestaltung des Einheitsvertrags (37 bzw. gut 34 %) die wichtigste Rolle.

140. Nahezu alle ausgewerteten Presseartikel sind aus einer spezifischen *Perspektive* verfasst: Am häufigsten (rd. 44 %) wird dabei ein sowohl west- als auch ostdeutscher Blickwinkel eingenommen. Demgegenüber sind einseitige Betrachtungen selten. Ist dies der Fall, geschieht dies häufiger aus ostdeutscher denn westdeutscher Optik (14 zu 3 %). Andererseits verzichten auch zahlreiche Artikel auf ein „Ost-West"-Schema und nehmen stattdessen eine gesamtdeutsche (26,6 %), europäische (4,4 %) oder globale (8,2 %) Perspektive ein.

141. Etwa jeder dritte Artikel identifiziert ein mit der Deutschen Einheit im Zusammenhang stehendes Problem. Dies geschieht durchweg problemdarstellend (knapp 97 %). Aspekte der Problem*lösung* treten hingegen weitgehend in den Hintergrund (ca. 3 %). Knapp jeder zehnte Artikel thematisiert *Konflikte*, also strittige Interessenlagen, Bedürfnisse, Ziele oder Wertvorstellungen. Mehr als ein Viertel davon bezieht sich auf „Ost-West"-Konflikte. Quer durch alle dargestellten Konfliktkonstellationen hindurch, seien diese regional, innerdeutsch oder global, wird in über 40 Prozent der konfliktdarstellenden Artikel eine ostdeutsche Konfliktpartei in den Mittelpunkt gerückt. Während hier über die Zeitungen hinweg nur wenige Unterschiede bestehen, besteht größerer Dissens bezüglich der Rolle westdeutscher Konfliktparteien. Diesen wird vor allem von regionalen – und hier insbesondere der in Ostberlin erscheinenden Berliner Zeitung – eine Schlüsselstellung eingeräumt.

142. *Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West* sind nur in gut jedem zehnten Artikel (11,6 %) aufzufinden. Deutlich häufiger werden *Unterschiede* aufgezeigt (knapp 40 %),

und zwar am häufigsten mit Blick auf einzelne Politikfelder (rd. 45 %) und institutionelle Fragen (rd. 36 %). Problemorientierte Berichte (siehe Pkt. 141) werden oftmals mit Hinweisen auf Unterschiede verknüpft.

143. Der Tenor der Bewertung solcher Unterschiede ist eindeutig: In etwa zwei Dritteln aller Berichtsfälle wird darin ein Vorteil für Westdeutschland gesehen und nur in gut 15 Prozent für Ostdeutschland.

144. In etwa jedem achten Beitrag (12,4 %) wird eine *Angleichung beider Landesteile* konstatiert. So überschaubar dieser Anteil einerseits ist, so klar ist andererseits die angenommene Richtung dieser konvergenten Entwicklung: Rund 60 Prozent der Artikel gehen von einer Angleichung Ostdeutschlands an Westdeutschland aus. Knapp ein Viertel der Beiträge sieht eine beiderseitige Annäherung. Nicht einmal 6 Prozent diagnostizieren, dass sich der Westen auf den Osten zubewege.

145. Knapp die Hälfte der Berichte in den ausgewerteten Tageszeitungen enthält eine allgemeine *Bewertung der deutschen Einheit*. Dieses Votum fällt insgesamt eindeutig positiv aus: Etwa drei Viertel der Beiträge erteilt der Wiedervereinigung ein Gütesiegel. Nur etwas mehr als 13 Prozent urteilen eher oder dezidiert negativ. In der Rückschau betrachtet wird die Deutsche Einheit in der Presseberichterstattung in den letzten Jahren deutlich positiver bewertet als noch in den 1990er Jahren.

146. Dabei gibt es zwischen den analysierten Blättern durchaus Unterschiede. Während die Einschätzungen in konservativen Blättern (81 %) und Boulevardzeitungen (BILD) (fast 90 % wohlwollende Bewertungen) am günstigsten ausfallen, wird die deutsche Einigung in linken Medien (67 %) und Qualitätszeitungen (73 %) deutlich kritischer begleitet.

147. Bei der rückblickenden Beurteilung der *Entwicklung der deutschen Einheit* gibt es innerhalb des Spektrums der Zeitungen nur geringe Unterschiede. Am stärksten sind die Differenzen noch zwischen linken und konservativen Blättern (28 gegenüber 40 % positiver Artikel). Verglichen mit der positiven Gesamtbewertung der Wiedervereinigung, fallen solche Bilanzen allerdings erkennbar zurückhaltender aus. Insgesamt halten sich Berichte über positive Entwicklungserträge mit negativen Tendenzmeldungen in etwa die Waage. Letztere treten häufiger auf, wenn ein Problem thematisiert wird.

148. Die *künftige Entwicklung des geeinten Deutschland* wird in etwa jedem fünften untersuchten Beitrag zum Thema. Dabei überwiegen mit annähernd 32 Prozent zuversichtliche Annahmen die pessimistischen Prognosen (etwa 20 %). Jedoch wird in knapp 30 Prozent der Fälle die Erwartung geäußert, dass die Entwicklung offen oder nicht genau vorhersagbar sei. Weitere knapp 20 Prozent halten ein gleichzeitiges Auftreten positiver wie negativer Trends für realistisch. Auch hier kommen konservative Medien zu günstigeren Einschätzungen als linke Zeitungen (38 gegenüber 25 %). Zudem wird die Zukunft der Einheit in der in Ostberlin verankerten Berliner Zeitung deutlich kritischer eingestuft als in dem in Westberlin erscheinenden Tagesspiegel (24 gegenüber 43 % positiver Beiträge).

149. Ehestens optimistisch wird der künftige Lauf der Einheit bei politikfeldbezogenen Themen eingeschätzt. Größere Entwicklungsrisiken werden demgegenüber auf dem Feld der politischen Prozesse erwartet. Tendenziell fallen die Zukunftsaussichten dann hoffnungsvoller aus, wenn ein Entwicklungsvorteil für Ostdeutschland gesehen wird.

150. Während „Gemeinsamkeit“ und „Konvergenz“ sich im Zeitverlauf von 1990 bis 2014 in den Einstellungen der Bevölkerung Ost- wie Westdeutschlands als kennzeichnende Merkmale zunehmend klarer herausschälen, spielen diese beiden Faktoren für die Presseberichterstattung im gleichen Zeitraum eine untergeordnete Rolle. Unterschiede zwischen Ost und West werden weiterhin öfter betont als Gemeinsamkeiten – und i.d.R. werden noch immer eher die Verhältnisse in Ostdeutschland als defizitär dargestellt als die westdeutschen. Daraus auf eine gespaltene Wahrnehmung der deutschen Einheit in Medien und Bevölkerung zu schließen, ginge wohl fehl. Schlüssig erscheint eher die Annahme, dass die Presse ihre publizistische Kritik- und Kontrollfunktion auch bei dieser nationalen Frage wahrnimmt und daher stärker auf Differenz und Problempunkte abhebt. Im Übrigen sind sich Zeitungen und Bevölkerung in der ganz überwiegend positiven Gesamtbewertung der deutschen Einigung einig. Zudem wurden die medialen Bewertungen der Einheit im Zeitverlauf positiver und die Beiträge unterscheiden seltener zwischen einer ost- und westdeutschen Perspektive, sondern berichten zunehmend aus einer gesamtdeutschen Sicht auf die Dinge. Dies könnte eventuell als ein Ergebnis des Einheitsprozesses gedeutet werden.

2 Ablauf des Projektes

Tabelle 1 Zeitplan, Projekt- und Mitarbeiterkoordination

Arbeitsschritte	Jahr	2013			2014										2015
	Monat	12	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	01	02
Prof. Dr. Everhard Holtmann		Projektleitung, Koordination der Analysephasen, Konzeption des Fragebogens, Mitarbeit am Abschlussbericht, Planung und Beteiligung an Präsentationsveranstaltung														
Prof. Dr. Oscar W. Gabriel		Projektleitung, Beratende Begleitung der verschiedenen Analysephasen, Mitkonzeption des Fragebogens, Mitarbeit am Abschlussbericht, Beteiligung an Präsentationsveranstaltung														
Prof. Dr. Jürgen Maier		Projektleitung, Koordination Medienrezeptionsstudie, Konzeption des Fragebogens (Integration der Ergebnisse aus der Medienrezeptionsstudie), Mitarbeit am Abschlussbericht, Planung und Beteiligung an Präsentationsveranstaltung														
Metaanalyse		→														
Tobias Jaeck		Quellenrecherche, Rastererstellung, Studienauswahl, Aufbereitung, Sekundäranalysen, Interpretation der Ergebnisse, Übertrag in Umfrage														
Medienrezeption		→														
Melanie Leidecker					Vorbereitung der Teilstudie, Auswahl der Untersuchungseinheiten, Inhaltsanalyse der relevanten Medien, Transfer der Ergebnisse in Umfragestudie, Aufbereitung der Ergebnisse, Abschlussbericht											
Umfragestudie					→											
Tobias Jaeck					Übertrag Metaanalyse in die Umfragestudie, Bericht Metaanalyse											
Tobias Jaeck							Konzeption des Fragebogens									
Tobias Jaeck											Datenanalyse, grafische Aufbereitung, Bericht/Umfrageteil					
Infratest Dimap										Feldphase						
Präsentationsveranstaltung												→				
Tobias Jaeck												Vorbereitung/Beteiligung Präsentation				
Melanie Leidecker														Vorbereitung/ Beteiligung Präsentation		
Termin																X
Koordination BMI		→														
Koordinationstreffen zum Forschungsstand mit Projektteam im BMI		1.							2.				3.			
Zwischenberichte an das BMI					1.			2.				3.				
Endbericht														X		
	Monat	12	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	01	02

3 Ausgangslage 1990 - Die Historisierung politischer und gesellschaftlicher Einstellungen und das kulturelle Erbe der DDR im wiedervereinigten Deutschland

3.1 Allgemeine Einordnung

3.1.1 Das Jahr der Einigung 1990 als Scheiteljahr zwischen Vergangenheit und Zukunft – zur zeitlichen Verortung des historischen Geschehens

Diesem Kapitel liegt die Ausgangsüberlegung zugrunde, dass die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, die während der deutschen Einigung und in den zweieinhalb Jahrzehnten danach gemessen wurden, eine eigene Vorgeschichte haben. Dabei interessiert insbesondere das ostdeutsche Kapitel dieser Vorgeschichte: Welche besonderen Einschätzungen und Erfahrungswerte haben die Bewohner der neuen Bundesländer in das vereinigte Deutschland eingebracht? – Erst in Kenntnis dieser ostdeutschen Vorgeschichte der deutschen Einheit erschließt sich das Verständnis der gemeinsamen Zeit seither besser: In welchem Ausmaß wirkt das kulturelle Erbe Ostdeutschlands nach 1990 noch weiter nach und verkörpert dort Kontinuität ebenso wie Differenz? Schließlich: Inwieweit wurde dieses Legat der DDR seitdem in einem gesamtdeutschen Politik- und Gesellschaftsverständnis eingeschmolzen?

Die entscheidenden innerdeutschen Anstöße für den demokratischen Systemwechsel in der DDR und für die Wiedervereinigung sind bekanntlich von den Ostdeutschen ausgegangen, unbeschadet des aktiven Beitrags der damaligen Bundesregierung und des Bundestages. Im Zuge des Beitritts zur Bundesrepublik – und teilweise im Wege intensivierter zwischenstaatlicher und interkommunaler Austauschbeziehungen schon während der Monate davor - wurden die Basisinstitutionen der politischen Ordnung Westdeutschlands auf den Osten Deutschlands übertragen. Während die Menschen dort nicht nur mit diesem Institutionentransfer neue Erfahrungen machten, sondern auch einschneidende Veränderungen in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen bewältigen mussten und sich folglich enormen Anforderungen kultureller Verarbeitung ausgesetzt sahen, blieben die Änderungserfahrungen und der Anpassungsdruck für den westlichen Teil der Republik im Alltag vergleichsweise überschaubar. Diese ungleichmäßige Verteilung der historischen Ausgangsbedingungen begründet es, der ostdeutschen Entwicklungslinie vor und nach dem Datum der Einheit besondere Aufmerksamkeit zu teil werden zu lassen. *Gesamtdeutsch* ist die Perspektive der folgenden Darstellung gleichwohl, denn für die empirische Dokumentation des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins ab 1990 wurden ausschließlich solche Daten herangezogen, die einen deutschdeutschen Vergleich im Längsschnitt ermöglichen.

Um Antworten auf die oben gestellten Fragen zu finden, ist erst einmal der Zeithorizont der Entstehungsbedingungen zu vermessen, in dem das ostdeutsche politische Bewusstsein geformt worden ist. Dem Historiker Gerd Krumeich zufolge, stellt sich bei dem Versuch, epochale Ereignisse in ihren Ursprüngen zu erklären, „immer das Problem: wo anfangen?“ Je nachdem, wo man den Einstieg suche, werde „schon vieles vorbestimmt“,

gerade auch, was die an sich vernünftige Unterscheidung zwischen längeren und kurzfristigen Entwicklungen betreffe (SZ vom 01. März 2014). Krumeichs bedenkenswerter Einwurf bezieht sich konkret auf die Vorgeschichte des Kriegsausbruchs von 1914. Die Schwierigkeit, ein vielschichtiges historisches Geschehen so zu dechiffrieren, dass die Entstehungszeiten von auslösenden ´Zündfunken`, von kurzfristig getroffenen Entscheidungen sowie von sich länger anbahnenden Ursachen und später eintretenden Langzeitfolgen festgelegt bzw. eingegrenzt werden können, ist indes ein generelles Problem der historischen Politik- und Sozialforschung.

Die Herausforderung, Zeitpunkte zu markieren, wo Entwicklungen ihren Anfang genommen haben, besteht auch für die hier vorgelegte Studie. Die Analyse zielt darauf ab, Konvergenzen und Divergenzen, also Tendenzen der Annäherung und der Auseinanderentwicklung herauszuarbeiten, die sich während zweieinhalb Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung in den Einstellungen der Bevölkerung herausgeschält haben. Die Messlatte für ein Herangehen an den Gegenstand der Untersuchung, die den oben formulierten erkenntnisleitenden Fragen Rechnung trägt, liegt dabei recht hoch. Denn mit dem Vorhaben, eine kommentierte Bestandsaufnahme der Entwicklungslinien des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins im geeinten Deutschland zu erstellen, geht der Vorsatz einher, die „langen Wege“, welche im politischen Seelenleben der Deutschen seit 1990 ihre Spuren hinterlassen haben, in weiter ausgreifende historische Entstehungszusammenhänge einzuordnen. Erst mittels einer solchen Historisierung, davon sind wir überzeugt, lassen sich die vielschichtigen, teils gegenläufigen Voraussetzungen und Folgen des Geschehens, dass vormals getrennte nationale politische Psychologien im Zeitpunkt der Wiedervereinigung aufeinander treffen sowie anschließend in einem gesamtdeutschen Einstellungs- und Erwartungshorizont verschmelzen, angemessen deutend verstehen.

Um den Einstieg in eine solche Historisierung zu finden, geht es, Krumeichs Einlassung beherzigend, zunächst darum, die Zeitschiene zu bestimmen, entlang derer die hier dokumentierten Einstellungen und Kulturmuster entwicklungsgeschichtlich eingeordnet werden können. Wie weit reicht ihr historischer Vorlauf in die Vergangenheit zurück? - Unstrittig ist: So wie das kulturelle Erbe der DDR nach der Abwicklung ihrer Staatlichkeit bis heute nachwirkt, so geschah auch die Wiedervereinigung selbst nicht historisch voraussetzungslos. Schwierig ist es aber, Zeitpunkte anzugeben, wo genau Entwicklungen beginnen, und wo sich Zwischenergebnisse verdichten.

Immerhin: Nicht nur der formelle Vollzug der Einheit am 3. Oktober 1990, sondern auch Ereignisse und Ereignisketten, die vor diesem Datum liegen und die Dynamik des vorrevolutionären Prozesses in der Spätzeit der DDR befeuert haben, sind klar datierbar. Hierzu zählen beispielsweise die Einführung der D-Mark zum 1.Juli 1990 oder schon vorher die DDR-Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, deren gefälschte Auszählung die landesweite Protestbewegung entfachte. Diese Bewegung erlebte ihren eigentlichen Höhepunkt am 9. Oktober desselben Jahres, als in Leipzig die erste Montagsdemonstration stattfand und sich rasch landesweit ausweitete. An diesen beiden Eckdaten lässt sich

exemplarisch zeigen, dass bestimmte Zeitspannen des beschleunigten Umbruchs zeitlich klar eingrenzbar sind.

Es sind solche Phasen, die einer Rhythmik von Umbruch und neuerlicher Strukturbildung folgen, die Prozesse der Transformation allgemein kennzeichnen, und sie ermöglichen deren Periodisierung. So lässt sich der Systemwandel in Ostdeutschland auf einer dreistufigen Verlaufsachse abbilden, bei der drei aufeinanderfolgende Phasen von Transition, Transformation und Posttransformation unterschieden werden können (Holtmann 2009 und 2014). Allerdings taugt dieses Stufenmodell nur bedingt als eine Heuristik, d.h. als ein erkenntnisförderndes methodisches Werkzeug, um *Einstellungs*wandel trennscharf zu erfassen. Besser eignet sich das Schema dazu, den Umbau und Neubau der Strukturen und öffentlichen Institutionen sowie konkrete Handlungen von Akteuren und die Folgen dieser Handlungen bestimmten Etappen des Umbruchs zeitlich zuzuordnen.

Wie wir noch ausführen werden, geht dem Transitionsjahr 1990 in der DDR eine „Inkubationszeit" des Umbruchs in den Jahren 1988 und 1989 voraus. Damit rückt eine Zeitspanne von knapp drei Jahren in den Blick. Innerhalb dieser Zeitspanne, die ab etwa dem 2. Halbjahr 1988 bis Ende 1990 währte, hat sich der Umbruch angekündigt und vollzogen. Im Jahr 1990 gingen in Ostdeutschland die Phasen der Transition und der Transformation gleitend ineinander über. Bereits dann haben Beteiligte und Betroffene der Umwälzung für sich selbst erste Folgeeinschätzungen der neuen politischen Zeitrechnung vorgenommen. Im Jahr der Einigung erreichten die zuversichtlichen Einschätzungen und hoffnungsfrohen Erwartungen der Menschen in Ostdeutschland ihren Höhepunkt. Aber schon in der zweiten Hälfte desselben Jahres 1990 zeichnete sich in Meinungsumfragen, was die allgemeine Einschätzung der Lebenssituation betrifft, ein merklicher Stimmungsumschwung ab. An die Stelle hochfliegender Vorstellungen und Wünsche trat häufig Ernüchterung. Im Laufe des folgenden Jahres 1991 trat im Osten Deutschlands ein regelrechter „Stimmungseinbruch" ein (Landua 1992, S. 4), der sich sowohl in einer pessimistischen Wahrnehmung der persönlichen Arbeits- und Lebensbedingungen als auch in einer deutlich kritischeren Einschätzung von Grundprinzipien der neuen demokratischen Ordnung äußerte. Im ersten „Jahr danach" entfaltete sich im Schatten der rapiden Entindustrialisierung ostdeutscher Wirtschaftslandschaften eine psychologische Transformationskrise. Die nicht einmal drei Jahre von Mitte 1988 bis Ende 1991 markieren jene Kernzeit, in welcher sich die historischen Vorgänge von Transition und Transformation im Osten Deutschlands verdichteten. Auf den Auf- und Abschwung der Stimmungskurven in dieser Zeitspanne werden wir in späteren Abschnitten dieses Kapitels gesondert eingehen.

Das reale Geschehen vollzieht sich stets auf zwei Ebenen, nämlich einerseits des Handelns und Verhaltens sowie der Einstellungen andererseits. In der Wirklichkeit sind beide Ebenen eng verwoben, und sie beeinflussen sich gegenseitig. Für die Wechselwirkung zwischen Einstellungs- und Handlungsebenen ist, wie wir noch ausführen werden, die

sich beschleunigende innere Auszehrung des DDR-Regimes in den ´Umschaltjahren` 1988/89 ein anschauliches Beispiel.

An diesem Beispiel wird das oben geschilderte Problem genauer Datierung nochmals erkennbar: Es sind nur konkrete Ereignisse, förmliche Entscheidungsakte und deren strukturbildende Ergebnisse, die zeitlich genau festliegen. Solche Tatbestände stellen jedoch nur Bezugsgrößen im Umfeld unseres Untersuchungsgegenstandes dar. Unser eigentliches Erkenntnisinteresse richtet sich auf *kulturelle Signaturen*. Deren *Kontexte* beziehen wir allenfalls mit der Absicht ein, jene kulturellen Signaturen zu erklären. Diese verweigern sich aber einer taggenauen Zeiteinteilung. Im Unterschied etwa zu Beschlüssen einer verfassunggebenden Versammlung oder zur Produktion von Rechtsnormen, zu der Konvertierung ökonomischer Strukturen und zum Umbau der Institutionen von Politik und Verwaltung lässt sich das Werden und Vergehen von „Kultur“ nicht exakt datieren. Zwar lösen einschneidende Ereignisse, wie etwa ein Systemwechsel, tiefgehende Stimmungsumschwünge und Lernprozesse aus. Doch Neu*beginn* und Neu*besinnung* fallen nicht auf ein und dasselbe Datum. Konstanz und Wandel von kulturellen Orientierungen werden darum erst auf längeren Entwicklungsachsen erkennbar, deren Anfangspunkte in der Regel unscharf bleiben.

Ein älteres historisches Beispiel für die „Ungleichzeitigkeit“ von „Struktur“ und „Kultur“ ist das Nachkriegsjahr 1945. Damals war die Beseitigung des politischen Systems des NS-Staates denkbar radikal. Dennoch gab es – neben fortbestehenden Institutionen – im Mai 1945 keine kulturelle „Stunde Null“, welche alle orientierenden Traditionslinien restlos abgeschnitten hätte (Braun/Gerhardt/Holtmann 2007). Ähnlich stellt auch die kulturelle Seite der Epoche der deutschen Einigung ein Kontinuum dar, wo jüngere, ältere und vorvergangene Orientierungen zusammengeflossen sind. Aus diesem Prozess kultureller Überschichtung ist mit der Zeit dann eine gesamtdeutsche Sicht der Dinge entstanden.

Die Deutungs- und Handlungsmuster, die von den Ostdeutschen in den „Schaltjahren“ des Umbruchs herangezogen wurden, um den Systemwandel zu gestalten, zu verarbeiten und seine Folgen zu bewältigen, sind folglich nicht sämtlich spontan erst 1989/90 entstanden, sondern sie wurzeln wesentlich in abgespeicherten früheren Lebenserfahrungen der DDR. Diese Erfahrungen spiegeln die jahrzehntelang erlebte Lebenswirklichkeit der DDR wider, die von vielen als willkürlich und bedrohlich, von der Mehrheit der Bevölkerung mindestens als beengend und materiell unzulänglich, aber zugleich auch positiv als Vermittlung von Geborgenheit erfahren worden ist.

Als der politische Umbruch 1989/90 Wirklichkeit wurde, bot das Festhalten an lebenspraktischen Gewissheiten und sozialen Umgangsformen eine Rückversicherung gegen Risiken und Nebenwirkungen der neuen unsicheren Zeiten. Nur teilweise wurden alte ideologische Weltsichten aufrechterhalten. Diese boten allenfalls eine Krücke für Stolz und Vorurteil von mentalen Einigungsverlierern, die sich hernach als Bundesbürger „zweiter Klasse“ fühlten. Weit mehr Ostdeutsche verbanden mit der DDR in der Rückschau die Erinnerung an lebenswerte Gewohnheiten eines unpolitischen Alltagslebens,

das sich im Berufsleben und in privaten Nischen abgespielt hatte. Kulturelle Prägungen der DDR blieben in verschiedenen Formen im geeinten Deutschland jedenfalls noch lange wirksam, und sie machen einen spezifisch ostdeutschen Anteil seiner Vorgeschichte aus.

Die politische Psychologie Gesamtdeutschlands stellt sich daher auch heute noch in manchen Facetten janusköpfig dar. Der ostdeutsche Beitrag für die kulturellen Seiten der deutschen Einheit ist ein Beispiel dafür, dass der geistige Überbau einer Gesellschaft sich mitunter langsamer umwälzt als ihr struktureller Unterboden. Auch nachdem die alten Fundamente des DDR-Systems längst abgeräumt worden waren und einer neuen Verfassungs-, Wirtschafts- und Institutionenordnung Platz gemacht hatten, blieben aus der DDR mitgebrachte Elemente gesellschaftlichen Bewusstseins lebendig.

Kommen wir nochmals zurück auf den Punkt der Historisierung des Einigungsgeschehens. Werthaltungen, Stimmungen und Einstellungen, die zwischen 1990 und 2014 in Umfragen aufscheinen, lassen sich als Messpunkte auf der Entwicklungsachse der politischen Psychologie des geeinten Deutschland linear abtragen. Erst im Zeitverlauf der zweieinhalb Jahrzehnte wird die Schwankungsbreite von Konstanz und Wandel politischer und sozialer Orientierungen sichtbar. Daher ist der Aussagegehalt dieser längsschnittig angeordneten Daten an sich schon beachtlich (vgl. Kap. 3). Der Erklärungsgehalt derselben Daten lässt sich indes noch mehr ausschöpfen, wenn für die Deutung der longitudinalen Datenzeitreihen, die für den östlichen und vergleichend für den westlichen Teil der Bundesrepublik vorliegen, kulturelle Entwicklungslinien mit einbezogen werden, die in die DDR - und teilweise noch weit hinter diese - zurückreichen.

Damit ist ein Plädoyer formuliert für eine historisierende Einordnung, die bis weit hinter die Gründung der DDR zurückgreift. Freigelegt werden dadurch für Ostdeutschland zwei übereinander liegende Schichten kultureller Tradition: Sichtbar wird zum einen eine jüngere Schicht, die das originäre geistige Eigentum der verblichenen DDR speichert. Zum anderen erschließt sich innerhalb dieses DDR-Traditionsbestandes ein sehr viel älteres kulturelles Erbgut, das während der DDR in veränderter Gestalt fortgewirkt hat. Erstmals wird im Rahmen dieses Forschungsprojekts ein solcher Weg der Analyse beschritten.

Beispielhaft deutlich wird die doppelt geschichtete Tradition an der ausgeprägten Bezogenheit auf den Staat. Diese Ausrichtung hat zu Zeiten der DDR das Denken und Fühlen der Menschen weithin beherrscht. Das hierarchische Modell von staatlicher Fremdbestimmung und umfassender Fürsorge, welches die realsozialistische Staatsidee als Botschaft in die Gesellschaft der DDR aussandte, hat die ausgeprägte Staatsorientierung bedient und verstärkt. Legt man die Sonde tiefer, so wird erkennbar, dass die Einstimmung auf staatliche Anleitung und Leistung an die deutsche Staatspraxis des späten 19. Jahrhunderts und an dadurch gefestigte Erfahrungen des Volkes anknüpfte. Das historisch lang zuvor erprobte Modell des zugleich bevormundenden und Wohlfahrt gewährleistenden Staates wurde nach 1949 in die Staatsdoktrin der DDR übernommen. Es

wurde dort systemverträglich umgedeutet und dabei seiner hergebrachten komplementären rechtsstaatlichen Garantien entkleidet.

Die Wiederkehr deutscher „Staatskultur“ im Nachkriegsdeutschland war keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal der DDR, sondern sie wurde seit 1949 kennzeichnend für beide deutsche Staaten. Eine neuerliche Aneignung der älteren deutschen staatskulturellen Tradition lässt sich zeitlich parallel auch für Westdeutschland nachweisen. Dort fand das Wiederaufleben dieser Tradition allerdings unter gänzlich anderen Systemvorzeichen als in der DDR statt. Nicht nur erhielt das Sozialstaatsgebot samt dem es flankierenden Rechtsstaatsprinzip im Grundgesetz der neuen Demokratie Verfassungsrang, sondern das ordnungspolitische Versprechen einer sozial gebundenen Marktwirtschaft öffnete Räume für individuelle Erfolgserlebnisse, die in den Gründerzeiten der Bundesrepublik zunächst in wirtschaftlicher Leistung ihre Bestätigung fanden. Damit wurden aber zugleich die Grundlagen gelegt für spätere Zuwächse an politischer Liberalisierung und demokratischer Emanzipation (Holtmann 2012).

Dank der Beimischung von selbständigem Unternehmergeist und individuellem Leistungsstreben verblasste im bundesdeutschen Nachfolgemodell der Staatskultur deren traditionelle Kennmarke eines obrigkeitsstaatlichen Etatismus, das heißt eines selbstherrlichen und nicht demokratisch kontrollierten Machtwillens des Staates. Der kulturelle Modernisierungsprozess gewann in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren eine neuerliche Dynamik, als sich im Gefolge des postmaterialistischen Wertewandels (Inglehart 1971) und der „partizipatorischen Revolution“ (Kaase 1982) in Westdeutschland eine neue bürgerschaftliche Partizipationskultur entfaltete (Gabriel 1986, 1987). Die mehrere Systemwechsel des 20. Jahrhunderts überdauernde Langlebigkeit jener Einstellungen, die im Leitbild der Staatskultur zusammenlaufen, dann aber in beiden deutschen Staaten verschiedene Wege eingeschlagen haben, belegen eindrücklich das Element historischer Pfadabhängigkeit im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein des geeinten Deutschland.

Aus solchem Blickwinkel erschließt sich, weshalb trotz des scharfen Systemgegensatzes, der auf der Großebene des Ost-West-Wettstreits der Systeme bestimmend blieb, das politische und gesellschaftliche Denken, welches sich auf der Kleinebene individueller Orientierungen in den Bevölkerungen beider deutscher Teilstaaten ausbildete, im Bereich sozialstaatlicher Wertvorstellungen und Erwartungshaltungen Übereinstimmungen aufwies. Die –offiziell unerklärte – innerdeutsche Kulturgemeinschaft, die aus einem gemeinsamen historischen Fundus der Staatsorientierung schöpfte, hat die Verträglichkeit beider deutscher Teilkulturen nach 1990 erleichtert und zugleich erschwert. Einesteils waren die ausgeprägt auf den Staat gerichteten Sozialerfahrungen, die in der DDR gemacht worden waren, für die Eingewöhnung der Ostdeutschen in den Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik außerordentlich hilfreich, weil die ehemaligen DDR-Bürger eine mit diesem Versorgungs- und Verteilungsmodell vertraute Erwartungshaltung mitbrachten und mit der Mehrheit der Westdeutschen grundsätzlich teilten. Andererseits bestätigte sich, dass mit der starken Fixierung auf staatlich erbrachte Absicherung ein nicht uner-

hebliches Legitimationsrisiko verbunden sein kann, dann nämlich, wenn die realen Leistungen hinter den Erwartungen deutlich zurückbleiben.

Diese psychologische Achillesferse der Staatskultur hatte sich für das Regime der DDR letztlich als politisch tödlich erwiesen. Ein ähnlich prekärer Umschwung des politischen Klimas, der sich in schwindender Unterstützung für das politische System äußert, zeichnete sich in Ostdeutschland nach 1990 in Ansätzen neuerlich ab, als die sozialen Folgen der ökonomischen Transformationskrise voll durchschlugen. In beiden Krisenlagen wurde ein tief eingeschliffenes Reaktionsmuster der traditionellen deutschen Staatskultur abgerufen: Werden vom Staat erwartete Leistungen und Verteilungseffekte enttäuscht, hat dies bei Betroffenen Vertrauenseinbußen zur Folge, die in den Entzug genereller Systemunterstützung münden können. In der späten DDR war die Unzufriedenheit schließlich so massiv geworden, dass sie zum unumkehrbaren Legitimitätsverfall des Regimes entscheidend beitrug. Eine vergleichbar kritische Schwelle der politischen Autoritätseinbuße wurde nach 1990 in Ostdeutschland nicht annähernd erreicht. Aber die subjektiven Fährnisse, Misserfolge und Unsicherheiten, die im Gefolge des Umbruchs auftraten, wurden häufig abermals als Systemversagen empfunden. Das hat die rasche und glatte Einschmelzung ostdeutscher Sichtweisen in einer gesamtdeutschen politischen Kultur nicht unerheblich gehemmt.

Auf einem Scheitelpunkt im fließenden Prozess von Tradition, Traditionsbrüchen und neu eingeschmolzenen alten Einstellungen gelegen, kommt dem 3. Oktober 1990 analytisch die Funktion eines Scharnierdatums zu: Es öffnet den Zugang zum Verständnis der langfristigen kulturellen Entwicklungslogik des Einigungsprozesses in zwei Richtungen. Die Zeit *davor* konserviert, bezogen auf Ostdeutschland, keineswegs ausschließlich ein historisch abgewickeltes Kulturgut der DDR, sondern sie lässt sich als eine vorauslaufende Phase kulturellen Lernens verstehen, deren Erträge in das vereinigte Deutschland als Beitrag seines östlichen Teils eingebracht worden sind. In der Zeit *danach* haben die aus der DDR stammenden kulturellen Überhänge als ein Erbe dieses Staates im geeinten Deutschland teilweise weiter fortbestanden. Auf diese Wirkungszusammenhänge lässt sich die im öffentlichen Diskurs vielzitierte „gespaltene Kultur“ zurückführen.

3.1.2 Politische Kultur, Politische Unterstützung, Pfadabhängigkeit – ein begriffliches Dreieck der Metaanalyse

Im folgenden Abschnitt werden zunächst die oben bereits verwendeten Begriffe Kultur, politische Unterstützung und Pfadabhängigkeit näher erläutert. Wenn wir von „Kultur“ und „kulturellem Erbe“ sprechen, dann verstehen wir darunter den psychologischen Sachverhalt, der mit dem Analysekonzept der *politischen Kultur* umschrieben wird. Unter politischer Kultur ist, nach der klassischen Definition der US-amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba, die Gesamtheit der in einer Gesellschaft existierenden Orientierungen gemeint, die auf das politische System als Ganzes, auf seine einzelnen Institutionen, Verfahrensweisen und Akteure, seine Angebote und Leistungen hin ausgerichtet sind. Zur subjektiven Einschätzung von Politik gehört auch,

wie der Einzelne seine Position wahrnimmt, die ihm als Person innerhalb der politischen Ordnung eingeräumt wird; im Englischen wird dies umschrieben als „the role of the self in the system“ (Almond/ Verba 1963: 12ff.). Politische Kultur ist folglich ein komplexes psychologisches Gebilde, das sich aus individuellen Denkweisen, Bewertungen, Gefühlen und Stimmungen der Mitglieder einer Gesellschaft und ihrer Untergliederungen zusammensetzt. Politische Kultur meint aber mehr als die bloße Addition von gedanklichen, gefühlsmäßigen und wertenden Bekundungen vieler Einzelner. Hinzu kommen außerdem überindividuelle kulturelle Gebrauchsgüter, wie beispielsweise Weltbilder, Mentalitäten, Zeitgefühle und Lebensweisen („ways of life“), die so etwas wie stabile Anker im Fluss tagesflüchtiger Eindrücke und Meinungswechsel sind (Rohe 1993: 215).

Die politische Kultur eines Landes ist das Produkt nationalgeschichtlicher Entwicklung. Das begründet ihre Historisierung zu Zwecken der Analyse, wie sie hier vorgenommen wird. Die politische Kultur ist zudem mit der Sozialkultur einer Gesellschaft eng verwoben. Die im engeren Sinne politischen Orientierungen sind eingebettet in soziale Umgebungen, in welchen nichtpolitische Richtwerte wie Vertrauen und informelle Regeln sozialen Verhaltens vermittelt werden (Almond/Verba 1963: 32, 35). Einflüsse, die aus privaten Lebenswelten bzw. dem sozialen Umfeld herrühren, können sich auf die politische Kultur, konkret etwa auf das Ausmaß der Unterstützung der politischen Ordnung, festigend auswirken, sie können einen solchen „Support“ aber auch aufweichen.

Die Kategorie der *politischen Unterstützung* erschließt das Ausmaß der subjektiven Beurteilung der Politik durch die Bürgerinnen und Bürger. Wie diese Bewertung ausfällt, ist für die Stabilität eines politischen Systems grundlegend bedeutsam. Das analytische Konzept hierfür ist von David Easton, einem Vordenker der Systemtheorie, in den 1960er Jahren entwickelt worden (Easton 1967). Easton unterscheidet zwei Formen politischer Unterstützung, nämlich „diffuse support“ und „specific support“. „Als diffuse Unterstützung bezeichnet er eine generalisierte, situations- und leistungsunabhängige positive Einstellung zu politischen Objekten. Sie bildet ein Good-Will Reservoir, das den Bestand eines politischen Systems und das Befolgen politischer Entscheidungen in Krisensituationen sicherstellt. Die spezifische Unterstützung spiegelt die Bewertung der Tauschbeziehungen zwischen Regierenden und Regierten, also die Vorteile wider, welche die Bürger aus der Regierungsarbeit beziehen“ (Gabriel/Neller 2010: 100).

Kennzeichnend für diffuse Unterstützung ist generalisiertes, d.h. als Vorschuss gewährtes politisches Vertrauen. Zufriedenheit (oder Unzufriedenheit) mit konkreten Leistungen der Regierung oder anderer Institutionen, also mit der sogenannten „Performanz“ des Systems, ist hingegen Ausdruck spezifischer Unterstützung. Die Trennung beider Formen von Zustimmung dient analytischen Zwecken. In der realen Welt besteht zwischen beiden Unterstützungsarten ein enger Zusammenhang. Fällt zum Beispiel die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie dauerhaft gering aus, färbt dies à la longue auch auf die Hochschätzung der Idee der Demokratie negativ ab (ebd.).

Vor allem die diffuse Unterstützung eines politischen Regimes braucht in der Regel Zeit zu wachsen, und sie erweist sich dann auch als vergleichsweise änderungsträge. Dass ´sedierte` kulturelle Ausprägungen in aktuellen Einstellungen wieder auftauchen, bestätigt das Element der Kontinuität, das zu einer jeden politischen Kultur dazugehört. Das Beharrungsvermögen von Einstellungen und Werthaltungen verweist auf einen einfachen psychologischen Sachverhalt: Um ihr Leben zu bewältigen, sind Menschen auf vertraute Deutungsangebote, auf seelisch soliden Grund angewiesen. Bewährte Regeln und Überzeugungen, die im sicheren Hafen beständiger Gewohnheiten vor Anker liegen, werden daher gerade in Krisenzeiten nicht einfach ausgewechselt. Dies schließt nicht generell aus, dass das, „was immer schon so war", auf den Prüfstand gestellt wird. Aus der kritischen Auseinandersetzung mit überkommenen Wahrheiten, die sich als harsche Täuschung oder große Illusion entpuppen, können Anstöße für Modernisierung und kulturellen Wandel erwachsen. Vor allem dann, wenn, wie im Falle der späten DDR, Alltagspraxen und Erwartungshaltungen, sozialmoralische Normen und einfache Lebensregeln in einen zunehmenden Widerspruch zu herrschenden und von oben unbelehrbar verteidigten Sprachregelungen geraten, schlägt gefühlte Entfremdung in politische Resistenz um. Autoritätsverluste und Loyalitätseinbußen des Regimes und seiner Führungsschicht sind dann die wahrscheinliche Folge. Dann ist, wie im Herbst 1989, der Weg nur noch kurz bis zu dem offenen Begehren, gegebene Verhältnisse grundstürzend zu ändern.

Es kennzeichnet Zeiten des politischen Umbruchs, dass ein bestehendes Regime dramatisch an Unterstützung verliert. Massendemonstrationen, Verweigerung zivilen Gehorsams und Absetzbewegungen der alten Eliten sind typische Vorboten eines bevorstehenden Systemwechsels. Doch es gibt kulturelle Kontinuitäten, die einen politischen Umsturz überstehen. Ihr Fortbestand gerät zwangsläufig in ein Spannungsverhältnis zur neuen Zeit. So begleitet einen jeden Systemwechsel ein spannungsvolles Nebeneinander von Forderungen der Erneuerung und Kräften der Beharrung. Almond und Verba beschreiben diese Spannungslage mit Rückgriff auf die Kategorienlehre Max Webers als Ungleichzeitigkeit von „Struktur" und „Kultur" (Almond/Verba 1963: 21f.).

Die Inkongruenz von Struktur und Kultur verweist darauf, dass Gesellschaften mit einem Systemwechsel nicht sogleich geschlossen und restlos überzeugt mitgehen. Das lehrt auch der inzwischen historische Vorgang der zerbröselnden Loyalität zum System der DDR im Endstadium ihrer Existenz und der gesellschaftlichen Entwicklung nach dem Systemumbruch: Der aktive Kern der Erneuerer, der zu den Ikonen des Regimes auf Gegenkurs ging, war anfangs vergleichsweise überschaubar. Er gewann jedoch an Durchsetzungskraft, sobald er von der großen Mehrheit derer, die dem wankenden alten System nichts mehr zutrauten und zwischen abwartender Indifferenz, gefühlsmäßiger Billigung oder euphorischer Begrüßung des Umbruchs schwankten, als moralisch legitimierte Vorhut der Reform anerkannt worden war. Andere Teile der Gesellschaft, die materielle Vorteile, Statusprivilegien oder auch schlicht Ideale zu verlieren hatten, rea-

gierten hingegen defensiv mit öffentlich unerklärten Treuebekundungen (allegiance) für die noch bestehende und schließlich zerfallene alte Ordnung.

In solchen Situationen, wenn Orientierungsmarken allgemein wegbrechen, erweisen sich vertraute kulturelle Reflexe, auf die alle gesellschaftlichen Gruppen zurückgreifen können, als bemerkenswert änderungsfest. Dazu gehört etwa die Erwartung, dass „das System" die Grundbedürfnisse des wirtschaftlichen und sozialen Daseins abdeckt. Wenn die neuen Verhältnisse diese Bedürfnisse nicht erfüllen, wächst nicht nur bei überzeugten Anhängern der alten Zustände die Neigung, sogenannte „guten Seiten" des verblichenen Systems erinnernd zu verklären. Eine aus Unzufriedenheit gespeiste Protesthaltung, die sich zuvor gegen die alte Ordnung gekehrt hatte, erhält dann Nahrung aus dem „Versagen" und der „Ungerechtigkeit" des neuen Systems. Ist die Hochstimmung, die den Systemwechsel anfangs begleitet, verflogen, kann sich aus enttäuschter Hoffnung neuerlich eine systemkritische Grundstimmung aufbauen. Die Folge ist, dass nun erneuerte Strukturen und alte Erwartungen sich aneinander reiben. Dieses Reiz-Reaktions-Muster ist auch für das Ostdeutschland der Nach-Wende-Zeit nachweisbar (vgl. unten die Abbildung 28, Abbildung 34).

Zentral für unsere Analyse ist drittens der Begriff der *Pfadabhängigkeit*. Hier folgen wir dem Erklärungsansatz der Theorie des Historischen Institutionalismus, dem der Begriff entstammt. Demnach bezeugen die in einer politischen Kultur aufgehobenen historischen „Rückstände", dass auch kulturelle Entwicklungen, betrachtet man sie über längere Zeiträume, pfadabhängig sind, d.h. entlang einer einmal eingeschlagenen Route verlaufen. Historische Abläufe bewegen sich, derselben theoretischen Annahme zufolge, innerhalb des in der Regel weiten Rahmens, den ein bestehendes Institutionengefüge – letztlich die Verfassungsordnung – für handelnde Akteure bereitstellt. Der Gang der Dinge verläuft jedoch nicht geradlinig und störungsfrei. Vielmehr führt der Weg über `Stolperschwellen´ (critical junctures), die mitunter ohne Vorwarnzeit auftauchen und dann ein reaktionsschnelles Umsteuern erfordern. An solchen „Verzweigungspunkten", wo sich der Weg für alternative, d.h. entweder pfadgetreue oder pfadabweichende Kursbestimmungen gabelt, „haben Akteure Oberwasser und relativ weite Handlungsspielräume" (Best/Holtmann 2012: 19). Die Akteure können dann beispielsweise eine schwelende Systemkrise aktiv beschleunigen und bis zum Systemwechsel vorantreiben. In diesem Fall handeln sie besonders „riskant", da die Folgen des Handelns außergewöhnlich unsicher sind.

Erkennbar wird: Pfadabhängigkeit sorgt für Kontinuität einer politischen Kultur. Auch und gerade im Falle einer markanten Pfadabweichung, die ein Systemwechsel ja mit sich bringt, werden gewohnte Gangroutinen nicht sogleich wie lästiger Ballast abgeworfen. Alte politische Loyalitäten und Überzeugungen machen für neue nicht schlagartig und in Gänze Platz. Kulturelle Deutungsmuster und soziale Regulative der alten Zeit behalten zumindest befristet dort weiterhin Geltung, wo sie in Zeiten tiefgreifender Verunsicherung, die ein ständiger Begleiter von Systemwechseln ist, für orientierenden Halt sorgen. Wenigstens vorläufig widersteht die Macht der Gewohnheit dem Veränderungsdruck.

Mit der Zeit können sich die kulturellen Gegensätze abschleifen, können alte Vorstellungen und Vorlieben auf den neuen Weg einschwenken, also ihren Frieden machen mit den erneuerten Strukturen, ohne allerdings zwangsläufig völlig zu verschwinden. Ein Einschwenken auf den neu abgesteckten Pfad erscheint jedoch auch den Widerstrebenden deshalb geboten, weil alle Beteiligten und Betroffenen grundsätzlich derselben Pfadlogik unterliegen. Deren Verkehrsregel lautet: Nur wer künftig der Hauptstraße folgt, vermeidet Kosten und Risiken, die mit der andauernden Erkundung eines ungewissen „dritten Weges" einhergehen würden (vgl. Pierson 2004). Es ist daher vorteilhaft im Sinne eines rationalen Nutzenkalküls, in die Bahnen der neu justierten Route mit einzuschwenken.

Das Tempo und die Gangart, die auf dem Entwicklungspfad eingeschlagen werden, können durchaus wechseln. Pfadabhängigkeit ließ, überträgt man den bildhaften Sprachgebrauch des Pfadtheorems auf unseren Untersuchungsgegenstand, im Fall der deutschen Einigung für die sich neu einfädelnde Fahrgemeinschaft der Ostdeutschen im Fortgang der Entwicklung unterschiedliche Geschwindigkeiten, auch Bremsmanöver und selbst das Fahren von „Schlangenlinien" zu. Es kann, wie die längere Zeit noch „gespalten" gebliebene politische Kultur Deutschlands bestätigt, durchaus seine Zeit dauern, bis große Abstände unterwegs verringert oder aufgeholt werden. Solche unterschiedlichen „Fahrpraxen" treten unvermeidlich auf, wenn aus einem Systemwechsel, wie oben erwähnt, ein ungleichzeitiges Verhältnis von „Struktur" und „Kultur" hervorgeht. Die Empirie der politischen Kultur in Deutschland zwischen 1990 und 2014 hält dafür, wie wir ausführlich darstellen werden, mannigfache Belege bereit (vgl. hierzu auch das im Rahmen des SFB 580 erstellte, ausführliche Dossier unter bpb.de/geschichte/lange-wege-der-deutschen-Einheit/dossier).

Altbewährtes Pfadwissen arrangiert sich dort mit neuen Wegbeschreibungen, wo deren Pfadtauglichkeit aus Sicht der Betroffenen den Praxistest besteht. Dies war im Fortgang der deutschen Einigung beispielsweise bei dem gemeinsamen historischen Erfahrungsgut der „Staatskultur" der Fall. Wir werden im Folgenden ausführen, dass dieses Kulturmuster ein gesamtdeutsches Basiswissen verkörpert und für das Ausmaß der politischen Unterstützung, die das System der Bundesrepublik im Osten *und* im Westen Deutschlands erfährt, eine Schlüsselrolle spielt.

3.1.3 Langzeitwirkungen der deutschen „Staatskultur"

Der Komplex der *Staatskultu*r bündelt politische Einstellungen und Erwartungen von sehr langer Dauer. Dieses Kulturmuster ist ein hervorstechendes historisches Markenzeichen der politischen Kultur Deutschlands und ein Beleg für ihre über mehrfache Systemwechsel hinweg reichenden Pfadabhängigkeit. Der Begriff selbst ist von Karl Rohe in den 1980er Jahren eingeführt worden als Ergebnis seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Civic-Culture-Analysekonzept Almonds und Verbas (1963). Diese sahen die partizipative Qualität der westdeutschen Nachkriegsdemokratie vergleichsweise unterentwickelt und führten die von ihnen gemessenen Defizite an politisch aktiver

Bürgerlichkeit auf Nachwirkungen der „Untertanenkultur“ des Wilhelminischen Kaiserreiches zurück (Holtmann 2013).

Dieser Interpretation setzte Rohe eine begriffliche Differenzierung entgegen: Er unterschied „Teilhabekultur“, die sich in Deutschland historisch als „Staatskultur“ ausformte, und „Teilnahmekultur“, wie sie dem anglo-amerikanischen Kulturkreis mit seiner vergleichsweise gering entwickelten Staatstätigkeit vertraut ist. Als typisches Merkmal deutscher Staatskultur hat sich nach Rohe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein auf öffentliche Leistungen setzendes, Output-zentriertes Politikverständnis ausgeformt, das Politik „in erster Linie als die Herstellung, Allokation und Verteilung von öffentlichen Gütern begreift“ (Rohe 1984: 35). Daraus sei eine „auf ´sachliche` Ergebnisse“ ausgerichtete Erwartungshaltung erwachsen, die auf das Leistungsvermögen und die Leistungsgerechtigkeit der staatlichen Organe setzt. In diesem Traditionshorizont der deutschen politischen Kultur war, so Rohe, „die Teilhabenorm, also das Recht eines jeden Einzelnen und jeder gesellschaftlichen Gruppe, einen entsprechenden Anteil an den politisch erzeugten öffentlichen Gütern zu erhalten, weitaus stärker verankert als die Teilnahmenorm, also das Recht aller auf Teilhabe am politischen Prozess“ (ebd.: 39).

Zweifellos atmete diese Staatskultur noch bis mindestens 1918, von der herrschenden Staatsräson her betrachtet, einen obrigkeitsstaatlichen und sozial paternalistischen Geist. Dennoch wuchs im Gehäuse der Staatskultur eine Art der Beziehung zwischen Bürgern und Staat heran, die nicht auf eine Haltung autoritätshöriger Unterwerfung reduziert werden darf. Denn zum einen waren nicht nur die sozialstaatlichen Segnungen *als Rechtsanspruch* gesetzlich garantiert, sondern rechtsstaatlich abgesichert war auch schon die allgemeine Rechtspersönlichkeit des Bürgers. Kein Zweifel: Die Monarchie war nicht demokratisch verfasst, aber sie war schon ein formaler Rechtsstaat (Böckenförde 1969).

Zum anderen hatten sich nach 1890, im Zuge der praktischen Umsetzung der Bismarck´schen Sozialversicherung, in Gestalt tripartistischer korporativer Vereinbarungen, welche Unternehmerverbände, Gewerkschaften und staatliche Bürokratie zusammenführten, bereits ansatzweise Formen einer Mitwirkung der Gesellschaft entwickelt. Diese Mitsprache war zwar noch weit entfernt von basisdemokratischen Möglichkeiten individueller Einflussnahme, sie machte aber doch die organisierten Interessen breiter Bevölkerungsschichten geltend. Die Staatspraxis im Deutschen Reich wurde so schon während der Kaiserzeit aus den systemoppositionellen Sozialmilieus der sozialistischen Arbeiterbewegung und des katholischen Zentrums heraus über Kanäle verbandlich gesteuerter kollektiver Beteiligung beeinflusst. Unbeschadet ihrer repressiven und vordemokratischen Züge, wurde Staatlichkeit daher weithin wahrgenommen als „eine Vorbedingung für ein angenehmes und bürgerliches Leben“. Verbreitet war schon damals „ein Grundvertrauen in den deutschen Staat, in seine Leistungsfähigkeit, seine Fairness und seine rechtlichen Bürgschaften“ (Rohe 1993: 221).

Zu diesen rechtlichen Bürgschaften zählte eine im Großen und Ganzen unabhängige Justiz. Rechtsprechung und Verwaltung unterlagen dem Legalitätsprinzip, d.h. sie waren an

Geist und Buchstaben der vom Reichstag verabschiedeten Gesetze gebunden. Individueller Rechtsschutz war prinzipiell einklagbar. Die in Preußen gegen Ende des 18. Jahrhunderts geschaffene Institution der Verwaltungsgerichtsbarkeit eröffnet seither Bürgern, die von Entscheidungen der Verwaltungsbehörden betroffen sind, die Möglichkeit, einen besonderen Rechtsschutz gegenüber der Exekutive einzuklagen.

Vor dem historischen Erfahrungshintergrund überrascht nicht, dass Almond und Verba in ihrer monumentalen Civic-Culture Studie Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre auf Seiten der Bürger eine hohe „administrative Kompetenz" als Merkmal der politischen Kultur der Bundesrepublik feststellten. Dieses individuelle Ausstattungsmerkmal verweist auf ein ausgeprägtes, auf der Kenntnis eigener Rechtsgarantien beruhendes Selbstbewusstsein im Umgang mit Behörden (Almond/Verba 1963: 214f., 429). Fälschlicherweise deuteten Almond und Verba diese Befähigung als ein Symptom des Nachwirkens der Verhaltensgestalt eines „kompetenten Untertanen" (ebd.: 227). Tatsächlich spiegelt das selbstbewusste Auftreten gegenüber der Verwaltung wohl eher die Erfahrung wider, dass persönliche Freiheitsrechte und sozialpolitische Leistungsansprüche staatlich verbrieft sind. Daher ist man willens, diese Rechte und Ansprüche gegenüber dem Staat und seinen Organen auch individuell geltend zu machen.

3.1.4 „Gemeinschaftskultur" und „Gesellschaftskultur" als komplementäre Stränge neben der „Staatskultur"

Obwohl die Staatskultur historisch zum beherrschenden Strang der deutschen politischen Kultur wurde, entfaltet sich der etatistische Grundzug, der diesem Kulturmuster innewohnt, schon im Wilhelminischen Deutschland nicht ungehemmt. Die Staatskultur wurde vielmehr früh flankiert – und in ihren autoritären Anwandlungen tendenziell eingegrenzt – durch zwei weitere kulturelle Traditionsstränge, die Karl Rohe mit den Begriffen *Gemeinschaftskultur* und *Gesellschaftskultur* belegt hat. In dieser Begriffsbildung wird die sprachlich anverwandte Gegenüberstellung Gemeinschaft versus Gesellschaft, die von dem Soziologen Ferdinand Tönnies in den 1930er Jahren eingeführt wurde, erkennbar wieder aufgenommen. Tönnies verstand unter Gemeinschaft einen Typus sozialer Verbundenheit, dessen Grundformen die im „Zusammenwohnen und Zusammenwirken begründeten innerlichen Verhältnisse der Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freundschaft bzw. die in Familie, Gemeinde und Genossenschaft sich äußernden Bedingungen" darstellen (Specht 1965: 329). Im Stile der Zeit wurde Gemeinschaft zur „ursprünglichen" Lebensform romantisch verklärt. Demgegenüber erschien die „auf Rationalität, Technisierung und Ökonomisierung hintreibende" Gesellschaft des industriellen Zeitalters als ein künstlich geschaffenes Gegenbild (ebd.: 330).

Auch wenn man die zeitbedingten Romantizismen und völkischen Anklänge beiseite lässt, sind die beiden sozialen Formationen Gemeinschaft und Gesellschaft in ihren kulturellen Eigenheiten nicht so ohne weiteres klar unterscheidbar. Zweipolige Zuordnungen wie etwa egoistisch/altruistisch oder organisiert/unorganisiert oder expressiv/introvertiert versagen als sprachliche Trennwände. Als ein Unterscheidungsmerkmal

geeignet erscheint das Eigenschaftspaar öffentlich/privat: „Gemeinschaft“ beschreibt eine elementare soziale Form persönlicher und informeller Beziehungen, die in der privaten Sphäre angesiedelt sind und als unpolitisch angesehen werden. Gemeinschaftskultur bezieht ihren Sinn aus persönlicher Selbstverwirklichung mittels Sport, Spiel, Kultur, innerer Einkehr oder Geselligkeit. „Gesellschaft“ steht demgegenüber im modernen Verständnis strukturell für eine Anordnung sozialer Schichtung und gestufter Statuszuweisungen, sowie kulturell, Max Webers klassischer Definition zufolge, für einen wert- oder zweckrational geleiteten Markt der Interessen bzw. eine ebenso motivierte Interessenverbindung (Weber 1976: 21). Gesellschaftskultur wird getragen von absichtsvoller Einwirkung auf die Definition, Erzeugung, Erfüllung und Verteilung öffentlicher Güter und Aufgaben; dafür sucht sie die Wirkung im öffentlichen Raum.

Historisch beschreibt Rohe als typisch für das Kaiserreich und noch für die Weimarer Republik eine kulturelle Paarung, die neben der beherrschenden Staatskultur eine gleichfalls starke Tradition von Gemeinschaftskultur aufweist. Eine Gesellschaftskultur im Sinne einer selbstbewussten und auf aktive politische Beteiligung orientierten Bürgerkultur, wie sie Almond und Verba im Civic-Culture-Konzept normativ modelliert haben, sei hingegen nur relativ schwach entwickelt gewesen (Rohe 1993: 223). Zugleich warnt Rohe jedoch davor, die Input-Gewichtung des Civic-Culture-Modells zu verallgemeinern. Dies berge die Gefahr, die Eigenart einer Staatskultur und die in ihr in Deutschland seinerzeit auch schon vorhandenen partizipativen Ansätze zu unterschätzen. In der Sicht der Civic Culture, die vorrangig auf individuelle zivile Einmischung und Aktivität abhebt, bleibe bei der Beurteilung der deutschen Tradition unbeachtet, was im sozialkorporatistischen Modus des Interessenausgleichs als „kollektive Partizipation“ bereits damals wirksam war, nämlich das Aushandeln von Entscheidungen in Spitzengesprächen der kollektiven Akteure von Arbeit, Kapital und Staat. Diese Partizipation sei keineswegs rein instrumentell ausgelegt, sondern auch in Werthaltungen begründet gewesen (ebd.: 222). In jedem Fall handelte es sich um gesellschaftliche Beteiligung und somit um eine Ausprägung von Gesellschaftskultur.

Unsere aus dem Gedanken der Historisierung entwickelte These ist die folgende: In die gesamtdeutsche politische Kultur fanden nach 1990 „Legate“ (legacies) der DDR Eingang, in denen ein spezifisches kulturelles Erbe der DDR fortlebt und die ihrerseits auf sehr viel ältere deutsche kulturelle Traditionen zurückverweisen. Diese ältere Traditionslinie, die vor allem das Leitbild der Staatskultur transportiert, hatte sich nach Gründung der Nachkriegsdemokratie auch in die westdeutsche Bundesrepublik hinein verlängert. Die Staatskultur stellt folglich eine deutsch-deutsche Gemeinsamkeit dar, die in ihrer spezifischen DDR-Prägung als kulturelle Mitgift Ostdeutschlands in die Wiedervereinigung eingebracht und dort mit ihrem westdeutschen Zwilling, der zwischenzeitlich andere Wege gegangen war, wieder zusammengeführt worden ist.

Für den Nachweis dieser These erweist sich die von Rohe eingeführte Unterscheidung nach Staats-, Gemeinschafts- und Gesellschaftskultur als hilfreich. Zu beachten ist allerdings, dass die Bedeutung und die Bandbreite dieser drei kulturellen Sphären, die analy-

tisch als Einstellungskomplexe erfasst werden können, abhängig sind vom Charakter des Systems. Nach der deutschen Einigung haben sich hier in Ostdeutschland die Gewichte verschoben. Während der Bereich der Staatskultur in der DDR sehr viel weiter ausgegriffen und im Grunde nur eine staatlich abgeleitete Gesellschaftskultur zugelassen hatte, konnte sich letztere in der Bundesrepublik eigenständiger entwickeln. Entsprechend offen bleibt daher im empirischen Teil dieses Projektberichts die Zuordnung der einzelnen Einstellungsvariablen zu den drei genannten Kulturmustern.

Die anschließenden Teile dieses Kapitels 3 bauen inhaltlich wie folgt aufeinander auf: In den nächsten beiden Abschnitten 3.1.5 und 3.1.6 wird anhand der Literatur vergleichend herausgearbeitet, wie sich bestimmte Traditionslinien der deutschen politischen Kultur in beide deutsche Teilstaaten nach 1945 bzw. 1949 hinein verlängert haben. Dabei wird den historischen Spuren der Staatskultur besonderes Augenmerk zuteil. Anschließend werden im Kapitelteil 3.2, das die Empirie des Scharnierkapitels enthält, zunächst bisher kaum bekannte Umfragedaten ausgewertet, die Auskunft geben über das politische und gesellschaftliche Bewusstsein der Bevölkerung zu Zeiten der DDR. Hierüber liegen Trendmessungen vor, die zurückreichen bis Ende der 1960er Jahre und aufsteigend bis zum historischen Scheiteljahr 1990 durchlaufend erhalten sind.

Sodann wird anhand weiterer empirischer Daten dokumentiert, wie sich innerhalb des Einigungsjahres 1990 und des ersten Jahres danach, also noch während der Kernzeit von Transition und Transformation, Stimmungslagen ausgeformt und verändert haben. Dabei wird sichtbar, dass der Euphorie, die in Ostdeutschland den Systemwechsel begleitete, bald die psychologische Transformationskrise auf dem Fuße gefolgt ist.

In den beiden letzten Abschnitten des empirischen Teils des zweiten Kapitels gehen wir auf den Stand der Dinge in dem Bereich der Staatskultur und einem ausgewählten Segment der Gesellschaftskultur bei Eintritt in das vereinte Deutschland ein. Dabei wird zum einen deutlich, dass der Übergang von der fremdbestimmten zur selbstbestimmten Form verbandlich organisierter Vertretung wirtschaftlicher Interessen sehr zügig erfolgte. Ostdeutschland hat demnach bemerkenswert unkompliziert Anschluss gefunden an das korporatistische Traditionselement der deutschen Gesellschaftskultur in seiner westdeutschen Prägung. Zum anderen wird erkennbar, wie lebendig das staatskulturelle Vermächtnis der DDR in Einstellungen der Ostdeutschen zum Zeitpunkt des Systemwechsels gewesen ist und in welchem Maße es die Bereitschaft, das neue System zu unterstützen, beeinflusst hat. Die vergleichende Auswertung der Daten zeigt zudem, dass die grundsätzliche Erwartungshaltung, die auf Staatsleistungen setzt, im Einigungsjahr auch für Westdeutschland nachweisbar ist, wenngleich in geringerem Ausmaß.

3.1.5 Staatshilfe und Eigeninitiative – die Modernisierung der Staatskultur im „Modell Deutschland“ der Bundesrepublik

Wir zeichnen im Folgenden nicht in aller Ausführlichkeit nach, wie die deutsche Tradition der Staatskultur die westdeutsche Gesellschaft nach 1945 geprägt hat, wie diese Tradition dort allmählich demokratisch umgeformt und, beginnend in den späten 1960er

Jahren, in der Richtung einer aktivbürgerlichen Beteiligungskultur fortentwickelt worden ist. Hierzu liegt eine Fülle von Literatur vor, in der auch die seit den späten 1940er Jahren vorliegenden Einstellungsdaten verarbeitet worden sind (vgl. hierzu Merritt/ Merritt 1970, 1980, Davison 1957, Berg-Schlosser/Rytlewski 1993, Barnes/Kaase 1979, Gabriel 1986, 1987, Gabriel/ Neller 2010, Holtmann 1989, 1993 und 2012, Ellwein/ Holtmann 1999). Um zu verdeutlichen, wie das nationalhistorische kulturelle Erbe der traditionellen Staatskultur, das in manchem auch eine schwere Hypothek war, in der alten Bundesrepublik verarbeitet worden ist, in welcher Weise es dort bewahrt wurde und wo bewusst Brüche mit der Vergangenheit herbeigeführt worden sind, genügen einige knappe summarische Hinweise.

Die junge Bundesrepublik war in ihren Anfängen mit einem historischen Kontinuitätsproblem konfrontiert, mit dem sie, wie wir heute wissen, auf eine nicht immer überzeugende Weise umging. Die Verarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit war in den frühen Nachkriegsjahren in einzelnen staatlichen Bereichen, beispielsweise in Justiz, Verwaltung, Universitäten und Schulen, nur halbherzig betrieben und nach Gründung der Bundesrepublik durch den Primat des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sowie den heraufziehenden Ost-West-Gegensatz und die Eigenlogik des Kalten Krieges verdrängt worden (vgl. Jasper 1989). In den Anfangszeiten der demokratischen Neuordnung traten die Zeichen der Ungleichzeitigkeit von Kultur und Struktur auf doppelte Weise zutage: Einesteils wirkten alte Geisteshaltungen fort, die in der neuen demokratischen Institutionenordnung ein demokratieferner Fremdkörper blieben. Andererseits blieben manche alten Institutionen weitgehend unangetastet, die sich dem neuen Geist der Demokratie nur zögerlich öffneten.

Es konnte für die Wiedergründung der Demokratie kein kanonisch gültiges Programm demokratischer Erneuerung geben, das sich hätte autoritätsstaatlich von oben verordnen lassen. Der alliierte Lehrplan demokratischer Umerziehung (reeducation) war, obschon moderat umgesetzt, solange ein Widerspruch in sich, wie die Besatzungsmacht ihre besonderen externen Kontrollrechte ausübte, selbst wenn dies in der Weise eines „gutwilligen Despotismus“ (benevolent despotism) geschah.

Außerhalb des Wirkungsbereichs demokratiepolitisch problematischer Eingriffsbefugnisse der westlichen Besatzungsmächte und gänzlich ohne ideologische Begleitmusik ist die Tradition der Staatskultur in der Bundesrepublik mit großer Selbstverständlichkeit übernommen und pragmatisch umgeformt worden. Dies veranschaulicht der innenpolitisch einvernehmliche Umgang mit dem wohlfahrtsstaatlichen Kern der Staatskultur: Das Sozialstaatsgebot des Artikel 28 GG hat bekanntlich als Bestandteil eines breiten verfassungspolitischen Konsenses, der im Parlamentarischen Rat 1948/49 erzielt wurde, in das Grundgesetz Eingang gefunden. Und obwohl der ordnungspolitische Grundsatzstreit zwischen „Markt“ und „Staat“ die Parteienlager trennte, sind die Meilensteine sozialpolitischer Reformen, vom Lastenausgleich und sozialen Wohnungsbau der 1950er Jahre über die Dynamisierung der Renten in den 1960er Jahren und die Hartz-IV-Reformen der 2000er Jahre bis zum jüngsten Gesetzespaket von Mindestlohn, vorge-

zogenem Ruhestand und Mütterrente des Jahres 2014, ausnahmslos im Einvernehmen beider großer Volksparteien auf den Weg gebracht und jeweils von einem breiten gesellschaftlichen Einverständnis getragen worden. Die allgemeine Erwartung, die das Gros der Bevölkerung an den leistenden – oder wenigstens gewährleistenden – Staat richtet, hat den Ausbau der Systeme sozialer Sicherung ebenso gerechtfertigt wie die nämliche Erwartungshaltung umgekehrt von der fortschreitend ausgeweiteten Staatsintervention gestärkt worden ist.

Als eine wichtige Stütze für das Bewahren der Staatskultur und ihre Einbindung in den demokratischen Verfassungsstaat erwies sich die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Bei ihrer Gründung übernahm die Bundesrepublik mit der weithin unangetasteten staatlichen Bürokratie eine Einrichtung, in welcher ein sich unpolitisch verstehender, faktisch vordemokratischer Amtsgedanke noch fest verankert war. Doch bereits in den 1970er Jahren hatte in westdeutschen Amtsstuben der moderne Typus des „politischen Bürokraten" Einzug gehalten und den älteren Typus des „klassischen Bürokraten" partiell ersetzt (Putnam 1976). „Politische Bürokraten" sind für die informelle Einbeziehung gesellschaftlicher Interessen in Prozesse bürokratischen Entscheidens aufgeschlossen. Der Sinneswandel innerhalb der Verwaltung war nur zum kleineren Teil die Folge gezielter personalpolitischer Eingriffe, wie sie im Nachgang von Regierungswechseln auf der Leitungsebene regelmäßig erfolgen, sondern er stellte sich weitgehend als Ergebnis normaler professioneller Neurekrutierungen ein, wobei Beamtengenerationen nachrückten, die nicht nur jünger, sondern auch politisch anders sozialisiert waren (Derlien 1990 und 2001, Holtmann 2012: 193ff.).

Konstanz und Wandel des bürokratischen Amtsgedankens sind ein Indiz dafür, wie die Tradition der Staatskultur in die alte Bundesrepublik Einzug hielt und sich unter neuen Systemvorzeichen abermals verstetigte, aber eben auch veränderte. Das hergebrachte „klassische" Verständnis des bürokratischen Berufs war anschlussfähig für jene ebenfalls historisch gewachsene „administrative Kompetenz" von Bürgern, die dem Staat im Bewusstsein ihrer Rechte gegenübertreten. Stellt schon die Deutung dieser subjektiven Kompetenz in der Studie Almonds und Verbas als ein obrigkeitsstaatliches Überbleibsel für die Bundesrepublik der ausgehenden 1950er Jahre ein Missverständnis dar, so hat sich die vertikale Beziehung zwischen Bürger und Staat seit den späten 1960er Jahren nachweisbar qualitativ gewandelt. Während zum einen vermehrt nachrückende jüngere Beamte, die den Typus des „politischen Bürokraten" verkörperten, die westdeutsche Verwaltungskultur auf einen modernen Weg brachten, hat sich zum anderen die Gesellschaft insgesamt stärker in der Richtung einer aktivbürgerlichen demokratischen Beteiligungskultur bewegt.

Von der Verwaltung her gesehen, gestaltet sich seither das Verhältnis zu den Bürgern weniger hierarchisch und mehr partnerschaftlich. Auf Seiten der Bürger fanden die neuen Formen „unkonventioneller" politischer Partizipation wachsenden Zuspruch (Kaase 1976). In der Folge der – von Max Kaase so apostrophierten – „partizipatorischen Revolution" wurde nicht nur das politische Verhaltensrepertoire individuell erweitert, son-

dern die Neuen Sozialen Bewegungen (Brand/Büsser/Rucht 1986, Roth/Rucht 1987, Roth 2000), die in den 1970er Jahren aufstiegen, wirkten als Treiber der neuen zivilbürgerlichen Beteiligungsbedürfnisse und boten diesen eine breitere gesellschaftliche Plattform. Davon blieb die hergebrachte administrative Kompetenz der Bürger nicht unberührt. Zu dem ausgeprägten persönlichen Rechtsgefühl, das dieses Einstellungsmuster traditionell kennzeichnet, ist ein selbstbewussteres Auftreten gegenüber Behörden, ein kritischerer Umgang mit den Planungsbefugnissen der öffentlichen Hand (Ewen/ Gabriel/Ziekow 2013) sowie eine wachsende Bereitschaft zur Beteiligung an „unverfassten" politischen Aktionen (Kaase 1979, 2000) hinzugetreten, die selbst zivilen Widerstand gegen die Staatsgewalt, zumindest in gewaltfreier Form, nicht als grundsätzlich illegitim betrachtet. In der Folge sind Basisdemokratie und unmittelbare Bürgerbeteiligung zu festen Bestandteilen des gesellschaftlichen Bewusstseins der Bundesrepublik geworden und haben auch die Gesellschaftskultur entsprechend verändert.

Die gewandelte Wahrnehmung der Rolle des „Selbst im System" und der neue partizipative Politikstil machen anschaulich, wie in der Gesellschaft der alten Bundesrepublik die Traditionslinien der Staatskultur einesteils wieder aufgenommen und anderenteils abgewandelt worden sind. Überhänge obrigkeitsstaatlichen Denkens, die in staatlichen Einrichtungen und im öffentlichen Bewusstsein zunächst noch fortlebten, haben sich mit der Zeit abgeschliffen. Ihren Platz nehmen nunmehr Denkweisen und Erwartungshaltungen ein, die den Erfahrungsstand der sozialen Marktwirtschaft und der sozialstaatlich flankierten Demokratie widerspiegeln.

Deutlich wird auch: Wenn von der neuen zivilgesellschaftlichen Beteiligungskultur die Rede ist, welche den Willen zu aktivbürgerlicher Einmischung gegenüber dem staatlichen Sektor nachdrücklicher als zuvor anmeldet, dann werden die Trennlinien zwischen Staatskultur und Gesellschaftskultur naturgemäß fließend. Die kurze Beschreibung der Entwicklung der politischen Kultur der alten Bundesrepublik in ihrem staatskulturellen Profil bliebe folglich unvollständig, ließe man die Erscheinungsformen der Gesellschaftskultur und der Gemeinschaftskultur außer Betracht. Tatsächlich sind diese als komplementäre kulturelle Ausformungen neben der Staatskultur ebenfalls wieder- bzw. neu entstanden.

Richten wir den Blick zunächst auf den Bereich der Gemeinschaftskultur: Sie gründet in sozialen Bindungen und Aktivitäten, die vergemeinschaftet sind. Darunter verstand Max Weber private Formen sozialer Zusammenschlüsse aufgrund „subjektiv gefühlter Zusammengehörigkeit" (1976: 21f.). In Deutschland ist eine bevorzugte Organisationsform solcher Vergemeinschaftung seit jeher der Verein. Schon im 19. Jahrhundert hat sich hierzulande ein Vereinswesen ausgefächert, mit einer breiten Vielfalt „vom Kegelklub bis zur politischen Partei" (Weber). Da der Vereinszweck größtenteils nicht politisch bestimmt war und ist, hat das Vereinswesen sämtliche politischen Systemwechsel der jüngeren deutschen Vergangenheit überdauert. Bis heute stellen Vereine lokale Netzwerke persönlicher Beziehungen dar, die vornehmlich Zwecken von Spiel, Sport, Geselligkeit und sozialer Hilfe dienen (Siewert 1977). Freiwilliges bürgerschaftliches Enga-

gement ist auch gegenwärtig in hohem Maße auf Aktivität in Vereinen bezogen (FS 1999, 2004, 2009). Auch Bürgerinitiativen, die im Gefolge neuer Partizipationsbedürfnisse auftreten und häufig als lose gekoppelte Aktionsbündnisse ohne formale vereinsförmige Organisation existieren, entstehen häufig als gemeinschaftliche Zusammenschlüsse. Jedoch besetzen sie Themen und verfolgen damit bestimmte Interessen; daher verstehen sie sich oftmals erklärtermaßen politisch. Erkennbar wird hier die Trennwand zwischen Gemeinschaftskultur und Gesellschaftskultur durchlässig.

Wegweisend für die sich im späten 19. Jahrhundert in Deutschland ausformende Gesellschaftskultur wurde, folgt man dem historischen Politikforscher Karl Rohe, ein Typus kollektiver Partizipation, der Interessen verbandsförmig organisierte und diese gegenüber gegnerischen Verbänden wie auch innerhalb der staatlichen Sphäre vertrat (Rohe 1993: 13). Als Teil dieses Verbändekartells verstanden sich speziell die Gewerkschaften nicht nur als zweckrational ausgelegte Interessenverbände. Sie waren vielmehr traditionell Teil eines größeren „wertrational motivierten Gesinnungsvereins", der sich im jeweiligen „Sozialmilieu" (Rainer M. Lepsius) der Sozialdemokratie und des politischen Katholizismus eine weltanschaulich überformte gesellschaftliche Gegenwelt geschaffen hatte. Die gemeinschaftsstiftende Leitidee der Solidarität war ein diese soziale Assoziation verbindendes Element. Das Solidaritätsgebot enthielt eine Loyalitätszusage auf Gegenseitigkeit, die nach Max Weber jene soziale Festigkeit und Verbindlichkeit sichert, die Vergesellschaftung ausmacht. Deutlich wird hier, dass sich Gesellschaftskultur und Gemeinschaftskultur schon in ihrer historischen Entstehungszeit überschneiden.

Dieses Traditionselement einer „Kultur kollektiver Akteure" (Rohe 1993: 223), die zugleich staatsbezogen und an die Gesellschaft rückgekoppelt ist, hat im Ergebnis der demokratischen Neuordnung der staatlichen und parastaatlichen Institutionen im Westen Deutschlands nach 1945 an Bedeutung gewonnen. An anderer Stelle haben wir hierzu ausgeführt: „Es sind vor allem fünf institutionelle Schlüsselentscheidungen, die den nachmaligen Entwicklungspfad der Bundesrepublik vorgezeichnet haben: „Rheinischer Kapitalismus" und Wohlfahrtsstaatlichkeit, rechtsstaatlich gebundene Administration, Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung. Kennzeichnendes Strukturmerkmal des rheinischen Kapitalismusmodells ist ein neokorporatistisches Muster der Interessenwahrnehmung und Politiksteuerung, das für die Regelung von Konflikten, die in der Arbeitswelt sowie in den Feldern der Sozial- und Wirtschaftspolitik aufbrechen, auf eine weitgehend autonome Selbstregelung durch verbandlich organisierte Kräfte von Arbeit und Kapital „im Schatten staatlicher Hierarchie" setzt" (Holtmann 2012: 79).

Mit dem neokorporatistisch und sozialpartnerschaftlich ausgestalteten „Modell Deutschland" hat sich die traditionell enge Verschränkung von Gesellschaftskultur und Staatskultur in die Bundesrepublik hinein verlängert. Ein besonderes Strukturmerkmal dieser gewachsenen Verschränkung ist die Arbeitsteilung zwischen öffentlichen Trägern und gesetzlich bevorrechtigten Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege bei der Bereitstellung von Angeboten der Daseinsvorsorge (Backhaus-Maul/Olk 1998: 128). Wie eng die Berührungspunkte beider Kulturmuster sind, bezeugt beispielsweise das von

Ludwig Erhard während seiner Kanzlerschaft in den frühen 1960er Jahren lancierte (allerdings bald verworfene) Denkmodell einer „formierten Gesellschaft“, das die Macht der wirtschaftlichen Interessenverbände zugunsten größerer Freiräume für die Entfaltung und soziale Zusammenführung individuellen Gemeinsinns beschneiden sollte. Ein Widerlager gegenüber der traditionellen deutschen Staatsaffinität hat sich gleichwohl im Schoße der Gesellschaftskultur realiter bald danach herausgeschält, nachdem die Forderungen nach neuen Formen aktiver Bürgerbeteiligung erstarkten.

3.1.6 Die autoritäre Umformung der Staatskultur in der DDR und dortige Besonderheiten der Gemeinschafts- und Gesellschaftskultur

Betrachten wir nun die Entwicklung im ostdeutschen Teilstaat und lenken den Blick besonders darauf, wie dieser Staat mit der deutschen Tradition der Staatskultur umgegangen ist. Es geht folglich auch hier nicht um eine umfassende Darstellung des politischen Systems der DDR oder eine ganzheitliche ostdeutsche Gesellschaftsgeschichte (umfassend Schröder 1998, ferner Enquete-Kommission 1994, Kowalczuk 2009). Hierzu sind, einer aktuellen Auflistung der Bundesstiftung Aufarbeitung zufolge, allein zwischen 1990 und 2010 schätzungsweise 22000 Bücher und Beiträge erschienen. Kurz dargestellt werden im Folgenden nur einige ausgewählte Systemmerkmale, um exemplarisch zu verdeutlichen, in welcher Weise die ältere deutsche Staatskultur zu Zeiten der DDR umgeformt worden ist. Ergänzend werden kennzeichnende Züge der DDR-spezifischen Gesellschaftskultur und Gemeinschaftskultur beschrieben. Diese drei kulturellen Segmente strukturieren den Hintergrund, vor dem sich typische Erfahrungen und Erwartungshaltungen der DDR-Bevölkerung ausformten, die teilweise auch noch nach 1990 richtungsweisend geblieben sind.

Nach ihrer Staatsgründung trat de facto auch die DDR in die Tradition der Staatskultur ein, ohne allerdings diesen historischen Vorläufer der Kaiserzeit und der Weimarer Republik als ein legitimes Ahnenerbe anzuerkennen. Das verbot sich aus Sicht der monokratischen Staatsdoktrin der DDR schon deshalb, weil ihre herrschende Ideologie die liberalen Bürgerrechte als Relikte bourgeoisen Denkens verwarf und jene Errungenschaften von Wohlfahrtsstaatlichkeit, die in vorangegangenen Systemen erreicht worden waren, als reformistische Irrläufer abtat, die das hässliche Antlitz des Kapitalismus lediglich verschleierten. Der Staatsozialismus des SED-Regimes ging jedoch nicht nur bei der ideologischen Umdeutung der Tradition der Staatswohlfahrt und der Inklusion überkommener Einrichtungen der sozialen Sicherung in das neue System nach 1949 im Vergleich zur Bundesrepublik andere Wege, sondern er legte auch die normative Rangfolge von Staatsleistung und Eigenleistung, von staatlicher Hilfe und individueller Selbsthilfe, anders fest.

Sozialpolitik wurde in der DDR verstanden als ein Instrument der zentralstaatlichen Machtsicherung. Mit dem verfassungsförmig verankerten Parteienmonopol der SED und dem Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus setzte die DDR-Führung ein Modell politischer Herrschaft durch, das der durch Personalunion eng verbundenen

Staats- und Parteiführung praktisch unumschränkte Macht sicherte. Doch Repression und Propaganda allein hätten die Folgebereitschaft der Bevölkerung auf Dauer nicht gesichert. Ein Einfordern von Fügsamkeit, das nur auf Zwangsmittel setzt, so gab der Sozialpsychologe Ernst Fromm schon Mitte der 1930er Jahre zu bedenken, „würde einen Apparat erfordern, der auf die Dauer zu kostspielig wäre". Repression allein „würde die Qualität der Arbeitsleistung der nur aus äußerer Furcht Gehorchenden in einer Weise lähmen, die für die Produktion in der modernen Gesellschaft zumindest unerträglich ist, und sie würde außerdem eine Labilität und Unruhe der gesellschaftlichen Verhältnisse schaffen, die ebenfalls mit den Anforderungen der Produktion auf die Dauer unvereinbar wäre" (Fromm 1936: 85). Der Führungsanspruch des Einparteienstaates der DDR war deshalb verknüpft mit der auf Parteitagen zelebrierten parteioffiziellen Selbstverpflichtung, eine umfassende staatliche bzw. betriebliche Daseinsvorsorge sicherzustellen. Von der Einlösung dieses Versprechens hing für das System die moralische und materielle Rechtfertigung seines Diktaturcharakters ab.

Der sozialistische Wohlfahrtsstaat der DDR proklamierte und praktizierte die leistende Staatsverantwortung in zuvor nicht bekannten Dimensionen. „Die SED", schreibt der DDR-Forscher Klaus Schroeder, „überzog die DDR mit einem flächendeckenden sozialen Netz. Alle sozialen Bereiche und Beziehungen waren politisch normiert, ideologisch geprägt und materiell abgesichert". Zwar sei das materielle Niveau der Sozialpolitik im Vergleich zur Bundesrepublik bescheiden gewesen, es habe jedoch soziale Sicherheit garantiert. Aber die „Maßnahmen und Leistungen hatten zumeist Versorgungscharakter und ließen dem einzelnen wenig Freiheitsspielräume" (Schröder 1998: 520).

Das soziale Netz sollte, so Schroeder, „die Grundversorgung der Bevölkerung in allen Lebensphasen und -bereichen erfassen" und war deshalb „dicht gewebt". Die Grundkonzeption der realsozialistischen Sozialpolitik lasse sich mit den folgenden sechs Prinzipien kennzeichnen:

(1) Einheitsversicherung,
(2) Dominanz zentralstaatlicher Instanzen,
(3) starke Inpflichtnahme der Betriebe und Gewerkschaften,
(4) Vorrang des Versorgungsprinzips vor dem Versicherungsprinzip,
(5) Fehlen einer unabhängigen Sozialgerichtsbarkeit,
(6) vorrangige Förderung der Arbeitskraft und ihrer (Wieder)Eingliederung in die Produktion (ebd.: 514f.).

Der Betrieb zumal war „das Zentrum des sozialen und gesellschaftlichen Lebens". Ihm erwuchs durch die „Übertragung sozialer Aufgaben (Kindertagesstätten, Ferienheime, Freizeiteinrichtungen etc.) und die organisatorische Zusammenfassung der Werktätigen in Arbeitskollektiven und Brigaden […] eine Funktion als sozialer Raum, unvergleichlich größer und wichtiger als in der Bundesrepublik". Der Betrieb war „zugleich Sozialisations- und Kontrollinstanz wie auch Fürsorgeeinrichtung; in gewissem Sinne wurde er sogar Familienersatz" (ebd.: 515). „Arbeitskollektive" blieben, einmal gebildet, zumeist über längere Zeit zusammen. Da auch „Brigadefeiern, Kegelabende oder ähnliches zu

deren Alltag gehörten, wurde das „Kollektiv“ auch zu einer Art Solidargemeinschaft“. Diese „konnte ein gewisses Gegengewicht gegen staatlich verordnete Pläne und Anforderungen der Betriebsleitung bilden“ (ebd.: 519).

Neben seiner gemeinschaftstragenden Rolle kam in der DDR dem Betrieb eine besondere persönlichkeitsbildende Bedeutung zu: Da der Faktor Arbeit nicht nur ökonomisch zählte, sondern auch einen zentralen gesellschaftlichen Stellenwert hatte, suchten und fanden ostdeutsche Arbeitnehmer in fachlich qualifizierter Herstellung von Gütern ein persönliches Selbstwertgefühl. Friedrich Schorlemmer, Bürgerrechtler in der DDR und Theologe aus Wittenberg, beschreibt diesen seelischen Zustand so: „Die DDR war eine Gesellschaft, in der die Menschen sich nicht nur ideologisch, sondern auch mental über die Arbeit definierten […] Drüben lohnte sich gute Arbeit materiell. Bei uns musste die Arbeit aber in sich einen Wert haben, denn viel kaufen konnte man sich vom Erlös nicht. […] Es ging sozusagen um die Hochschätzung der Arbeit des arbeitenden Menschen“ (Zitat nach Heitmeyer 2009: 315).

Das Ethos der Arbeit diente als ein unpolitischer persönlicher Fluchtpunkt im politischen System der DDR. „Trotz allem“, schreibt der sächsische Ministerpräsident und CDU-Politiker Stanislaw Tillich, „versuchten wir gute Fachleute zu sein, das waren wir uns selbst schuldig. Wir machten unseren Job, so gut es halt ging“ (http://www. ministerpräsident.sachsen.de/6231.htm, Abruf 27. 08. 2014). Über seinen in der DDR für berufliche Verdienste dekorierten Vater sagt Roland Jahn, ebenfalls Bürgerrechtler und heutiger Leiter der Stasiunterlagenbehörde, er habe „Anerkennung für seine Ideen und seine Fähigkeiten und für seine Erfolge im Beruf“ empfunden. Jahn fügt hinzu: „Diese Wertschätzung für die geleistete Arbeit ist bis heute ein Verlangen vieler, die in der DDR gearbeitet haben“ (DER SPIEGEL 37/2014: 115f.).

Diese Beobachtung liefert eine zentrale Erklärung für die bis heute in Ostdeutschland ungebrochene Mehrheitsmeinung, dass in der DDR „nicht alles schlecht“ war und man dort „privat alles in allem gut leben konnte“ (zuletzt Holtmann/Jaeck/ Voelkl 2014). Die auf fachlicher Qualifikation und Fleiß gegründete eigene Arbeitsbiographie entzog sich demzufolge dem Diktaturcharakter des Systems, und sie wird als eine „gute Seite“ der DDR weiterhin hochgehalten.

Mit dem Arbeitsleben in der DDR einher ging ein bemerkenswertes Maß an Kreativität, an Organisationstalent und an Fähigkeit, gestellte Aufgaben mit einfachen Mitteln zu lösen. Dieses besondere, betrieblich geschulte Humankapital erlaubte es nicht allen, aber doch vielen, nach 1990 auf die Herausforderungen, welche die marktwirtschaftliche Umstrukturierung des Beschäftigungssektors mit sich brachte, flexibel zu reagieren. So betrachten ostdeutsche Experten aus Wissenschaft und Praxis, wie eine 2011 durchgeführte Umfrage ergab, die allgemeine Lebenseinstellung, Arbeitsmoral und Unternehmenskultur gegenwärtig als einen wichtigen Standortvorteil der neuen Bundesländer: „Ostdeutsche Belegschaften werden als motiviert, flexibel, innovationsfreudig und belastbar beschrieben“ (Holtmann/Ragnitz/Voelkl 2012: 12, 93f.). Unter gegebenen Bedingungen hat sich dieses betrieblich orientierte und geschulte Humankapital bisher

allerdings nur in begrenztem Ausmaß in ein außerbetriebliches bürgerschaftliches Engagement umgesetzt.

Doch zurück zur Staatspraxis der DDR: Als ihr oberstes politisches Gebot formulierte die Staats- und Parteiführung der DDR, eine Absenkung des Lebensstandards der Bevölkerung unter allen Umständen zu verhindern. Grundnahrungsmittel, Mieten, Wohnungsbau und Energie wurden daher hoch subventioniert. Am Ende der DDR war statistisch die Vollversorgung mit Wohnraum erreicht (Holtmann/Killisch 1993). Der Preis dieser Vergabe staatlicher Ressourcen war allerdings hoch: Es kam zu einer steigenden Auslandsverschuldung (in nicht dem Comecon angehörenden Staaten) und zu rückläufiger Investitionstätigkeit. Die Folge waren schrumpfende Wachstumsraten. Außerdem wurden an den Arbeitsstätten geringere Prämienfonds ausgeschüttet. Schroeder zitiert hierzu eine kritische Folgeneinschätzung aus dem ehemaligen Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission der DDR von Anfang 1991: „Die als Grundsäule seiner [Honeckers] Strategie deklarierte `Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik` scheiterte, weil einerseits das Wirtschaftssystem keine Anreize implizierte, die zu Leistungen führten, mit denen die sozialen Ansprüche befriedigt werden konnten, und andererseits die nicht an eigene Leistungen gebundene Zunahme sozialer Sicherheit kontraproduktiv auf die Leistungsmotivation zurückwirkte“ (zit. bei Schroeder 1998: 508f.).

Zieht man für die Einordnung der politischen und gesellschaftlichen Orientierungen, die sich unter diesen Bedingungen in der DDR ausbildeten, und für die Einschätzung ihrer Bedeutung für die gesamtdeutsche politische Kultur die drei analytischen Kategorien der Staatskultur, Gesellschaftskultur und Gemeinschaftskultur heran, so lässt sich zugespitzt folgendes festhalten:

(1) Das traditionelle Erwartungs- und Verhaltensmuster der deutschen Staatskultur wurde in der DDR wieder aufgenommen und vertieft. Dabei wurden die beiden Ausdrucksformen von wechselseitig wirksamer „Gefährlichkeit und Fürsorge“, die Ernst Fromm seinerzeit als Doppelgesicht des Obrigkeitsstaates identifiziert hatte, jeweils erheblich verstärkt. Einesteils sorgte die allgegenwärtige Existenz des Unterdrückungsapparats der Diktatur für erzwungenen Staatsgehorsam und äußerliche Linientreue. Andererseits war die staatlich (und para-staatlich ergänzend durch Betriebe) gewährleistete soziale Wohlfahrt und persönliche Elementarschadensversicherung so umfassend, dass das Einfordern von Staatsverantwortung für weite Teile der Bevölkerung zu einer selbstverständlichen Lebensregel wurde.

Umgekehrt ist Eigenverantwortung als eine Verhaltensnorm im wirtschaftlichen und sozialen Leben regelrecht verkümmert. „Der versorgende Charakter der Sozialpolitik begünstigte Passivität und untergrub Eigeninitiative.“ Sozialpolitische Maßnahmen betrachtete die Bevölkerung „als Entgegenkommen oder „Geschenk“ der Parteiführung“. Damit knüpfte die Politik des Regimes „eher an [an] die „voremanzipatorische Idee der Fürsorge für den gehorsamen Untertanen“ als an eine moderne, einer Industriegesellschaft angemessene Sozialpolitik“ (Schroeder 1998: 530). Am konkreten Tätigkeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe wird die systemtypische Fortdauer von Traditionssträngen

der Staatskultur und deren ideologische Umprägung beispielhaft anschaulich: Jugendhilfe wurde in der DDR als „Schönheitsfehler des Sozialismus“ angesehen. Das Amtshandeln der zuständigen Stellen orientierte sich am „DDR-Muster eines fürsorglichen Paternalismus“. Dieses Handlungsmuster wurde zumindest teilweise auch nach der Einigung zunächst beibehalten, „angereichert durch bürokratische Angleichungen“ an die nun geltende neue Gesetzeslage (Bohler u.a. 2012: 299).

(2) Eine „administrative Kompetenz“, jener vergleichbar, die Almond und Verba für die Bundesrepublik herausgearbeitet haben und bei welcher die Bürger dem Staat mit einem ausgeprägten individuellen Rechtsbewusstsein gegenübertreten, hat sich in der DDR als ein Korrektiv der autoritär schaltenden und waltenden Staatsmacht nicht ausbilden können. Es fehlte das dafür mindestens notwendige Maß an persönlicher Rechtssicherheit, die ein formaler Rechtsstaat gewährt. Wohl gab es Gesetze, weil die DDR wie jeder Staat darauf angewiesen war, das tägliche Leben durch rechtliche Normen zu regeln. Doch konnten diese Rechtsnormen, das macht den Charakter der DDR als Willkürstaat im Kern aus, nach politischem Belieben jederzeit und unkontrolliert von staatlichen Organen missachtet werden. Laut offizieller Staatsdoktrin benötigte der Bürger keinen Rechtsschutz gegenüber dem Staat, weil der sozialistische Staat die Interessen der Gesamtheit und damit aller Einzelnen ohnehin vertrete. Folgerichtig war daher die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die historisch eine Schöpfung des aufgeklärt absolutistischen Obrigkeitsstaates gewesen war, zu Zeiten der DDR abgeschafft. Somit fehlte gerade jene Institution, die ein Einklagen individueller Rechte gegenüber der staatlichen Gewalt ermöglicht, ohne dass Bürger, die davon Gebrauch machen, das Risiko persönlich nachteiliger Folgen eingehen müssen.

(3) Ersatzweise hatte sich stattdessen in der Bevölkerung der DDR gegenüber Organen von Staat und Partei eine Praxis persönlicher Bitten und Beschwerden verbreitet. So durften, wie Klaus Schroeder schreibt, „die Werktätigen bei der Anprangerung von Missständen im Betrieb eine relativ weitgesteckte Freiheit der persönlichen Meinungsäußerung in Anspruch nehmen“. Zu einer Systemgefährdung wuchs sich dies nicht aus, weil die große Mehrheit der Beschäftigten ihre kritische Einrede „subjektiv ohnehin nicht als ´politisch`, sondern als Aufbegehren gegen ´die da oben` verstanden hat“ (Schroeder 1998: 519).

In der massenhaft geübten Praxis der „Eingabe“ erhielten die private Reklamation von Mängeln und ein auf den Einzelfall beschränktes Einlenken der Staatsführung die Gestalt eines formalisierten Rituals. Damit wurde die Beziehung zwischen Bürger und Staat in eine rechtsunsichere Grauzone verschoben. Hier galt die außerrechtliche Prozedur des persönlichen Gesuchs, das die Unteren vortrugen, und der selbstherrlichen Vergabe einer Wohltat, die seitens der Oberen je nach Opportunität gewährt oder verweigert werden konnte. Man wird darin bestenfalls ein *Hybrid von administrativer Kompetenz* erkennen mögen. Immerhin war innerhalb der DDR-Bevölkerung die Auffassung weit verbreitet, dass in diesem Bereich der direkten Beziehungen zwischen Bürgern und Staat allgemein gleiche Berücksichtigungschancen bestünden. Wie eine „Stellvertreterumfra-

ge“ (vgl. zu diesem methodischen Instrument Kapitel 3.2.1) herausfand, war Ende der 190er Jahre nur etwa jeder siebte DDR-Bürger der Meinung, dass dank besonderer Beziehungen eine Eingabe von Behörden schneller bzw. besser bearbeitet würde (Infratest 1979).

Für die allgemeine Wahrnehmung der Staatlichkeit hatte diese eingeübte Erfahrung jedenfalls Folgen, die über das Datum der Vereinigung weit hinauswirkten: Der Staat erschien allzuständig. Eine freihändig handelnde staatliche Autorität, die sich über formale Bestimmungen selbstherrlich hinwegsetzt, wurde als tätige Nothilfe wahrgenommen. Dies schloss nicht aus, dass man gegenüber demselben Staat, der auch unberechenbar sein repressives Gesicht zeigen konnte, Abstand hielt. Gleichviel: Der im Versorgungsstaat der DDR ohnehin beflügelte Glaube an eine allumfassende Staatsverantwortung wurde jedenfalls weiter gefestigt.

(4) Der in die staatliche Sphäre übertragene Führungsanspruch der Monopolpartei SED führte dazu, dass sich der autoritäre Charakter des Systems auch in der DDR-spezifischen *Gesellschaftskultur* widerspiegelte. Auch die DDR bildete formal eine stufenförmige „Kaskade“ kollektiver Interessenvertretung aus. Aber anders als in der Bundesrepublik, wo sich seit 1949 ein tripartistisches Muster von autonomer Repräsentation verbandlicher Interessen und staatlicher Steuerung herausbildete, das auf Sozialpartnerschaft hin ausgelegt ist und strukturell dem Typus des liberalen Neokorporatismus entspricht (von Alemann 1981), schlug die DDR einen Weg ein, der auf dem historischen Pfad deutscher Vergangenheit einen Richtungswechsel einleitete: Der FDGB und die an die SED angeflanschten Massenorganisationen besaßen keinerlei Autonomie, sondern sie handelten, soweit sie die Interessen der Werktätigen wahrnahmen, als verlängerter Arm der Einheitspartei. Der „freiwillige Organisationsgehorsam“ (Rohe 1993: 221), der in offenen und pluralistischen Gesellschaften eine Vertretung wirtschaftlicher Interessen durch selbständig handelnde große Verbände von unten abstützt, wurde durch Organisationszwang ersetzt.

Damit fiel die DDR im Sektor der kollektiven Vertretung gesellschaftlicher Interessen in das Format eines *autoritären Staatskorporatismus* zurück. Diesen Typus hat der Politologe Philippe Schmitter Mitte der 1970er Jahre wie folgt beschrieben: Es handele sich um „ein System der Interessenvermittlung, dessen wesentliche Bestandteile organisiert sind in einer begrenzten Zahl singulärer Zwangsverbände, die nicht miteinander in Wettbewerb stehen, über eine hierarchische Struktur verfügen und nach funktionalen Aspekten voneinander abgegrenzt sind. Sie verfügen über staatliche Anerkennung oder Lizenz, wenn sie nicht sogar auf Betreiben des Staates hin gebildet worden sind. Innerhalb der von ihnen vertretenen Bereiche wird ihnen ausdrücklich ein Organisationsmonopol zugestanden, wofür sie als Gegenleistung bestimmte Auflagen bei der Auswahl des Führungspersonals und bei der Artikulation von Ansprüchen oder Unterstützung zu beachten haben“ (Schmitter 1979: 94, zit. nach von Alemann 1981: 86).

Unter den Bedingungen eines autoritären Staatskorporatismus hat sich in der Bevölkerung der DDR eine Praxis demokratischer Repräsentation gesellschaftlicher Interessen

nicht entwickeln können. Das Repräsentationsprinzip umschließt in Demokratien „auch eine konfliktive Beziehung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, die aus der beiderseitigen Freiheit zum jeweils eigenständigen und selbstverantwortlichen Handeln erwächst“ (Kaina 2002: 48). Anders in der DDR: Dort bildete sich eine Beziehung zwischen Bürgern und Staat aus, die echter repräsentativer Vermittlungsinstanzen entbehrte und stattdessen auf passiver Partizipation, d.h. einer hohen Versorgungserwartung und wachem Misstrauen in die Staatsmacht beruhte. Hier findet sich eine Erklärung dafür, dass selbst viele politisch aktive Ostdeutsche nach 1990 zögerten, von einer Haltung der Distanznahme zum Staat abzurücken und auf die Selbstaneignung der demokratischen Staatsgewalt ´umzuschalten` (vgl. Meisel 1995). Ebenso wird verstehbar, weshalb Ostdeutsche in das vereinigte Deutschland mit einer größeren Präferenz für direkte Demokratie eingetreten sind.

Im Gesamtbild haben sich die Entwicklungslinien zwischen Staatskultur und Gesellschaftskultur in der DDR sehr viel mehr überschnitten als in Westdeutschland. Weit stärker als in der Bundesrepublik der 1950er Jahre herrschte in der DDR eine Teilhabementalität vor, die staatlich gewährte Leistungen und Belohnungen abrief. Wo dennoch Teilnahme geübt wurde, war diese nicht Ausdruck freier Selbstorganisation und bürgerschaftlicher Einmischung, sondern verordnenden Drucks von oben. Im Einzugsbereich von lokalen Parteizellen, betrieblichen Kollektiven und gleichgeschalteten Massenorganisationen wurde ein Ritual politischer und sozialer Beteiligung auf Dauer gestellt, das in der permanenten gesellschaftlichen Mobilmachung ihren Charakter als *Pseudo-Partizipation* offenbart. Vorrangiges Motiv, der SED oder einer der anderen Massenorganisationen beizutreten, war nach Erkenntnissen der Stellvertreterforschung (siehe Kapitel 2.2.1) nicht innere Überzeugung, sondern das Erhoffen von Vorteilen bzw. das Vermeiden von Schwierigkeiten (Infratest Nr. 4519). Demgegenüber hat sich eine Beteiligungskultur, die den Emanzipationsanspruch selbstbewusster Bürger aufnimmt, diesen Anspruch auch gegenüber staatlichen Instanzen geltend macht und dabei von sozialen Bewegungen getragen wird, vor 1989 in Ostdeutschland nur ansatzweise ausbilden können.

(5) Darüber darf nicht ausgeblendet werden, dass sich unter der Decke des staatlich verordneten Kollektivismus ein *Potential unterdrückter Eigeninitiative* entwickelt hatte, das zwar nicht genau quantifizierbar ist, doch jedenfalls existierte. Als im Zuge des Systemwechsels die Zwangsjacken der Reglementierungen abgestreift wurden, konnte sich diese Aktivitätsreserve frei entfalten. Ein Beispiel für nachholende Eigeninitiativen ist der neue ostdeutsche Gründerkapitalismus neu aufgebauter Klein- und Mittelbetriebe, die infolge der Privatisierung entstanden, häufig als Ausgründungen aus den aufgelösten Kombinaten und überwiegend in der Form von Familienbetrieben. Für die Zeit nach 1990 lässt sich für Ostdeutschland die Konsolidierung einer „regionalen Kultur der unternehmerischen Selbständigkeit“ belegen (Fritsch u.a. 2012). In der geografischen Verteilung des neuen Gründergeschehens wird im Übrigen eine Pfadabhängigkeit deutlich, welche die zentralistische Kommandowirtschaft der DDR gleichsam untertunnelt hat:

Kleine und mittlere Unternehmen wurden vor allem in solchen Regionen neu gegründet, in welchen schon Mitte der 1920er Jahre ein selbständiges Unternehmertum stark vertreten gewesen war (ebd.).

(6) Die *Unterstützung des Systems* der DDR blieb trotz phasenweise auftretender Schwankungen des Zustimmungsgrades stets begrenzt und labil. In den Augen einer Mehrheit der Bevölkerung war die Parteiherrschaft nicht wirklich legitimiert. „Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" und die vielbeschworenen „sozialen Errungenschaften des realen Sozialismus", schreibt Klaus Schroeder, „sollten der Legitimation der Parteiherrschaft dienen. Tatsächlich erreichte die Einheitspartei jedoch nur eine hohe Akzeptanz dieser Maßnahmen, ohne dass eine Mehrheit der Bevölkerung damit die SED-Diktatur insgesamt akzeptierte" (Schroeder 1998: 529).

(7) Die verbreitete innere Distanzhaltung gegenüber dem System begünstigte wiederum die Ausbildung einer besonderen *Gemeinschaftskultur*: Diese entfaltete sich in den häufig beschriebenen Nischen privater Geselligkeit und Freizeitgestaltung, sie war eingebettet in enge Familienbeziehungen sowie, wie oben ausgeführt, eng gekoppelt an die betriebliche Sphäre. Wo dieses Gemeinschaftsleben das Bedürfnis ausdrückte, private Rückzugsräume einzurichten und auszubauen, bildeten sich in der DDR mannigfache Inselketten einer *Enklavenkultur kleiner sozialer Formate*.

Nach dem Systemwechsel wurde der Zusammenschluss nach innen naturgemäß gelockert. Doch das Sozialkapital, das zuvor privat bzw. familial aufgebaut worden war, hat sicher mit dazu beigetragen, dass sich auch in Ostdeutschland nach 1990 ein freiwilliges bürgerschaftliches Engagement entwickeln konnte, wenngleich dieses bis heute auf einem im Vergleich zu Westdeutschland zahlenmäßig niedrigeren Niveau liegt (Freiwilligen-Survey 1999, 2004, 2009). Insgesamt habe sich, urteilt der Sozialforscher Thomas Gensicke, in Ostdeutschland zwischen 1999 und 2009 „die Zivilgesellschaft dynamisch entwickelt, und diese Dynamik war höher entwickelt als in Westdeutschland" (Gensicke 2010: 91). Ein ähnlich moderates Ost-West-Gefälle weist das Vereinswesen auf: Im Jahr 2003 gehörten im Osten mit 45 Prozent weniger Personen einem Verein an als im Westen mit 55 Prozent (Bertelsmann 2004: 104).

Die gemeinschaftlich eingeübte Hilfe auf Gegenseitigkeit bewährte sich zu Zeiten der DDR in der betrieblichen wie privaten Sphäre. Vor 1990 sind inoffizielle Tausch- und Kompensationsgeschäfte ein fester Bestandteil des Arbeitsalltags und Privatlebens gewesen. Dass Güter und Dienstleistungen, die „unter der Hand" besorgt werden konnten, für die Bewältigung des täglichen Lebens wichtig waren, bestätigte über Jahre hinweg die große Mehrheit der Bevölkerung der DDR, einschließlich überzeugter Anhänger des Regimes (vgl. Kapitel 3.2.1).

Als nach 1990 die Unternehmen privatisiert wurden, wurde die vertraute „Betriebsgemeinschaft gewissermaßen als Schicksalsgemeinschaft erfahren" (SFB 580/2007: 28f.). Auf das „schockartige Aufbrechen" (ebd.) der vormals geschlossenen Beschäftigungssysteme reagierten die Betriebskollektive als Solidargemeinschaften, die sich erfolgreich für die Weiterbeschäftigung der Stammbelegschaften einsetzten (vgl. Krause u.a. 2012:

232f.). Erst im Laufe der Jahre passten sich diese Bemühungen sozialistisch-paternalistischer Protektion an die Leitbilder der neuen Wirtschaftsordnung an. „Die „Überlebensgemeinschaften“ von Beschäftigern und Beschäftigten legitimieren hinfort ihre Beschäftigungssicherheit über marktgerechte Leistungen und nicht mehr über die soziale Verantwortung des Beschäftigers“ (SFB 580/2007: 29). Dieser Vorgang belegt zum einen beispielhaft, dass auch in der DDR die als unpolitisch empfundene Gemeinschaftskultur an die Gesellschaftskultur anschlussfähig war. Zum anderen wird die tatsächlich eingetretene Konvergenz der Gesellschaftskulturen veranschaulicht, hier speziell der unternehmenspolitischen Leitbilder, im geeinten Deutschland.

(8) Einer *Protestkultur* blieb in der DDR die Anerkennung als legitimer Teil der Gesellschaftskultur verwehrt. Protest hat sich vor 1989 lediglich in subkulturellen Formen und Milieus ausbilden können, die zumindest in Teilen ein unpolitisches Selbstverständnis transportierten (vgl. Forschungsjournal NSB 2/2010). Bis zum Herbst 1989 blieben politisch alternative Gruppen in der DDR, wie der Soziologe Detlev Pollack anmerkt, ein „reaktives Phänomen“. „Solange der Unterdrückungs- und Sanktionsapparat des Systems funktionierte, vermochten es die oppositionellen Gruppen trotz intensiver Bemühungen nicht, größere Teile der Bevölkerung für den Protest zu mobilisieren“ (Pollack 2000: 253).

Gleichwohl stellte, rückblickend betrachtet, die innere Distanz zum System, die sich unter der Oberfläche pflichtgemäß bekundeter Folgebereitschaft aufbaute, die den Entzug genereller Unterstützung signalisierte, aber durchaus Freiräume innerbetrieblicher Kritik nutzte, um spezifischen Widerspruch zu bekunden, eine latente Gefährdung der Legitimation des Systems dar. Die Entfremdung von der herrschenden Ordnung wurde nicht offen bekundet, aber sie schritt schleichend voran. Diese Entwicklung zeigte lange vor dem Systemwechsel einen Vertrauensverlust an, der sich in der Umbruchsphase von 1989/90 schlagartig politisierte und der bis dahin randständigen oppositionellen Bürgerbewegung eine Massenbasis verschaffte. Während sich diese politische Aktionseinheit nach dem Zerfall des alten Systems rasch wieder auflöste, lebt die Bereitschaft, auf persönliche Unzufriedenheit mit politischem Protest zu reagieren, als latente Grundhaltung fort. Dies zeigt sich im Wahlverhalten sowie auf der Einstellungsebene beispielsweise in geringeren Vertrauenswerten für Eliten in Politik und Wirtschaft (SFB 2010, Aderhold u.a. 2012: 144f.; vgl. Abbildung 29, Abbildung 30 & Abbildung 63).

3.2 Empirie

3.2.1 Einstellungen und Stimmungslagen in der DDR – Befunde der „Stellvertreterforschung“

Im folgenden Teil II dieses Kapitels ergänzen wir die vorstehenden allgemeinen Überlegungen um empirisches Datenmaterial. Auf diese Weise wird der strukturierende Erklärungsansatz des ersten Teils mit den in Umfragen gemessenen Einstellungstrends zusammengeführt. Dabei bewährt sich das ordnende Format des Scharnierkapitels: Zunächst begeben wir uns zurück in die Zeit der DDR und nehmen Einstellungsdaten in

den Blick, die für diese Zeit in beschränktem Umfang vorliegen. Sodann ziehen wir für das Einigungsjahr 1990 aus dem ungleich reichhaltigeren Umfragematerial ausgewählte Datenbestände heran, die geeignet erscheinen, um auf diesem historischen Scheitelpunkt die Ausgangslage des Eintritts in eine gesamtdeutsche politische Kultur zu dokumentieren. Schließlich führen wir den Bogen fort in „das Jahr danach", also 1991, in dem vor dem Hintergrund der heraufziehenden Umbruchskrise ein Stimmungseinbruch geschah.

Die oben herausgearbeiteten Bereiche der Staatskultur, Gesellschaftskultur und Gemeinschaftskultur beschreiben kennzeichnende Profilbildungen der politischen Kultur Deutschlands. Sie stellen analytische Schwerpunktsetzungen dar und bieten insoweit eine Strukturierungs- und Interpretationshilfe für die im Folgenden vorgestellten Variablen bzw. Variablenkomplexe, mit welchen die Stimmungen, Einstellungen und Werthaltungen seit 1990 sowie noch zu Zeiten der DDR erhoben worden sind.

Die Datenlage ist für die Zeit vor 1990 naturgemäß objektiv ungleich schlechter als für die Zeit danach. „Die Entwicklung im östlichen Landesteil war der empirischen Forschung nicht zugänglich, so dass wir auf Spekulationen darüber angewiesen sind, wie sich das Verhältnis der DDR-Bürger zur Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt hatte" (Gabriel/Neller 2010: 73). Wohl habe es deutliche Hinweise darauf gegeben, dass es dem Regime an Unterstützung durch die Bevölkerung fehlte. Jedoch: „Ob die Masse der DDR-Bürger das Regime aktiv unterstützte, passiv hinnahm, ihm indifferent oder ablehnend gegenüber stand, lässt sich nicht eindeutig belegen" (siehe ebd.).

Immerhin ist ein größerer Datenbestand erhalten geblieben, der über politische und gesellschaftliche Einschätzungen der Bevölkerung der DDR indirekt Aufschluss gibt. Die erfasste Zeitspanne reicht von 1968 bis 1989. Während dieser 22 Jahre hat das Institut Infratest Kommunikationsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (vormals Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) jährlich indirekt die Stimmungslagen der DDR-Bevölkerung, ihre Einschätzung der Bedingungen ihres Umfelds sowie ihre Meinungen zu verschiedenen politischen und persönlichen Themen untersucht. Dieses Forschungsprogramm, das bis zur Einigung als Verschlusssache behandelt wurde und auch danach nur in wenigen Auszügen veröffentlicht (siehe Köhler 1992) bzw. öffentlich zugänglich dokumentiert wurde (vgl. Enquete-Kommission 1994), stellt laut Einschätzung der langjährigen Leiterin des Projekts „weltweit die einzige Datensammlung dar, die in Kontinuität empirisch gewonnene verallgemeinerungsfähige Ergebnisse zu Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen der DDR-Bevölkerung ausweist" (Köhler 1994: 3; vgl. neuestens DIE ZEIT 25/2014: 12f.).

Da direkte Befragungen der DDR-Bürger nicht möglich waren, entwickelte Infratest als Forschungsinstrumentarium ein Modell der sogenannten *Stellvertreterforschung*, bei dem teilnehmende Beobachtung und indirekte Befragung von bundesdeutschen Besuchern der DDR kombiniert wurden. Dabei machten die westdeutschen Befragten Angaben zu einem bestimmten Gesprächspartner in der DDR („Person X") in standardisierter

und anonymisierter Form. So wurden indirekt Auskünfte eingeholt, die nicht den Besucher selbst betrafen, sondern die sich auf Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen eines Bewohners der DDR bezogen, mit dem sich der Besucher, der sich innerhalb der letzten zwei Monate mindestens drei Tage in der DDR aufgehalten haben musste, ausführlicher privat ausgetauscht hatte. „Der befragte westdeutsche Besucher diente also in dieser Ebene als „Sprachrohr" eines Dritten: des DDR-Gesprächspartners" (Köhler 1994: 13). Insgesamt wurden nach dieser Methode zwischen 1968 und 1989 rund 27000 Interviews geführt.

Natürlich bestand bei dieser Stellvertreterbefragung das Risiko, dass das Meinungsbild der ostdeutschen Gesprächspartner verzerrt wiedergegeben werden könnte. Um solche Unschärfen zu kontrollieren und insbesondere die Gefahr zu vermeiden, dass der westdeutsche DDR-Besucher seine eigene Meinung in die für seinen ostdeutschen Gesprächsteilnehmer gemachten Aussagen projiziert, wandte Infratest diverse Instrumente der qualitativen und textgestützten Qualitätskontrolle an (ebd.: 16f.). Dennoch sind die Forscher nach eigener Aussage bei der Auswertung ihrer Daten seinerzeit vorsichtig gewesen und davon ausgegangen, dass ihre Ergebnisse „lediglich im Sinne von globalen Trends zu interpretieren sind, das heißt keine harten quantitativen Verteilungen aufweisen". Zurückhaltung bei der Interpretation schien den Forschern auch deshalb geboten, weil die von ihnen ermittelten Befunde über die politische Unterstützung des DDR-Systems seitens der Bevölkerung, über die Stabilität des Regimes, über die Einschätzung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie über die Zukunftssicht der Ostdeutschen durchwegs „ein negativeres Bild der Lage in der DDR [zeichneten] als das in Westdeutschland ansonsten vorherrschende bzw. mehrheitlich verbreitete" (ebd.: 9).

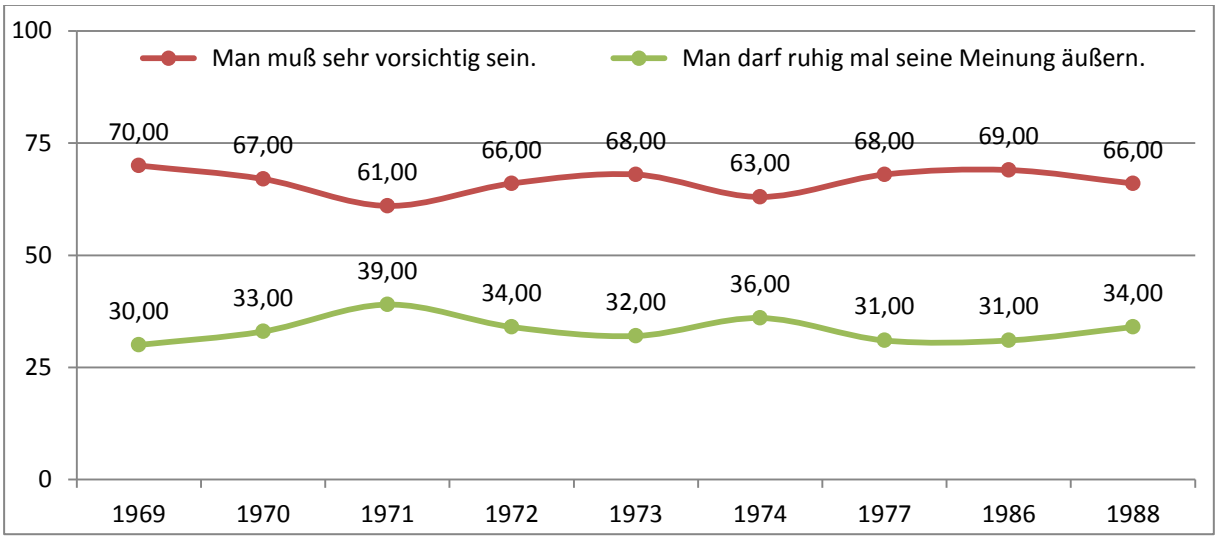
Erst hernach sei offenbar geworden, dass die von Infratest erhobenen Forschungsergebnisse den damaligen Zuständen in der DDR ziemlich nahe kamen und sehr viel genauer die Realität abbildeten, als diese in der Vergangenheit von vielen Politikern, Medien und Wissenschaftlern angesehen worden war. Dies sei, so die langjährige Projektleiterin, eine Folge professionell erklärbarer selektiver Wahrnehmung gewesen: Kontaktpersonen westdeutscher Positionseliten waren überwiegend offizielle Vertreter und Anhänger des Regimes. Authentischer habe sich die Bevölkerung im privaten kleinen Kreis geäußert. „Am ehesten vertraute man hier noch den westdeutschen Besuchern, meist Verwandten, denen man fast als selbstverständlich eine westorientierte und damit ostunabhängige Haltung unterstellte" (ebd.).

3.2.2 Einschätzung des politischen Alltags in der DDR: Freiheitsspielräume und freie Meinungsäußerung

Nun zu ausgewählten Befunden dieses einzigartigen Datenbestandes. Im Jahr 1988 waren 44 Prozent der Bürger der DDR der Meinung, es ginge in der DDR „insgesamt freier zu als noch vor wenigen Jahren". Für 50 Prozent hatte sich nichts geändert. Der relativ große Anteil von Zuversichtlichen erklärt sich vermutlich durch die seitens der Staatsführung eingeleiteten Liberalisierungsschritte, „deren markanteste die Erleichterung

von Westreisen für DDR-Bewohner war“ (Infratest 1988/4: 58f.). Andererseits hatte sich am selbst auferlegten Verhaltensmuster des kontrollierten Redens in der Öffentlichkeit seit 1972 nichts geändert: „Heute wie vor 16 Jahren halten es zwei Drittel der DDR-Bürger für angebracht, vorsichtig in ihren Äußerungen zu sein“ (ebd.: 61). Nur 1969 lag die Quote mit 70 Prozent noch höher (Abbildung 1).

Abbildung 1 Freie Meinungsäußerung in der DDR, Angaben in Prozent, 1969 bis 1988

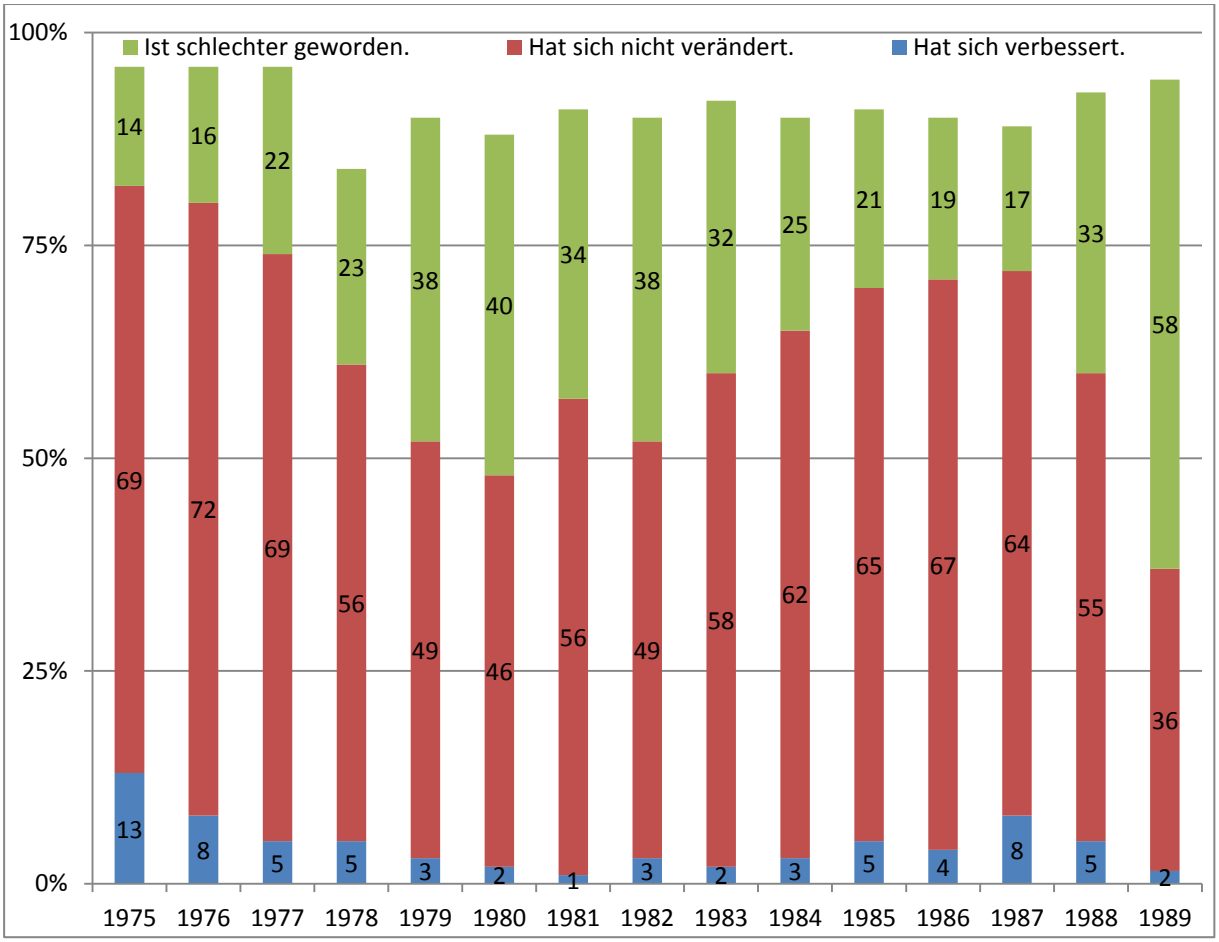


Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994.

3.2.3 Die Unterstützung des politischen Systems der DDR

Mit den politischen Verhältnissen in ihrem Land waren die Bürger der DDR, gemessen anhand der Berichte von DDR-Besuchern aus Westdeutschland, während der letzten eineinhalb Jahrzehnte des Bestehens dieses Staates mehrheitlich unzufrieden (Abbildung 2). Zwar unterlag die Stimmungskurve temporären Schwankungen. Zwischen 1975 und 1980 verdreifachte sich fast die Zahl derer, die eine Verschlechterung der politischen Lage feststellten, von 14 auf 40 Prozent. Danach ging diese Quote kontinuierlich bis auf 17 Prozent im Jahr 1987 zurück. Zugleich stieg die Zahl derer, die keine Veränderung beobachteten, auf rund zwei Drittel – ein Zeichen sich ausbreitender Resignation. 1988 zeichnete sich dann erstmals wieder eine auffällige Verschlechterung des politischen Klimas ab, die sich 1989 nochmals sprunghaft verstärkte. Dies ist ein untrügliches Indiz für die besondere Bedeutung dieser beiden späten und vorletzten Jahre der DDR: Die Jahre 1988 und 1989 haben den zeitgeschichtlichen Status von „Umschaltjahren“, in deren Verlauf sich der spätere Systemwechsel bereits ankündigte. Auch weitere erhobene Indikatoren erhärten die Einschätzung, dass in diese Zeitspanne die Inkubationsphase des Umbruchs fällt.

Abbildung 2 Zufriedenheit der DDR-Bürger mit den politischen Verhältnissen in der DDR aus der Sicht der DDR-Besucher, Angaben in Prozent, 1975 bis 1989



Erläuterungen: Als Basis dienten alle DDR-Besucher des jeweiligen Jahres, die nicht zum ersten Mal in der DDR waren; Angabe für 1989 = Mittelwert aus 1. und 2. Quartal.
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 64, eigene grafische Darstellung.

Wenn sich die politische Stimmungslage, in der sich die Einschätzung des aktuellen Tagesgeschehens spiegelt, wandelt, hat dies nicht automatisch Änderungen bei politischen Grundüberzeugungen zur Folge. Das belegen seit langem auch Erkenntnisse der Einstellungs- und Wählerforschung. Wie die gemessene Einstellung zum politischen System der DDR im Trendverlauf zeigt, erhöhte sich zwar die Anzahl der Systemgegner von Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre auf etwa 30 Prozent. Insgesamt hielten sich die Anteile der Befürworter des Systems und erklärter Gegner aber etwa die Waage (Abbildung 3). „Die Mehrheit der DDR-Bürger zeigt sich dagegen gegenüber dem politischen System in der DDR angepasst bzw. resigniert“ (Infratest 1988/4: 67). Erst im Jahr 1989 stieg die Zahl der Systemgegner rapide an auf knapp 40 Prozent. Umgekehrt mochten sich im gleichen Jahr nur noch gut 13 Prozent, das waren 10 Prozentpunkte weniger als im Jahr davor, mit dem herrschenden System identifizieren.

Um Abstufungen der Systemidentifikation der indirekt befragten DDR-Bürger zu erfassen, hat Infratest seinerzeit eine Fünferskala eingesetzt, die von überzeugten Anhängern und Sympathisanten des Systems über Angepasste und Gleichgültige bzw. politisch Desinteressierte bis zu erklärten Gegnern und Kritikern der politische Verhältnisse und der

Regierung reicht (Tabelle 2). In der Abbildung 3 sind die Prozentwerte für die voll und weniger überzeugten Parteigänger des Systems sowie für die Angepassten und Indifferenten jeweils in einem Wert zusammengefasst.

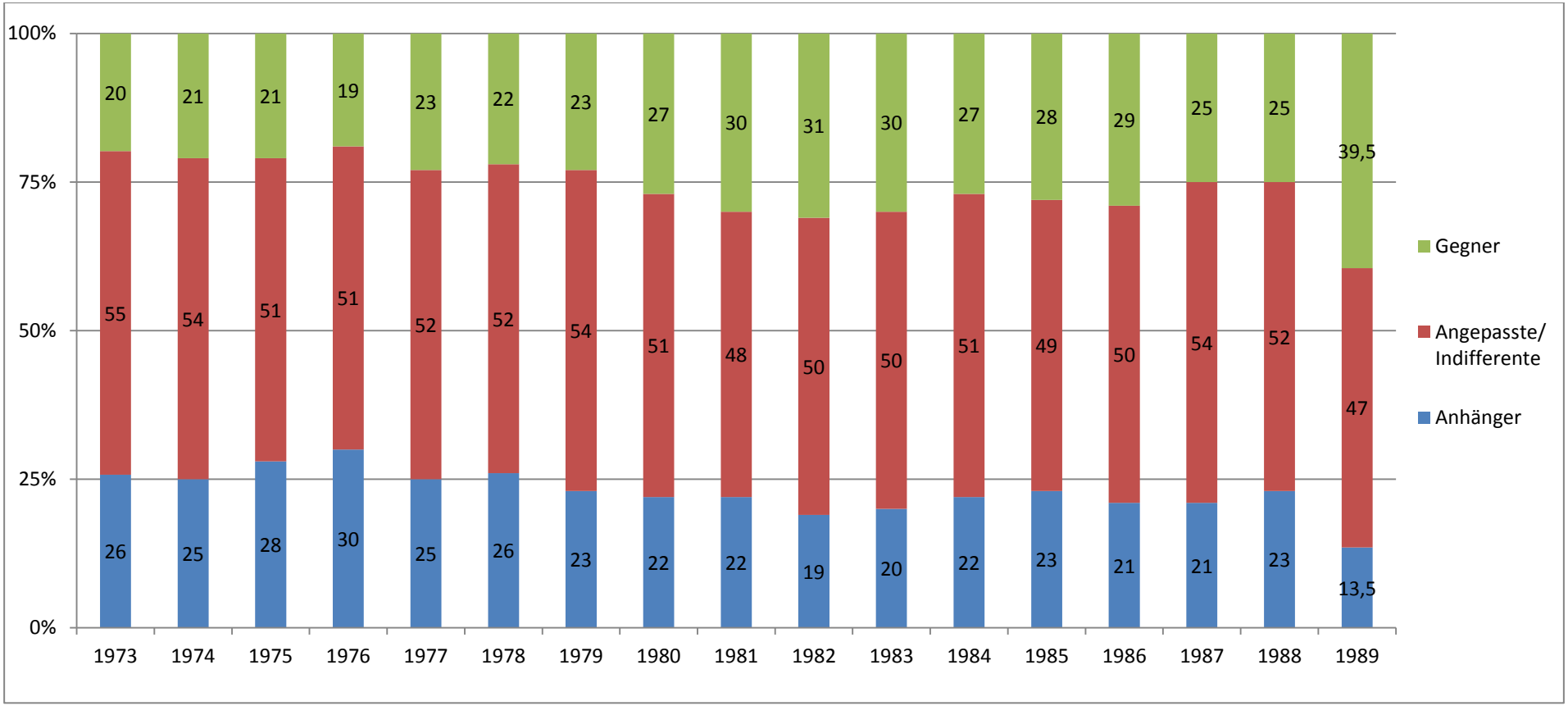
Tabelle 2 Stufen der Identifikation der DDR-Bürger mit dem politischen System (Person X)

Typus	Beschreibung
Anhänger:	
Person X ist…	…völlig von der Richtigkeit des Systems in der DDR überzeugt.
	…dem politischen System gegenüber im Allgemeinen positiv eingestellt, wenn auch bestimmte Dinge kritisiert werden.
Angepasste/Indifferente:	
Person X ist…	…dem politischen System der DDR angepasst, ohne von der Richtigkeit des Systems überzeugt zu sein.
	…steht dem politischen System der DDR gleichgültig gegenüber und ist politisch überhaupt nicht interessiert.
Gegner:	
Person X ist…	…lehnt das politische System der DDR grundsätzlich ab.

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994, eigene grafische Darstellung.

Um ein tiefenschärferes, d.h. mehr als nur ein Einstellungsmerkmal erfassendes Bild der Identifikation der Bevölkerung der DDR mit dem System zu erhalten, hat Infratest seinerzeit zudem eine personifizierende Typologie entwickelt, mit welcher unterschiedliche Einstellungsmuster erfasst werden. „Im Rahmen dieser Typologie", so heißt es in der damals erstellten Regieanweisung zur methodischen Vorgehensweise, „werden verschiedene Einstellungsdimensionen gleichzeitig berücksichtigt. Mit Hilfe dieses Verfahrens werden die DDR-Bewohner zu Gruppen (Typen) zusammengefasst. Die Zugehörigkeit bestimmt sich aufgrund der Ähnlichkeit grundsätzlicher Einstellungen zum politischen System in der DDR, des politischen Interesses, einer eventuellen Parteimitgliedschaft sowie aufgrund der Bewertung bestimmter Lebensbedingungen in der DDR im Vergleich zu denen in der Bundesrepublik" (Infratest 1988/4: 69). Die mit Hilfe multivariater Verfahren erstellte Typologie politischer Grundhaltungen kam ab 1973 zur Anwendung.

Abbildung 3 Einstellung der DDR-Bürger (Person X) zum politischen System der DDR, Angaben in Prozent, 1973 bis 1989



Erläuterungen: Angabe für 1989 = Mittelwert aus 1. und 2. Quartal.
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 66.

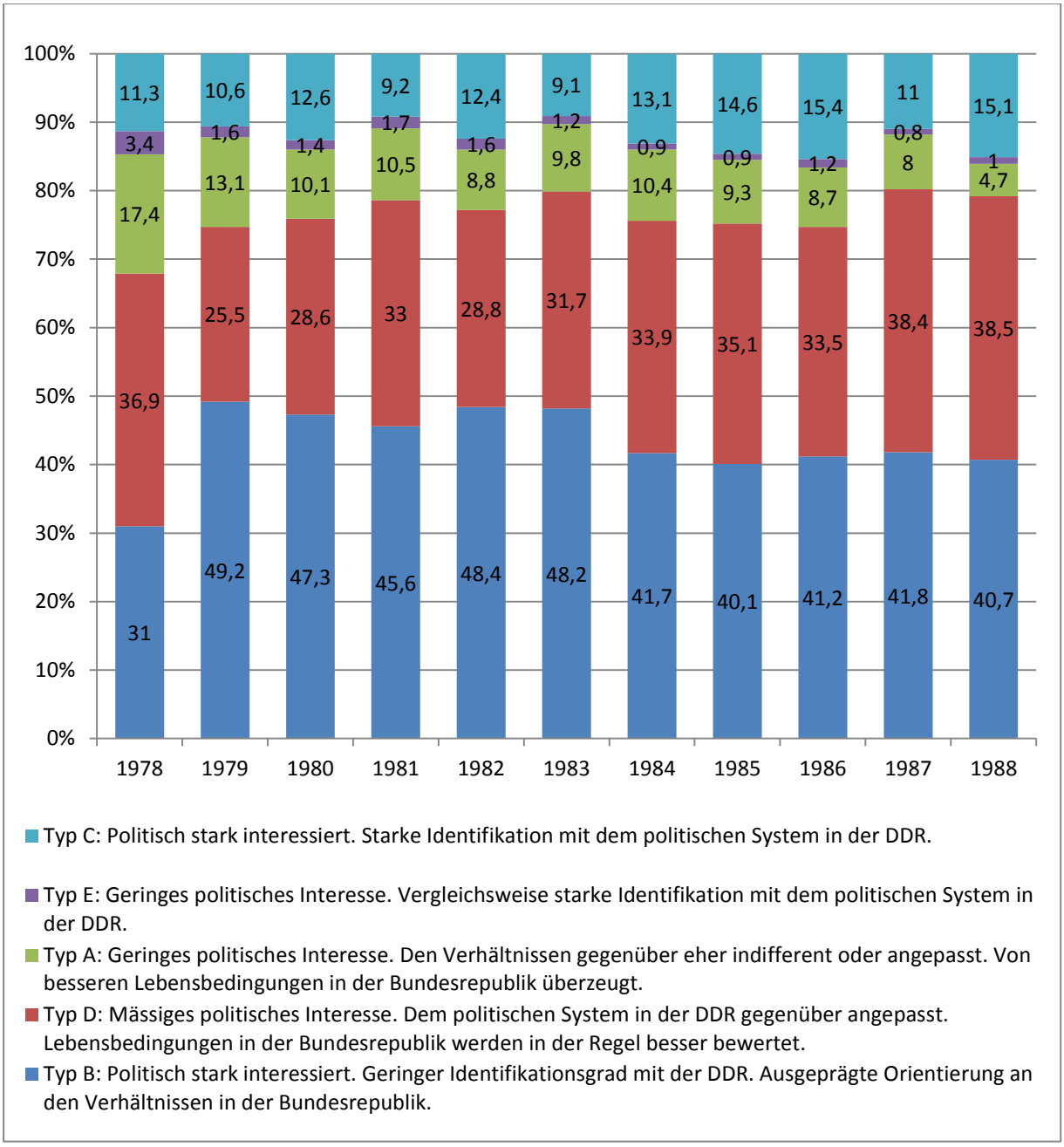
In der folgenden Tabelle 3 werden die Typen mit Kennbuchstaben (A bis E) bezeichnet und stichwortartig in kennzeichnenden Merkmalen erläutert. Dabei orientiert sich die Reihenfolge an der grafisch aufsteigenden Anordnung der Abbildung 4.

Tabelle 3 Typen politischer Grundhaltungen der DDR-Bevölkerung

Typ B	ausgeprägtes politisches Interesse, auch hinsichtlich der BRD; im Systemvergleich der Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven schneidet die BRD besser ab; trotz politischer Aktivitäten niedrige Identifikation mit dem System der DDR; fast gleichmäßig über alle Altersgruppen verteilt, formale Bildung überdurchschnittlich
Typ D	bewertet die Lebensbedingungen der BRD ebenfalls besser; mäßiges politisches Interesse bezüglich beider deutscher Staaten; dem DDR-System gegenüber teilweise kritisch, aber im Wesentlichen den gegebenen Verhältnissen angepasst; gleichmäßig verteilt nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung
Typ A	weit unterdurchschnittliches Politikinteresse, auch hinsichtlich der BRD; tendenziell bessere Bewertung der Lebensbedingungen in Westdeutschland; überwiegend Frauen und ältere Personen, vergleichsweise niedrige Formalbildung
Typ E	gegenüber dem DDR-System eher positiv bzw. zumindest angepasst eingestellt; gegenüber dem System der BRD eine häufig unverbindliche, aber auch partiell kritische Grundhaltung; im niedrigen Grad des Politikinteresses ähnlich wie Typ A; keine sozialstrukturellen Auffälligkeiten; ab Ende der 1970er Jahre „nur noch eine marginale Rolle“
Typ C	„Rückgrat des DDR-Systems“; starkes politisches Interesse und Engagement; zu fast 90 % Anhänger des Systems; bei Vergleich der Lebensbedingungen deutliche Präferenz für DDR; überdurchschnittlich gebildet und überwiegend Männer der jüngeren Altersgruppen

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung: Köhler 1994, S. 59 + 61.

Abbildung 4 Verteilung der DDR-Bewohner (Person X) auf die folgenden Einstellungstypen 1978 bis 1988, Angaben in Prozent,



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 68, eigene grafische Darstellung.

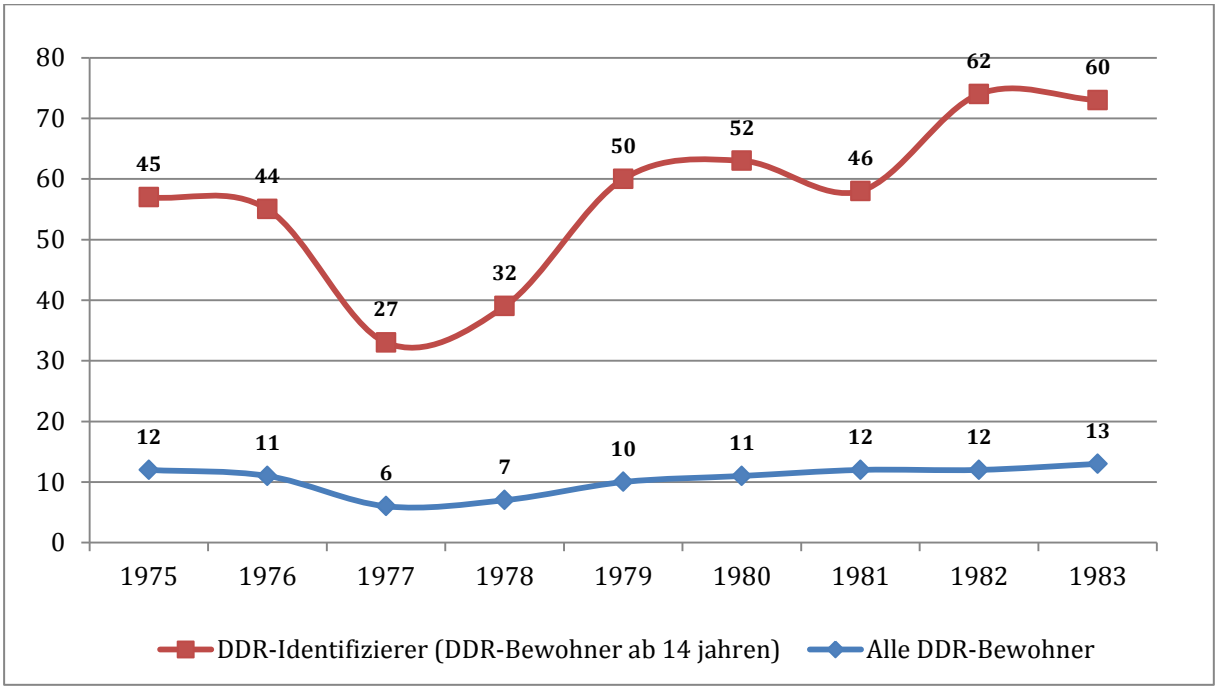
Wie in Abbildung 4 ersichtlich ist, dominierten innerhalb der DDR seit Ende der 1970er Jahre die Typen B und D, denen zusammen durchgehend zwischen 70 und 80 Prozent der Bevölkerung zugeordnet werden können. Geringe Identifikation mit der DDR, Angepasstheit an die dort gegebenen Verhältnisse, mäßiges bis starkes politisches Interesse sowie eine starke Orientierung an der Bundesrepublik haben demzufolge die Grundhaltung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft gekennzeichnet. Nur eine Minderheit von maximal etwas mehr als 15 Prozent hat sich entschieden zur DDR bekannt. Doch auch dieses Bevölkerungssegment bekennender DDR-Anhänger konnte in der Spätzeit der DDR nicht mehr als eine sichere Bank für die politische Unterstützung

des Regimes angesehen werden. Gerade bei Angehörigen des Typs C, so beobachteten die Infratest-Forscher Ende der 1980er Jahre, hätten West-Reisen einen starken Eindruck hinterlassen und sie für die Schwarz-Weiß-Malerei der offiziellen Propaganda weniger empfänglich gemacht. Es bleibe, so lautete die 1988 getroffene Einschätzung, daher abzuwarten, „ob diese „Erosionserscheinungen" bei den Parteigängern der SED sowie der von zahlreichen bundesdeutschen Besuchern konstatierte politische Stimmungswandel zu einer Veränderung der politischen Grundhaltung breiter Bevölkerungsschichten führen wird" (Infratest 1988/4: 69). Die Fortschreibung der Daten im Jahr 1989 hat die Vorhersage bestätigt: Die Zahl der starken System-Identifizierer halbierte sich binnen Jahresfrist. Umgekehrt schnellte der distanzierte Typ B zur stärksten Kohorte mit über 50 Prozent hoch (Köhler 1994: 58).

3.2.4 Erscheinungsformen von Gesellschafts- und Gemeinschaftskultur: Beteiligung am öffentlichen Leben, Tauschbeziehungen und Gemeinschaft im Betrieb

Die Teilnahme an Veranstaltungen, die von öffentlichen Organisationen wie Parteien und Verbänden angeboten werden, beschreibt ein Merkmal der staatsaffinen *Gesellschaftskultur* der DDR. Für das Jahrzehnt zwischen 1974 und 1983 liegen hierzu Erkenntnisse der Stellvertreterforschung vor. Demnach hat nur rund ein Viertel der DDR-Bewohner oft oder regelmäßig Veranstaltungen der SED, der Blockparteien oder weiterer Massenorganisationen besucht (Abbildung 5). Der typische Organisationsaktive war demzufolge männlich, mit höherem Schulabschluss, im Berufsleben Angestellter und jünger als 30 Jahre. Arbeiter blieben Veranstaltungen vergleichsweise häufiger fern. Unter denjenigen, die politisch interessiert und aktiv waren und sich mit der DDR stark identifizierten (Typus C), lag der Anteil der Teilnehmenden naturgemäß deutlich höher. Allerdings schloss dieser Typus nur eine Minderheit der Bevölkerung der DDR ein. Zu Beginn der 1980er Jahre stieg die Beteiligungsfrequenz an. Das Grundmuster der sozialen Verteilung blieb dabei unverändert.

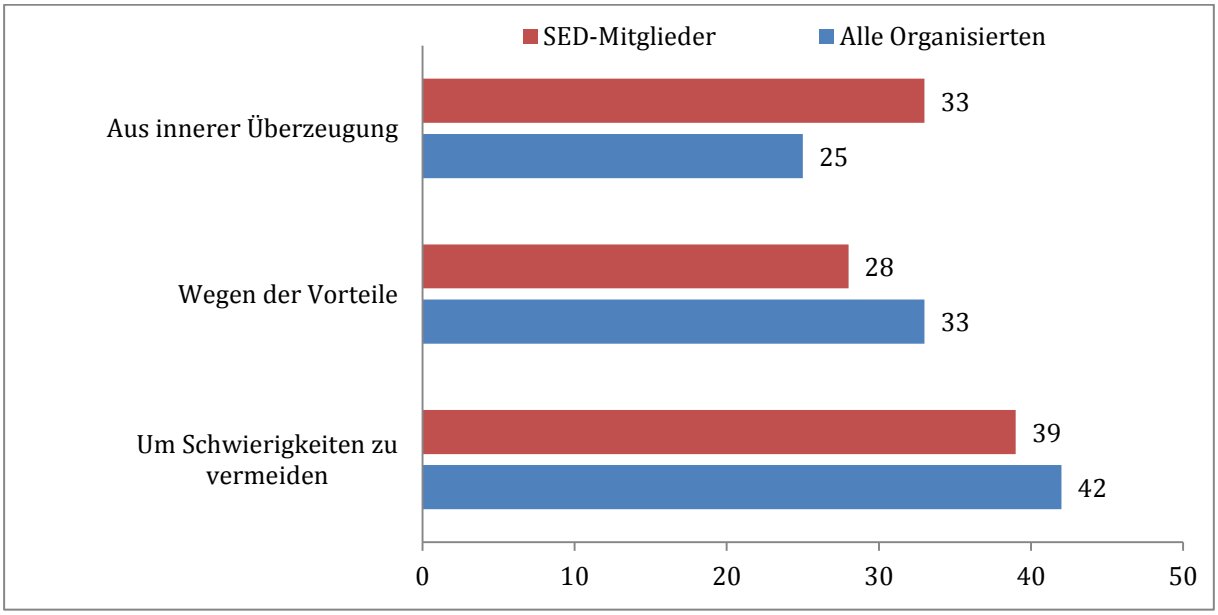
Abbildung 5 **Teilnahme an Veranstaltungen politischer/gesellschaftlicher Organisationen, 1975 bis 1983, Angaben in Prozent, Gesamt und Personen X mit hoher DDR-Identifikation**



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung; eigene grafische Darstellung.

Im Kapitel 3.1 haben wir mit Bezug auf Karl Rohe ausgeführt, dass die freiwillige Bindung an eine Organisation das Repräsentationsmodell des liberalen Korporatismus kennzeichnet, ein nachweisbarer Organisationszwang hingegen auf die Existenz eines autoritären Staatskorporatismus hindeutet. Unterstellt, dass Zwang nicht offener Druck und unverhülltes Drohen heißen muss, sondern sehr viel subtiler als Möglichkeit, keine Nachteile zu erleiden, sozial vermittelt werden kann, hat sich die Bevölkerung der DDR, was ihr Verständnis der Mitgliedschaft in einer Organisation (Partei, FDJ, FDGB etc.) betrifft, in diesem Punkt mehrheitlich der herrschenden autoritären Gesellschaftskultur angepasst: 42 Prozent aller Organisierten und mit 39 Prozent fast ebenso viele SED-Mitglieder gaben 1970 als Beitrittsmotiv an, „um Schwierigkeiten zu vermeiden“ (Abbildung 6). Aufgrund „innerer Überzeugung“, also aus freien Stücken, waren etwa jeder vierte Organisierte und jedes drittes SED-Mitglied beigetreten.

Abbildung 6 Motivation des Beitritts in eine Organisation, Angaben für das Jahr 1970 in Prozent



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung Nr. 4519; eigene grafische Darstellung.

Ein zweckrationales Kalkül („wegen der Vorteile“) ist als solches gleichfalls für die Organisationsbindung in der Partei- und Verbändelandschaft demokratischer Regime leitend. Es existierte auch zu Zeiten der DDR: 33 Prozent aller Organisierten und 28 Prozent der Mitglieder der Einheitspartei nannten ein Zweckdenken als Beitrittsmotiv. Mitglied der SED oder einer anderen Massenorganisation zu sein, war folglich in der Mehrzahl kein Indiz für einen Entschluss, der in politischer Gesinnung gründete. Der Beitritt erfolgte „offenbar in erster Linie aus einer „Defensivhaltung“ heraus: Man will eventuellen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen“ (Infratest Nr. 4519: 13). Allerdings führte nach Einschätzung der Umfrageforscher die Mitgliedschaft in einer DDR-Organisation „nach einiger Zeit zu einem relativ gruppenkonformen Verhalten“, was hieß: man übernahm gewisse ideologische Deutungsangebote und politische Sprachregelungen des Regimes (ebd.: 19-21).

Einstellungsmuster und subjektive Einschätzungen, die empirisch näheren Aufschluss über die DDR-typische *Gemeinschaftskultur* geben können, sind im archivierten Datenmaterial der Stellvertreterumfragen nur in geringem Umfang verfügbar. Wir haben im obigen Kapitelteil 3.1 die Gemeinschaftskultur allgemein beschrieben als einen Modus persönlichen sozialen Zusammenhalts und Zusammenwirkens, der auf die Privatsphäre sowie andere nichtöffentliche Räume, wie etwa den Betrieb, beschränkt ist. Daran gemessen, lassen sich gemeinschaftskulturelle Elemente in folgenden Fragebatterien der Stellvertreterumfragen aufspüren: berufliche Orientierungen, private Tauschbeziehungen und „wichtige Dinge im Leben“.

Angesichts der herrschenden Mangelsituation waren die „ja in der DDR immer wieder [gegebenen] Möglichkeiten, unter der Hand durch Beziehungen schneller an Dienstleistungen oder Waren heranzukommen, die sonst nur schwer zu haben sind“ (so eine Frageformulierung), für die meisten DDR-Bewohner eine wichtige Erleichterung im Alltag.

Als knappe Güter, die nur auf inoffiziellen Nebenwegen leichter zu beschaffen waren, wurden im Jahr 1979 vor allem genannt: Delikatessen und Südfrüchte, Baustoffe jeder Art, Ersatzteile für Auto und Motorrad sowie Reparaturleistungen durch Handwerker (Tabelle 4).

In abgeschwächter Größenordung stellten auch DDR-Bürger, die sich mit dem System stark identifizierten, dieselbe Mängelliste zusammen.

Tabelle 4 Bestimmte Dinge, die man nur unter der Hand bekommt, 1979, Angaben in Prozent

Waren/Dienstleistungen unter der Hand	DDR-Bürger Gesamt	DDR-Identifizierer
Bekleidung, Schuhe	29	19
Delikatessen, Südfrüchte	43	37
Alkoholische Markengetränke	16	3
Arzneimittel	11	4
Baustoffe, Fliesen, Farben, Tapeten usw. für Reparaturen, Renovierung am Haus/in der Wohnung, Installationsmaterial	70	66
Möbel, Teppiche, Auslegeware	29	23
Fernseh-/Radiogerät, elektrische Haushaltsgeräte	34	27
Ersatzteile fürs Auto, Motorrad	58	55
Kohle, Briketts, Heizöl, Brennholz	9	5
Fotoapparate, Optische Geräte, Filme	12	11
Reparaturen durch einen Handwerker	60	48
schnellere oder bessere Bearbeitung einer Eingabe bei einer Behörde	14	11
Sonstiges	6	6
Nein, nichts erwähnt	2	9
keine Angabe	0	-

Quelle: Infratest

Zwei Drittel der Bevölkerung – und ebenso noch 50 Prozent der entschiedenen Anhänger des Systems – äußerten 1979 quer durch alle Alters, Berufs- und Bildungsgruppen die Einschätzung, dass diese Form der Beschaffung „in den letzten ein bis zwei Jahren eher zugenommen“ habe. Bestünde dieser verdeckte zweite Markt *nicht*, so müssten wiederum zwei Drittel der Bevölkerung nach eigener Einschätzung auf „sehr viel“ (18 %) oder zumindest „ziemlich viel“ (48 %) verzichten. Auch hier fielen die Aussagen der politischen Gefolgsleute des Systems nur unerheblich sorgenfreier aus.

Man mag darüber streiten, ob dieses rege Marktgeschehen von einfachen Tauschbeziehungen der Sphäre der Gemeinschaftskultur zugeordnet werden kann, ist dieser Tauschhandel doch klar interessengeleitet, häufig auch jenseits einer Beziehung, die auf persönlich zurechenbarem Vertrauen beruht; in entpersönlichter Form fand Tausch etwa dort statt , wo in Zeitungsinseraten Tauschobjekte öffentlich nachgefragt und ange-

boten wurden. Er lappt daher über in den Bereich der Gesellschaftskultur. Immerhin nährte die kollektive Erfahrung, das starre und ineffektive System staatlicher Zuteilung ausmanövrieren und Bedürfnisse mithilfe von Improvisation und „Schwund" erfüllen zu können, ein Gemeinschaftsgefühl, das, staatlich geduldet, sich im privaten Leben bewährte. Anders als beispielsweise der Schwarzmarkt der frühen Nachkriegsjahre, wo die Notlage der Menschen ausgenutzt und Wertsachen häufig zu einem Bruchteil des eigentlichen Wertes eingetauscht wurden, funktionierten die einfachen Tauschbeziehungen in der DDR wie eine Bietergemeinschaft auf Gegenseitigkeit, der beitrat, wer einen Bedarf an knappen Gütern oder Dienstleistungen decken wollte.

Dass *Gemeinschaftskultur und Privatheit* zu Zeiten der DDR eine enge Verbindung eingegangen waren, bezeugen Aussagen über jene Dinge, die aus Sicht der Ostdeutschen seinerzeit „im Leben besonders wichtig" waren. Ganz oben rangierten hier im Jahr 1979 eine gute Partnerschaft/Ehe, eine gemütliche Wohnung, eigene Kinder, möglichst viel freie Zeit für das Privatleben sowie der Zusammenhalt in der eigenen Familie (Tabelle 5).

Tabelle 5 Wichtige Dinge im Leben, Nennungen „besonders wichtig", Angaben in Prozent

	DDR-Bürger Gesamt		DDR-Identifizierer	
	1979	**1985**	**1979**	**1985**
Gut Essen und Trinken	73	59	55	45
Politisch aktiv sein	17	11	74	32
Gute Partnerschaft/Ehe	88	89	83	88
Berufliche Karriere	57	52	84	72
Gemütliche Wohnung	93	93	86	91
Sich in der Freizeit für die Gemeinschaft einsetzen (freiwillige Hilfe beim Bau von Kinderspielplätzen, kulturelle Aufgaben usw.)	28	29	65	60
Eigene Kinder haben	74	81	79	87
Ein eigenes Auto haben	64	65	72	66
Kritisch äußern, wenn einem was nicht passt	69	75	65	69
Religiös aktiv sein	27	24	5	22
Möglichst viel Freizeit fürs Privatleben haben	81	80	61	68
Zusammenhalt, Zusammengehörigkeit der eigenen Familie	92	95	80	91
Sich viel anschaffen, sich viel leisten können	69	61	64	60
Viel reisen, um die Welt kennenzulernen	63	59	65	59

Berufliche Karriere, Auto, Anschaffungen und Reisen nahmen mittlere Plätze ein. Nur eine Minderheit hielt politische Aktivität (17 %) und auch den Einsatz „in der Freizeit für die Gemeinschaft" (28 %) für besonders erstrebenswert. Diese öffentlichen beiden Formen öffentlichen Engagements, wie übrigens auch Karriere im Beruf, stuften die überzeugten Anhänger des Systems (die allerdings eine überschaubare Minorität von rund 10 Prozent der Bevölkerung bildeten) ungleich höher ein. Jüngere unter 30 Jahren

teilten die ausgeprägte Familien- und Freizeitorientierung mit den Älteren. An der Rangfolge der wichtigen Dinge hatte sich bis 1985 nicht viel geändert. Lediglich der Wunsch, „kritisch äußern, wenn einem was nicht passt“, schloss zur Spitzengruppe wichtiger Dinge auf.

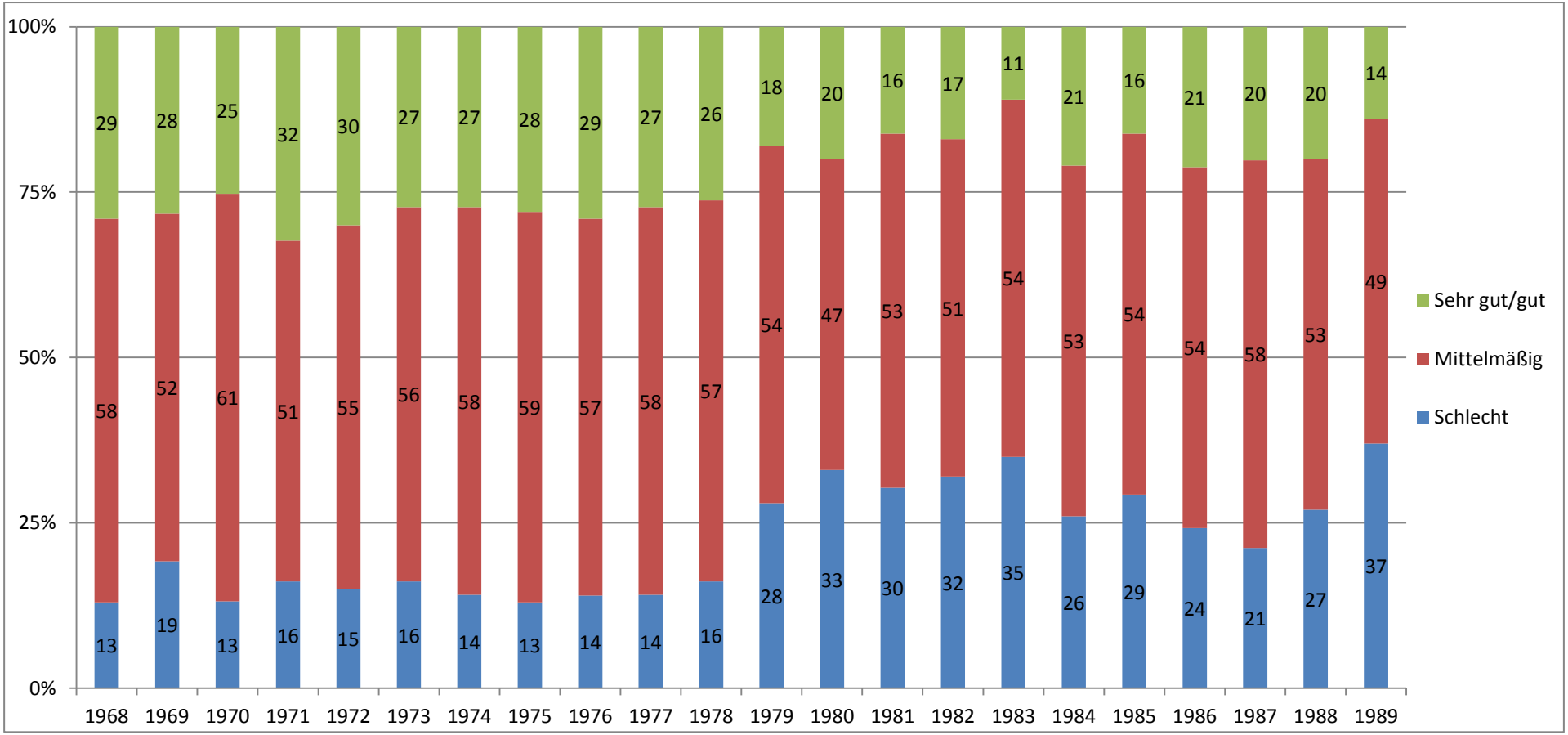
Berufstätigkeit wurde anfangs der 1970er Jahre ganz überwiegend, nämlich von über 80 Prozent der DDR-Bürger, als notwendiger Broterwerb aufgefasst. Nur kleine Minderheiten taten dies aus Freude am Beruf (18 %), aus beruflichem Ehrgeiz (12 %) oder aus einem ideologisch gefestigten Arbeitsethos (11 %) heraus. Jüngere unter 30 Jahren äußerten sich bezüglich einer Karriere etwas ambitionierter (22 %). Die Arbeitsstätte wurde nur von einer Minderheit als eine gefahrenfreie Zone freier Meinungsäußerung eingeschätzt. Knapp die Hälfte (49 %) befürchtete Nachteile davon, im Betrieb „ganz offen über Probleme und Missstände zu sprechen“. Andererseits wurde das Betriebsklima zumeist als kollegial empfunden (49 %). Die Solidarität und gute Zusammenarbeit lobten 52 Prozent. Lediglich 18 Prozent beschrieben ihre Vorgesetzten als „eher streng autoritär“. Für viele (40 %) war es normal, mit Betriebskollegen außerhalb der Arbeitszeit freundschaftlichen Kontakt zu pflegen (alle Angaben nach Infratest 1971). Offenbar diente die Betriebsgemeinschaft als ein Ankerplatz der Gemeinschaftskultur, wo die Grenze zwischen Beruf und Privatleben durchlässig war.

3.2.5 Einschätzung der Lebensbedingungen im Systemvergleich DDR/BRD

Neben der Beurteilung der Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit („Performanz“) ihrer politischen Institutionen und Akteure hängen die Unterstützung einer staatlichen Ordnung und die Identifikation mit dieser nicht minder davon ab, wie die allgemeinen und persönlichen Lebensbedingungen subjektiv bewertet werden. Zumindest seit 1968, dem Start der Stellvertreterforschung, hat stets nur eine Minderheit der Ostdeutschen die allgemeinen Lebensbedingungen in ihrem Land als gut oder sehr gut empfunden. Ungefähr ebenso viele Bürger beurteilten die Bedingungen ihres Alltags als ausgesprochen schlecht (Abbildung 7). Die große Mehrheit entschied sich regelmäßig für eine mittelmäßige Einstufung. „Der Vergleichsmaßstab, der für den DDR-Bürger wirklich zählte, war grundsätzlich die Bundesrepublik. Diese vergrößerte aus deren Sicht auf nahezu allen Gebieten ständig ihren Vorsprung gegenüber der DDR“ (Köhler 1994: 25).

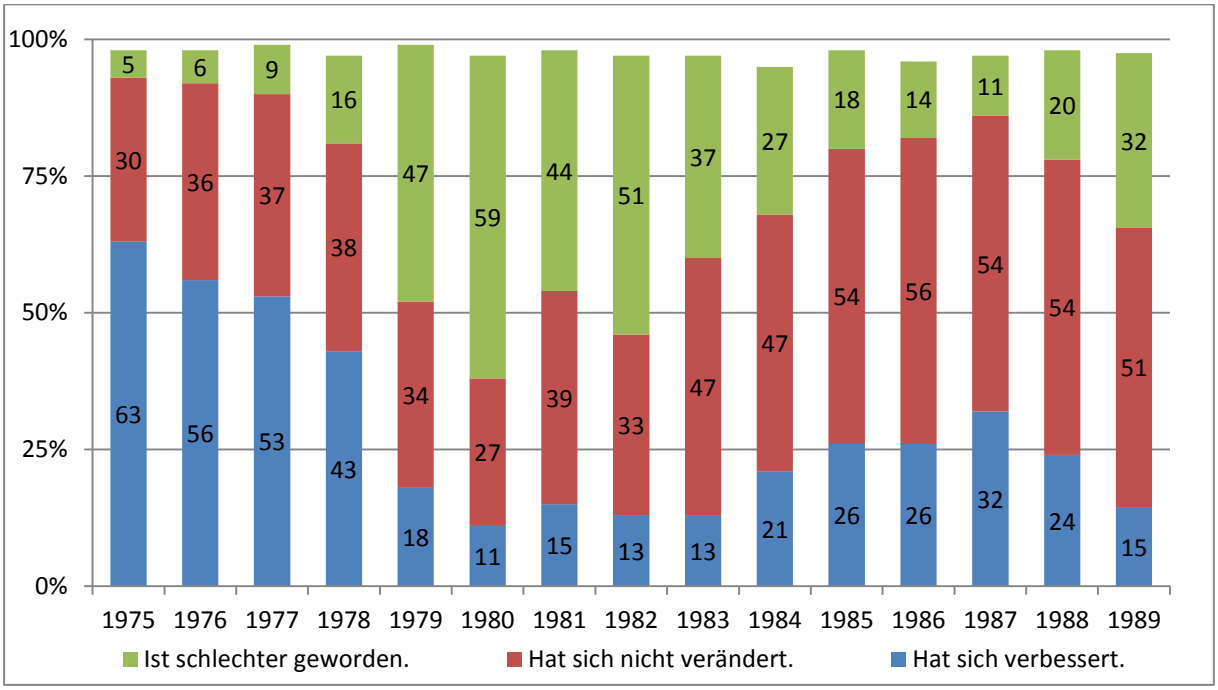
1988 und 1989 stieg die Zahl der Kritiker signifikant an. Die rapide wachsende Unzufriedenheit basierte, so die Einschätzung der Forscher, „weniger auf einer unbefriedigenden Konsumgüterversorgung, sondern vielmehr auf Frust über politische Pression und fehlende Zukunftsperspektiven“ (ebd.).

Abbildung 7 Beurteilung der allgemeinen Lebensbedingungen in der DDR 1968 bis 1989, Angaben in Prozent



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994; eigene grafische Darstellung.

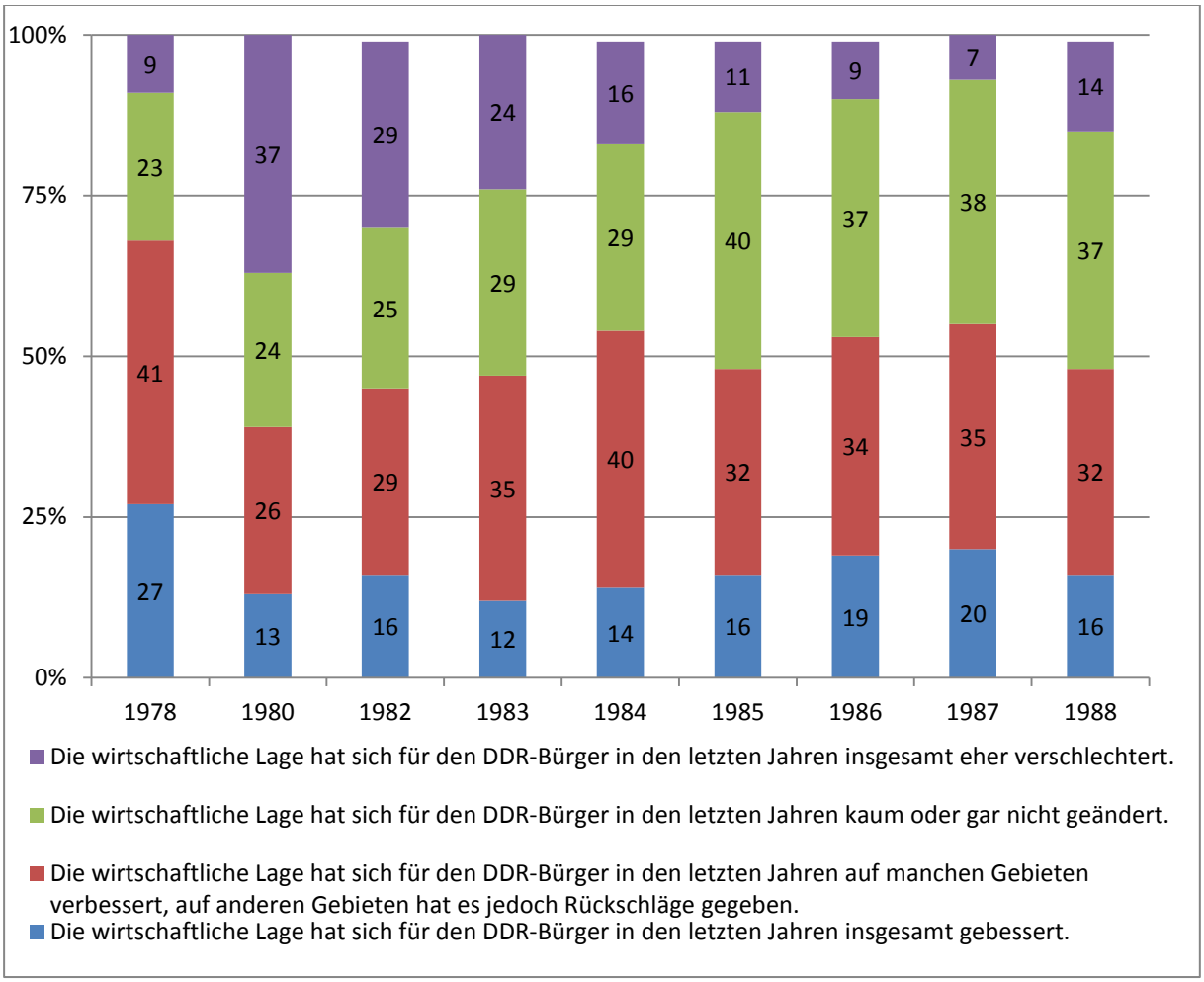
Abbildung 8 Konsumgüterangebot aus der Sicht der DDR-Besucher 1975 bis 1989, Angaben in Prozent



Erläuterungen: Angabe für 1989 = Mittelwert aus 1. und 2. Quartal.
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994; eigene grafische Darstellung.

Wie die Wellenbewegung im Balkendiagramm der Abbildung 8 oben zeigt, war die Zufriedenheit mit dem Angebot an Konsumgütern starken Schwankungen unterworfen. Als besonders heikel wurde die Versorgungslage zwischen 1979 und 1983 empfunden. Auch bei der Einschätzung der Konsumchancen stieg der kritische Wert im Jahr 1989 deutlich an. „Während aber 1989 mehr als zwei Drittel der DDR-Besucher eine zunehmende Regimeverdrossenheit registrierten, stellten nur 32 % eine Verschlechterung des Konsumgüterangebots fest“ (ebd.: 29). Nicht vorrangig eine ökonomische Mangellage war es folglich, so Anne Köhler, welche die Massenproteste auslösten, „sondern eine nicht mehr zu steigernde Unzufriedenheit mit dem politischen Regime und den in der DDR gegebenen gesamten Umfeldbedingungen“ (ebd.). Die unten in Abbildung 9 abgetragene Wahrnehmung, ob sich die wirtschaftliche Lage verbessert oder verschlechtert hat, stützt diese Einschätzung. Auch dann, wenn konkreter nach materiellen wie immateriellen Lebensbedingungen und Lebenschancen gefragt wurde, schnitt die Bundesrepublik im Vergleich der Systeme aus Sicht der DDR-Bürger ausnahmslos besser ab.

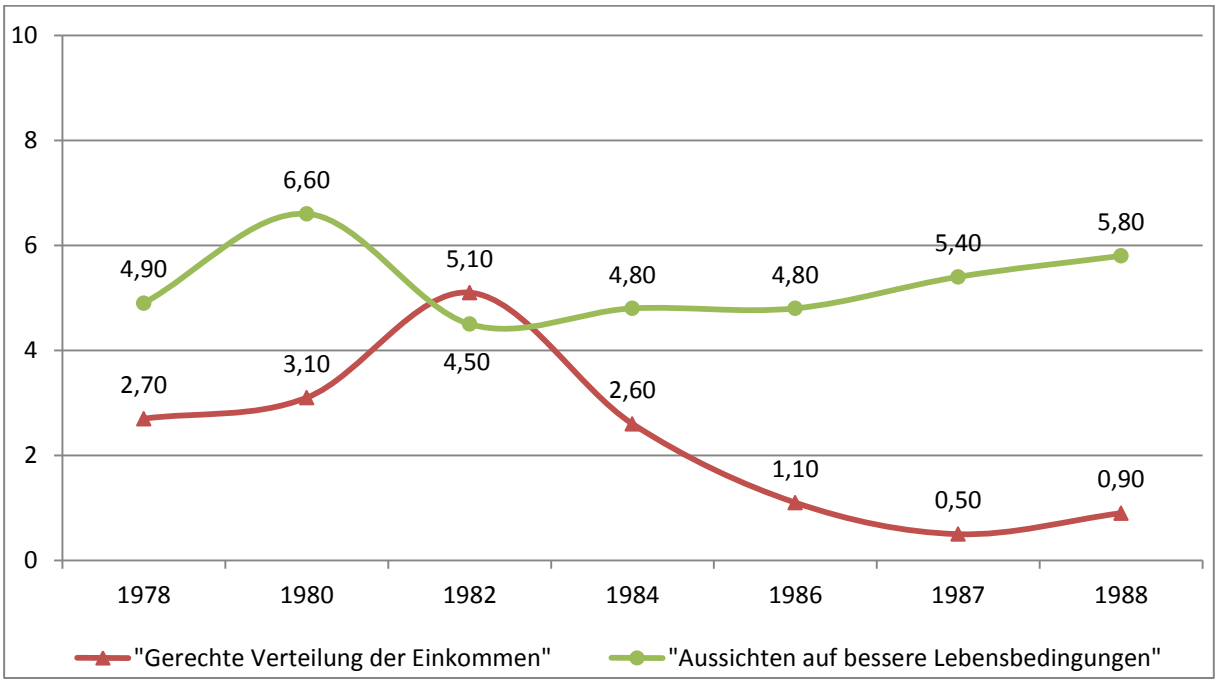
Abbildung 9 Meinung über die wirtschaftliche Lage des DDR-Bürgers 1978 bis 1988, Angaben in Prozent



Erläuterungen: Als Basis dienten DDR-Bewohner ab 14 Jahren (Person X), die sich zu diesem Thema geäußert haben.
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 76 eigenen grafische Darstellung.

Wie zeigt, schätzte zwischen 1978 und 1988 eine zuletzt wachsende Mehrheit der DDR-Bürger die Aussicht auf bessere Lebensbedingungen im eigenen Staat pessimistisch ein. Augenscheinlich wurde „die seitens der SED propagierte Hoffnung, irgendwann ein mit der Bundesrepublik vergleichbares Lebensniveau zu erreichen, von der eigenen Bevölkerung zunehmend weniger geteilt“ (Infratest 1988/4: 69). Aber: Es „werden die Verhältnisse in der Bundesrepublik keineswegs positiv überzeichnet“. Wie der Verlauf der unteren Linie in Abbildung 10 veranschaulicht, schwächte sich in der Bevölkerung der DDR der Eindruck ab, im Westen seien die Einkommen gerechter verteilt als im eigenen Land. Die seinerzeit in der Bundesrepublik existierenden Probleme, beispielsweise Arbeitslosigkeit, wurden der Datenlage zufolge „offenkundig durchaus registriert. Dies verdeutlicht die Tatsache, dass eine breite Mehrheit von 82 Prozent die Arbeitsplatzsicherheit eher in der DDR für garantiert hält“ (ebd.: 85).

Abbildung 10 Systemvergleich: Bundesrepublik – DDR, 1978 bis 1988

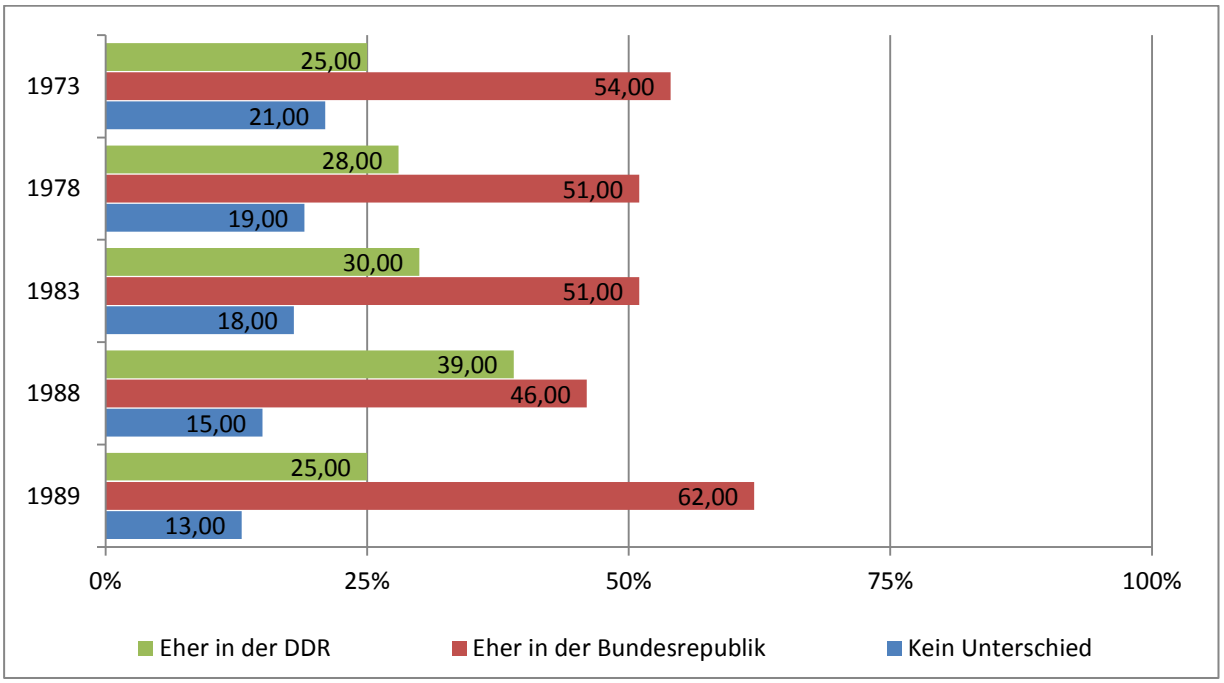


Erläuterungen: Als Basis dienten alle DDR-Bewohner (Person X), die sich zum jeweiligen Thema geäußert haben. +10 würde bedeuten: Alle Gesprächspartner in der DDR sind der Ansicht, die jeweilige Gegebenheit treffe eher auf die Bundesrepublik zu. -10 würde bedeuten: Alle Gesprächspartner in der DDR sind der Ansicht, die jeweilige Gegebenheit treffe eher auf die DDR zu.

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 84; eigene grafische Darstellung.

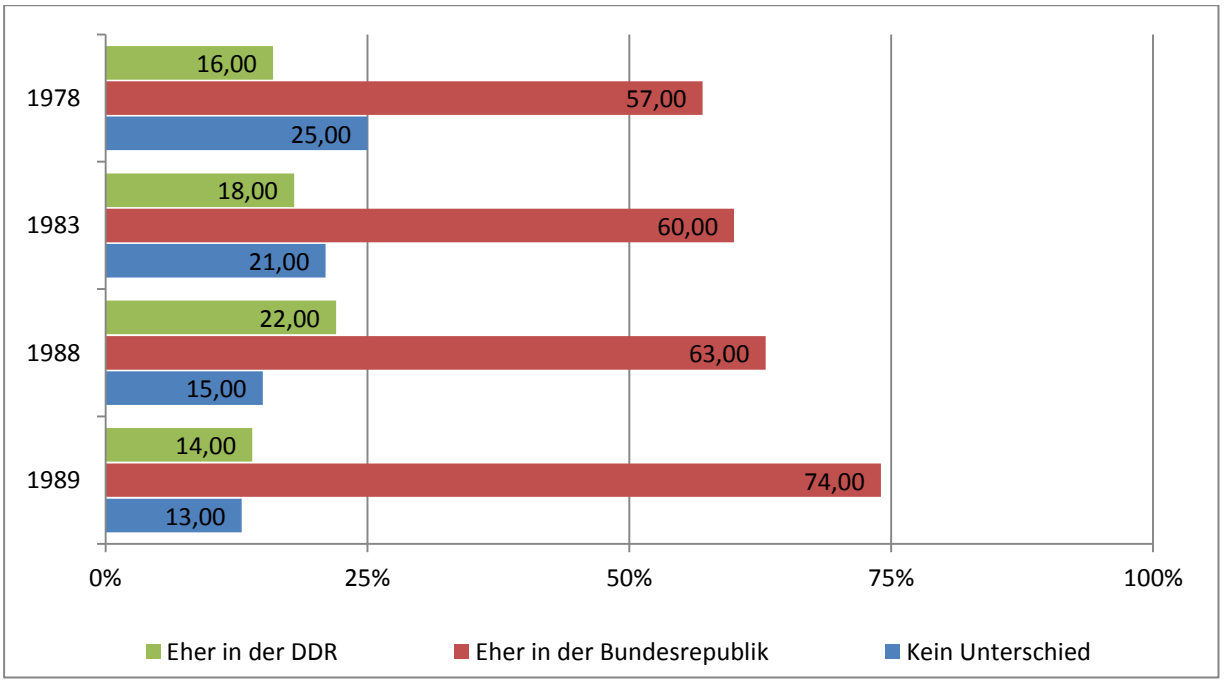
Auch gemessen am Maßstab weiterer ausgewählter Lebensbedingungen, wie wirtschaftliche und soziale Sicherheit, Chancengleichheit und eine bessere Zukunft, war die Bundesrepublik der DDR nach Ansicht des weit überwiegenden Teils der ostdeutschen Bevölkerung klar überlegen. Hingegen wurden der DDR schon seit den 1970er Jahren Systemvorteile in den Bereichen „Schutz vor Kriminalität“ und „Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander“ zugesprochen. Später kam als ein wahrgenommener Heimvorteil der DDR noch die „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ hinzu (Köhler 1994: 31).

Abbildung 11 Wirtschaftliche und soziale Sicherheit für die Bürger 1973 bis 1989



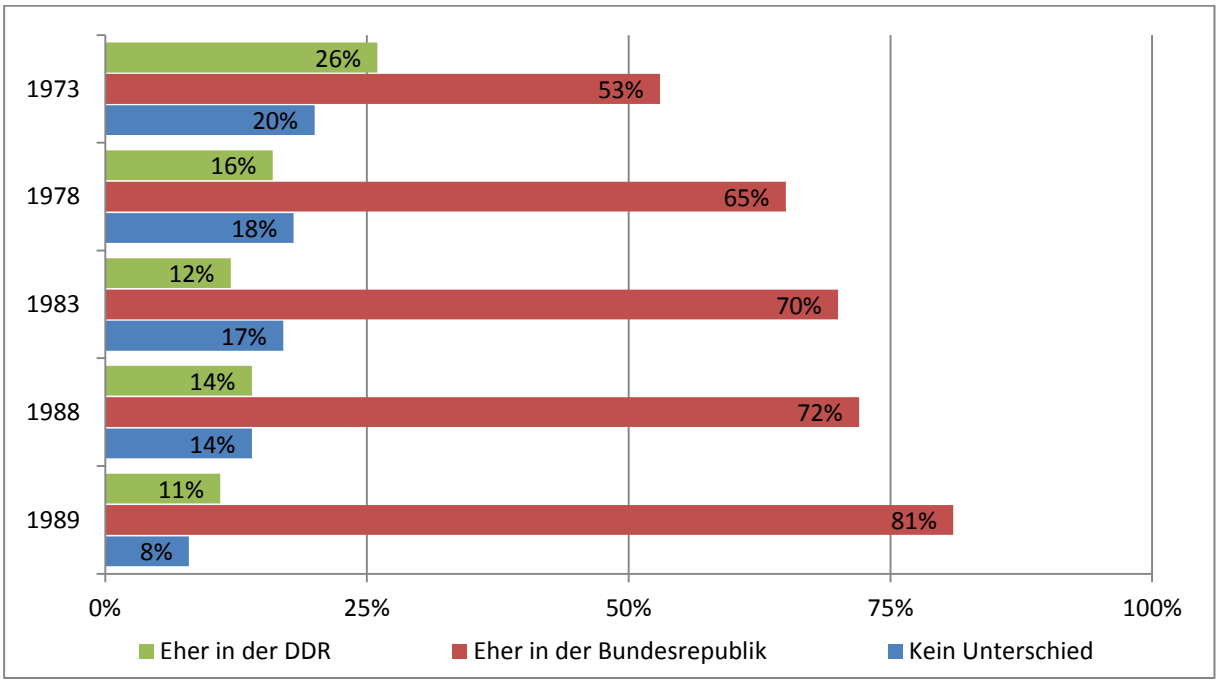
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994; eigene grafische Darstellung.

Abbildung 12 Chancengleichheit für die Bürger 1978 bis 1989



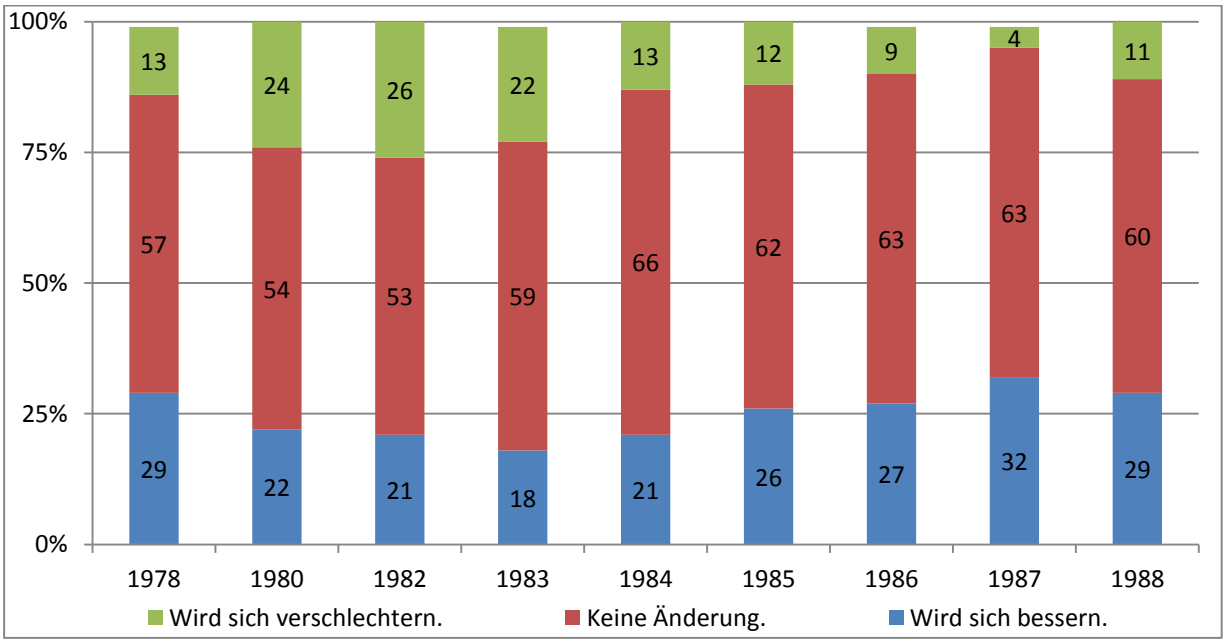
Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994; eigene grafische Darstellung.

Abbildung 13 Aussichten auf bessere Lebensbedingungen in der Zukunft 1973 bis 1989



Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994; eigene grafische Darstellung.

Abbildung 14 Einschätzung der künftigen Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage 1978 bis 1988, Angaben in Prozent,



Erläuterungen: Als Basis dienten DDR-Bewohner ab 14 Jahren (Person X), die sich zu diesem Thema geäußert haben. Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 01/1994: 80; eigene grafische Darstellung.

So wie eine große Mehrheit der DDR-Bürger die Aussicht auf allgemein bessere Lebensbedingungen im eigenen Land in der Zukunft wenig hoffnungsvoll sah (Abbildung 13), wurde auch die künftige Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage überwiegend skeptisch eingeschätzt. Um die 60 Prozent erwarteten hier keine wirkliche Änderung (Abbildung 14). Diese Befürchtung wurde „vorwiegend von den berufsaktiven Jahrgängen der 30- bis 49-Jährigen geteilt“ (Infratest 1988/4: 81).

Die retrospektive *Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse*, welche die Infratest Kommunikationsforschung im Jahr 1994 erstellte, ist auch aus heutiger Sicht noch aufschlussreich, um wesentliche Grundzüge der politischen Kultur der DDR zu erkennen und den sich seit längerem ankündigenden schleichenden Legitimationsverfall des SED-Regimes zu verstehen:

- „Eine echte Stabilisierung der DDR und ihres Systems hat auf breiter Bevölkerungsgrundlage de facto nie wirklich stattgefunden.
- Ursache ist die über die Jahrzehnte hinweg vergleichsweise geringe Identifizierung der DDR-Bürger mit dem System.
- Insbesondere versagte das DDR-System aus der Sicht seiner Bürger in so entscheidenden Bereichen wie denen der persönlichen Freiheitsrechte, der Lebensqualität und der Zukunftsperspektiven. […]
- Demgegenüber gewann die Bundesrepublik über die Jahrzehnte hinweg für die DDR-Bürger noch deutlich an Attraktivität bzw. Faszination: Sie gab den Vergleichsmaßstab ab, der wirklich zählte. [..]
- So arrangierte sich die Mehrheit der DDR-Bürger notgedrungen mehr oder weniger gut mit den gegebenen Bedingungen. Allerdings wuchs daneben der Kreis der Kritiker bzw. der verdeckten oder offenen Gegner seit Ende der 70er Jahre stetig an. Er übertraf dann in den 80er Jahren durchgehend den der Anhänger. […] (Köhler 1994: 19)

Nimmt man an diesem Punkt wieder die Perspektive des theoretischen Erklärungsmodells der *Staatskultur* ein, so wird deutlich, dass der Staat der DDR seine Legitimationskrise selbst erzeugt hat, indem er die Erwartungen seiner Bürger in sehr hohem Maße auf sich selbst lenkte. Da das staatssozialistische Modell mit einem schier allumfassenden Regelungs-, Betreuungs- und Versorgungsanspruch auftrat und auch die Wirtschaft sowie weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dem Primat zentraler politischer Lenkung, Planung und Aufsicht unterordnete, unterwarf der Staat der DDR sein eigenes Handeln faktisch einem totalisierten Leistungsprinzip.

Aufgrund der systembedingten Beschränkungen, die sowohl in der Sphäre politischer Freiheit als auch im Bereich materiellen Wohlstands auftraten, konnte das SED-Regime die selbst geweckten Erwartungen nicht einlösen. Damit war der Weg in den versagenden Staat, in einen *failing state*, was moralische Glaubwürdigkeit und wirtschaftliche Wohlfahrt betrifft, vorgezeichnet. Um diese Abwärtsentwicklung analytisch einzuordnen, bietet das Erklärungsmodell der Staatskultur eine strukturierende Hilfe. Für die DDR bündelt dieses Kulturmuster nicht nur die im engeren Sinne politischen Orientierungen, sondern es deckt auch ostdeutsche Lebenssichten und wirtschaftsbezogene Einstellungen in ihrer schließlich immer staatskritischer werdenden Zuspitzung ab.

3.2.6 Inkubationszeit des Umbruchs: die Umschaltjahre 1988 und 1989

Viel deutlicher, als dies seinerzeit häufig von bundesdeutschen Politikern, Medien und Wissenschaftlern wahrgenommen worden ist, tritt in den Umfragedaten der Stellvertreterforschung zutage, dass den Jahren 1988 und 1989 die historische Bedeutung von Umschaltjahren vor dem Systemwechsel zukommt. In diese beiden Jahre fiel die Inkubationsphase des politischen Aufbruchs. Kennzeichnend für diese Phase ist, dass sich Unzufriedenheit, Enttäuschung und zunehmend auch Widerspruchsgeist beschleunigt ausbreiteten. Die oben dargestellten Stimmungstrends bestätigen es: Einerseits wuchs vorübergehend die Minderheit jener Ostdeutscher sogar an, die sich mit dem herrschenden System stark identifizierten. Andererseits häuften sich die Symptome schwindender politischer Unterstützung und teilweise sprunghaft wachsender wirtschaftlicher Unzufriedenheit. Mehr Bürger gewannen den Eindruck, ihre Meinung frei äußern zu können. Letztere Überzeugung hat nicht unbedingt Anerkennung für das System transportiert. Eher war es wohl so, dass die Zahl derer wuchs, die sich das Recht der freien Rede nun einfach couragiert nahmen.

Im Dezember 1988 findet sich im vertraulichen Bericht von Infratest folgende Einschätzung der politischen Entwicklung des abgelaufenen Jahres: „Die Ergebnisse der Besucher-/Bewohnerbefragung spiegeln die heterogene und widersprüchliche Situation in der DDR wider: in manchen Bereichen gewährt die politische Führung bisher kaum für möglich gehaltene Spielräume, in anderen Bereichen werden sie von vielen DDR-Bürgern zunehmend eingefordert, mit allerdings sehr wechselhaftem Erfolg. Denn immer häufiger greifen DDR-Organe auch wieder zu überkommenen, in Zeiten von „Glasnost“ fast schon überwunden geglaubten, repressiven Mitteln.“ Die Auswertung der aktuellen Umfragedaten gebe „anschaulich die zwiespältige Stimmungslage der DDR-Bevölkerung in einer komplizierten politischen und wirtschaftlichen Situation wieder“ (Infratest 1988/4: I).

Die Entwicklung in den Jahren 1988 und 1989 zeigt in verdichteter zeitlicher Abfolge die enge Wechselwirkung zwischen Strukturen bzw. äußeren Bedingungen, die bis dahin auf unabsehbare Zeit ehern erstarrt schienen, nun aber in Bewegung gerieten, und einem kollektiven politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein, das sich von alten Vorgaben und Sprachregelungen zu emanzipieren begann. Offizielle Signale einer Liberalisierung sandte auch das DDR-Regime aus; hierfür stehen die steigende Zahl der genehmigten Übersiedelungen sowie die großzügiger gehandhabten Genehmigungen für Besuchsreisen in den Westen. 1987 waren gut zwei Millionen DDR-Bürger mindestens einmal zu Besuch in der Bundesrepublik, was einem Anteil von rund 13 Prozent der Bevölkerung der DDR entspricht. 1988 wurde über 21000 DDR-Bewohnern, mehr als doppelt so vielen wie im Vorjahr, die legale Ausreise nach Westdeutschland gestattet (ebd.: II, 47).

In einer Untersuchung des „Mobilisierungszyklus“, dem die Proteste in der DDR von Januar 1989 bis Oktober 1990 zugeordnet werden können, hat eine Forschungsgruppe des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) im November 1991 herausgearbeitet, dass im

ersten Halbjahr 1989 die DDR-Organe zwar häufig Sanktionen verhängten, dass aber zugleich auch staatliche Zwangsmaßnahmen zurückgenommen wurden. „Auffallend ist, dass das alte Regime parallel zur Repressionsstrategie im ersten Halbjahr 1989 den Versuch unternommen hat, parallel dazu Repressionsmaßnahmen aufzuheben." Mit der Wende im November 1989 „bricht der Repressionszyklus ab, [wird] ersetzt durch einen Liberalisierungszyklus, der im Frühjahr 1990 abgeschlossen wird" (Eberwein u.a. 1991: 25, 28).

Wie auch die in der Zeit davor wiederholt eintretenden Rückfälle des Regimes in repressive Praktiken, haben auch die häufiger gewährten Reiseerleichterungen den Erwartungsdruck auf das System mindestens so stark erhöht, wie sie ihm politisch Luft verschafften. Denn: „Jeder vierte Westreisende empfand nach seiner Rückkehr die Verhältnisse im eigenen Land noch negativer als vor seinem Westbesuch" (Infratest 1988/4.: IV). Die Bundesrepublik wurde nach der Wiederankunft im eigenen Land keineswegs nur unkritisch positiv gesehen: Gut jeder fünfte Besucher aus der DDR nannte auch Schattenseiten der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft, wie Arbeitslosigkeit, soziale Unterschiede, Kriminalität und Drogenprobleme (ebd.). Unter dem Strich blieb jedoch der Eindruck besserer Lebensqualität haften. Die Bundesrepublik wurde „offenbar vor allem als reiches, wohlhabendes Land erfahren, und erst in zweiter Linie als ein demokratisches" (ebd.: 31).

Für das Regime wirkten sich die erleichterten Reisemöglichkeiten auch deshalb destabilisierend aus, weil überdurchschnittlich häufig gerade solche Westbesucher bei ihrer Meinung über die Bundesrepublik ins Grübeln kamen, die sich vergleichsweise stark mit dem System der DDR identifizierten, also dem oben beschriebenen Typus C zuzurechnen waren. „Jeder Zweite von ihnen erlebte die Bundesrepublik positiver als erwartet, obwohl sie insgesamt weit häufiger soziale Probleme wahrnahmen als andere" (ebd.: 39). Wie sehr während der Umschaltjahre 1998 und 1989 noch unklar blieb, ob die beschleunigte Entwicklungsdynamik die Richtung eines oppositionellen Aufbruchs oder eines politischen roll back, also eines fester gezurrten Unterdrückungskorsetts nehmen würde, wird durch die zeitgenössische Analyse der Umfrageexperten bestätigt. Ende 1988 fiel ihre psychologische Folgenabschätzung der Westreisen noch erkennbar unsicher aus: Denkbar sei, dass die Unzufriedenheit zunehme, „aber auch eine Reaktion des Stillhaltens, sei es aus Resignation oder um weitere Westreisen nicht zu gefährden" (ebd.: 45). Gut fünf Jahre später erschienen dann die Datenlage und deren Interpretation sehr viel eindeutiger: „Bereits im Sommer ´88 hatte die Akzeptanz des Systems einen erneuten Rückschlag erlitten und erreichte dann im Sommer ´89 einen Tiefstand: Die offene Rebellion kündigte sich massiv an" (Köhler 1994: 27).

In eben diesem Sommer 1989 wuchsen in der DDR-Bevölkerung, das weisen die Daten der Besucherbefragung von Infratest aus, jedenfalls die Erwartungen, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Zustände nachhaltig *verändern* würden. „Glasnost" und „Perestroika" waren für die Mehrheit ein Gesprächsthema, und die allermeisten Ostdeutschen (81%) erhofften sich von den Reformimpulsen aus anderen Staaten des Ost-

blocks einen Übersprungeffekt in die DDR. Erste Anzeichen dafür, dass sich das SED-Regime bewegte, sahen jedoch einstweilen nur wenige (12%). Überwiegend wurden die Möglichkeit, Meinungen freier zu äußern, und Reiseerleichterungen genannt – im Grunde also Zugeständnisse, welche die Staatsführung schon in Jahren zuvor gemacht hatte. Als Treiber gesellschaftlicher und politischer Veränderungen wurden jetzt vorrangig regimekritische Selbsthilfegruppen und die Evangelische Kirche angesehen (Tabelle 6). Immerhin ein Viertel der Bevölkerung schrieb zu diesem Zeitpunkt der FDJ bzw. jüngeren SED-Mitgliedern den Willen zur Reform zu. Die Gewerkschaften und insbesondere die Blockparteien rangierten unter ferner liefen (alle Angaben nach Infratest Juli 1989).

Tabelle 6 Zuschreibung der Fähigkeit, Reformen voranzutreiben, Angaben in Prozent, Juli 1989

	Geschlecht		Alter			Bildung		Beruf			
	m.	w.	< 30 J.	30 - 49 J.	> 49 J.	≤10 . Kl.	> 10. Kl.	Arbeiter	Angestellte	Rentner	Hausfrau
Basis gewichtet	**196**	**176**	**118**	**132**	**120**	**148**	**157**	**91**	**140**	**39**	**14**
nicht darüber gesprochen	71	74	67	73	76	77	64	73	79	66	
reduzierte Basis	**58**	**46**	**39**	**36**	**29**	**34**	**56**	**24**	**29**	**13**	
Evangelische Kirche	47	57	43	47	70	56	51	55	53		
Katholische Kirche	20	32	24	22	33	22	25	30	20		
FDJ/junge SED-Mitgl.	28	20	26	33	10	25	16	37	30		
Selbsthilfegruppen (z.B. ‚Kirche von unten', Umweltschutzgruppen)	55	63	61	56	59	37	71	60	54		
Blockparteien CDU, LDPD und NDPD	7	11	-	14	16	13	9	12	5		
Gewerkschaften	16	14	11	18	19	21	13	18	17		
Sonstige	7	28	11	19	20	14	21	6	20		
Summe	180	225	176	209	227	188	206	218	199		

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung; eigene grafische Darstellung.

3.2.7 Die Einstellungen der DDR-Bürger am Vorabend der deutschen Vereinigung von Frühjahr bis Sommer 1990

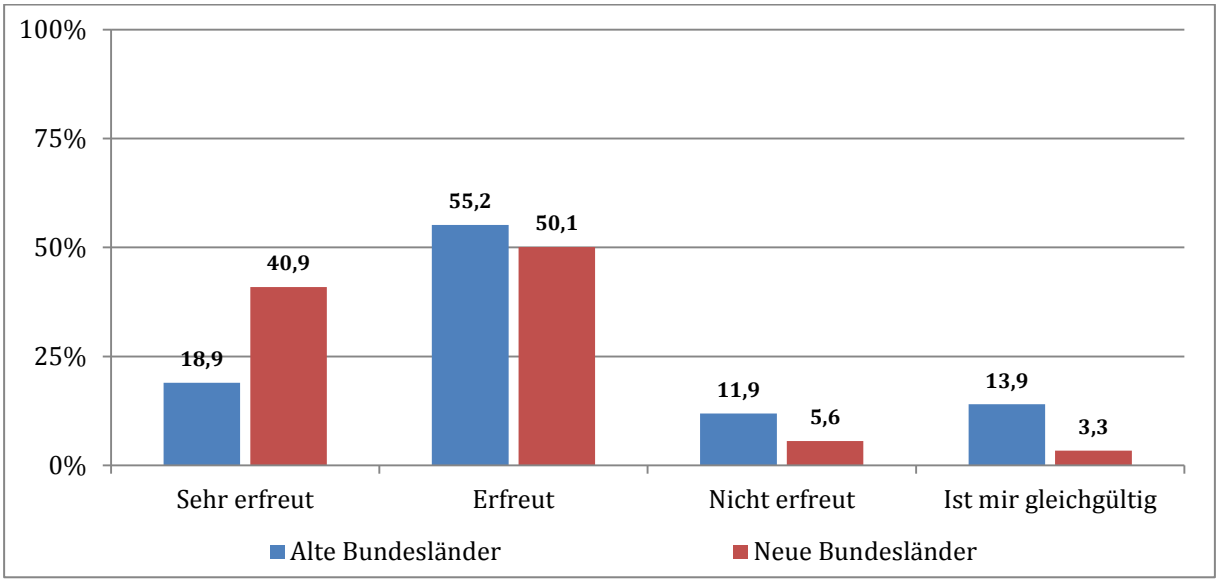
3.2.7.1 Aufbruchsstimmung und hoffnungsfrohe Erwartungen – das Momentum des ostdeutschen Vormärz 1990

Hoffnung, Aufbruchsstimmung und Zuversicht kennzeichneten die Erwartungen, welche die große Mehrheit der Ostdeutschen im „Vormärz" der deutschen Einheit hegte, in jener Zeitspanne also, während der sich die Wiedervereinigung als ein weiterreichender Horizont des fortschreitenden politischen Umbruchs in der DDR deutlich öffnete. Im Bild der Einstellungen der Bevölkerungen beider deutscher Staaten überwogen zu diesem

Zeitpunkt die Gemeinsamkeiten. Das veranschaulicht eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, die im März 1990 von der Forschungsstelle für gesellschaftliche Entwicklung an der Universität Mannheim unter der Leitung von Rudolf Wildenmann in Ost und West durchgeführt worden ist (ZA-Nr. 1902).

Mehr als 90 Prozent der Ostdeutschen verbanden die bevorstehende Herstellung der deutschen Einheit mit einem Gefühl der Freude oder sogar sehr großen Freude (Abbildung 15). Spätestens zu diesem Zeitpunkt im Frühjahr 1990 sah folglich die große Mehrheit der Bewohner der DDR die in der politischen Öffentlichkeit ebenfalls diskutierten Varianten einer von innen heraus reformierten, doch weiterhin staatlich selbständigen DDR bzw. einer Konföderation beider deutscher Staaten nicht mehr als anzustrebende Lösungen an. Auch in Westdeutschland überwog seinerzeit mehrheitlich die emotionale Zustimmung zur Wiedervereinigung, allerdings auf einem um mehr als 20 Prozentpunkte niedrigeren Niveau. Etwa jeder vierte befragte Westdeutsche zeigte sich „nicht erfreut“ oder „gleichgültig“.

Abbildung 15 Gefühl gegenüber der Herstellung der deutschen Einheit, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, März 1990



Fragetext: „Unabhängig von den genauen Maßnahmen und Plänen ist die Herstellung der deutschen Einheit mehr oder weniger eine beschlossene Sache. Was fühlen Sie dabei? Sind Sie darüber sehr erfreut, erfreut, nicht erfreut oder ist es Ihnen gleichgültig?“

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis des ZA 1902, Politische Einstellungen in Ost und West März 1990, Vergleichende Umfrage BRD – DDR, Wildenmann 1990.

Recht dicht beieinander lagen in Ost und West auch die Einschätzungen, welche Folgen die Wiedervereinigung für beide Teilstaaten mit sich brächte. Dabei nahmen Ostdeutsche eventuell auftretende Probleme, salopp gesagt, auf die leichtere Schulter: Dass es beispielsweise schwierig werden würde, die sozialen Sicherungssysteme beider bisheriger Staaten anzugleichen, glaubten fast 84 Prozent der Westdeutschen und gut 76 Prozent der Ostdeutschen (Tabelle 7). Zwei von drei Ostdeutschen und sogar acht von zehn Westdeutschen gaben zu bedenken, Deutschland werde „auf Jahre hinaus mit seinen eigenen Problemen beschäftigt sein“. Bemerkenswerterweise zeigten sich fast gleich

viele in West (gut 70%) und Ost (annähernd 74%) zuversichtlich, dass zumindest „die Übergangsschwierigkeiten sehr schnell behoben sein“ würden.

Dass die deutsche Einheit materielle Umverteilungen von West nach Ost im Gefolge haben werde, erwarteten fast zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung, aber nur ca. 46 Prozent der Ostdeutschen. Aufgrund der eigenen langjährigen Erfahrungen mit den Mängeln der Planwirtschaft schätzten DDR-Bürger die Selbstheilungskräfte ihres Wirtschaftssystems und dessen bleibende Spuren in der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik realistischer als der Westen ein (Tabelle 7).

Tabelle 7 Einschätzung der Folgen der Wiedervereinigung, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, März 1990

	Alte Bundesländer				Neue Bundesländer			
	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu
Es wird große Schwierigkeiten geben, das soziale System der beiden bisherigen Staaten anzugleichen.	45,6	38,1	14,4	1,9	36,8	39,6	21,4	2,2
Deutschland wird auf Jahre hinaus mit seinen eigenen Problemen beschäftigt sein.	36,6	44,8	15,4	3,2	26,5	37,5	31,4	4,6
Die Übergangsschwierigkeiten werden sehr schnell behoben sein.	9,2	20,5	45,6	24,7	9,4	17,7	49,4	23,4
Die bundesdeutsche Bevölkerung wird etwas ärmer, die DDR-Bevölkerung etwas reicher werden.	22,5	40,3	28,1	9,0	12,1	34,1	40,9	12,9
Neue Investitionsmöglichkeiten in der DDR schaffen neue Arbeitsplätze und kurbeln die Wirtschaft weiter an.	30,9	50,5	15,3	3,2	39,0	43,5	13,5	4,0
Die bisher in der Bundesrepublik praktizierte soziale Marktwirtschaft wird verwässert werden.	8,8	30,0	41,4	19,9	3,2	18,8	49,1	28,8

Fragetext: „Auf dieser Liste finden Sie eine Reihe von Aussagen darüber, welche Folgen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem einzigen Staat haben könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie der Ansicht nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder überhaupt nicht zutrifft?“

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis des ZA 1902, Politische Einstellungen in Ost und West März 1990, Vergleichende Umfrage BRD ─ DDR, Wildenmann 1990.

Dass ´jeder seines Glückes Schmied ist`, bejahten am Vorabend der Einheit ungefähr gleichviele West- und Ostdeutsche. Dass das, was jemand im Leben erreiche, in erster Linie von den eigenen Leistungen und weniger von äußeren Einflüssen ab hänge – davon waren fast drei Viertel der damaligen Bundesbürger, aber auch gut 70 Prozent ihrer ostdeutschen Landsleute überzeugt (Tabelle 8). Ebenso klare Mehrheiten beider Bevölkerungen hielten Ungleichheit in Einkommen und sozialem Status dann für gerechtfer-

tigt, wenn diese das Ergebnis individuell genutzter Chancen sei. Ersichtlich hatten sich zu diesem Zeitpunkt die meisten Ostdeutschen vom realsozialistischen Leitbild einer klassenlosen Gesellschaft bereits geistig verabschiedet und sich dem liberal-bürgerlichen, in die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik überführten Aufstiegsmodell der gleichen Start- und Teilhabechancen (vgl. Dahrendorf 1974) innerlich zugewandt.

Tabelle 8 Einschätzung der Verhältnisse zwischen den Menschen und der Gesellschaft, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, März 1990

	Alte Bundesländer				Neue Bundesländer			
	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu
Die in einer Gesellschaft bestehenden Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen sind dann gerechtfertigt, wenn sie ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.	28,8	49,8	17,5	3,9	22,6	54,2	14,9	8,3
Heutzutage kann man sich auf keinen anderen Menschen verlassen.	7,8	22,7	48,2	21,2	5,9	36,9	41,3	15,8
Was man im Leben erreicht, hängt in erster Linie von den eigenen Leistungen ab und weniger von äußeren Einflüssen.	26,9	46,1	21,7	5,3	15,0	55,3	25,7	4,1

Fragetext: „Hier haben Sie einige Aussagen über das Verhältnis zwischen dem einzelnen Menschen und der Gesellschaft. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie Ihrer Ansicht nach voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zutrifft?“

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis des ZA 1902, Politische Einstellungen in Ost und West März 1990, Vergleichende Umfrage BRD – DDR, Wildenmann 1990.

Als Erklärung dafür, dass auch die meisten Ostdeutschen einem leistungsbezogenen gesellschaftlichen Differential beipflichteten, kommen zwei Überlegungen in Betracht. Zum einen dürfte den Bürgern der DDR nicht verborgen geblieben sein, dass es entgegen der offiziellen Lesart des Regimes in der Gesellschaft der DDR sehr wohl eine soziale Schichtung gab, die Tendenzen der Erstarrung aufwies und die wichtigsten Machtpositionen vornehmlich einem „sozialistischen „Staatsadel“ aus privilegierten Familienmilieus mit hoher SED-Bindung“ vorbehielt (Best u.a. 2012: 83). Zum anderen wurde vor dem Erfahrungshintergrund, dass DDR-Eliten eine hohe soziale Schließung aufwiesen und dass Parteiloyalität eine notwendige Eintrittsbedingung für berufliche Karriere war, die bundesdeutsche Leistungsgesellschaft offenbar als ein befreiendes Gegenmodell angesehen. Für diese Deutung spricht auch, dass Fleiß, Ehrgeiz, Kreativität und Phantasie als persönliche Ideale in Ostdeutschland im Frühjahr 1990 genauso hoch oder sogar noch höher rangierten als in der Bundesrepublik (Tabelle 9).

Auffällig ist, dass sehr viel mehr Ost- als Westdeutsche zum Zeitpunkt der Befragung im Frühjahr 1990 Die Überzeugung äußerten, man könne sich „heutzutage auf keinen anderen Menschen verlassen“ (Tabelle 8). Bestätigt wird damit der Befund sozialwissenschaftlicher Studien, dass „trust“, also ein generalisierter Vertrauensvorschuss, der als eine wichtige Bestimmungsgröße für Sozialkapital betrachtet werden muss (Gabriel u.a. 2002, Gabriel/Zmerli 2006), unter Bedingungen von Unfreiheit und Diktatur geringer entwickelt ist (vgl. Merkel 1999: 167ff.).

Mit dem Befund, dass im März 1990 unter Ostdeutschen soziales Misstrauen weiter verbreitet war als im Westen, korrespondiert auf der Einstellungsebene eine Grundhaltung, die als Hebel für persönliche Entfaltung häufiger auf eine Ellenbogenmentalität setzt, also sozialdarwinistisch unterlegt ist. Nur 29 Prozent der Westdeutschen, aber fast 43 Prozent der Ostdeutschen sahen es als wichtig an, „sich und seine eigenen Bedürfnisse besser gegen die anderen durchzusetzen“ (Tabelle 9).

Tabelle 9 Wichtigkeit ausgewählter Aspekte der persönlichen Entfaltung, Alte und neue Bundesländer von 1 „überhaupt nicht wichtig“ bis 7 „außerordentlich wichtig“, März 1990, Angaben in Prozent,

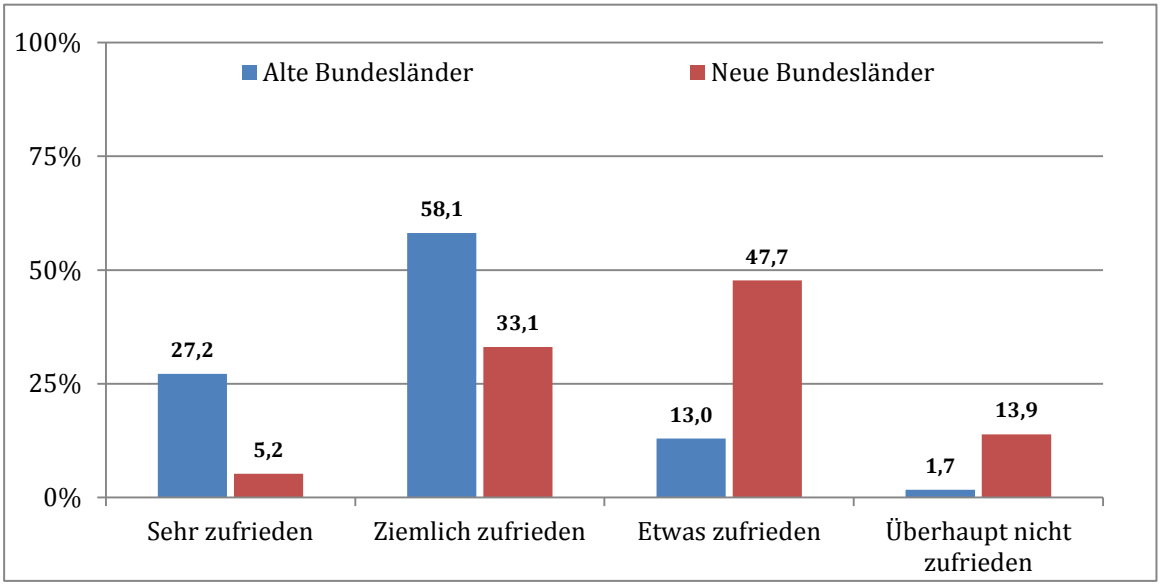
	Alte Bundesländer							Neue Bundesländer						
	1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7
nach Sicherheit streben.	0,6	1,0	3,9	12,0	21,5	30,5	30,5	0,1	0,5	2,0	7,9	15,7	31,8	42,0
fleißig und ehrgeizig sein.	0,6	1,6	5,2	12,4	23,9	30,3	25,8	0,2	0,6	3,3	8,0	16,8	31,4	39,5
die guten Dinge des Lebens in vollen Zügen genießen.	2,4	3,4	9,8	24,2	27,2	20,6	12,3	3,1	4,1	8,9	18,1	26,9	25,7	13,3
sich und seine eigenen Bedürfnisse besser gegen die anderen durchsetzen.	2,6	3,7	9,9	25,2	29,6	20,0	9,0	0,7	2,5	9,7	22,5	21,9	26,6	16,1
seine eigene Phantasie und Kreativität entwickeln.	0,6	2,1	5,4	15,4	25,3	25,8	25,3	1,1	2,7	5,6	16,9	24,5	28,0	21,2
sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen helfen.	2,3	3,7	7,8	21,6	29,8	20,8	14,1	1,6	4,8	14,7	28,8	28,0	15,6	6,4

Fragetext: „Hier auf diesem Kärtchen stehen unterschiedliche Aussagen. Wie wichtig sind die auf dem Kärtchen stehenden Aussagen für Sie persönlich? Benutzen Sie für die Antwort die auf dem Kärtchen abgedruckte Skala. Der Wert 1 bedeutet, die Aussage ist für Sie „überhaupt nicht wichtig“, der Wert 7, die Aussage ist für Sie „außerordentlich wichtig“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft wiedergeben.“

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis des ZA 1902, Politische Einstellungen in Ost und West März 1990, Vergleichende Umfrage BRD – DDR, Wildenmann 1990.

Umgekehrt war soziale Solidarität - außerhalb geschlossener Kollektive wie der Betriebsgemeinschaften - geringer ausgeprägt. Gegen 35 Prozent im Westen, jedoch lediglich 22 Prozent im Osten hielten es für ziemlich bzw. außerordentlich wichtig, sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen zu helfen. Das tatsächliche Erscheinungsbild des demokratischen Systems der Bundesrepublik bewerteten die Bürger der DDR im März 1990 mehrheitlich außerordentlich skeptisch. Über 60 Prozent zeigten sich mit der bundesdeutschen Demokratie nur etwas bzw. gar nicht zufrieden (Abbildung 16). Im klaren Gegensatz dazu äußerten gut 85 Prozent der Westdeutschen, mit der in ihrem Land bestehenden Demokratie ziemlich oder sehr zufrieden zu sein.

Abbildung 16 Zufriedenheit mit der bundesdeutschen Demokratie, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, März 1990



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem gesehen – mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht?“
Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis des ZA 1902, Politische Einstellungen in Ost und West März 1990, Vergleichende Umfrage BRD ─ DDR, Wildenmann 1990.

Dass die Ostdeutschen die westdeutsche Demokratie deutlich kritischer bewerteten, ist umso überraschender, als beide Bevölkerungen in der Einschätzung von Grundwerten und Verfahrensgarantien, die den Kern von Demokratie ausmachen, weitgehend übereinstimmten (Tabelle 10). Im Osten brachen die Menschen häufiger eine Lanze für die Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen, und sie äußerten sich außerdem eine Nuance distanzierter gegenüber der Räson von Staat und Regierung. Dass DDR-Bürger das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit noch nachdrücklicher als Westdeutsche hochhielten, erklärt sich aus den Montagsdemonstrationen und weiteren Massenprotesten, die zu diesem Zeitpunkt im Bewusstsein noch frisch gegenwärtig waren, sowie mit der aus DDR-Zeiten gewohnten, gebotenen Vorsicht mit öffentlichen politischen Äußerungen.

Tabelle 10 Einstellung zu Politik, Staat und Gesellschaft, von -3 „völlige Ablehnung“ bis +3 „völlige Übereinstimmung“ Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, März 1990

	Alte Bundesländer						Neue Bundesländer					
	-3	-2	-1	1	2	3	-3	-2	-1	1	2	3
Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	12,5	14,9	20,0	24,1	19,4	9,1	24,6	24,6	23,3	11,4	11,9	2,5
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen.	1,9	2,2	5,8	20,9	27,6	41,4	0,5	3,0	6,9	14,0	22,8	52,8
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.	6,9	7,2	13,6	23,9	20,3	28,3	6,3	14,2	29,3	26,9	11,6	11,6
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	49,8	16,7	12,8	11,6	6,4	2,6	43,6	22,9	14,7	12,4	5,6	0,9
Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.	1,2	1,5	5,1	20,0	28,3	43,9	-	2,1	6,2	18,6	31,1	42,1
Aufgabe der politischen Opposition ist es, nicht die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.	12,4	11,6	15,0	24,0	20,4	16,6	17,8	15,9	18,8	23,0	17,3	7,1
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.	0,7	2,1	4,7	15,3	26,9	50,4	0,1	2,1	3,0	12,4	27,9	54,5
Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.	1,4	2,7	4,9	18,9	28,4	43,7	2,0	1,9	7,7	14,3	36,4	37,8
Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des einzelnen stehen.	1,9	2,6	6,9	23,3	30,2	35,2	2,5	3,7	9,0	19,3	27,9	37,5

Fragetext: „Hier auf diesen Kärtchen stehen unterschiedliche Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft. Wir möchten Sie bitten, uns Ihre Stellungnahme zu jeder Behauptung wie folgt zu sagen. Der Wert -3 bedeutet, dass Sie die Aussage völlig ablehnen, der Wert +3, dass Sie der Aussage voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können sie Ihre Meinung abgestuft wiedergeben.“
Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis des ZA 1902, Politische Einstellungen in Ost und West März 1990, Vergleichende Umfrage BRD ─ DDR, Wildenmann 1990.

3.2.7.2 Vor und kurz nach der Wirtschafts- und Währungsunion: optimistische Sicht in die Zukunft

Zum 1. Juli 1990 trat die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (WWSU) beider deutscher Staaten in Kraft. Damit wurden vertragliche Voraussetzungen geschaffen, um die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft nach Ostdeutschland zu übertragen. Ebenso wurde mit diesem Tag das Geldwesen auf die D-Mark-Währung umgestellt. Laufende Zahlungen, wie beispielsweise Löhne, und private Sparguthaben bis 4000 Mark bei Erwachsenen und bis 2000 Mark bei Kindern, wurden im Verhältnis eins zu eins umgetauscht. Der Wechselkurs war politisch motiviert: „Es sollten soziale Spannungen und eine Massenabwanderung in den Westen Deutschlands vermieden werden“ (IWH 2014: 51).

Insbesondere die Währungsreform bedeutete für das tägliche Leben der DDR-Bevölkerung eine tiefe Zäsur. Dieser Einschnitt sowie die vorausgehenden Erwartungen und anschließenden Eindrücke und Erfahrungen haben die Stimmungen und Einstellungen der ostdeutschen Bürger wesentlich geprägt. Das Meinungsbild, das zwischen Mai und August 1990 erhoben wurde, stellt zeitlich die unmittelbare Vorstufe vor dem formellen Eintritt der Bevölkerung der DDR in eine gesamtdeutsche politische Kultur dar. Die Kommunikationsforschung von Infratest hat die verdichtete Stimmungslage dieser Monate mit gesonderten Umfragen begleitet. Dabei konnte die DDR-Bevölkerung erstmals direkt repräsentativ erfasst werden.[1]

Demnach war das Stimmungsbild in der DDR mehrheitlich „durchgängig von Mai bis August von längerfristig optimistischen Zukunftserwartungen geprägt, fast alle Befragten waren entschlossen, auf jeden Fall im Gebiet der DDR zu bleiben“ (Infratest 1990: 97). Von März bis Juni 1990 blickten mehr als zwei Drittel (68%) der Bürger der DDR zuversichtlich in die Zukunft, nur jede(r) fünfte äußerte sich pessimistisch. Im August war die Zahl der Optimisten leicht rückläufig (64%). Die positiv in die Zukunft gerichtete Grundstimmung schloss vor dem 1. Juli alle Bevölkerungsgruppen ein, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Beruf oder Einkommen. Unterdurchschnittlich optimistisch zeigten sich Anhänger der PDS (ebd.: 6f.).

Zwiespältiger stellte sich die Stimmungslage hinsichtlich der Auswirkungen dar, die durch die bevorstehende WWSU unmittelbar zu erwarten waren: Knapp die Hälfte (49%) war optimistisch, darunter insbesondere die mittleren Altersgruppen und die Bevölkerung im ländlichen Raum. Nicht viel weniger, nämlich 44 Prozent, blickten den kommenden Veränderungen „eher mit Sorge“ entgegen (ebd.: 8f.).

Über die Hälfte der Ostdeutschen (52%) - und etwas weniger als die Hälfte der Westdeutschen (47%) - befürwortete im Juni 1990 die Wiedervereinigung ohne Wenn und Aber. Die andere knappe Hälfte (42% im Osten, 44% im Westen) hatte Vorbehalte vor allem gegen einen (zu) frühen Zeitpunkt. Als Gegner der Einheit erklärte sich, wie schon im März des Jahres, nur eine sehr kleine Minderheit (3% im Osten und 7% im Westen). Nach der WWSU wurde in der DDR der Einigungswunsch noch nachdrücklicher laut: Bei der Julibefragung 1990 stieg die Zahl der bedingungslosen Einigungsbefürworter in Ostdeutschland auf 58 Prozent (ebd.: 14, 18).

Vor dem Stichtag der WWSU sorgten sich DDR-Bürger vor allem um den weiteren Bestand sozialer „Errungenschaften und Leistungen der DDR“ (Tabelle 11). Als erhaltenswert wurde spontan am meisten die Kinderbetreuung genannt. Vergleichsweise wenige (9%) nannten zu diesem Zeitpunkt im Mai/Juni 1990, da die mit der Privatisierung der Unternehmen einhergehenden Entlassungsrisiken noch nicht konkret erfahrbar geworden waren, als schützenswerte Institution der DDR das Recht auf Arbeit. „Menschliche

1 Es gab insgesamt 3 Befragungswellen: im Mai/Juni eine Repräsentativerhebung (mündlich-persönlich), Anfang Juli eine Blitzbefragung in insgesamt 15 Bezirksstädten sowie Ende Juli/August wiederum eine repräsentative Befragung. Vergleichsdaten wurden im Juni in der Bundesrepublik erhoben (Infratest 1990/ Analyseband).

Solidarität“ (3%) und „Gleichberechtigung der Frau“ galten offenbar als so selbstverständlich, dass ihre Bewahrung nicht eigens reklamiert wurde.

Tabelle 11 Erhaltenswerte Errungenschaften der DDR aus Sicht der DDR-Bürger im Mai/Juni 1990 (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Frage: „Zur Zeit verhandeln ja die Regierungen der DDR und der Bundesrepublik über die konkreten Bedingungen der Vereinigung. Unter anderem geht es auch darum, inwieweit Gegebenheiten der DDR erhalten bleiben sollen. Gibt es aus Ihrer Sicht Errungenschaften der DDR, die auf jeden Fall bewahrt werden sollten, und wenn ja, welche?“ (keine Antwortvorgaben)

Errungenschaften der DDR	genannt
Kindereinrichtungen	41
Soziale Errungenschaften (allgemein)	26
Hortbetreuung, Schulspeisung	20
Recht auf Schwangerschaftsabbruch	14
Sicherung des Arbeitsplatzes	10
Recht auf Arbeit	9
DDR-Gesundheitswesen	9
Unterstützung junger Mütter und kinderreicher Familien	9
Lehrstellen für alle Schüler/ Aus- und Weiterbildungssystem	8
Niedrige Preise (z.B. Verkehr)	7
Förderung von Kultur und Sport	6
Alten- und Behindertenbetreuung	6
Kündigungsschutz für Wohnungen	5
Erhalt des Haushaltstages	3
Menschliche Solidarität	3
Betriebsessen/ Pausenversorgung	2
Gleichberechtigung der Frau	2
Nein, keine	15
Kein Urteil	2

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung 1990

Darüber, was als dringlichste politische Aufgaben anzusehen war, waren sich im Mai/Juni 1990 die Bewohner der DDR quer durch alle Bevölkerungsschichten weitgehend einig. „Auf der Prioritätenliste der DDR-Bürger stehen vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Themen mit Bezug zur eigenen Lebenssituation“ (ebd.: 27). Nahezu ohne Ausnahme wurden die Beseitigung der Umweltschäden, die Sanierung der Wirtschaft und eine leistungsgerechte Entlohnung genannt (Tabelle 12). Dass höhere Renten, ein verbessertes Gesundheitswesen und fortgeltende soziale Leistungen der DDR so häufig als vordringlich angesehen wurden, hingegen nicht unbedingt die Privatisierung der Wirtschaft, weist nach der damaligen Analyse von Infratest „zum einen auf wahrgenommene Mängel des alten Systems, aber auch auf die Verunsicherung der DDR-Bürger angesichts der neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen hin“ (ebd.).

Tabelle 12 Vorrangige politische Aufgabenbereiche in der DDR 1990, Angaben in Prozent

Politische Aufgabenbereiche	Sehr dringlich
Verbesserung des Umweltschutzes	89
Sanierung der Wirtschaft in der DDR	88
Leistungsgerechte Entlohnung	81
Erhöhung der Renten	78
Sicherung der sozialen Leistungen in der DDR	77
Verbesserung des Gesundheitssystems	74
Umstellung der Mark der DDR in DM	70
Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung	66
Anerkennung der jetzigen Westgrenze Polens	62
Klärung der Verantwortlichkeit für Fehler des alten Systems und juristische Verfolgung der Schuldigen	54
Privatisierung von Unternehmen in der DDR	31
Beitritt der DDR zur EG	23
Abbau von Subventionen	16

Quelle: Befragungszeitraum: Mai/Juni 1990; Infratest Kommunikationsforschung 1990.

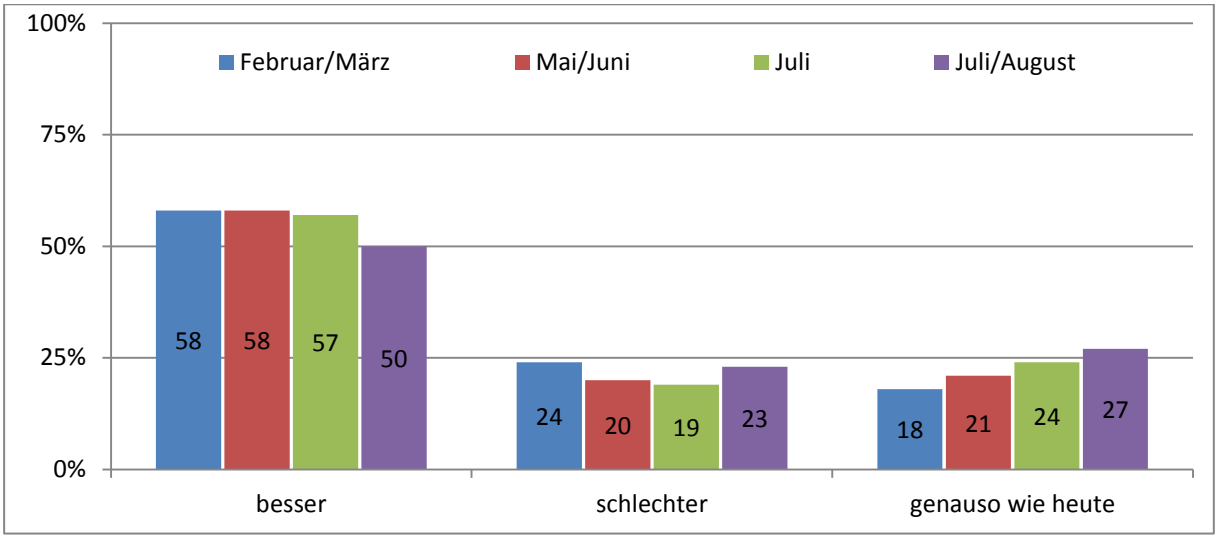
In den turbulenten Zeiten des voranschreitenden Systemumbruchs können Messungen der *Zufriedenheit mit der Regierung* ein nur bedingt aussagekräftiger und kein eigentlich „fairer" Indikator der tatsächlichen gouvernementalen Leistungsfähigkeit sein. Die Einstellungsdaten geben dann mindestens ebenso sehr indirekt Aufschluss über die erinnerte Kritik an den alten Zuständen und über die Unpopularität des abgetretenen Führungspersonals. Das gilt auch für die Bewertung der Regierungspolitik des seit dem 12. April 1990 amtierenden Kabinetts Lothar de Maizière: „Die erste demokratisch legitimierte Regierung in der DDR hatte einen schweren Stand. Einerseits wurden sehr hohe Erfolgserwartungen an sie gerichtet, andererseits musste sie das Erbe von rund vierzig Jahren SED-Herrschaft sowie zahlreicher noch kurz zuvor getroffener und zum Teil weitreichender Verordnungen und Gesetze der Übergangsregierung Modrow antreten" (Infratest 1990: 33).

Unter den herrschenden schwierigen Bedingungen gewährten die DDR-Bürger der neuen Regierung gleichwohl einen Vertrauensvorschuss: Im Mai/Juni 1990 zeigten sich 51 Prozent mit der Regierungspolitik sehr zufrieden bis zufrieden. Wenig zufrieden oder unzufrieden äußerte sich gut ein Viertel (26%). Ein weiteres knappes Viertel (23%) mochte noch kein klares Urteil abgeben (ebd.: 32). Indes war der Regierungsbonus nicht unbefristet vergeben worden: Einen Monat später, nach Einführung der WWSU, war der Anteil der Zufriedenen um acht Prozentpunkte gesunken; umgekehrt hatte sich die Zahl der Unzufriedenen um 15 Prozentpunkte erhöht. „Die Meinungsbildung über die Regierung festigte sich, der Anteil der Unentschlossenen ging deutlich zurück" (ebd.: 35).

Dass trotz gewachsener Unsicherheit über die Folgen, die von den bevorstehenden Veränderungen der Wirtschaftsstruktur zu erwarten waren, das Regierungsvertrauen ein recht ansehnliches Niveau hielt, hatte seine Ursache im Erinnerungsvermögen der DDR-Bevölkerung. Den Menschen war noch frisch gewärtig, wie trostlos die ökonomische Situation in den Jahren zuvor gewesen und aktuell immer noch war. Rückblickend sahen im Mai/Juni 1990 rund 90 Prozent der Ostdeutschen die Zustände der Wirtschaft des Landes durch Versorgungsengpässe und sich verschlechternde Entwicklungstendenzen

gekennzeichnet. Die anhaltend kritische Einschätzung, die in der Vergangenheit vorgeherrscht hatte, überdauerte die Wende. Dies erklärt, weshalb die Aussagen über die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft überwiegend optimistisch ausfielen: Von März bis Juni 1990 rechneten knapp 60 Prozent der Befragten damit, dass sich in einem Jahr die Lage verbessert haben werde (Abbildung 17). Auch nach der WWSU glaubte immer noch die Hälfte der Bevölkerung an eine wirtschaftliche Erholung. Darunter waren vor allem Arbeiter, aber auch Freiberufliche und Selbständige (Infratest 1990: 61).

Abbildung 17 Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der DDR in einem Jahr, von Februar/März bis Juli/August 1990, Angaben in Prozent



Quelle: DDR-Befragungswelle 1990, Infratest Kommunikationsforschung 1990; eigene grafische Darstellung.

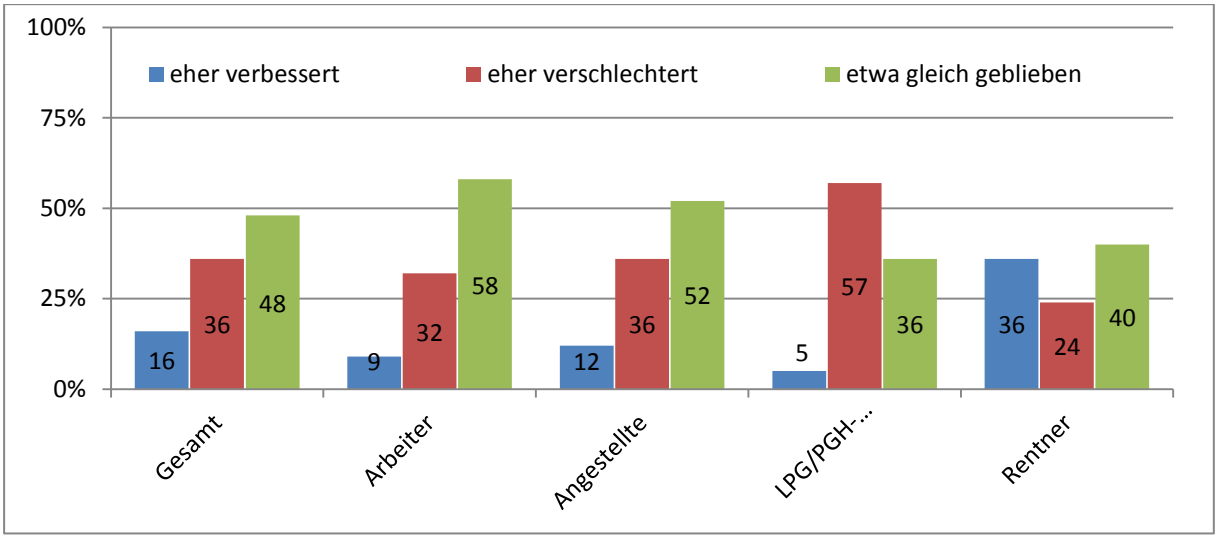
Getragen wurde der Optimismus von einem demoskopischen Plebiszit für das System der Marktwirtschaft: 46 Prozent hielten es für „ganz sicher" und weitere 44 Prozent für „wahrscheinlich", dass mit Einführung des freien Marktes der wirtschaftliche Aufschwung bevorstehe. „Nach 40 Jahren Planwirtschaft und deren Zusammenbruch ist fast die gesamte DDR-Bevölkerung mehr oder minder stark davon überzeugt, dass es sehr viel eher mit der Marktwirtschaft aufwärts gehen werde" (ebd.).

Die große Mehrheit der Ostdeutschen war zudem bereit, für verbesserte Lebensbedingungen (Wohnen, Grundnahrungsmittel, Verkehrsbetriebe, Gesundheit, Altersvorsorge) persönlich einen höheren Preis zu zahlen. Dass am Arbeitsplatz künftig das Leistungsprinzip gelten solle, fand gleichfalls überwiegend Zuspruch. Der Aussage „Obwohl ein privatwirtschaftliches System keine Arbeitsplatzgarantien geben kann, sind mir die damit verbundenen Bedingungen (einerseits leistungsgerechte Entlohnung, andererseits Arbeitslosenversicherung) persönlich wichtiger", stimmten im Mai/Juni 1990 64 Prozent der Befragten zu, darunter vor allem Angehörige der jüngeren und mittleren Altersgruppen, des landwirtschaftlichen Sektors und Handwerker (ebd.: 64f.).

Die Umstellung der Währung auf die D-Mark zum 1.Juli 1990 wurde von 90 Prozent der DDR-Bürger uneingeschränkt begrüßt. 58 Prozent waren auch mit den Umtausch-Regelungen sehr zufrieden bzw. zufrieden. Allerdings äußerte nur ein gutes Drittel der

Bevölkerung (36%) die Überzeugung, dass mit der Währungsunion für alle Bürger „gleiche Startbedingungen“ hergestellt würden und hinfort die „wirkliche Leistung“ die Triebfeder für den eigenen Lebensstandard sei. Fast die Hälfte (48%) glaubte dies nur bedingt (ebd.: 71). Nach Einführung der D-Mark registrierte ein reichliches Drittel der Bevölkerung finanzielle Einbußen (Abbildung 18).

Abbildung 18 Entwicklung der persönlichen finanziellen Situation von DDR-Bürgern nach Einführung der D-Mark 1990, Angaben in Prozent



Erklärung: PG-Mitarbeiter = Mitarbeiter der Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, PGH-Mitarbeiter = Mitarbeiter der Produktionsgenossenschaft des Handwerks. Quelle: Befragungszeitraum: 25.07. bis 17.08.1990, Infratest Kommunikationsforschung 1990; eigene grafische Darstellung.

In die anfangs des Jahres 1990 noch weit verbreitete optimistische Grundstimmung mischten sich nach dem 1. Juli, dem Stichtag der Einführung der WWSU, zunehmend auch sorgenvolle Einschätzungen. Vornehmlich solche DDR-Bürger, die um ihren Arbeitsplatz fürchteten, rechneten nach der Reform damit, dass sich die persönlichen Lebensbedingungen verschlechtern würden (34%, ein Plus von 11%). Zwar schlug im Sommer 1990 der in der Folge der Privatisierung der Unternehmen erwartbare Abbau von Arbeitsplätzen noch nicht massiv auf den Arbeitsmarkt durch. Dennoch hielt es annähernd die Hälfte der Befragten schon damals für wahrscheinlich, „in den nächsten ein bis zwei Jahren“ den Arbeitsplatz zu verlieren. Für die große Mehrheit kamen ein selbst unternommener Wechsel der Arbeitsstelle, ein Berufswechsel oder der Schritt in die berufliche Selbständigkeit als Alternative allerdings nicht in Betracht (Tabelle 13 und Abbildung 19).

Erkennbar wird heute im Rückblick: Auf eine elementare persönliche Verunsicherung, wie sie mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bereits erfahren wurde oder perspektivisch zu befürchten war, reagierten DDR-Bürger in diesem Stadium des Umbruchs überwiegend defensiv und wenig flexibel. Die ausgeprägte Hochschätzung des Prinzips individueller Leistung und Leistungsbelohnung, die noch wenige Monate zuvor im März 1990 gemessen worden war, erwies sich offenbar als ein kurzlebiges Übergangsphänomen.

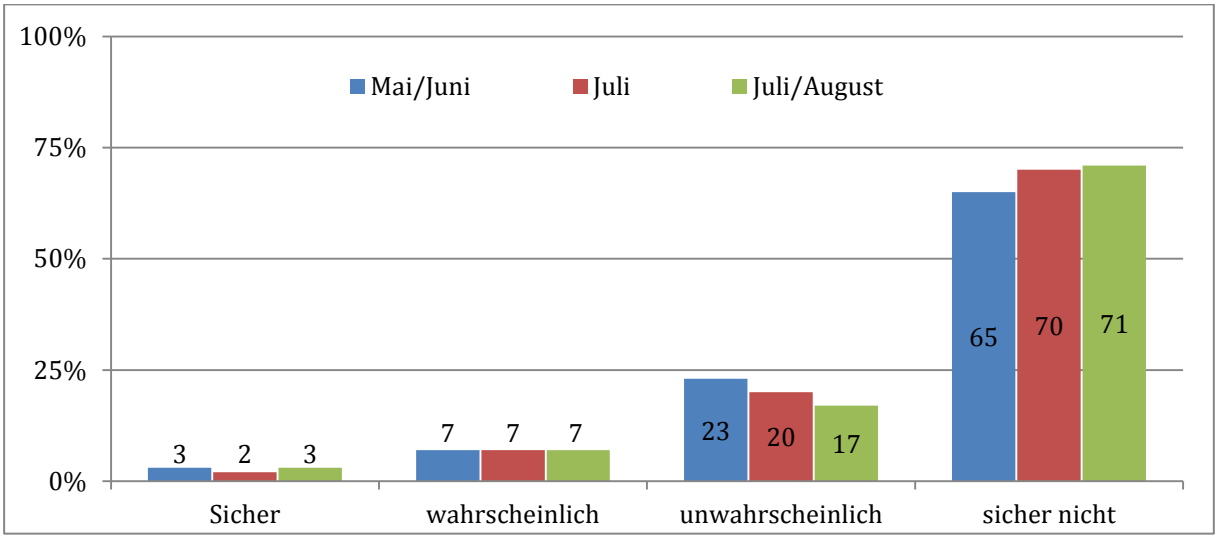
Das nunmehr deutlicher immobile Verhaltensmuster kann, darin ist der damaligen Deutung der Umfrageforscher beizupflichten, als ein „Resultat des bisher eingeengten Entscheidungsspielraums des einzelnen im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft“ angesehen werden (ebd.: 93). Im verbreiteten Zögern, die prekär gewordene Sekurität, die der sozialistische Staat vormals geboten hatte, durch eigene Initiative zu überwinden, wirkte das Erbe der beschriebenen DDR-typischen Staatskultur am Vorabend der deutschen Einigung nach. Die Grundhaltung, die auf staatliche Leistungen statt Eigenverantwortung setzt, blieb als ein „Legat“ der DDR in der politischen Kultur des geeinten Landes von Anfang an präsent.

Tabelle 13 Berufliche Erwartungen der DDR-Bevölkerung in den nächsten ein bis zwei Jahren nach der WWSU, Mai/Juni bis Juli/August 1990, Angaben in Prozent,

	Sicher/Wahrscheinlich	
Wie wahrscheinlich ist es,...	Mai/Juni	Juli/August
...dass Sie Ihren Arbeitsplatz verlieren?	43	47
...dass Sie Ihren jetzigen Beruf aufgeben werden und in einem anderen Beruf neu anfangen?	21	23
...dass Sie von sich aus Ihre Arbeitsstelle wechseln werden?	15	18
...dass Sie in Ihrem jetzigen Betrieb beruflich aufsteigen werden?	13	15
...dass Sie sich in Ihrem Betrieb beruflich verschlechtern?	12	15
...dass Sie ganz aus dem Erwerbsleben ausscheiden?	12	6
...dass Sie sich selbstständig machen?	10	10
...dass Sie Ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend aufgeben?	9	11

Erklärung: WWSU = Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Quelle: Gruppierte Daten aus „sicher“ und „wahrscheinlich“, Befragungszeitraum Mai/Juni 1990 und Juli/August 1990, Infratest Kommunikationsforschung 1990

Abbildung 19 Berufliche Erwartungen der erwerbstätigen Bevölkerung, insbesondere der Wechsel in die Selbstständigkeit 1990, Angaben in Prozent,



Quelle: DDR-Befragungswelle

3.2.8 Das erste Jahr danach: wachsende Sorgen und das Ende der Illusionen

Die hochfliegenden Erwartungen, die den ostdeutschen Vorabend der Einigung ausfüllten, haben nicht lange vorgehalten. Binnen eines Jahres nach der Einigung, so merken Oscar Gabriel und Katja Neller an, verminderte sich die Unterstützung der Prinzipien einer liberal-pluralistischen Demokratie so gründlich, dass man sich fragen müsse, „ob die im Vereinigungsjahr ermittelten Befunde nicht eher das Resultat sozialer Erwünschtheitseffekte als der Ausdruck realer politischer Überzeugungen waren“ (Gabriel/Neller 2010: 75).

Deutliche Anzeichen für einen negativen Stimmungsumschwung, der vor allem bei der Bewertung der Lebensbedingungen zutage trat, wurden schon für die zweite Hälfte des Jahres 1990, also für die Zeit unmittelbar nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, beobachtet. In der vergleichsweise kurzen Zeitspanne zwischen Juni und Oktober/November 1990 wiesen die einschlägigen Messgrößen für fast alle abgefragten Lebensbereiche „wesentliche Veränderungen in negativer Hinsicht“ auf (Landua u.a. 1991: 18). Und ein weiteres reichliches halbes Jahr später hatten sich die Anzeichen für erstarkende Skepsis und wachsenden Pessimismus zu einem „allgemeine[n] Stimmungsumschwung in Ostdeutschland“ ausgeweitet (Landua 1992: 4).

Als Indikator für diesen psychologischen Wettersturz hat die Forschungsstelle Sozialberichterstattung des WZB die *subjektive Lebenszufriedenheit* herangezogen und überprüft. Hierfür wurden im April 1992 Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) Ost von Juni 1990 und Juni 1991 vergleichend ausgewertet. Generell lassen Angaben zur Zufriedenheit erkennen, „wie Personen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Erwartungen und Ansprüche bestimmte Lebensbedingungen bewerten“ (ebd.: 3).

Wie Tabelle 14 veranschaulicht, wurden 1990 wie 1991 im Osten Deutschlands die privaten Bereiche von Familie und Gesundheit am wichtigsten bewertet. Politischer Einfluss wurde demgegenüber als nahezu vernachlässigbar eingestuft. Einkommen und Arbeit rangierten im Mittelfeld der persönlichen Rangskala, wenngleich mit ansteigender Tendenz. Die Rangfolge der Wichtigkeiten wies dabei in Ost und West „eine erstaunliche Ähnlichkeit“ auf. Aufgrund der hohen Bedeutung, die dem Faktor Arbeit als einem gesellschaftlichen Wert in der DDR zukam, sowie vor dem Hintergrund der sich zunehmend entfaltenden ökonomischen Umbruchskrise war es in der Tat „wenig überraschend, dass vor allem Arbeit und Einkommen in der ostdeutschen Bevölkerung wesentlich höher eingestuft werden als im Westen“ (ebd.: 12).

Die Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche unterschied sich, wie nicht anders zu erwarten war, nach Alter, Geschlecht und Erwerbsstatus. Das Einkommen etwa wurde nur für die Bevölkerung im erwerbstätigen Alter wichtiger (Tabelle 14). Arbeit bekam für Männer einen höheren Stellenwert als für Frauen. Und: „Sowohl Kurzarbeiter als auch Arbeitslose in Ostdeutschland heben im Zusammenhang mit den Veränderungen ihres Erwerbsstatus die Bedeutung von „Arbeit“ für ihr Wohlbefinden sogar noch weiter hervor“ (ebd.: 15). Hier hatte die ökonomische Transformationskrise, die von 1990 bis 1992

währte und mit einem Einbruch der gesamten Wirtschaftsleistung um etwa ein Drittel einherging (IWH 2010: 29), bereits sichtbare Spuren hinterlassen. Binnen eines Jahres waren mehr als zwei Millionen ostdeutsche Erwerbstätige ohne reguläre Beschäftigung (Landua 1992: 22). Für die Jüngeren unter 30 Jahren hingegen waren Freizeit und Freundeskreis für das Wohlergehen vergleichsweise bedeutsamer als für Ältere. Im Vergleich mit Westdeutschland zeichnete sich im Spiegel der Daten von 1990 als hauptsächliches Unterscheidungsmerkmal „ein allgemein niedrigeres *Niveau* fast aller Zufriedenheitswerte im Osten ab" (ebd.: 16). Verwunderlich ist dies aus heutiger Sicht nicht. Denn dass die materiellen Lebensbedingungen, die zu Zeiten der DDR, gemessen an der Bundesrepublik, seit Jahrzehnten schlechter gewesen und von der Bevölkerung Ostdeutschlands auch so eingeschätzt worden waren (vgl. Kapitel 3.2.6.), sich schlagartig verbessern würden, war nicht zu erwarten gewesen.

Indes hat sich das Ost-West-Gefälle der Lebenszufriedenheit im Jahr eins der deutschen Einheit nicht abgebaut. Im Gegenteil: Mitte des darauf folgenden Jahres 1991 fielen die Antworten der Ostdeutschen auf die Zufriedenheitsfragen zum größeren Teil schlechter aus. Besser bewertet als ein Jahr vorher wurden lediglich die Umweltsituation sowie – mit einem allerdings mäßigen Durchschnittswert von 5.7 - das Angebot an Waren und Dienstleistungen (Tabelle 15). Demgegenüber hatte sich die Zufriedenheit mit dem eigenen Haushaltseinkommen, die schon 1990 erheblich niedriger als im Westen lag, bis Juni 1991 weiter verschlechtert: 1991 lag der Anteil der „eher Unzufriedenen" mit rund 40 Prozent deutlich über dem der „eher Zufriedenen". Die Mehrheit der Ostdeutschen bekundete somit „gerade in einem der Bereiche Unzufriedenheit, der für ihr individuelles Wohlbefinden zugleich als einer der wichtigsten anzusehen ist. Das ebenfalls sinkende Niveau der Bewertung des eigenen Lebensstandards ergänzt das Bild eines wachsenden Gefälles zwischen Ost und West hinsichtlich der Zufriedenheit mit zentralen materiellen Lebensbedingungen" (Landua 1992: 18).

Ebenso verringerte sich die Zufriedenheit mit der Arbeit (Tabelle 15). Auch hier zeichnete sich binnen Jahresfrist „im Osten ein deutlicher Bewertungseinbruch ab, dessen Ursachen vor allem in der Zunahme „irregulärer" Beschäftigungsverhältnisse – wie Kurzarbeit – zu suchen sind" (ebd.). Und: „Die noch 1990 im Osten bestehenden Differenzen einzelner Altersgruppen hinsichtlich der Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit haben sich bis 1991 weitgehend nivelliert. Sie wird zu diesem Zeitpunkt von allen Gruppen fast gleichermaßen als schlecht eingestuft" (ebd.: 20). Dämpfend machte sich hier bemerkbar, dass die Zahl derer, die den Verlust des Arbeitsplatzes oder einen beruflichen Abstieg erfuhren, schon rapide angewachsen war.

Doch dürfen die psychologischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit nicht isoliert betrachtet werden. Ihr die Lebenszufriedenheit mindernder Effekt wurde verstärkt durch eine generelle Unsicherheit hinsichtlich der Lebensbedingungen, wie sie sich im Osten Deutschlands seinerzeit ausbreitete.

Tabelle 14 Wichtigkeit von Lebensbereichen für das subjektive Wohlbefinden nach Geschlecht und Altersgruppen, Angaben in Prozent, Neue Bundesländer, 1990 bis 1991

			Geschlecht				Altersgruppen					
Insgesamt			Männer		Frauen		Bis 30 Jahre		31 bis 60 Jahre		Über 60 Jahre	
	Ost 1990	Ost 1991	Ost 1990	Ost 1991	Ost 1900	Ost 1991	Ost 1990	Ost 1991	Ost 1990	Ost 1991	Ost 1990	Ost 1991
Gesundheit	91	88	90	86	93	90	87	85	92	86	94	93
Familie	82	83	80	80	83	85	81	83	87	88	72	70
Einkommen	65	69	66	71	65	68	64	72	66	70	65	65
Umweltschutz	64	52	63	50	64	54	56	46	65	53	71	57
Arbeit	53	58	55	63	52	53	50	56	55	60	25	15
Freizeit	37	31	40	32	35	29	48	40	38	30	23	23
Beruflicher Erfolg	31	30	36	35	27	25	36	36	36	35	14	6
Freundeskreis	26	20	26	19	26	22	40	32	23	16	16	16
Politischer Einfluss	10	6	11	7	10	5	6	5	13	5	10	7

Fragetext: „Welche der nachfolgenden Bereiche sind für Ihr Wohlbefinden und Ihre Zufriedenheit sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, oder unwichtig?“
Erläuterungen: Angabe von „sehr wichtig“, für die Spalten „Insgesamt“, sowie „Männer“ und „Frauen“ nur Befragte bis zum 60. Lebensjahr.
Quelle: Landua 1992: S. 13. Datenbasis: SOEP-Ost 1990-1991.

Tabelle 15 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen nach Geschlecht und Altersgruppen, Alte und neue Bundesländer, 1989 bis 1991 (Mittelwerte auf einer Skala von 1 „Unzufrieden“ bis 10 „Zufrieden“)

				Geschlecht						Altersgruppe								
Insgesamt				**Männer**			**Frauen**			**Bis 30 Jahre**			**31 bis 60 Jahre**			**Über 60 Jahre**		
	West 1989	**Ost 1990**	**Ost 1991**	**West 1989**	**Ost 1990**	**Ost 1991**	**West 1989**	**Ost 1990**	**Ost 1991**	**West 1989**	**Ost 1990**	**Ost 1991**	**West 1989**	**Ost 1990**	**Ost 1991**	**West 1989**	**Ost 1990**	**Ost 1991**
Haushaltseinkommen	6,8	5,5	4,7	6,7	5,6	4,7	6,8	5,5	4,8	6,4	5,3	4,5	6,7	5,7	4,7	7,1	5,5	5,3
Lebensstandard	-	6,3	5,8	-	6,4	5,8	-	6,3	5,8	-	6,2	5,9	-	6,4	5,7	-	6,3	6,1
Arbeit	7,3	7,2	6,3	7,3	7,2	6,4	7,2	7,2	6,3	7,3	7,0	6,4	7,3	7,3	6,3	7,8	7,6	6,5
Angebot an Waren und Dienstleistungen	-	3,1	5,7	-	3,0	5,6	-	3,2	5,7	-	2,9	5,0	-	2,9	5,6	-	3,9	6,5
Eigene Wohnung	7,8	7,0	6,9	7,8	6,9	6,9	7,8	7,1	6,9	7,3	5,8	6,1	7,8	7,2	7,0	8,3	7,7	7,5
Zustand der Umwelt	-	3,1	4,1	-	3,1	4,1	-	3,1	4,0	-	2,8	3,6	-	3,0	4,0	-	3,8	4,7
Gesundheit	6,6	6,7	6,5	6,7	6,9	6,8	6,4	6,5	6,3	7,6	7,9	7,9	6,6	6,5	6,4	5,5	5,5	5,1
Freizeit	7,1	-	6,4	7,1	-	6,3	7,1	-	6,4	6,8	-	5,9	6,7	-	6,0	8,1	-	7,8
Kinderbetreuung	-	7,6	-	-	7,5	-	-	7,6	-	-	7,5	-	-	7,6	-	-	-	-

Fragetext: „Welche der nachfolgenden Bereiche sind für Ihr Wohlbefinden und Ihre Zufriedenheit sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, oder unwichtig?“
Erläuterungen: Angaben in Mittelwerte, für die Spalten „Insgesamt“, sowie „Männer“ und „Frauen“ nur Befragte bis zum 60. Lebensjahr, Variablen „Lebensstandard“, „Angebot an Waren und Dienstleistungen“, „Umweltzustand“ und „Kinderbetreuungsmöglichkeiten“ wurden in den alten Bundesländern nicht erhoben ebenso „Freizeit“ (1990) und „Kinderbetreuungsmöglichkeiten“ (1991) in den neuen Bundesländern.
Quelle: Landua 1992: S. 19. Datenbasis: SOEP-West 1989, SOEP-Ost 1990-1991.

Eine vergleichbare Erfahrung mit außergewöhnlichen Belastungen einer Ausnahmesituation, wie sie die dem Systemwechsel folgende Umbruchkrise für die Ostdeutschen mit sich brachte, blieb den Westdeutschen erspart, obwohl auch ihnen die Risiken der marktwirtschaftlich organisierten Arbeitsgesellschaft keineswegs fremd waren. Detlef Landua hat dies zeitnah so kommentiert: „Der Verlust der Erwerbsarbeit zieht zwar auch im Westen schwere Wohlfahrtsdefizite nach sich, aber zum einen ist Arbeitslosigkeit hier bereits seit langem eine bekannte Form der Nichterwerbstätigkeit, zum anderen kumulieren ihre Folgen nicht mit den persönlichen Belastungen und Unsicherheiten im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Umbruchprozesses, mit dem die Menschen in den neuen Bundesländern zur Zeit konfrontiert sind“ (ebd.: 23).

Wie Tabelle 16 ausweist, waren im Frühsommer 1991 „Ungewissheit, Ängste und Sorgen über den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes und die eigenen wirtschaftlichen Existenzgrundlagen […] zu einem übergreifenden Massenphänomen in den neuen Bundesländern geworden“ (ebd.: 26). Mehr als fünfmal so viele Menschen wie im Westen – und darunter mehr Frauen als Männer sowie vor allem Ältere im erwerbsfähigen Alter- fürchteten, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Das waren zehn Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Sowohl die eigene wirtschaftliche Situation als auch der Lauf der Wirtschaft generell wurden von Ostdeutschen jetzt in wachsender Zahl pessimistisch eingeschätzt.

Die Gesamtbewertung der persönlichen Lebensumstände lag bereits Mitte 1990 in der damaligen DDR mit einem Mittelwert von 6.6 deutlich niedriger als im Westen, und dieser Wert hat sich bis Juni 1991 – mit Ausnahme von Rentnern - weiter verschlechtert (Tabelle 17). Der Grad der Lebenszufriedenheit lag damit im Osten Deutschlands in der Endzeit der DDR allgemein auf einem Niveau, wie es im Westen zur gleichen Zeit „überwiegend bei typischen Problemgruppen (Arbeitslose; alleinlebende, einsame Ältere; dauerhaft gesundheitlich Beeinträchtigte) anzutreffen“ war (ebd.: 32). Sowohl die nachwirkende materielle Unterversorgung während der DDR als auch, darin ist Detlef Landua zuzustimmen, die Ungewissheit über die eigene Zukunft, „die nach dem schnellen Zusammenbruch des mehrheitlich abgelehnten, aber mit seinen Ordnungsmustern und „Arrangements“ doch vertrauten DDR-Staates“ weit verbreitet war (ebd.), trugen das Ihrige dazu bei, die Zufriedenheit niedrig zu halten.

Ein Jahr später, im Juni 1991, war lediglich noch etwa jede(r) zweite Ostdeutsche mit seiner Lebenslage im Großen und Ganzen eher zufrieden. Der auf 6.0 in den neuen Ländern abgesunkene Mittelwert war im Jahrzehnt zuvor im Westen zu keiner Zeit gemessen worden und konnte „vom Standpunkt der Wohlfahrtsforschung als alarmierend bezeichnet werden“ (ebd.).

Tabelle 16 Große Sorgen bezüglich verschiedener Lebensbereiche nach Geschlecht und Altersgruppen, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, 1989 bis 1991

„Große Sorgen um…“	Insgesamt			Geschlecht						Altersgruppe								
				Männer			Frauen			Bis 30 Jahre			31 bis 60 Jahre			Über 60 Jahre		
	West 1989	Ost 1990	Ost 1991	West 1989	Ost 1990	Ost 1991	West 1989	Ost 1990	Ost 1991	West 1989	Ost 1990	Ost 1991	West 1989	Ost 1990	Ost 1991	West 1989	Ost 1990	Ost 1991
die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	17,5	35,5	47	16	36	47	19	35	47	13	30	42	20	42	52	17	27	40
die eigene wirtschaftliche Situation	11,5	28	37,5	12	27	37	11	29	38	11	32	38	13	30	43	8	18	23
Arbeitsplatzsicherheit	7,5	37	47	7	33	43	8	41	51	7	35	39	7	36	50	-	-	-

Erläuterungen: Zu geringe Fallzahlen: Variable „Arbeitsplatzsicherheit“ bei der Altersgruppe der über 60-Jährigen.
Quelle: Landua 1992: S. 25. Datenbasis: SOEP-West 1989, SOEP-Ost 1990-1991.

Tabelle 17 Gegenwärtige und erwartete Lebenszufriedenheit nach beruflicher Stellung, Geschlecht, Altersgruppen und Erwerbsübergänge, Alte und neue Bundesländer, 1989 bis 1991 (Mittelwerte auf einer Skala von 1 „ganz und gar unzufrieden bzw. sehr schlecht“ bis 10 „ganz und gar zufrieden bzw. sehr gut“)

	Lebenszufriedenheit							
	Gegenwärtig			In 5 Jahren		Bewertung der Lebensverhältnisse		
	West 1989	Ost 1990	Ost 1991	Ost 1990	Ost 1991	West	Ost	Region
Berufliche Stellung:								
In der Landwirtschaft Tätige/ Landwirte	6,2	6,7	-	7,2	-	-	-	-
un- und angelernte Arbeiter	6,9	6,2	5,9	7,4	7,1	8,0	4,6	5,3
Qualifizierte Arbeiter	7,1	6,6	6,0	7,8	7,4	7,8	4,3	5,2
Auszubildende	7,3	6,7	6,5	8,0	7,9	7,5	4,4	5,3
Einfache und mittlere Angestellte	7,2	6,7	6,0	7,5	7,3	8,0	4,4	5,1
Höhere Angestellte	7,4	6,6	6,1	7,4	7,2	8,1	4,4	5,2
Selbstständige	6,9	6,9	5,8	7,9	7,4	7,9	4,4	5,2
Geschlecht:								
männlich	7,1	6,6	6,1	7,5	7,3	8,0	4,4	5,3
weiblich	7,2	6,6	6,0	7,4	7,1	8,0	4,4	5,1
Altersgruppe:								
Bis 30 Jahre	7,3	6,6	6,1	7,7	7,6	7,8	4,4	5,2
31 bis 60 Jahre	7,1	6,5	5,8	7,5	7,0	8,0	4,3	5,2
Über 60 Jahre	7,1	6,6	6,5	7,2	7,1	8,2	4,5	5,3
Erwerbsübergänge:								
Konstant erwerbstätig	7,2	6,7	6,2	7,6	7,5	7,9	4,5	5,3
Erwerbstätig – Kurzarbeit	-	6,4	5,3	7,5	6,8	7,9	4,2	4,8
Erwerbstätig – Arbeitslos	5,8	6,3	4,8	7,4	6,8	7,9	4,1	4,9
Erwerbstätig – Vorruhestand	-	6,7	6,2	6,9	7,2	8,1	4,6	5,4
Rentner	7,1	6,6	6,5	7,1	7,0	8,3	4,6	5,4
Insgesamt:	7,1	6,6	6,0	7,5	7,2	8,0	4,4	5,2

Fragetext: Lebenszufriedenheit = „Was meinen Sie, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig – alles in allem – heute mit Ihrem Leben? Und was glauben Sie, wie wird es wohl in 5 Jahren sein?“; Lebensverhältnisse = „Die Lebensverhältnisse für die Bürger sind in verschiedenen Teilen Deutschlands unterschiedlich. Wie gut kann man Ihrer Meinung nach in den folgenden Teilen Deutschlands leben? Hier in der Region, in der Sie leben, im westlichen Teil Deutschlands (alte BRD) insgesamt gesehen oder im östlichen Teil Deutschlands (frühere DDR) insgesamt gesehen.“

Erläuterungen: „Einfache/mittlere und höhere Angestellte“ für die Jahre 1989 und 1991 einschließlich der Beamtenkategorie; „In der Landwirtschaft Tätige/Landwirte“ wurde 1991 nicht erhoben.

Quelle: Landua 1992: S. 33. Datenbasis: SOEP-West 1989, SOEP-Ost 1990-1991.

Mit Fortdauer der Einigung hat sich die Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen jedoch deutlich gefestigt (Kap. 4.2, Abbildung 26, sowie Ergebnis der aktuellen Umfrage Kap. 5). Der von uns erstellte Meta-Trend Ost, der mehrere Umfragen im Längsschnitt zusammenfasst, weist gleichfalls das Jahr 1991 als einen absoluten Tiefpunkt im Zufriedenheitsniveau aus. Seither ist das Ausmaß der Lebenszufriedenheit, betrachtet man den

gesamten Zeitverlauf bis in die Gegenwart, in beiden Teilen des Landes erkennbar gestiegen, wobei Westdeutsche sich insgesamt konstant zufriedener äußern als Ostdeutsche. Doch auch dieser Ost- West-Abstand verringert sich etwa seit 2008. Das krisenhafte Szenario eines wohlfahrtsstaatlichen Mezzogiorno, das sich in der Wahrnehmung der ostdeutschen Bevölkerung im Jahr 1991 für das eigene Land abzeichnete, hat sich als eine nur kurzzeitig massiv aufblühende Unzufriedenheit erwiesen. Diese stellt ein psychologisches Kennzeichen der Umbruchszeit dar. Es machte sich aber, wie wiederholte Ausschläge der Zufriedenheitskurve nach unten zeigen, auch in späteren Phasen wirtschaftlicher Eintrübung neuerlich bemerkbar.

Dass ihre eigene Lebenszufriedenheit *in der Zukunft steigen* würde, haben die Ostdeutschen, ungeachtet der großenteils damals pessimistischen Beurteilung ihrer aktuellen Lebenslage, seinerzeit übrigens schon vorhergesehen. Über 60 Prozent blickten Mitte 1990 zuversichtlich in die Zukunft, und im Durchschnitt hat sich die optimistische Prognose selbst zu den Zeiten des mentalen Tiefs im Juni 1991 nur leicht verschlechtert (Tabelle 17). „Offenbar überwog die Einschätzung, dass man sich in einer Talsohle befinde und „nur" eine gewisse Durststrecke zu durchlaufen habe" (Landua 1992: 36f.).

3.2.9 Schneller Anschluss an die Gesellschaftskultur der Demokratie: Verbandsbindungen in Ostdeutschland im Jahr der Einigung

Im obigen Teil (vgl. Kapitel 3.1.5) haben wir das neokorporatistische Modell kollektiver wirtschaftlicher Interessenvertretung, das auf der Mitgliederstärke und hierarchisierten Verhandlungsfähigkeit großer Organisationen beruht, als ein modernes Systemmerkmal der Bundesrepublik vorgestellt, das in der historischen Kontinuität deutscher „Staatskultur" steht. Wir haben ferner darauf verwiesen, dass der verbandliche Korporatismus als *ein* tragendes Teil der bundesdeutschen demokratischen „Gesellschaftskultur" angesehen werden kann. Die Übertragung von Organisationsstrukturen und Handlungsmustern des auf den Grundsätzen freiwilliger Mitgliedschaft und innerverbandlicher Mitbestimmung gründendes westdeutschen Verbändesystems nach Ostdeutschland war Teil des Institutionentransfers, der im Prozess der Einigung stattgefunden hat.

Ein automatisches Anerkennen als eine autorisierte neue Interessenvertretung ging mit dem Westexport des Verbändesektors indessen seitens der Ostdeutschen nicht einher. Die DGB-Gewerkschaften orientierten sich bei der Ausdehnung ihrer Branchenorganisationen in die neuen Bundesländer an dem Übernahmemodell „Auflösung der DDR-Gewerkschaften und Übertritt der Mitglieder" (Fichter/Reister 1996: 310). Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft entsprang also freiwilliger individueller Entscheidung. So war es, mit den Worten des Verbändeforschers Bernhard Weßels, „angesichts des Repräsentationsbedarfs nach über 50 Jahren nicht vorhandener Selbstorganisation in Ostdeutschland […] eine zentrale Frage, ob sich die Bürger von Organisationen mit ihren Interessen vertreten fühlen" (Weßels 1992: 6).

Mit Blick auf diese Ausgangssituation war der alsbaldige Zustrom zu den freien Gewerkschaften beeindruckend. Im Jahr 1990 zählten die DGB-Gewerkschaften im Osten

Deutschlands mehr als 3,6 Millionen Mitglieder und im Jahr darauf knapp 4,2 Millionen. Der Organisationsgrad stieg im gleichen Zeitraum von 39,4 Prozent auf 42,2 Prozent der Arbeitnehmer und lag damit um rund 10 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland (Fichter/Reister 1996: 313).

Zwar gingen die Mitgliedszahlen im Organisationsbereich des DGB-Ost danach bis 1994 auf knapp 2,6 Millionen – per Saldo ein Verlust von gut einem Drittel – zurück (ebd.: 315). Der massive Mitgliederverlust ist jedoch nicht zu deuten als Ausdruck eines kollektiven Misstrauensvotums an die Adresse der Verbandspolitik. Er war vielmehr die Folge der De-Industrialisierung Ostdeutschlands, die den Abbau von Millionen von Arbeitsplätzen mit sich brachte.

Der hohe formale Organisationsgrad, den die freien Gewerkschaften 1990 im Osten vorweisen konnten, hat folglich bereits als solcher eine gewisse Aussagekraft, was die selbstbestimmte Organisationsbindung ostdeutscher Arbeitnehmer betrifft. Bernhard Weßels hat auf der Basis repräsentativer Umfragen von Oktober und November 1990 die Organisationspräferenzen der Bürger sowie ihre gefühlte „Vertretenheit durch Organisationen" in Ost- und Westdeutschland vergleichend untersucht. Dabei stellte sich heraus, dass sich Ende 1990 zwar mehr Ostdeutsche durch Umweltgruppen als von Gewerkschaften vertreten fühlten, gleichzeitig aber die Arbeitnehmerverbände als mit Abstand persönlich „wichtigste Organisation" betrachteten (Tabelle 18). „Im Gegensatz zur generellen Vertretenheit", folgerte Weßels, „stehen nach persönlicher Wichtigkeit in Ostdeutschland also nicht Organisationen der ´Neuen Politik` an der Spitze, sondern Organisationen der ´Alten Politik`" (Weßels 1992: 7).

Tabelle 18 Vertretenheit durch Organisationen, Angaben in Prozent, alte und neue Bundesländer, Oktober/November 1990

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Fühle mich vertreten.	**Ist eine wichtige Organisation.**	**Fühle mich vertreten.**	**Ist eine wichtige Organisation.**
Verbände/Institutionen:				
Gewerkschaften	48,1	14,0 (2)	68,4	35,1 (1)
Umweltschutzgruppen	75,1	27,5 (1)	80,1	12,8 (2)
Evangelische Kirche	23,9	2,6 (7)	22,1	5,4 (3)
Bürgerinitiativen	59,2	4,8 (4)	64,1	4,9 (4)
Seniorengruppen	35,1	3,0 (6)	20,4	2,5 (5)
Frauengruppen	37,1	4,2 (5)	33,3	2,4 (6)
Katholische Kirche	26,3	9,1 (3)	8,1	1,8 (7)
Arbeitgeberorganisationen	25,1	1,0 (8)	16,0	1,0 (8)
Bauernverbände	24,4	0,9 (9)	16,5	1,0 (9)

Fragetext: „Sagen Sie mir bitte für jede dieser Gruppen und Organisationen – egal, ob Sie darin Mitglied sind oder nicht – ob sie Ihrer Meinung nach Ihre Interessen vertritt oder Ihren Interessen entgegensteht."; „Welche eine von diesen Gruppen und Organisationen ist für Sie persönlich am wichtigsten?" Quelle: Weßels 1992: S. 7.

Im Hinblick auf die hier besonders interessierende Frage nach dem transformationsbedingten Wandel der DDR-eigenen „Gesellschaftskultur", die ein weitgehend fremdbe-

stimmter Ausleger des autoritären Staatsmodells war, und ihrer Anschlussfähigkeit an das westdeutsche Gegenmodell ist Weßels´ Befund in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Zum einen hatte die besondere Wertschätzung von Umweltschutzgruppen vor allem situationsbedingte Beweggründe: Diese Gruppierungen genossen Ansehen als Teil der oppositionellen Bürgerbewegung, die den Sturz des alten Regimes maßgeblich mit herbeigeführt hatte. Außerdem war das Ausmaß der Umweltschäden gleichsam hautnah spürbar, und die Beseitigung ökologischer Schäden besaß daher in den Augen der Bürger eine hohe aktuelle Dringlichkeit. Zum anderen hatte die Vertretung von Themen der sogenannten Neuen Politik, zu welchen neben Umweltfragen auch Selbstverwirklichung und Partizipation zählen, unter dem Regime der DDR keinerlei Spielraum gehabt, mit der Folge, dass sich in der ostdeutschen Gesellschaft keine entsprechende kulturelle Konfliktlinie hatte ausbilden können. Erfahrungen, wie sie die Westdeutschen seit den späten 1960er Jahren gemacht hatten, als im Gefolge des Wertewandels Bürgerinitiativen und Neue Soziale Bewegungen auftraten, hatten die Ostdeutschen gezwungenermaßen „ausgelassen“ (so Weßels 1992: 8).

So gesehen, gab es zum Zeitpunkt der Einigung im Osten Deutschlands keine wirkliche Wahlmöglichkeit zwischen den Werten der Alten und der Neuen Politik. Drittens wäre eine breite Hinwendung zu postmaterialistischen Werten auch schon deshalb wenig wahrscheinlich gewesen, weil in der gegebenen Situation des ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchs materielle Bedürfnisse wie z.B. gesicherte Arbeitsplätze und Einkommen eindeutig Vorrang hatten (vgl. Tabelle 19).

Tabelle 19 Persönlich wichtigste Organisation nach Problembereich (Verbände/Institutionen), Angaben in Prozent, alte und neue Bundesländer, Oktober/November 1990

Problembereiche:	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Wirtschaft und Arbeit	15,9	37,1
Soziales	7,2	4,9
Religion	11,7	7,2
„Neue Politik“	32,3	17,7

Quelle: Weßels 1992: S. 8.

Aus diesen Gründen erwies sich die „alte“, neokorporatistisch organisierte Seite westdeutscher Gesellschaftskultur für ostdeutsche Arbeitnehmer als anschlussfähig. Es fiel vergleichsweise leicht, die eigenen individuellen Interessen in das westliche Modell verbandlich organisierter Interessenvertretung zu übertragen. Die Hinwendung der Ostdeutschen im Einigungsjahr 1990 zu den verbandlich organisierten Sachwaltern der Alten Politik (vgl. Tabelle 20) geschah sowohl aus traditionaler Gewohnheit wie aus zweckrationalen Erwägungen: Man handelte mit dem Beitritt zum jetzt demokratisch erneuerten Verband „pfadabhängig“, d.h. blieb dort, wo man von der Interessenlage her auch zu DDR-Zeiten schon gewesen war. Zudem verband sich mit der erneuerten Organisationsbindung subjektiv die „Erwartungssicherheit“ (Weßels), die eigenen Interessen unter veränderten Bedingungen des Konfliktaustrags weiterhin vertreten zu sehen.

Tabelle 20 Die Gewerkschaften vertreten persönliche Interessen (Zustimmung), Angaben in Prozent, alte und neue Bundesländer, Oktober/November 1990

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Insgesamt	48,4	68,8
Nicht-Gewerkschaftsmitglieder	38,3	51,2
Gewerkschaftsmitglieder	88,3	82,6
Mitglieder im Bereich Dienstleistungen	90,0	85,3
Mitglieder im Bereich Industrie	89,2	81,4

Quelle: Weßels 1992: S. 13.

3.2.10 Staatsverantwortung oder Eigenverantwortung? – Die Nachwirkungen der „Staatskultur" bei Eintritt in die deutsche Einigung

Die subjektive Präferenzentscheidung, ob „mehr Staat" oder „mehr Eigenverantwortung" der Vorzug gegeben werden soll, ist eingebettet in gesellschaftliche Wertorientierungen, die auf unterschiedliche Vorstellungen von Sozialstaat verweisen (Roller 1997). Dass sich in Westdeutschland seit Gründung der Bundesrepublik ein stabiler mehrheitlicher Konsens für ein (in der Literatur so bezeichnetes) „konservatives" Wohlfahrtsstaatsmodell herausgebildet hatte (vgl. Esping-Andersen 1996), der nicht nur soziale Risiken (Einkommenssicherung bei Krankheit, Alter, Invalidität) absichert und für Chancengleichheit sorgt, sondern auch zugunsten von Vollbeschäftigung und Einkommensgleichheit aktiv steuernd eingreift, ist durch die einschlägige Forschung belegt (mit näheren Angaben Roller 1997).

Beachtung verdient nun, ob sich durch den Beitritt Ostdeutschlands die sozialstaatlichen Wertorientierungen verändert haben. Diese Frage wurde von der sozialwissenschaftlichen Forschung in den 1990er Jahren aufgegriffen und in die Annahme übersetzt, dass die Wiedervereinigung für die Entwicklung des Sozialstaats in der Wahrnehmung der Bürger einen „bedeutsamen Einschnitt" darstelle: Zum einen seien die Bürger der neuen Bundesländer „in einem sozialistischen Wohlfahrtsstaat aufgewachsen, den sie mehrheitlich dem bundesrepublikanischen Sozialstaat vorziehen". Zum anderen seien dieselben Bürger wegen der Folgen der Transformation der Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft situationsbedingt in besonderem Maße von Sozialleistungen abhängig (Roller 1997: 229).

Inwieweit vor diesem Traditionshintergrund und/oder infolge aktueller Krisenerfahrungen die Ostdeutschen ein Verständnis von Sozialstaatlichkeit entwickelt bzw. konserviert haben, das sie von ihren westdeutschen Landsleuten unterscheidet, hat Edeltraud Roller Mitte der 90er Jahre anhand ausgewählter Einstellungsgrößen untersucht. Hierfür wurden Freiheit und Gleichheit als zwei konträre „generelle Werte" gemessen, die gewünschte sozialstaatliche „Zielzustände festlegen", d.h. einerseits sozioökonomische Sicherheit und Gleichheit und andererseits Freiheit, verstanden als individuelle Autonomie (ebd.: 231). Freiheit umschließt dabei das Freisein von äußeren Eingriffen ebenso wie Selbstentfaltung. Gleichheit meint sowohl Chancengleichheit als auch eine soziale Unterschiede einebnende Ergebnisgleichheit (ebd.: 234).

Tabelle 21 Wichtigkeit von Freiheit oder Gleichheit, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, 1989/90 bis 1995

	Alte Länder				Neue Länder			
	1989	1992	1994	1995	1990	1992	1994	1995
Freiheit	63	58	53	56	46	33	29	36
Gleichheit	22	28	36	33	43	53	58	46
Unentschieden	15	14	11	11	11	14	13	18

Erläuterungen: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken? 1. Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit eigentlich beide gleich wichtig. Aber wenn ich mich für eines von beiden entscheiden müßte, wäre mir die persönliche Freiheit am wichtigsten, daß also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann. 2. Sicher ist Freiheit und möglichst große Gleichheit gleich wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müßte, fände ich eine möglichst große Gleichheit am wichtigsten, daß also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.“ Quelle: Zitiert nach Noelle-Neumann/Piel (1983): 224; Noelle-Neumann/Köcher (1993): 573 u. ders. (1997): 648. In: Roller (1999): 234

Im ersten Jahrfünft nach der Einigung wird in Westdeutschland weiterhin klar die Priorität bei dem Freiheitswert gesetzt, wenngleich mit leicht abnehmender Tendenz (Tabelle 21) Auch in Ostdeutschland dominiert zwar 1990 leicht die Freiheitsoption. Doch kann dies als ein kurzlebiger Impuls von Aufbruchsstimmung gedeutet werden. „In einer „Vereinigungseuphorie“, die sich auch bei einer Vielzahl anderer Orientierungen gezeigt hat (Gabriel 1997), haben die Bürger der neuen Länder dem gesamten „westlichen“ Wertepaket zugestimmt“ (Roller 1997: 238). Ab 1992 kehrt sich dann die Relation zugunsten der Gleichheit als Vorzugswert beständig um (Tabelle 21).

Befragt, wie die Bandbreite wohlfahrtsstaatlicher Leistungen konkret ausgestaltet sein solle, bevorzugt auch die übergroße Mehrheit der Westdeutschen „ganz offensichtlich kollektivistische und staatsbezogene Werte“ (Tabellen 22 und 23). Dabei fällt die Zustimmung für die staatliche Zuständigkeit in Risikofällen der Einkommenssicherung, die auch Arbeitslosigkeit einschließen, besonders hoch aus. Die Ost-West-Unterschiede sind eher gering.

Tabelle 22 Staats- oder Eigenverantwortung für Einkommenssicherung in Risikofällen, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, 1990 bis 1995

	Alte Bundesländer					Neue Bundesländer				
	1990	1991	1992	1993	1995	1990	1991	1992	1993	1995
Staatsverantwortung	64	58	60	61	58	70	79	80	80	83
Eigenverantwortung	19	22	19	19	20	15	7	8	8	8
Unentschieden	17	20	21	20	22	15	14	12	12	9

Erläuterungen: In welcher Gesellschaft möchte Sie leben? Staatsverantwortung = „Eine Gesellschaft, in der eher der Staat die Vorsorge für Alter und Krankheit des einzelnen übernimmt.“ Eigenverantwortung = „Eine Gesellschaft, in der der einzelne Bürger eher selbst für Alter und Krankheit vorsorgt.“ Quelle: Roller (1999): 235.

Tabelle 23 Staatsverantwortung für Einkommenssicherung in Risikofällen, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer, 1991 bis 1994

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	1991	1994	1991	1994
Staatsverantwortung ja	90	87	99	97
Staatsverantwortung nein	10	13	1	3

Erläuterungen: [Basis: Allbus 1991, 1994] Einkommenssicherung = „Der Staats muß dafür sorgen, daß man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat." Antwortvorgaben: Ja = gruppierte Daten aus „stimme voll zu" und „stimme eher zu" bzw. Nein = gruppierte Daten aus „stimme eher nicht zu" und „stimme überhaupt nicht zu". Quelle: In: Roller (1999): 236.

Deuten diese Daten darauf hin, dass in Ost- und Westdeutschland nicht sehr stark unterschiedliche Wohlfahrtsstaatsmodelle bevorzugt werden, so tritt die Diskrepanz schärfer zutage, wenn nach dem Ausmaß der gewünschten Staatsverantwortung in einzelnen Aufgabenfeldern gefragt wird (Tabellen 24 bis 27).

Tabelle 24 Staatsverantwortung für Chancengleichheit 1990 bis 1996, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	1990	1996	1990	1996
Staatsverantwortung ja	86	87	96	94
Staatsverantwortung nein	14	13	4	6

Erläuterungen: [Basis: Allbus 1990, 1996] Chancengleichheit = „Finanzielle Unterstützung für Studenten aus einkommensschwachen Familien." Antwortvorgaben: Staatsverantwortung: Ja = gruppierte Daten aus „Der Staat sollte dafür auf jeden Fall verantwortlich sein/verantwortlich sein." bzw. Nein = gruppierte Daten aus „Der Staat sollte dafür nicht verantwortlich sein/auf keinen Fall verantwortlich sein."
Quelle: Roller (1999): 240.

Tabelle 25 Staatsverantwortung für Vollbeschäftigung 1990 bis 1996, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	1990	1991	1996	1990	1991	1996
Staatsverantwortung ja	74	78	74	95	98	92
Staatsverantwortung nein	26	22	26	5	2	8

Erläuterungen: [Basis Allbus 1990, 1991, 1996] Vollbeschäftigung = „Einen Arbeitsplatz für jeden bereitzustellen, der arbeiten will." Antwortvorgaben: Staatsverantwortung: Ja = gruppierte Daten aus „Der Staat sollte dafür auf jeden Fall verantwortlich sein/verantwortlich sein." bzw. Nein = gruppierte Daten aus „Der Staat sollte dafür nicht verantwortlich sein/auf keinen Fall verantwortlich sein."
Quelle: Roller (1999): 240.

Tabelle 26 Staatsverantwortung für Einkommensgleichheit 1990 bis 1996, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer,

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	1990	1991	1996	1990	1991	1996
Staatsverantwortung ja	64	67	62	84	91	84
Staatsverantwortung nein	36	33	38	16	9	16

Erläuterungen: [Basis: Allbus 1990, 1991, 1996] Einkommensgleichheit = Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abbauen. Antwortvorgaben: Staatsverantwortung: Ja = gruppierte Daten aus „Der Staat sollte dafür auf jeden Fall verantwortlich sein/verantwortlich sein." bzw. Nein = gruppierte Daten aus „Der Staat sollte dafür nicht verantwortlich sein/auf keinen Fall verantwortlich sein."
Quelle: Roller (1999): 240.

Tabelle 27 Staatsverantwortung im Bereich der gesetzlichen Kontrolle der Löhne und Gehälter 1990 bis 1996, Angaben in Prozent, Alte und neue Bundesländer,

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	1990	1996	1990	1996
Staatsverantwortung ja	31	27	79	68
Staatsverantwortung nein	46	50	12	15
Unentschieden	23	23	9	17

Erläuterungen: [Basis: Allbus 1990, 1996] Antwortvorgaben: Staatsverantwortung: Ja = gruppierte Daten aus „Der Staat sollte dafür auf jeden Fall verantwortlich sein/verantwortlich sein." bzw. Nein = gruppierte Daten aus „Der Staat sollte dafür nicht verantwortlich sein/auf keinen Fall verantwortlich sein."
Quelle: Roller (1999): 240.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Zum Zeitpunkt des Eintritts in das geeinte Deutschland und noch in den Jahren danach haben in Ost und West teils übereinstimmende, teils unterschiedliche Vorstellungen von Sozialstaatlichkeit existiert. Die Diskrepanz lässt sich, angelehnt an die Befunde Rollers, wie folgt beschreiben: (1) Fast alle Ost- und Westdeutschen befürworten staatliche Verantwortung bei der Sicherung des Einkommens in Risikofällen und für die Gewährleistung von Chancengleichheit – beides Kernpunkte, die den Typus des „konservativen" Wohlfahrtsstaates kennzeichnen. (2) Ferner wird ebenfalls mehrheitlich in Ost und West, jedoch von deutlich weniger Westdeutschen, eine Staatsintervention zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Angleichung der Einkommen gewünscht – was dem „sozialdemokratischen" Wohlfahrtsstaatstypus entspricht. (3) Darüber hinaus spricht sich eine Dreiviertelmehrheit in Ostdeutschland, aber lediglich ein reichliches Viertel in Westdeutschland (im Schnitt 29%) für gesetzliche Kontrolle der Löhne und Gehälter aus – was ein Merkmal von Staatssozialismus erfüllt. Dieses Einstellungsgefälle zeigt im Feld der Wahrnehmung der Wohlfahrts- bzw. Sozialstaatsverpflichtungen den Tatbestand einer *gespaltenen Kultur*. Ersichtlich präferieren in den 1990er Jahren, so Roller, „die Westdeutschen eher einen sozialdemokratischen und die Ostdeutschen eher einen sozialistischen Wohlfahrtsstaat" (ebd.: 239).

3.2.11 Konvergenz oder Divergenz, oder: was blieb und was kam? – ein Zwischenfazit

Dieses Kapitel 3 mündet in zwei Fragen. Erstens: Welches Gewicht hatte, rückblickend betrachtet, die im Einigungsjahr 1990 auftretende Divergenz der Teilkulturen im Hinblick auf die Herausbildung einer gesamtdeutschen politischen Kultur? - Und zweitens: Ließ sich bereits absehen, ob sich die Unterschiede im Laufe der Zeit verfestigen oder - rascher bzw. langsamer - abbauen würden?

Um diese Fragen zu beantworten, ist die im letzten Abschnitt behandelte Wohlfahrtsstaatsorientierung ein geeigneter Ansatzpunkt. Denn diese Thematik führt nicht nur in das Zentrum der zu DDR-Zeiten entwickelten und gesellschaftlich tonangebenden Staatskultur zurück, sondern verweist ebenso auf einen gewachsenen Teil bundesdeutscher Identität. Zu klären ist, welche Bedingungen es waren, die das von Ostdeutschen in der Transformationsphase bevorzugte Wohlfahrtsstaatsmodell ursächlich herbeigeführt haben: War dafür eher die im sozialistischen Wohlfahrtsstaat der DDR erfahrene Soziali-

sation ausschlaggebend oder sind vorrangig die prekären wirtschaftlichen und sozialen Umstände der Umbruchszeit prägend gewesen?

Einstellungsanalysen deuten eher auf die Schlüssigkeit der Sozialisationsthese hin. Demzufolge spielten situative Effekte der wirtschaftlichen Transformationskrise für die sozialpolitische Erwartungshaltung der Ostdeutschen nur eine untergeordnete Rolle. Für zumindest einen der auch hier mit einbezogenen Indikatoren von Staatstätigkeit, nämlich die Einkommenssicherung in Risikofällen (siehe oben), konnte Roller nachweisen, dass dieser Indikator „nur wenig mit der ökonomischen Lage variiert" (ebd.: 239; Roller 1997). Dieser Befund spricht gegen einen Effekt kurzfristiger Änderungen, die in der persönlichen Situation den Menschen eintraten. Er bestätigt vielmehr die allgemeine Beobachtung, dass Grundeinstellungen, die über lange Zeit verinnerlicht wurden, in hohem Maße änderungsfest sind.

Die Beobachtung, dass Ost und West sich mit teilweise voneinander abweichenden Vorstellungen von Staatswohlfahrt auf den Einigungspfad begaben, darf rückblickend als Zeugnis für ´spaltbares kulturelles Material` nicht überbewertet werden. Hier fällt weniger ins Gewicht, dass sich die für Ostdeutschland festgestellte „sozialistische Komponente" der sozialpolitischen Erwartungshaltung bereits Mitte der 1990er Jahre etwas abgeschwächt hatte (Roller 1999: 239). Schwerer wog wohl von Anfang an die Tatsache, dass Ost- wie Westdeutsche in ihrer grundsätzlichen Sozialstaatsorientierung ungeachtet aller Systemunterschiede *einen gemeinsamen ideellen Vereinigungspunkt besaßen*. Diese nationale Gemeinsamkeit war zwar während der Periode der Existenz zweier deutscher Staaten und des Wettstreits der Systeme abgedunkelt worden, sie wurde aber nach 1990, ohne dass es förmlicher Deklarationen bedurft hätte, wieder wirksam. Während der Transformationskrise, die das erste gesamtdeutsche Jahrzehnt begleitete, hat sich das deutsch-deutsche sozialstaatliche Grundeinverständnis als ein äußerst wichtiges Wirkelement gesamtgesellschaftlicher Kohäsion bewährt, weil es unausgesprochen und unverzüglich praktiziert wurde.

In der alten Bundesrepublik hatten in den vier Jahrzehnten seit ihrer Gründung das Sozialstaatspostulat und die Maxime der Eigenverantwortung zu einer Koexistenz gefunden, die sozialpflichtiges Staatshandeln und individuelle Initiative alles in allem auskömmlich ausbalanciert. Dieses Element des „Modell Deutschland" ließ sich am Tag der Einigung nicht eins zu eins auf Ostdeutschland übertragen. Dagegen sprachen sowohl die Größenordnung der Situationen plötzlich einbrechender Unsicherheit, die historisch ohne Beispiel waren, als auch das Beharrungsvermögen hergebrachter ostdeutscher Erwartungsroutinen, die in eben diesen Situationen orientierende Hilfe boten. Dabei kam es zu einer bezeichnenden Wechselwirkung: Je länger aktuell hereinbrechende Unsicherheiten anhielten und sich zu schwer zu bewältigenden Dauerzuständen auswuchsen, desto häufiger erhielten vertraute Wahrheiten der alten Zeit neuerlich Auftrieb.

Dank dem Mechanismus, dass bei plötzlich und unvermutet auftretenden situativen Herausforderungen Zuflucht bei „bewährten" Erklärungshilfen gesucht wird, haben die

alten Leitbilder der staatssozialistisch deformierten deutschen Staatskultur, die im kollektiven Langzeitgedächtnis Ostdeutschlands abgespeichert waren, noch lange nachgewirkt. Die Staatsdoktrin der DDR hatte den Vorrang der Staatshilfe verfochten und Antriebe zur Eigeninitiative verkümmern lassen. Dies macht sich beispielsweise bis heute darin bemerkbar, dass in ostdeutschen Regionen, wo der Arbeitsmarkt besonders angespannt blieb, die verminderte individuelle „Selbstwirksamkeit", d.h. dass man sich selbst für verantwortlich und als fähig ansieht, Herausforderungen zu bewältigen, vergleichsweise häufig auftritt (Silbereisen u.a. 2012).

Für die Ausgangssituation des Jahres 1990 zeichnete sich im Spiegel der hier ausgewerteten Umfragedaten folgender Entwicklungsverlauf ab: Einerseits würde in den neuen Bundesländern der Prozess einer nachholenden Freisetzung von Eigenleistung und Individualität, und damit die Möglichkeit, in einem zentralen Punkt kultureller Modernisierung zum Westen aufzuschließen, seine Zeit brauchen. Andererseits barg das Gehäuse des Sozialstaats auch in seiner umgestalteten Form eine gesamtdeutsche Gemeinsamkeit, die sich als eine wichtige Ressource für das Zusammenwachsen unter schwierigen Randbedingungen bewähren sollte.

Damit schlagen wir einen gedanklichen Bogen zurück zu den allgemeinen Überlegungen, die am Anfang dieses Kapitels stehen. Unsere eingangs vorgestellte These lautete, dass die politische Kultur des geeinten Deutschland eine *Pfadabhängigkei*t aufweist, die in ihren Traditionslinien bis in das 19. Jahrhundert zurückführt und kulturelle Eigenheiten der vor 1990 in Ost und West getrennt verlaufenen deutschen Sonderwege in sich aufgenommen hat. Wie historisch „vorbelastet" die gesamtdeutsche politische Kultur in ihrer Formationsphase war (und bis heute geblieben ist), bestätigt beispielhaft die ununterbrochene Sozialstaatspräferenz, die auch den jüngsten Systemwechsel in Deutschland überdauert hat und als ein Kernbestandteil der historisch gewachsenen deutschen Staatskultur angesehen werden kann.

Aus dieser Perspektive erscheint die prinzipiell zutreffende Einschätzung, nachwirkende Sozialisationseffekte des untergegangenen SED-Regimes hätten sich „als Hemmschuh für die kulturelle Integration der beiden Teile des vereinigten Deutschlands" erwiesen und überdies seien die meisten Ostdeutschen auf die Wiedervereinigung „mental nicht vorbereitet" gewesen (Gabriel/Neller 2010: 74, 76), in einem neuen Licht. Der Integration *förderlich* war immerhin der den Ost- und Westdeutschen historisch eingeschriebene gemeinsame sozialstaatliche Nenner, ungeachtet der unterschiedlichen Leistungsniveaus und gegensätzlichen gesellschaftspolitischen Leitbilder, die während der Zeit der Zweistaatlichkeit gegeben waren. Der Institutionentransfer, der 1990 im Bereich sozialer Sicherung und Vorsorge erfolgt ist, hat sich als eine wesentliche Stabilisierungshilfe im Einigungsprozess bewährt. Er federte nicht nur materielle Risiken ab, sondern trug auch mit dazu bei, dass das in Ostdeutschland neu eingeführte System der Demokratie dort die Unterstützung fand, die es fand.

Als hemmend erwies sich dasselbe kulturelle Erbgut infolge seiner DDR-Verschalung jedoch ebenfalls: einmal wegen der eingebauten *Autonomieblockaden* und zum anderen aufgrund der mit ihm eng verbundenen *alternativlosen Fixierung auf Staatshilfe*, die gepaart war mit der Erwartung eines *staatlich garantierten Wohlbefindens*. Diese Erwartungshaltung griff über den Sektor der Sozialpolitik hinaus und bezog, auch darin dem aus DDR-Zeiten gewohnten Leitbild einer allumfassenden Staatsverantwortung folgend, allgemein Wirtschaft, Konsum und Lebensbedingungen mit ein. „Der Übergang von 1990", schrieb der Soziologe M. Rainer Lepsius im Jahr 1994, „wurde getragen von großen Erwartungen materieller und ideeller Art". Anders als in der Nachkriegszeit, bestünden jetzt „andere Kriterien für die Erwartungen, für die Bereitschaft, die Bedürfnisbefriedigung zu vertagen, die Anspruchshöhe an die Leistungsfähigkeit der neuen Ordnung anzupassen". Die Legitimität der neuen Ordnung unterlag in Ostdeutschland „Effizienzkriterien, die höher sind, als es 1949 der Fall war" (Lepsius 1995: 32f.). Diese Deutung beschreibt recht genau, weshalb das in Ostdeutschland neu eingeführte System der Demokratie nicht mehr Unterstützung fand als die, die es zunächst fand.

Mit dem zeitlichen Abstand von 25 Jahren wird deutlich: Unter den damals gegebenen Bedingungen ist ein unaufhaltsamer und furioser „Siegeszug der Demokratie", der in einem linear aufsteigenden Zuwachs an Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen und an Unterstützung des neuen politischen Systems seinen Niederschlag gefunden hätte, nicht zu erwarten gewesen. In dem Maße, wie im Zuge der Privatisierung der Unternehmen massenhaft Arbeitskräfte freigesetzt wurden, wie mit der Auflösung der großen Kombinate komplette Betreuungs- und Versorgungsangebote wegbrachen, wie Humankapital in Form erworbener Qualifikationen und etablierter Berufsbilder seine Gültigkeit verlor, wie persönliche Entwicklungsguthaben an Statusgarantien und Karrierechancen entwertet wurden und wie trotz einer äußerst hohen Anpassungsflexibilität an neue Produktionsformate und Arbeitsabläufe der Verlust des Arbeitsplatzes nicht verhindert werden konnte, schlugen hochgespannte Erwartungen in Enttäuschung um.

Dennoch ist inzwischen, zweieinhalb Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung, ein beachtlicher Fundus an Gemeinsamkeiten der politischen Kultur entstanden. Die im anschließenden Kapitel 4 dokumentierten Zeitreihen der Einstellungsdaten zeigen bemerkenswerte „Fortschritte im Prozess der Herstellung der inneren Einheit an, die den 1990 vollzogenen Institutionentransfer erst verhaltenswirksam werden lassen" (Gabriel/ Neller 2010: 77). *Divergenz*, d.h. eine sich öffnende Schere der Einstellungen in Ost und West, ist nicht kulturprägend geworden. Kein Zweifel: Im Spiegel dieser Daten werden andererseits nicht ausschließlich Tendenzen einer *Konvergenz*, sondern ebenso einer fortbestehenden *Differenz* der Einstellungen von Ost- und Westdeutschen erkennbar. Dass sich, wie im Folgenden aufgezeigt wird, Abstände im Niveau etlicher Einstellungen und Einschätzungen gehalten haben, verweist auf nach wie vor bestehende Besonderheiten und Unterschiede, d.h. nicht zuletzt auch auf immer noch unterschiedlich intensiv auftretende Problemlagen zwischen west- und ostdeutschen Regionen, wobei die geschilderten historischen Pfadabhängigkeiten auf je eigene Weise wirksam werden.

Es gibt vor allem zwei Gründe dafür, dass der Institutionenwandel, der ein Herzstück des 1990 vollzogenen Systemwechsels zu Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft darstellt, in Ostdeutschland erst „verspätet“ kulturelle Wirkung entfalten konnte. Zum einen haben hier, wie die wie selbstverständlich eingeforderte Staatsverantwortung für soziale Sicherheit, Beschäftigung und wirtschaftliche Prosperität beispielhaft zeigt, prägende Sozialisationseffekte der formell beseitigten Institutionen des Vorgängerregimes noch länger nachgewirkt. Neben diesem „Regimeeffekt der DDR“ (Roller 1999: 244) haben die ökonomische Transformationskrise und die daraus erwachsenen sozialen Verwerfungen verhindert, dass sich in Ostdeutschland eine stabile demokratische politische Kultur zügiger aufbauen konnte.

Jedoch: So wie es Zeit braucht, bis die Bindekraft beseitigter alter Institutionen nachlässt, so arbeitet die Zeit wiederum auch für eine allmähliche Aneignung der neuen Institutionen. Dieser Hoffnung hatte Karl Rohe vor nunmehr gut 20 Jahren Ausdruck gegeben, als er vorsichtig optimistisch schrieb, die Tatsache, dass das bundesdeutsche Institutionengefüge 1990 nach Ostdeutschland exportiert worden war, sei „eventuell geeignet, den Prozess der kulturellen Einigung Deutschlands voranzubringen“ (Rohe 1993: 231). Tatsächlich enthalten die nachfolgend dargestellten Daten-Zeitreihen in ihrer Längsschnittperspektive unübersehbare Belege dafür, dass Ost und West sich im Feld der politischen Kultur deutlich einander angenähert haben. Störanfällig blieb der Prozess allemal. So waren und sind die nachwachsenden Generationen keineswegs automatisch ´geborene` Garanten der Demokratie. Auch Jüngere bewerten, wie Umfragen bestätigen, Politik und Wirtschaft nach Leistungskriterien und bemessen ihre Unterstützung des Systems danach, ob dieses ihnen Räume öffnet für persönliche Entfaltung, für angemessene Lebensbedingungen und für hoffnungsvolle Zukunftsperspektiven.

4 Die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Kultur im wiedervereinigten Deutschland seit 1990

Vorbemerkung zur Methode: Im folgenden Kapitel werden ausgewählte Daten zu politischen und gesellschaftlichen Einstellungen als Zeitreihen abgebildet und einer Meta-Analyse unterzogen. Soweit möglich und zweckmäßig, werden dabei inhaltlich identische bzw. vergleichbare Schwerpunkte verschiedener Erhebungen in themenspezifischen Abbildungen zusammengefasst.

Ziel ist es nicht nur, die kulturellen Zeitverläufe anhand einzelner umfragebasierter Studien zu beschreiben, sondern die Daten dieser Studien auf einer „Meta-Ebene" zusammenzuführen. Dafür wurden, sofern notwendig, alle vorgestellten Variablen in einen einheitlichen Wertebereich von -2 bis +2 umcodiert. Vorrausetzung für die Rekodierung war eine thematische Überschneidung der Einzelstudien. Dank dieser Vorgehensweise können *Trends* auf der Basis mehrerer Studien verdichtet und in aussagefähiger Gestalt dargestellt werden.

Die einzelnen Tendenzen und Hauptlinien der Entwicklung werden als „Metatrends" (M-Trend) bezeichnet und durchgängig unter dem Aspekt einer zunehmenden *Konvergenz*, *Divergenz* oder gleichbleibenden *Differenz* interpretiert.

Um das erwartbare Problem einander überlappender und daher optisch wenig übersichtlicher Linien zu kontrollieren und die Lesbarkeit der Diagramme zu verbessern, wurden die Grafiken wie folgt aufbereitet: Unterschiedliche Datenquellen werden verschiedenfarbig dargestellt. Für die westdeutschen Untersuchungsgebiete sind die Linien gepunktet (Kreismarkierung), für die ostdeutschen Untersuchungsgebiete durchgezogen (Quadratmarkierung). Wo spezielle Informationsbedarfe abgedeckt werden sollen, wird ein weiteres Unterscheidungskriterium eingefügt. In diesem Fall dient die Markierung der Darstellung des entsprechenden Kriteriums (z.B. Geschlecht). Die einzelnen Studien werden zu einem Metatrend (Mittelwert der Studien) für Ost und West getrennt zusammengefasst; dieser M-Trend ist immer schwarz dargestellt und enthält keine Markierungen.

Der lineare Trend über den gesamten Untersuchungszeitraum wird als schwarze Gerade erkennbar. Er dient als Maßstab für langfristige Konvergenz oder Divergenz von Ost- und Westdeutschland. In der Form von *Metatrends* wird die Komplexität der einzelnen Studien reduziert. An die von den Trends vorgezeichneten Linien schließen die Ergebnisse unserer gesamtdeutschen Bevölkerungsumfrage vom Sommer 2014 inhaltlich an.

4.1 Kulturelle Angleichung

4.1.1 Tradierung und Modernisierung von Rollenbildern

Der folgende Abschnitt setzt mit der Entwicklung des Frauenbildes in Ost und West einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt im Feld der so apostrophierten „kulturellen Angleichung". Hierfür wurden zunächst die Themenkomplexe „Rolle der Frau" der All-

gemeinen Bevölkerungsuntersuchung der Sozialwissenschaften [ALLBUS] und „Family“ der European Value Study [EVS] herangezogen. Ergänzt wurden die Befunde um ausgewählte Daten des „Sexismus“-Variablenkomplexes der Bielefelder Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit [GMF] sowie des Themenfeldes „Familie und Vereinbarung von Lebensbereichen“ aus dem European Social Survey [ESS].

Obschon die Daten des Forschungsprogramms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung nicht den gesamten Zeitraum seit der Wiedervereinigung umfassen, geben die Daten doch Aufschluss über bestimmte, dem Frauenbild immanente Aspekte, wie die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt oder die generelle Diskriminierung von Frauen. Da diese Perspektive von anderen Studien nicht direkt eingenommen wird, fanden die GMF-Daten Eingang in die Metaanalyse zum Frauen- und Familienbild. Die Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde im Jahr 2002 erstmals durchgeführt und schließt vorläufig mit der letzten Befragung im Jahr 2011. Einige Variablen, die das theoretische Konstrukt Sexismus beschreiben, wurden jährlich, andere hingegen nur alle vier Jahre erhoben.

Im Folgenden wird zwischen einem „traditionellen“ und einem „egalitären“ bzw. „emanzipativen“ Verständnis der Rolle der Frau sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands unterschieden. Einem traditionellen Geschlechterrollenverständnis werden diejenigen Einstellungen zugeordnet, die das männliche Ernährermodell mit hergebrachter Arbeitsteilung, in denen die Frau in der Regel haushaltsspezifisches und der Mann marktrelevantes Humankapital anhäufen, befürworten (vgl. Träger 2010: 299). Als egalitär sollen demgegenüber diejenigen Rollenvorstellungen begriffen werden, die Aufgabenbereiche nicht geschlechterspezifisch festlegen und somit die Gleichstellung unter den Geschlechtern unterstützen (vgl. ebd.).

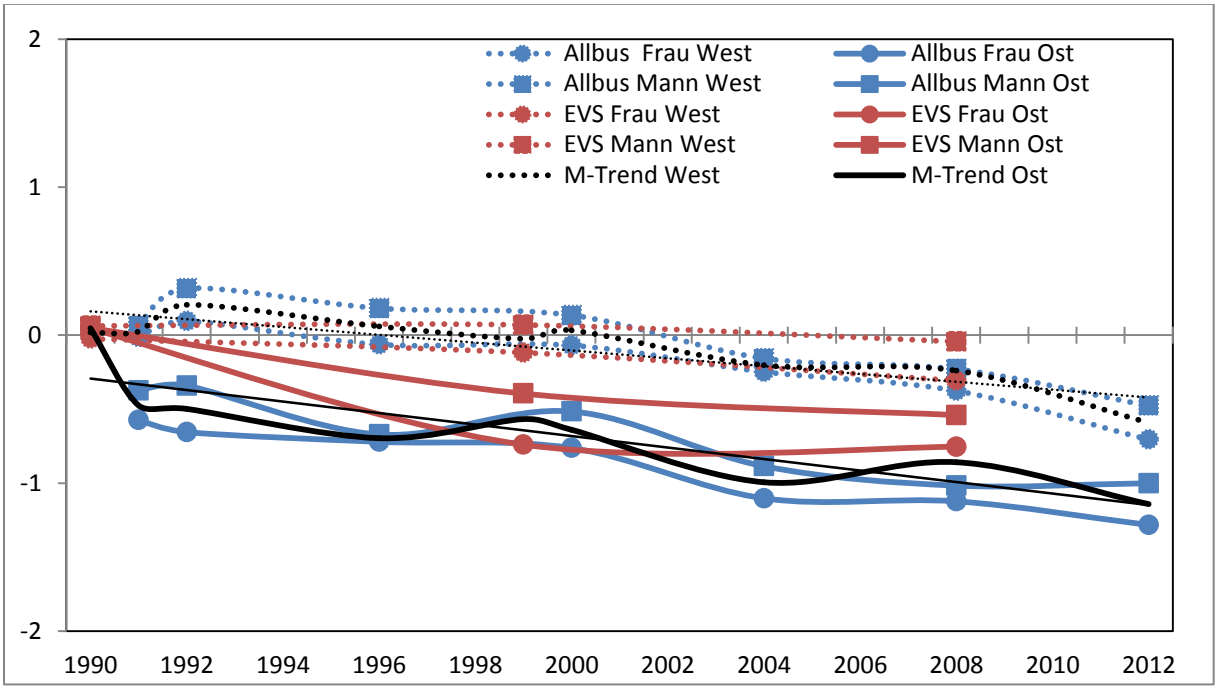
Gleiches gilt für die Einschätzung der Auswirkungen der Erwerbstätigkeit einer Mutter auf ihr Kind: Werden die Folgen als nachteilig eingeschätzt, entspricht dies einem traditionellen Rollenbild, werden sie als positiv begriffen, einem egalitären Verständnis der Rolle der Frau. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in die Bejahung der Frauenerwerbstätigkeit generell zwei Dimensionen Eingang finden: zum einen die Befürwortung im Sinne einer Rollenangleichung zwischen Mann und Frau und zum anderen die Billigung der ökonomischen Notwendigkeit eines Haushaltseinkommens, zu dem beide Partner beitragen.

Zusammengestellt werden hier die von männlichen und weiblichen Befragten angegebenen Einstellungen zur geschlechterspezifischen bzw. egalitären Arbeitsteilung: Inwieweit wird das traditionelle männliche Ernährermodell („male breadwinner model“) bzw. das Doppelverdienermodell („dual breadwinner model“) vorgezogen (vgl. Leitner 2004: 13)?

Abbildung 20 zeigt die Einstellung zum traditionellen weiblichen Lebensideal der Hausfrau und Mutter. Aus den Allbus Daten ist ersichtlich, dass der Anteil der Befürworter

eines egalitären Frauenbildes seit der Wiedervereinigung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland zunimmt. Tendenziell hegen ost- wie westdeutsche Frauen häufiger als Männer eine moderne Vorstellung von der geschlechterspezifischen Rollenverteilung, wenngleich auf unterschiedlichem Niveau. So wuchs die Ablehnung einer auf Haus-, Erziehungs-, und Sorgearbeit fokussierten Mutterrolle unter ostdeutschen Frauen um durchschnittlich 0,8 und unter westdeutschen Frauen um 0,7 Mittelwerteinheiten im Zeitverlauf seit Anfang der 1990er Jahre.

Abbildung 20 Hausfrau und Mutter als weibliches Lebensideal?



Fragetext: „Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert." [Allbus] bzw. „Ein Beruf ist gut, aber was die meisten Frauen wirklich wollen, ist ein Heim und Kinder." [EVS]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme gar nicht zu" (-2) bis „stimme voll zu" (+2) [Allbus] bzw. „stimme überhaupt nicht zu" (-2) bis „stimme voll und ganz zu" (+2) [EVS]; Angaben: Mittelwerte.

Männer äußern sich in den alten wie den neuen Bundesländern traditioneller, allerdings nur geringfügig. So wuchsen das Bewusstsein und damit die Zustimmung für unter den Geschlechtern egalitär verteilte Aufgabenfelder im Ost-West-Vergleich um 0,5 bei den Männern der alten Bundesländer und bis 0,6 Mittelwerteinheiten bei den Männern der neuen Bundesländer. Einzig die Einstellung der Männer im Osten scheint weniger gefestigt. Dort schwanken männliche Befragte häufiger zwischen Zustimmung (1991-1992; 1996-2000) oder Ablehnung (1992-1996; 2000-2008) der geschlechterspezifischen Rollenverteilung. Dennoch sind sie immer noch egalitärer eingestellt als ihre westdeutschen Geschlechtsgenossen.

Der Trend hin zu einer eher egalitär orientierten Arbeitsteilung unter den Geschlechtern, der in den Allbus-Daten ersichtlich wird, lässt sich auch aus den Daten der European Value Study (EVS) ablesen. Die Stärke dieses Wandels ist zwar geringfügig kleiner, die Daten reichen allerdings, anders als die des Allbus, lediglich bis zum Jahr 2008. Für

die erste Welle der EVS-Befragung aus dem Jahr 1990 ist auffallend, dass sich die Einstellungen zur Rolle der Frau sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland lediglich minimal voneinander unterscheiden. Ein Mittelwert um 0 zeigt an, dass weder ein ausgeprägt traditionelles noch ein strikt egalitäres Frauenbild im Osten und Westen Deutschlands bevorzugt worden ist.

Dieser Befund kontrastiert zu den Allbus-Daten für die Jahre 1991 und 1992, denn hier bekunden Befragte der neuen Länder eine deutlicher ablehnende Einstellung bezüglich des in Westdeutschland damals eher praktizierten und präferierten weiblichen Lebensideals der Hausfrau und Mutter. Mit der zweiten Befragungswelle gleichen sich die Daten des EVS denen des Allbus an, wenn auch zum Teil auf unterschiedlichem Niveau. So zeigen sich befragte Männer aus den alten Bundesländern nun etwas egalitärer als bei der Allbus-Befragung. Umgekehrt ist in den EVS-Daten das Maß der Ablehnung eines Frauenbildes, welches vorrangig auf Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit abstellt, bei ostdeutschen Frauen weniger stark ausgeprägt, als dies die Allbus-Daten vermitteln.

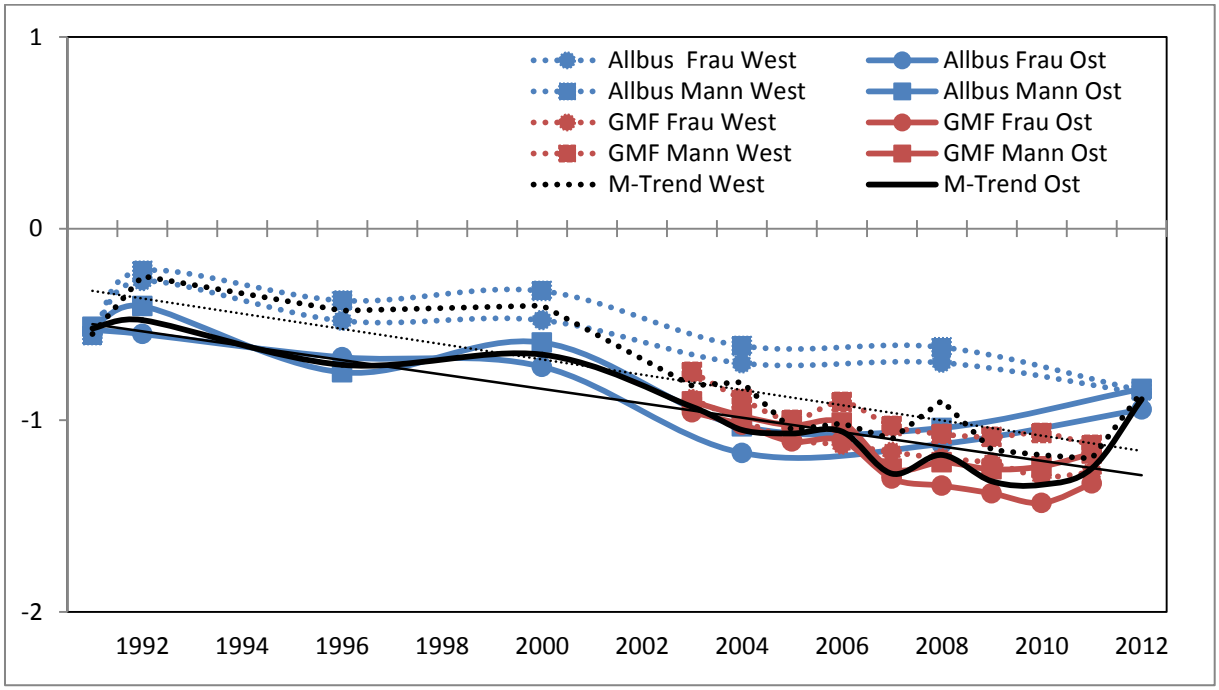
Festzuhalten ist, dass vor allem im Osten der Bundesrepublik von Frauen wie Männern immer noch eher einer egalitären denn einer traditionellen Arbeitsteilung unter den Geschlechtern der Vorzug gegeben wird. Entsprechend liegt die M-Trend-Linie Ost kontinuierlich unter der M-Trend-Linie West (Abbildung 20). Männer blieben in den alten wie in den neuen Ländern im Zeitverlauf stets traditioneller eingestellt. Verglichen mit der Einstellungsmessung im Jahr 1990, hat sich die Zustimmung bzw. Ablehnung des traditionellen Ernährermodells in den alten Ländern seither insgesamt jedoch erkennbar und stetig in Richtung einer egalitären Verteilung der Geschlechterrollen verändert. So gesehen, durchläuft Westdeutschland eine nachholende Modernisierung des Rollenbildes, ohne dass jedoch ein *Aufholen* erkennbar wäre. Da sich gleichzeitig auch Ostdeutschland emanzipativ fortbewegt, nähern sich die Einstellungslinien nicht einander an, sondern sie bleiben weiterhin different.

An das traditionelle Ernährermodell eng angelehnt ist die Erwartung, dass die Frau nicht nur zuhause bleiben und sich um den Haushalt und die Kinder kümmern soll, sondern dass es zu ihren natürlichen Aufgaben gehört, ihrem Mann den „Rücken zu stärken“ bzw. „frei zu halten“ , sodass er sich voll auf sein berufliches Fortkommen konzentrieren kann (vgl. Träger 2010: 299). Dass die Frau vornehmlich als Karrierehilfe ihres Mannes fungieren solle, stößt im geeinten Deutschland von Anfang an und mit den Jahren wachsend auf geschlechtsübergreifende deutliche Ablehnung (Abbildung 21). Dies zeigen die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsuntersuchung der Sozialwissenschaften [Allbus] für die Jahre 1991 bis 2012 ebenso wie diejenigen der Studie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit [GMF] für den Zeitraum von 2003 bis 2011.

Bemerkenswert ist die Konvergenz, die sich dabei nach zunächst länger anhaltender Differenz in den Daten seit Mitte des ersten Jahrzehnts nach der Jahrtausendwende abzeichnet: Während westdeutsche Männer und Frauen nun häufiger „modern“ denken, werden umgekehrt Ostdeutsche moderat „traditioneller“. Entsprechend nähern sich die

Linien M-Trend Ost und M-Trend West einander an, um schließlich 2012 nahezu zu verschmelzen.

Abbildung 21 „Die Karriere der Frau sollte sich der des Mannes unterordnen“

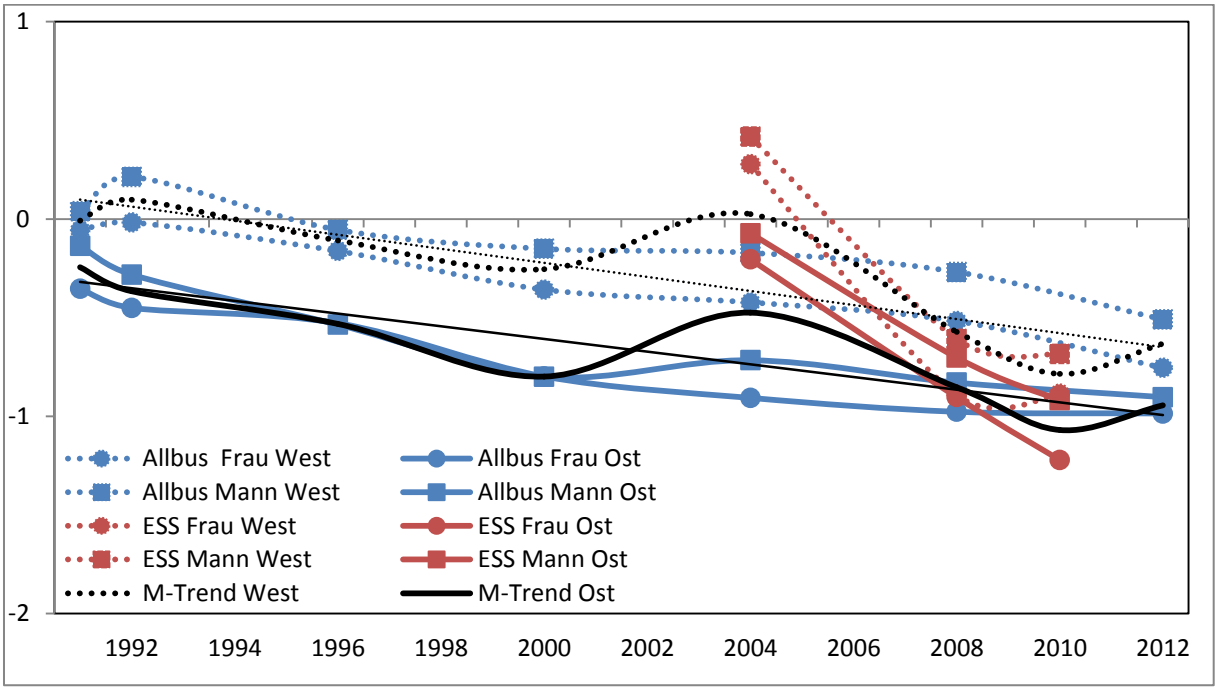


Fragetext: „Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“ [Allbus] bzw. „Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“ [GMF]; Antwortvorgabe: Skala recodiert von „stimme überhaupt nicht zu“ (-2) bis „stimme voll zu“ (+2) [Allbus] bzw. „stimme überhaupt nicht zu“ (-2) bis „stimme voll und ganz zu“ (+2) [GMF]; Angaben: Mittelwerte.

Wie ist für diese Teilansicht des Rollenbildes dieses „Entgegenkommen“ von regional konträren Polen her zu erklären? – Plausibel erscheint ein struktureller Erklärungsansatz, der auf den Wandel der Arbeitsgesellschaft abhebt: Während in Westdeutschland der Anteil erwerbstätiger Frauen zunimmt, machen sich in Ostdeutschland die Nachwirkungen der transformationsbedingten Krise des Arbeitsmarktes „verspätet“ bemerkbar: Freigesetzt worden sind hier dabei in der Vergangenheit überdurchschnittlich häufig weibliche Arbeitnehmer, mit der Folge, dass die Sicherung des Familieneinkommens stärker dem Mann überantwortet wurde. Unter solchen Bedingungen erscheint das Bild der Frau als Karrierehilfe des Mannes als ein konsequenter Ausweg aus materieller Unsicherheit. Dass, träfe diese Erklärung zu, diese Rollenverschiebung in Ostdeutschland allenfalls notgedrungen mitvollzogen wird, zeigt Abbildung 22. Diese Grafik gibt Auskunft über die Zustimmung bzw. Ablehnung bei Männern und Frauen aus den alten und neuen Bundesländern zu der Aussage, dass eine (verheiratete) Frau auf Berufstätigkeit verzichten solle, sofern nur eine begrenzte Anzahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stünde und der (Ehe)Mann in der Lage sei, mit seinem Einkommen Familie und Frau zu versorgen. In die Messung dieser Einstellung gehen also zwei Aspekte ein: einmal die Haltung gegenüber dem Recht der Frau auf einen Arbeitsplatz und zum anderen die Ab-

wägung, ob dieses Recht der erwerbstätigen Frau in Zeiten eines verknappten Angebots an Arbeitsplätzen zurechtfertigen ist.

Abbildung 22 Vorrecht der Männer auf Arbeit in Zeiten knapper Arbeitsplatzangebote



Fragetext: „Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt, und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen." [Allbus] bzw. „Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten Männer mehr Recht auf einen Arbeitsplatz haben als Frauen." [ESS]; Antwortvorgabe: Skala recodiert von „stimme überhaupt nicht zu" (-2) bis „stimme voll zu" (+2) [Allbus] bzw. „lehne stark ab" (-2) bis „stimme stark zu" (+2) [ESS]; Angaben: Mittelwerte.

Während am zeitlichen Ausgangspunkt der Messungen im Jahr 1991 westdeutsche Befragte ausweislich der Daten des Allbus, bei einem Mittelwert um 0, bei dieser Frage zunächst eher einem traditionellen Rollenverständnis zuneigen (Männer stärker als Frauen), bewegt sich die Trendlinie West ab der Mitte der 2000er Jahre deutlich auf eine egalitäre, d.h. beide Geschlechter als gleichberechtigte Anbieter ihrer Arbeitskraft betrachtende Position zu. Dabei optieren in Westdeutschland Frauen (mit einem Mittelwert von minus 0,75 – „stimme eher nicht zu"- im Jahr 2012) stets nachdrücklicher für Chancengleichheit im Arbeitsleben als Männer (2012 ein Mittelwert von minus 0,5).

Im Rückblick nicht überraschend, tritt die Bevölkerung Ostdeutschlands mit einem deutlicher gleichberechtigt ausgelegten Rollenverständnis, was die Arbeitsplatzvergabe unter den Geschlechtern betrifft, in das geeinte Deutschland ein. So befürworten ostdeutsche Männer schon 1991 mit einem Mittelwert von – 0,3 eher ein egalitäres denn ein traditionelles Frauenbild, wenn auch nicht so entschieden wie bereits damals ostdeutsche Frauen (Mittelwert -0,5). Dieser Trend verstärkt sich unter den ostdeutschen Frauen bis zum Jahr 2012 (Mittelwert -1,0). Mit temporären Schwankungen, aber in der Gesamttendenz eindeutig nähern sich Frauen und Männer in Ost wie West gleichermaßen im Verlauf zweier Jahrzehnte einem emanzipativen Modell der chancengleichen Vergabe

von Arbeitsstellen an. Dabei bleibt eine Differenz beider territorialer Trendlinien bis in die Gegenwart erkennbar.

Die in Abbildung 23 abgetragenen Vergleichsdaten des European Social Survey zeigen, allerdings für den engeren zeitlichen Ausschnitt von 2004 bis 2010, zwar keine abweichende Tendenz, wohl aber ein ungleich stärkeres Einstellungsgefälle. Hier lässt sich sowohl für Männer als auch für Frauen in beiden Teilen Deutschlands zunächst ein deutlich traditionelles Rollenverständnis ablesen. Die Mittelwerte liegen für westdeutsche Befragte 2004 deutlich über 0 und für Ostdeutsche nur knapp darunter. Danach aber verliert das traditionelle Rollenverständnis hinsichtlich der bevorzugten Vergabe von Arbeitsplätzen an Männer in Ost wie West rapide an einstellungsformender Kraft. Bis zum Jahr 2008, also innerhalb von nur vier Jahren, kehrt sich auch bei den ESS-Daten die Präferenz zugunsten einer gleichberechtigten Arbeitsplatzvergabe komplett um. Vorreiter des Wandels sind auch laut dieser Studie in Ost- wie Westdeutschland eher Frauen als Männer.

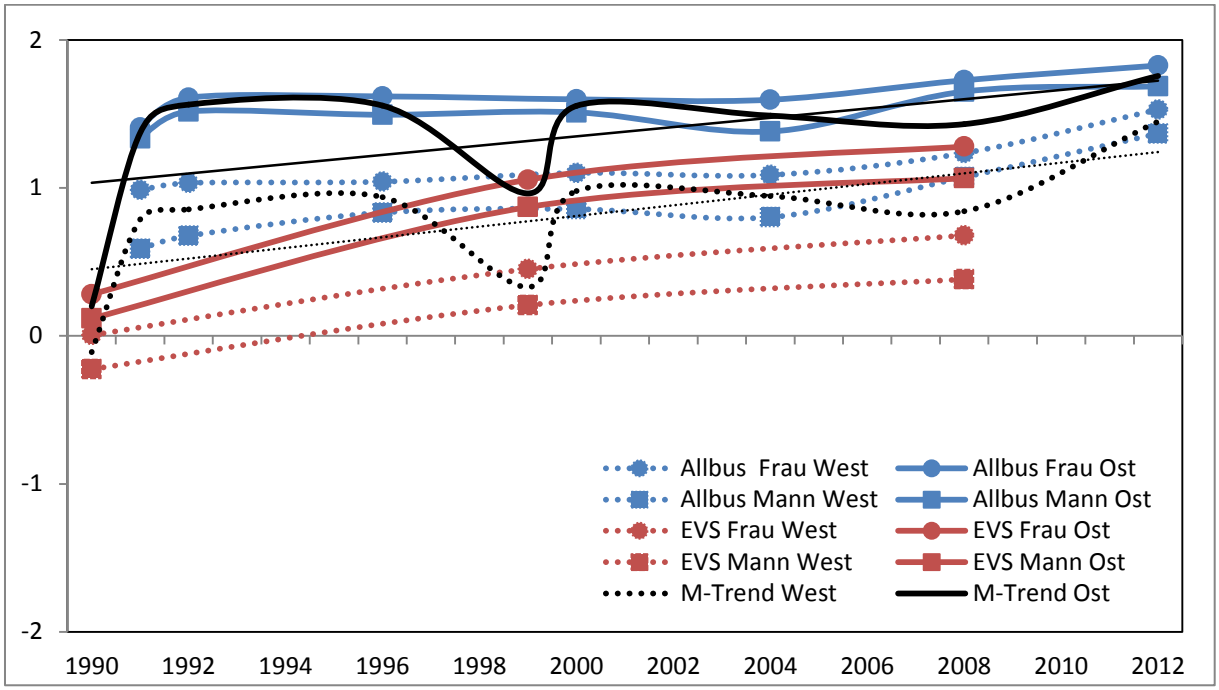
Insgesamt dokumentieren die Daten der hier herangezogenen Studien Allbus, EVS, ESS und GMF für Deutschland als Ganzes einen deutlichen Wandel hin zu einem Geschlechterrollenverhältnis, das dem Prinzip der Chancengleichheit verpflichtet ist. Dabei sind Ostdeutsche von Anfang an egalitärer eingestellt als Westdeutsche. Zwar kann von einer vollständigen Ost-West-Angleichung bei diesem Rollenmuster keine Rede sein. Doch der Trend zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Geschlechter in Arbeit und Familie hat, wiewohl im Osten anfangs und noch gegenwärtig stärker ausgeprägt als im Westen, längst beide Teile der Bundesrepublik erfasst. Dabei muss an dieser Stelle offen bleiben, inwieweit der Einstellungswandel in Westdeutschland das Ergebnis gesamtdeutscher Sozialisation ist oder aber eine fortschreitende Entwicklung ausdrückt, die bereits vor 1990 eingesetzt und sich nach der Einigung verstetigt hat.

Im Folgenden wenden wir uns mit der Frage, ob Ost- und Westdeutsche die Rolle als Mutter mit einer beruflichen Karriere für vereinbar halten, einem weiteren Teilaspekt der Scheidung in ein emanzipatives oder traditionelles Frauenbild zu. Wie Abbildung 23 zeigt, weisen die EVS- und die Allbus-Daten übereinstimmend aus, dass Männer und Frauen in Ost- wie Westdeutschland heute mehrheitlich der Meinung sind, dass sich Mutterschaft und Erwerbstätigkeit der Frau gut miteinander vereinbaren lassen. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre hat sich in diesem Punkt auch die Mehrheitsmeinung westdeutscher Männer gedreht. Zum Zeitpunkt der letzten Befragung im Jahr 2012 liegt der Mittelwert für weibliche Befragte im Westen Deutschlands bei 1,5 und derjenige der Männer bei 1,4. Gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 bedeutet dies einen Mittelwertanstieg von 0,5 (Frauen) bzw. 0,8 (Männer).

Wiederum treten damit die nun schon vertrauten relativen Unterschiede zwischen Ost-West und Mann-Frau zutage, allerdings unterschiedlich ausgeprägt. In beiden Landesteilen treten Frauen entschiedener als Männer für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf ein, aber im Osten Deutschlands ist der Abstand zu den Männern geringer. West-

deutsche Frauen verstehen sich folglich vergleichsweise häufiger als „Pioniere“ eines sie begünstigenden Rollenwandels – was nicht verwundert, da in ihrem gesellschaftlichen Umfeld der Nachholbedarf in diesem Punkt aus historischen Gründen größer ist.

Abbildung 23 Beeinträchtigung des Kindes durch Berufstätigkeit der Mutter



Fragetext: „Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihrem Kind finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“ [Allbus] bzw. „Eine berufstätige Mutter kann ihrem Kind genauso viel Wärme und Sicherheit geben wie eine Mutter, die nicht arbeitet.“ [EVS]; Antwortvorgabe: Skala recodiert von „stimme gar nicht zu“ (-2) bis „stimme voll zu“ (+2) [Allbus] bzw. „stimme überhaupt nicht zu“ (-2) bis „stimme voll und ganz zu“ (+2) [EVS]; Angaben: Mittelwerte.

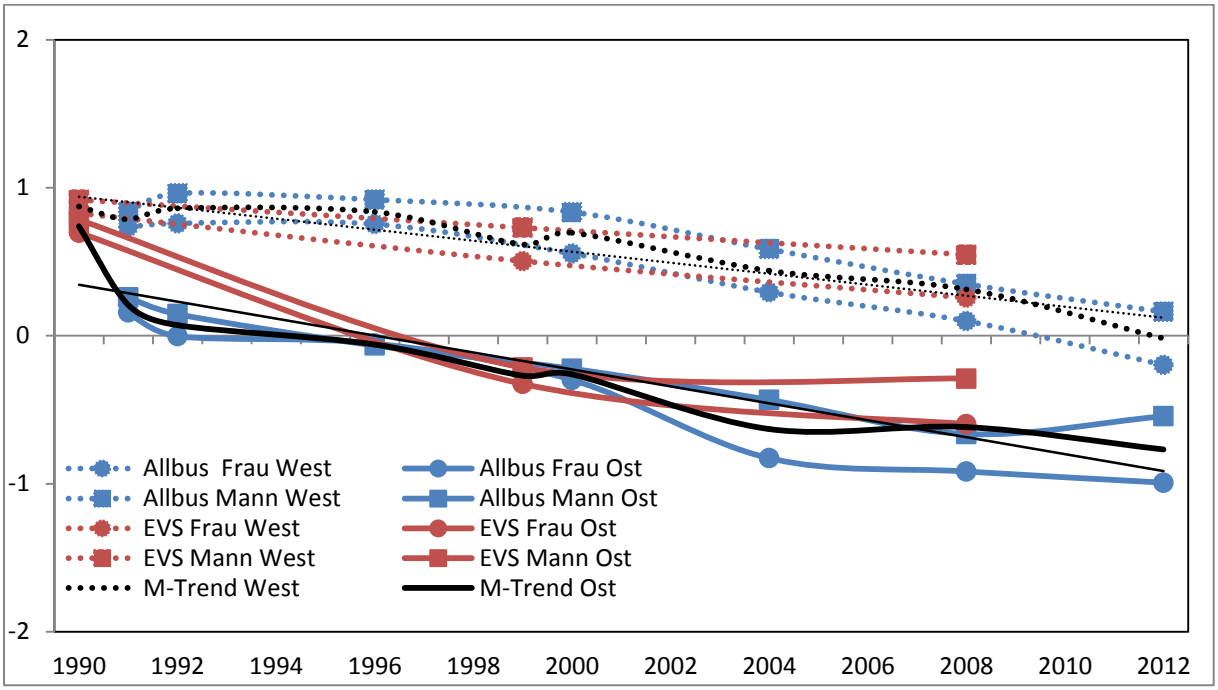
„Ein Kleinkind wird sicher bzw. wahrscheinlich darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist“ – diese Auffassung teilte zu Beginn der 1990er Jahre eine Mehrheit der Deutschen in West *und* Ost (Abbildung 24). Dabei trat jedoch ebenfalls zwischen beiden Teilen des Landes die auch für andere Facetten des Frauenbildes kennzeichnende geografische Differenz zutage: Insgesamt mehr West- als Ostdeutsche hegen die mit einem traditionellen Familienbild einhergehende Sorge um das Kindeswohl.

Der Trendverlauf für die nachfolgenden Jahre zeigt, dass diese Sorge sich in beiden Landesteilen kontinuierlich abschwächt, und zwar bei beiden Geschlechtern. Im Jahr 2012 sind es laut Allbus-Daten lediglich noch die westdeutschen Männer, die im Durchschnitt noch leicht zu der Meinung tendieren, eine Mutter bleibe in den ersten Jahren nach der Geburt ihres Kindes besser zuhause. Westdeutsche Frauen sprechen sich inzwischen vergleichsweise deutlicher für die Vereinbarkeit von Beruf und frühkindlicher Betreuung aus.

In Ostdeutschland stimmten Frauen und Männer während des ersten Jahrzehnts der Einigung in diesem Punkt weitgehend überein. Erst danach öffnete sich dort leicht die „Geschlechterschere“, was bis heute erkennbar geblieben ist: Ostdeutsche Frauen vertreten noch heute nachdrücklicher als ostdeutsche Männer die Meinung, dass weibliche

Berufstätigkeit sehr wohl mit einer kindgerechten Betreuung in Einklang gebracht werden kann.

Abbildung 24 Beeinträchtigung des Kleinkindes durch Berufstätigkeit der Mutter



Fragetext: „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist." [Allbus] bzw. „Ein Kleinkind wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist." [EVS]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme gar nicht zu" (-2) bis „stimme voll zu" (+2) [Allbus] bzw. „stimme überhaupt nicht zu"

Auch bei dieser Fragevariante untermauern die in Abbildung 24 mit aufgenommenen Daten der European Value Study die deskriptiven Befunde des Allbus. Auch hier zeigt sich für den ersten Befragungszeitpunkt 1990 für beide Geschlechter und für beide Teile Deutschlands eine stärker traditionelle Einstellung zur Erwerbstätigkeit der Frau für den Fall, dass ein Kleinkind betreut werden muss. Die Mittelwerte liegen hier zwischen 0,7 (Frauen Ost) und 0,9 (Männer West) und damit für den Osten der Bundesrepublik um etliches über den Eingangsdaten des Allbus. Danach verlaufen die geschlechtsspezifisch differenten Kurven bei den ESS-Daten bis zum letztgemessenen Jahr 2012 zwar im Vergleich zum Allbus etwas „bauchiger". In der Gesamttendenz weisen jedoch beide Erhebungen geografisch wie geschlechtsbezogen das gleiche Entwicklungsmuster auf.

Über die hinter dem Trendverlauf verborgenen Beweggründe lässt sich lediglich spekulieren. Dass Frauen in Ostdeutschland gegenwärtig noch entschiedener als in den 1990er Jahren die Doppelrolle von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft befürworten, könnte dieselbe oben schon genannte Ursache haben, dass nämlich von der Arbeitslosigkeit, die dem wirtschaftlichen Umbruch im Osten Deutschlands gefolgt ist, mehr weibliche als männliche Beschäftigte betroffen waren. Genauer gesagt: Frauen antizipieren, dass vor dem Hintergrund verknappter Arbeitsmarktchancen ihr emanzipativer

Lebensentwurf möglichweise zu einem Nachteil umgedeutet wird, und sie sind gerade deshalb bestrebt, ein sie möglicherweise zurücksetzendes Argument zu entkräften.

4.1.2 Zusammenfassung

Bis hierher zeigen die Daten in der Zeitreihe zweierlei: Die Bevölkerungen der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik gingen mit den kollektiven Lebenserfahrungen zweier unterschiedlicher Arbeitsgesellschaften in das vereinte Deutschland. In der DDR war die weibliche Arbeitskraft ein wichtiger Produktionsfaktor gewesen, der weitest möglich ausgeschöpft wurde. Dies hatte zur Folge, dass frühkindliche Außerhausbetreuung in staatlichen Ganztagseinrichtungen der Normalfall war. Nicht alle, aber viele berufstätige Frauen haben ihre außerhäusliche Arbeit als eine Chance persönlicher Selbstverwirklichung erlebt. In Westdeutschland war hingegen die Frauenerwerbsquote niedriger und häusliche Kinderbetreuung noch weit verbreitet. Die Verlaufskurve der Daten seit 1990 veranschaulicht den Kulturwandel, der sich seither in Westdeutschland vollzogen hat: Institutionell untersetzt durch einen beschleunigten Ausbau von Kindertagesstätten und politisch gefördert von einer faktischen Allparteienkoalition, ist eine außerhäusliche frühkindliche (Ganztags) Betreuung mittlerweile auch in Westdeutschland gesellschaftlich weithin akzeptiert und gesetzesförmig untersetzt. Auch hier gehört es inzwischen zur Normalität, dass eine Frau berufstätig ist und zum Haushaltseinkommen beiträgt.

Insgesamt dokumentieren die dargestellten Einstellungsmuster zum Rollenverständnis von Frau und zum Bild der Familie im Trendverlauf, dass sich bei Fragen der beruflichen Karrierechancen von Frauen, der innerfamilialen Arbeitsteilung sowie der Vereinbarkeit von Mutterrolle und Beruf seit 1990 ein *gesamtdeutscher kultureller Entwicklungspfad* herauskristallisiert, der durch eine fortschreitende Ablösung traditioneller durch emanzipatorische Rollenbilder gekennzeichnet ist. Zwar finden egalitäre Wertvorstellungen wie eine geschlechterneutrale Arbeitsteilung und daran geknüpfte moderne Rollenbilder in den neuen Bundesländern immer noch ein höheres Maß an Zustimmung als in den alten Bundesländern. Doch dass der Westen aufschließt, ist unübersehbar.

Konvergenz der Einstellungen bedeutet in diesem Feld, dass vor allem in Westdeutschland Beweglichkeit eingetreten ist. Zum Gesamtbild gehört allerdings auch, dass in Ostdeutschland in letzter Zeit das gesellschaftspolitische Pendel hier und da leicht traditioneller ausschlägt. Im Westen der Bundesrepublik hat man sich inzwischen gesellschaftspolitischen Positionen angenähert, die in Ostdeutschland schon länger zum gewohnten Alltag gehören. Dort war dieses Frauenleitbild zu Zeiten der DDR dem staatlicherseits vorgegebenen Primat der Produktion untergeordnet gewesen, das heißt es stand damals programmatisch nicht vorrangig für den Lebensentwurf einer selbstbestimmten Persönlichkeit. Erst die Einigung öffnete den Weg, eine solche emanzipatorisch aufgeladene Pfadabhängigkeit als ein gesamtdeutsches Projekt zu verfolgen. Auf den familienpolitischen Paradigmenwechsel, der in der Bundesrepublik stattfand, ist in der Literatur an

anderer Stelle mehrfach hingewiesen worden (vgl. Bujard 2013: 123; Reimer 2013; Ostner 2006: 165).

4.2 Demokratie und Parteienstaat

Das folgende Teilkapitel umfasst den Bereich politischer Einstellungen und weiterer individueller Orientierungen, die in einem weiten Sinne auf Politik bezogen sind. Dazu zählen politische Grundhaltungen ebenso wie die individuelle Einschätzung der eigenen Lebenssituation.

Im Folgenden wird zunächst die ideologische Selbsteinordnung der Bevölkerung auf dem bekannten Kontinuum von rechts bis links betrachtet. Die Chiffre „links" steht, wie Gabriel/Neller ausführen, „nach allgemeinem Verständnis für positive Einstellungen zum politischen Wandel, zu sozialer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, während rechte Positionen mit dem Erhalt des Status quo und sozialer Differenzierung in Verbindung gebracht werden" (Gabriel/Neller 2010: 125). „Links" und „Rechts" sind demzufolge nicht synonym mit radikalen oder extremen Standpunkten; diese stellen auf der Zehnerskala allenfalls Randgrößen dar.

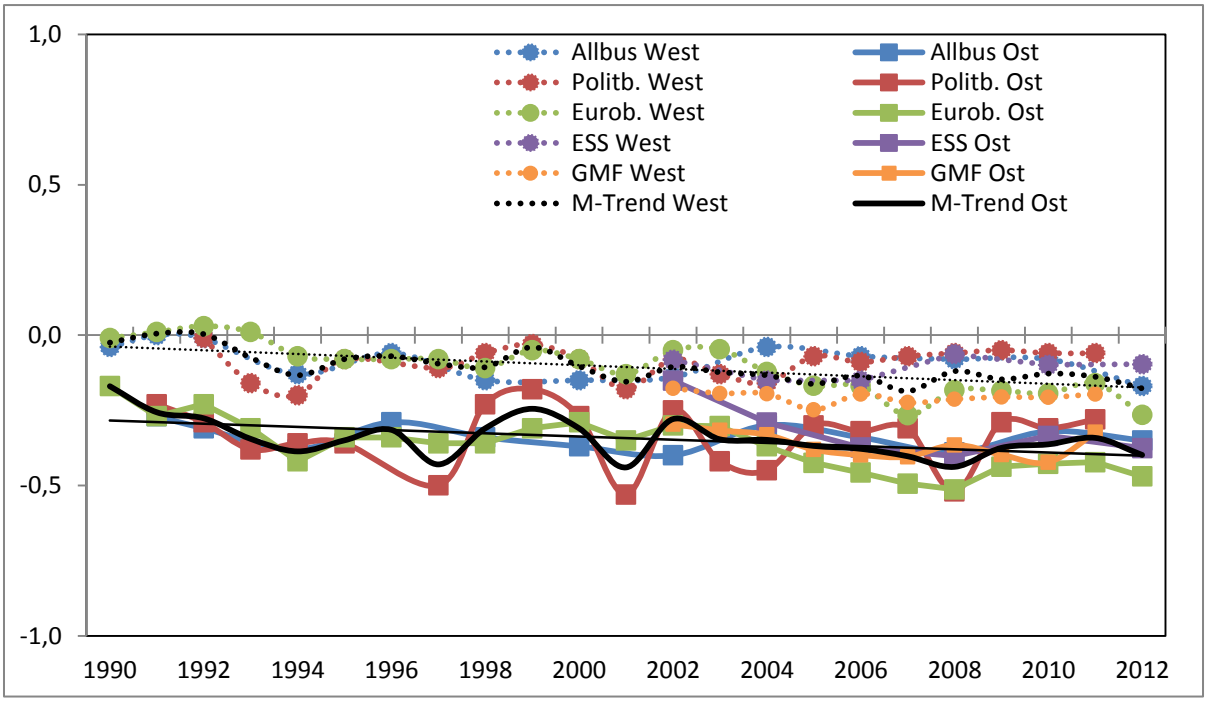
Da sich die historischen Konfliktlinien („cleavages") der traditionellen, nach Klasse und Konfession eingegrenzten Sozialmilieus in Deutschland mittlerweile weitgehend aufgelöst haben, da auch das Parteiensystem „fluider" geworden ist und da zudem neue Politikfelder an Bedeutung gewonnen haben, die sich einer eindeutigen Zuordnung zu einer politischen Richtung entziehen (wie z.B. Umwelt- oder Energiepolitik), ist die politische Aussagefähigkeit der Links-Rechts-Skala in den Sozialwissenschaften inzwischen umstritten (vgl. mit Nachweisen Gabriel/Neller 2010: 126f.). Dennoch ist die Bereitschaft von Befragten, sich auf dieser Skala spontan zu verorten, nach wie vor hoch. Das spricht für die Tauglichkeit der Skala, den persönlichen politischen Standort der Bürgerinnen und Bürger allgemein zu bestimmen. Für viele Menschen erfüllen die Konstrukte links/rechts immer noch „eine Ordnungsfunktion und helfen ihnen dabei, die komplexe politische Wirklichkeit besser zu verstehen" (Ebenda: 125).

Bei der Betrachtung von Abbildung 25 fällt nun auf, dass seit 1990 keine größeren Ausschläge in der Links-Rechts-Selbsteinschätzung der Deutschen feststellbar sind. Tendenziell ordnen sich sowohl die Ost- als auch die Westdeutschen politisch allgemein in ihrer Mehrheit im Mittelbereich bzw. leicht links von der Mitte ein. Diese Positionierung scheint sich in den Jahren seit der Wende kontinuierlich verstetigt und seit 2008 verstärkt zu haben. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es, sie fallen aber relativ moderat aus. Die maßvolle Ost-West-Differenz bleibt über alle Studien hinweg während des gesamten Beobachtungszeitraumes nahezu konstant.

Im Ergebnis werden damit für beide Landesteile die Kontinuitätslinien früherer Perioden fortgeschrieben (vgl. Gabriel/Neller 2010: 127f.). In der vergleichsweise stärker links tendierenden Einstellung der Ostdeutschen spiegelt sich der regional höhere Anteil von Anhängern der PDS bzw. der Linkspartei wider. Ausweislich dieses Verlaufes der

Einstellungskurven kann weder von Divergenz noch von Konvergenz gesprochen werden, sondern, wie die M-Trendlinien zeigen, von konstant differenten Positionsbestimmungen, die auf ein langlebiges Element in den politischen Kulturen Ost- und Westdeutschlands und auf eine ebensolche Pfadabhängigkeit verweisen (vgl. Kap. 3.1.2).

Abbildung 25 „Links-Rechts-Selbsteinschätzung"; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (Extrem links) bis +2 (extrem rechts)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Euro und Politbarometers, des ESS und der GMF-Studie. ALLBUS: Viele Leute verwenden die Begriffe 'links' und 'rechts', wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen? Skala von 1 (links) bis 10 (rechts). Eurobarometer: In der Politik spricht man von „links" und „rechts". Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen? Liste von 1 (links) bis 10 (rechts). Politbarometer: Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe "links" und "rechts". Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Stellen Sie sich dazu bitte noch einmal ein Thermometer vor, das diesmal aber nur von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. ESS: In der Politik spricht man manchmal von „links" und „rechts". Wo auf der Skala würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für links steht und 10 für rechts? GMF: Viele Leute verwenden die Begriffe 'links' und 'rechts', wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, würden Sie sich selbst als links, eher links, genau in der Mitte, eher rechts oder rechts einstufen?

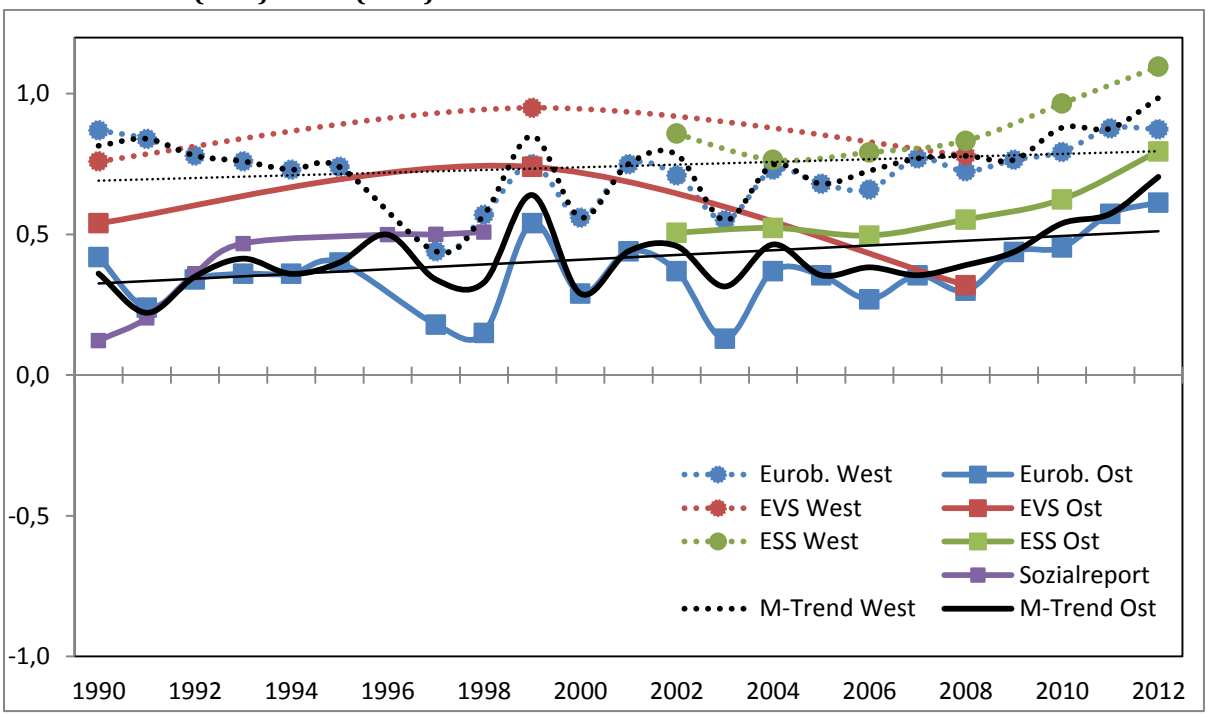
Weiterhin fällt auf, dass sich die ´linksschiefe` Gesamtverteilung seit 2008 verstärkt hat. Dies dürfte auf die Nachwirkungen der letzten großen globalen Finanzkrise und eine dadurch belebte kritische Bewertung des Bankenkapitalismus zurückzuführen sein. Da die in Abbildung 25 abgetragenen Zeitreihen nur moderaten Schwankungen unterliegen, kann also davon ausgegangen werden, dass es sich um einen langfristig konstanten Trend handelt. Auch zwischen den herangezogenen empirischen Studien zeigen sich kaum Abweichungen, was für die Vergleichbarkeit (Reliabilität) des Erhebungsinstruments spricht, welches in fast allen Studien ähnlich abgefragt wird.

Objektive Lebensbedingungen wie z. B. der sozioökonomische Status einer Person sind als Quelle unverzichtbar, wenn Aussagen über den sozialstrukturellen Wandel der Bevölkerung getroffen werden sollen. Für die hier vorgelegte Untersuchung sind vor allem die Meinungen und Einstellungen der Menschen zu diesen ihren äußeren Lebensumständen von Bedeutung. Ziel ist es folglich, ein Meinungsbild nachzuzeichnen, welches die objektiven Bedingungen aus subjektiver Sicht abbildet. Ein klassischer Indikator hierfür ist die *allgemeine Lebenszufriedenheit*. Diese stellt in der Regel einen guten, aber eher unspezifischen Schätzwert für die wahrgenommene Gesamtsituation in einem Land dar, die sich aus den Faktoren wirtschaftliche Lage, persönliche Zukunft und Leitungsbewertung der Regierung zusammenfügt.

Betrachtet man die nachfolgende Abbildung 26, so zeigt sich in dieser Hinsicht nach 1990 ein überwiegend positives Bild. Zu keinem Zeitpunkt, und zwar weder im Osten noch im Westen, fällt die Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit in den negativen Bereich ab. Die Einschätzung der eigenen Lebensverhältnisse fiel in den Nachwendejahren im Osten wesentlich schlechter aus; bis etwa 1995 näherten sich die Kurven beider Landesteile stetig an und verlaufen seitdem relativ gleichförmig. Das hohe Zufriedenheitsniveau der alten Bundesländer wird aber in Ostdeutschland bisher nicht erreicht. Auffallend ist die positive Entwicklung seit 2003, die, wie noch gezeigt wird, auch in mehreren anderen Indikatoren zum Ausdruck kommt.

Nimmt man den gesamten Zeitraum seit 1990 in den Blick, so lässt sich ein ansteigender Trendverlauf der Lebenszufriedenheit für beide Teile Deutschlands nachweisen. Dieser Anstieg fällt im Osten trotz stärkerer Schwankungen etwas steiler aus, sodass auf längere Sicht eine zunehmende Konvergenz der wahrgenommenen Lebensqualität nicht ausgeschlossen werden kann.

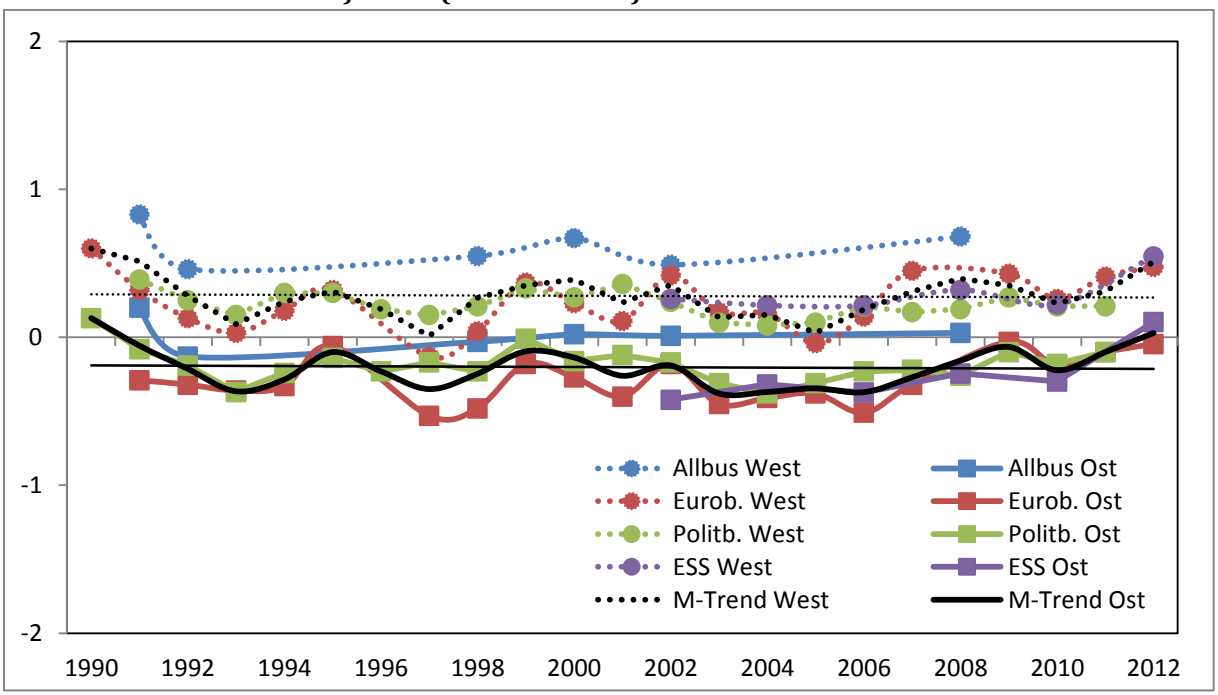
Abbildung 26 „Allgemeine Lebenszufriedenheit"; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (min.) bis +2 (max.)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Eurobarometers, des EVS, des ESS und des Sozialreports der Volksolidarität. Eurobarometer: Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen: sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? EVS: Wenn Sie einmal alles in allem nehmen: Wie zufrieden sind Sie insgesamt zurzeit mit Ihrem Leben (1-10)? ESS: Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem gegenwärtigen Leben (0-10)? Sozialreport: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben (1-5)?

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie wird in der Regel als ein Gradmesser für subjektiv wahrgenommene Systemleistungen genommen. In dieser Hinsicht sind Ostdeutsche mit der Praxis und dem Leistungsvermögen der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik seit den frühen 1990er Jahren weniger zufrieden als ihre westdeutschen Landsleute. Der Metatrend Ost liegt, wie Abbildung 27 zeigt, konstant niedriger als der Vergleichswert für den Westen. Es braucht offenbar seine Zeit, bis die einschneidenden Erfahrungen des Systemwechsels und dessen lange nachwirkenden Folgen psychologisch bewältigt werden.

Abbildung 27 „Demokratiezufriedenheit"; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (Sehr unzufrieden) bis +2 (Sehr zufrieden)



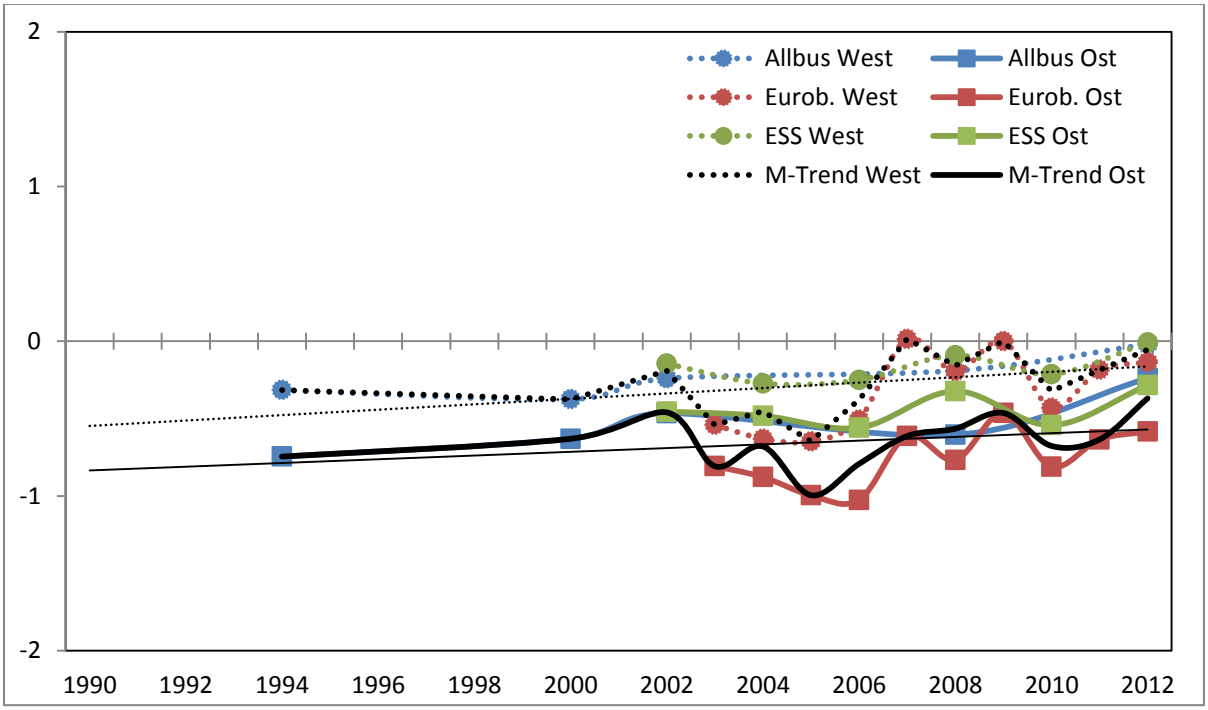
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS und des Eurobarometers. ALLBUS: Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland *besteht* (Sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, etwas zufrieden, etwas unzufrieden, ziemlich unzufrieden, sehr unzufrieden)? Eurobarometer: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland *funktioniert*, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala: Sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden, oder überhaupt nicht zufrieden? Politikbarometer: Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen? Sind sie eher zufrieden oder eher unzufrieden? ESS: Und wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert (0-10)?

Langfristig erweist sich die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der bundesdeutschen Demokratie, ungeachtet temporärer Schwankungen, als relativ stabil. Für die Zeit nach der Jahrtausendwende lässt sich ein signifikant steigender Trend ablesen. Diese positivere Sicht auf demokratische Institutionen und Akteure erklärt sich wohl durch die anhaltend optimistische Beurteilung der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage seit 2003 seitens der Mehrheit der Bundesbürger. Das aufgehellte ökonomische Klima strahlt indirekt auf die Demokratiebewertung ab. Deutlicher noch als bei der Demokratiebewertung kommt dieser zeitbedingte Erklärungshintergrund auch in anderen Einstellungen zum Ausdruck (vgl. Abbildung 27 und Abbildung 31ff.). Den Daten zufolge, ist und bleibt bei der Demokratiezufriedenheit die Diskrepanz zwischen Ost- und Westdeutschland über den gesamten gemessenen Zeitraum hinweg konstant deutlich ausgeprägt.

Zwar zeigt sich für das Jahr 2012 in Ostdeutschland erstmals eine minimal positive Bilanz. Auf eine konvergente Entwicklung deutet dies jedoch nicht hin, da parallel auch in Westdeutschland die Rate der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie angewachsen ist. Auffällig ist auf den ersten Blick, dass das Niveau der Allbus-Daten über dem der anderen Studien liegt. Dies erklärt sich möglicherweise aus der leicht vari-

ierenden Fragestellung, welche nicht so sehr auf die Funktionsweise der Demokratie, sondern auf die bestehende Herrschaftsform abhebt.

Abbildung 28 „Vertrauen in die deutsche Regierung"; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (überhaupt kein Vertrauen) bis +2 (sehr großes Vertrauen)



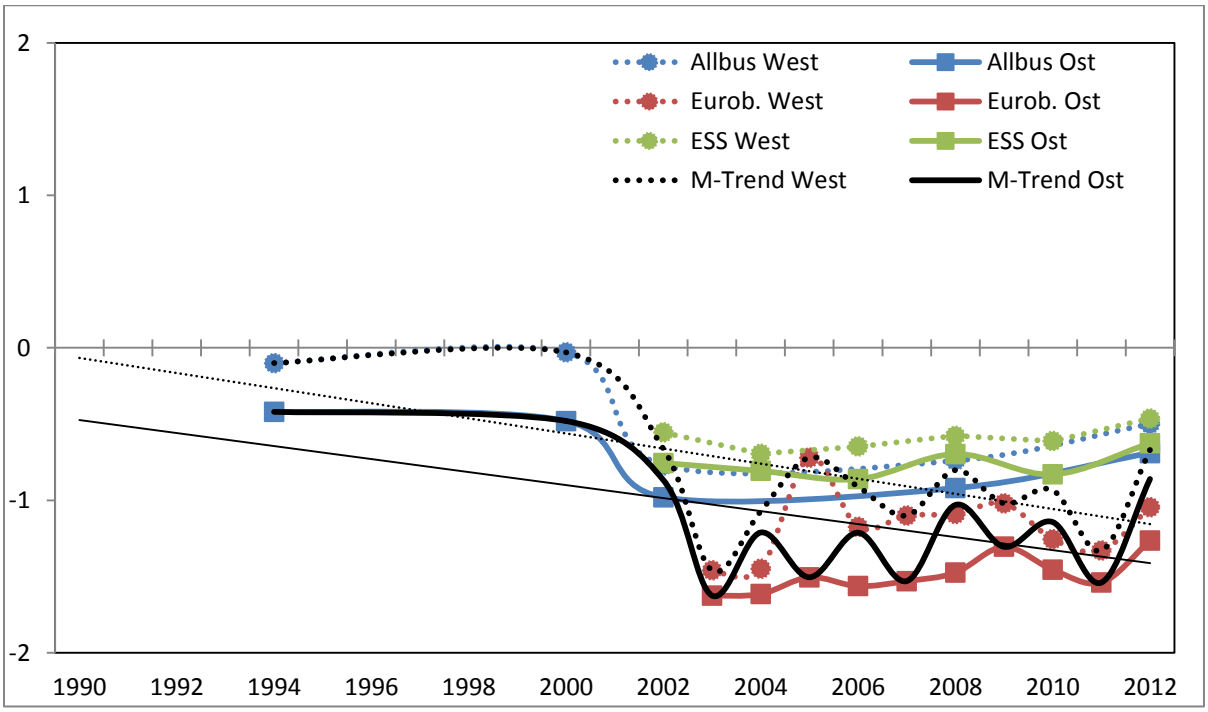
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Eurobarometers und des ESS. ALLBUS: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala: 1 bedeutet, dass Sie ihr überhaupt kein Vertrauen entgegenbringen; 7 bedeutet, daß Sie ihr sehr großes Vertrauen entgegenbringen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wiederum abstufen. Wie ist das mit dem Bundestag/der Bundesregierung? Eurobarometer: Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit dem deutschen Parlament/der deutschen Regierung? ESS: Sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe, die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen. Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis 10. Null bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen und 10, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit dem Bundestag?

Das *Vertrauen in (politische) Institutionen* ist eine wichtige Bedingung für die Legitimität, die einem politischen System und den Inhabern öffentlicher Ämter seitens der Bevölkerung zugeschrieben wird. Für die Stabilität einer Demokratie ist die gesellschaftliche Ressource Vertrauen unverzichtbar. Der von David Easton eingeführten kategorialen Unterscheidung nach *diffuse support* und *specific support* folgend, kann Vertrauen in Institutionen und politisch-administrative Akteure als „Prototyp diffuser Unterstützung" für die staatliche Ordnung angesehen werden, „während die Zufriedenheit mit den Leistungen der Regierung oder anderer politischer Akteure zur spezifischen Unterstützung gehört" (Gabriel/Neller 2010: S. 100).

In Deutschland ist das Vertrauen in die Bundesregierung während des letzten Jahrzehnts, stetig auf einem eher niedrigen Niveau bleibend, starken Schwankungen ausgesetzt gewesen. Desunbeschadet zeichnet sich bei den Metatrends in Ost und West lang-

fristig eine leicht steigende Tendenz ab. Dabei liegen die für Ostdeutschland gemessenen Vertrauenswerte immer etwas niedriger (Abbildung 28) und steigen auch minimal schwächer an. Anzeichen für ein konvergierendes Vertrauensniveau zeigen sich somit nicht, die geringe Abweichung im Grad des Anstiegs sollte als Anzeichen einer kontinuierlichen Differenz betrachtet werden. Das Vertrauen, das in die Regierung gesetzt wird, wird vor allem durch die stellvertretend als „Leistung der Regierung" angesehene Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und das Responsivitätsgefühl der Bürger beeinflusst. Die Einwirkungen von demographischen Individualindikatoren wie Bildung, politisches Interesse oder Alter sind statistisch vernachlässigbar.

Abbildung 29 „Vertrauen in Parteien/Politiker"; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (Überhaupt kein Vertrauen) bis +2 (Sehr großes Vertrauen)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Eurobarometers und des ESS. ALLBUS: Wie ist das mit den politischen Parteien? Eurobarometer: Wie ist es mit den politischen Parteien? ESS: Wie ist das mit den Politikern (2002)/den Parteien (ab 2004 zusammengefasst)?

In der Literatur werden als Adressaten des Vertrauens *parteienstaatliche* und *rechtsstaatliche* Institutionen unterschieden (vgl. Gabriel/Neller 2010: 104). Während erstere mit Konflikt, Verteilungsmacht und einseitiger Interessendurchsetzung gleichgesetzt und daher häufig negativ konnotiert werden, genießen letztere als überparteiliche Hüter genereller Schieds- und Ordnungsbefugnisse durchweg einen größeren Vertrauensbonus. Zu den Institutionen, denen besonders vertraut wird, zählen die eher politikfernen Einrichtungen wie die Polizei oder das Bundesverfassungsgericht. Am wenigsten wird hingegen Politikern und Parteien vertraut (Abbildung 29), wobei das personalisierte Ansehen der Politiker noch hinter dem der Parteien rangiert (Gabriel/Plasser 2010: 108). Dies war jedoch nicht immer so. Der Vertrauenseinbruch erfolgte, wie die Daten

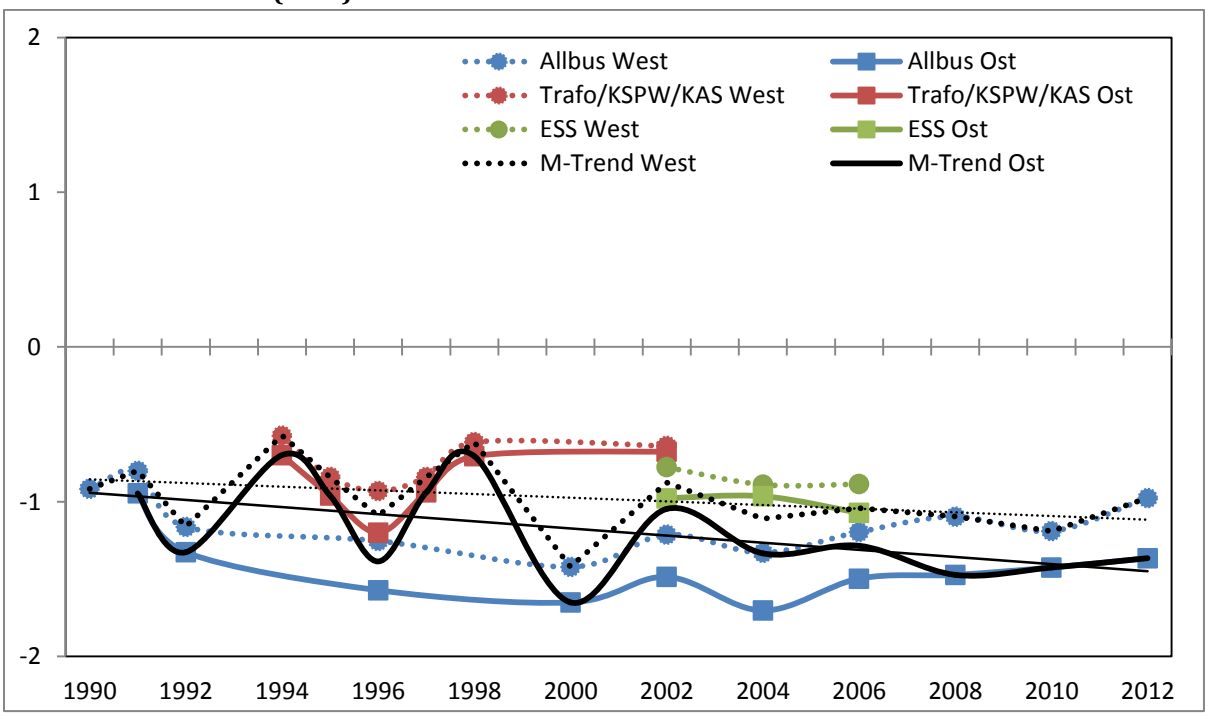
des Allbus verdeutlichen, erst im Jahr 2000, konnte sich aber seither stabilisieren und steigt seit 2002 wieder an.

Auffallend ist bei der Betrachtung der Politikern bzw. Parteien zugesprochenen Verlässlichkeit, wie sie in Abbildung 30 abgebildet ist, dass die Vertrauenskurve um die Wende des Jahrtausends nach unten abknickt, danach zwischen 2002 und 2004 weiter in den freien Fall überging und sich seither, wiederholten Ausschlägen folgend, nur langsam und bis 2012 dann deutlich wieder erholt. Fragt man nach den Ursachen dieses nachgerade dramatischen Vertrauenseinbruchs, so rücken die krisenhaften Entwicklungen in Politik und Arbeitsmarkt während der Zeitspanne von 2002 bis 2005 in den Blick: Der seinerzeit von der Bundesregierung eingeschlagene (und von der Opposition grundsätzlich mitgetragene) politische Kurs „führte über die Regierungserklärung vom 14. März 2003, in welcher der Kanzler die Agenda 2010 ankündigte, über die anschließend umgesetzten Regelungen zur Reform des Arbeitsmarkts, für die das Hartz-IV-Gesetz zu einer Chiffre mit hoher negativer Symbolkraft wurde“ (Holtmann 2009: 15). Auch danach blieb in der Gesellschaft noch lange eine Skepsis gegenüber dem sozialpolitischen Reformwerk virulent, das sich aus der Sorge um „soziale Besitzstandsinteressen eines größeren Teils der Bevölkerung“ speiste (Kornelius/Roth 2007: 56, zit. ebd.:16). Im Herbst 2005 erreichte der Anstieg der Arbeitslosigkeit zudem die symbolisch kritische Fünf-Millionen-Marke.

Bei dem Vertrauen, das Parteien und Politikern entgegengebracht wird, lässt sich in Ost- und Westdeutschland eine nahezu gleichmäßig parallel verlaufende Entwicklung feststellen. Erkennbar wird erneut das vertraute Muster, demzufolge die Sichtweise der Ostdeutschen durchgängig skeptischer, kritischer und distanzierter ist. Die Differenz wird aber in den letzten Jahren immerhin deutlich kleiner. Das heißt das Vertrauen in Politiker und Parteien ist – zumindest in diesem Fall – in beiden Teilen Deutschlands gleich schlecht.

Das niedrige Vertrauensniveau in Politiker und Parteien geht einher mit einer konstant gering eingeschätzten Bürgernähe von Politikern, wie die folgende Abbildung 16 zur *Responsivität* zeigt. Responsivität, also die gefühlte Rückkopplung der Politiker an die Meinungen der Bürger, ist in einer repräsentativen Demokratie eine grundsätzliche Vorrausetzung für die Herausbildung von Vertrauen und langfristiger Unterstützung des politischen Systems. Zudem ist Responsivität gemeinhin der stärkste Faktor, wenn es um die Erklärung von Institutionenvertrauen geht, und sie wird teilweise auch als Indikator für Vertrauen in Politiker gewertet (Gabriel/Plasser 2010: 109).

Abbildung 30 „Responsivität der Politiker"; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (min.) bis +2 (max.)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des ESS, der Trafo-Studie (1994, 1998, 2002), der KAS-Herbst-Studie (1997) und des KSPW (1995, 1996). ALLBUS: Sagen Sie mir bitte zu jeder einzelnen dieser Aussagen, ob Sie persönlich derselben Meinung oder anderer Meinung sind. Die meisten Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute. Trafo/KAS/KSPW: Politiker kümmern sich darum was einfache Leute denken. Sagen Sie mir bitte auf einer Skala von -2 (stimme überhaupt nicht zu) bis +2 (stimme voll und ganz zu), ob Sie dieser Meinung zustimmen oder nicht.

Die in Deutschland empfundene und wie in allen europäischen Demokratien ohnedies ausgeprägte Responsivitätslücke fällt im Osten durchwegs größer aus. Diese im Laufe der letzten zweieinhalb Jahrzehnte entstandene Differenz erweist sich, trotz zwischenzeitlich mehrfacher leichter Annäherung, in den letzten 15 Jahren als bemerkenswert beständig. Nach 2002 öffnet sich hier leicht eine Ost-West-Schere. Immerhin wird bei der wahrgenommenen Responsivität des politischen Sektors für die letzten 10 Jahre laut Allbus ein sachter Aufschwung erkennbar.

4.3 Ökonomische Lebensbedingungen

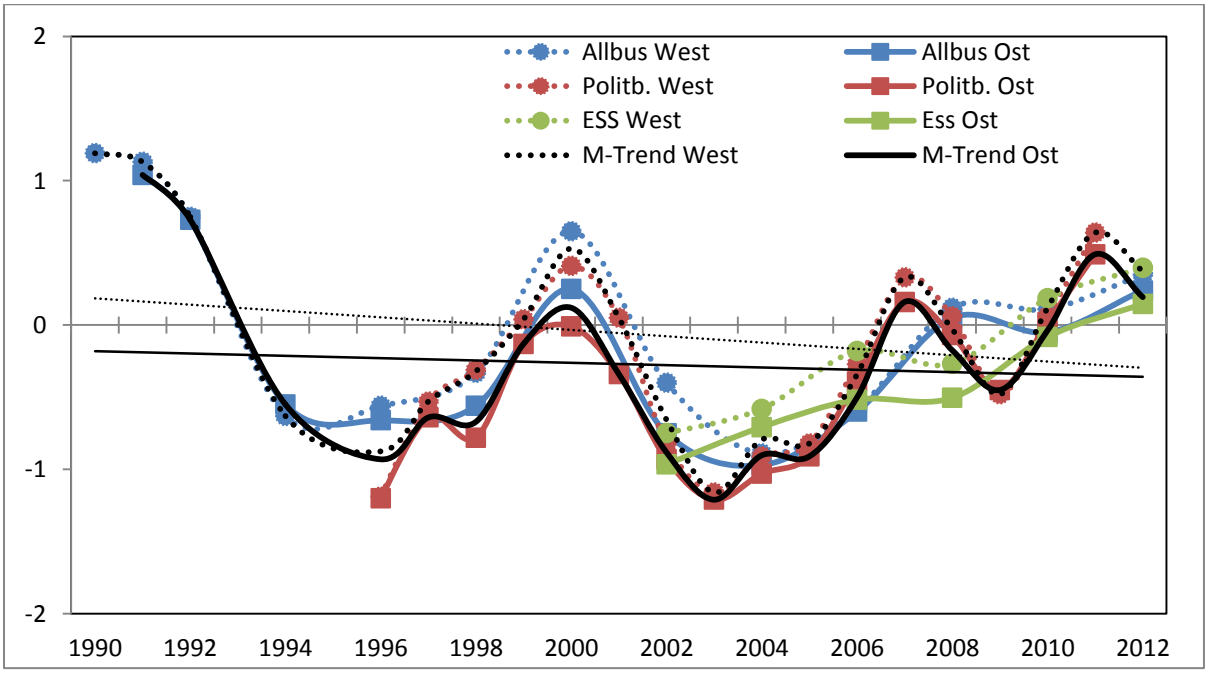
Trotz weiter schwelender Finanzkrise des europäischen Raumes erreicht die subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die Bundesbürger aktuell neue Rekordhöhen. Der ARD-DeutschlandTREND vom Januar 2014 verzeichnete bei dieser Frage sogar ein Jahrhunderthoch. Fast 80 % bezeichneten die wirtschaftliche Lage in Deutschland als gut oder sehr gut. Damit lag der Anteil erstmals höher als bei der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage (74 %).

Die ökonomischen Rahmenbedingungen erklären das positive Stimmungsbild: Stetig zurückgehende Arbeitslosenzahlen, steigende Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften, reale Lohnzuwächse, gute Konjunkturdaten und eine Zunahme der Zahl sozial-

versicherungspflichtiger Beschäftigter sorgen für eine zuversichtliche Grundstimmung. Diese ist zur Zeit so ausgeprägt, dass Problemthemen wie etwa eine gestiegene Armutsquote, der demografische Wandel oder die soziale Segregation in Städten in den Hintergrund rücken.

Der insgesamt ausnehmend optimistische Trend spiegelt sich auch in den von uns herangezogenen Studien wieder. Die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage Deutschlands unterlag starken zyklischen Schwankungen (Abbildung 31), ist jedoch im Jahrzehnt seit 2002 kontinuierlich besser geworden. Dabei entwickelte sich die Stimmung in Ost und West gleichförmig, wobei der für Ostdeutschland gemessene Mittelwert leicht unter dem für Westdeutschland liegt.

Abbildung 31 Aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (Min.) bis +2 (Max.)



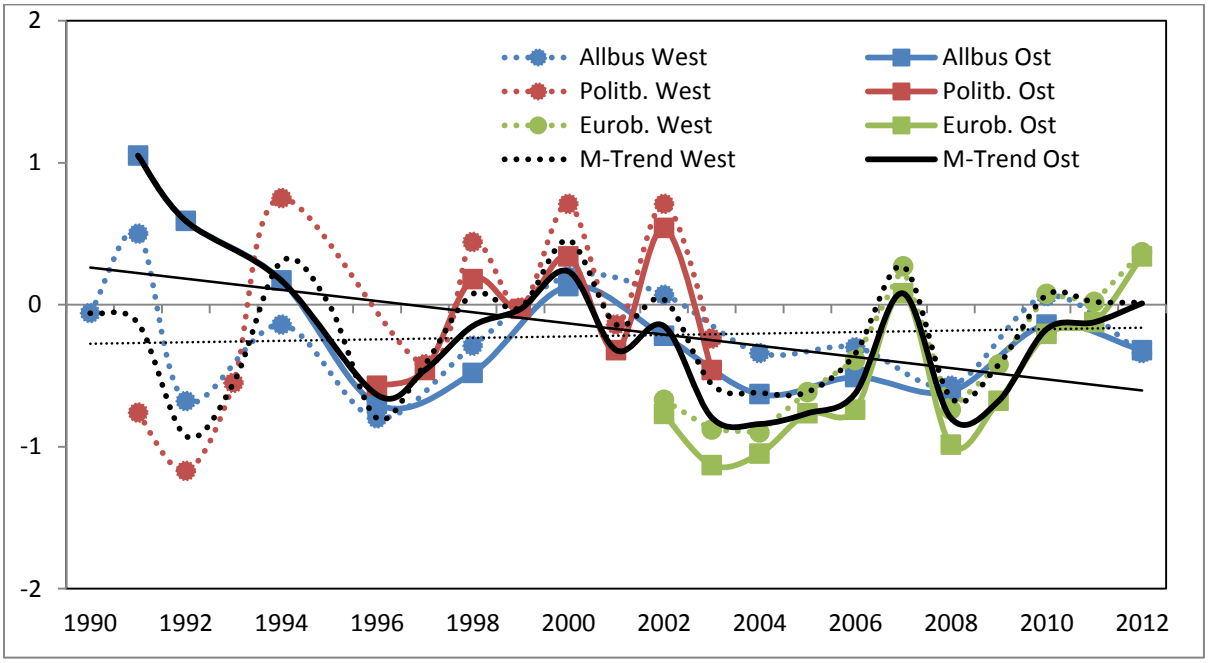
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Politbarometers sowie des ESS. ALLBUS: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die wirtschaftliche Lage in Deutschland? Sehr gut, gut, teils gut/ teils schlecht, schlecht oder sehr schlecht? ESS: Und wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland? Skala von 0 „äußerst unzufrieden“ bis 10 „äußerst zufrieden“. Politbarometer: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Ist sie gut, teils gut teils schlecht oder schlecht?

Eine konvergente Entwicklung der Einstellungen in Ost und West ist bei langfristiger Betrachtung auch bei diesem Indikator nicht feststellbar, hier allerdings deshalb, weil in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in den untersuchten Teilgebieten seit 1991 gesamtdeutsch kaum Differenzen bestehen. Die starken Schwankungen, die innerhalb der ökonomischen Stimmung im Land im gleichen Zeitraum beobachtbar sind, zeigen sich seit 1991 sowohl in Ost- wie in Westdeutschland. Sie liegen im gesamten Beobachtungszeitraum für beide Landesteile auf einem ähnlichen Niveau. Kleinere Niveauunterschiede scheinen sich über die Zeit auszugleichen.

Die Schwankungen korrelieren tendenziell mit dem Verlauf des Wirtschaftswachstums in Deutschland, das Tiefpunkte in den Jahren 1993 und 2003 hatte. Ebenso bildet sich im Kurvenverlauf der Daten die „Delle“ ab, die in Reaktion auf die 2008 heraufziehende Finanzkrise entstand. Die bis 1991 sehr positiven Einschätzungen können mit der Euphorie der Wende und dem damit verbunden Gefühl des Aufschwungs erklärt werden. Das viele dieser Erwartungen alsbald enttäuscht wurden, zeigt der anschließende, allerdings nicht nur in Ostdeutschland eingetretene Abfall der positiven Stimmung weit in den negativen Bereich (vgl. Kap. 3.1.2).

Wie seitens der Bevölkerung die wirtschaftliche Lage beurteilt wird, ist für die politische Einstellungsforschung von besonderer Bedeutung, da diese Messgröße auch ein wichtiger erklärender Faktor für die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie, das Institutionenvertrauen, die Einschätzung der Responsivität des politischen Systems und andere politische Einstellungen ist und diese Größen direkt oder indirekt beeinflusst (u.a. Holtmann/Jaeck/Völkl 2009, 2012).

Abbildung 32 Zukünftige wirtschaftliche Lage in Deutschland; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2(negativ) bis +2 (positiv)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Euro- und des Politbarometers. ALLBUS „Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein?“ Wesentlich besser als heute, etwas besser, gleichbleibend, etwas schlechter oder wesentlich schlechter? Eurobarometer: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein in Bezug auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland? Politbarometer: Und wie wird es in einem Jahr sein? Erwarten Sie, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Allgemeinen dann besser, gleichbleibend oder schlechter sein wird?

Deutlicher als bei der Bewertung der allgemeinen aktuellen Wirtschaftslage zeigt sich eine konvergierende Entwicklung bei der *Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung* des Landes (Abbildung 32).

Waren zunächst zwischen Ost- und Westdeutschland deutliche Niveauunterschiede erkennbar, hat sich die Schere im Verlauf der letzten 25 Jahre weitestgehend geschlossen. Seit Mitte der 1990er Jahre verlaufen die Zeitreihen für beide Gebiete fast kongruent. Diese Entwicklung lässt sich auch an den berechneten Metatrends ablesen, die sich 2012 auf einem Punkt treffen. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsniveaus („peak of optimism“ im Osten nach dem Systemwechsel gegenüber einer seinerzeit eher nüchternen Betrachtungsweise im Westen), ergibt sich bezogen auf das Startjahr der Einigung für den Westen ein leicht steigendes und für den Osten ein leicht abfallendes Niveau (Abbildung 32).

Der starke Einbruch der optimistischen Einschätzung der zukünftigen ökonomischen Entwicklung zu Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland begründet sich mit letztlich häufig überhöhten Erwartungen in Bezug auf die Währungsunion und die wirtschaftliche Privatisierung. Als das wahre Ausmaß der ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchskrise in Ostdeutschland offenkundig wurde, ist schnell Ernüchterung und Enttäuschung eingekehrt (vgl. Kap. 3.1.2). Auch die Daten des Politbarometer stützen diese Beobachtungen, verzeichnen jedoch generell größere Schwankungen. Das könnte an der gegenüber dem Allbus geringeren Anzahl von Antwortmöglichkeiten liegen (vgl. auch die hier mit abgebildete Zeitreihe des Eurobarometer mit ähnlichen Antwortkategorien).

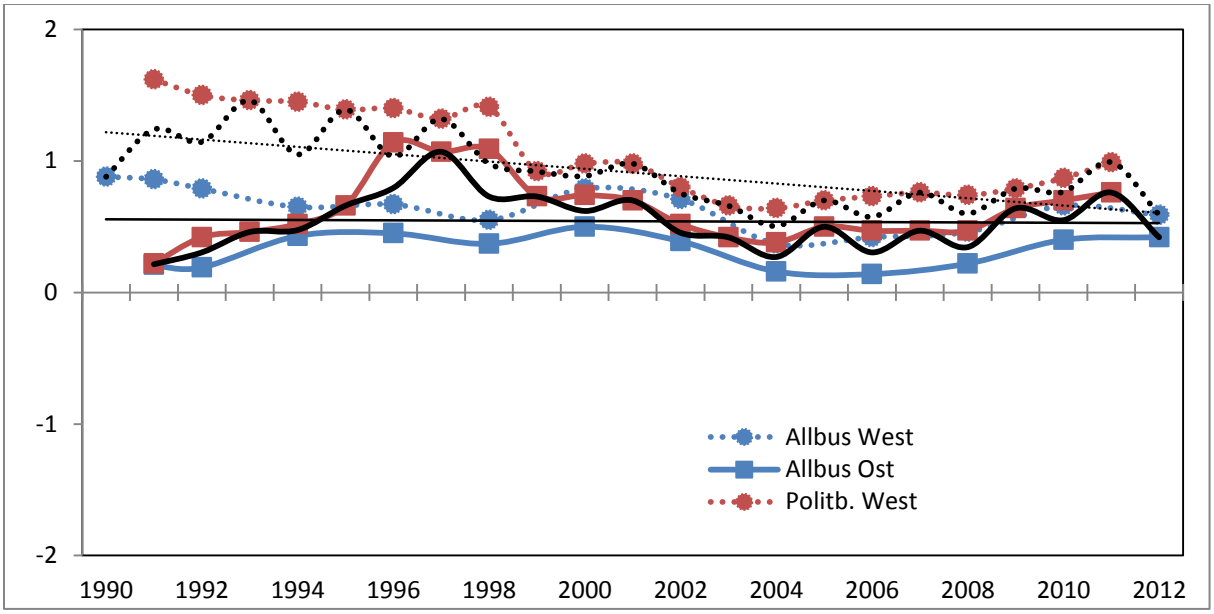
Die positive Einschätzung der künftigen ökonomischen Entwicklung des Landes fällt im Vergleich zur Bewertung der aktuellen ökonomischen Bedingungen in Deutschland nach 2002 in der Spitze allerdings verhaltener aus. Auch bei der prognostischen Aussage hat die weltweite Finanzkrise von 2008 eine vorübergehende Eintrübung zur Folge gehabt (siehe auch Abbildung 31).

Ergänzend wird im Folgenden untersucht, ob sich diese Ergebnisse auch dann feststellen lassen, wenn sich die Betrachtung der *persönlichen wirtschaftlichen Situation* ähnlich darstellt. Es entspricht einer demoskopischen Erfahrungsregel, dass die Einschätzung der privaten wirtschaftlichen Lebensumstände vorteilhafter ausfällt als die Bewertung der generellen wirtschaftlichen Situation. Bei Betrachtung der Daten wird zunächst erkennbar, dass eine Mehrheit der Deutschen, gleich ob Ost oder West, die eigene wirtschaftliche Lage seit 1990 durchwegs positiv beurteilt. Zu keinem Zeitpunkt schwenkt die Bewertung in den negativen Bereich über (Abbildung 33).

Gab es 1991 noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West und bis 1999 zum Teil noch gegenläufige Entwicklungen - Westdeutsche beurteilten ihre Situation zunehmend schlechter, während die persönliche Situation in den ostdeutschen Ländern, ausgehend von einem niedrigen Niveau, immer positiver beurteilt wurde – , haben sich bis heute die Trendverläufe in der Betrachtung der persönlichen ökonomischen Lage einander angenähert, ohne allerdings gänzlich zu verschmelzen. Ostdeutsche wie Westdeutsche beurteilen ihre wirtschaftliche Lage ähnlich gut, wobei der Anteil für Ostdeutschland seit 2000 konstant leicht unter dem für Westdeutschland liegt. Langfristig zeigt sich für den

Osten eine eher gleichbleibende Entwicklung, während die Einschätzung der persönlichen Wirtschaftssituation im Westen zunehmend skeptischer ausfällt. Das könnte auf eine Konvergenz auch dieser Einstellungsmuster hindeuten.

Abbildung 33 „Persönliche Wirtschaftslage"; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (Min.) bis +2 (Max.)

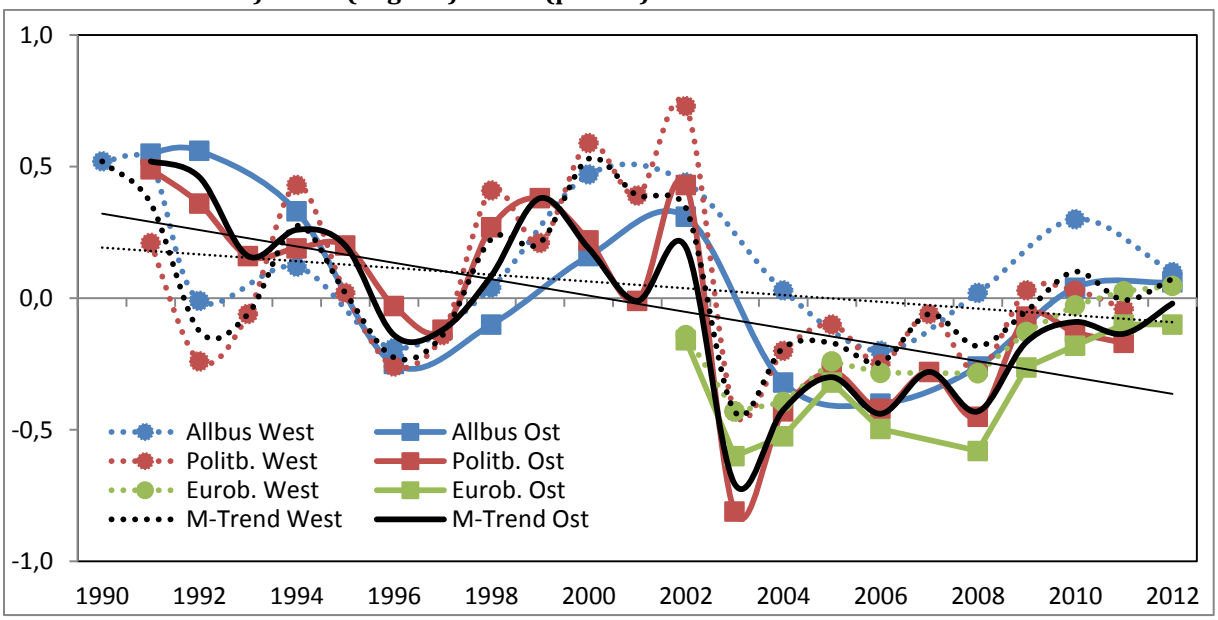


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS und des Eurobarometers. ALLBUS: Und Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Politbarometer (1991-2011): Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Ist sie gut, teils gut/ teils schlecht oder schlecht?

Dieser stetig fortschreitende Prozess einer Vereinheitlichung der Urteile in Ost- und Westdeutschland über die eigene ökonomische Situation zeigt sich auch bei der perspektivischen Betrachtung der zukünftigen Entwicklung (Abbildung 34). Hier lagen die Vorhersagen der Bevölkerung zur Zeit des politischen Umbruchs 1990 nicht nur weit auseinander, sondern sie streuten auch über den positiven und negativen Messbereich. Auch hier zeigt die Wellenbewegung für Ost und West die gleichen zyklischen Aufs und Abs. Im Jahr 2012 sind Differenzen kaum noch messbar.

Wie schon bei den Erwartungen an die wirtschaftliche Lage generell, zeigen sich die Ostdeutschen in den Jahren des Systemumbruchs zunächst optimistischer, was ihre eigene künftige wirtschaftliche Situation angeht. Auch hier liegen die Erwartungen innerhalb der nächstfolgenden Jahre eng beieinander, wobei der Wert für den Westen erst seit 1999 wieder über dem ostdeutschen Niveau liegt.

Abbildung 34 „Erwartungen persönliche Wirtschaftslage "; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2(negativ) bis +2 (positiv)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Polit- und des Eurobarometers. Allbus: Was glauben Sie, wie wird Ihre wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein? Wesentlich besser als heute, etwas besser, gleichbleibend, etwas schlechter oder wesentlich schlechter? Politbarometer: Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein? Erwarten Sie, dass Ihre wirtschaftliche Lage dann besser, gleichbleibend oder schlechter sein wird? Eurobarometer: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein in Bezug auf die finanzielle Situation Ihres Haushaltes?

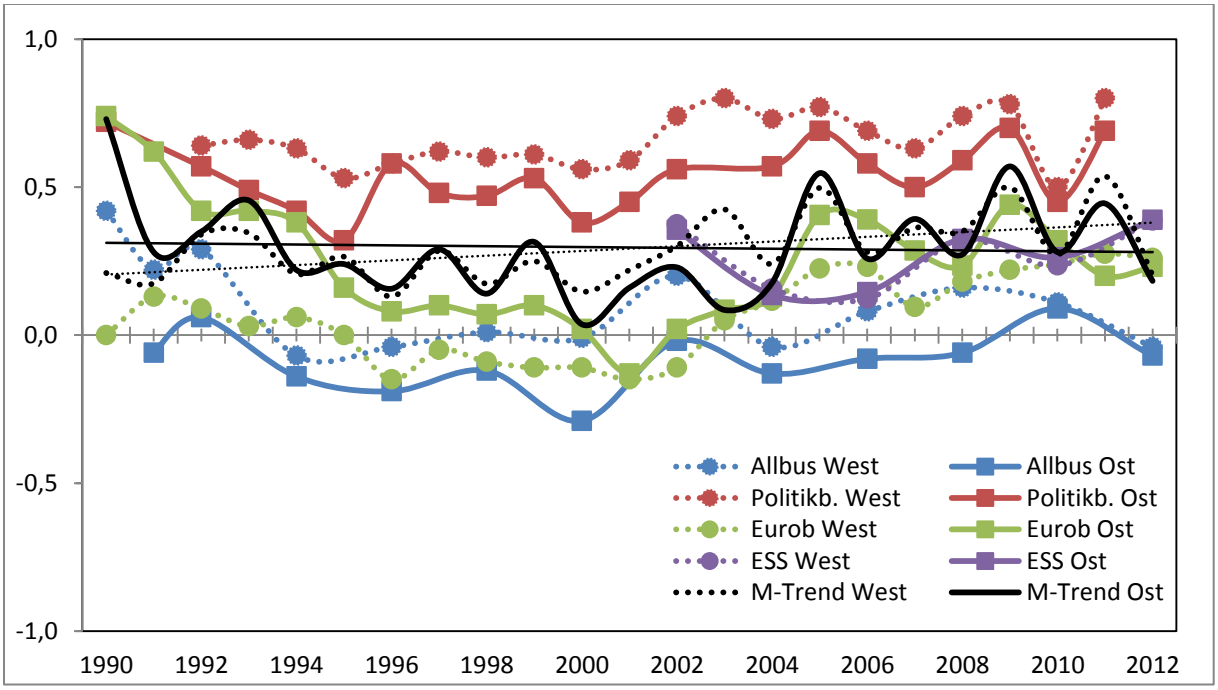
Der Tiefpunkt im Verlauf liegt in den Jahren 2003/2004, in denen auch das Wirtschaftswachstum in Deutschland einen Tiefpunkt erreichte. Demgegenüber kann für 1993, dem ersten Rezessionsjahr nach der Wende, dieser Zusammenhang nicht so deutlich festgestellt werden. Nach dem Einbruch von 2003 erfolgte in beiden Teilen Deutschlands in den letzten 10 Jahren, analog zur Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage, anschließend ein leichtes Ansteigen der persönlichen ökonomischen Zuversicht.

4.4 Partizipation und Involviertheit

Politisches Interesse gilt als eine Grundvoraussetzung für politische Partizipation. Der Grad des politischen Interesses erreicht im gesamten Bundesgebiet, betrachtet man die herangezogenen Umfragen, sehr ähnliche Ausprägungen. Trotz gewisser Schwankungen im Zeitverlauf, die unter anderem auf eine in Bundestagswahljahren in der Regel ansteigende Aufmerksamkeit für politische Vorgänge zurückgehen, äußert sich die überwiegende Mehrheit in Ost und West interessiert am politischen Tagesgeschehen. Der studienübergreifende Trend zeigt nur sehr geringe, eher zeitpunktabhängige Differenzen zwischen den beiden Untersuchungsgebieten, welche sich gelegentlich sogar überschneiden und insgesamt einen nahezu deckungsgleichen Kurvenverlauf abbilden (Abbildung 35). Der Meta-Trend über 20 Jahre offenbart ein eher gleichbleibendes Politikinteresse im Osten und ein steigendes politisches Augenmerk im Westen. Dass politi-

sche Desinteressiertheit zugenommen habe, kann aus den Daten nicht abgelesen werden.

Abbildung 35 „Interesse an Politik"; Mittelwerte auf einer Skala (rekodiert) von -2 (sehr schwach) bis +2 (sehr stark)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Polit- und Eurobarometers und des ESS. ALLBUS: Wie stark interessieren Sie sich für Politik (1-5)? Politikbarometer: Wie stark interessieren Sie sich für Politik (1-5)? Eurobarometer: Wie oft diskutieren Sie über Politik (1-3)? ESS: Wie sehr interessieren Sie sich für Politik (1-4)?

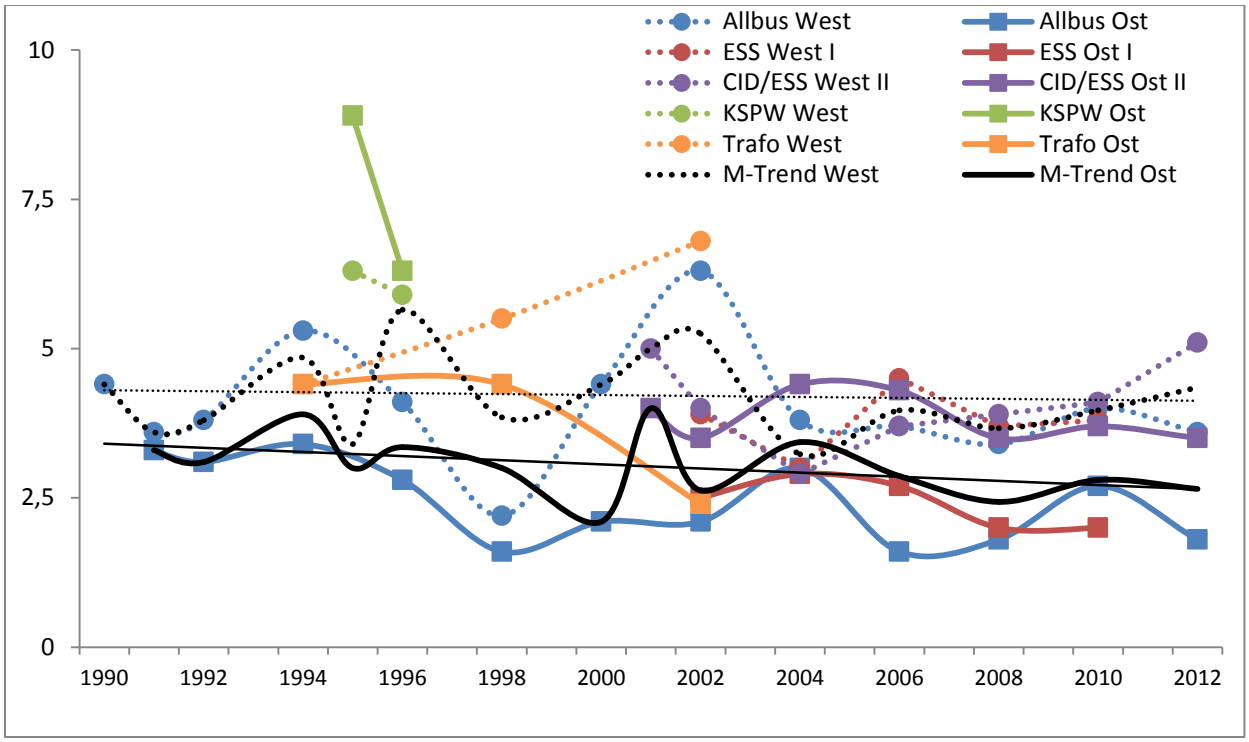
Obwohl die Fragestellungen identisch und die Kurvenverläufe ähnlich sind, zeigen sich zwischen den Befunden des Allbus und des Politbarometers nicht unerhebliche Niveauunterschiede (Abbildung 35). Während der Allbus ein eher indifferentes Einstellungsmuster abbildet, in dem der Durchschnitt um null variiert, äußern sich die Befragten des Politbarometers wesentlich politikaffiner. Eine mögliche Erklärung könnte das stärkere politische Framing des Politbarometers sein, welches sich in der Regel ausschließlich politischen Themen widmet. Auch könnte eine bei politischen Umfragen regelmäßig höhere Verweigerungsrate dazu geführt haben, dass der Anteil politisch interessierter Personen im Politbarometer leicht überrepräsentiert ist.

Seit den 1970er Jahren werden in der sozialwissenschaftlichen Partizipationsforschung die beiden Formen der *konventionellen* und der *unkonventionellen Beteiligung* unterschieden (Barnes/Kaase 1979, Gabriel/Völkl 2005: 543ff.). Im Kern zielt die Unterscheidung auf einesteils institutionell verfasste und gesellschaftlich allgemein anerkannte Beteiligungsformen (wie z. B. allgemeine Wahlen) und anderenteils auf nichtinstitutionalisierte Formen (wie z. B. ´wilde` Streiks), deren Akzeptanz nicht für Alle selbstverständlich ist. Konventionelle Partizipation hält sich an die in der Gesellschaft bestehenden Rechtsregeln und unstrittigen sozialen Normen, während die Legitimation von unkonventioneller Partizipation teilweise nicht für jedermann außer Frage steht. Soweit

hier die Grenzen der Legalität überschritten werden (z.B. bei Sitzstreiks oder im äußersten Fall durch Anwendung von Gewalt), bewegt sich diese Form der politischen Aktivität in einer Grauzone, die moralisch mindestens umstritten ist und juristisch in jedem Fall sanktioniert wird. Im Zuge des Wandels gesellschaftlicher Werte können sich die Grenzlinien zwischen beiden Partizipationsformen verschieben.

Die einzelnen Varianten *konventioneller politischer Partizipation* finden in den letzten sehr unterschiedliche Akzeptanz. Einige, eher niedrigschwellige Aktivitäten, wie die Teilnahme an Boykotts, Petitionen oder Unterschriftensammlungen, erhalten wachsenden Zuspruch. Andere höherschwellige Aktivitäten, wie die Mitgliedschaft in Parteien oder Gewerkschaften, sind seit längerem deutlich rückläufig.

Abbildung 36 Mitgliedschaft/Mitarbeit politische Partei (Angaben in Prozent)



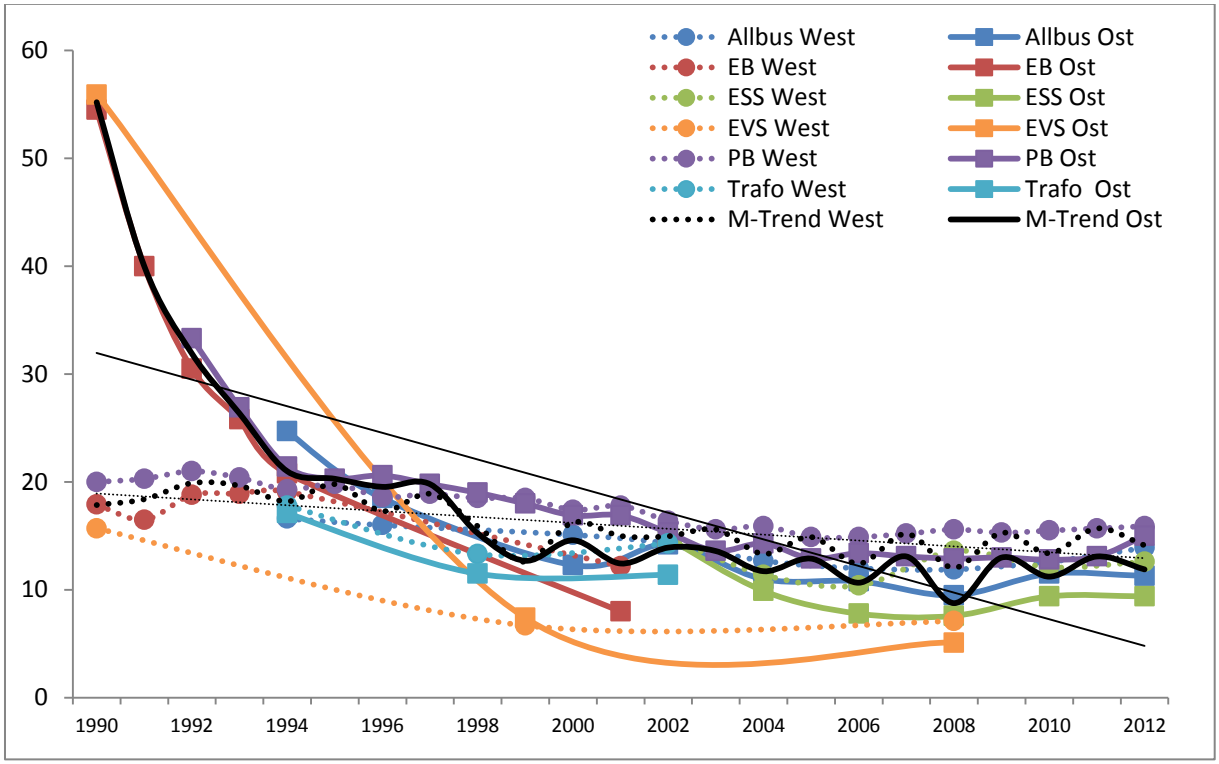
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des ESS, des FWS und der KSPW. ALLBUS: Sind Sie derzeit Mitglied einer politischen Partei? ESS: Sind Sie Mitglied einer politischen Partei (I)? Haben sie in den letzten 12 Monaten in einer Partei mitgearbeitet (II)? KSPW: Sind Sie derzeit Mitglied einer Organisation oder eines Vereines? Gehen Sie jetzt bitte diese Liste durch und sagen Sie mir, wo Sie Mitglied sind. (K: Politische Partei) Trafo: Sind Sie persönlich in einer Partei?

In Bezug auf die Mitgliedschaft der Deutschen in politischen Parteien seit 1990 lassen sich keine großen Veränderungen feststellen (Abbildung 36). Diese im Verhältnis zu anderen Aktivitäten mit „etwas“ oder „viel“ (Dalton 2008: S.35) Aufwand verbundene Form der politischen Partizipation nutzt nur ein geringer Anteil der Bevölkerung (vgl. auch die jährlich aktualisierten Zahlen der Parteimitgliederschaften von Oskar Niedermayer in der Zeitschrift für Parlamentsfragen). In Anbetracht der geringen Vertrauensquoten für Politiker und Parteien und des erforderlichen höheren persönlichen Aufwandes an Zeit und Überzeugungsintensität überrascht dies wenig. Im Gesamtbild sind heute erheblich mehr Westdeutsche als Ostdeutsche Mitglied einer politischen Partei. In

Westdeutschland unterliegt die Mitgliederdichte auch größeren Schwankungen. Gleichzeitig ist in Ostdeutschland die Zahl derjenigen, die das Mitgliedsbuch einer Partei besitzen, heute erheblich geringer als noch vor gut 20 Jahren.

Was die Mitgliedschaft in Gewerkschaften betrifft, die als formaler Organisationsnachweis offen lässt, inwieweit eine aktive Mitarbeit oder ein nur passives Mitgehen erfolgt, war im Osten Deutschlands nach dem Systemumbruch ein extremer Schwund gewerkschaftlich organisierter Personen zu verzeichnen (Abbildung 37).

Abbildung 37 Mitgliedschaft Gewerkschaft (Angaben in Prozent)



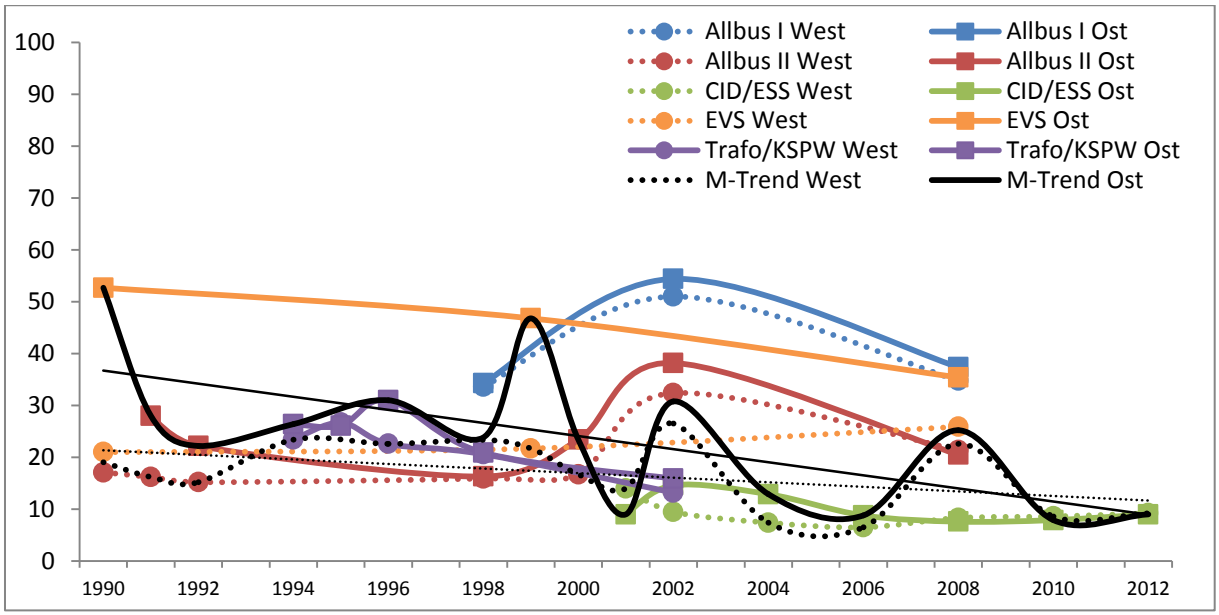
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des EB, des ESS, des EVS, des PB und des Trafo. ALLBUS: Sind Sie derzeit Mitglied einer Gewerkschaft? EB: Are you yourself member of a trade union? ESS: Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft? EVS: Wenn Sie sich einmal sorgfältig diese Liste mit verschiedenen Organisationen und Gruppen durchlesen und mir bitte sagen, welcher davon Sie angehören? (Gewerkschaften) PB: Sind Sie selbst Mitglied einer Gewerkschaft? Trafo: Sind Sie persönlich in einer Gewerkschaft (1994 auch Berufsvereinigung)?

Der Anteil sinkt von ca. 55 Prozent im Jahr 1990 auf etwa 7 Prozent 1999. Diese Entwicklung erklärt sich nicht etwa daraus, dass es einen massenhaft Protest bekundenden Austritt aus dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR nach der korporativen Übernahme seiner Mitglieder in die freien Branchengewerkschaften gegeben hätte. Ausschlaggebend für den Mitgliederschwund waren vielmehr die Folgen des industriellen Rückbaus und Umbaus, wobei Arbeitskräfte in großer Zahl freigesetzt wurden, sowie der die erneuerte ostdeutsche Wirtschaftslandschaft kennzeichnende Faktor, dass die Tarif- und Organisationsbindung vergleichsweise gering ist und die Unternehmensstruktur durch Klein- und Mittelbetriebe geprägt ist.

Außerdem wird erkennbar, dass nach einer Phase der Konvergenz bis ca. 1997, im Laufe derer das Anteilsniveau in Ostdeutschland unter das von Westdeutschland fällt, die Mitgliederentwicklung in beiden Teilen Deutschlands synchron verläuft. Insgesamt fällt die Bilanz für die Mitgliedschaft in beiden Teilen Deutschland negativ aus. Dieser Trend ist im Osten auf Grund des wesentlich höheren Ausgangsniveaus natürlich wesentlich stärker ausgeprägt, dürfte sich aber in den nächsten Jahren weiter anpassen. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Entwicklung der Mitgliederzahlen stabilisiert.

Die bekundete Teilnahme sowie die generelle Bereitschaft, für politische Überzeugungen auf die Straße zu gehen, hat sich seit 1990 mit einigen Ausnahmen ebenfalls insgesamt verringert (Abbildung 38). Dabei hat sich die in Ostdeutschland während der Beschleunigungsphase des Systemwechsels sehr viel höhere Demonstrationsbereitschaft und -erfahrung an westdeutsche Zahlen weitestgehend angeglichen. Trotz zum Teil starker Niveauunterschiede zwischen den Umfragen kann dieser Trend über alle Erhebungen hinweg beobachtet werden. Der hohe ostdeutsche Anteil an Menschen mit Demonstrationserfahrung ist sicherlich ein Erbe der Montagsdemonstrationen, an denen sich vor dem Fall der Mauer ein großer Teil der Ostdeutschen beteiligt hatte.

Abbildung 38 Teilnahme an genehmigter Demonstration (Angaben in Prozent)



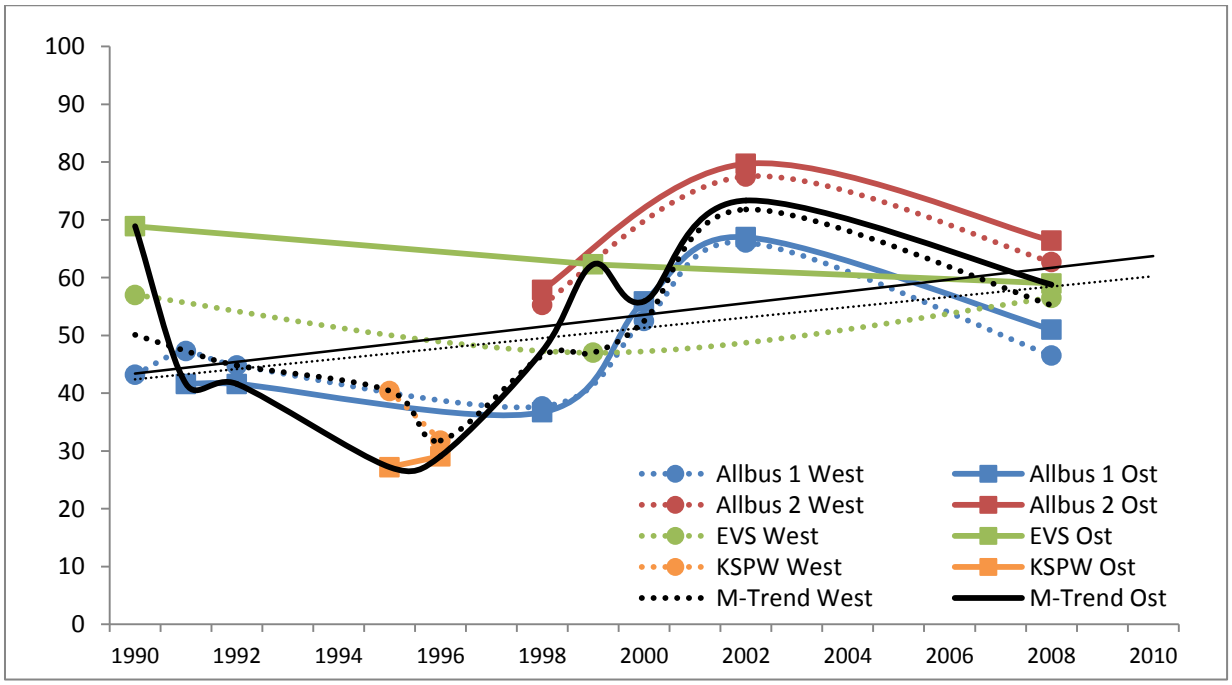
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des ESS, des EVS und der KSPW. ALLBUS I: Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten würden Sie dann nutzen? (Demonstration genannt) ALLBUS II: Sagen Sie mir bitte, ob Sie sich bereits einmal an einer genehmigten Demonstration beteiligt haben. CID/ESS: Haben sie im Verlauf der letzten *12 Monate* an einer genehmigten Demonstration teilgenommen? EVS: Könnten Sie mir sagen, ob Sie sich *schon einmal* an einer genehmigten Demonstration beteiligt haben? Trafo/KSPW: Wenn Sie in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten, würden Sie dann bestimmt, wahrscheinlich, vielleicht, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht an einer genehmigten Demonstration teilnehmen? bzw. Welche der Folgenden Möglichkeiten würden Sie nutzen? (Nennungen ‚bestimmt'/‚nutzen')

Der Anteil Demonstrationserfahrener nimmt im Laufe der Zeit kontinuierlich ab. Unterschiedliche Fragestellungen einzelner Umfragen sind gewiss ein Grund für die differie-

renden Anteilskurven. Der ESS beispielsweise gibt für die Antwort einen genauen Zeitraum von 12 Monaten vor. Hingegen fragt der EVS lediglich, ob schon *einmal* demonstriert wurde. Den in Abbildung 38 abgetragenen Daten lässt sich kein geradlinig auf- oder absteigender Trend in Bezug auf die Bereitschaft zur *Teilnahme an genehmigten Demonstrationen* als Ausdrucksform politischer Partizipation entnehmen. Zudem differieren teilweise die empirischen Erhebungen. Während der EVS eine über 10 Prozent höhere Demonstrationsbereitschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland feststellt, ist der Unterschied in den Daten des Allbus und des Trafo minimal. Für die Zeitspanne zwischen 1995 und 1996 entdeckte die KSPW einen starken Anstieg der Bereitschaft, gegebenenfalls an genehmigten Demonstrationen teilzunehmen. Dieser Anstieg ist möglicherweise auf ein erhöhtes Demonstrationsbewusstsein aufgrund der deutschlandweiten Proteste gegen die Castor-Transporte ab April 1995 zurückzuführen.

Generell folgt die Bereitschaft, durch Teilnahme an einer Demonstration öffentlich Protest oder Unterstützung zu bekunden, äußeren Anstößen. Der vom Allbus festgestellte Anstieg der Demonstrationsbereitschaft im Jahre 2002 könnte auf die deutschlandweiten Proteste gegen die Politik von George W. Bush und den drohenden Irakkrieg zurückzuführen sein, die 2003 ihren Höhepunkt erreichten.

Abbildung 39 Beteiligung an einer Unterschriftensammlung (Angaben in Prozent)

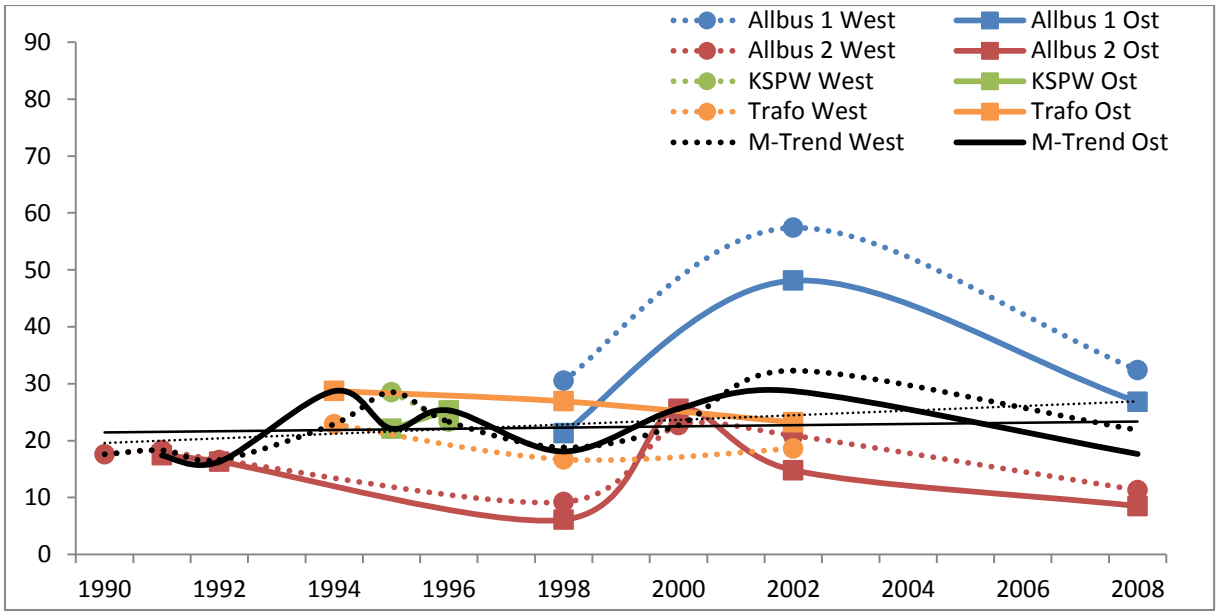


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des EVS und der KSPW. ALLBUS 1: Sagen Sie mir bitte, ob Sie sich bereits einmal an einer Unterschriftensammlung beteiligt haben. ALLBUS 2: Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen wollten: Welche der Möglichkeiten auf diesen Karten würden Sie dann nutzen? (Beteiligung an einer Unterschriftensammlung)EVS: Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Arten von politischen Aktionen vor, an denen man sich beteiligen kann. Könnten Sie mir sagen, ob Sie sich schon einmal an einer Unterschriftensammlung beteiligt haben? KSPW: Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen, welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie nutzen (Unterschriften sammeln; „nutzen“)?

Andererseits widersprechen die Daten des Trafo dieser Annahme. Allgemein nehmen mit Abstand weniger Menschen an Demonstrationen tatsächlich teil (siehe Befunde des ESS), als sich dafür prinzipiell offen zu erklären. Größeren Schwankungen unterliegt die Bereitschaft zur *Beteiligung an Unterschriftensammlungen*. Der letzte gemessene Wert für das Jahr 2012 stimmt für Ost und West nahezu exakt überein (Abbildung 39).

Insgesamt hat diese Form zivilen Engagements seit 1990 zugenommen, sie ist jedoch nach der Jahrtausendwende in Ost wie West wieder weniger nachgefragt. Eine Mehrheit der Deutschen würde sich gegebenenfalls an einer *Unterschriftensammlung* beteiligen, um den eigenen Standpunkt zur Geltung zu bringen – dies geht aus den drei herangezogenen Studien übereinstimmend hervor (Abbildung 39). Im Übrigen lässt sich bei dieser Frage kein Trend über den Beobachtungszeitraum feststellen, da die Studien teilweise zu abweichenden Ergebnissen kommen.

Abbildung 40 Mitarbeit in einer Bürgerinitiative (Angaben in Prozent)

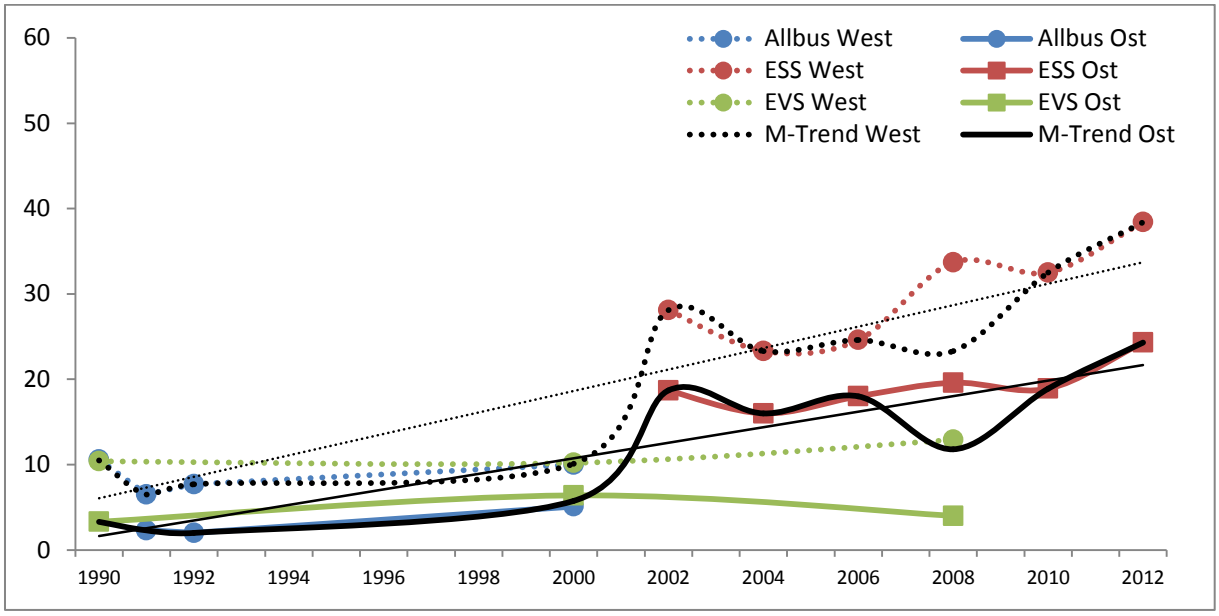


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des EVS, der KSPW und des Trafo. ALLBUS 1: Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten auf diesen Karten würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage? (Mitarbeit in einer Bürgerinitiative) ALLBUS 2: Sagen Sie mir bitte, ob Sie sich bereits einmal an einer Bürgerinitiative beteiligt haben? (1998 mitgearbeitet in einer B.) KSPW: Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen, welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie dann nutzen? (In einer Bürgerinitiative mitarbeiten) Trafo: Wenn Sie in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten, würden Sie dann bestimmt, wahrscheinlich, vielleicht, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht in einer Bürgerinitiative mitarbeiten? (‚bestimmt')

Die Ergebnisse des Allbus lassen die Schlussfolgerung zu, dass nach der Wende zunächst etwas mehr Ostdeutsche bereit waren, sich in einer *Bürgerinitiative* zu beteiligen, als Westdeutsche (Abbildung 40). Der unmittelbare Eindruck eines friedlichen politischen Umschwungs, an dem zahlreiche oppositionelle Bürgergruppen mitwirkten, hat sicherlich zu der hohen Wertschätzung dieser Beteiligungsform in Ostdeutschland, aber abgeschwächt auch in Westdeutschland, wo Bürgerinitiativen im Umfeld der Neuen Sozialen

Bewegungen bereits Teil des politischen Alltags waren, geführt. Der geografische Unterschied hat sich jedoch schnell nicht nur eingeebnet, sondern umgedreht. Bereits 1994 stellt der Trafo eine deutlich niedrigere Bereitschaft, in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten, für Ostdeutschland fest, während die westdeutsche Zahl zunächst konstant bleibt.

Abbildung 41 Teilnahme Boykott (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des ESS und des EVS. ALLBUS : Sagen Sie mir bitte, ob Sie sich bereits einmal an einem Boykott beteiligt haben? ESS: Haben sie im Verlauf der letzten 12 Monate bestimmte *Produkte* boykottiert? EVS: Könnten Sie mir sagen, ob Sie sich schon einmal an einem Boykott beteiligt haben?

Seit 1990 lässt sich ein wachsender Trend der Nutzung des Boykotts und des Sympathisierens mit diesem Mittel des Protests feststellen (Abbildung 41). Aus allen hier herangezogenen Umfragen geht eine Steigerung von mindestens fünf Prozent hervor. Dies gilt sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg liegt die Boykottbejahung im Westen um durchschnittlich 10 Prozentpunkte höher. Dieser deutliche Unterschied erklärt sich möglicherweise durch ein stärker „saturiertes“ Konsum- und Kapitalmarktbewusstsein in Westdeutschland.

4.5 Extremismus, Toleranz und Integration

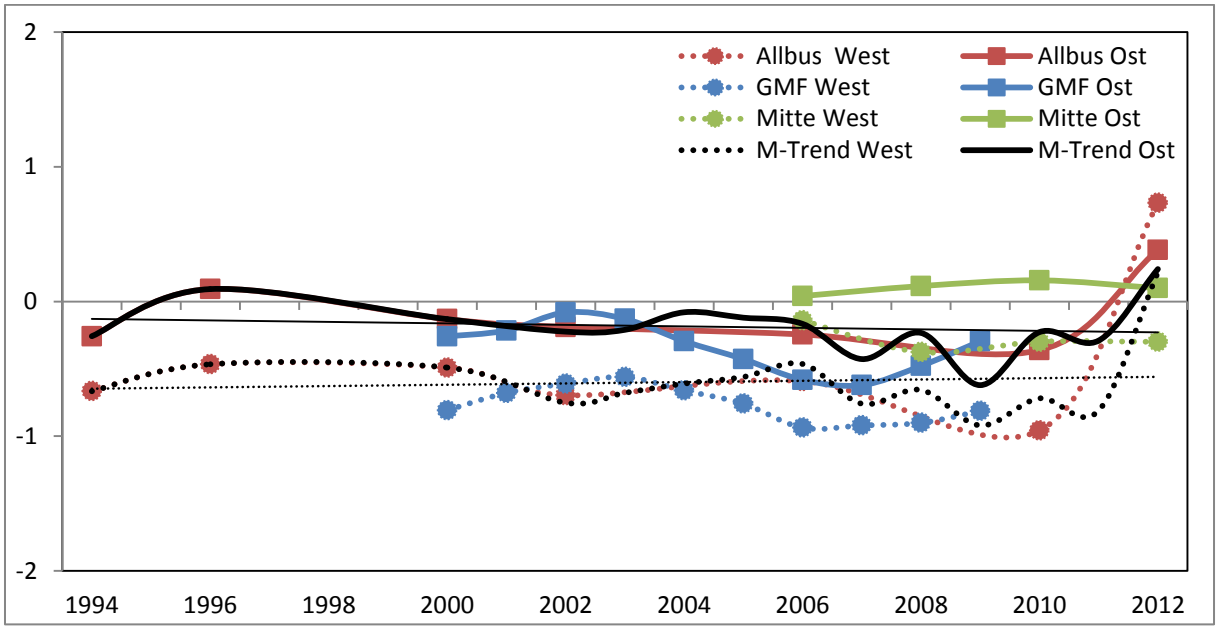
Das Thema *Migration* löst in nahezu allen Gesellschaften regelmäßig polarisierende Reaktionen aus. Zuwanderung ist für die einen eine zivilisatorische Bringschuld, die durch das Freizügigkeitsgebot der Europäischen Union rechtsnormative Geltung erhalten hat und außerdem angesichts des steigenden Mangels an Fachkräften ein ökonomisches Erfordernis ist. Für viele Bürger ist Zuwanderung andererseits ein Reizwort, das reflexhaft Furcht vor „Überfremdung“ und Ängste um soziale Besitzstände freisetzt. Die gesellschaftliche Trennlinie zwischen beiden Sichtweisen verläuft häufig vertikal zwischen Eliten einerseits und Teilen der unteren und mittleren Schichten andererseits.

Die dem Rechtsextremismus immanente Dimension der Ausländerfeindlichkeit / Fremdenfeindlichkeit spiegelt sich in der Aussage wieder, dass Ausländer Deutschland verlassen müssten, sofern die Arbeitsplätze knapper werden würden. Die Einstellungen sowohl ostdeutscher als auch westdeutscher Mitbürger zur Rückführung von Ausländern in ihre Herkunftsländer bei Arbeitsplatzknappheit sind in Abbildung 42 dargestellt.

Erkennbar wird für den hier betrachteten Zeitverlauf, dass keine Angleichung zwischen den Einstellungsprofilen der alten und der neuen Bundesländer erfolgt. Im Gegenteil: Die Metatrends für Ost und West zeigen, dass die westdeutschen Befragten, zumindest bis 2011, die Aussage eher ablehnen, die in Deutschland lebenden Ausländer sollten heimgeschickt werden, sofern die Arbeitsmarktsituation sich verschlechtere. Ostdeutschen Befragte geben in ihrem Antwortverhalten weder eine deutliche Missbilligung noch klare Akzeptanz zu erkennen. Ihre Einstellungen schwanken zwischen geringfügiger Ablehnung (1994; 2000 bis 2011) und minimaler Zustimmung (1996; 2012).

Betrachtet man nur die Daten der Studie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, so zeigen sich auch hier große Schwankungen sowohl für die alten als auch für die neuen Länder, obschon alle Mittelwerte unter null liegen und damit eher Ablehnung denn Zustimmung zu fremdenfeindlichen Äußerungen signalisieren.

Abbildung 42 Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit/Xenophobie: Entwicklung im Zeitverlauf „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken."



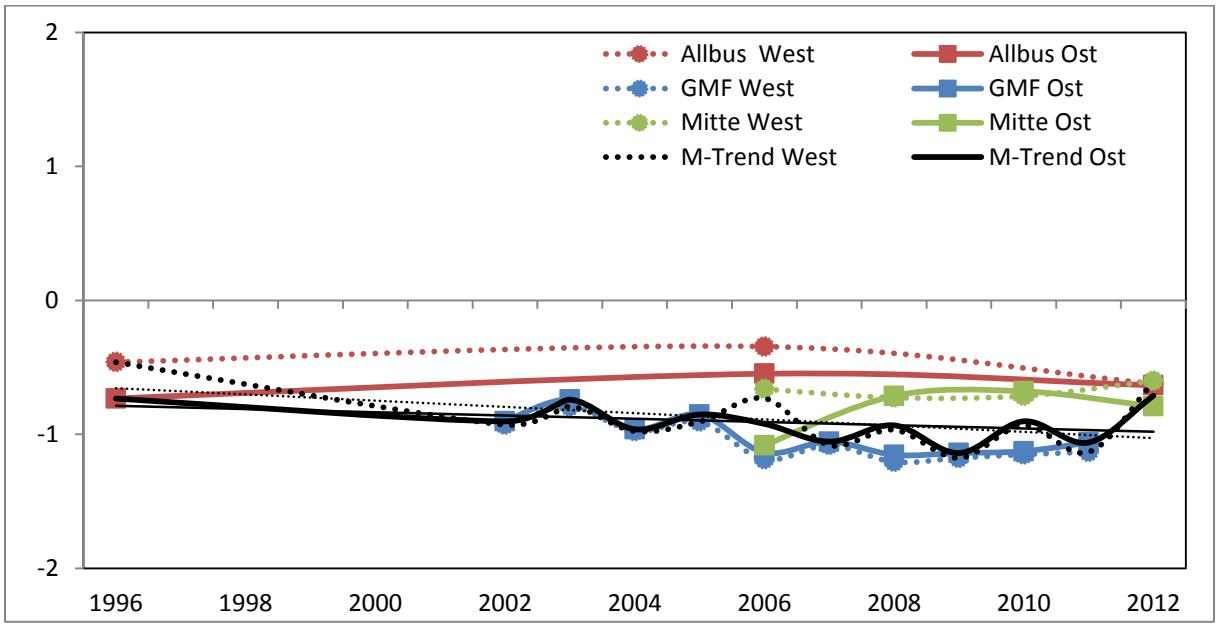
Fragetext: „Nun geht es um das Zusammenleben von Deutschen und Ausländer. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen: Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken." [Allbus/GMF/Mitte]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme überhaupt nicht zu" (-2) bis „stimme voll und ganz zu" (+2) [Allbus/GMF] bzw. „lehne völlig ab" (-2) bis „stimme voll und ganz zu" (+2) [Mitte]; Angaben: Mittelwerte.

Ein etwas anderes Bild bietet die gesonderte Betrachtung der Allbus-Daten zwischen 2010 und 2012 für die alten und neuen Bundesländer. So lag hier der Mittelwert im Jahr 2010 bei -0,9 „stimme nicht zu" (West) bzw. bei -0,4 „stimme eher nicht zu" (Ost) und

stieg in nur zwei Jahren auf Werte zwischen 0,7„stimme zu“ (West) bzw. 0,4 „stimme eher zu“ (Ost). Ein hohes Ablehnungsniveau bezüglich der Remigration von Ausländern, sofern es zu Arbeitsplatzknappheit käme, wurde also von einem relativ hohen Zustimmungsniveau abgelöst, das im Westen 2012 stärker als im Osten ausfällt. Dies zeigt, dass die aktuell geführte Zuwanderungsdebatte noch vor dem Schweizer Referendum auch in Deutschland auf zunehmend offene Ohren stößt. Die gilt für beide Teile Deutschlands gleichermaßen. Von einer Angleichung der Einstellungsmuster zwischen ost- und westdeutschen Befragten kann ausweislich der hier präsentierten Daten nicht gesprochen werden. So gehen die Einschätzungen zu der Aussage, dass ausländische Bürger, die in Deutschland leben, in ihre Heimat zurückkehren sollten, wenn die Arbeitsplätze hierzulande knapp werden würden, zwischen Ost und West zum Teil weit auseinander. Der Anstieg fremdenfeindlicher Einstellungen für das Jahr 2012 deutet zwar auf eine Angleichung hin, diese ist allerdings angesichts des bisherigen Einstellungsprofils für die Jahre 1994 bis 2010 noch nicht als ein Trend zu bewerten.

Der so genannte *primäre Antisemitismus* äußert sich zuvörderst durch direkte Vorurteile gegenüber Angehörigen jüdischen Glaubens und drückt sich in der Zuschreibung von negativen Eigenschaften aus. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind in dieser Hinsicht nur marginal (Abbildung 43).

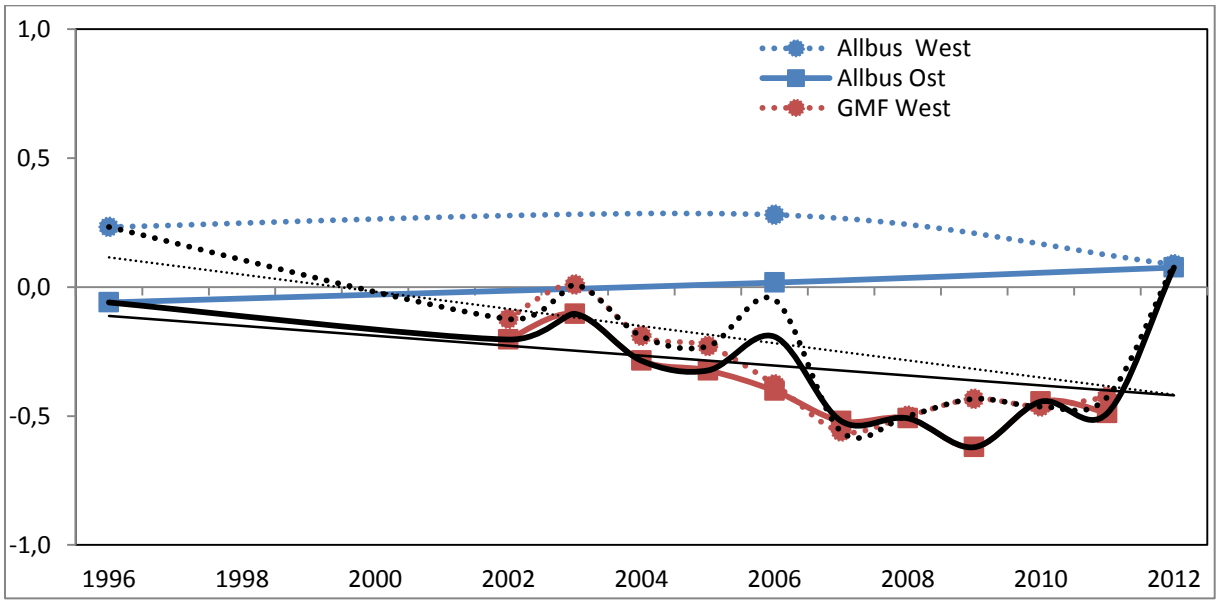
Abbildung 43 Primärer Antisemitismus: Entwicklung im Zeitverlauf „Juden haben auf der Welt/ in Deutschland zu viel Einfluss.“



Fragetext: „Man hört hier und da verschiedene Meinungen über Juden. Würden Sie mir bitte sagen, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht: Juden haben auf der Welt zuviel Einfluss.“ [Allbus]; „Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Meinung voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.“[GMF], „Hier noch einmal einige Meinungen, die man immer mal wieder hört. Sagen Sie bitte jeweils, ob Sie diese Meinung völlig ablehnen, eher ablehnen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen: Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ [MITTE]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme überhaupt nicht zu“ (-2) bis „stimme voll und ganz zu“ (+2) [Allbus/GMF/MITTE]; Angaben: Mittelwerte.

Lediglich im Allbus zeigt sich bis 2006 eine stärkere Ausprägung für den Westen Deutschlands, welche sich aber bis zum Jahr 2012 ebenfalls begradigt hat. Die Entwicklungslinien verlaufen somit nahezu kongruent. Über den gesamten Zeitraum zeigt sich für Ost und West eine leichte Abnahme dieses antisemitischen Einstellungsmerkmals. Der Begriff des *sekundären Antisemitismus* wurde vor allem von Theodor W. Adorno geprägt und beschreibt antijüdische Äußerungen und Einstellungsmuster, die das Produkt einer Schuldabwehr nach dem Holocaust bzw. der Shoah sind (Adorno 1964). Charakteristisch sind demnach relativierende Aussagen über die deutschen Verbrechen an Juden während des Zweiten Weltkriegs, bei gleichzeitiger Betonung der Opfer der eigenen Nation. Abbildung 44 zeigt die Verteilung der Akzeptanz des antisemitischen Stereotyps, viele Juden würden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs heute ihre Vorteile zu ziehen.

Abbildung 44 Sekundärer Antisemitismus: Entwicklung im Zeitverlauf „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihre Vorteile zu ziehen."



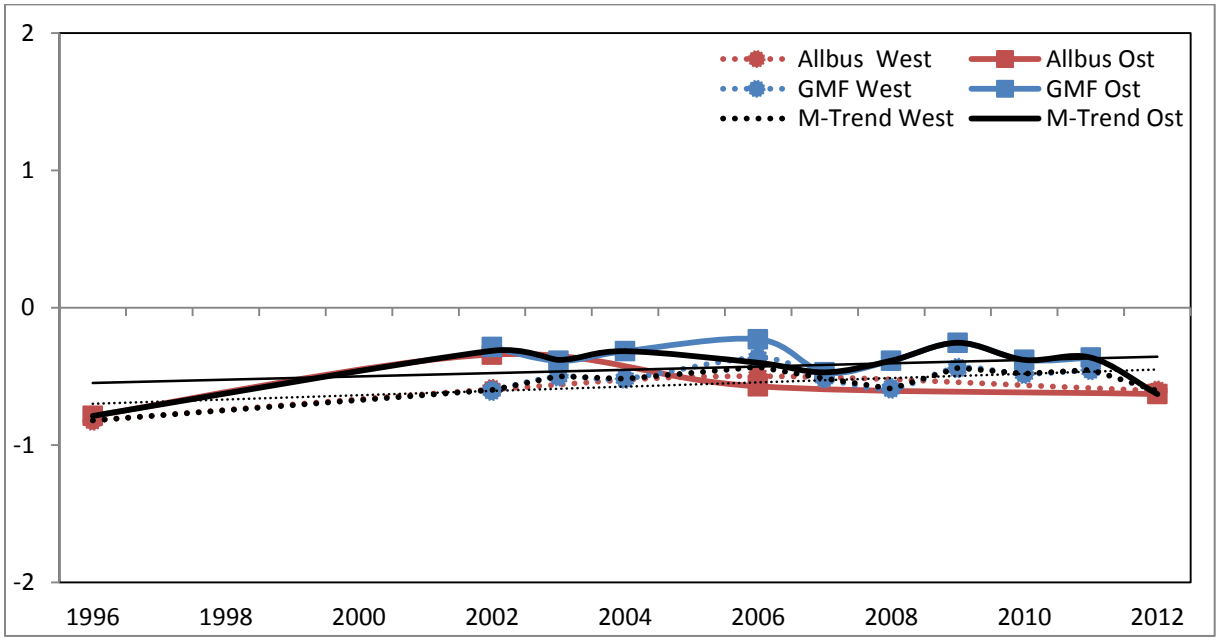
Fragetext: „Man hört hier und da verschiedene Meinungen über Juden. Würden Sie mir bitte sagen, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht: Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen." [Allbus/GMF]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme überhaupt nicht zu" (-2) bis „stimme voll und ganz zu" (+2) [Allbus/GMF]; Angaben: Mittelwerte.

Aus den Daten geht hervor, dass diese antisemitische Position über den gesamten hier betrachteten Zeitverlauf ein durchschnittliches Maß an Akzeptanz in den alten und neuen Bundesländern aufweist. So hegen westdeutsche Befragte im Jahr 1996 ein geteiltes, einerseits zustimmendes, andererseits ablehnendes Meinungsbild, wobei die Zustimmung minimal gegenüber der Ablehnung überwiegt. Dieser Trend setzt sich auch im Jahr 2006 fort. Erst im Jahr 2012 sinkt das Ausmaß der Billigung des antisemitischen Stereotyps. Generell sind antisemitische Grundhaltungen im Westen weiter verbreitet als im Osten. Deutschlandweit zeigt sich aber ein rückläufiger Trend, das heißt antisemitische Einstellungen nehmen ab. Betrachtet man allerdings die jüngsten Entwicklungen,

so zeigen sich vor allem im Osten zunehmende Tendenzen eines sekundären Antisemitismus, mit der Folge, dass sich in den letzten zwei Jahren die Unterschiede zwischen Ost und West ausgeglichen haben. Man kann also von einer latenten Zustimmung zu verharmlosenden Aussagen, die dem sekundären Antisemitismus inhärent sind, sprechen. Auch die Extremismusforscher Oliver Decker und Elmar Brähler konstatieren in diesem Zusammenhang, dass der sekundäre Antisemitismus die Hauptform des Antisemitismus in Deutschland darstelle (Decker/Brähler/ Kiess 2012: 79).

Der niederländische Soziologe Jos D. Meloen bestätigte 1993 mit Hilfe seiner umfangreichen Metaanalyse „The F-Scale as a Predictor of Fascism. An Overview of 40 Years of Authoritarianism Research“ den starken Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus (Meloen 1993). Zur Erfassung von Autoritarismus werden in der Regel drei Dimensionen der Ausprägung erfasst (Vgl. Schmidt et al. 1995): die autoritäre Unterwürfigkeit, die autoritäre Aggression und schließlich der Konventionalismus.

Abbildung 45 Autoritarismus: Entwicklung im Zeitverlauf „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.“



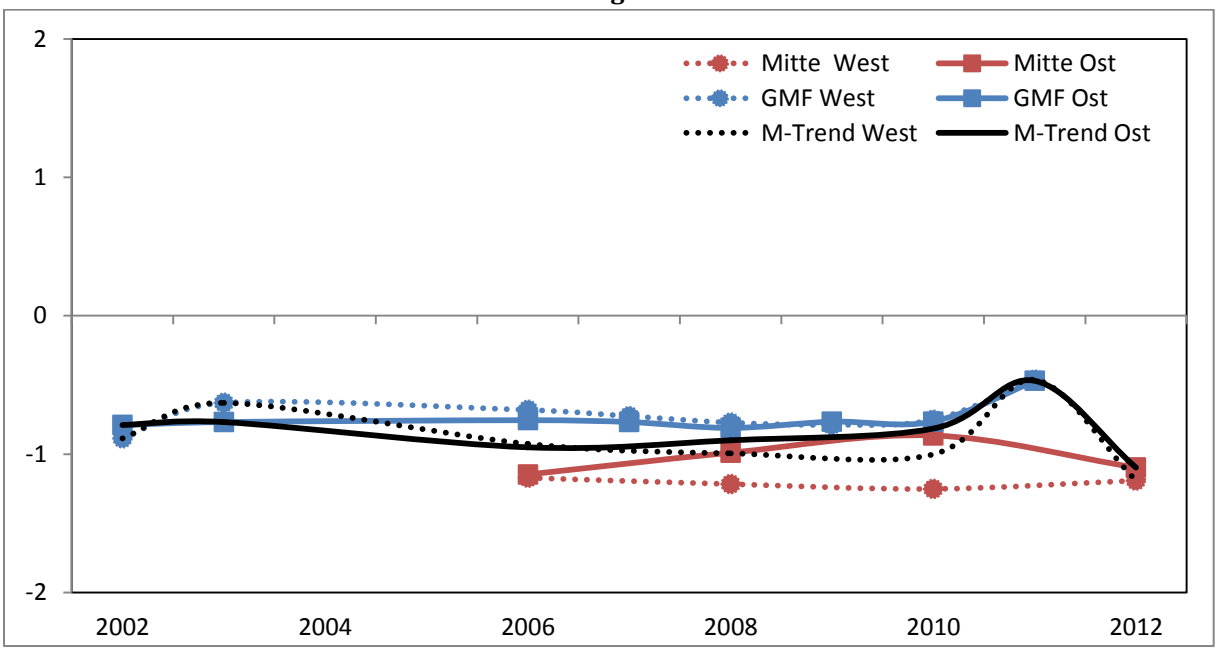
Fragetext: „Bei dieser Frage geht es um die in Deutschland lebenden Ausländer. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, inwieweit Sie ihm zustimmen: Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.“ [Allbus] bzw. „Wenn Sie an das Zusammenleben in Deutschland denken, wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu: Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen.“ [GMF]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme überhaupt nicht zu“ (-2) bis „stimme voll und ganz zu“ (+2) [Allbus/GMF]; Angaben: Mittelwerte.

Abbildung 45 zeigt, dass sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern zu Beginn des Befragungszeitraumes 1996 das Ausmaß an autoritärer Unterwürfigkeit gering gewesen ist. In der Folge nimmt allerdings die Zustimmung zu der Aussage zu, man solle den führenden Köpfen dankbar sein, weil sie „uns“ sagen könnten, was wir zu tun hätten. Doch bleiben die Mittelwerte weiter unter null.

Der Metatrend für Ost- und Westdeutschland zeigt außerdem, dass die größte Angleichung beider Landesteile bei der hier betrachteten Dimension autoritärer Unterwürfigkeit vor allem in den Jahren 1996 und 2012 erfolgt ist. Ost- wie Westdeutsche lehnen autoritäre Einstellungsmuster eher ab. Beider Grundorientierungen weist damit in diesem Punkt eine demokratische Ausrichtung auf. An dieser Stelle sollte allerdings nicht übersehen werden, dass vor allem vor dem Hintergrund der Abbildungen 28 bis 30, aus denen hervor geht, dass antisemitische und fremdenfeindliche Äußerungen teilweise auf Zustimmung unter den Befragten der alten und neuen Länder stoßen, ein gewisses Maß sozialer Erwünschtheit die Einstellungsmessung geprägt haben könnte.

Eine spezielle Dimension des Rechtsextremismus stellt der *Sozialdarwinismus* dar, denn er verbindet antisemitische, fremdenfeindliche, chauvinistische und autoritäre Einstellungen miteinander (Decker/Brähler/Kiess 2012: 35). Der Sozialdarwinismus geht zurück auf das von Charles Darwin für die Tier- und Pflanzenwelt formulierte Naturgesetz der Selektion, welches später von den Nationalsozialisten auf die Menschen und das gesellschaftliche Zusammenleben bezogen und zur Grundlage der sogenannten Rassenhygiene wurde. Diese Ausdrucksform einer Ideologie der Ungleichwertigkeit ist bis heute, wenn auch häufig in indirekter Form, anzutreffen. Die Mitte-Studie der Forschungsgruppe Decker/Brähler, aber auch die Studie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erheben aus diesem Grund einige dem Sozialdarwinismus inhärente Dimensionen, um damit die Verbreitung sozialdarwinistischer Positionen zu messen.

Abbildung 46 Sozialdarwinismus: Entwicklungen im Zeitverlauf „Einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere bzw. es gibt wertvolles und unwertes Leben."



Fragetext: „In Deutschland leben verschiedene Bevölkerungsgruppen. Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen? Einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere." [GMF] bzw. „Es gibt wertvolles und unwertes Leben." [Mitte-Studien]; Antwortvorgabe: Skala rekodiert von „stimme überhaupt nicht zu" (-2) bis „stimme voll und ganz zu" (+2) [GMF] bzw. „lehne völlig ab" (-2) bis „stimme voll und ganz zu" (+2); Angaben: Mittelwerte.

Zu Beginn des Befragungszeitraums 2002 zeigt sich zunächst ausweislich der GMF-Daten, dass sowohl Ostdeutsche als auch Westdeutsche bei einem Mittelwert von -0,8 die Aussage, dass es einige Bevölkerungsgruppen gäbe, die nützlicher seien als andere, eher ablehnen (Abbildung 46). Für das Jahr 2003 ist in der Folge ein geringfügiger Mittelwertanstieg von 0,1 zu beobachten, der allerdings keine signifikante Einstellungsveränderung anzeigt. Erst 2011 tritt in beiden Teilen Deutschlands ein deutlicher Zustimmungszuwachs zu der Äußerung ein, dass es „wertvolle" und „unwerte" Bevölkerungsgruppen gäbe. Darüber hinaus ähnelt sich das Einstellungsmuster unter den GMF-Befragten der alten und neuen Länder sehr stark, so dass zumindest auf der Basis der GMF-Daten von einer Angleichung hinsichtlich des Ablehnungsniveaus der hier betrachteten sozialdarwinistischen Position gesprochen werden kann (ebd.).

Die Daten der Mitte-Studie weisen aus, dass das Ablehnungsniveau sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland im Vergleich mit der Studie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit für die Jahre 2006 und 2008 noch einmal deutlich höher ausfällt. Hier liegen die Mittelwerte zwischen -0,9 „stimme nicht zu" (Ost 2008) und -1,1 „stimme nicht zu" (West/Ost 2008). In der Folge nähern sich die Ablehnungswerte der Mitte-Studie in den neuen Ländern denen des GMF an. Für das Jahr 2012 ist wieder eine Angleichung zwischen Ost und West zu beobachten, bei Mittelwerten um -1,1.

Anhand des Metatrends für Ost und West lässt sich ablesen, dass die Stärke der Ablehnung der sozialdarwinistischen Position in beiden Teilen Deutschlands sehr viele Ähnlichkeiten aufweist. Das heißt, dass die Einstellungen in den alten und neuen Bundesländern in diesem Punkt beieinander liegen.

4.6 Zusammenfassung und Ausblick

Insgesamt kann festgestellt werden, dass im Bereich der i.e.S. politischen Einstellungen, ferner der subjektiv wahrgenommenen ökonomischen Bedingungen, aber auch im Feld gelebter politischer Partizipation die Verlaufskurven für Ost- und Westdeutschland teilweise eng beieinander liegen oder sich im Laufe der Zeit angeglichen haben. Damit wird eine zentrale Aussage der auf Deutschland fokussierten politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung, der zufolge die politische Kultur im geeinten Deutschland durch eine *Ambiguität von fortdauernder bzw. sich verstärkender Divergenz und vollzogener Anpassung* gekennzeichnet sei (vgl. Gabriel in Gabriel/Holtmann 2005, S. 132ff., Gabriel/Neller in Gabriel/Plasser 2010, S. 132ff.), in ihrem die Konvergenz akzentuierenden Teilbefund bestätigt.

Die in diesem Kapitel vorgestellten Erkenntnisse zu längerfristigen Einstellungstrends im Ost-West-Vergleich werden thematisch in der Bevölkerungsumfrage vom September 2014, die innerhalb des Projekts in Auftrag gegeben wurde, in ausgewählten Punkten wieder aufgenommen und an die Gegenwart herangeführt. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden im nächsten Kapitel dargelegt.

5 Deutschland 2014 – Ergebnisse der Umfragestudie

5.1 Die deutsche Einigung: Gewinn oder Verlust? – Die DDR und die Bundesrepublik im persönlichen Vergleich der Systeme

Obwohl für die Mehrheit der Ostdeutschen zu DDR-Zeiten seit Jahrzehnten festgestanden hatte, dass das System der Bundesrepublik in Bezug auf immaterielle Freiheiten und materielle Lebensbedingungen die bessere Alternative bot (vgl. Kap. 3), und wenngleich sie daher in überwältigender Zahl im Jahr 1990 die Wiedervereinigung begrüßten gab es aus Sicht der DDR-Bürger auf der Schwelle zur deutschen Einheit doch einige Systemmerkmale und Errungenschaften der DDR, die ihnen bewahrenswert erschienen. Wie bereits dokumentiert, gehörten dazu aus ostdeutscher Sicht vor allem die Kinderbetreuung und ferner ganz allgemein soziale Errungenschaften und Leistungen der DDR. Die Solidarität der Menschen untereinander sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurden bemerkenswerterweise im Sommer 1990 kaum genannt – wahrscheinlich deshalb, weil diese, später häufig erinnerten positiven Merkmale der DDR-Gesellschaft erst dann „spruchreif" wurden, als sie während der sich entfaltenden Umbruchskrise aufgewertet bzw. gefährdet wurden.

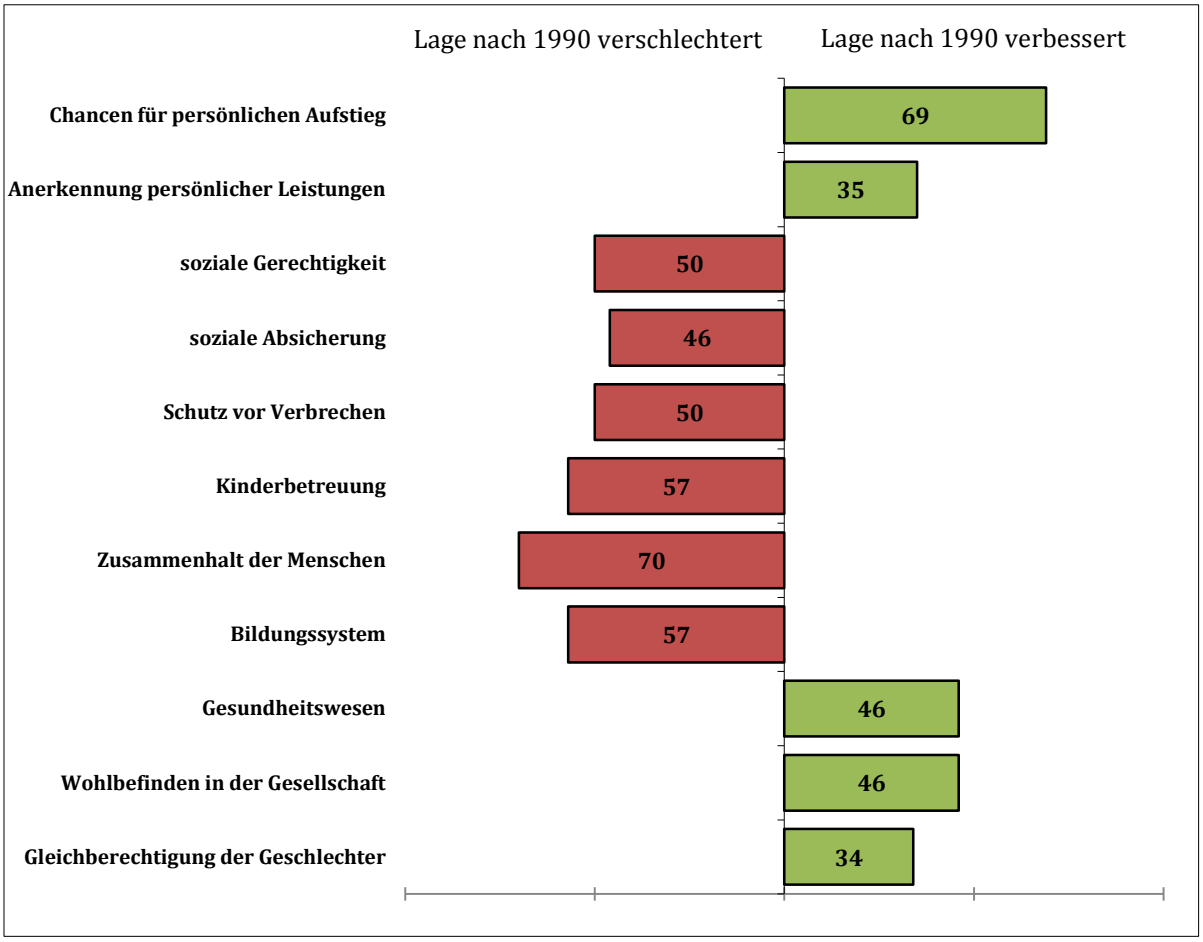
Was, umgekehrt, die Menschen in Ostdeutschland 1990 an ihrem bisherigen System *nicht* vermissten, geht indirekt aus der Benennung jener Probleme hervor, deren Behebung als dringlich erschien. Dazu zählten seinerzeit in erster Linie unter anderem die Beseitigung der Umweltschäden, die Sanierung der Wirtschaft und eine leistungsgerechte Entlohnung, aber auch die Verbesserung des Gesundheitswesens der DDR. Letzteres stellte lediglich für neun Prozent der Befragten einen Aktivposten dar.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage ist es aufschlussreich, wie die Bevölkerung Ostdeutschlands 25 Jahre später anhand eines persönlichen Vergleichs der Systeme Bilanz zieht, d.h. ob sich seither die Situation in ihrem Teil des Landes im Vergleich zur DDR verbessert, verschlechtert oder kaum verändert hat. Die Bedingungen für einen solchen „Systemtest" haben sich nun, verglichen mit der Zeit des Systemumbruchs, in zweifacher Weise geändert: Zum einen ist das Leben in der Bundesrepublik nicht mehr nur eine virtuelle Projektion, sondern inzwischen eine zweieinhalb Jahrzehnte lang gemachte, *reale Erfahrung*. Zum anderen verblasst demgegenüber der reale Erfahrungsgehalt des früheren Lebens in der DDR zusehends. Das hat auch zur Folge, dass einzelne Attribute der damaligen Lebensbedingungen, die in der Phase der Auflösung der DDR als weniger wichtig oder mangelhaft empfunden wurden, hernach, nachdem die Bundesrepublik auch als ein Rahmen von Umbruchskrisen erfahren wurde, zu vorteilhaften Errungenschaften der DDR (v)erklärt worden sind.

Die gegenwärtige Bilanz der politischen und gesellschaftlichen Gewinn-Verlust-Rechnung auf der Grundlage eines persönlichen Systemvergleichs fällt auf der Basis der Umfragedaten vom Herbst 2014 in Ostdeutschland wie folgt aus: Anerkannt wird insbesondere, dass sich die Chancen für persönlichen Aufstieg verbessert haben (69%). Auch

für die Anerkennung persönlicher Leistungen, für das Gesundheitswesen, für gesellschaftliches Wohlbefinden sowie für die Gleichberechtigung der Geschlechter sieht eine jeweils variable relative Mehrheit der Ostdeutschen in der Bundesrepublik bessere Chancen (vgl. Abbildung 47).

Abbildung 47 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik - Ostdeutschland (Nennungen in Prozent)

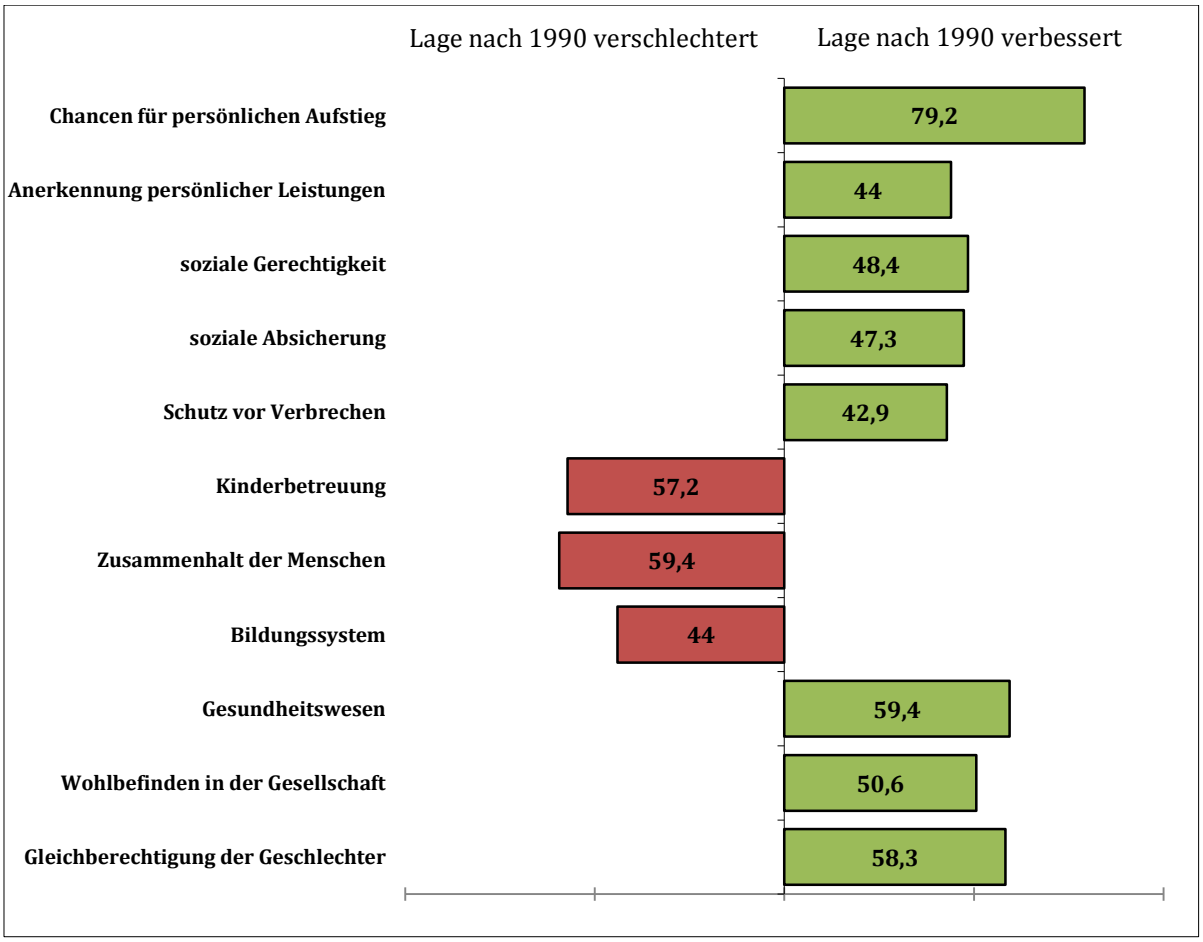


Frage 25: (unter 35 Jahre): Auch wenn Sie die damalige DDR-Zeit / die Zeit in der damaligen Bundesrepublik vor 1990 nicht mehr oder nur kurz erlebt haben, haben Sie ja sicher durch Erzählungen oder aus den Medien über die damalige Situation erfahren. (35 Jahre und älter) Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene politische und gesellschaftliche Bereiche. Denken Sie noch einmal an Ihr Leben in der damaligen DDR / in der damaligen Bundesrepublik vor 1990 zurück. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation im heutigen Ostdeutschland / im heutigen Westdeutschland Ihrer Meinung nach seit der Vereinigung im Vergleich zum Leben in der DDR / in der damaligen Bundesrepublik stark verbessert, etwas verbessert, etwas verschlechtert, stark verschlechtert oder kaum verändert hat?

Der DDR werden neben der Kinderbetreuung und dem sozialen Zusammenhalt die besseren Konditionen in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung, Kriminalitätsbekämpfung sowie Bildung zuerkannt (Abbildung 47). Anzumerken ist bei der Bewertung dieser Daten, dass etliche Systemeigenschaften, bei welchen der Leistungsvorsprung der Bundesrepublik seit 1990 für Ostdeutsche eindeutig feststeht, nicht in den Fragekatalog Eingang fanden. Hierzu zählen insbesondere die Wirtschaftsordnung, das Niveau der Lebenshaltung oder Bürgerfreiheiten (vgl. Holtmann/Jaeck/Völkl 2014, S. 86ff.).

Die partiell wohlmeinende Einschätzung der DDR ist jedoch vorrangig die Sicht *älterer* Befragter. Wenn jüngere Ostdeutsche unter 35 Jahren beide Systeme vergleichen, neigt sich die Waagschale eindeutiger zugunsten des wiedervereinigten Deutschlands. Mit Ausnahme des Zusammenhalts der Menschen, der Kinderbetreuung und des Bildungssystems, welche mehr der DDR positiv zugeschrieben werden, hat sich in den Augen der jüngeren Generation die Lage in allen acht anderen Punkten nach 1990 verbessert (vgl. Abbildung 48).

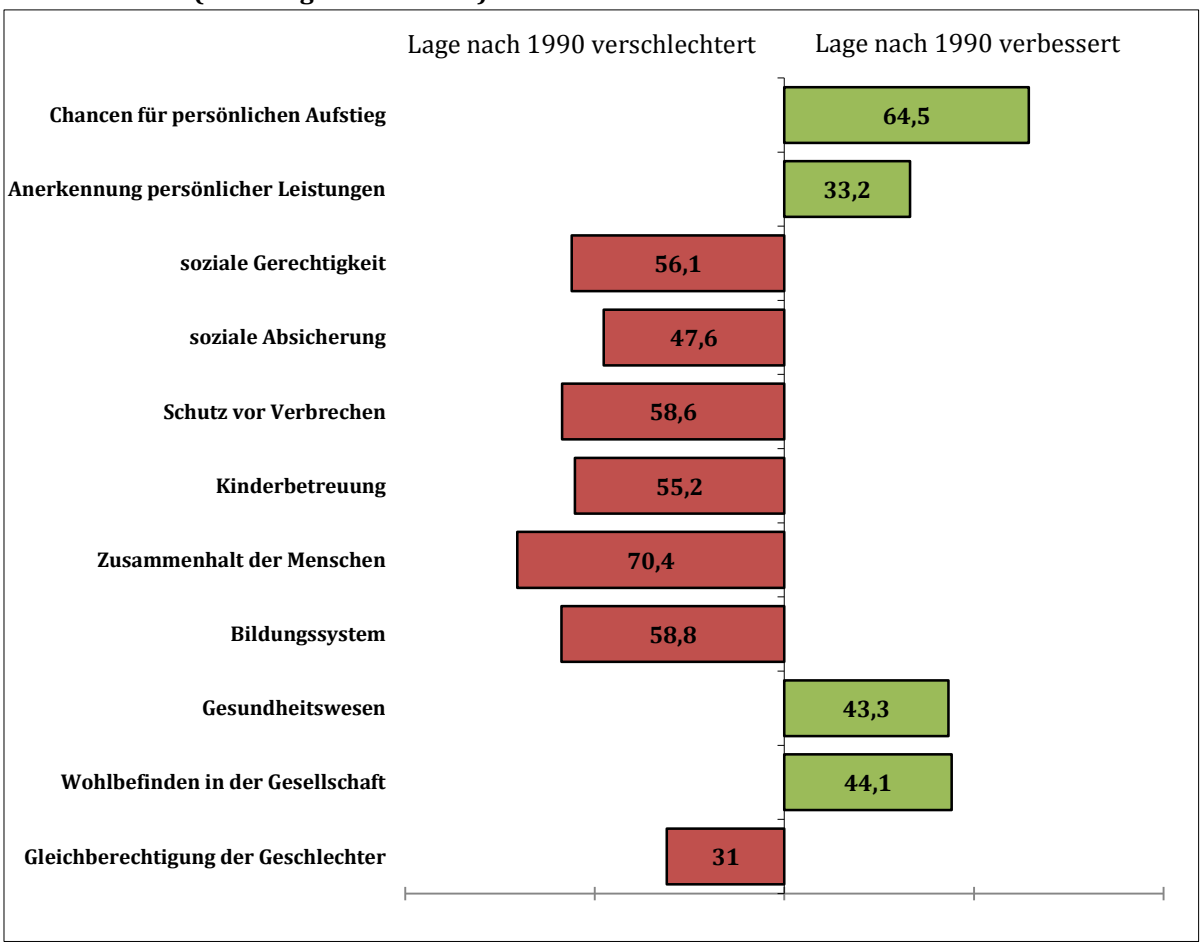
Abbildung 48 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik / unter 35-Jährige - Ostdeutschland (Nennungen in Prozent)



Frage 25: ...

Entsprechend größer fällt umgekehrt der Bonus aus, den die älteren Jahrgänge im Osten Deutschlands ab 35 Lebensjahren im Rückblick für die DDR vergeben (Abbildung 49). Besonders ausgeprägt ist dies bei den Punkten menschlicher Zusammenhalt und Bildung, wo die DDR gerade bei älteren Jahrgängen einen merklichen Leistungsvorsprung genießt. Auch auf den Feldern Schutz vor Verbrechen und Kinderbetreuung, soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung sowie Gleichberechtigung wird die damalige Lage in der DDR positiv eingeschätzt. Hier dürften bei den Älteren die Erfahrungen mit einigungsbedingten Umbrüchen im Feld Arbeit und Wirtschaft, beispielsweise das weithin als ungerecht empfundene Ausbleiben der Ost-West-Rentenanpassung, nachwirken.

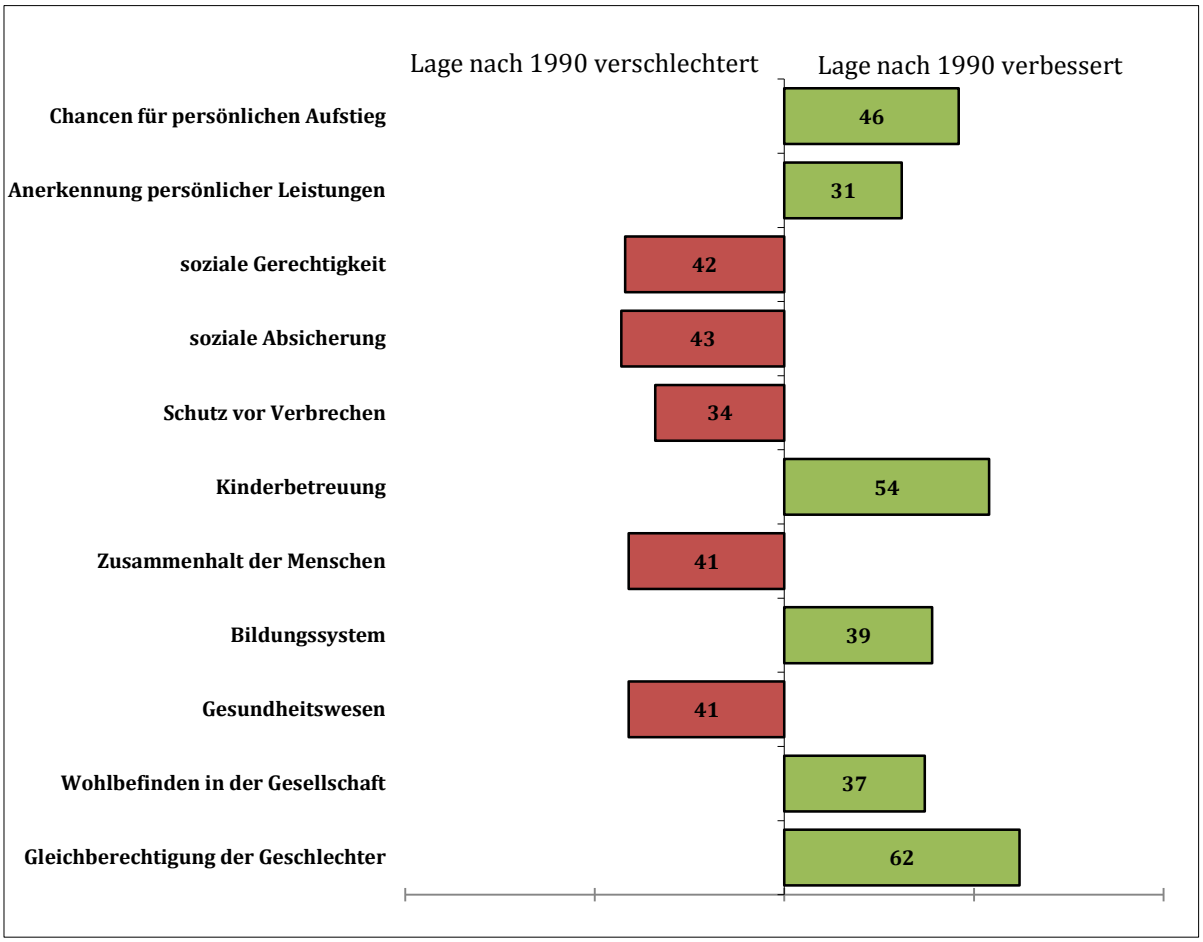
Abbildung 49 Systemvergleich DDR/Bundesrepublik / über 34-Jährige - Ostdeutschland (Nennungen in Prozent)



Frage 25: ...

Aus *gesamtdeutscher Sicht* fällt der Vergleich mit der Situation vor 1990, wobei West- oder Ostdeutschland jeweils die Referenzgröße darstellen, bemerkenswert uneindeutig aus (vgl. Abbildung 50). Verbesserungen werden dem wiedervereinigten Deutschland vor allem bei der Kinderbetreuung und der Gleichstellung der Geschlechter bescheinigt. Die aufholenden Fortschritte, die in Westdeutschland hierbei in den letzten Jahren erkennbar sind, werden mithin von den in der Umfrage entsprechend stärker vertretenen westdeutschen Befragten durchaus gewürdigt. Umgekehrt herrscht in *ganz Deutschland* die Einschätzung vor, dass sich nach 1990 die Bedingungen für soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung, für den sozialen Zusammenhalt, den Schutz vor Verbrechen und das Gesundheitswesen verschlechtert haben.

Abbildung 50 Bilanz vor/nach 1990 - Gesamtdeutschland (Nennungen in Prozent)



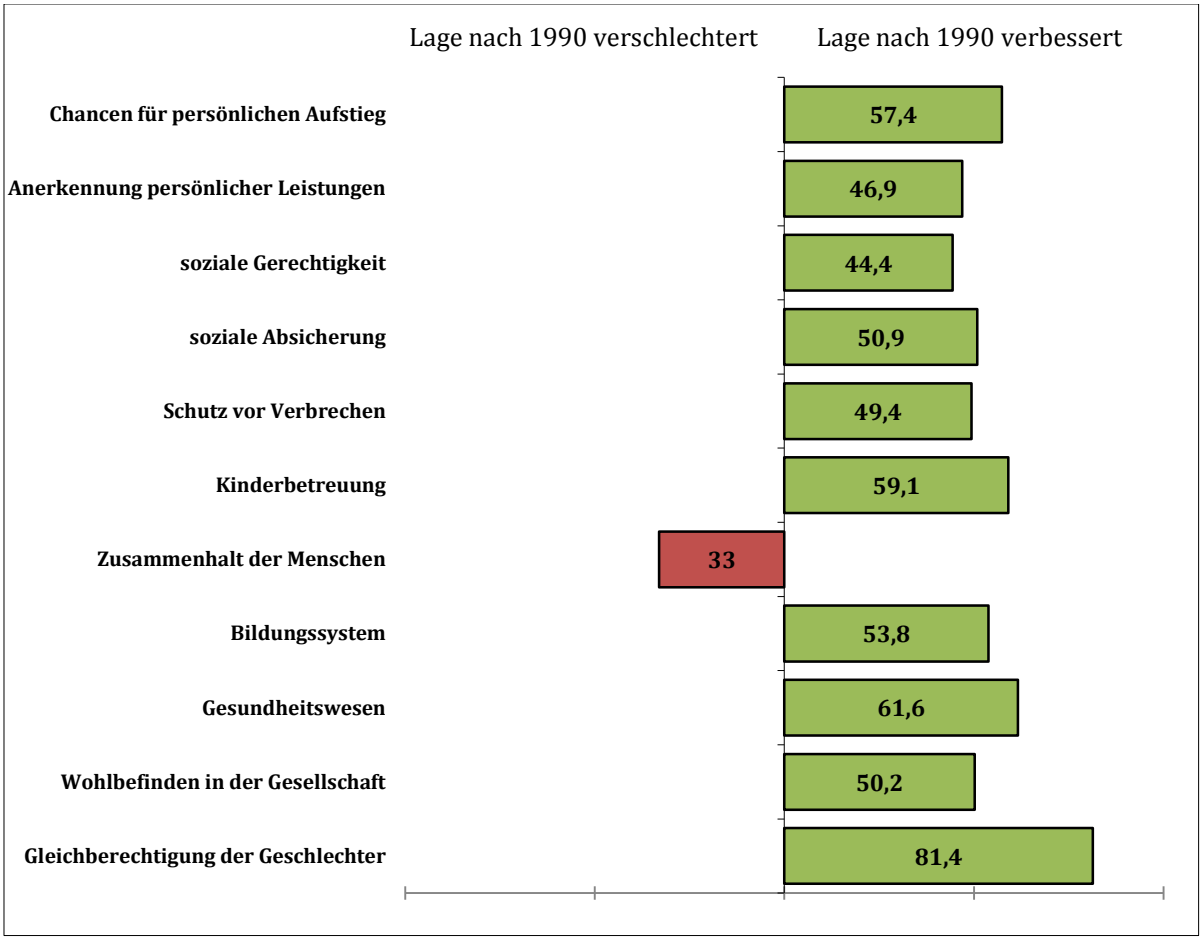
Frage 25: ...

Der Erklärungshintergrund hierfür lässt sich klar abstecken. Wird auch hier die Altersscheide bei 35 Jahren gezogen und werden sodann die Einschätzungen, die ältere und jüngere Westdeutsche von der Bundesrepublik vor und nach 1990 haben, gesondert ausgezählt, so zeigt das ´Splitting` der Generationen einen noch ausgeprägter qualitativen Einschätzungsunterschied als im Osten Deutschlands: Während für unter 35jährige Westdeutsche sich nach 1990, mit Ausnahme des menschlichen Zusammenhalts, die allgemeine Lage ihrer Einschätzung nach in allen anderen abgefragten Bereichen verbessert hat (vgl. Abbildung 51), sehen ältere Westdeutsche die Situation vor 1990 in ihrem Teil des Landes ähnlich kritisch, wie das Ostdeutsche für die ehemalige DDR tun, wenn auch nicht ausnahmslos in den gleichen Lebensbereichen (vgl. Abbildung 52). Aber die breite Schnittstelle pessimistischer Voten für insgesamt 7 von 11 in West wie Ost genannte Problemfelder – soziale Absicherung, sozialer Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit, Kriminalitätsbekämpfung und Bildung – ist doch bemerkenswert.

Darin, dass in wichtigen Lebensbereichen bzw. Politikfeldern die Bundesrepublik gegenwärtig ein Leistungsdefizit aufweise, sind sich Ost- und Westdeutsche also in ihrer Mehrheit einig. Dennoch gibt es einen Unterschied: Aus ostdeutscher Sicht bilden die genannten nachteiligen Entwicklungen automatisch *system*bedingte Defizite der Bundesrepublik ab. Wenn hingegen Westdeutsche eine inhaltlich gleichlautende Mängelliste

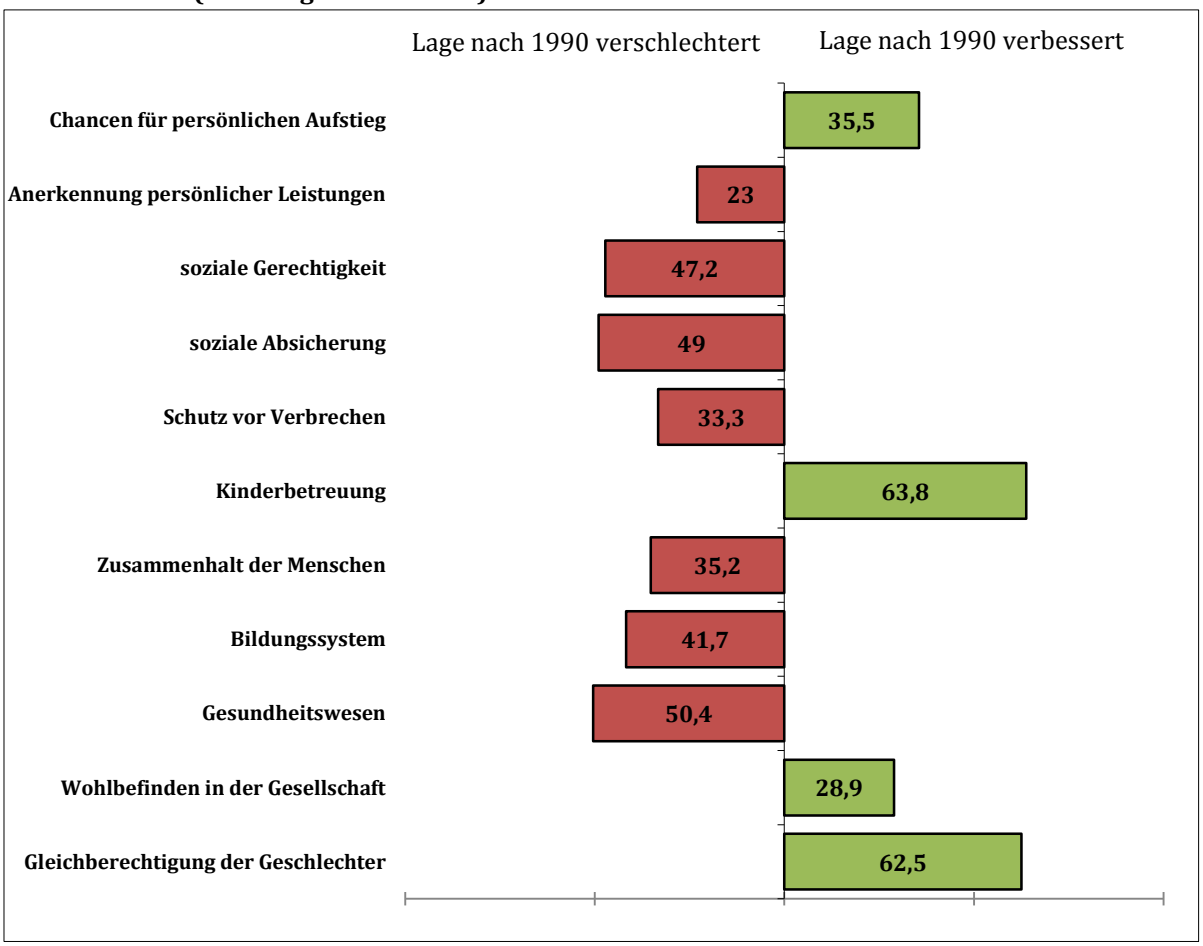
zusammenstellen, drücken sie überwiegend damit Unzufriedenheit über die Praxis der Politik aus, ohne dabei den Systemvergleich als Maßstab im Hinterkopf zu halten.

Abbildung 51 Bilanz vor/ nach 1990, unter 35-Jährige - Westdeutschland (Nennungen in Prozent)



Frage 25: ...

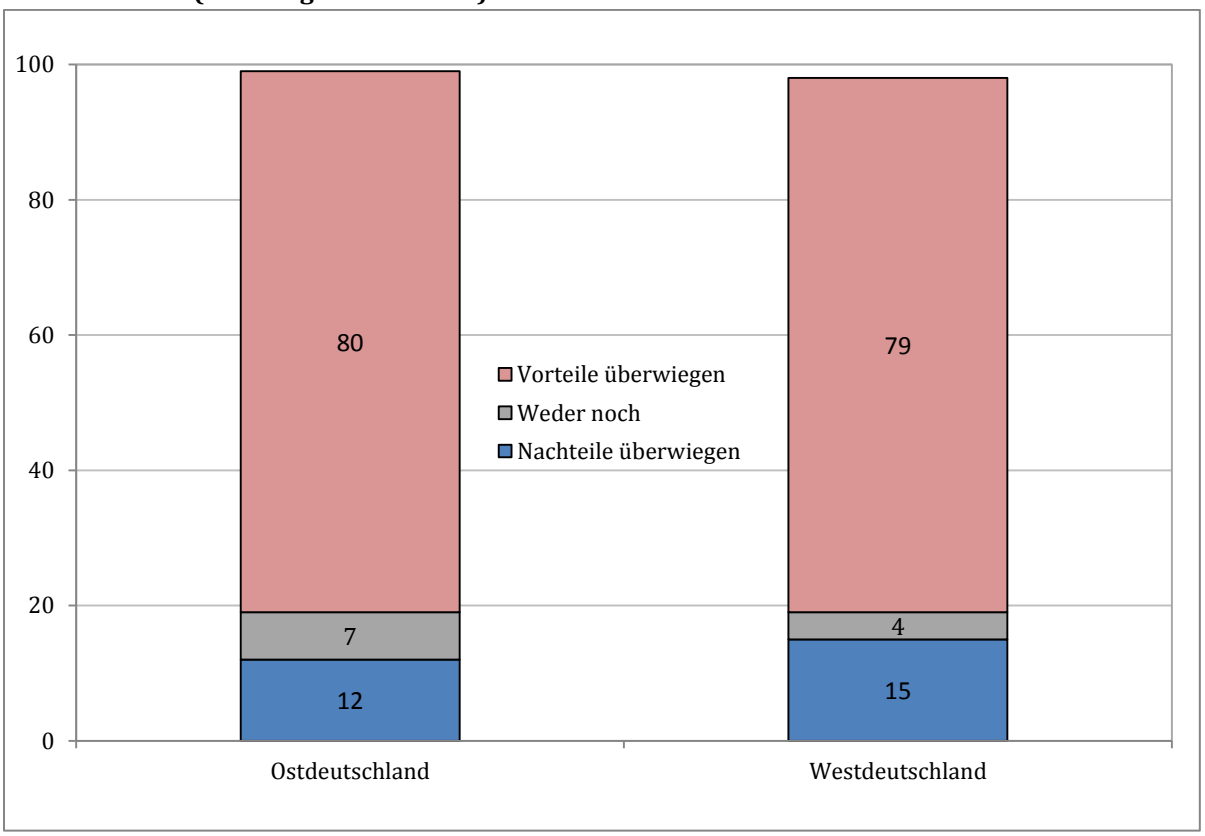
Abbildung 52 Bilanz vor /nach 1990: über 34-Jährige - Westdeutschland (Nennungen in Prozent)



Frage 25: ...

Ungeachtet der erwähnten Mängelrügen, die aus west- und ostdeutscher Sicht der Bundesrepublik für die Zeit nach 1990 erteilt werden, und trotz etlicher von Ostdeutschen mehrheitlich positiv erinnerter Facetten des Systemprofils der DDR sind sich vier Fünftel im Osten wie im Westen des Landes gleichermaßen darin einig, dass die Wiedervereinigung für Deutschland als Ganzes vorteilhaft war (vgl. Abbildung 53). Schlüsselt man die Befragten nach dem *Bildungsgrad* auf, so schält sich für beide Landesteile das gleiche sozialstrukturelle Muster heraus: Hauptschulabsolventen sind häufiger der Meinung, dass die Nachteile der Einigung überwögen, als Abiturienten und Akademiker. Dieser Zusammenhang zwischen Bildung und Einigungsbilanz ist im Westen noch etwas stärker ausgeprägt (Tabelle 28).

Abbildung 53 Wiedervereinigung: Vorteil oder Nachteil für Deutschland? (Nennungen in Prozent)



Frage 26a: Würden Sie sagen, dass für Deutschland insgesamt alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Tabelle 28 Wiedervereinigung: Vorteil oder Nachteil für Deutschland? - nach Bildungsgrad (Nennungen in Prozent)

Bewertung der Wiedervereinigung für Gesamtdeutschland	Schulabschluss							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium
Vorteile überwiegen	66	79	85	82	63	78	89	91
Weder noch	12	8	2	5	5	4	5	2
Nachteile überwiegen	19	12	11	10	27	16	5	6

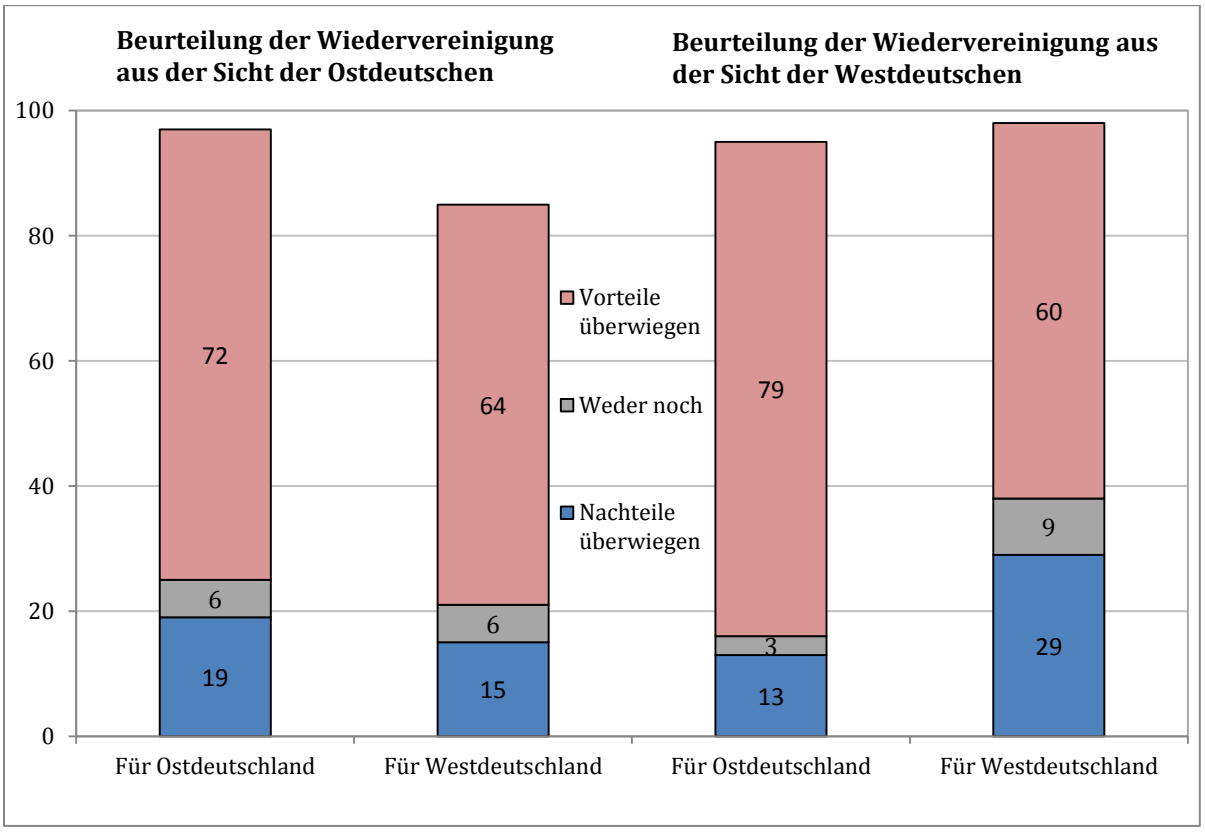
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Ziehen Ost- und Westdeutsche ein getrenntes Fazit der Wiedervereinigung für die Gebiete der beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten, so fällt die Vorteilsvermutung für das jeweils „andere Land“ aus westdeutscher Sicht höher, aus ostdeutscher Perspektive hingegen niedriger aus: Ostdeutsche wie Westdeutsche sehen übereinstimmend mehrheitlich mehr Vorteile in Ostdeutschland (vgl. Abbildung 54). Diese geografisch ´ostschiefe` Wahrnehmung von vorteilhaften Folgen der Einheit spiegelt den inzwischen erreichten Grad der Angleichung der Lebensverhältnisse realistisch wider.

Aufschlussreich ist ferner, dass zehn Prozent mehr West- als Ostdeutsche die Einigungsfolgen für ihr eigenes Teilgebiet als nachteilig empfinden. Ostdeutsche klagen also ver-

gleichsweise weniger als ihre Landsleute im Westen über die Entwicklung in ihrem Teil des Landes. Dieses unterschiedliche Antwortverhalten macht beispielhaft anschaulich, wie eine ältere Erfahrungswelle allmählich ausläuft und eine spätere sich neu aufbaut: Während die weiter zurückliegenden Eindrücke der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationskrise, die ausschließlich die Bevölkerung der früheren DDR betroffen hatte, dort allmählich verblassen, nimmt in Westdeutschland die Debatte, ob es nicht an der Zeit sei, die Teilungslasten gerechter, sprich: stärker zugunsten westlicher Problemregionen zu verteilen, gerade erst Fahrt auf.

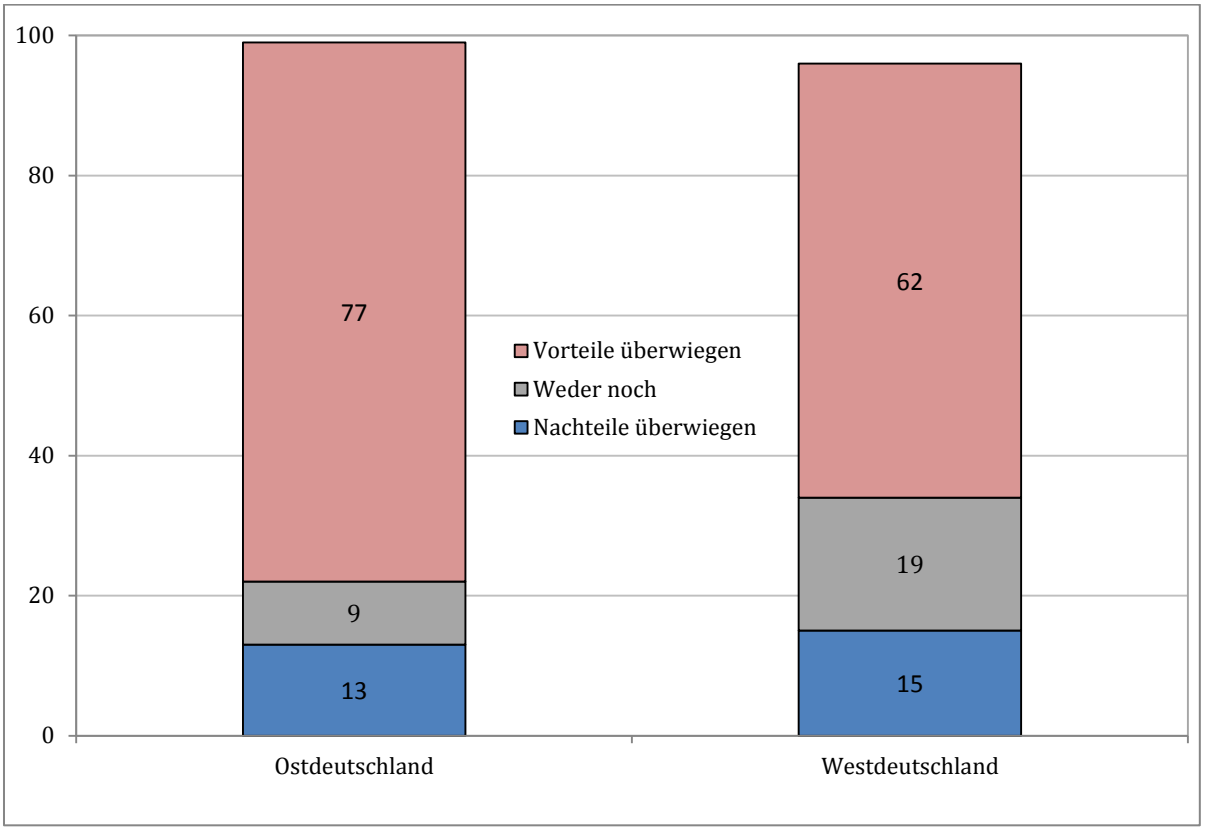
Abbildung 54 Wiedervereinigung: Vorteil oder Nachteil für Ost- bzw. Westdeutschland? (Nennungen in Prozent)



Frage 26b: Und wie ist das für die neuen Bundesländer/Ostdeutschland, überwiegen da alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung? Frage 26c: Und für die alten Bundesländer/Westdeutschland, überwiegen da alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Dass deutlich mehr Ostdeutsche (77%) als Westdeutsche (62%) *für sich persönlich* die Wiedervereinigung als vorteilhaft erleben, verwundert nicht. Nicht unbedingt zu erwarten war hingegen, dass auch annähernd zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung die Einigung selbst aus der Distanz als eine persönliche Erfolgsgeschichte ansehen. Die positive Sicht mag in vielen Fällen beruflich oder familiär bedingt sein. Mehr noch aber deutet die große Zahl auf eine auch im Westen der Bundesrepublik gesellschaftlich breit verankerte affektive Identifikation mit der deutschen Einheit hin.

Abbildung 55 Wiedervereinigung: persönlich ein Vorteil oder Nachteil? (Nennungen in Prozent)



Frage 27: Und wie ist das für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

5.2 25 Jahre Friedliche Revolution – Eine Bilanz

Die hier bisher dargestellten Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2014 bestätigen, dass viele Ostdeutsche, ältere zumal, der DDR rückblickend in einigen Bereichen bei einem Systemvergleich mit der Bundesrepublik Vorteile zubilligen. Solche für die DDR vergebenen Pluspunkte bündeln allesamt generelle und spezielle Erwartungen gleicher Chancen sozialer Teilhabe, Vorstellungen also, die keineswegs unpolitisch daher kommen, die aber vorrangig die privaten bzw. persönlichen Lebensbedingungen im Blick haben und dabei die Sphäre der Politik eher indirekt, als eine Größe ´dahinter`, wahrnehmen und evaluieren.

Es ist daher folgerichtig, die bis hierher in seinen das soziale Dasein und die soziale Sicherung des privaten Lebens in der DDR abbildenden Einschätzungen der Ostdeutschen, wie sie in ihr Meinungsbild von der DDR eingeflossen sind, um die Bewertung des politischen Regimes der DDR und seines ideologischen Kerns zu ergänzen. Wie die Antworten der Befragten zeigen, ist das historische Urteil in einem zentralen Punkt eindeutig: 70 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass das politische System der DDR eine Diktatur war (vgl. Tabelle 29). Dass die DDR ebenso ein „Unrechtsstaat“ gewesen ist, meinen mit 46 Prozent deutlich weniger. Diese Zurückhaltung erklärt sich psychologisch daraus, dass viele Ostdeutsche fürchten, Teile ihrer eigenen Biografie zu entwerten,

wenn sie zustimmen, dass die DDR zu einem Synonym für Unrecht erklärt wird (vgl. Holtmann/Jaeck/Voelkl 2014).

Knapp 60 Prozent der Ostdeutschen glauben gegenwärtig, dass der Sozialismus im Grunde eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt wurde (ebd.). Wesentlich weniger, nämlich etwa ein Drittel der Befragten, teilen die Einschätzung, dass Sozialismus und Demokratie grundsätzlich ganz gut vereinbar sind. Mit 27 Prozent stimmen noch weniger der Aussage zu, dass die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen verstaatlicht werden sollten (ebd.). Sichtbar wird in diesem Antwortverhalten eine *Hierarchie abnehmender Sympathien mit dem System der DDR*: Während das abstrakte Systemziel der sozialen Befreiung des Menschen aus Armut und Entfremdung auch unter den westdeutschen Befragten deutlich positiver konnotiert wird, findet das realsozialistische Strukturmodell für Verfassung und Ökonomie nur bei einer Minderheit Anklang. Dass bei allen einschlägigen Fragen die Zustimmungsraten bei Jüngeren niedriger als der Durchschnitt ausfallen, belegt, dass in der nachwachsenden Generation mit wachsendem zeitlichem Abstand zur DDR die Unsicherheit, deren Systemeigenschaften einzuschätzen, wächst.

Tabelle 29 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung, Ostdeutschland (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu" in Prozent°)

F. 28...	Ostdeutschland	Alter in Jahren°				Schulabschluss			
	2014	14-29	30-44	45-59	60+	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium
a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.	46	39	46	47	48	49	45	39	48
b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	27	20	26	28	33	32	31	19	22
c) Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	59	56	46	63	65	60	63	51	51
d) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.	34	32	30	29	42	45	32	27	32
e) Das politische System der DDR war eine Diktatur.	70	54	80	71	73	69	70	72	76
f) In der Bundesrepublik Deutschland fühle ich mich politisch zu Hause.	47	65	55	38	52	48	46	62	53

Frage 28: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage ob sie dieser zustimmen oder nicht. Der Wert 1 bedeutet, dass sie voll und ganz zustimmen, 5 bedeutet, dass sie überhaupt nicht zustimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wie ist das mit: ...
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die westdeutsche Bevölkerung schätzt insgesamt den Willkürcharakter des DDR-Regimes und seine Demokratieunverträglichkeit deutlich kritischer ein (vgl. Tabelle 30).

Tabelle 30 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung, Westdeutschland (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu" in Prozent)

F. 28: ...	Westdeutschland	Alter in Jahren				Schulabschluss			
	2014	14-29	30-44	45-59	60+	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium
a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.	71	60	66	74	81	69	69	73	81
b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	18	23	23	19	11	20	19	17	14
c) Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	39	38	35	37	42	40	38	42	34
d) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.	36	50	29	32	34	31	37	37	32
e) Das politische System der DDR war eine Diktatur.	82	73	75	86	92	85	81	86	83
f) In der Bundesrepublik Deutschland fühle ich mich politisch zu Hause.	73	64	65	74	83	70	71	81	75

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Fast drei Viertel der Westdeutschen, aber nur knapp die Hälfte der Ostdeutschen fühlen sich gegenwärtig in der Bundesrepublik „politisch zu Hause“ (vgl. Tabelle 30). In diesen Zahlen zeigen sich langfristige Nachwirkungen der konträren politischen Sozialisation im getrennten Deutschland. Wie sehr die Differenz sozialisationsbedingt ist, macht das nahezu identische Meinungsbild der jüngeren Generation anschaulich: 64 Prozent der 14- bis 29-Jährigen im Westen und 65 Prozent der Angehörigen derselben Altersgruppe im Osten sehen nach eigenem Bekunden in der Bundesrepublik ihre politische Heimat.

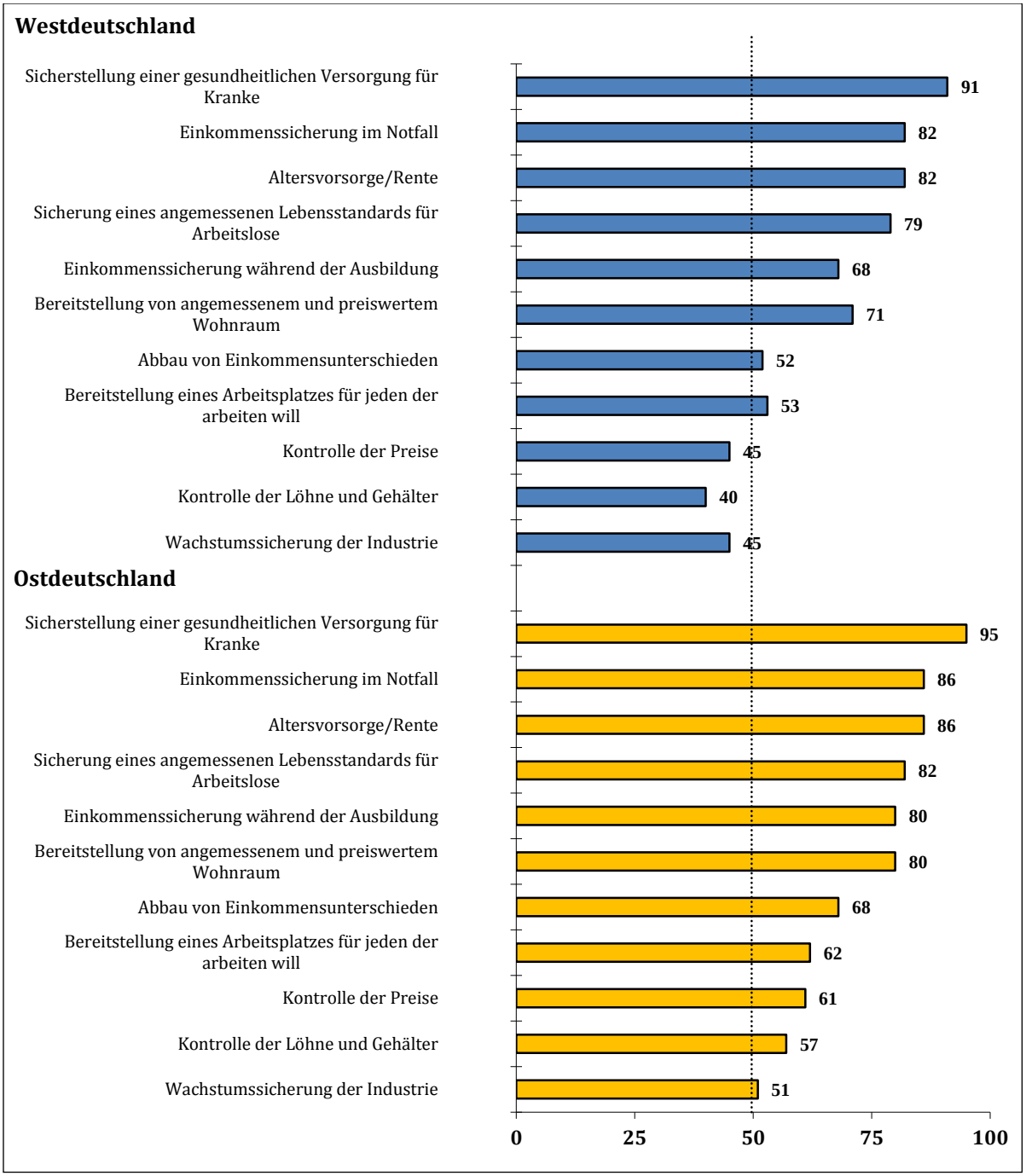
5.3 Eigenverantwortung oder Zuständigkeit des Staates?

In Kapitel 3 hatten wir dargestellt, dass zu Beginn der 1990er Jahre Ost- und Westdeutsche in ihrer Präferenz für wohlfahrtstaatlich garantierte Fürsorge und Vorsorge grundsätzlich übereinstimmten (S. 125ff.). Gleichzeitig traten Diskrepanzen bei der Erwartung auf, wie weit die Interventionsbefugnis des Wohlfahrtsstaates reichen soll.

Dieses deutsch-deutsche Grundmuster in der Einschätzung von Reichweite und Grenzen des Wohlfahrtsstaates ist auch gut 20 Jahre später erhalten geblieben. Die jeweiligen Pfadabhängigkeiten, die während Jahrzehnte währender Zweistaatlichkeit ausgeformt worden sind, bauen sich nur allmählich ab. Nahezu einmütig wird in Ost und West eine staatliche Gewährleistungsfunktion für den traditionellen Kernbereich der Systeme sozialer Sicherung (Krankheit, Invalidität, Alter, Erwerbslosigkeit) bejaht (vgl. Abbildung 56). Unterschiede treten dort stärker hervor, wo der Staat selbst als Anbieter wirtschaftlicher Leistungen (Wohnraum) oder als Kontrolleur bzw. Korrektiv wirtschaftlicher Tä-

tigkeit (Lohn- und Preiskontrolle, Ausgleich von Einkommensunterschieden, Vollbeschäftigung) ins Spiel gebracht wird. Aber auch hier haben sich gegenüber den frühen 1990er Jahren die Ost-West-Differenzen abgeschwächt.

Abbildung 56 Staatsverantwortung nach Ost und West (Herkunft) (Nennungen „Ja, sollte eher in der Verantwortung des Staates liegen“ in Prozent).



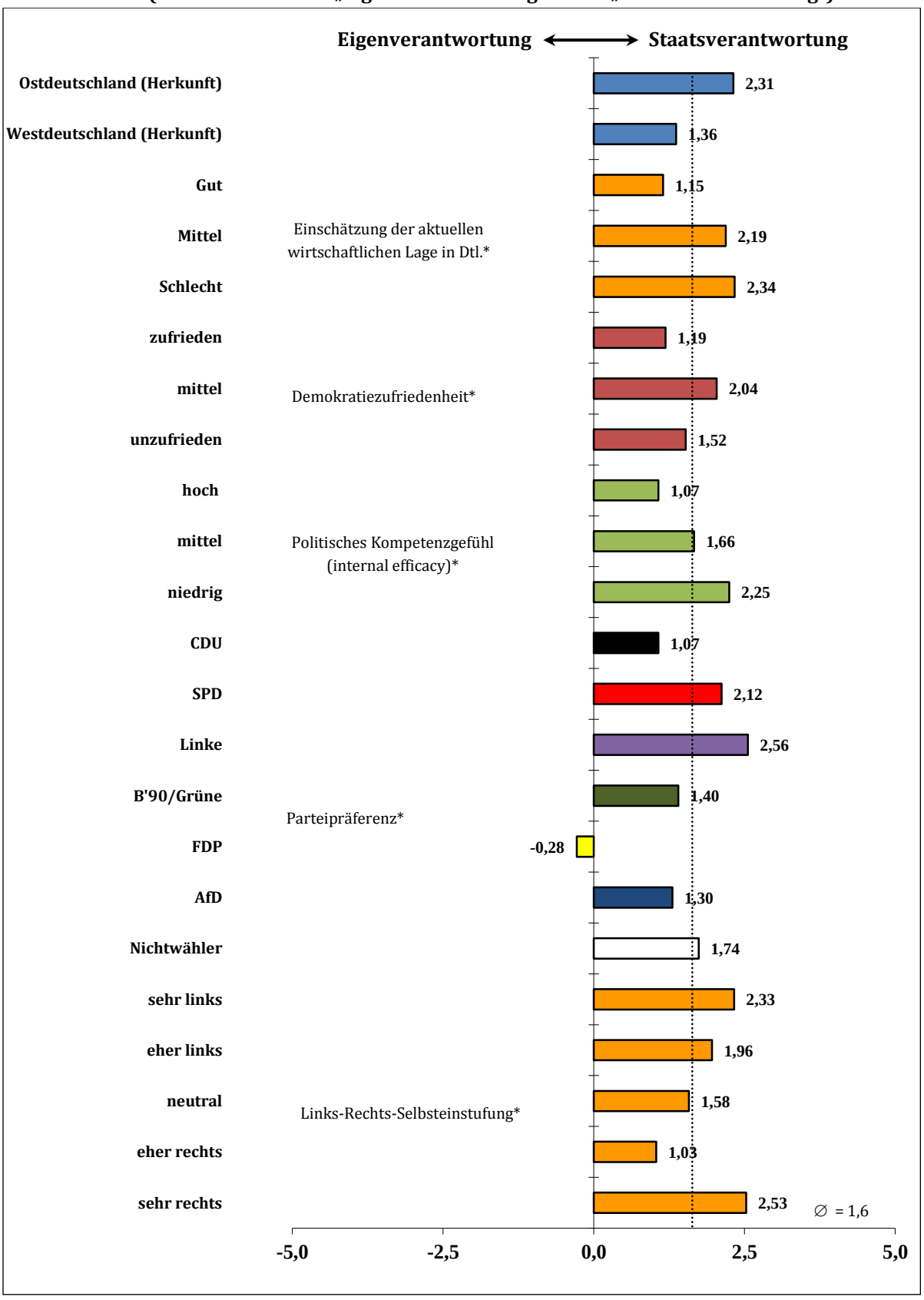
Frage 30: Wie schätzen Sie die folgenden Punkte ein? Sagen Sie uns bitte, ob die folgenden Dinge Ihrer Meinung nach eher in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten oder eher nicht.

Schlüsselt man die Daten nach ausgewählten sozialstrukturellen Faktoren wie geografische Herkunft, Alter, Einkommen und Stellung im Erwerbsleben, auf und untersucht zudem die Zusammenhänge zwischen Staatsorientierung bzw. Eigeninitiative einerseits

und gleichfalls gemessenen Einstellungsvariablen, wie Demokratiezufriedenheit, Einschätzung der wirtschaftlichen Lage etc. andererseits, so bestätigen die aggregierten Mittelwerte nicht nur die oben beschriebenen, fortdauernden Ost-West-Unterschiede, sondern auch die Beobachtung, dass wer ressourenschwach ist, einen starken Staat einfordert, während ressourcenstarke Bürger mehr auf private Initiative setzen (Abbildung 57). Wer die ökonomische Situation zuversichtlich einschätzt und sich selbst zutraut, auf Politik Einfluss zu nehmen, plädiert häufiger für Eigenverantwortung.

Der Generationenvergleich zeigt eine klare Differenz zwischen der Nachwendegeneration, also den nach 1990 Geborenen, und der Generation, die mit den Folgen des II. Weltkriegs aufgewachsen ist (vor 1946 geboren). Erstere spricht sich eher für eine höhere (2,2) und letztere für eine niedrigere (1,2) Staatsverantwortung aus. Bei den Parteipräferenzen baut sich das vertraute Bild auf: Anhänger der Linke plädieren am entschiedensten für „Staat“, diejenigen der FDP am stärksten für „Markt“, damit bilden die Parteigänger der FDP die einzige untersuchte Gruppe, die überwiegend für Eigenverantwortung plädiert. Auf der Links-Rechts-Skala sind sich sehr links und rechtsaußen Angesiedelte einig in der dezidierten Forderung nach einem starken (autoritären?) Staat.

Abbildung 57 Staatsverantwortung nach Herkunft, Wirtschaftslage, Demokratiezufriedenheit, politischem Kompetenzgefühl, Parteipräferenz und Links-Rechts-Selbsteinstufung. (Mittelwerte von -5 „Eigenverantwortung“ bis +5 „Staatsverantwortung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

5.4 Unterstützung der Demokratie, politisches Vertrauen und politisches Engagement – Eckpfeiler einer demokratischen politischen Kultur in Deutschland

5.4.1 Ist zusammengewachsen, was zusammen gehört?

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 löste neben der weit verbreiteten Euphorie auch Unsicherheit über die künftige Entwicklung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander und über die Zukunftsperspektiven ihrer Bürger aus.

Willy Brandts Hoffnung, jetzt wachse zusammen, was zusammengehöre, war in den Jahren 1989/1990 nicht die einzige Erwartung für die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Keineswegs alle Bürger in der Bundesrepublik waren davon überzeugt, dem Fall der Mauer würde bald die Wiedervereinigung Deutschlands folgen, und nicht bei allen Ost- und Westdeutschen war diese Vorstellung populär. Neben der bei einer breiten Mehrheit insbesondere der Ostdeutschen (über 90%), aber auch der Westdeutschen (knapp 75%) vorherrschenden Freude äußerten relativ starke Minderheiten in der Bundesrepublik (ca26%) und in der DDR (9%) Sorge oder Gleichgültigkeit über die sich abzeichnende deutsche Einheit (Wildenmann 1990, vgl. Kapitel 3.2.7). Schon vor dem Beitritt der fünf neuen Länder zur Bundesrepublik verwiesen Beobachter auf die möglichen Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen von zwei Staaten, Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, die vierzig Jahre lang unterschiedlichen Kulturen und politischen Bündnissystemen angehört hatten. Patrick Süßkind äußerte sich im Spiegel (zit. in FAZ 19.11.2014: 8) drastisch über die zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestehenden Gemeinsamkeiten:

> „Denn was gehört denn da zusammen, bitte sehr? Gar nichts! Im Gegenteil: Nichts Unzusammenhängenderes lässt sich denken als die DDR und die BRD! Verschiedene Gesellschaften, verschiedene Regierungen, verschiedene Wirtschaftssysteme, verschiedene Erziehungssysteme, verschiedener Lebensstandard, verschiedene Blockzugehörigkeiten, verschiedene Geschichte, verschiedene Promillegrenze – gar nichts wächst da zusammen, weil gar nichts zusammengehört."

Schon bald machte das Wort von einem Fortbestand der „Mauer in den Köpfen" die Runde, um die tiefen kulturellen Unterschiede zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu bezeichnen (Greiffenhagen und Greiffenhagen 1993: 369ff). Dass aus westdeutscher Sicht zu dieser Zeit das tatsächliche Ausmaß des gewachsenen Grundeinverständnisses der Ostdeutschen mit dem politischen Regime der DDR eher überschätzt wurde und umgekehrt nicht bekannt war, dass die Bundesrepublik hinsichtlich der Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven im persönlichen Systemvergleich der DDR-Bürger seit langem besser abschnitt, ist Teil der damaligen „Mauer in den Köpfen". Erst die

Auswertung der Stellvertreterumfragen korrigiert dieses damalige Informationsdefizit (vgl. Kapitel 3.2.1).

Des unbeschadet brachte die Debatte der frühen 1990er Jahre auf den Punkt, was schon seit den 1950er Jahren zu den Axiomen der empirischen Demokratieforschung gehörte: Eine gemeinsame Nation, eine gemeinsame Verfassung und gemeinsame politische Institutionen sind notwendige, aber nicht hinreichenden Bedingungen des Entstehens einer politischen Gemeinschaft. Folgt man den Annahmen der kulturalistischen Theorien der Demokratien, so ist die Bildung einer integrierten demokratischen Gemeinschaft und einer stabilen, leistungsfähigen demokratischen Ordnung nur dann zu erwarten, wenn sie von einer entsprechenden politischen Kultur getragen wird. Was zu einer solchen gemeinsamen politischen Kultur gehören muss, wurde aber seit den Anfängen der Political Culture-Forschung niemals eindeutig bestimmt (so schon bei Almond und Verba [1963] 1989). Es ist auch prinzipiell fraglich, ob die Dynamik des Wandels politischer Einstellungen und die Unterschiede zwischen den nationalen Ausprägungen demokratischer Herrschaft eine solche Festlegung überhaupt notwendig und wünschenswert machen. Vielfach reflektieren die Erwartungen an die Zukunft politische Wunschvorstellungen, und nur selten sind sie, an analytischen Anforderungen gemessen, so klar, dass sie als brauchbare Leitlinien für eine Beobachtung des Verhältnisses der Bevölkerung zur Politik dienen könnten. Das veranschaulichen auch die im obigen Scharnierkapitel beschriebenen Schwankungen, ja Wetterstürze im politischen Klima, die Ostdeutschland in den Umschaltjahren von Systemwechsel und Einigung zwischen 1989 und 1991 durchlebt hat (vgl. Kapitel 3)

5.5 Die Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie im vereinigten Deutschland

Die Demokratie unterscheidet sich von allen anderen Herrschaftsordnungen dadurch, dass sie ihre Legitimität aus dem Grundsatz der Volkssouveränität ableitet. Demnach verdient die in einem Land bestehende politische Ordnung nur dann das Attribut „demokratisch“, wenn sie sich auf das freiwillig erteilte Einverständnis möglichst vieler Mitglieder der politischen Gemeinschaft stützen kann.

In unterschiedlichen Akzentuierungen spielt diese Überlegung in Untersuchungen der politischen Kultur der Demokratie eine wichtige Rolle. Geprägt durch die Erfahrung des Zusammenbruchs vieler Demokratien in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, betrachteten Forscher wie Almond und Verba ([1963]), Easton (1965 [1979]; 1975) und Lipset ([1959] 1981) eine von spezifischen Systemleistungen unabhängige, breite Unterstützung der Demokratie durch alle gesellschaftlichen Gruppen als notwendige Voraussetzung der Stabilität demokratischer Regime.

Mit der Konsolidierung der westlichen Demokratien in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verlor das Problem der Regimestabilität zunächst etwas von seiner ursprünglichen Dringlichkeit. Es gelangte jedoch nach dem Ende der autokratischen Regime in Südeu-

ropa und Lateinamerika, insbesondere aber nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Ost- und Ost-Mitteleuropa erneut auf die Tagesordnung. Unter den schwierigen Bedingungen der Regimetransformation konnte ein erfolgreicher Übergang vom Kommunismus zur Demokratie keineswegs von vornherein als gesichert gelten (vgl. z. B. Eisen, Kaase und Berg 1996; Merkel 1996; Merkel 2010).

Im geeinten Deutschland wurden der Aufbau einer demokratischen Ordnung und die Entwicklung einer zu diesem System „passenden" politischen Kultur durch eine zweite Herausforderung überlagert. Nach der Wiedervereinigung zweier nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffener, in vieler Hinsicht antagonistischer Staaten, stand neben der Bewältigung der Regimetransformation die Bildung einer gesamtdeutschen politischen Gemeinschaft auf der Agenda. Gerade wenn, wie in Deutschland nach 1990, zwei Staaten und Gesellschaften über längere Zeit eine gegensätzliche politische und gesellschaftliche Entwicklung durchlaufen haben und unterschiedliche politische Strukturen und Kulturen aufweisen, ist es nicht selbstverständlich, dass sich innerhalb einer überschaubaren Zeit eine kulturelle Einheit etablieren kann. Dies gilt nicht zuletzt für diejenigen Elemente der Kultur, die in der Phase der Primärsozialisation erworben werden und sich in den folgenden Lebensabschnitten in der Regel nicht oder nur noch sehr langsam ändern (vgl. Eisen, Kaase und Berg 1996). Zu diesen langfristig stabilen Bestandteilen des individuellen und kollektiven Orientierungssystems gehören in konsolidierten Demokratien die Internalisierung demokratischer Werte und Normen und die generalisierte Unterstützung der Demokratie als der wünschenswerten Form des politischen Zusammenlebens der Menschen (Gabriel 1999a; Rohrschneider 1999: 33ff).

Bereits kurz nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung der DDR-Grenze zum Westen gab es innerhalb der damaligen DDR eine intensive Diskussion über die nach dem Fall des SED-Regimes anzustrebende Form der Demokratie. Anders als der Nationalsozialismus und rechtsautoritäre Regierungsformen hatten sich die kommunistischen Herrschaftssysteme in Ost- und Mitteleuropa niemals als Gegenentwurf zur Demokratie verstanden. Sie beanspruchten vielmehr, die im Vergleich mit den westlichen Modellen bessere Form der Demokratie zu repräsentieren. Diese Sicht auf die Demokratie fand nicht zuletzt im der Selbstbezeichnung des ostdeutschen Staates als „Deutsche Demokratische Republik" ihren Niederschlag. Sozialismus und Demokratie wurden somit als vereinbar betrachtet. Als Antithese zum Sozialismus sah man nicht die Demokratie, sondern den Kapitalismus.

Vor diesem Hintergrund darf bezweifelt werden, dass der Wunsch nach der Ablösung des DDR-Regimes für die Bürger der DDR gleichbedeutend war mit präzisen Vorstellungen darüber, was der Übergang zu einer liberal-pluralistischen Demokratie westlicher oder westdeutscher Prägung konkret bedeuten würde. Die Stellvertreterumfragen sind in dieser Hinsicht insofern zu wenig präzise, als sie mit ihrem Frageraster die zu DDR-Zeiten privat gehegten Vorlieben der Ostdeutschen für das Systemmodell der Bundesrepublik nur allgemein erfassen (vgl. Kapitel 3). Die Verwirklichung einer wahren, sozialis-

tischen Demokratie – als Dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus – war jedenfalls eine der in der Umbruchsphase 1989/90 öffentlich debattierten Optionen und fand insbesondere bei DDR-Intellektuellen eine breite Zustimmung (vgl. dazu auch Tabelle 29).

Für die Annahme, dass der Regimewechsel in der DDR keineswegs zwangsläufig in die Übernahme einer westlichen Variante der Demokratie einmünden musste, sprachen auch die in der Phase zwischen der Entmachtung des alten Regimes und der Wiedervereinigung durchgeführten demokratischen Experimente. Um die Probleme der praktischen Politik zu lösen, installierten Vertreter der Bürgerbewegungen im Winter 1989 Runde Tische. Sie können als Varianten dialogorientierter Beteiligungsformen angesehen werden und galten vielen politischen Aktivisten der ersten Stunde als Institutionen eines Mittelweges zwischen autoritärem und totalitärem Sozialismus (vgl. ausführlich: Thaysen 1990). Jedoch dürfte es in der Auflösungsphase der DDR auch eine nennenswerte Zahl von Befürwortern des westlichen bzw. des bundesdeutschen Demokratiemodells gegeben haben. Schon vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes hatte ein großer Teil der Bürger der DDR über die Nutzung des Westfernsehens und durch persönliche Kontakte mit Westdeutschen mittelbar am politischen Leben der Bundesrepublikteilgehabt. Nicht zuletzt auf Grund der in der Zeit der nationalen Teilung fortbestehenden Kommunikationsbeziehungen zwischen West- und Ostdeutschland ist zu vermuten, dass die mit dem Westen assoziierten Vorstellungen von Wohlstand und Reisefreiheit nicht folgenlos für die Regimepräferenzen der Bevölkerung geblieben waren (vgl. Scheuch und Scheuch 1991).

Vor diesem Hintergrund ist den in der Literatur verbreiteten Annahmen über eine vorgeblich schnelle und vollständige Übernahme des bundesdeutschen Demokratiemodells seitens der DDR-Bürger mit einer gewissen Skepsis zu begegnen. Wahrscheinlicher als Mutmaßungen über die institutionelle und kulturelle Kolonisierung der DDR durch die Bundesrepublik ist die Vermutung, dass in der Transitionsphase Ostdeutschlands und noch einige Zeit danach unterschiedliche, wenn nicht gegensätzliche, Ordnungsvorstellungen und Regimepräferenzen nebeneinander existierten, und zwar unbeschadet der Tatsache, dass eine breite Mehrheit der DDR-Bürger sich seit langem grundsätzlich für die Übernahme des Systems der Bundesrepublik aussprach. Ersteres belegen die Ergebnisse der nunmehr freien Meinungsforschung, die ab 1990 auch auf dem Gebiet der DDR Einzug hielt. Letzteres bezeugen die DDR-Stellvertreterumfragen. Die Wertorientierungen der ostdeutschen Bevölkerung befanden sich in den Jahren nach 1989 ebenso im Umbruch wie das politische System, das Wirtschaftssystem und das gesellschaftliche Gefüge (Merkel 1996; Eisen, Kaase und Berg 1996). Die Formierung des Verhältnisses der DDR-Bürger zur Politik war unterschiedlichen, sogar widersprüchlichen Einflüssen lang- und kurzfristiger Natur ausgesetzt, und es war anfangs kaum möglich abzuschätzen, in welche Richtung diese Einflüsse wirken würden.

So vermittelten die ersten Untersuchungen der Einstellungen der DDR-Bürger bzw. der Menschen in den neuen Ländern lange Zeit das Bild widersprüchlicher und instabiler Einstellungen zur Demokratie. Auf der anderen Seite belegte die empirische Forschung eine erstaunlich breite Akzeptanz der für eine liberale Demokratie typischen Werte, Normen und Verfahren. Allerdings koexistierten diese Orientierungen mit negativen Einstellungen zu spezifischen Aspekten der Demokratie und mit einer Unterstützung autoritärer Ordnungsvorstellungen. Viele Einstellungen zur Demokratie – auch zu grundlegenden demokratischen Prinzipien – veränderten sich innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne. Zudem sah die ostdeutsche Bevölkerung große Mängel im westdeutschen Demokratiemodell, etwa im Hinblick auf die sozialstaatliche Komponente und die geringe Bedeutung direktdemokratischer Beteiligungsrechte der Bevölkerung (vgl. Bauer 1991a; Bauer 1991b; Dalton 1994; Fuchs 1997; Gabriel 1999a; Gabriel 2000; Gabriel 2005: 488ff; Klein 1998; Niedermayer 2005: 95ff; Rohrschneider 1999).

Wenn man zu Vergleichszwecken den Blick auf die Geschichte der alten Bundesrepublik richtet, findet man Belege dafür, dass sich die Herausbildung demokratischer Wertorientierungen und Einstellungen als ein langwieriger Prozess erweist. Erst in den frühen 1970er Jahren konstatierte die empirische Forschung die Überwindung antidemokratischer Traditionen (Baker, Dalton und Hildebrandt 1981; Conradt 1974; Conradt 1989; Conradt 1991). Demnach hat es nahezu ein Vierteljahrhundert gedauert, bis die Westdeutschen die liberal-pluralistische Demokratie in ihrem Lande nicht nur akzeptierten, sondern sie aktiv unterstützten.

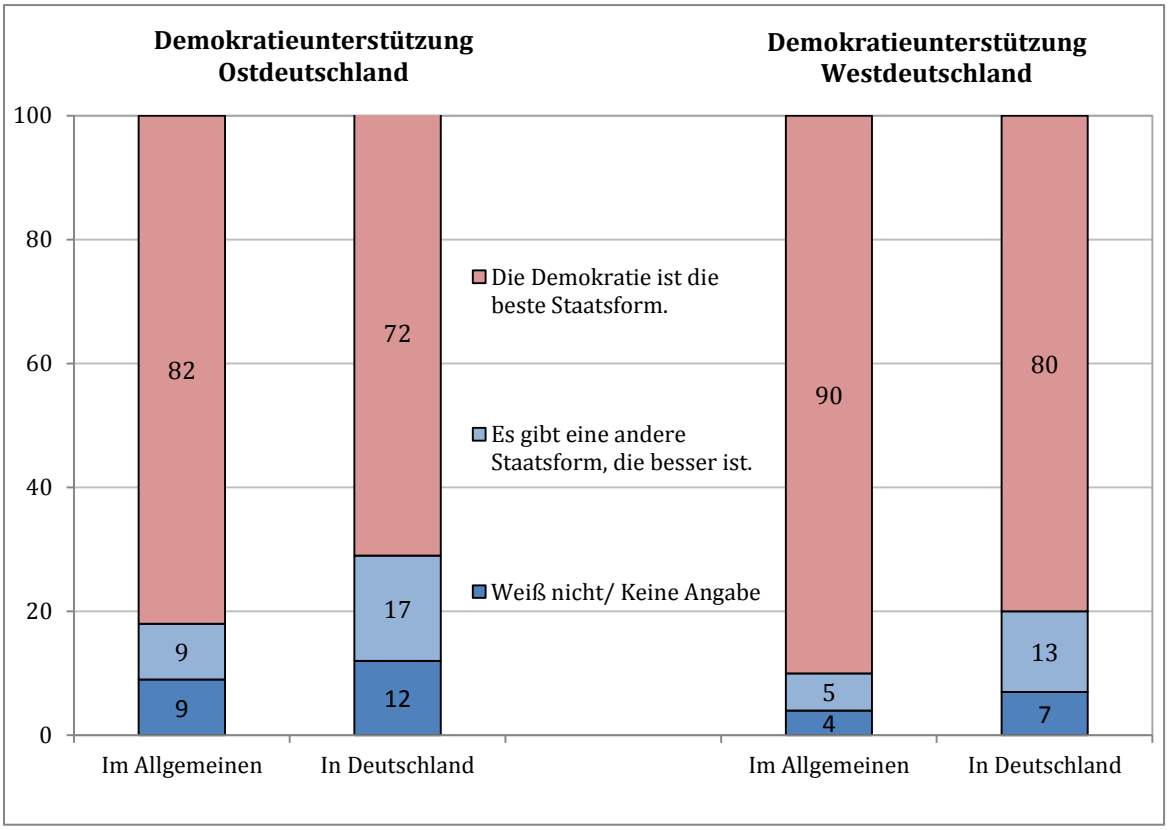
Im Jahr 2014 liegt der Fall der Mauer 25 Jahre zurück. Somit besteht die Demokratie in den neuen Bundesländern ebenso lange wie die Herausbildung demokratischer Einstellungen in der alten Bundesrepublik gedauert hat. Auch wenn die Diskussion darüber entbehrlich ist, ob sich Geschichte wiederholt, bleibt die Frage bedeutsam, ob in den neuen Bundesländern 25 Jahre nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes eine ähnlich breite Akzeptanz der Demokratie zu verzeichnen ist wie in der alten Bundesrepublik der 1970er Jahre. Nicht weniger interessant ist es, den Prozess des Entstehens von Regimeakzeptanz in seinem zeitlichen Ablauf zu verfolgen und den Zeitraum zu bestimmen, innerhalb dessen eine Mehrheit der Ostdeutscheneine positive Einstellung zur Demokratie im Allgemeinen und zu der in Deutschland bestehenden Form der Demokratie im Besonderen entwickelte.

Im Jahr 2014 war die Demokratie das bei Ost- wie Westdeutschen breit akzeptierte Modell politischer Ordnung. Der Auffassung, die Demokratie sei die beste Staatsform, stimmten 90 Prozent der Westdeutschen und 82 Prozent der Ostdeutschen zu. Sechs Prozent der Befragten in den alten Ländern und neun Prozent in den neuen Ländern vertraten die Auffassung, es gebe eine bessere Staatsform als die Demokratie.[2] Nicht ganz so breit, aber gleichwohl sehr breit, fällt in beiden Landesteilen die Unterstützung

2 Diese und die folgenden Daten basieren auf einer Repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die im Rahmen der Studie „Deutschland 2014“ von Infratest Dimap vom 15. September bis zum 10. Oktober erhoben worden ist.

der in Deutschland bestehenden Form der Demokratie aus. 80 Prozent der Westdeutschen und 72 Prozent der Ostdeutschen stimmen der Aussage zu, die in der Bundesrepublik existierende Form der Demokratie sei die beste Staatsform; nur 13 bzw. 17 Prozent hielten eine andere Form der Demokratie für besser (Abbildung 58).

Abbildung 58 Unterstützung der Demokratie im Allgemeinen und der in Deutschland existierenden, West- und Ostdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 9: "Glauben Sie, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, oder gibt es Ihrer Meinung nach eine andere Staatsform, die besser ist?" Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt. Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland (Cramérs V): Demokratie im Allgemeinen,13***; Demokratie in Deutschland:,10***. Signifikanzen (Chi Quadrat) *** p = ,000.
Frage 10: „Glauben Sie, dass die Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik haben, die beste Staatsform ist, oder gibt es Ihrer Meinung nach eine andere Staatsform, die besser ist?" Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Dabei lässt die Antwortvorgabe offen, welche konkrete Spielart der Demokratie die Kritiker der deutschen Variante der Demokratie favorisieren. Zwar bestehen statistisch signifikante West-Ost-Unterschiede in der Einstellung zur Demokratie und zur Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik existiert. Die Unterstützung fällt in beiden Fällen in den ostdeutschen Bundesländern um knapp zehn Prozentpunkte geringer aus als im Westen. Jedoch bewegen sich diese Unterschiede auf einem sehr hohen Akzeptanzniveau und betreffen nur das Ausmaß, nicht aber die Qualität der Unterstützung. Gemessen an den hier benutzten Indikatoren, erweist sich die Demokratie im vereinigten Deutschland als ein breit akzeptiertes, wenn auch nicht von einem uneingeschränkten Konsens getragenes Modell politischer Ordnung. Insbesondere im östlichen Landesteil gibt es eine zahlenmäßig gar nicht so schwache Minderheit, die sich der Unterstützung

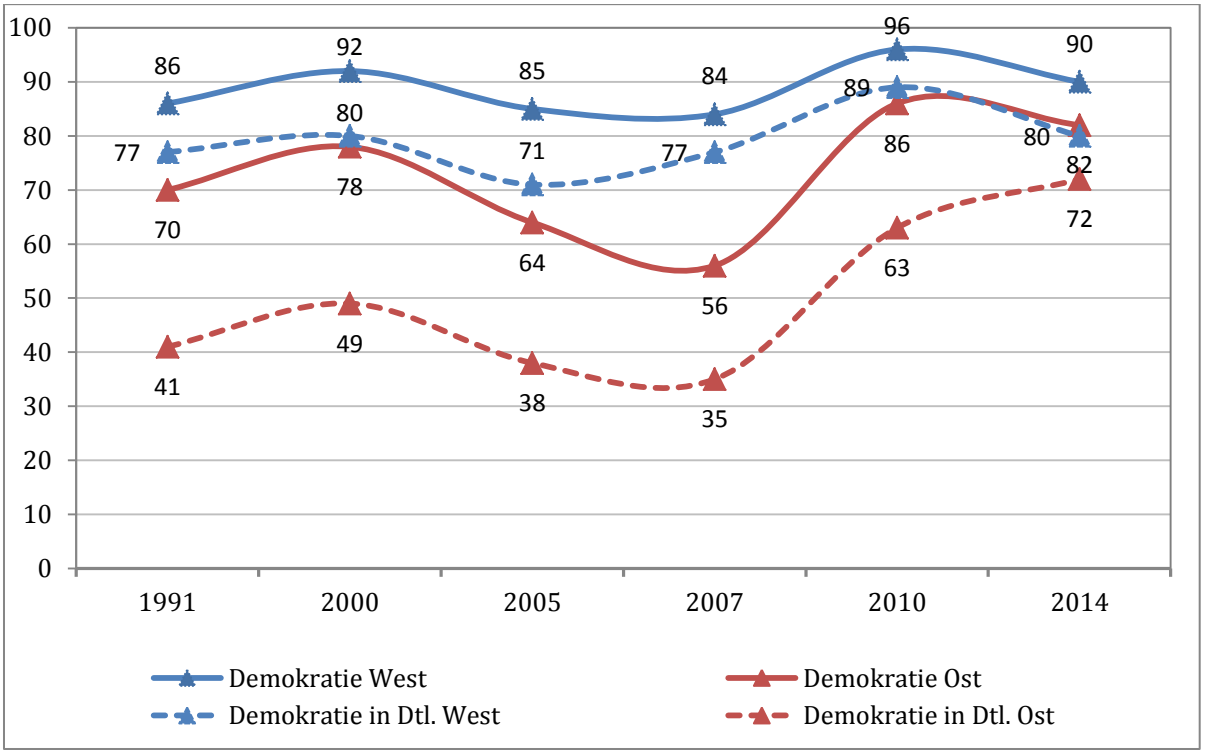
der Demokratie und insbesondere ihrer bundesdeutschen Variante nicht sicher sind oder sich erklärtermaßen für eine Alternative ausspricht. Diese kritischen Vorbehalte sind aber in beiden Landesteilen weit davon entfernt, von der Mehrheit unterstützt zu werden.

Wie Abbildung 59 zeigt, war diese Konstellation seit der Wiedervereinigung nicht immer gegeben. Insbesondere die mehrheitliche Unterstützung der deutschen Demokratie durch West- und Ostdeutsche stellt eine neue Entwicklung dar. Zuvor bestanden in dieser Hinsicht qualitative Unterschiede zwischen beiden Landesteilen, und auch die Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell wies ein deutliches West-Ost-Gefälle aus. Zwar befand sich die Zustimmung zur Demokratie in Westdeutschland seit 1991 stets auf einem sehr hohen Niveau und sank während des gesamten Untersuchungszeitraums niemals unter den Wert von 80 Prozent. Anders verhält es sich jedoch in den neuen Bundesländern. Auch wenn ebenso in Ostdeutschland die Mehrheit stets der Demokratie als wünschenswertem Modell politischer Ordnung zustimmte, lag dieser Wert in den Jahren 2005 und 2007 nur bei 64 bzw. 56 Prozent.

Im Zeitverlauf erwies sich diese Einstellung zudem als höchst instabil. Den in der Literatur weit verbreiteten Annahmen über die Eigenschaft der generalisierten Systemunterstützung als Legitimationsgrundlage einer Demokratie (Easton 1975; Fraenkel [1932]1973; Lipset 1969) zufolge, sollte die Zustimmung zur Demokratie in einem Lande nicht nur hoch ausfallen. Sie sollte sich darüber hinaus durch Stabilität auszeichnen und nicht Gegenstand von Kontroversen zwischen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen sein. Diese Bedingungen waren in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2007 kaum gegeben. Daher fehlte es auch an einer Form der Demokratieunterstützung, die den westlichen und östlichen Landesteil vereinte.

Als noch problematischer erwiesen sich im gleichen Zeitraum die Einstellungen zu der in der Bundesrepublik bestehenden Demokratie. Im Westen des Landes wurde die in Deutschland institutionalisierte Form der Demokratie stets von einer breiten Mehrheit der Bürger unterstützt, wenn auch in geringerem Maße als die Demokratie im Allgemeinen und mit einer deutlich größeren Schwankungsbreite (Minimum: 71%, 2007; Maximum 89%, 2010). Dagegen fand die bundesrepublikanische Spielart der Demokratie die Zustimmung der Mehrheit der Ostdeutschen erstmals in einer 2010 durchgeführten Umfrage. Noch in den Jahren 2005 und 2007 sprachen sich jeweils mehr Bürger der neuen Bundesländer gegen als für die bundesdeutsche Demokratie aus. Im Hinblick darauf stellte sich Deutschland bis zum Umschwung dieses Einstellungsmusters, der zwischen 2007 und 2010 erfolgte, als ein kulturell gespaltenes Land dar, in dem nur die Bürger des westlichen Landesteiles die bestehende politische Ordnung mehrheitlich unterstützten, die Bürger im östlichen Teil hingegen unentschieden waren oder einer nicht spezifizierten Alternative den Vorzug gaben. Ebenso zeigen einige empirische Studien das widersprüchliche Verhältnis vieler Ostdeutscher zur Demokratie (vgl. Dalton 1994; Rohrschneider 1999; Gabriel 1999a; Gabriel 2007).

Abbildung 59 Unterstützung der Demokratie im allgemeinen und der in Deutschland existierenden Form der Demokratie in West- und Ostdeutschland 1991 – 2014 (Nennungen in Prozent)



Quellen: Gabriel und Neller (2010), S. 116 (1991 bis 2007); Citizens and Representatives in France and Germany (2010); BMI-Studie (2014). Frage 9 und 10

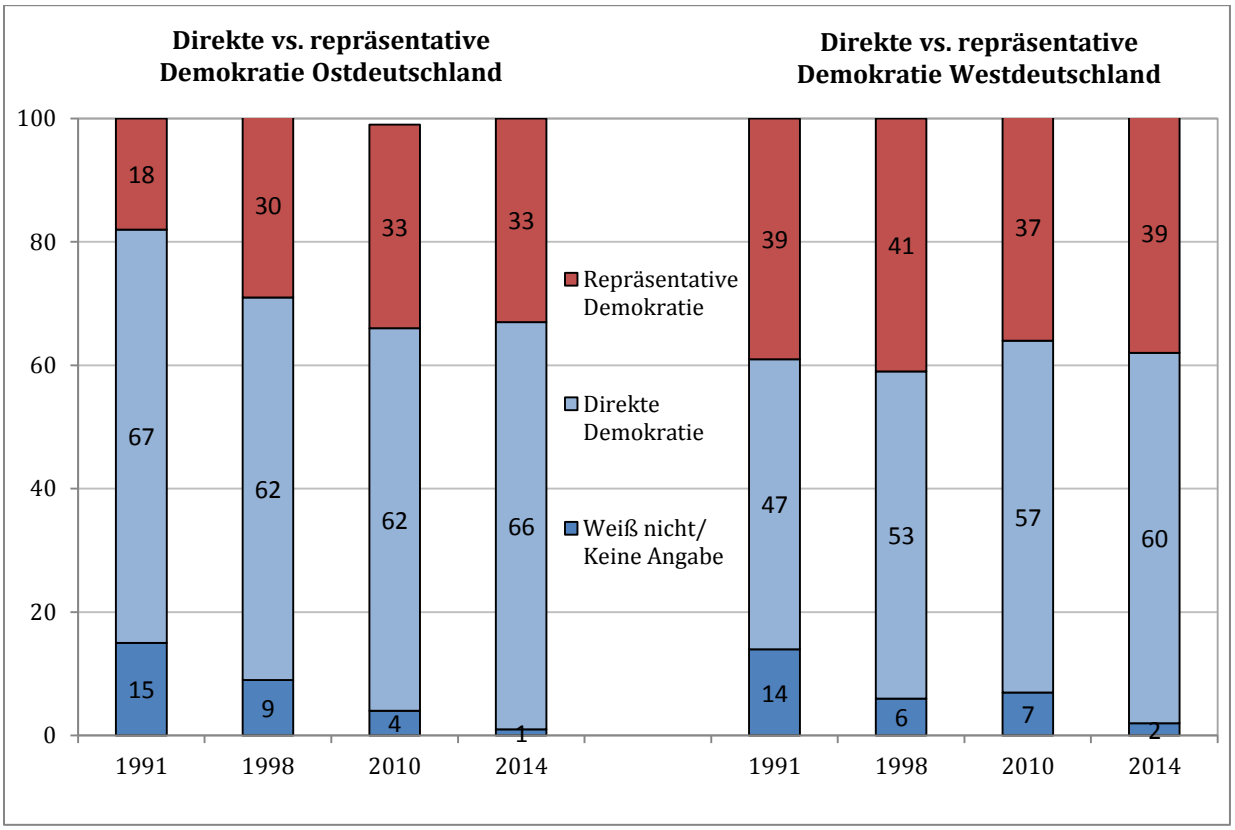
Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland (Cramér's V): Demokratie: 2005: ,24***; 2007: ,32***; 2010: , 18***; 2014: ,13***; : Demokratie in Deutschland: 2005: ,27***; 2007: ,43***; 2010: ,28***; 2014: ,17***. Signifikanzen (Chi Quadrat): *** p= ,000.

Die kritische Einstellung einer mehr oder weniger großen Minderheit der Bürger zur Demokratie, insbesondere zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, kann mehrere Ursachen haben. Hinweise hierfür finden sich in der Debatte über den Reformbedarf der repräsentativen Demokratie, die in den letzten Jahren in der internationalen Politikwissenschaft verstärkt geführt wird. Nach Norris (Norris 1999; Norris 2011) breitet sich in vielen modernen Demokratien ein Staatsbürgertyp aus, den sie mit dem Begriff „kritische Demokraten" belegt. Die betreffende Gruppe zeichne sich durch eine starke Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell aus, bekunde aber zugleich eine mehr oder weniger große Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie (so auch Gabriel 1999a; Klingemann 1999: 32). Norris sieht in den „kritischen Demokraten" die Trägergruppe einer Reformbewegung, zu deren Forderungen unter anderem der Ausbau der direkten Mitsprachemöglichkeiten der Bürger bei politischen Entscheidungen gehöre. Cain, Dalton und Scarrow (2008) schätzen diese Reformbestrebung als Teil einer „Zweiten Transformation der Demokratie" ein, in deren Verlauf die bestehenden Formen der repräsentativen Demokratie zunehmend um direktdemokratische und deliberative, also ´beratschlagende` Verfahren ergänzt würden.

Die These, dass die direkte Demokratie in Deutschland eine breite und wachsende Unterstützung in der Öffentlichkeit erfahre, deckt sich mit den verfügbaren Daten (vgl. Ab-

bildung 60). Bereits kurz nach der Vereinigung fand die direkte Demokratie mehr öffentliche Zustimmung als die repräsentative Demokratie, und diese Präferenz war in den neuen Bundesländern sehr viel stärker ausgeprägt als in den alten (67 zu 18 % im Ostengegenüber 47 zu 39 % im Westen). Allerdings entwickelten sich die Einstellungen in der Folgezeit im westlichen und im östlichen Landesteil unterschiedlich. In den alten Bundesländern nahm die Vorliebe für eine direkte Demokratie seit 1991 deutlich zu, nämlich von 47 auf 60 Prozent. In Ostdeutschland blieb die Zustimmung im untersuchten Zeitraum mehr oder weniger auf dem 1991 gemessenen Niveau (67 bzw. 66 %).

Abbildung 60 Präferenz für eine direkte gegenüber einer repräsentativen Demokratie in West- und Ostdeutschland, 1991-2014 (Nennungen in Prozent)



Quellen: Wilhelm. P. Bürklin et al., "Zwei Gesichter der Demokratie: Repräsentative versus ‚direkte' Demokratie", in: Hans Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998 (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001) 529-551, 534 (1991 und 1998); Citizens and Representatives in France and Germany (2010); BMI-Projekt (2014).
Frage 12: „Nun lese ich Ihnen zwei verschiedene Auffassungen über die Demokratie vor. Bitte sagen Sie mir, welcher dieser Aussagen Sie eher zustimmen: Ich bin (eher) für eine repräsentative Demokratie, also dafür, dass das Volk das Parlament wählt und dann das Parlament die politischen Entscheidungen trifft und dafür auch die Verantwortung übernimmt (1). Ich bin (eher) für eine direkte Demokratie, also dafür dass möglichst viele Entscheidungen von den Bürgern direkt und für alle verbindlich in Volksabstimmungen getroffen werden (0)."
Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland (Cramér's V): 2010: ,05 n. s.; 2014: ,07*; Signifikanzen (Chi Quadrat): n. s. nicht statistisch signifikant; * p< ,05. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Bei der Interpretation dieser unterschiedlichen Trends muss allerdings das im Vergleich mit dem Westen wesentlich höhere Ausgangsniveau in der Unterstützung der direkten Demokratie im Blick behalten werden. Diese divergierenden Startbedingungen schlagen

sich auch in der Entwicklung des Votums für eine repräsentative Demokratie nieder, das seit 1991 in den neuen Ländern von 18 auf 33 Prozent deutlich wuchs, während es sich im Westen im Jahr 2014 in etwa auf dem Niveau des Jahres 1991 befand. Die in beiden Landesteilen feststellbare Veränderung der Regimepräferenz ist weniger auf einen Einstellungswandel unter den ursprünglichen Befürwortern der repräsentativen (West) bzw. der direkten Demokratie (Ost) zurückzuführen als vielmehr auf einen Rückgang des Anteils der Meinungslosen.

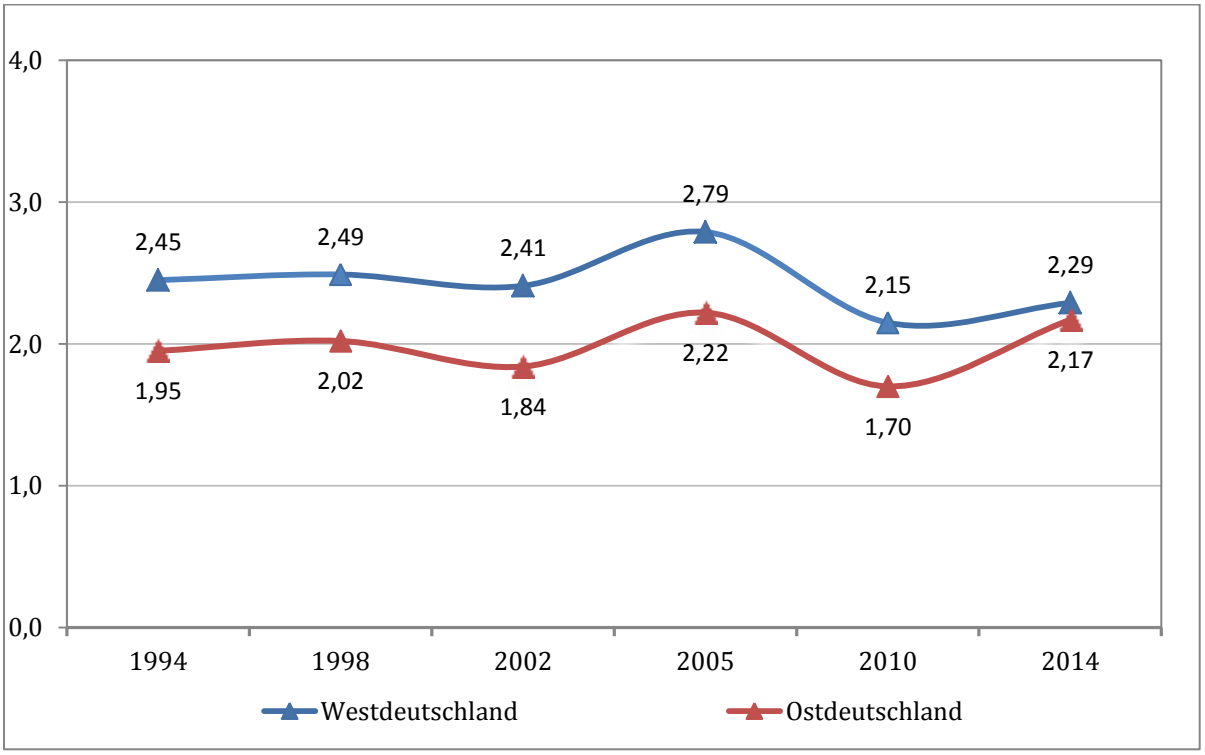
Bevor wir uns der Frage zuwenden, welche Bedeutung die Unzufriedenheit mit dem politischen Status Quo und der Wunsch nach direkter Demokratie für die Unterstützung der Demokratie im allgemeinen und die Zustimmung zu der in der Bundesrepublik institutionalisierten Form der Demokratie im besonderen haben, ist es sinnvoll, die Demokratiezufriedenheit der West- und Ostdeutschen als einen weiteren Aspekt der Einstellung zur Demokratie zu beleuchten.

In der empirischen Einstellungsforschung gehört die Frage nach der Demokratiezufriedenheit zu den am häufigsten genutzten Indikatoren. Allerdings besteht keineswegs Klarheit darüber, welchen Aspekt der Einstellungen zur Demokratie die Demokratiezufriedenheit misst (Kaase 1985). Arbeiten zur Validierung dieses Items kamen jedenfalls zu unterschiedlichen Ergebnissen (vgl. Canache, Mondak und Seligson 2001; Linde und Edlund 2003). Wenn man allerdings vom Wortlaut der Frage sowie von den vorliegenden Daten über die Korrelation der Demokratiezufriedenheit mit anderen politischen Einstellungen ausgeht, so haben wir es bei der Demokratiezufriedenheit weder mit einem Maß der generalisierten Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell noch der Bewertung der Regierungsleistungen zu tun. Demokratiezufriedenheit zielt ab auf die Bewertung der von einem bestimmten demokratisch verfassten Staat erbrachten Leistungen. Gemäß der von Easton (1975) entwickelten Konzeption politischer Unterstützung handelt es sich bei der Demokratiezufriedenheit also um eine Form spezifischer, leistungsabhängiger Unterstützung des politischen Regimes.

Über die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit im vereinigten Deutschland liegen etliche empirische Studien vor. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung lag die Demokratiezufriedenheit in den neuen Bundesländern erheblich niedriger als in den alten Ländern. Während eine Mehrheit der Westdeutschen von gut 85 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie ziemlich oder sehr zufrieden war, zeigten sich in Ostdeutschland über 60 Prozent nur etwas bzw. gar nicht zufrieden (vgl. auch Abbildung 27). Auch wenn sich die Einstellungen der Menschen in beiden Landesteilen in den folgenden Jahren einander anglichen, blieb das beschriebene Gefälle in der Demokratiezufriedenheit bestehen, wenngleich mit abnehmendem Ausmaß. Andererseits erwiesen sich die Einstellungen zum aktuellen Zustand bzw. zum Funktionieren der Demokratie in Deutschland seit 1991 als relativ stabil. Lediglich in den Jahren 1993 und 1997 ging die Demokratiezufriedenheit in beiden Landesteilen sehr stark zurück, um sich danach wieder dem vor dem Einbruch gegebenen Niveau anzunähern (vgl. z. B. Gabriel und Neller 2010; 113ff).

Allerdings basieren die Untersuchungen der langfristigen Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland auf Indikatoren, die geringfügige Unterschiede in den Frageformulierungen und den Skalenformaten aufweisen. Um Abweichungen in den Messungen zu vermeiden, wurden für die folgende Analyse des längerfristigen Trends der Demokratiezufriedenheit nur Items mit einer (nahezu) identischen Fragestellung und der gleiche Zahl von Antwortalternativen benutzt. Die so gewonnenen Informationen bestätigen das zuvor gezeichnete Bild der langfristigen Entwicklung der Demokratiezufriedenheit (vgl. Abbildung 61).

Abbildung 61 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie West- und Ostdeutschland 1994 – 2014 (Nennungen Mittelwerte von 0 „sehr unzufrieden" bis 4 „sehr zufrieden")



Quellen: Transformation politischer Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland (1994, 1998, 2002); Wahlstudie 2005; Citizens and Representatives in France and Germany (2010), BMI-Studie (2014).

Frage 11: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, alles in allem sehr zufrieden (4), ziemlich zufrieden (3), teils/teils (2), ziemlich unzufrieden (1), sehr unzufrieden (0). Die Frageformate in den früheren Studien sind weitgehend identisch.

Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland (eta): 1994: ,27***, 1998 ,23***, 2002: ,28***; 2005: ,21***; 2010: ,21***, 2014: ,07**; ***

Signifikanzen (F-Test): p ,000 ** p <,01.

Demnach herrschte in Ostdeutschland seit etwa Mitte der 90er Jahre eine geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie vor als in Westdeutschland. Ebenso so klar zeigt sich jedoch die Konvergenz der Einstellungen, die in der Mitte der 2000er Jahre einsetzt. Im Jahr 2014 fielen die Ost-West-Unterschiede geringer aus als jemals zuvor: Lediglich 13 Prozent der Westdeutschen und 15 Prozent der Ostdeutschen sind mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Hingegen erklären 44 Prozent der

Befragten in den alten Ländern und 53 Prozent in den neuen Ländern, mit dem Funktionieren der Demokratie teils zufrieden und teils unzufrieden zu sein. 42 Prozent im Westen und 32 Prozent im Osten sind weitgehend oder völlig zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland (tabellarisch nicht ausgewiesen). Aktuell sind die meisten Menschen in beiden Landesteilen mit dem Funktionieren der Demokratie teilweise zufrieden und teilweise unzufrieden. Zudem gibt es im Osten wie im Westen erheblich mehr zufriedene als unzufriedene Bürger.

Auf die Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Ost- und Westdeutschen zur Demokratie zurückblickend, lässt sich eine durchweg positive Bilanz ziehen. Anders als in den frühen 1990er Jahren, unterstützt eine breite Mehrheit der Bürger in den alten und in den neuen Bundesländern heute nicht nur die Idee der Demokratie als Ordnungsmodell, sondern auch die in der Bundesrepublik institutionalisierte Form der Demokratie. Im Unterschied zu den ersten Jahren nach der Vereinigung gibt es in beiden Landesteilen gegenwärtig deutlich mehr Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland als Kritik am aktuellen Zustand dieser Demokratie.

Allerdings darf die insgesamt hohe Zustimmung zu der Form des demokratischen Zusammenlebens in Deutschland nicht mit blinder Loyalität verwechselt werden (ausführlich zu diesem Problem: Sniderman 1981). Hierauf verweisen einige aufschlussreiche Einzelbefunde der Umfrage von September/Oktober 2014. Zum einen geht die breite Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell nicht Hand in Hand mit einer ebenso breiten Zustimmung zum aktuellen Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Vielmehr sehen 57 bzw. 68 Prozent der Befragten in West- und Ostdeutschland mehr oder minder große Schwächen im alltäglichen Betrieb der Demokratie im Land. In den Kategorien von Norris (1999) betrachtet, gehören 50 Prozent der Westdeutschen und 53 Prozent der Ostdeutschen zu den „kritischen Demokraten“. Ihnen stehen mit 41 bzw. 29 Prozent deutlich kleinere Gruppen „zufriedener Demokraten“ gegenüber (tabellarisch nicht ausgewiesen). Zum anderen zeigen die Daten einen weit verbreiteten Wunsch nach (mehr) direkter Demokratie, dem die Politik zumindest auf der Bundesebene bisher noch nicht entgegengekommen ist.

Dies führt zu der Frage, ob die Vorbehalte einer mehr oder minder starken Minderheit gegen die Demokratie bzw. gegen die in der Bundesrepublik vorhandene Form der Demokratie tatsächlich mit dem Grad der Demokratiezufriedenheit und der Präferenz für eine direkte Demokratie in Verbindung stehen. Die Antwort auf diese Frage fällt für die Einstellung zur Idee der Demokratie anders aus als für die Einstellung zur in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie (vgl. Tabelle 31). Die generalisierte Systemunterstützung hängt weder in West- noch in Ostdeutschland stark mit der Demokratiezufriedenheit zusammen. Noch schwächer fällt die Beziehung zwischen der Demokratiezufriedenheit und der Präferenz für direkte Demokratie aus. Der Wunsch nach (mehr) direkter Demokratie scheint demnach nicht einer tiefen Unzufriedenheit mit dem politi-

schen Status Quo in Deutschland zu entspringen, sondern hat offenbar andere Ursachen, denen noch nachzugehen ist.

Deutlich anders stellt sich in beiden Landesteilen die Beziehung zwischen der Einstellung zur Demokratie in Deutschland, der Demokratiezufriedenheit und der Präferenz für direkte Demokratie dar. Im Westen wie im Osten der Bundesrepublik sinkt die Zustimmung zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik mit abnehmender Demokratiezufriedenheit. Das ist einerseits eine ziemlich triviale Erkenntnis. Andererseits hilft dieses Ergebnis aber auch dabei, die Unterstützung der in der Bundesrepublik existierenden Form der Demokratie konzeptionell einzuordnen. Wie die Daten in Tabelle 31 zeigen, fließen in die Beantwortung der Frage nach der Einstellung zum deutschen Demokratiemodell einerseits eine generalisierte Demokratiepräferenz (r = 0,47), aber andererseits auch eine Bewertung des aktuellen Zustandes der Demokratie ein (r = 0,32). Dieser Befund ist nicht geeignet, die zeitweise sehr niedrige Zustimmung der ostdeutschen Bevölkerung zu der in der Bundesrepublik institutionalisierten Form der Demokratie zu entdramatisieren Er macht aber zugleich darauf aufmerksam, dass dieser Sachverhalt nicht ohne genauere Prüfung als Ausdruck antidemokratischer Einstellungen interpretiert werden darf.

Ein etwas schwächerer, aber gleichwohl erkennbarer Zusammenhang besteht auch zwischen der Zustimmung zur Demokratie in der Bundesrepublik und der Bevorzugung einer repräsentativen Demokratie. In beiden Landesteilen schwächt der Wunsch nach (mehr) direkter Demokratie die Unterstützung der in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie (Cramérs V: West = 0,13, p =,000; Ost = 0,14, p=,000) ab. Während in Westdeutschland 88 Prozent der Befürworter der repräsentativen Demokratie (in Ostdeutschland 87%) die in der Bundesrepublik bestehende Form der Demokratie für die beste politische Ordnung halten, liegt dieser Anteil bei den Befürwortern der direkten Demokratie deutlich niedriger, und zwar vor allem in Ostdeutschland (64%, Westdeutschland: 75%). In Ost wie West favorisiert jedoch auch unter den Befürwortern der direkten Demokratie eine klare Mehrheit die in der Bundesrepublik existierende demokratische Ordnung, die bekanntlich im Kern repräsentativ ist.

Noch deutlicher fällt der Zusammenhang zwischen der Demokratiezufriedenheit und der Einstellung zur direkten und zur repräsentativen Demokratie aus, vor allem im Osten der Bundesrepublik. Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist demnach auch durch den Wunsch nach mehr direkter Demokratie bedingt (Cramérs V: West ,16, p =,000; Ost ,23, p=,000). Von den Befürwortern der direkten Demokratie äußert sich in West- und Ostdeutschland etwa jeder fünfte unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Von den Befürwortern des repräsentativen Prinzips teilen hingegen weit unter zehn Prozent den Verdruss über die Praxis der hiesigen Demokratie.

Tabelle 31 Zusammenhänge zwischen einzelnen Einstellungen zur Demokratie in West- and Ostdeutschland, 2014

Wert für Westdeutschland über der Diagonalen, für Ostdeutschland unter der Diagonalen	Demokratie die beste Staatsform	Demokratie in der Bundesrepublik die beste Staatsform	Demokratie-zufriedenheit	Für repräsentative Demokratie
Demokratie die beste Staatsform		,44***	,19***	,08**
Demokratie in der Bundesrepublik die beste Staatsform	,47***		,32***	,20***[*]
Demokratiezufriedenheit	,13***	,33***		,26***[**]
Für repräsentative Demokratie	,00 n. s.	,21***	,37***	

Fragen 9 bis 12: …
Angaben: Pearsonssche Korrelationskoeffizienten
Signifikanzen (T-Test): *** p ,000; ** p < ,005; n. s. nicht statistisch signifikant (p > ,05).

Dass die Übereinstimmung im Verhältnis der Ost- und Westdeutschen zur Demokratie mittlerweile ziemlich groß ist, kann ursächlich auf zahlreiche Faktoren zurückgehen. Der demokratische Konsens kann beispielsweise durch die Wahrnehmung einer verbesserten Wirtschaftslage, durch individuelle Lernprozesse in einem neuen politischen Umfeld, durch eine verblassende Prägekraft der politischen Sozialisation in der alten Bundesrepublik wie der DDR oder durch ein Zusammenspiel aller dieser Einflussfaktoren bedingt sein (Gabriel 1996; Gabriel 1997). Als Erklärung für den Aufbau einer demokratischen politischen Kultur in der alten Bundesrepublik haben einige Forscher neben der Bedeutsamkeit des Wirtschaftswunders die Rolle des Generationenaustauschs sowie generationsspezifischer Lernprozesse betont. Diese Autoren führten den kulturellen Wandel unter anderem auf die schrittweise Ablösung der in den nichtdemokratischen Regimen der Vorkriegszeit sozialisierten Altersgruppen durch solche Generationseinheiten zurück, die ihre Primärsozialisation im demokratisch verfassten Nachkriegsdeutschland erfuhren (vgl. Baker, Dalton und Hildebrandt 1981; Conradt 1989). Hinter dieser Deutung steht die Vorstellung von Alterskohorten als Einheiten, die miteinander durch gemeinsame politische und gesellschaftliche Erfahrungen verbunden sind. Die in der Primärsozialisation erworbenen Orientierungen auf die gesellschaftliche und politische Umwelt prägen die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen dann auch in späteren Lebensabschnitten (Mannheim 1928).

Hinter dem für die Zeitspanne nach 2005 beschriebenen Wandel des Verhältnisses der– insbesondere im östlichen Teil der Bundesrepublik lebenden – Bundesbürger zur Demokratie könnten ebenfalls Prozesse des Generationenaustausches stehen. In den 40 Jahren zwischen der Gründung der DDR und der Wiedervereinigung waren DDR-Bürger mit wechselnden politischen Erfahrungen konfrontiert, denen möglicherweise eine große Bedeutung für die Strukturierung und Entwicklung der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen nach der Wiedervereinigung zukam. Blickt man auf das

damalige Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR, so liegt es nahe, im Bau der Mauer und der Schließung der innerdeutschen Grenze (1961), im Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (1972) und in der Wiedervereinigung (1990) kritische Zäsuren zu sehen, die sich als Ansatz für eine Abgrenzung verschiedener Alterskohorten anbieten. Auf dieser Grundlage werden nachfolgend vier Kohorten unterschieden: (1) diejenige, deren Angehörige zum Zeitpunkt des Mauerbaus ihre Primärsozialisation abgeschlossen hatten, (2) diejenigen, für welche dies beim Abschluss des Grundlagenvertrages der Fall war, (3) die Gruppe der zwischen dem Grundlagenvertrag und der Wiedervereinigung Sozialisierten und (4) die Nach-Wende Generation. Die einer weiteren Kohorte Angehörenden, die noch in einem vereinten, aber nicht demokratischen Deutschland sozialisiert worden waren (also vor 1945), werden wegen der kleinen Fallzahl mit der ersten Kohorte zusammengefasst. Als durchschnittlicher Schlusspunkt der Primärsozialisation wird näherungsweise das 15. Lebensjahr angenommen.

Den Annahmen der Generationentheorie zufolge müssten sich die vor 1990 sozialisierten Ost- und Westdeutschen in ihren Einstellungen zur Demokratie mehr oder minder stark voneinander unterscheiden. Hingegen sollten die Unterschiede bei den Angehörigen der Nach-Wende-Generation weniger stark ausgeprägt, wenn nicht gänzlich verschwunden sein. Insofern könnte die auf der Aggregatebene beschriebene Angleichung der Einstellungen zur Demokratie vorwiegend von der Nach-Wende-Generation getragen sein. Inwieweit sich die vor dem Fall der Mauer sozialisierten Generationseinheiten beider Landesteile voneinander unterscheiden, ist im Nachhinein schwer auszumachen. Allerdings scheint die Annahme plausibel, dass die Möglichkeit, gemeinsame Erfahrungen zu sammeln, für West- und Ostdeutsche in der Zeit zwischen dem Bau der Mauer und der Wiedervereinigung besonders gering waren, selbst wenn man den grenzüberschreitenden Informations- und Besucherverkehr in Rechnung stellt. Träfe diese Annahme zu, müssten die Ost-West-Unterschiede in der Einstellung zur Demokratie in den betreffenden Generationseinheiten der Zeit der Zweistaatlichkeit besonders stark ausgeprägt sein.

Die gemessenen Kohorteneffekte stellen sich bei allen vier hier untersuchten Einstellungen zur Demokratie ziemlich ähnlich dar (vgl. Tabelle 32). Alles in allem unterscheidet sich die Unterstützung der Demokratie durch die einzelnen Alterskohorten weniger stark, als es vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Erfahrungshorizonte zu erwarten wäre. Dennoch schwächt sich der West-Ost-Unterschied, wie erwartet, von der ältesten bis zur jüngsten Kohorte kontinuierlich ab. In den beiden ältesten Gruppen tritt ein statistisch signifikantes, allerdings schwaches West-Ost-Gefälle in der Unterstützung der Demokratie zutage, in den beiden jüngeren Gruppen ist das nicht mehr der Fall.

Bezüglich der Unterstützung der in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie zeigt sich ein ähnliches Bild. Je jünger die Gruppe, desto stärker unterstützt sie die bundesdeutsche Form der Demokratie. Vom erwarteten Muster weicht lediglich die Ko-

horte ab, die zwischen dem Mauerbau und dem Abschluss des Grundlagenvertrages sozialisiert worden ist. Hier tritt der der weitaus größte Ost-West-Unterschied auf. Nur in dieser Gruppe, nicht aber in den anderen drei Alterskohorten, steht die regionale Herkunft in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Unterstützung der Demokratie in der Bundesrepublik.

Die Gruppe der zwischen 1961 und 1972 sozialisierten Ostdeutschen beantwortet auch die Fragen nach der Präferenz für eine repräsentative oder eine direkte Form der Demokratie sowie nach der Demokratiezufriedenheit entgegen den Erwartungen. In diesen Jahrgängen existieren geringere Ost-West-Unterschiede als in den beiden benachbarten Kohorten. In der ältesten und der jüngsten Vor-Wende-Generation zeigt sich bei der Unterstützung der repräsentativen Demokratie das erwartete West-Ost-Gefälle, wobei der Zusammenhang zwischen regionaler Herkunft und Demokratiepräferenz zwar statistisch signifikant, aber nur schwach ausgeprägt ist. Dies ist auch in der nach dem Systemwechsel 1989/90 sozialisierten Gruppe der Fall. Bemerkenswerterweise bevorzugen die zu dieser Gruppe gehörenden Ostdeutschen die repräsentative Demokratie sogar etwas stärker als die gleichaltrigen Westdeutschen.

Tabelle 32 Unterstützung der Demokratie in der Bundesrepublik durch west- und ostdeutsche Alterskohorten, 2014

	West	Ost	PPD West Ost	Cramérs V	West	Ost	PPD West Ost	Cramérs V
Kohorte	**Demokratie im Allgemeinen**				**Demokratie in Deutschland**			
bis 1961	97	90	7	,16***	93	88	5	,09 n. s,
bis 1972	97	91	6	,13***	93	74	19	,26***
bis 1990	94	89	5	,08 n. s.	85	82	3	,05 n. s.
nach 1990	92	89	3	,04 n. s.	81	79	2	,02 n. s.
	Für repräsentative Demokratie				**Demokratiezufriedenheit**			
bis 1961	52	34	18	,17***	46	29	17	,19***
bis 1972	36	27	9	,09 n. s.	44	31	13	,12 n. s.
bis 1990	40	28	13	,13**	41	26	16	,17**
nach 1990	34	41	-8	,08*	41	42	-1	,14*

Fragen 9 bis 12:...
Angaben: Prozentanteile (bei Demokratiezufriedenheit: Anteil Zufriedener).
Signifikanzen (Chi Quadrat); *** p ,000; ** p <,01; * p < ,05 n. s. statistisch nicht signifikant:

Abgesehen von der bereits erwähnten Gruppe der zwischen 1961 und 1972 sozialisierten Befragten, unterscheiden sich die ost- und westdeutschen Alterskohorten auch in ihrer Demokratiezufriedenheit. Dies ist allerdings am wenigsten bei den Angehörigen der Nachwendegeneration der Fall. Die Daten in Tabelle 32 lassen zwar keinen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen erkennen. Dieser tritt jedoch klarer zutage, wenn man den Grad der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Demokratie unter-

sucht. In Ostdeutschland sind in dieser Gruppe deutlich mehr Befragte etwas zufrieden bzw. etwas unzufrieden mit der Demokratie, als dies im Westen der Fall ist.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass die nach der Wiedervereinigung zunächst auftretenden Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen zur Demokratie als Ordnungsmodell und zu der in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie, aber auch in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie sich deutlich abgeschwächt haben. Die geografischen Unterschiede bestehen zwar noch, sie sind aber eher gradueller als grundsätzlicher Natur. Zum Teil lässt sich die gewachsene Übereinstimmung zwischen den Menschen in den alten und neuen Bundesländern auf Vorgänge des Generationenaustauschs zurückführen. Diejenige Bevölkerungsgruppe, die ihre politische Primärsozialisation nach der Wiedervereinigung Deutschlands durchlief und seit 1990 zahlenmäßig gewachsen ist, weist in der Einstellung zur Demokratie keine statistisch signifikanten Ost-West-Unterschiede mehr auf. Die Nach-Wende-Kohorten stellen also die wichtigste Trägergruppe des Fortschreitens der kulturellen Integration im vereinigten Deutschland. Damit ist das Muster der politischen Entwicklung seit 1990 aber nur zum Teil erfasst. In den älteren Kohorten haben sich die Ost-West-Unterschiede nämlich ebenfalls abgeschwächt. Die Unterstützung der Demokratie erfasst somit inzwischen alle Generationseinheiten, wenngleich dieser Diffusionseffekt in den älteren Generationseinheiten schwächer ausgeprägt ist als bei den nach der Wiedervereinigung sozialisierten Altersgruppen.

5.5.1 Politisches Vertrauen im vereinten Deutschland

Die Bedeutsamkeit, die politisches Vertrauen für das Selbstverständnis und für das Funktionieren demokratischer Regime besitzt, wurde erst seit dem Beginn der 1970er Jahre zu einem wichtigen Thema der empirischen Forschung. Bereits vorher gab es zwar normative oder funktionalistische Zugänge zu diesem Problem (vgl. z. B. Almond und Verba [1963] 1989; Easton [1965] 1979), doch erst mit der in den Vereinigten Staaten zwischen 1965 und 1970 unübersehbar gewordenen Vertrauenskrise wandte sich auch die empirische Forschung diesem Thema zu (vgl. Citrin 1974; Miller 1974a; Miller 1974b; Lipset und Schneider 1983). Einen weiteren Impuls erhielt die Vertrauensforschung durch die wachsende Aufmerksamkeit, die das Konzept des Sozialkapitals im Anschluss an die Pionierstudie Putnams (Putnam 1993) in der Politikwissenschaft fand. Seither hat sich die Vertrauensforschung zu einem wichtigen Feld der politikwissenschaftlichen Feldarbeit entwickelt.

Schon Almond und Verba ([1963] 1989) behandelten das soziale und das politische Vertrauen als Bestandteile einer demokratischen politischen Kultur und schrieben diesen Einstellungen die Funktion zu, für politische Integration und Folgebereitschaft zu sorgen. Nur dann, wenn ein politisches System, seine Institutionen und seine Repräsentanten in der Öffentlichkeit über ein hinlängliches Maß an Vertrauen verfügten, seien diese dazu in der Lage, jene Ressourcen zu mobilisieren und jene Folgebereitschaft zu erzeugen, welche die Grundlage für effektives politisches Handeln legten. Diese Wirkkraft-

ergibt sich aus der dem politischen Vertrauen zugeschriebenen Eigenschaft, als Bindeglied zwischen den Regierenden und den Regierten zu fungieren.

Politisches Vertrauen besteht nach Miller und Listhaug (1990: 358) in der Überzeugung der Bürger, dass die politischen Führungsgruppen das politische System in Übereinstimmung mit den in der politischen Gemeinschaft akzeptierten politischen Wertestandards regieren (vgl. auch Hetherington 2005: 8; Chanley, Rudolph und Rahn 2001: 59ff). Grundlage dieser Vertrauensbeziehung ist, dass die politischen Führungsgruppen ihre öffentlichen Aufgaben integer, kompetent und unparteiisch erledigen, und zwar auch dann, wenn die Öffentlichkeit sie nicht permanent kontrolliert (so auch: Gamson 1968: 39ff; Newton 1999). Citrin und Luks (2001: 12f.) wiederum beschreiben das Vertrauen als "expectations of future behavior and as based on beliefs about the trustee's competence and sense of fiduciary responsibility". Diese Erwartungen entstehen entweder auf Grund positiver Erfahrungen mit dem bisherigen Handeln der politischen Führung oder sie werden im Sozialisationsprozess vermittelt. Im ersten Falle kommt politisches Vertrauen durch akkumulierte positive Leistungserfahrungen und -bewertungen zustande. Im zweiten Fall entsteht es aus der Überzeugung heraus, dass die Bürger und die politische Führung zu einer politischen Gemeinschaft gehören und durch gemeinsame Werte, Normen und Identitäten miteinander verbunden sind (Braithwaite und Levi 1998; Chanley, Rudolph und Rahn 2001: 59ff).

Ein Vertrauens*verlust* der Politik kommt demnach einem Verlust an politischer Handlungsfähigkeit gleich. Er erschwert es der politischen Führung, umstrittene, riskante oder einzelne Personen und Gruppen ungleich belastende Entscheidungen zu treffen, weil hierfür sozusagen die Geschäftsgrundlage verloren gegangen ist (Hetherington 2005). Menschen sind vor allem dann bereit, für sie selbst nachteilige Folgen politischer Entscheidung hinzunehmen, wenn sie davon überzeugt sind, dass diese Entscheidungen in einem offenen, fairen und von Sachkunde getragenen Abwägungsprozess zustande kamen und dass sie durch diese Entscheidungen nicht systematisch und dauerhaft geschädigt werden.

Führt man sich die in der einschlägigen Forschung angestellten Überlegungen über das Entstehen und über die Funktion des politischen Vertrauens vor Augen, so war keineswegs damit zu rechnen, dass zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung in Ostdeutschland das gleiche Niveau des politischen Vertrauens vorhanden sein würde wie im westlichen Landesteil. Ebenso wenig war zu erwarten, dass sich die zwischen den beiden Teilen des wiedervereinigten Deutschland angenommene Vertrauenslücke innerhalb eines kurzen Zeitraumes schließen würde. Hierfür fehlten praktisch sämtliche Voraussetzungen. Sozialisationsprozesse, in denen die Bürger der DDR vor der Wiedervereinigung einen Vorrat an Vertrauen zu den politischen Institutionen und Akteuren der Bundesrepublik hätten bilden können, sind schwer vorstellbar. Desgleichen bestand nicht die Möglichkeit, ein auf wahrgenommenen Leistungen des politischen Systems sowie seiner Institutionen und Akteure basierendes Vertrauen aufzubauen. Wenn die

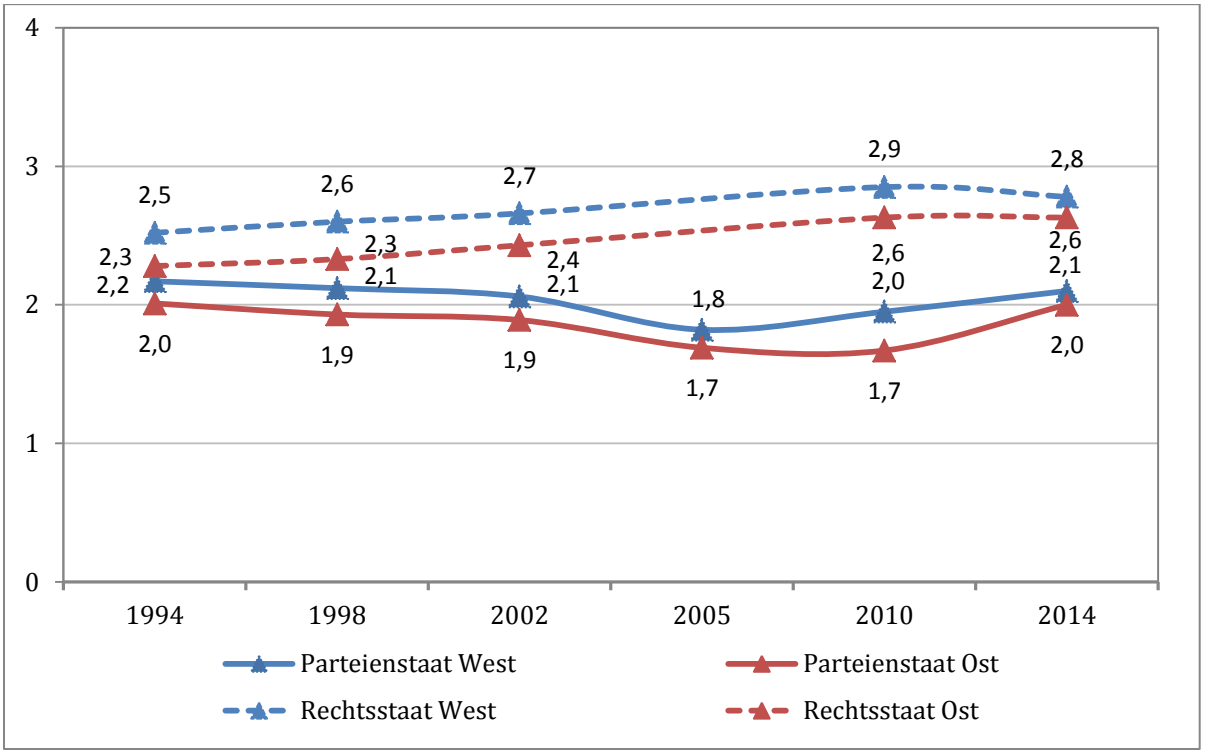
ostdeutsche Bevölkerung den politischen Institutionen und Akteuren der Bundesrepublik im unmittelbaren zeitlichen Kontext der Wiedervereinigung also überhaupt Vertrauen entgegenbringen mochte, dann handelte es sich dabei faktisch um eine auf die Zukunft gerichtete Erwartung, die sich nicht auf konkrete Erfahrungen und wohl auch nur bedingt auf eine gemeinsame kulturelle Identität, ehestens noch auf eine über Westmedien und personale Westkontakte vermittelte virtuelle Identifikation mit dem bundesdeutschen System - siehe Stellvertreterumfragen - stützen konnte.

Vor diesem Hintergrund erweisen sich die im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung in Umfragen festgestellten Ost-West-Unterschiede im politischen Vertrauen als vergleichsweise gering. Allerdings war in Ostdeutschland das Vertrauen zu den politischen Institutionen zwischen 1991 und 2002 fast durchgängig schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland. Auch waren deutliche qualitative Differenzen zwischen beiden Landesteilen feststellbar. Die Unterschiede manifestierten sich darin, dass die westdeutsche Bevölkerung den politischen Institutionen mehr Vertrauen als Misstrauen entgegenbrachte, während es sich im östlichen Landesteil umgekehrt verhielt.

Abgesehen von den unmittelbar der Wiedervereinigung folgenden Jahren, brachten die Ostdeutschen und die Westdeutschen dem Bundesverfassungsgericht, der Polizei, der Bundeswehr, den Gerichten und Umweltschutzgruppen das größte Vertrauen entgegen. In beiden Landesteilen vertraute eine Mehrheit dem Bundesverfassungsgericht, der Polizei und der Bundeswehr. Der Deutsche Bundestag, die Gewerkschaften und die Bundesregierung bilden eine weitere Gruppe von Einrichtungen des öffentlichen Lebens, die in der Gesellschaft mehr Vertrauen als erklärtes Misstrauen finden. Mit überwiegend kritischen Einstellungen waren und sind hingegen die politischen Parteien und die Unternehmerverbände konfrontiert.). In der Bewertung der Bundesregierung und der politischen Parteien unterschieden sich Ost- und Westdeutsche nicht stark voneinander. Zwischen West und Ost divergierende Verteilungen von Vertrauen und Misstrauen zeigen sich im Verhältnis der Bürger zur öffentlichen Verwaltung und zu den Kirchen (Gabriel 2005: 499ffGrößere, statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Bürgern beider Landesteile außerdem im Vertrauen zum Bundestag, zum Bundesverfassungsgericht, zu den Gerichten, zur Polizei und zur Öffentlichen Verwaltung auf.

Ebenso klar belegen die für den Zeitraum von 1991 bis 2002 vorliegenden Daten, dass sich die zwischen West- und Ostdeutschen bestehenden Unterschiede im Vertrauen zu den politischen Institutionen abschwächten (vgl. hierzu Gabriel 1999b: 207ff.; vgl. auch: Campbell 2004; Gensicke 2000: 212ff; Niedermayer 2005: 64ff; Rohrschneider und Schmitt-Beck 2002; Walter-Rogg 2005; Walz 1997; Walz und Brunner 2000). In den folgenden Jahren nahm das Vertrauen zu den parteienstaatlichen Institutionen im Westen wie im Osten zunächst ab, um sich auf dann auf dem erreichten niedrigeren Niveau zu festigen. Das Vertrauen zu den Institutionen des Rechtsstaates hingegen blieb, bei geringfügigen Schwankungen, weitgehend stabil (vgl. Gabriel 2005: 502ff; Gabriel und Neller 2010: 100ff.; Zmerli 2012: 148ff.; vgl. auch Abbildung 62).

Abbildung 62 Entwicklung des Vertrauens zu den Institutionen des Parteien- und des Rechtsstaates in West- und Ostdeutschland 1994 – 2014 (Nennungen Mittelwerte von 0 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 4 „voll und ganz Vertrauen“)



Quellen: Transformation politischer Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland (1994, 1998, 2002); Gesellschaft und Demokratie in Deutschland 2005; Citizens and Representatives in France and Germany (2010), BMI-Studie (2014). Ost-West-Unterschiede: Institutionen des Parteienstaates (eta): 1994: 0,09***; 1998: 0,11***; 2002: ,10***; 2005: ,08***; 2010: ,17***; 2014: ,06*; Institutionen des Rechtsstaates: 1994: 0,13***;1998: 0,15***; 2002: ,13***; 2010: ,13***; 2014:,09***.

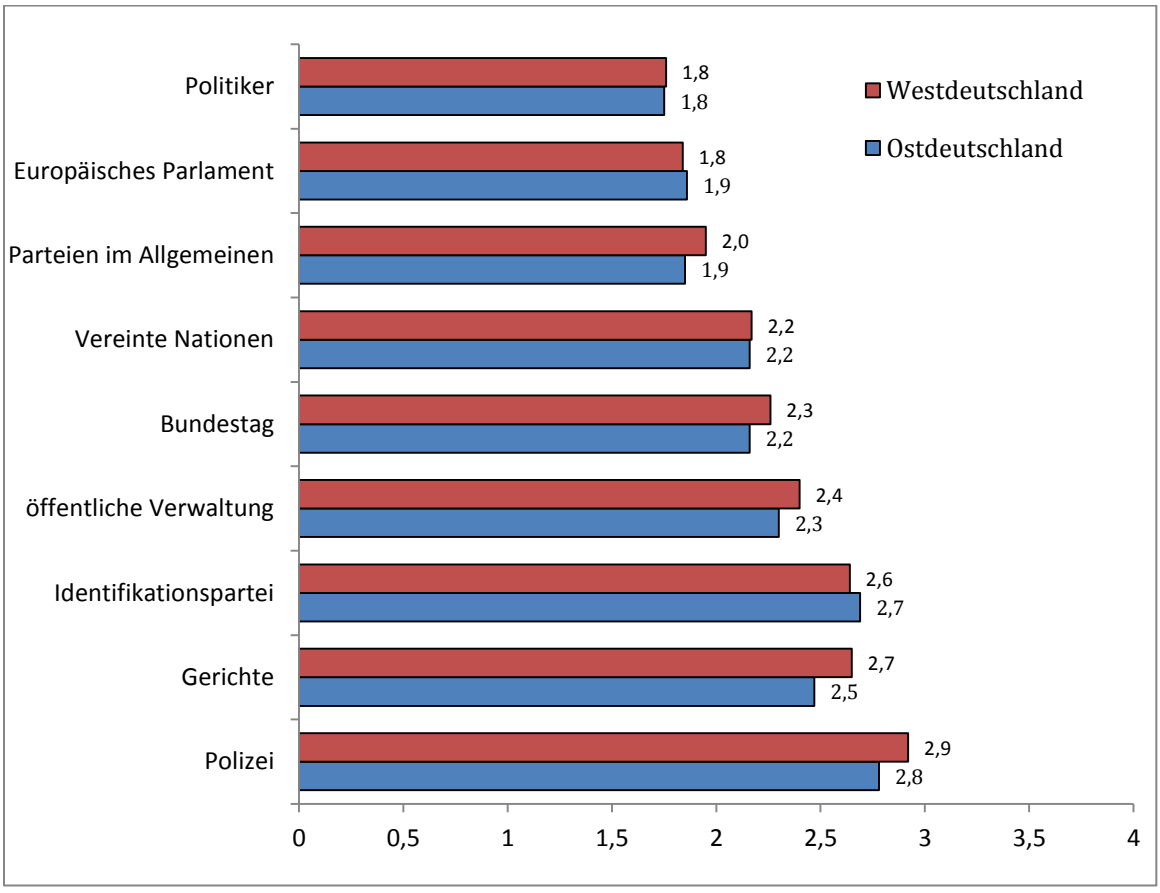
Frage 24: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Gruppen und Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen (4), weitgehend (3), teilweise (2), eher nicht (1) oder überhaupt nicht vertrauen (0): den politischen Parteien im Allgemeinen, dem Bundestag, den Gerichten, der Polizei. Der Index Vertrauen zu den parteienstaatlichen Institutionen umfasst das Vertrauen zu den politischen Parteien im Allgemeinen und zum Bundestag, Der Index Vertrauen zu den rechtsstaatlichen Institutionen umfasst das Vertrauen zu den Gerichten und zur Polizei. Die Werte für diese jeweils zwei Institutionen wurden addiert und, die Zahl der Items (2) dividiert, Dezimalstellen wurden auf- bzw. abgerundet. Insofern entsprechen die Indexwerte denen der Einzelindikatoren. Die Frageformate in den früheren Erhebungen sind weitgehend identisch.

Vergleicht man nun das Vertrauen der Ost- und Westdeutschen zu politischen Institutionen und Akteuren im Jahr 2014 miteinander, so sind fast keine substanziellen Unterschiede mehr auszumachen (Abbildung 62). Zwar bestehen einzelne statistisch signifikante Ost-West-Differenzen im Vertrauen zu den politischen Institutionen fort, diese sind jedoch sehr schwach ausgeprägt. Was noch wichtiger ist: Für keine Institution findet sich die aus früheren Untersuchungen bekannte Konstellation, dass im Westen Vertrauen, im Osten aber Misstrauen überwiegt.

Von geringfügigen Abweichungen abgesehen, entspricht das Niveau des Vertrauens zu einzelnen Institutionen der aus der Forschung bekannten Rangfolge (Abbildung 63). Polizei und Gerichte genießen in der deutschen Öffentlichkeit ein großes Vertrauen. Der Öffentlichen Verwaltung, dem Deutschen Bundestag und den Vereinten Nationen bringt

die Bevölkerung immerhin mehr Vertrauen als Misstrauen entgegen. Überwiegend kritisch-distanziert stellt sich das hingegen das Verhältnis der Bürger zum Europäischen Parlament, zu den Parteien und zu den Politikern dar. In den Einstellungen zu den Parteien machen die Bürger allerdings einen interessanten Unterschied: Während sie den Parteien im Allgemeinen eher misstrauen als vertrauen, bringen sie der von ihnen persönlich bevorzugten Partei nahezu so viel Vertrauen entgegen wie den Gerichten und der Polizei, oder vertrauen ihr sogar mehr. Dies stützt die in anderen Studien beobachtete Bedeutung von Stereotypen im Verhältnis von Bürgern und Parteien: Als Spezies sind diese unbeliebt; sobald es jedoch um die präferierte Partei geht, verschwindet dieser abwertende Reflex (Gabriel 2013).

Abbildung 63 Politisches Vertrauen in verschiedene Institutionen in West- und Ostdeutschland, 2014 (Nennungen Mittelwerte von 0 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 4 „voll und ganz vertrauen“)



Frage 24: ...

Die in vielen empirischen Studien belegte unterschiedliche Bewertung einzelner politischer Institutionen seitens der Bevölkerung spiegelt zum Teil die unterschiedliche Funktion und Reputation dieser Einrichtungen im öffentlichen Leben wider (Gabriel 1999b; Denters, Gabriel und Torcal 2007; Zmerli 2004; anders: Marien 2011; Hooghe 2011). Aufgabe von Polizei, Gerichten und Öffentlicher Verwaltung ist es nicht, kontroverse politische Entscheidungen zu treffen. Diese öffentlichen Einrichtungen wenden vielmehr Gesetze an, setzen von der Politik getroffene Entscheidungen so die Anmutung: sach-

kundig und korrekt um, regulieren Konflikte zwischen den Bürgern, schützen deren Rechte und repräsentieren auf diese Weise den Rechts- und Leistungsstaat. Die Menschen kommen in ihrem Alltagsleben gerade mit diesen Institutionen in direkten Kontakt und haben daher die Möglichkeit, persönliche Erfahrungen mit deren Arbeit zu sammeln. Das große Vertrauen, das diesen Institutionen entgegengebracht wird, resultiert mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Gutteil aus ihrer Abstandshaltung zu tagespolitischen und interessenbedingten Konflikten.

Ganz anders sind die Aufgaben von Parlament, Regierung, Parteien und Politikern umschrieben, und entsprechend unterschiedlich ist auch der Stellenwert dieser Institutionen in den politischen Alltagserfahrungen der Bürger. Diese im engeren Sinne politischen Institutionen und Akteure sind die Träger der parlamentarischen Parteiendemokratie. In Ausübung dieser Rolle artikulieren sie politische Konflikte und vertreten die Interessen und Wertvorstellungen unterschiedlicher Teilgruppen der politischen Gemeinschaft. Aus diesem Konfliktaustrag speist sich die Dynamik des Parteienwettbewerbs. In pluralistischen Gesellschaften ist es höchst unwahrscheinlich, dass die von ihnen gesetzgeberisch umgesetzten Entscheidungen allgemeine Zustimmung finden. Nur vergleichsweise selten haben die Bürger direkten Kontakt zu den Institutionen und Akteuren des Parteienstaates. Sie nehmen deren Arbeit im Regelfall vermittelt durch die Massenmedien dar, deren Berichterstattung eigenen Logiken folgt und politische Ereignisse nicht ungefiltert darstellt. Diese Rahmenbedingungen machen es höchst unwahrscheinlich, dass die Trägerinstitutionen des Parteienstaates von einem ebenso breiten Vertrauen der Bevölkerung getragen sind wie die Gerichte und die Polizei.

Von diesen beiden Gruppen von Institutionen lassen sich wiederum internationale Organisationen absetzen, in unserem Fall das Europäische Parlament und die Vereinten Nationen. Deren Aufgaben unterscheiden sich nochmals von denen der nationalen parteienstaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen. Sie agieren nicht unmittelbar in der nationalen Arena des politischen Systems, beeinflussen diese aber mittelbar. Im Normalfall sind sie von der Erfahrungswelt der Bürger weiter entfernt als nationale Institutionen und Akteure und werden daher öffentlich anders bewertet als diese.

Die funktional und institutionell begründete Zuordnung der Institutionen zu drei verschiedenen Gruppen findet ihre Entsprechung im Einstellungshaushalt der Bürger West- und Ostdeutschlands. Graduelle Unterschiede eingerechnet, lassen sich durch Faktorenanalysen drei Dimensionen des Institutionenvertrauens ermitteln: einmal das Vertrauen zum Bundestag, zu politischen Parteien im Allgemeinen und zu Politikern (parteienstaatliche Institutionen); zum zweiten das Vertrauen zu Polizei, Gerichten und Öffentlicher Verwaltung (rechts- und leistungsstaatliche Institutionen); und schließlich drittens das Vertrauen zu internationalen Institutionen (Europäisches Parlament und Vereinte Nationen; siehe Tabelle 33).

Tabelle 33 Struktur des Vertrauens zu politischen Institutionen in der Bundesrepublik, 2014 (Hauptachsenfaktoranalyse)

Vertrauen zu	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Politikern	,87	,81				
Parteien im Allgemeinen	,58	,73				
Bundestag	,51	,43			,34	
Gerichten			,69	,67		
Polizei			,68	,58		
öffentliche Verwaltung			,43	,52		
Europäisches Parlament					,61	,65
Vereinten Nationen					,41	,58
Eigenwert	4,01	4,21	,96	,94	,67	,71

Frage 24:…
Angaben: Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.
Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Nach den im Zeitverlauf und in den Daten der deutschlandweiten Umfrage von 2014 vorliegenden Befunden ist das Vertrauen der in den neuen Bundesländern lebenden Bevölkerung seit der Vereinigung insgesamt gestiegen. Der Aufwärtstrend fiel beim Vertrauen zu den Institutionen des Rechtsstaates etwas deutlicher aus als beim Vertrauen zu den Institutionen des Parteienstaates. Diese Entwicklung kann auf einem Vertrauensgewinn in allen Bevölkerungsgruppengründen. , Sie kann aber auch einem überdurchschnittlich starken Institutionenvertrauen in den nach der Wende sozialisierten Altersgruppen geschuldet sein.

Wie bei der Unterstützung der Demokratie, greifen beide Erklärungsmuster offenbar auch bei der Vertrauensdimension. Das Vertrauen zu den Institutionen des Parteienstaates fällt in allen ostdeutschen Altersgruppen etwas geringer aus als bei den Vergleichsgruppen im westlichen Landesteil (Allerdings haben wir es mit sehr schwachen, nahezu ausnahmslos statistisch insignifikanten Effekten zu tun). Beim Vertrauen zu der persönlich bevorzugten Partei, und auch beim Vertrauen zum Rechtsstaat sowie zum europäischen Parlament ist der Befund ähnlich. Auch hier sind nur schwache, zumeist statistisch insignifikante Ost-West-Unterschiede erkennbar (Tabelle 34). Noch etwas weniger als bei der Unterstützung der Demokratie erweist sich das Vertrauen zu den politischen Institutionen als eine in allen west- und ostdeutschen Alterskohorten weitgehend gleich verteilte politische Einstellung. Die Marge des Vertrauens ist im Osten zwar geringfügig schwächer ausgeprägt als im Westen. Doch weichen beide Landesteile in ihrem Vertrauen zu den politischen Institutionen nur graduell voneinander ab.

Tabelle 34 Vertrauen zu politischen Institutionen in der Bundesrepublik bei west- und ostdeutschen Alterskohorten, 2014 (Nennungen Mittelwerte von 0 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 4 „voll und ganz vertrauen“)

	West	Ost	Mittelwert-differenz West Ost	Eta	West	Ost	Mittelwert West Ost	Eta
Kohorte	**Parteienstaat**				**Präferierte Partei**			
bis 1961	2,07	2,03	-,04	,02 n. s.	2,77	2,90	,13	,07 n. s.
bis 1972	2,03	1,80	-,23	,13*	2,59	2,49	-,10	,06 n. s.
bis 1990	1,95	1,86	-,09	,05 n. s.	2,59	2,58	,01	,01 n. s.
nach 1990	1,94	1,89	-,05	,03 n. s.	2,64	2,75	,11	,06 n. s.
	Rechtsstaat				**Europäisches Parlament**			
bis 1961	2,59	2,45	-,14	,10 n. s.	1,89	2,05	,16	,08 n. s.
bis 1972	2,63	2,52	-,11	,07 n. s.	1,74	1,59	-,15	,07 n. s.
bis 1990	2,75	2,52	-,23	,15***	1,76	1,63	-,13	,07 n. s.
nach 1990	2,61	2,64	,03	,02 n. s.	1,95	2,09	,14	,07 n. s.

Frage 24:…
Angaben: Mittelwerte. *** p ,000; ** p <,01; * p < ,05 n. s. statistisch nicht signifikant

5.6 Politisches Engagement in den alten und neuen Bundesländern

Beim politischen Vertrauen handelt es sich um ein Attribut der demokratischen politischen Kultur, das einerseits für den Zusammenhalt der politischen Gemeinschaft, die politische Folgebereitschaft und die Effektivität des Regierungshandelns eine maßgebliche Rolle spielt, auf der anderen Seite aber auch die Basis für Machtmissbrauch durch die Regierenden legen kann. Aus diesem Grunde bedarf es in der Demokratie einiger Ausgleichsmechanismen, die dafür Sorge tragen, dass die politische Führung einer öffentlichen Kontrolle unterliegt, dass ihre Macht begrenzt wird und das Handeln der Regierenden an die Bedürfnisse der Regierten gebunden wird, also politische Responsivität entsteht. Diese wichtigen Funktionen schrieben bereits Almond und Verba (1963 [1989]) dem politischen Engagement zu. Wie die Autoren in der Civic Culture Studie darlegten, gehören beide Aspekte, Vertrauen und Engagement, zu einer gut funktionierenden Demokratie. Sie ergänzen einander, weil sich aus ihrem Zusammenspiel eine für die Demokratie sinnvolle Synthese aus Macht und Verantwortlichkeit ergibt (Almond und Verba [1963] 1989: 337ff; vgl. auch später: Putnam 1993; Newton 1997; Paxton 2002). Zugleich betonten Almond und Verba, dass die demokratischen Prinzipien der Machtkontrolle und einer verantwortlichen politischen Führung nicht notwendigerweise durch ein breites aktives Engagement gefördert werden. Vielmehr reiche es zu diesem Zweck aus, wenn die politische Führung mit der Möglichkeit einer politischen Mobilisierung der Öffentlichkeit rechnen müsse (Almond und Verba [1963] 1989: 136ff.).

Unabhängig davon, wie bedeutsam diese Unterscheidung zwischen seinen verschiedenen Facetten ist, gilt das bürgerschaftliche Engagement als wichtiger Qualitätsstandard einer gut funktionierenden Demokratie. Die Formel „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation“ (van Deth 2009: 141) bringt eine in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft weit verbreitete Grundstimmung zum Ausdruck. In dieser spiegelt sich unter anderem das Gefühl wider, die traditionelle Form der von politischen Eliten gesteuerten Politik (Inglehart 1983: 435ff.) sei an ihre Grenzen gelangt, finde nur noch bedingt Akzeptanz und bedürfe deshalb einer Korrektur durch ein breiteres und effektiveres Engagement der Bürgerschaft, das auch neue Formen des Zusammenwirkens von Bevölkerung und Führungsgruppen einschließe (vgl. u. a. Bertelsmann Stiftung 2014; Cain, Dalton und Scarrow 2008; Geißel und Newton 2011; Smith 2009). Der Wunsch nach demokratischen Innovationen hatte sich auch in anderen Erhebungen bereits sehr deutlich gezeigt, unter anderem in dem breiten und im Verlauf der Zeit stetig gestiegenen Wunsch nach einem Ausbau der direkten Demokratie.

Ungeachtet der breiten Übereinstimmung in der Einschätzung, dass bürgerschaftliches Engagement und Demokratie in einer engen Wechselbeziehung miteinander stehen, sind in den letzten Jahrzehnten auch kritische Kommentare zu überzogenen Hoffnungen auf die vorteilhaften Erträge einer erweiterten politischen Partizipation zu vernehmen. Sie stützen sich auf die empirische Beobachtung, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen von neuen Partizipationsangeboten Gebrauch machen. Vielmehr sind es vornehmlich die ressourcenstarken, sozial integrierten und politisch ohnehin aktiven Bevölkerungsgruppen, die neue Beteiligungsangebote nutzen. Dadurch entsteht ein partizipatives Dilemma: Demokratisch-partizipative Neuerungen schaffen zwar einerseits zusätzliche Einflussmöglichkeiten für diejenigen, welche sich beteiligen. Auf der anderen Seite verschärfen sie die politische Ungleichheit, weil diese Veränderungen des Partizipationsangebots vor allem den Aktiven zu Gute kommen, aber nur wenig zur Mobilisierung der bisher politikfernen Bevölkerungsgruppen beitragen (hierzu insbesondere: Schattschneider 1960; 35; Easaisson 2010; Kaase 1981; Lijphart 1997; Schlozman, Verba und Brady 2012).

Nach den vorliegenden Forschungsergebnissen gehen der in allen modernen Demokratien feststellbare Wunsch nach mehr Beteiligung der Bürger an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik und der tatsächliche Wandel des sozialen und politischen Engagements auf eine Reihe unterschiedlicher Faktoren zurück. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Modernisierung der Gesellschaft, insbesondere der Anstieg des Bildungsniveaus und der verbesserte Zugang zu politischen Informationen. Als ursächliche Faktoren werden ferner Prozesse des Werte- und Einstellungswandels, aber auch Angebotschancen im politischen System genannt. Zu ersteren werden die Aufwertung partizipativer und egalitärer Ziele, das Entstehen der „kritischen Demokraten“ als eines neuen Bürgertyps oder das nachlassende Vertrauen der Menschen zur den Institutionen und Akteuren der repräsentativen Demokratie gezählt. Zur zweiten Gruppe gehören die Öffnung der staatlichen Institutionen für mehr bürgerschaftliche Mitwirkung und die verstärkten

Mobilisierungsanstrengungen politischer Organisationen (vgl. z. B.: Kaase und Barnes 1979; Kaase et al. 1979a; Norris 2002: 19ff.). In ihrem Zusammenspiel lösten diese Entwicklungen nicht allein eine zunehmende politische Mobilisierung der Bürgerschaft, sondern auch einen Wandel der Formen des sozialen und politischen Engagements aus.

Diese globalen Vorgänge werden durch besondere nationale Ereignisse und Prozesse ergänzt, die für eine Beschleunigung, Verlangsamung oder qualitativ besondere Ausprägungen dieser allgemeinen Entwicklungstrends sorgen. Fragt man mit einem Blick auf Deutschland, welche die seit der Wiedervereinigung maßgeblichen Einflüsse auf das soziale und politischen Engagement sind, so sind vor allem folgende Faktoren zu nennen: die lange obrigkeitsstaatliche Tradition der DDR, der Erfolg der demokratischen Revolution im östlichen Teil Deutschlands und die weit reichenden institutionellen Änderungen, die in Ostdeutschland schon im Vorfeld der Wiedervereinigung eingeleitet wurden und in Teilen schnell auf die alten Bundesländer übergriffen.

Im Hinblick auf die kulturellen Rahmenbedingungen, in welche die Entwicklung des politischen Engagements der Deutschen seit der Wiedervereinigung eingebettet war, liegt es nahe, eine Parallele zwischen dem Demokratisierungsprozess in den neuen Ländern und dem in der alten Bundesrepublik nach 1945 zu ziehen. In beiden Fällen war die Entwicklung partizipativer Orientierungen und Verhaltensmuster durch obrigkeitsstaatliche Traditionen belastet, die einem solchen Wandel entgegenstanden oder ihn zumindest erschwerten und verzögerten. So sahen viele Beobachter der politischen Entwicklung der alten Bundesrepublik im zunächst schwachen politischen Engagement der Bevölkerung einen maßgeblichen Mangel der neuen deutschen Demokratie. Zwar wurde registriert, dass ein gewisses Maß an sozialem und politischem Engagement gegeben war. Dieses wurde aber eher als Vollzug einer so wahrgenommenen Bürgerpflicht denn als aktiver Beitrag zur Mitgestaltung der politischen Gemeinschaft eingestuft. Auf der Grundlage dieser Interpretation charakterisierten etliche Forscher das in den ersten beiden Nachkriegsdekaden bestehende Verhältnis der Deutschen zur Politik als eine Obrigkeitskultur, die tief in der politischen Tradition Deutschlands verankert sei (Almond und Verba [1963] 1989: 208ff, 136ff, 244ff, 312f; Baker, Dalton und Hildebrandt 1981: 27ff; Conradt 1991; Dahrendorf 1971: 313ff; Greiffenhagen und Greiffenhagen 1993: 73ff).

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands dürften die obrigkeitsstaatlichen Traditionen, die in der Zeit des kommunistischen Regimes weiter bestanden, in Ostdeutschland noch eine starke Wirkungskraft entfaltet haben. Nur ein älterer Teil der Bevölkerung hatte noch unmittelbare Erfahrung mit einem demokratischen politischen System sammeln können, zu dessen konstitutiven Merkmalen ein aktives politisches Engagement im Sinne von Mitgestaltung, Einflussnahme und Herrschaftskontrolle gehörte. Dennoch stellte sich die Situation in den neuen Bundesländern in den Jahren 1989/90 anders dar als in der Gründungsphase der alten Bundesrepublik. Im Gegensatz zum NS-Regime verstand sich die DDR nicht als Gegenentwurf zur Demokratie, sondern

als eine im Vergleich mit dem westlich-bürgerlichen Modell höherwertige Form der Demokratie. Ein aktives Engagement der Menschen für das sozialistische Gemeinwesen war ausdrücklich erwünscht, und außerhalb des politischen Systems bestanden gewisse Spielräume für eine aktive Mitgestaltung der Lebensbedingungen (Grunenberg 1989).

Entscheidend dürfte allerdings der gegensätzliche Verlauf des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie gewesen sein. Während der Regimewechsel 1945 und das daraus hervorgehende Gründungsmotiv der alten Bundesrepublik die Folge der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg war, resultierte er in den neuen Bundesländern aus einer erfolgreichen demokratischen Revolution. Erstmals in der Geschichte Deutschlands war es gelungen, durch Massenproteste einen demokratischen Wandel einzuleiten, an dessen Ende ein Regimewechsel stand. Dieser Verlauf des Transitionsprozesses dürfte nachhaltige Wirkungen auf das politische Selbstbild und das Politikverständnis der ostdeutschen Bevölkerung mit sich gebracht haben, die vermutlich mit dem Ende der Existenz der DDR nicht verschwanden, sondern nach der Wiedervereinigung Bestand hatten (vgl. Gabriel 1996: 278ff; Gabriel 1997: 17ff; Schmitt-Beck und Weins 1997).

Diese Vermutung bestätigt sich bei einem Blick auf die seit 1990 durchgeführten Reformen des politischen Institutionensystems in Deutschland (vgl. Eder und Magin 2008; Klages und Paulus 1996). nahmen Die auf dem Territorium der ehemaligen DDR neu gegründeten Bundesländer nahmen in ihre Verfassungen Bestimmungen über direktdemokratische Beteiligungsrechte auf, die über die in den meisten westdeutschen Ländern geltenden Regelungen deutlich hinausgingen. Noch markantere Unterschiede zeigten sich auf der Gemeindeebene. Während die ostdeutschen Gemeindeordnungen von Anfang an direktdemokratische Verfahren enthielten, war dies im westlichen Landesteil vor 1990 nur in Baden-Württemberg der Fall.

Die demokratischen Innovationen in den neuen Ländern führten in der Folgezeit zu entsprechenden Anpassungsprozessen in Westdeutschland, so dass die von Norris (2002: 25ff) genannten institutionellen Bedingungen für direktdemokratisches Engagement nach 1990 in der Bundesrepublik flächendeckend geschaffen wurden, allerdings nur auf der Ebene der Länder und Kommunen. Diese Verfahren werden von der Bevölkerung zunehmend genutzt (Eder und Magin 2008). Der Ausbau der Beteiligungsangebote blieb im Übrigen nicht auf die Einführung direktdemokratischer Verfahren beschränkt. Vielmehr erfolgten etliche Änderungen der Beteiligungsklauseln im Planungsrecht (Ziekow 2012). Zudem kamen vermehrt dialogorientierte Beteiligungsformen zum Einsatz, über deren Auswirkung allerdings auf Grund fehlender Daten keine Aussagen gemacht werden können.

Auf Grund dieser widersprüchlichen, in ihrem relativen Gewicht nur schwer abschätzbaren Einflüsse auf das bürgerschaftliche Engagement der ostdeutschen Bevölkerung konnte bereits im zeitlichen Umfeld der Wiedervereinigung nicht unbedingt von großen Ost-West-Unterschieden im politischen Interesse und Kompetenzbewusstsein sowie bei

der aktiven politischen Teilnahme ausgegangen werden. Im internationalen Vergleich zählte die (alte) Bundesrepublik, abgesehen von der Wahlbeteiligung, bis dahin nicht zu den Spitzenreitern in Sachen politisches Engagement (Westle 1994). Zudem war zumindest in den frühen 1990er Jahren noch mit Ausstrahlungseffekten der demokratischen Revolution auf das bürgerschaftliche Engagement der neuen Bundesbürger zu rechnen, was die obrigkeitsstaatliche Prägung bis zu einem gewissen Grade neutralisiert haben dürfte. Dem entsprechend ergaben Umfragen, die im ersten Jahrzehnt nach dem Mauerfall durchgeführt wurden, allenfalls geringfügige und systematisch kaum interpretierbare Ost-West-Unterschiede im politischen Engagement der Westdeutschen und der Ostdeutschen (vgl. Gabriel 1996: 278ff; Gabriel 2005: 470ff; Gabriel und Neller 2010; 78ff; Glaab 2000; Gensicke 2000: 231ff; Hoffmann-Lange 1997; Krimmel 2000; Maier 2000; Niedermayer 2005:20ff; Schmitt-Beck und Weins 1997; van Deth 1997; van Deth 2001; van Deth 2004; Vetter und Maier 2005). Im weiteren Verlauf des Zusammenlebens in einer politischen Gemeinschaft dürften sich diese Unterschiede, sofern sie denn anfangs überhaupt wirksam waren, zunehmend abgeschwächt haben.

Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements deckt nun allerdings eine Reihe unterschiedlicher, aber miteinander zusammenhängender Sachverhalte ab. Sie alle sind zwar für das Funktionieren der Demokratie wichtig, müssen aber im Hinblick auf ihre Funktion und ihre politischen Folgen voneinander unterschieden werden. Nach Zukin und anderen (2006: 49ff) umfasst das bürgerschaftliche Engagement Einstellungen wie das politische Interesse, das politische Kompetenzbewusstsein, die affektive Bindung an eine Partei, das informelle soziale Engagement, die Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit in Freiwilligenorganisationen sowie auch verschiedene Formen der politischen Partizipation von der Stimmabgabe bei Wahlen über parteibezogene Aktivitäten bis hin zur Teilnahme an Protestaktionen (vgl. auch: Martin und van Deth 2007; van Deth 2009).

Wichtig ist es, zwischen partizipationsfördernden Einstellungen einerseits und aktiver politischer Partizipation andererseits sowie zwischen dem sozialen und dem politischen Engagement zu unterscheiden. Ein aktives und direktes Einflussnehmen auf Politik, das der Herrschaftskontrolle und der Herstellung von politischer Responsivität dient, ist nur mit politischer Partizipation, nicht aber mit kognitivem Engagement und mit sozialer Partizipation verbunden. Letztere beiden Komponenten des bürgerschaftlichen Engagements fördern zwar aktive politische Partizipation, sollten aber nicht mit ihr gleichgesetzt werden. Aus diesem Grunde werden in den folgenden Abschnitten die Befunde zum *kognitiven Engagement* (*Einstellungen*) und zur *aktiven politischen Partizipation (Verhalten)* getrennt dargestellt.

5.6.1 Kognitives Engagement

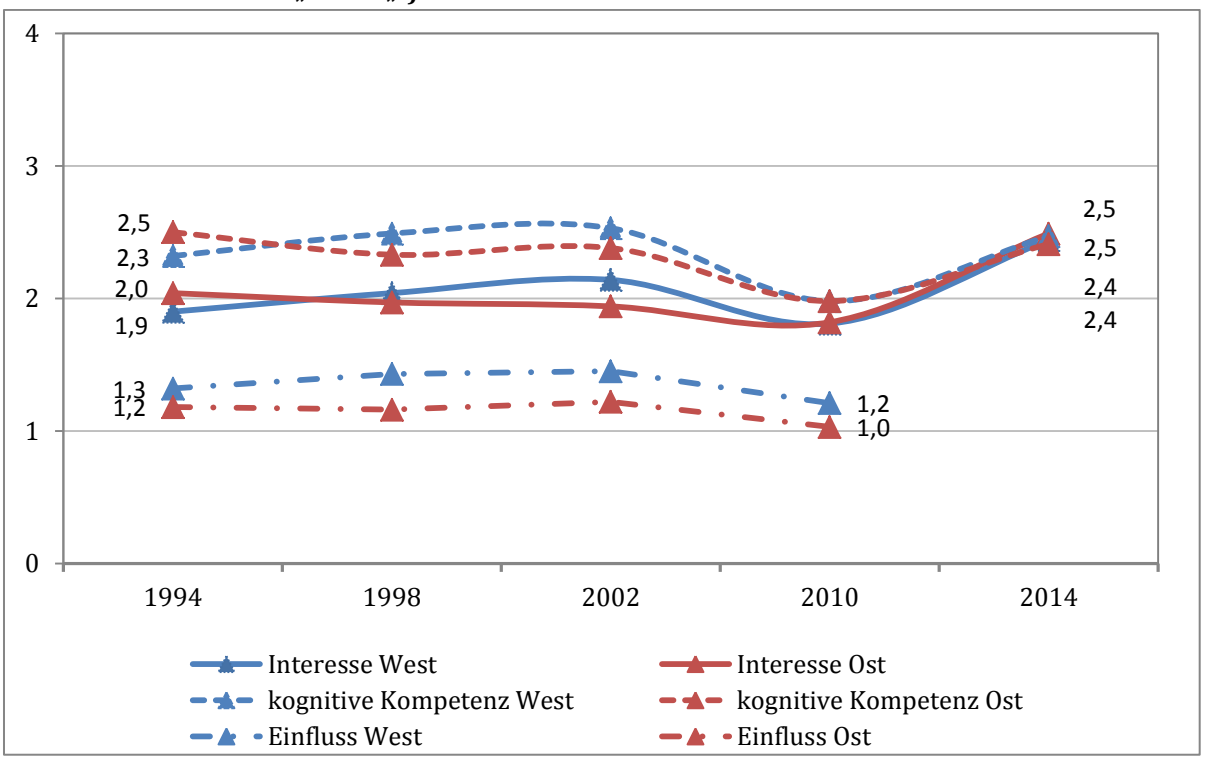
In den bereits erwähnten empirischen Untersuchungen zum kognitiven Engagement der Bürger in den frühen 1990er Jahren hatten sich keine grundlegenden Ost-West Unterschiede nachweisen lassen. Dies betrifft das politische Interesse und die Aufnahme politischer Informationen aus den Massenmedien (Fernsehen und Tageszeitungen) ebenso

wie das politische Wissen, das subjektive Verständnis politischer Probleme und die wahrgenommenen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik (Gabriel und Neller 2010: 79ff).

An diesem Befund ändert sich nichts, wenn man den langfristigen Trend bis ins Jahr 2014 fortschreibt. Wie Abbildung 64 zeigt, besteht auf keiner Unterdimension (Interesse, subjektives Verständnis politischer Sachverhalte, wahrgenommene politische Einflussmöglichkeiten) ein nennenswerter Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen. Das politische Interesse und das subjektive Verständnis politischer Probleme sind bei den meisten Menschen in West- wie Ostdeutschland moderat ausgeprägt. Das Gefühl, politische Fragen zu verstehen und sich eine Meinung über sie bilden zu können, ist in der Bevölkerung etwas weiter verbreitet als es die Zweifel an der eigenen politischen Urteilsfähigkeit sind. Der Anteil politisch Interessierter fällt ungefähr so hoch aus wie der Anteil politisch Desinteressierter.

Im Vergleich damit ist das Gefühl, politische Vorgänge beeinflussen zu können, in beiden Landesteilen während des gesamten Untersuchungszeitraums schwächer entwickelt und wird nur von einer starken Minderheit der Bürger geteilt. Eine durchgängige Zunahme des kognitiven Engagements ist seit der Vereinigung nicht zu erkennen. Die Hinwendung der Bürger zur Politik hat weder zu- noch abgenommen, sondern sie war, wie schon zuvor in Westdeutschland, periodischen Schwankungen unterworfen (vgl. Abbildung 64) Ordnet man die im Jahr 2014 erhobenen Daten in die längerfristige Entwicklung ein, so erreicht das kognitive Engagement der ost- und westdeutschen Bevölkerung aktuell einen Spitzenwert. Sowohl das politische Interesse als auch das subjektive Verständnis politischer Probleme ist gegenwärtig stärker ausgeprägt als in den Jahren zwischen 1994 und 2010.

Abbildung 64 Kognitives Engagement in West- und Ostdeutschland, 2014 (Nennungen Mittelwerte von 0 „“ bis 4 „“)



Quellen: Transformation politischer Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland (1994, 1998, 2002); Citizens and Representatives in France and Germany (2010), BMI-Studie Fragen 13 „Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Allgemeinen: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?“ und 29:Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage anhand einer Skala von 1 bis 5, ob Sie dieser zustimmen oder nicht. a) Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht. b) Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen. c) Politiker kümmert, was einfache Leute denken. d) Die ganze Politik ist so kompliziert, dass normale Bürger nicht verstehen, was vorgeht. e) Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung. f) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen. Angaben: Mittelwerte; Ost-West-Unterschiede: Politisches Interesse: 1994: ,06***; 1998: ,03*; 2002: ,09***; 2010: ,01 n. s.; 2014: ,02 n. s.; Kognitive Kompetenz: 1994: ,08***; 1998: ,08***; 2002: ,08***; 2010: ,00 n. s.; 2014 ,03 n. s.; Perzipierter Einfluss: 1994: ,06***; 1998: ,12***;2002: ,11***; 2010: ,09***.

Wenn sich nun im kognitiven Engagement der west- und der ostdeutschen Bevölkerung keine großen Unterschiede nachweisen lassen, so kann dies einerseits auf Prozesse des Generationenaustauschs zurückgeführt werden, andererseits aber auch auf ein gemeinsames Merkmal im Verhältnis der West-und Ostdeutschen zur Politik hinweisen. Für die zweite Annahme spricht die Beobachtung, dass bereits in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung keine großen Differenzen im politischen Interesse und in der kognitiven Kompetenz auftraten. Dies zeigt sich auch, wenn man überprüft, wie sich kognitives Engagement über die verschiedenen Generationseinheiten verteilt. In ihrem politischen Interesse unterscheiden sich die Angehörigen der west- und d ostdeutschen Alterskohorten kaum voneinander, vor allem liegen keine systematischen Unterschiede vor (vgl. Tabelle 35). In einigen Kohorten fällt das Interesse in Ostdeutschland höher aus als im Westen, in anderen verhält es sich umgekehrt. In Übereinstimmung mit den Befunden anderer Untersuchungen des politischen Interesses interessiert sich die jüngste

Altersgruppe – im Osten wie im Westen – am wenigsten für Politik (van Deth 2004: 285ff).

Ähnlich stellt sich die Sachlage beim subjektiven Verständnis politischer Fragen dar, das im Osten wie im Westen in den mittleren Alterskohorten am stärksten, bei älteren und jüngeren Jahrgängen hingegen am schwächsten ausgeprägt ist. Allerdings zeigt sich bei dieser Einstellungsdimension im östlichen Landesteil ein etwas anderes Beziehungsmuster zwischen Generationszugehörigkeit und dem Verständnis politischer Probleme als in den alten Bundesländern. Hier liegt das Problemverständnis der ältesten und der jüngsten Kohorte ungefähr auf dem gleichen Niveau. Im Osten hingegen weist die Nachwendegeneration ein Niveau kognitiver Kompetenz auf, das zwischen der ältesten und den beiden mittleren Kohorten liegt (vgl. Tabelle 35).

Dieser Befund weist auf variierende Alterseffekte im westlichen und im östlichen Landesteil hin. Das für den Westen beobachtbare Muster widerspiegelt die bekannten Lebenszykluseffekte, während die Einstellungen der ältesten und der jüngsten ostdeutschen Kohorte durch eine Überlagerung von Sozialisations- und Lebenszykluseffekten geprägt sind. Die ältesten Jahrgänge unterliegen im Osten noch der Prägung durch die Diktaturregime, während das vergleichsweise starke kognitive Engagement der jüngsten ostdeutschen Generation bereits die Sozialisationsbedingungen der Demokratie im wiedervereinigten Deutschland widerspiegelt.

Tabelle 35 Kognitives Engagement in west- und ostdeutschen Alterskohorten, 2014 (Mittelwerte von 0 „“ bis 4 „“)

Fragen 13 /29: ...	West	Ost	Mittelwertdifferenz West Ost	West	Ost	Mittelwert West Ost
Kohorte	**Politisches Interesse**			**Kognitive Kompetenz**		
bis 1961	2,57	2,61	-0,04	2,60	2,38	0,22
bis 1972	2,64	2,61	0,03	2,74	2,81	0,07
bis 1990	2,50	2,60	-0,10	2,76	2,70	0,06
nach 1990	2,23	2,24	-0,01	2,59	2,62	0,03

5.6.2 Politische Partizipation

Politisches Interesse und kognitive Kompetenz dürfen, wie bereits erwähnt, nicht mit aktivem politischem Engagement gleichgesetzt werden. Sie stellen gleichwohl wichtige Bedingungen für die Entscheidung von Menschen dar, eine aktive Rolle in der Politik zu übernehmen. Wie frühere empirische Studien zeigen, wurden nach der Vereinigung Deutschlands spezifische Partizipationsmuster in den alten und den neuen Bundesländern erkennbar(Gabriel und Völkl 2005; Glaab 2000; Krimmel 2000; Niedermayer 2005:20ff; Schmitt-Beck und Weins 1997; van Deth 1997). Abgesehen von der ersten

freien Wahl der Volkskammer im März 1990 lag die Wahlbeteiligung in Westdeutschland immer auf einem höheren, zum Teil sogar deutlich höheren Niveau als im östlichen Landesteil. Die partei- und wahlbezogenen Aktivitäten der ostdeutschen und der westdeutschen Bevölkerung waren ungefähr gleich stark ausgeprägt. Hingegen engagierten sich die Bewohner der neuen Bundesländer stärker in Protestaktionen als dies im Westen zu beobachten war.

Wie Daten aus den 2000er Jahren zeigen, sind die anfänglich bestehenden Differenzen zwischenzeitlich weitgehend eingeebnet. Nur der ethisch motivierte Boykott bestimmter Produkte spielt im Westen eine größere Rolle als im Osten. Die Stimmabgabe bei Wahlen stellt nach wie die einzige Form politischer Einflussnahme dar, derer sich eine Mehrheit der Bürger West- und Ostdeutschlands bedient (tabellarisch nicht ausgewiesen). In einer politischen Partei und an einer angemeldeten Demonstration beteiligen sich in beiden Landesteilen durchschnittlich weniger als zehn Prozent der Befragten. Kontakte zu Politikern unterhalten zehn bis zwanzig Prozent und die Teilnahmequote bei Unterschriftenaktionen liegt zwischen 25 und 35 Prozent. Größere Ost-West-Unterschiede zeigen sich lediglich noch bei der Teilnahme an ethisch motivierten Produktboykotts, die in den letzten Jahren in Westdeutschland auf über 30 Prozent anstieg, während sie in Ostdeutschland weit weniger verbreitet ist und ein Niveau von maximal 20 Prozent erreicht (vgl. Tabelle 36).

Daten über die Beteiligung an direktdemokratischen Verfahren wurden in Deutschland bisher nur selten erhoben, was in Anbetracht der sehr kontroversen Debatte darüber, welchen Beitrag dieser Beteiligungsformen zur Verbesserung der Qualität der Demokratie leisten kann (vgl. z. B. Altman 2011: 1ff; Bowler und Glazer 2008; Smith 2009: 11ff; Smith und Tolbert 2004), doch überrascht. Unter diesem Gesichtspunkt verdienen die in Tabelle 8 dargestellten Daten über die Beteiligung der Bürger an Bürger- bzw. Volksbegehren besonderes Interesse. Denn die hierzu zumeist publizierten Daten über die Häufigkeit direktdemokratischer Verfahren geben keinen Aufschluss darüber, wie viele Personen sich an direktdemokratischen Aktivitäten beteiligen. Erwartungsgemäß liegt die Teilnehmerquote an Referenden deutlich unter der von Parlamentswahlen. Dies vermag nicht zu überraschen, weil direktdemokratische Verfahren auf der Bundesebene nur für eine Neugliederung des Bundesgebietes, nicht aber als Gesetzesinitiativen oder Abstimmungen über Gesetze möglich sind.

Auf jenen Handlungsebenen des politischen Systems, auf denen Abstimmungen über politische Sachfrage bereits vorgesehen sind, also in den Ländern und Gemeinden, fällt auch die Wahlbeteiligung erheblich niedriger aus als auf der Bundesebene. Bei der Interpretation der Beteiligung an direktdemokratischen Verfahren muss man zudem berücksichtigen, dass der Gegenstand vieler Referenden nur für einen Teil der Bevölkerung von Bedeutung und Interesse ist und insofern nicht mit einer den allgemeinen Wahlen vergleichbaren Mobilisierung gerechnet werden darf. Im Lichte dieser Randbe-

dingungen haben sich im Zeitraum von 2002 bis 2012 mit einer Quote von 15 bis 25 Prozent relativ viele Bürger an direktdemokratischen Verfahren beteiligt.

Tabelle 36 Politische Partizipation in West- und Ostdeutschland, 2001 bis 2012 (Nennung „Ja“ in Prozent)

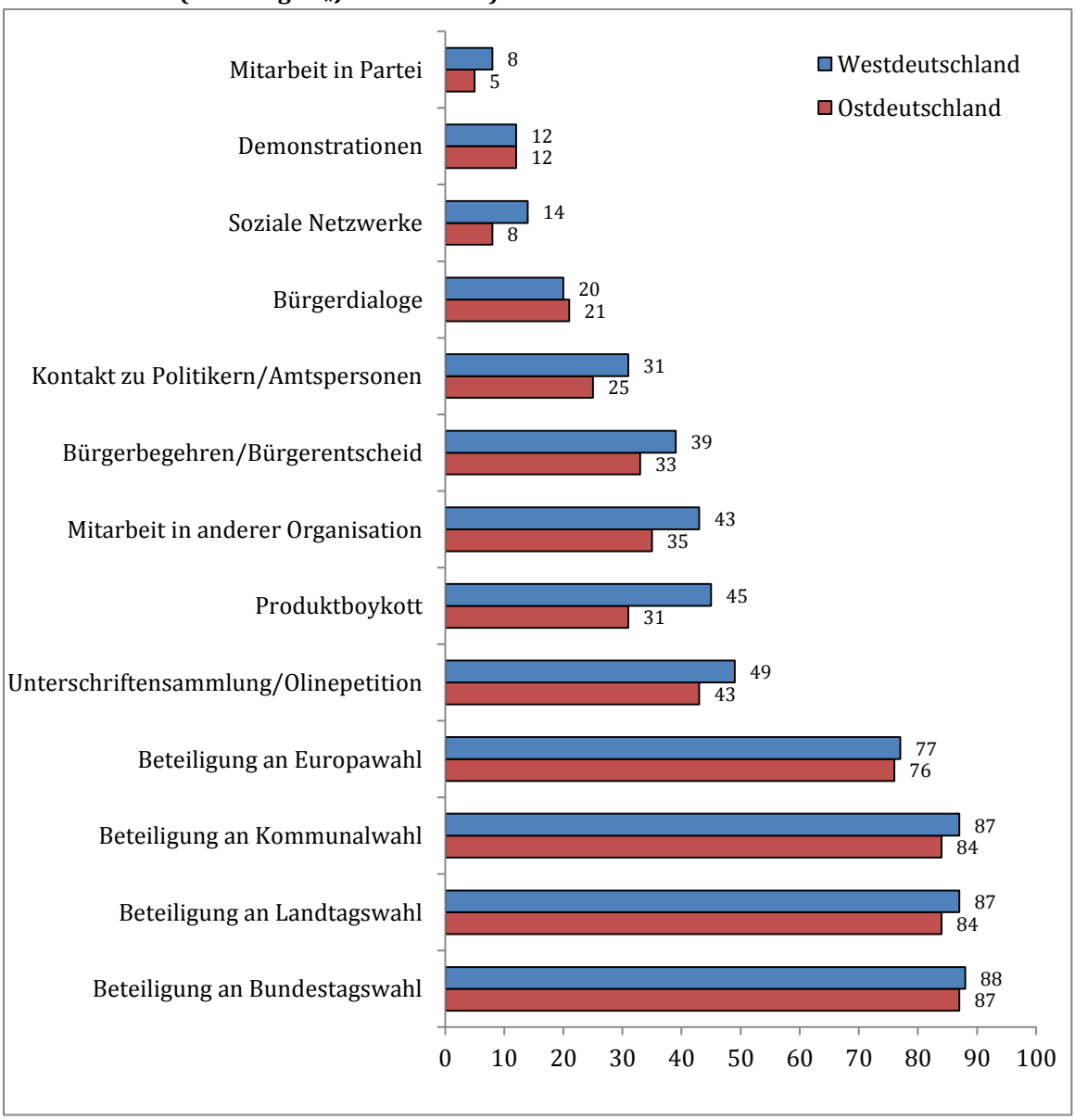
		2001	2002	2004	2006	2008	2010	2012
Parteibezogene Aktivitäten								
Kontakt zu Politikern	**West**	7	13	10	12	17	16	17
	Ost	8	13	13	13	17	15	12
Mitarbeit in Partei	**West**	4	4	4	4	4	4	5
	Ost	5	4	5	4	4	4	3
Legale Protestaktivitäten								
Unterschriften-sammlung	**West**	32	30	32	26	30	31	35
	Ost	31	35	33	31	33	28	35
Genehmigte Demonstration	**West**	9	10	7	6	8	9	9
	Ost	14	14	13	9	8	8	9
Boykott bestimmter Produkte	**West**	24	29	23	25	34	32	38
	Ost	11	19	16	18	20	19	24
Teilnahme an Referenden								
	West	-	15	18	-	21	24	20
	Ost	-	24	19	-	26	17	20

Quellen: Citizenship Involvement and Democracy in Europe (2001); European Social Survey (2002, 2004, 2006, 2008, 2010, 2012) Angaben: Prozentanteile Antwortgabe „ja“. Fragetext (ESS, CID vergleichbar): „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?“

Wie die Daten in Abbildung 65 zeigen, weicht die Struktur der politischen Partizipation in West- und Ostdeutschland im Jahr 2014 nicht stark von dem Bild ab, das für die davor liegenden Jahre gezeichnet werden kann. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, fällt die politische Aktivität im westlichen Landesteil höher aus als im Osten, doch nur in wenigen Fällen treten gravierende Differenzen auf. An der hervorstechenden Bedeutung der Teilnahme an der Wahl der Parlamente auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems hat sich nichts geändert.

Entgegen dem in der amtlichen Statistik eindeutig dokumentierten Rückgang der Wahlbeteiligung gaben in der Befragung vom Herbst 2014 mehr als 80 Prozent der in Ostdeutschland lebenden Menschen und nahezu 90 Prozent der Westdeutschen an, sich an der zurückliegenden Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahl beteiligt zu haben. Selbst für die Europawahl ergeben sich erklärte Teilnahmequoten von zwischen 70 und 80 Prozent. Diese beträchtliche Diskrepanz zwischen dem berichteten und dem tatsächlichen Beteiligungsverhalten spiegelt die immer noch starke Geltung der Wahlnorm in Deutschland wider. Für einen großen Teil der Bundesbürger gehört die Stimmangabe bei Wahlen zur Idee eines guten Staatsbürgers (van Deth 2012: 366ff).

Abbildung 65 Formen politischer Beteiligung in West- und Ostdeutschland, 2014 (Nennungen „Ja“ in Prozent)



Frage 22: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder aber zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Ich lese Ihnen nun einige Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie das im Verlauf der letzten 12 Monate unternommen haben oder nicht.

Mit einem deutlichen Abstand zur Wahlbeteiligung folgen die Beteiligung an Unterschriftensammlungen bzw. Online-Petitionen und an Produktboykotts, die Mitgliedschaft in politischen Organisationen sowie die Beteiligung an direktdemokratischen Verfahren. Anders als bei den Angaben über die Wahlbeteiligung, sind bei diesen Aktivitäten deutliche Differenzen zwischen dem politischen Verhalten der West- und der Ostdeutschen zu verzeichnen. In den alten Bundesländern lebende Menschen waren 2014 politisch deutlich aktiver als ihre Landsleute im östlichen Landesteil. Auf einem - je nach Aktivität zwischen 30 und 50 Prozent variierenden - Teilnahmeniveau lag zwischen West- und Ostdeutschen eine Differenz von sechs (Unterschriftensammlungen, direkt-

demokratische Verfahren), acht (Aktivität in Freiwilligenorganisationen) bzw. 14 Prozentpunkten (Produktboykotts). Kontakte zu Politikern werden von Ostdeutschen ebenfalls wesentlich seltener als Mittel politischer Einflussnahme genutzt als von Bewohnern der alten Bundesländer, sie spielen aber im Partizipationssystem der alten und der neuen Länder dennoch eine wichtige Rolle. Das gleiche gilt für die Beteiligung an Bürgerdialogen und an Planungsprozessen, die im Westen und im Osten annähernd gleich breit genutzt werden. Nur ein relativ kleiner Teil der Ost- und Westdeutschen partizipiert hingegen über soziale Netzwerke, geht zu Demonstrationen oder arbeitet in politischen Parteien mit.

In der Summe erweist sich das Partizipationsspektrum im Osten und im Westen der Bundesrepublik als vielgestaltig. Formen der politischen Beteiligung, die im Rahmen der repräsentativen Demokratien sind für viele Menschen nach wie vor wichtig. Auch wenn die Wahlbeteiligung deutlich zurückgegangen ist und insbesondere auf der kommunalen Ebenen nicht mehr durchgängig die Fünfzigprozentmarke erreicht, ist die Teilnahme an allgemeinen Wahlen immer noch die am breitesten genutzte Form politischer Partizipation. Daneben haben sich legale Protestaktivitäten als Mittel politischer Einflussnahme fest etabliert, und auch dialogorientierte und direktdemokratische Verfahren fanden ihren Platz im Partizipationssystem der Bundesrepublik. Selbst wenn Langzeitdaten über die Entwicklung der gesamten Bandbreite politischer Aktivitäten nicht vorliegen, scheint sich das Verhaltensrepertoire der Bundesbürger in den letzten Jahren beträchtlich ausgefächert und erweitert zu haben (Bertelsmann-Stiftung 2014; van Deth 2009; van Deth 2013).

Wie aus der Partizipationsforschung bekannt ist, unterscheiden sich die Menschen in der Art und im Ausmaß des politischen Engagements recht deutlich voneinander. Schon in den 1960er Jahren hatte Lester Milbrath (1965) in einem Überblick über den Stand der Partizipationsforschung eine typisierende Unterscheidung zwischen Apathischen, Zuschauern und Gladiatoren eingeführt. Während sich die Apathischen gar nicht ins politische Geschehen einschalten, beschränken sich die Zuschauer auf die Stimmabgabe bei Wahlen und kommunikative Aktivitäten wie die Mediennutzung und die Teilnahme an Diskussionen. Nur die Gladiatoren übernehmen eine aktive Rolle in der politischen Arena und bemühen sich darum, durch ihr Engagement Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Diese Unterscheidung zwischen verschiedenen politischen Rollen basiert auf dem mit politischer Aktivität verbundenen Aufwand und erfasste damit eine wichtige Dimension der politischen Partizipation. Allerdings stellte sich in mehreren Folgestudien heraus, dass neben der Intensität des Engagements auch dessen qualitative Ausprägung bedeutsam ist. Denn neben ihrer Entscheidung, einer aktive oder passive Rolle in der Politik zu übernehmen, bedienen sich Menschen verschiedener ausgewählter Formen politischer Einflussnahme, anderer hingegen nicht. (vgl. Verba und Nie 1972; Barnes, Kaase u. a. 1979). Besonders augenfällig ist dieses selektive Verhalten bei der Teilnahme an Pro-

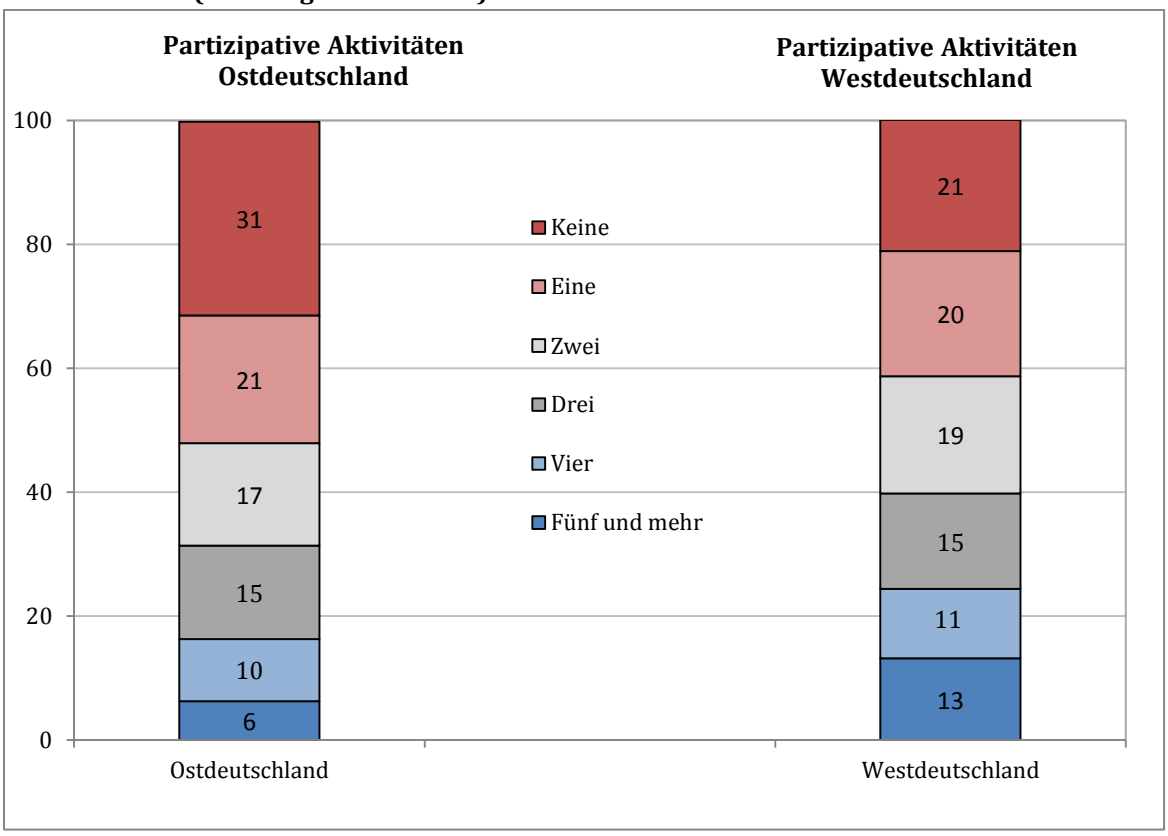
testaktionen, die viele Menschen als Form des politischen Engagements nicht in Betracht ziehen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist es bei einer Untersuchung der politischen Partizipation in Deutschland sinnvoll, zunächst der Frage nachzugehen, wie groß der Anteil der politisch Aktiven in West- und Ostdeutschland ausfällt und wie intensiv sich die Bürger im politischen Leben engagieren. Im nächsten Schritt haben wir geprüft, ob sich in Deutschland *qualitativ unterschiedliche Beteiligungssysteme* ausmachen lassen, welche Aktivitäten zu diesen Systemen gehören und wie sich vor allem die wenig erforschten direktdemokratischen und dialogorientierten Beteiligungsformen in dieser Hinsicht zuordnen lassen.

Bei der Erfassung der Intensität des politischen Engagements ist zunächst einmal zu entscheiden, ob die Wahlbeteiligung als staatsbürgerliche Standardaktivität (Uehlinger 1988: 128ff) als Teil des erfassten politischen Engagements berücksichtigt werden soll. Für die Einbeziehung der Wahl spricht, dass es sich um eine weit verbreitete und für viele Bürger die einzige Form der politischen Partizipation handelt. Dagegen spricht die offenkundige Verzerrung der bekundeten Beteiligungsquote durch Effekte sozialer Erwünschtheit. Da die Angaben der Befragten zur Beteiligung an der letzten Bundestagswahl in der hier ausgewerteten Umfrage um etwa 15 Prozentpunkte über dem tatsächlichen Niveau liegen und die Verzerrungen für Landtags-, Kommunal- und Europawahlen noch stärker ausfallen, bleibt die Wahlbeteiligung aus den folgenden Analysen ausgeblendet.

Selbst wenn man die Teilnahme an Wahlen unberücksichtigt lässt, ergibt sich für West- und Ostdeutschland ein starkes politisches Engagement: Nahezu 80 Prozent der Westdeutschen und fast 70 Prozent der Ostdeutschen beteiligen sich in irgendeiner Form aktiv am politischen Geschehen. Der Anteil der nur schwach Involvierten, also jener, die nur auf eine der erfassten Aktivitäten zurückgreifen, umfasst im Westen wie im Osten lediglich ein Fünftel der Bevölkerung. Demzufolge nutzen 60 Prozent der Westdeutschen und die Hälfte der Ostdeutschen mindestens zwei über die Teilnahme an Wahlen hinausgehende Beteiligungsformen, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. Ein Viertel der Westdeutschen und 16 Prozent der Ostdeutschen beteiligen sich an der Hälfte der neun erfassten Aktivitäten. Der durchschnittliche Westdeutsche gibt etwas mehr als zwei solcher Aktivitäten an, der durchschnittliche Ostdeutsche knapp zwei Aktivitäten. Diese Daten belegen ein bemerkenswert hohes Niveau politischer Partizipation in Deutschland, allerdings auch ein deutliches West-Ost-Gefälle, das in früheren Untersuchungen weniger sichtbar war (vgl. Abbildung 66).

Abbildung 66 Kumulation partizipativer Aktivitäten in West- und Ostdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Anmerkung. Die Werte geben die Verteilung der Angaben über einen Zählindex wieder. Die Zahl der Aktivitäten variiert zwischen 0 (Teilnahme an keiner der neun erfassten Aktivitäten) bis 9 (Teilnahme an allen 9 erfassten Aktivitäten).Wegen geringer Fallzahlen wurden die Werte 5 bis 9 zusammengefasst.

Nun vermittelt das Ausmaß des politischen Engagements nur einen ersten Eindruck vom Partizipationssystem eines Landes,. Es bedarf daher einer Vertiefung durch eine Analyse der spezifischen Muster des politischen Engagements. Unabhängig davon, welche Beteiligungsarten bisher in der Forschung identifiziert und voneinander abgegrenzt wurden: Seit den 1970er Jahren erweist sich die Unterscheidung zwischen konventionellen, sich in den Rahmen der repräsentativen Demokratie einpassenden Aktivitäten einerseits und Formen des politischen Protests andererseits als die wichtigste Trennlinie im politischen Verhalten. Diese Ausdifferenzierung des Partizipationssystems lässt sich gegenwärtig auch in Deutschland feststellen. Wie in früheren empirischen Studien, gruppieren sich aktuell die Politikerkontakte sowie die Mitarbeit in politischen Parteien und in Freiwilligenorganisationen in West- und Ostdeutschland zu einer Dimension „traditionelle politische Aktivitäten“. Ebenso deutlich zeigt sich in beiden Teilen der Bundesrepublik ein Faktor „legale Protestaktivitäten“, den die Beteiligung an Demonstrationen, Online-Petitionen und Unterschriftensammlungen und Produktboykotts sowie die Nutzung des Internets und sozialer Netzwerke zu politischen Zwecken aufbauen. In Übereinstimmung mit einigen älteren Studien (vgl. z.B. Verba und Nie 1972), aber abweichend von anderen Untersuchungen stellt die Beteiligung an Wahlen eine eigenständige Verhaltensdimension dar. Diese Muster sind für West- wie Ostdeutschland typisch.

Gewisse Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigen sich hinsichtlich der neueren, dialogorientierten und direktdemokratischen Beteiligungsformen. Eine explorative Faktorenanalyse (ohne Voreinstellung einer bestimmten Zahl von Faktoren) ergibt für Westdeutschland drei Dimensionen politischer Partizipation, für Ostdeutschland hingegen vier (vgl. Tabelle 37). Dieser Unterschied zwischen beiden Landesteilen ist durch die Position direktdemokratischer und dialogorientierter Beteiligungsformen bedingt. In Ostdeutschland bilden diese einen eigenständigen Faktor, in Westdeutschland ist dies nicht der Fall. Dialogorientierte Beteiligungsformen gehören zum Faktor „traditionelles politisches Engagement", direktdemokratische werden dem Protestfaktor zugeordnet. Diese Gruppierung ist plausibel, denn es sind eher direktdemokratische als dialogorientierte Beteiligungsformen, deren Integration in den Rahmen der repräsentativen Demokratie sich als problematisch erweist. Nimmt man auch für Ostdeutschland eine Vorstellung auf drei Faktoren vor, erhält man die gleichen Muster wie im Westen (tabellarisch nicht ausgewiesen).

Tabelle 37 Struktur politischer Partizipation in West- und Ostdeutschland, 2014 (Hauptachsenfaktoranalyse)

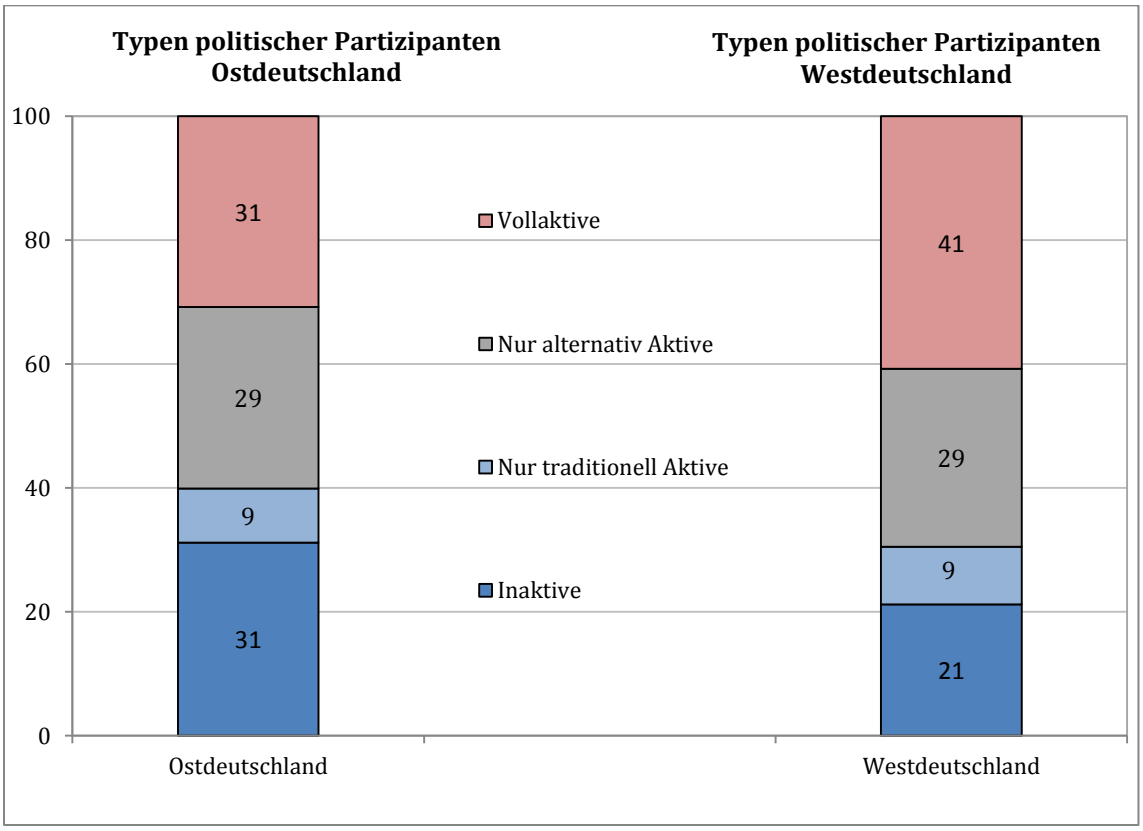
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landtagswahl	,93	,89						
Bundestagswahl	,87	,82						
Kommunalwahl	,80	,88						
Europawahl	,66	,69						
Unterschriftensammlung			,64	,63				
Produktboykottiert			,40	,41				
Direkte Demokratie			,40					-,65
Soziale Netzwerke/Internet			,35	,48				
Demonstration			,32	,32				
Kontakt zu Politiker/ Amtsperson					,63	,54		
Freiwilligenorganisation					,48	,48		
Dialogverfahren					,47	,32		-,33
Politische Partei					,45	,49		
Eigenwert	3,56	3,53	1,99	1,84	1,24	1,35		1,04

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.
Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung

Bereits in den 1970er Jahren hatten sich die Vermutungen über eine wechselseitige Unvereinbarkeit konventioneller und unkonventioneller Aktivitäten als empirisch nicht haltbar erwiesen (Kaase und Marsh 1979b) Diese Erkenntnis wurde auch in mehreren

neueren Studien erhärtet (z. B. Gabriel 2004). Auch in unserer aktuellen Umfrage zeigt sich in West- wie in Ostdeutschland eine positive Beziehung zwischen der Beteiligung an traditionellen und alternativen Aktivitäten (vgl. Abbildung 67). Dem entsprechend gehören die meisten Befragten in beiden Landesteilen entweder zur Gruppe der Inaktiven (West: 21%, Ost 31%) oder zu denjenigen, die zwecks Durchsetzung ihrer Interessen sowohl auf traditionelle als auch auf alternative Formen des politischen Engagements setzen (West: 41%, Ost: 31%). Dem stehen deutlich kleinere Gruppen von „Partizipationsspezialisten“ gegenüber. Ausschließlich traditionell engagiert sind in den alten und den neuen Ländern jeweils neun Prozent der Befragten, ausschließlich alternativer Formen des Engagements bedienen sich jeweils 29 Prozent. Auch diese Daten unterstreichen das breite Engagement der Bundesbürger, sie belegen aber zugleich, dass dies für den östlichen Landesteil weniger gilt als für den westlichen.

Abbildung 67 Typen politischer Partizipanten in West- und Ostdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Eta ,12*** Beziehung traditionelle * alternative Partizipation: Westdeutschland: tau b ,27***; Ostdeutschland tau b ,28***.

In den bisherigen Ausführungen ging es wesentlich um die Klärung der Frage, ob die erstaunlich hohe Übereinstimmung zwischen den politischen Einstellungen der West- und Ostdeutschen in erster Linie auf den seit der Vereinigung eingetretenen Generationenaustausch zurückzuführen ist oder eine Angleichung politischer Orientierungen in allen Alterskohorten zum Ausdruck bringt. Beim Übergang zur Analyse des politischen Verhaltens scheint sich die Sachlage zu ändern. Seit der Wiedervereinigung unterschei-

det sich das Wahlverhalten der Ostdeutschen sehr deutlich von dem der Westdeutschen, und zwar sowohl im Hinblick auf die Wahlbeteiligung als auch auf die Verteilung der Parteipräferenzen (u.a. Gabriel 2011; Kaspar und Falter 2009; Rattinger, Gabriel und Falter 2007). Auch im Ausmaß und in der Art politischer Partizipation unterscheiden sich die Bürger im Osten und im Westen Deutschlands im Jahr 2014 deutlich voneinander. Im Vergleich mit den Jahren zuvor scheinen diese Unterschiede eher gewachsen zu sein als abgenommen zu haben (vgl. z. B. Steinbrecher 2009).

Die fortbestehenden Verhaltensunterschiede werfen neues Licht auf die Analyse der generationsspezifischen Muster politischer Partizipation in Ost- und Westdeutschland. Nunmehr geht es um die Klärung der Frage, ob die festgestellten Differenzen auch in der Nachwendegeneration anzutreffen sind, oder ob sie sich darauf zurückführen lassen, dass sich die Verhaltensmuster der Vorwendegeneration im Vergleich mit den bisher untersuchten Einstellungen als beständiger erweisen. Um diese Frage zu beantworten, unterscheiden wir zwischen den drei in der Faktorenanalyse identifizierten Formen politischer Partizipation, also der Stimmabgabe bei Parlamentswahlen, weiteren Formen des Engagements in Rahmen der repräsentativen Demokratie und der Beteiligung an Protestaktivitäten.

Bei der Analyse der Wahlbeteiligung wiederholt sich das bereits bekannte Bild, auch wenn einige neue Muster hinzukommen: In den drei vor der Wende sozialisierten Altersgruppen liegt die Wahlbeteiligung in den alten Bundesländern etwas höher als in Ostdeutschland (vgl. Tabelle 38). Diese Unterschiede schwächen sich von Alterskohorte zu Alterskohorte ab und kehren sich in der Nachwendegeneration um. Die nach 1990 sozialisierten ostdeutschen Bürger beteiligen sich etwas stärker an Parlamentswahlen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems als die westdeutsche Vergleichsgruppe. Zugleich fällt auf, dass die jüngsten Alterskohorten im Westen und im Osten die niedrigste Wahlbeteiligung aufweisen. Die Angehörigen der ältesten Kohorte beteiligen sich im Westen im Durchschnitt an 3,6 der vier erfassten Wahlen, im Osten liegt der entsprechende Wert bei 3,2. Hingegen liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung im Westen in der jüngsten Altersgruppe um einen ganzen Punkt niedriger, im Osten um 0,6 Punkte. Der seit der Vereinigung beobachtete Rückgang der Wahlbeteiligung in den alten und neuen Bundesländern dürfte somit zu einem großen Teil auf die Ersetzung der älteren durch jüngere Bevölkerungsgruppen zurückzuführen sein, die sich nicht von den traditionellen Formen politischen Engagements abwenden, sondern erst gar nicht für diese Beteiligungsformen zu gewinnen sind. Bei der Beteiligung an politischen Aktivitäten im institutionellen Rahmen der repräsentativen Demokratie zeigt sich, soweit es um das Beteiligungsniveau der jüngsten Alterskohorte geht, ein ganz ähnliches Bild. Im Vergleich mit den älteren Generationseinheiten weisen die nach der Wende sozialisierten Befragten in den alten und in den neuen Bundesländern die geringste Einschaltung (Involvierung) in traditionelle politische Aktivitäten auf. Insofern reproduziert sich der bereits bei der Analyse der Wahlbeteiligung dargestellte Befund, allerdings mit einer nicht unbedeutenden Abweichung: Die Neigung der jüngeren Bevölkerungsgruppen, sich

kaum im Rahmen der parteienstaatlichen Demokratie zu engagieren, fällt in den neuen Bundesländern noch deutlicher aus als in den alten. Der größte Teil der Jüngeren bleibt jenseits der Stimmabgabe bei Wahlen inaktiv (0,4 von drei möglichen Aktivitäten), während im Westen immerhin ein minimales Engagement im traditionellen Bereich erkennbar ist (0,8 Aktivitäten). Auf diesem Niveau fällt die Aktivität nahezu doppelt so hoch aus wie im Osten. Alle drei in der Vorwendezeit sozialisierten Gruppen sind hingegen aktiver als die Jüngeren, und in allen liegt die Partizipation im Westen höher als im Osten.

Tabelle 38 Politische Partizipation in west- und ostdeutschen Alterskohorten, 2014

Fragen 7, 22: ...	West	Ost	Differenz West Ost	West	Ost	Differenz West Ost
Kohorte	**Wahlbeteiligung**			**Traditionelles Engagement**		
bis 1961	3,62	3,22	0,40	,80	,70	0,10
bis 1972	3,42	3,22	0,20	1,02	,76	0,26
bis 1990	3,43	3,32	0,11	,86	,68	0,18
nach 1990	2,51	2,62	-0,11	,76	,42	0,26
	Alternatives Engagement					
bis 1961	0,98	0,76	0,22			
bis 1972	1,22	1,04	0,18			
bis 1990	1,50	,86	0,64			
nach 1990	1,58	1,25	0,33			

Die Partizipationsforschung schreibt der Beteiligung an Protestaktivitäten eine größere Anziehungskraft auf junge Menschen zu als den herkömmlichen Formen des politischen Engagements. Diese Annahme bestätigte sich in frühen Untersuchungen der sozialen Herkunft von Teilnehmern an Protestaktivitäten (vgl. Marsh und Kaase 1979). Auch in unserer Bevölkerungsumfrage zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Generationszugehörigkeit und der Beteiligung an legalen Protestaktivitäten: Die jüngeren Altersgruppen engagieren sich in diesem Bereich stärker als die älteren, dies gilt für West- und Ostdeutschland gleichermaßen. Allerdings beteiligt sich die Nachwendegeneration im Westen (1,6 Aktivitäten) etwas stärker an Protestaktionen als im Osten (1,3 Aktivitäten). Dieses West-Ost-Gefälle findet sich in allen vier Alterskohorten. Erstaunlicherweise fällt es bei der Gruppe, die zum Zeitpunkt der Wende ihre Sozialisation abgeschlossen hatte und die als Trägergruppe der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung fungierte, am stärksten aus.

Anders als bei den meisten politischen Einstellungen, weisen die nach der Wende sozialisierten Menschen in Ost- und Westdeutschland in ihrem aktiven politischen Engagement keine besonders große Ähnlichkeit miteinander auf. Die einzige Ausnahme bildet

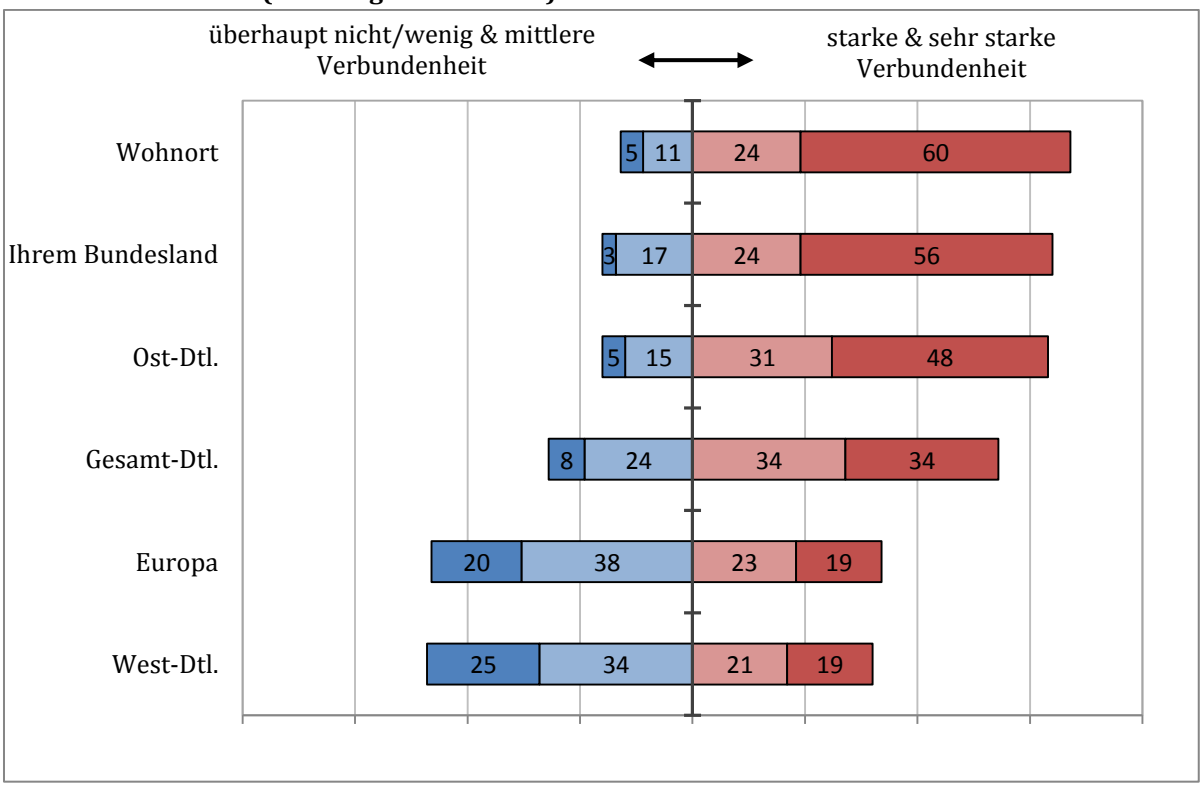
die Wahlbeteiligung. Worauf diese divergierenden Befunde im Verhältnis der Menschen zur Politik zurückgehen, lässt sich ohne genauere Untersuchung der Bestimmungsfaktoren politischer Einstellungen und Verhaltensweisen nicht sagen. Zunächst muss es bei der Feststellung bleiben, dass die Konvergenz der politischen Orientierungen der West- und Ostdeutschen weiter fortgeschritten ist als auf der Ebene des politischen Verhaltens. Dies gilt insbesondere für die nach der Wiedervereinigung sozialisierten Bevölkerungsgruppen.

5.7 Verbundenheit der Bewohner mit verschiedenen Gebieten

Das Gefühl von Verbundenheit, das einer Gebietseinheit entgegengebracht wird, liefert einen Hinweis dafür, wie stark oder schwach sich die Bürgerinnen und Bürger mit geografisch abgrenzbaren sozialräumlichen Umwelten unterschiedlicher Größenordnung identifizieren. Inwieweit solche Bindungen ausgeprägt sind, ist in den Zeiten von infrastrukturellem Erneuerungsbedarf, Fachkräftemangel und demografischem Wandel ein wichtiger Indikator für die Lebensqualität, die Chancen gesellschaftlicher Selbsterneuerung und die Zukunftsfähigkeit einer Kommune, einer Region oder eines wahlweise kleiner oder weiter gefassten räumlichen Bezugsrahmens, wie beispielsweise eines Stadtteils oder eines Landes. Eine starke Verwurzelung und Identifikation kann die Wahrscheinlichkeit von bürgerschaftlichem und politischem Engagement erhöhen sowie die Abwanderungsquote verringern.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass mit zunehmender Größe des räumlichen Bezugsrahmens das Verbundenheitsgefühl abnimmt. Für die ostdeutschen Befragten in der Bevölkerungsumfrage von September/Oktober 2014 kann diese Annahme weitgehend bestätigt werden. Am stärksten fühlen sich Bürger Ostdeutschlands mit ihrem Wohnort verbunden, gefolgt von Bundesland, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland und Europa. Bemerkenswert hierbei ist, dass die Verbundenheit mit dem staatsrechtlich nicht mehr existierenden Gebilde Ostdeutschland größer ist als mit Gesamtdeutschland. Die Bürger der neuen Bundesländer nehmen sich demzufolge auch heute noch eher als Ostdeutsche denn als Gesamtdeutsche war. Gleichwohl liegt der Anteil derer, die sich im Osten stark oder sehr stark mit Deutschland identifizieren, mit 68 Prozent nur unwesentlich unter den72 Prozent in Westdeutschland. Die Verbundenheit zum jeweiligen „anderen“ Teil Deutschlands ist in beiden Landesteilen am schwächsten ausgeprägt (vgl. Abbildung 68).

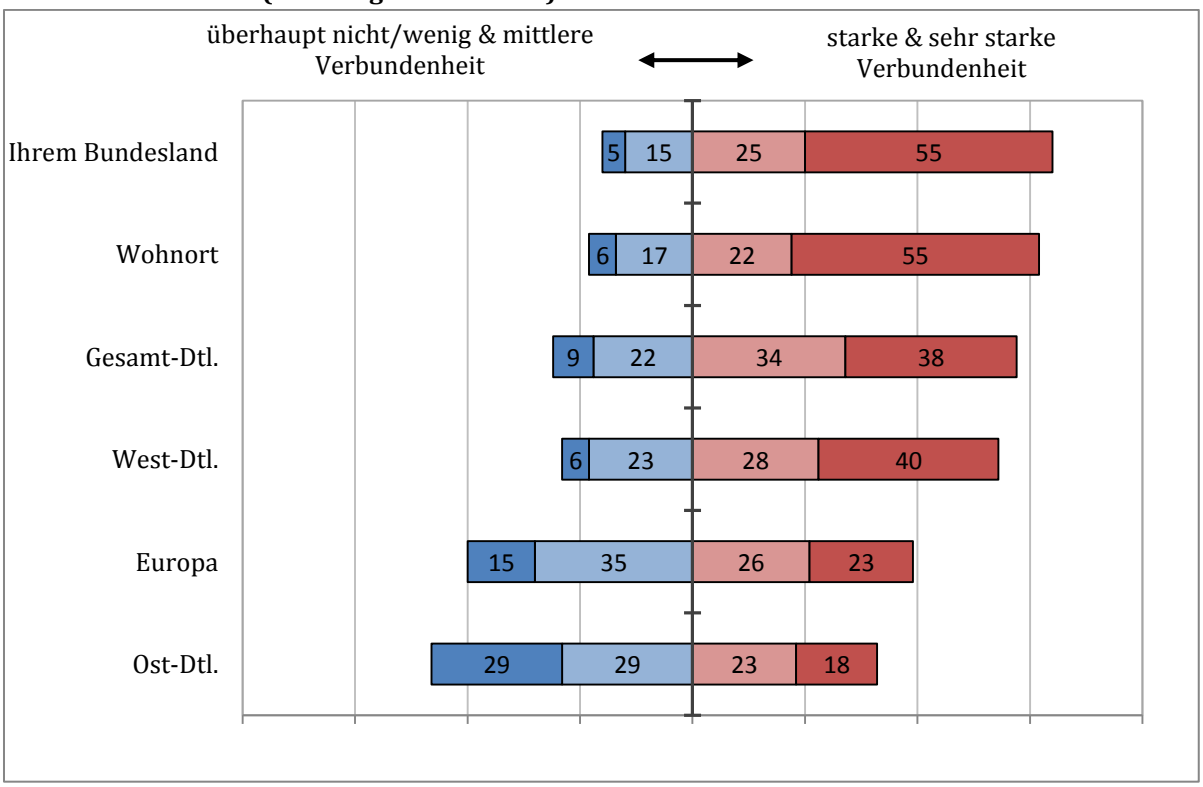
Abbildung 68 Verbundenheit der Befragten mit verschiedenen Raumeinheiten, Ostdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 1: Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden: Fühlen Sie sich mit... sehr stark, ziemlich stark, mittel, weniger stark oder überhaupt nicht verbunden? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Im Westen des Landes zeigt sich ein etwas anderes Bild (Abbildung 69). Primärer gefühlsmäßiger Bezugsrahmen ist hier nicht der Wohnort sondern das Bundesland; es folgen der Wohnort, Deutschland, Westdeutschland, Europa und, wie bereits erwähnt, an letzter Stelle Ostdeutschland. Insgesamt liegt die Identifikation mit Deutschland als Ganzem höher als mit dem Teil in dem man wohnt bzw. aufgewachsen ist. Ausgeprägte Unterschiede im jeweiligen Verbundenheitsniveau lassen sich zwischen Ost und West (mit der Ausnahme West- bzw. Ostdeutschland) nicht nachweisen.

Abbildung 69 Verbundenheit der Befragten mit verschiedenen Raumeinheiten, Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 1: ...
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Dass es sich bei den noch erkennbaren Unterschieden um nachwirkende Generationeneffekte handelt, welche sich im Laufe der Zeit weiter mutmaßlich reduzieren werden, verdeutlicht die nachfolgende Abbildung 70. Richtet man den Blick auf die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen, so zeigen sich zwischen Ost und West kaum noch Differenzen. In beiden Landesteilen ist die Verbundenheit mit dem Bundesland höher als diejenige mit dem unmittelbaren örtlichen Wohnumfeld, was auf eine generell höhere Mobilitätsbereitschaft der jüngeren Generation hindeutet. Es folgt die Verbundenheit mit dem Wohnort, gleichauf mit Gesamtdeutschland, und erst an vierter Stelle mit West- bzw. Ostdeutschland. Bei jüngeren Befragten scheint das vereinigte Deutschland bereits einen identitätsstiftenden Rahmen jenseits des Bundeslandes abzugeben.

Anders die über 60-Jährigen: Diese älteren Jahrgänge fühlen sich vor allem mit ihrem Wohnort verbunden. Eine Erklärung dafür liefert eine zumeist lange Wohndauer sowie altersbedingt abnehmende Mobilitätsanforderungen und -bereitschaften. Die Verbundenheit zu Ostdeutschland kommt in den ostdeutschen Bundesländern innerhalb dieser Altersgruppe bereits an zweiter Stelle. Dass die räumlichen Bande an die ehemalige DDR unter der älteren ostdeutschen Bevölkerung immer noch nachwirken, zeigt auch die persönliche Einigungsbilanz jener Altersgruppe (vgl. Kap. 5.1).

Abbildung 70 Verbundenheit der Befragten mit verschiedenen Raumeinheiten nach Alter, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Mittelwerte von 1 „sehr stark verbunden“ bis 5 „überhaupt nicht stark verbunden“; in Klammern Rangordnung)

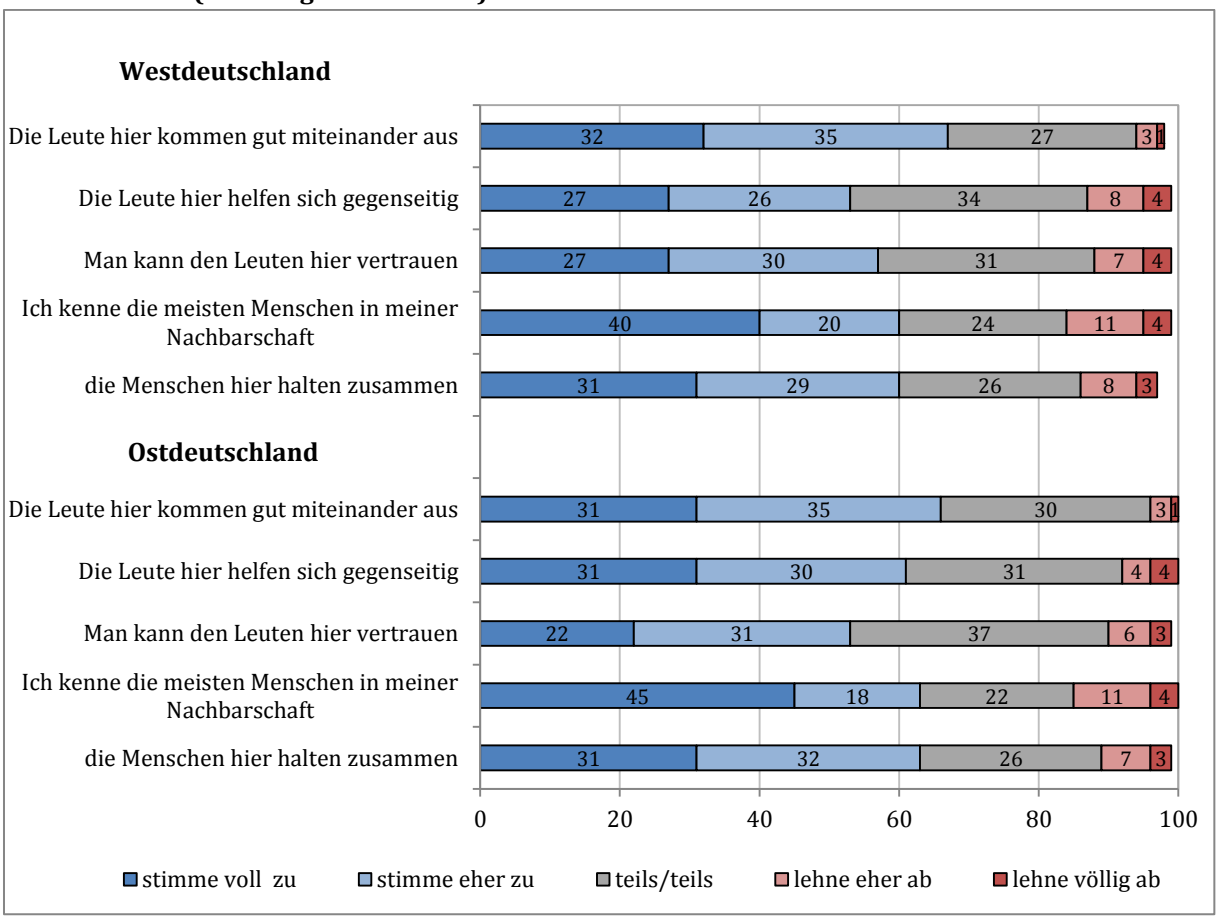
Verbundenheit	Alter in Jahren							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	14-29	30-44	45-59	60+	14-29	30-44	45-59	60+
Wohnort	1,66 (2)	1,68 (1)	1,67 (1)	1,56 (1)	1,82 (2)	1,89 (2)	1,77 (2)	1,59 (1)
Bundesland	1,63 (1)	1,68 (1)	1,71 (2)	1,69 (3)	1,74 (1)	1,82 (1)	1,69 (1)	1,66 (2)
Ostdeutschland	2,18 (4)	1,79 (2)	1,74 (3)	1,68 (2)	2,88 (6)	2,81 (6)	2,77 (6)	2,55 (6)
Westdeutschland	2,88 (6)	2,50 (5)	2,70 (5)	2,70 (6)	2,37 (4)	2,07 (4)	1,86 (3)	1,78 (3)
Gesamtdeutschland	2,06 (3)	1,87 (3)	2,13 (4)	2,16 (4)	2,09 (3)	1,95 (3)	1,96 (4)	1,85 (4)
Europa	2,52 (5)	2,41 (4)	2,72 (6)	2,60 (5)	2,58 (5)	2,32 (5)	2,31 (5)	2,24 (5)
generell	2,16	1,99	2,11	2,07	2,24	2,14	2,06	1,95

Anmerkung: blau = niedrigste Verbundenheit, rot = höchste Verbundenheit. Falls sich die niedrigste bzw. höchste Verbundenheit im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitniedrigsten bzw. zweithöchsten Verbundenheit unterscheidet, wird diese zusätzlich hellblau oder hellrot markiert.

Die Umfragedaten zeigen also, das sich die generelle Verbundenheit zu bestimmtem Gebietskörperschaften zwischen Ost und West kaum unterscheidet, oder anders gesagt, der Grad der sozialräumlich gestaffelten Verbundenheit ist in beiden Teilen Deutschlands ähnlich hoch. Vermutet wird in der öffentlichen Debatte häufig, dass der fortschreitende demografische Wandel (Alterung) und hohe Abwanderungsraten einen nachteiligen Einfluss auf lokale soziale Netzwerke und den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort ausüben. Diese Effekte erodierender Verbundenheit können sich, gängigen Annahmen zufolge, wiederum entsprechend negativ auf politische und bürgerschaftliche Engagementpotentiale auswirken. Einige vorliegenden Studien weisen für Ostdeutschland denn auch einen explizit niedrigeren sozialen Zusammenhalt aus (Dragolov et al.: 2014).

Dieser vermutete Zusammenhang wird anhand der Daten unserer Bevölkerungsumfrage nicht bestätigt. Das Vertrauen in die Mitmenschen und das lokale soziale Kapital werden hierbei mittels verschiedener Fragepunkte erfasst (vgl. Abbildung 71). Betrachtet man die Bewertungen des erfahrenden gesellschaftlichen Zusammenhalts, so fällt die Bilanz hierfür ausgesprochen positiv aus. Gut 60 Prozent der Befragten in Ost und West geben an, dass das sie umgebende soziale Gefüge durch Vertrauen und Zusammenhalt geprägt ist. Nur etwa 10 Prozent bekunden gegenteilige Erfahrungen, und zwar auch hier ohne regionale Unterschiede. Ein Vergleich der Mittelwerte erhärtet dieses Ergebnis. Die minimalen Unterschiede zwischen den Landesteilen erweisen sich als statistisch nicht signifikant. Auch hier existieren dementsprechend keine Ost-West-differenzen.

Abbildung 71 Zusammenhalt und soziale Kohäsion im persönlichen Umfeld nach Ost und West (Nennungen in Prozent)



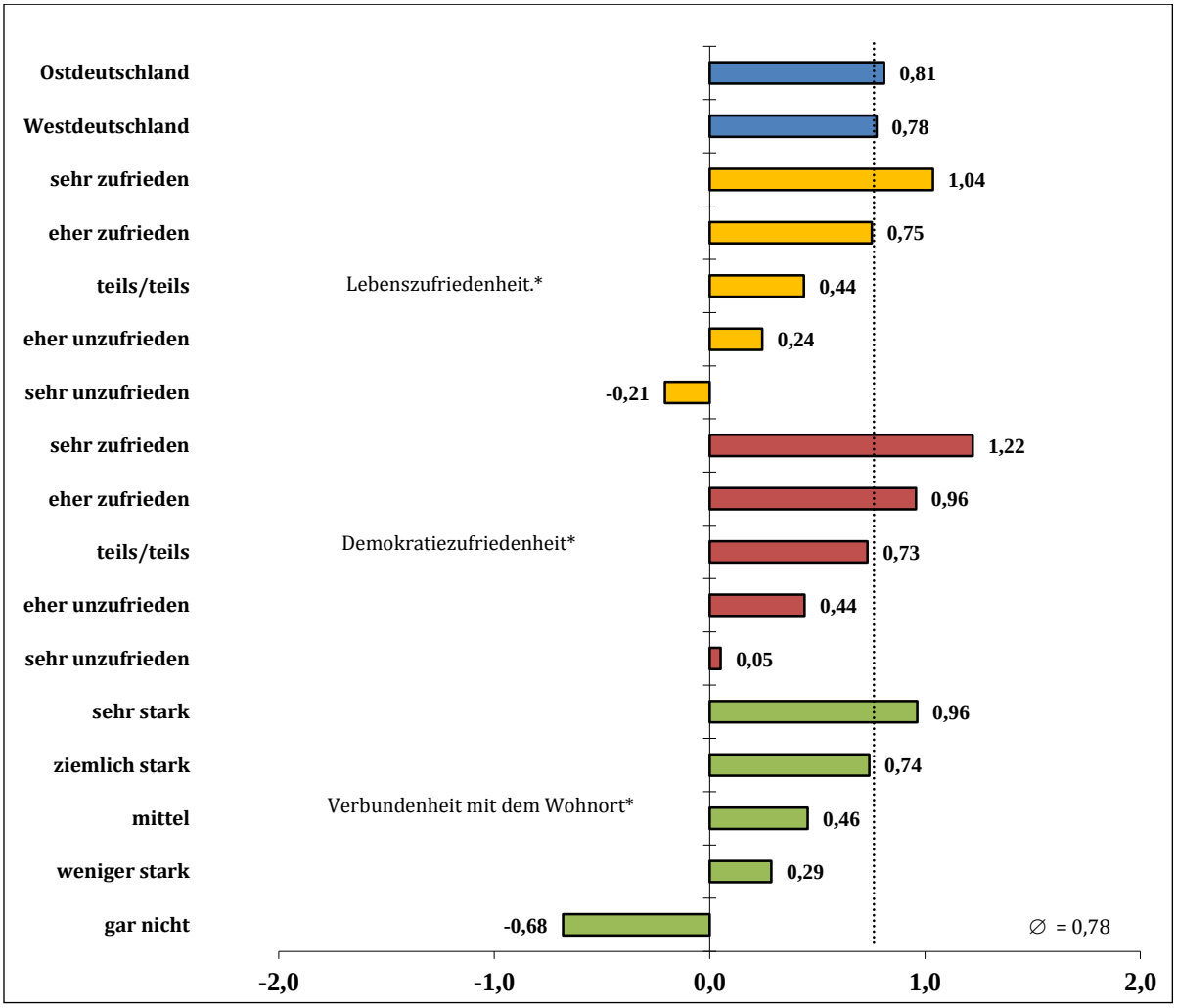
Frage 5: Wenn Sie an die Menschen in Ihrer Stadt/Gemeinde oder Nachbarschaft denken, wie sehr würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Der soziale Zusammenhalt wird, wie in Abbildung 72 veranschaulicht, durch die Zufriedenheit mit dem Leben, mit der Demokratie und vor allem durch die Verbundenheit mit dem Wohnort konstituiert. Diese Einflussfaktoren gelten in gleicher Weise für alte und neue Bundesländer. Eine Verbundenheit mit bestimmten geografischen Bezugsgrößen nimmt in der Regel, wie oben bereits erwähnt, mit der Wohndauer zu, welche wiederum durch das Alter zwangsläufig moderiert wird. Deshalb übt der Faktor Alter ebenfalls einen sekundären, aber unwesentlichen Effekt aus (hier nicht dargestellt).

Die Wirkung von sozialem Zusammenhalt auf politische oder soziale Partizipation ist eher schwach ausgeprägt (pearsons r=0,055*). Insoweit finden entsprechende Annahmen keine Bestätigung. Immerhin zeigt sich ein deutlicherer positiver Einfluss auf die Wahlbeteiligung (pearsons r=0,178*).

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Abbildung 72 Zusammenhalt und soziale Kohäsion nach Ost und West, Lebenszufriedenheit , Demokratiezufriedenheit. Alter und Verbundenheit mit dem Wohnort (Mittelwerte von -2 „kein Zusammenhalt“ bis +2 „hoher Zusammenhalt“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

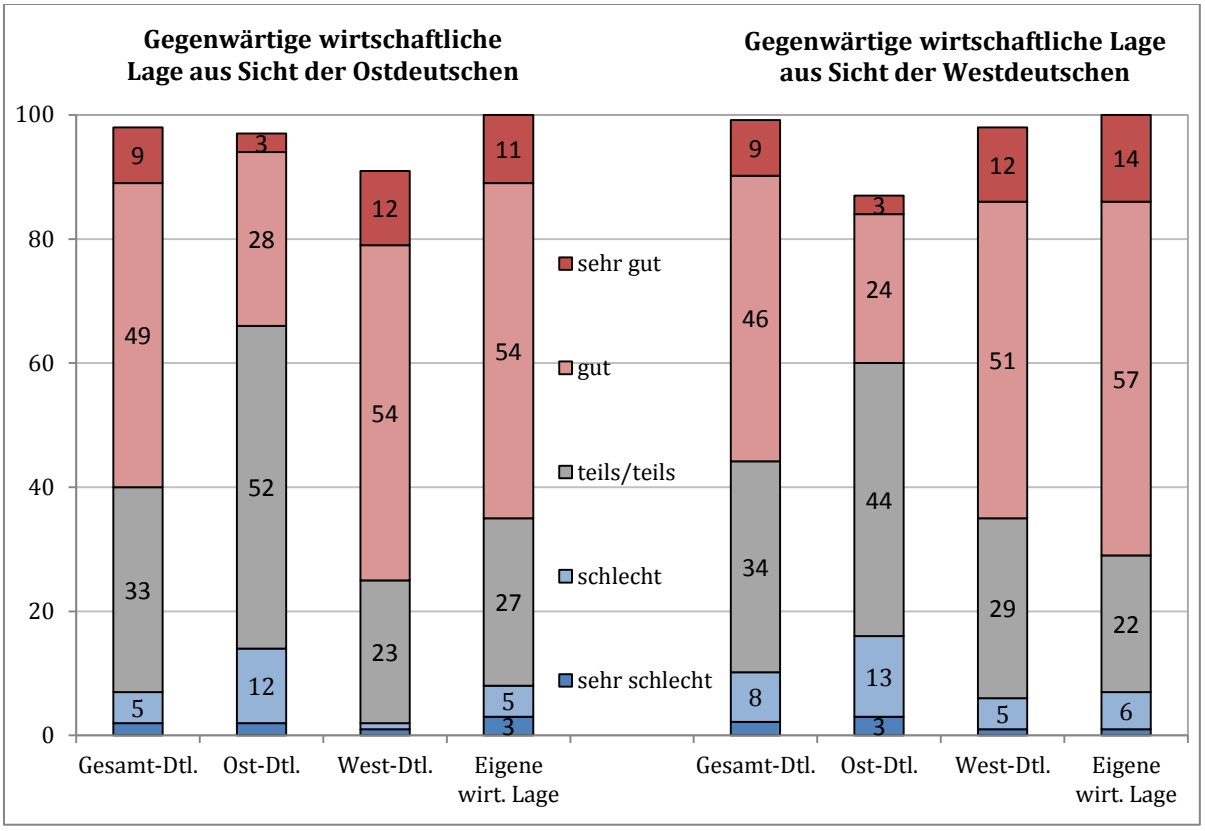
5.8 Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird aktuell ganz überwiegend positiv wahrgenommen. Dabei ist ohne Belang, ob die Befragten aus dem Westen oder Osten des Landes kommen. Trotz noch schwelender Nachwirkungen der letzten großen Finanzkrise liegt die subjektive Wahrnehmung der ökonomischen Leistungsstärke des landes weiterhin auf einem Rekordhoch (vgl. Kapitel 4.3).

Im Spiegel der Daten unserer diesjährigen Bevölkerungsumfrage bestätigt sich dieser Trendverlauf auch für 2014. Nur Minderheiten stufen die wirtschaftliche Entwicklung allgemein und persönlich in Ost und West als schlecht bzw. sehr schlecht ein (Abbildung 73). In beiden Teilen des Landes hat die mittlere Einschätzung der ökonomischen Situation (teils/teils) in den letzten zwei Jahren noch weiter zugenommen, dabei in Ostdeutschland etwas stärker. Differenzen zwischen Ost und West, die 2012 noch gemessen worden waren, scheinen in den aktuellen Daten nicht mehr auf (ebd.). Bei diesen Einstellungsdimensionen zeigen sich ebenfalls kaum noch Differenzen zwischen alten und

neuen Bundesländern. So wird auch der wirtschaftliche Lauf in Ostdeutschland wie in Westdeutschland sowohl durch ostdeutsche als auch durch westdeutsche Befragte nahezu gleichlautend bewertet.

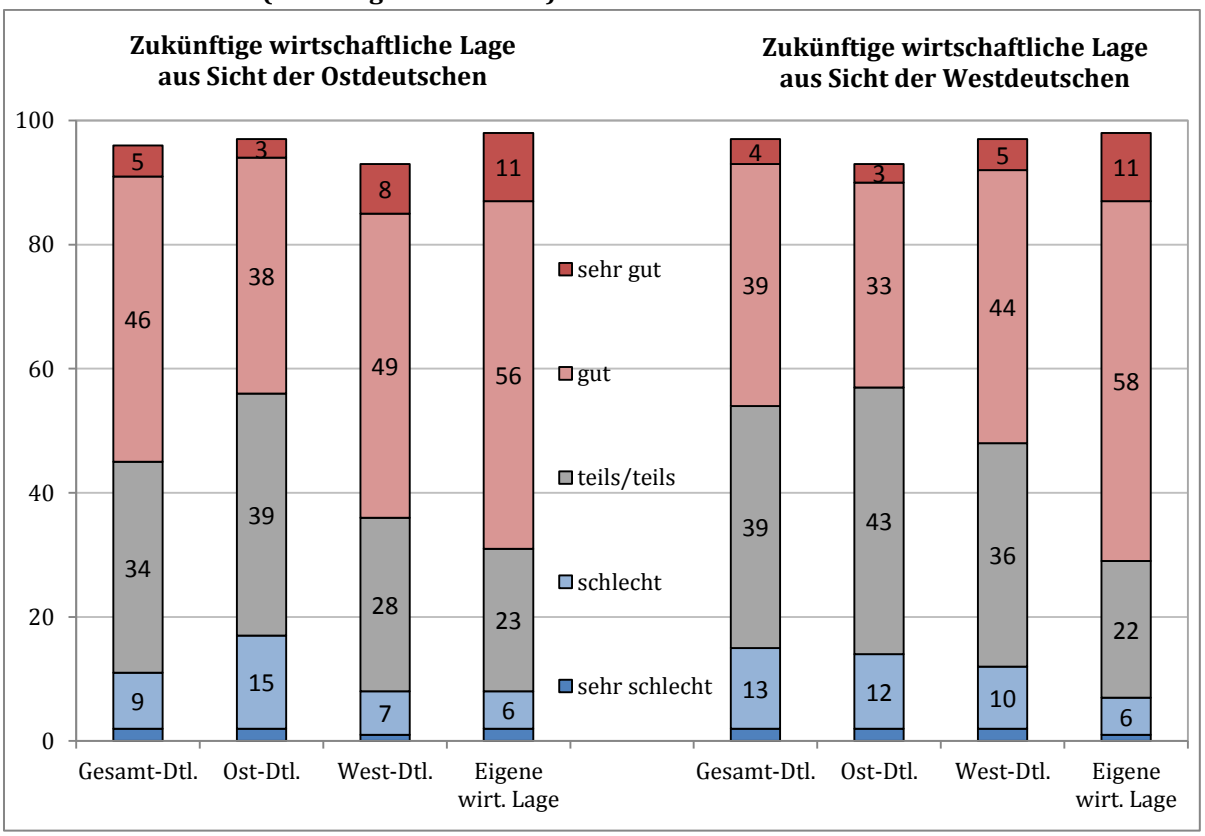
Abbildung 73 Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 3: Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage in a) Gesamtdeutschland b) den neuen Bundesländern c) den alten Bundesländern und d) Wie beurteilen Sie derzeit Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Ist sie Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, teils/teils, schlecht oder sehr schlecht? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Ein in beiden Landesteilen überwiegend gleichlautendes Stimmungsbild schält sich heraus, was die Einschätzung der *künftigen* Entwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung im Land betrifft (vgl. Abbildung 74). Die ökonomische Zukunft wird im Osten sogar etwas optimistischer eingeschätzt als im Westen. Allerdings sind diese Differenzen nur marginal ausgeprägt. Auch bezüglich der eigenen Situation in naher Zukunft liegen Ost- und Westdeutsche gleichauf. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution hat sich die Schere innerhalb der auf das Schlüsselthema Wirtschaft gerichteten Stimmungslage weitgehend geschlossen.

Abbildung 74 Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 4: Und wie beurteilen Sie die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in a) Gesamtdeutschland b) den neuen Bundesländern c) den alten Bundesländern und d) Wie beurteilen Sie die zukünftige Entwicklung Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Wird sie sehr gut, gut, teils/teils, schlecht oder sehr schlecht sein? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

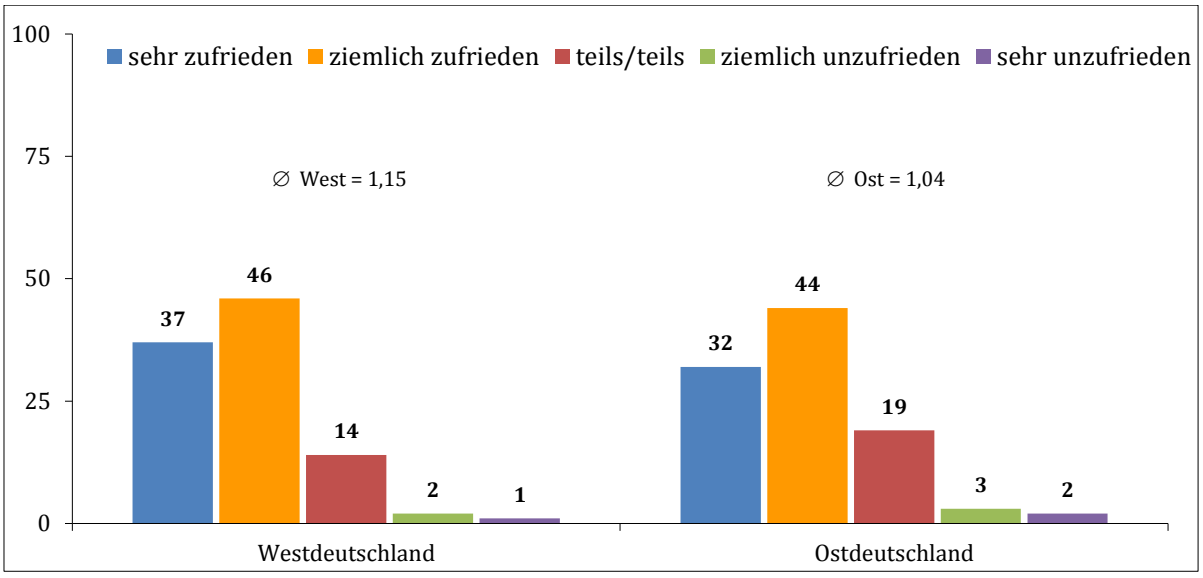
Eine Entwicklung die sich auch anhand weiterer Indikatoren ablesen lässt, die im Zuge der aktuellen Studie untersucht wurden.

Diese Angleichung der Einschätzungen wird auch bei weiteren Indikatoren, die im Rahmen der Bevölkerungsumfrage 2014 überprüft wurden, anschaulich. Eng verwoben mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation ist beispielsweise die allgemeine Lebenszufriedenheit. Diese liegt in Deutschland mittlerweile ebenfalls auf einem einheitlich hohen Niveau und unterscheidet sich zwischen Ost und West nur noch ausnehmend gering (Abbildung 75). Die Anteile der „eher“ und „sehr Zufriedenen“ liegen mit 83 Prozent im Westen und 76 Prozent im Osten außerordentlich hoch. Demgegenüber stehen 3 bzw. 5 Prozent, die mit ihrem Leben unzufrieden sind. Das entspricht einer Mittelwertdifferenz auf einer Skala von -2 (sehr unzufrieden) bis +2 (sehr zufrieden) von gerade einmal 0,11 Punkten.

Reste an Unterschieden lassen sich somit *nicht* durch die Herkunft aus bzw. die „Zugehörigkeit“ zu einem der beiden Landesteile erklären. Beide Werte, also die Wahrnehmung der Ökonomie und die Lebenszufriedenheit, sind zudem seit 2012 vor allem in Ostdeutschland gestiegen (vgl. Kapitel 4.2). Die Zufriedenheit mit dem Leben wird maßgeblich durch die Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation jetzt und in Zukunft

bestimmt, welche, wie gezeigt, zwischen Ost und West kaum noch variiert. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass individuell verschiedene Einschätzungen, was speziell die wirtschaftliche Lage und die Lebenszufriedenheit betrifft, nicht auf verallgemeinerbare Ost-West-Unterschiede zurückgeführt werden können. Vielmehr beruhen sie auf unterschiedlich verteilten individueller Ressourcenausstattung und differenten anderen Einstellungsmustern, die in beiden Landesteilen gleichermaßen wirksam sind. Dazu zählen u.a. Bildung, Einkommen, relative Deprivation, persönliche Einheitsbilanz und auch die Parteipräferenz.

Abbildung 75 Zufriedenheit mit dem Leben nach Ost und West (Nennungen in Prozent, Mittelwerte auf einer Skala von -2 „sehr unzufrieden" bis +2 „sehr zufrieden")



Frage 2: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben? Sind Sie alles in allem ... . Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

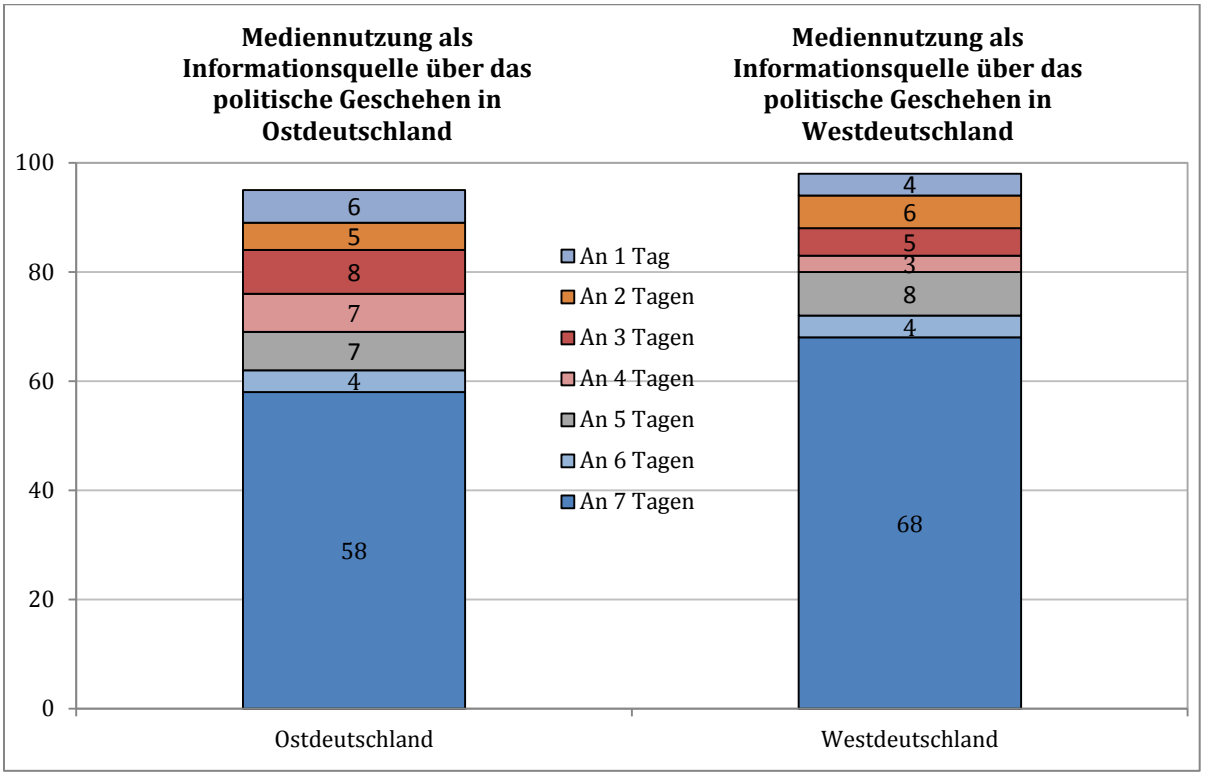
5.9 Mediennutzung und Medienwahrnehmung

Die Darstellung der Entwicklung der deutschen Einheit fiel in der Medienlandschaft in den vergangen Jahren nach Genre, publizistischer Grundlinie und auch regionaler Herkunft naturgemäß unterschiedlich aus. Zum einen ist die Berichterstattung ausgewählter Printmedien über das Thema deutsche Einheit seit der Wiedervereinigung Gegenstand einer Inhaltsanalyse, deren Ergebnisse in den Kapiteln 6 bis 11 ausführlich dargestellt werden. Zum anderen wurde mit Hilfe der Bevölkerungsumfrage 2014 wurde auch ausgelotet, wie die Mediennutzung und -rezeption in Ost- und Westdeutschland sich darstellt.

Zunächst zu den Daten über die Häufigkeit der Mediennutzung zu Zwecken der Information über das politische Tagesgeschehen: Der Rückgriff auf Medien als Informationsquelle fällt mit durchschnittlich 6 von 7 Wochentagen in Ost und West gleichermaßen außerordentlich hoch aus. Zwar liegt der Anteil derer, die angaben, sich an jedem Tag der Woche über Politik zu informieren, in den alten Bundesländern um 10 Prozentpunkte

höher, jedoch ist dieser Vorsprung im Mittel nicht mehr erheblich. Es ergibt sich für Ost und West somit keine bedeutsame Differenz (vgl. Abbildung 76).

Abbildung 76 Häufigkeit der Mediennutzung als Informationsquelle über das politische Tagesgeschehen in Tagen pro Woche, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 14: Wenn Sie einmal an eine normale Woche in der letzten Zeit denken: An wie vielen von den 7 Wochentagen informieren Sie sich in den Medien (Zeitung, Fernsehen, Internet) über das aktuelle politische Tagesgeschehen? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Schlüsselt man die Häufigkeit der Mediennutzung nach Alter und Bildung auf, so bestätigen sich unverkennbar die aus der laufenden Mediaanalyse bekannten Nutzungsmerkmale. Es zeigen sich positive Zusammenhänge vor allem zwischen Alter sowie Bildung und Informationshäufigkeit, und dies in gleichem Maße für Ost und West (vgl. Tabelle 39 und Tabelle 40). Mit höherer Bildung steigt die Informationshäufigkeit an. Die Mittelwertdifferenz zwischen niedrigstem und höchstem Bildungsrad beträgt auf Grund des sehr hohen durchschnittlichen Nutzungsniveaus indes nur 0,4 Punkte im Osten und 0,8 Punkte im Westen. Auch mit höherem Alter steigt die Nutzungshäufigkeit deutlich an; die Differenzen zwischen der jüngsten und ältesten Nutzergruppe liegen im Osten bei 2,1 und im Westen bei 2 Punkten.

Tabelle 39 Häufigkeit der Mediennutzung als Informationsquelle über das politische Tagesgeschehen in Tagen pro Woche nach Bildung in Ost- und Westdeutschland (Nennungen Mittelwerte von 1 „an einem Tag“ bis 7 „an 7 Tagen“)

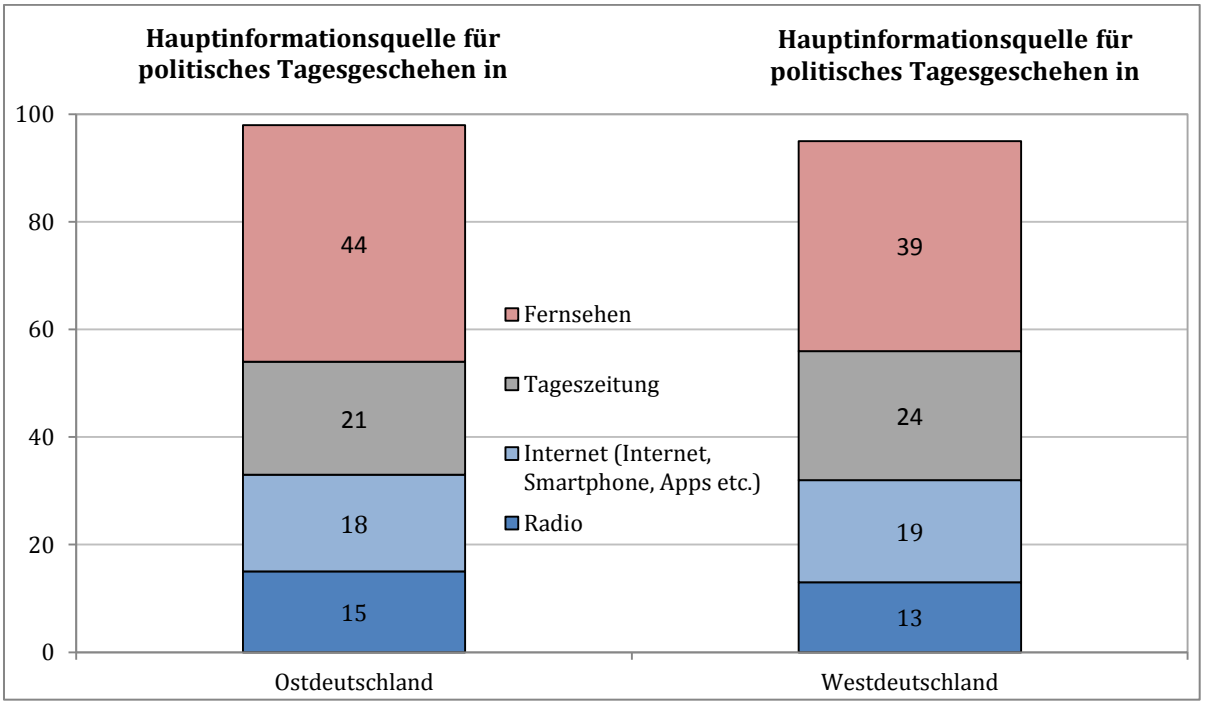
Frage 14: …	Schulabschluss							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium
Durchschnittliche Mediennutzung pro Woche in Tagen	6,2	6,1	6,1	6,6	5,5	5,8	5,9	6,3

Tabelle 40 Häufigkeit der Mediennutzung als Informationsquelle über das politische Tagesgeschehen in Tagen pro Woche nach Alter in Ost- und Westdeutschland (Mittelwerte von 1 „an einem Tag“ bis 7 „an 7 Tagen“)

Frage 14: …	Alter in Jahren							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	14-29	30-44	45-59	60+	14-29	30-44	45-59	60+
Durchschnittliche Mediennutzung pro Woche in Tagen	4,6	5,7	6,3	6,7	4,5	5,6	6,2	6,5

Fragt man außerdem nach, welches Medium die Hauptinformationsquelle darstellt, so ist Spitzenreiter in beiden Teilen Deutschlands mit 44_{Ost} und 39_{West} Prozent das Fernsehen, gefolgt von der Tageszeitung mit 21_{Ost} und 24_{West}, dem Internet 18_{Ost} und 19_{West} sowie schließlich dem Radio 15_{Ost} und $13_{West,}$ (vgl. Abbildung 77).

Abbildung 77 Hauptinformationsquelle für das politische Tagesgeschehen, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 15: Was ist dabei Ihre Hauptinformationsquelle: Fernsehen, Radio, Tageszeitung oder Internet? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Auch hier zeigen sich unterschiedliche Nutzungsmuster nach sozialen Merkmalen erst dann, wenn die bevorzugten Informationsquellen nach Alter und Bildung getrennt dargestellt werden. So sind es vor allem Ältere (hier über 45-Jährige), welche das Fernsehen als primäre (ca. 42 %) und die Tageszeitung (ca. 30 %) als sekundäre Informationsquelle für das politische Tagesgeschehen nutzen. Dabei fällt im Osten die Fernsehquote unter den Älteren im Schnitt etwas höher aus. Die jüngeren Alterskohorten bis 44 Jahre favorisieren mit einigem Abstand das Internet über Computer, Smartphones etc. am häufigsten (ca. 41 %); in diesen Jahrgängen ist das Fernsehen (30 %)das zweit häufigst genutzte Medium. Das Radio wird von den meisten Altersgruppen, mit Ausnahme der über 60-Jährigen, ähnlich oft genannt (vgl. Tabelle 41).

Tabelle 41 Hauptinformationsquelle für das politische Tagesgeschehen nach Alter, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)

Frage 15:...	Alter in Jahren							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	14-29	30-44	45-59	60+	14-29	30-44	45-59	60+
Fernsehen	32,2	30,1	40,3	52,4	30,3	28,3	35,2	44,4
Tageszeitung	11,9	11,7	21,7	32,3	9,7	15,5	29,6	39,7
Internet (Computer, Smartphone, Apps etc.)	44,1	39,8	14,9	5,8	44,3	37,5	19,1	6,8
Radio	11,9	18,4	19,0	8,8	14,1	17,1	14,7	7,5

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Bildungseffekte zeigen sich vor allem bei der Nutzung von Fernsehen und Internet als primärem Medium der Meinungsbildung. Es sind eher Personen mit geringem formalen Bildungsgrad, die dem Fernsehen den Vorzug geben (ca. 53 %) und das Internet meiden (Nutzungsquote 2,7 % im Osten und 9,1 % im Westen). Abiturienten und Akademiker hingegen nutzen sowohl das Fernsehen (ca. 32 %), Tageszeitungen (ca. 25 %) und auch das Internet (ca. 27 %) in einem vergleichbaren Ausmaß für ihre politische Bildung.

Vor allem bei der Nutzung von Tageszeitungen in Abhängigkeit von den unterschiedlichen Bildungsgruppen sind Differenzen zwischen Ost und West offenkundig. So zeigt sich im Westen ein klarer linearer und positiver Bildungseffekt: Mit höherer formaler Bildung steigt dort die Wahrscheinlichkeit, dass die Tageszeitung als primäres Informationsmedium genutzt wird. Unter westdeutschen Akademikern ist sie mit 31 Prozent Nutzerquote das geläufigste Medium. Im Unterschied dazu sind es im Osten gerade formal gering Qualifizierte (mit Haupt- oder Volksschulabschluss), unter denen die Tageszeitung weiten Zuspruch erfährt (33,3 %); Akademiker bleiben mit 23,4 Prozent fast 10 Prozentpunkte dahinter zurück. Eine Ursache für diese `Bildungsschere` dürfte sein, dass die verbreitete Auflage der sogenannten Zeitungen mit überregionaler Wirkung in Ostdeutschland sehr viel geringer ist (vgl. auch Tabelle 42). Die Radionutzung wiederum unterliegt im Westen keinem Bildungseffekt, während im Osten mit höherer Bildung das Radio vermehrt als Informationsmedium für Politik angegeben wird.

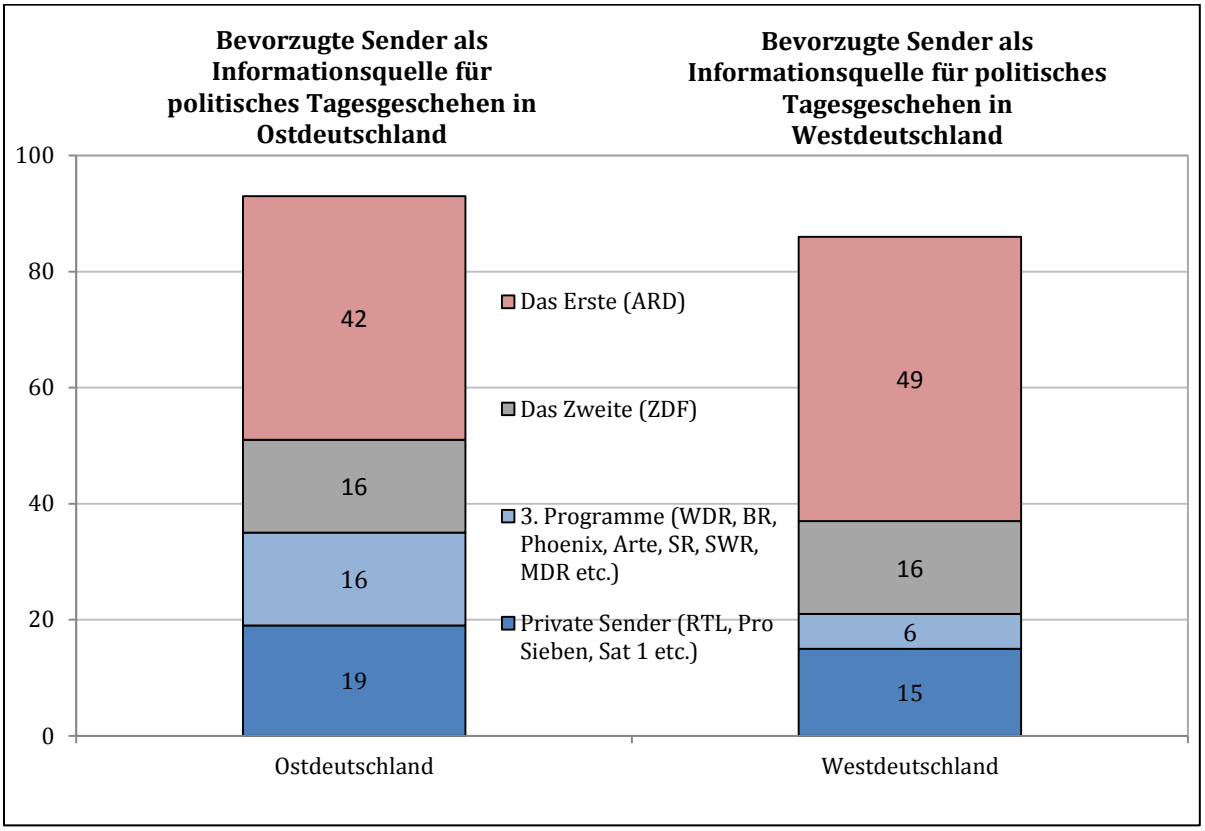
Tabelle 42 Hauptinformationsquelle für das politische Tagesgeschehen nach Bildungsgrad, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)

Frage 15:...	Schulabschluss							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	Haupt-schule	Mittlere Reife	Abitur	Studium	Haupt-schule	Mittlere Reife	Abitur	Studium
Fernsehen	53,3	52,1	38,7	32,4	53,9	43,2	33,0	25,1
Tageszeitung	33,3	24,4	19,4	23,4	24,2	25,2	28,0	31,0
Internet (Computer, Smartphone, Apps etc.)	2,7	9,5	26,6	24,8	9,1	16,1	26,1	29,6
Radio	9,3	12,8	14,5	16,7	12,1	14,1	11,0	12,4

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Betrachten wir die Informationsquelle Nummer 1, das Fernsehen, genauer, stellt sich heraus, dass die öffentlich rechtlichen Anbieter im Westen (71 %) wie auch im Osten (74 %) klar die führende Position haben. Private Fernsehsender spielen bei der Nachfrage nach politischen Informationen mit ca. 17 Prozent eine untergeordnete Rolle (vgl. Abbildung 78). Die höhere Quote an den dritten Programmen im Osten Deutschlands erklärt sich wohl wesentlich durch die Marktführerschaft des MDR in diesem Spartensegment.

Abbildung 78 Bevorzugte Fernsehsender als Informationsquelle für politisches Tagesgeschehen, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 16: Wenn Sie sich im Fernsehen über Politik informieren, würden Sie uns bitte sagen, welchen Sender Sie da in der Regel bevorzugen? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/sehe nie Fernsehen/rundungsbedingt

Kontrolliert nach Alter, zeigen sich mäßige Effekte hinsichtlich einer Präferenz für öffentlich rechtliche bzw. private Sender. So bevorzugen vor allem jüngere Zuschauer eher private Kanäle (36 % bzw. 28 %), während die ältere Generation auf die öffentlich rechtlichen Anbieter vertraut. Der Alterseffekt tritt im Osten und im Westen gleichermaßen auf (Tabelle 43). Bildung erweist sich in diesem Zusammenhang als nur gering aussagekräftig.

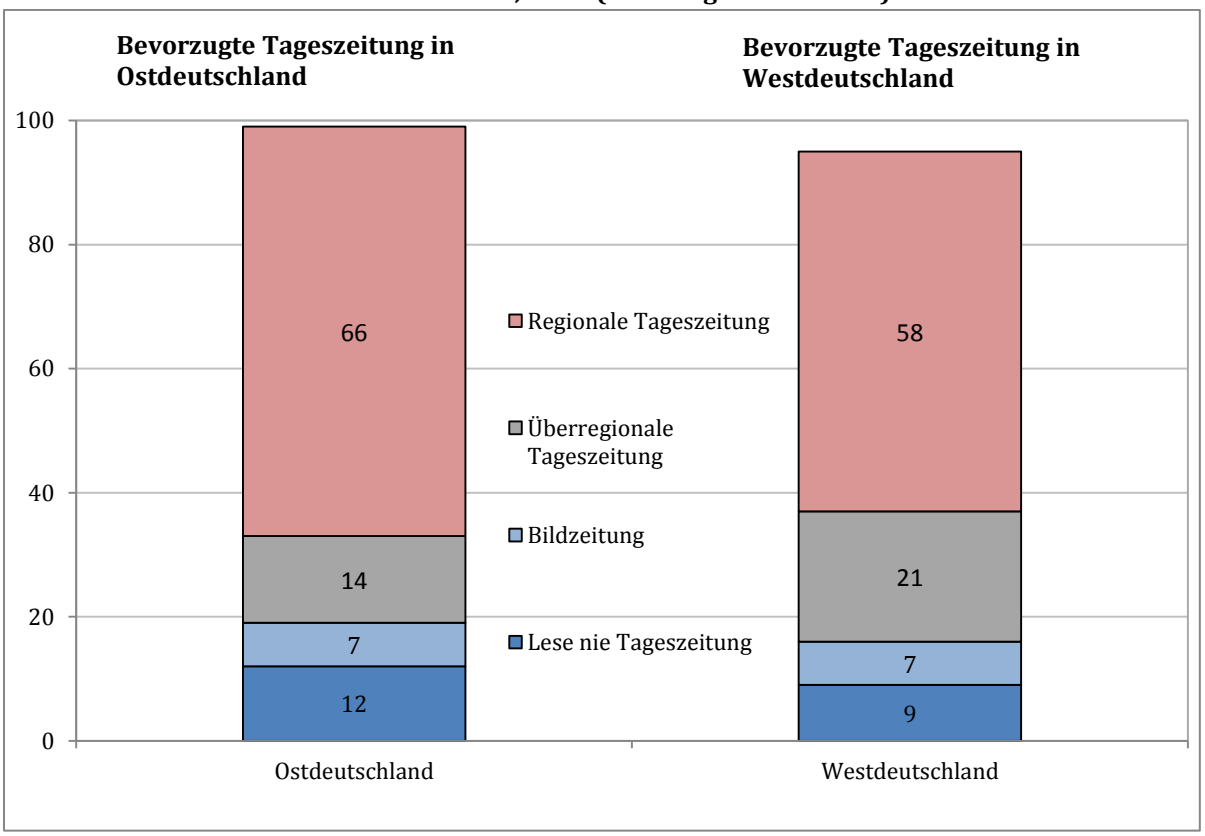
Tabelle 43 Bevorzugte Fernsehsender als Informationsquelle für politisches Tagesgeschehen nach Herkunft, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)

Frage 16:...	Alter in Jahren							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	14-29	30-44	45-59	60+	14-29	30-44	45-59	60+
Das Erste (ARD)	33	32	42	46	35	51	52	51
Das Zweite (ZDF)	8	20	16	20	7	12	22	23
3. Programme (WDR, BR, Phoenix, Arte, SR, SWR, MDR etc.)	10	7	21	22	2	6	5	10
Private Sender (RTL, Pro Sieben, Sat 1 etc.)	36	31	18	6	28	15	11	10

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/ Sehe nie Fernsehen/rundungsbedingt

Beim aktuell zweitwichtigsten politischen Informationsmedium, der Tageszeitung, stellen die regionalen Tageszeitungen mit ca. 62 Prozent Verbreitung den mit Abstand größten Anteil, gefolgt von den überregionalen Zeitungen mit ca. 18 % und der Kaufzeitung BILD (7 %) (vgl. Abbildung 79).

Abbildung 79 Bevorzugte Tageszeitung als Informationsquelle über das politische Geschehen, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 17: Wenn Sie sich in der Tageszeitung über Politik informieren, würden Sie uns bitte sagen, welche Sie da in der Regel bevorzugen? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Ältere bevorzugen vor allem im Osten Deutschlands eher die jeweiligen Regionalzeitungen (80 % bzw. 66 %), die häufig aus den ehemaligen DDR-Bezirkszeitungen hervorgegangen waren. Unter den Jüngeren ist der Anteil der Nutzung regionaler Tageszeitungen zwar immer noch relativ am höchsten, er fällt mit etwa 45 % aber deutlich niedriger als bei Älteren aus; zudem ist in der nachwachsenden Generation der Leseranteil, der auf überregionale Tageszeitungen entfällt, wesentlich höher (ca. 32 %). Auch BILD ist in Ost und West vor allem unter jüngeren Lesern beliebt, das Boulevardblatt ist aber mit etwa 10 Prozent als Quelle politischer Information doch nachrangig (vgl. Tabelle 44).

Tabelle 44 Bevorzugte Tageszeitung als Informationsquelle über das politische Geschehen nach Alter, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)

Bevorzugte Tageszeitung	Alter in Jahren							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	14-29	30-44	45-59	60+	14-29	30-44	45-59	60+
Regionale Tageszeitung	45,8	53,4	69,7	79,9	44,3	47,4	59,9	65,9
Überregionale Tageszeitung	30,5	21,4	11,3	10,9	33,5	35,5	26,8	22,4
Bildzeitung	10,2	6,8	5,9	0,7	10,8	4,0	2,8	3,5
Lese nie Tageszeitung	13,6	18,4	13,1	7,8	10,3	11,6	9,3	6,3

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Der Bildungsgrad wirkt sich vor allem in Westen des Landes auf die Wahl der Tageszeitung aus. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine regionale Tagezeitung zu Zwecken politischer Information genutzt wird, nimmt, anders als im Osten, im Westen proportional zu höherer Bildung rapide ab. Umgekehrt steigt im Westen die Wahrscheinlichkeit, eine *über*regionale Tageszeitung zu nutzen, mit höherer Bildung. Derselbe Zusammenhang zeigt sich auch bei ostdeutschen Zeitungslesern, ist dort aber um einiges schwächer ausgeprägt. BILD wird in beiden Landesteilen vorwiegend von Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss gelesen (vgl. Tabelle 42 & Tabelle 45).

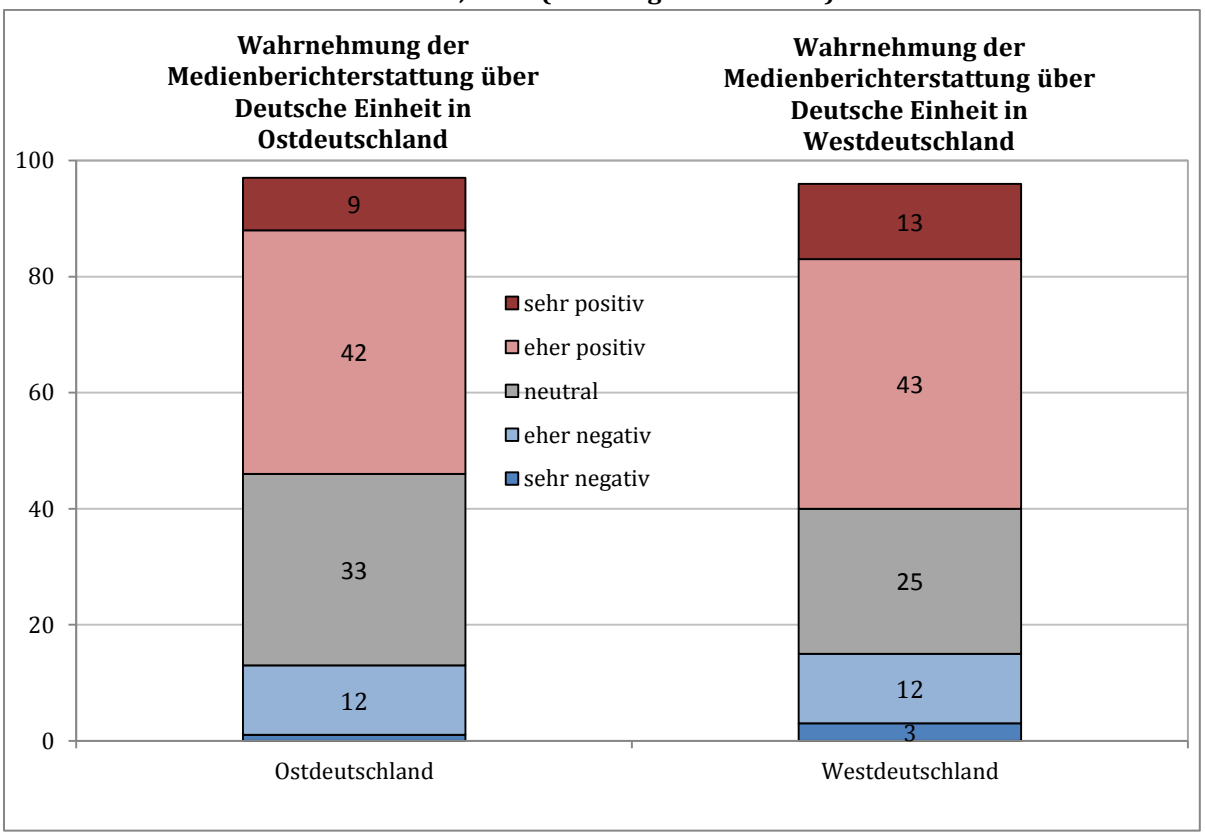
Tabelle 45 Bevorzugte Tageszeitung als Informationsquelle über das politische Geschehen nach Bildungsgrad, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)

Bevorzugte Tageszeitung	Schulabschluss							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium
Regionale Tageszeitung	73,3	71,9	62,9	70,3	71,5	65,1	58,5	44,4
Überregionale Tageszeitung	8,0	5,0	25,0	20,3	7,9	18,6	29,6	43,7
Bildzeitung	4,0	9,5	0,0	0,5	10,9	6,1	1,9	1,7
Lese nie Tageszeitung	14,7	13,6	11,3	8,6	8,5	9,7	8,5	7,9

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

In einem weiteren Schritt wurden die Befragten gebeten, die Medienberichterstattung, die sie in den letzten Jahren zum Thema deutsche Einheit wahrgenommen haben, auf einer Positiv-Negativ-Skala zu verorten. Das Urteil fällt deutschlandweit überwiegend sehr und eher positiv aus (ca. 54 %). Nur etwa 14 Prozent fällen ein negatives Urteil (vgl. Abbildung 80).

Abbildung 80 Subjektive Bewertung der Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 18: Wenn Sie einmal an die Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit denken: Wie wird die Deutsche Einheit Ihrer Meinung nach heute - alles in allem - in den Medien dargestellt? Sehr negativ, eher negativ, neutral, eher positiv oder sehr positiv? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Während sich im Westen bei dieser Medienbewertung keine bzw. geringfügige Effekte für Alter und Bildung feststellen lassen, zeigt sich im Osten, das vor allem jüngere und höher Gebildete die Medienberichterstattung der letzten Jahre positiver einschätzen. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich vor allem ältere Ostdeutsche mit niedriger Bildung in der Medienlandschaft mit ihrer Sichtweise der deutschen Einigung nicht angemessen vertreten sehen. Umgekehrt ist die jüngere Generation deutlich weniger involviert in die prägenden Erfahrungen des gesellschaftlichen Umbruchs seit 1990 und nimmt die einschlägige mediale Berichterstattung folglich unbefangener wahr (vgl. Tabelle 46, Tabelle 47 & Abbildung 81).

Die Einflüsse des Bildungsniveaus stellen sich insgesamt aber wesentlich abgeschwächt dar. Auf die ergänzende Frage, ob sich die Berichterstattung in den letzten Jahren zum Positiven oder Negativen verändert habe, antworteten erneut viele Befragte eher positiv. Im Schnitt meinen 35 Prozent in Ost und West, dass sich die Berichterstattung in den letzten Jahren noch verbessert hat. Das Fazit lautet: Insgesamt sind die Bürger in Deutschland mit dem Medienecho 25 Jahre nach der friedlichen Revolution mehrheitlich zufrieden. Die inhaltsanalytische Auswertung der Presseberichterstattung für diesen Zeitraum anhand ausgewählter Tageszeitungen folgt im nächsten Kapitel.

Tabelle 46 Subjektiv wahrgenommene Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit nach Alter, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)

Frage 18:...	Alter in Jahren							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	14-29	30-44	45-59	60+	14-29	30-44	45-59	60+
sehr positiv	23,0	13,6	10,9	7,1	9,7	14,6	12,2	6,8
eher positiv	34,4	58,3	48,4	39,5	35,7	48,1	47,8	45,2
neutral	24,6	15,5	23,1	31,4	35,7	23,5	25,3	35,7
eher negativ	13,1	8,7	12,2	16,6	15,8	9,2	11,3	9,3
sehr negativ	3,3	2,9	2,3	1,7	1,5	1,5	1,4	0,7

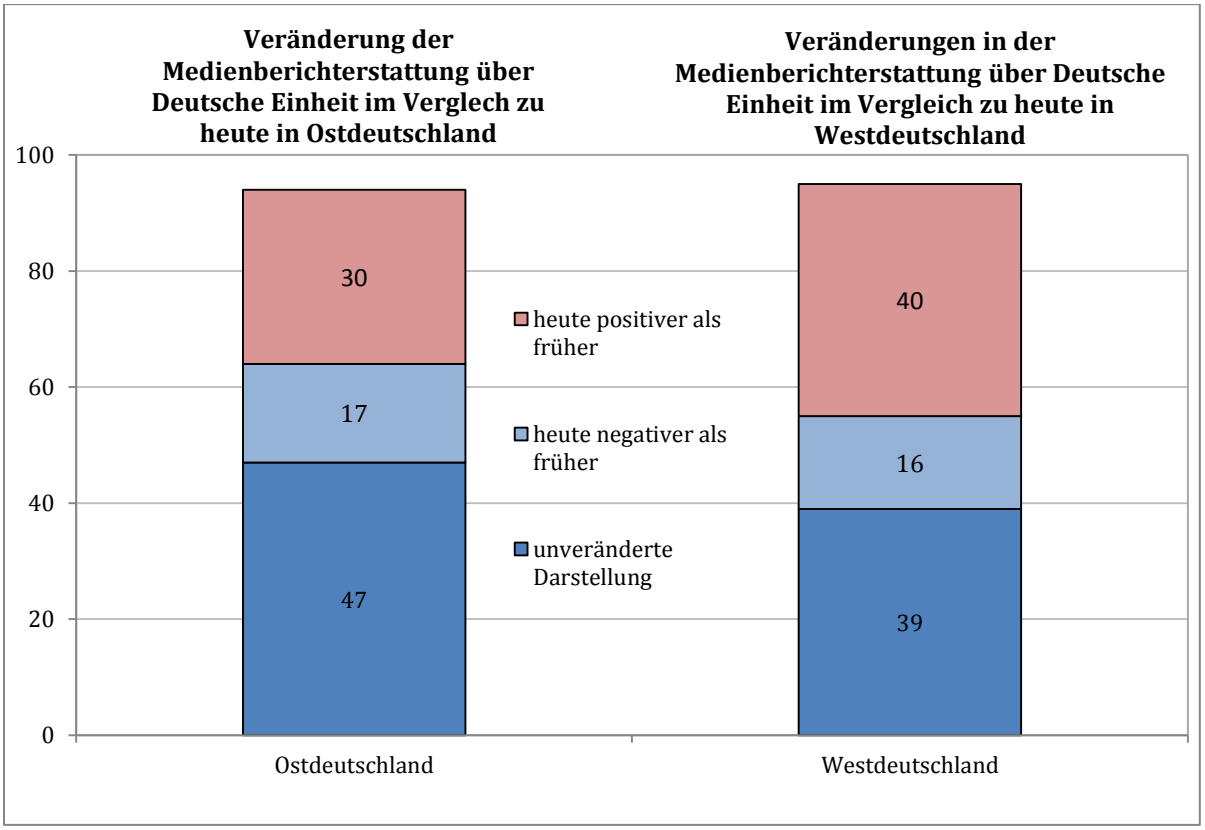
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Tabelle 47 Subjektiv wahrgenommene Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit nach Bildungsgrad, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)

Frage 18:...	Schulabschluss							
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	Haupt-schule	Mittlere Reife	Abitur	Studium	Haupt-schule	Mittlere Reife	Abitur	Studium
sehr positiv	12,0	9,3	11,3	10,4	6,4	9,5	15,8	9,7
eher positiv	24,0	43,9	48,4	50,0	34,1	42,7	47,2	51,8
neutral	45,3	27,6	17,7	22,5	42,8	30,4	27,6	24,6
eher negativ	13,3	12,6	19,4	12,6	12,7	14,4	5,9	10,9
sehr negativ	5,3	2,0	0,8	1,8	1,2	0,0	2,2	1,2

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Abbildung 81 Subjektiv wahrgenommene Veränderungen in der Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit im Vergleich zu heute, Ost- und Westdeutschland, 2014 (Nennungen in Prozent)



Frage 19: Hat sich diese Darstellung Ihrer Meinung nach in den letzten Jahren verändert? Würden Sie sagen, über die Deutsche Einheit wird heute positiver, oder negativer berichtet als früher, oder hat sich die Darstellung der Deutschen Einheit nicht verändert? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

6 Die Deutsche Einheit im Spiegel der Massenmedien – ein Problemaufriss

Wir alle kennen die Bilder: Jubelnde Menschen auf der Berliner Mauer feiern am Abend des 9. November 1989 das Ende des geteilten Deutschlands. Einander völlig unbekannte Bürger liegen sich in den Armen. Einige versuchen, sich Teile der Mauer zu sichern. Der erste „Trabi" fährt über die Grenze, die noch Stunden zuvor unüberwindbar schien. Auch nach 25 Jahren sind uns diese Ereignisse noch sehr präsent.

Obwohl viele am Ort des Geschehens waren und sich somit einen persönlichen Eindruck von dem Ereignis verschafften, waren doch die allermeisten Menschen, die sich an den Mauerfall erinnern können, nicht vor Ort. Vielmehr verfolgten sie das Geschehen am Fernsehen, hörten Berichte im Radio, informierten sich in den darauffolgenden Tagen aus den Zeitungen oder sprachen mit anderen, die entweder selbst vor Ort waren, wiederum andere kannten, die den Mauerfall selbst erlebt haben, oder Medienberichte weitergaben.

Noch drastischer war die diesbezügliche Situation in den Monaten vor dem Mauerfall, als die Bevölkerung der DDR friedlich gegen das DDR-Regime demonstrierte. Der Schwerpunkt dieser Demonstrationen war Leipzig. Obwohl sich an den Protesten viele zehntausend Menschen beteiligten, waren selbst die meisten DDR-Bürger daran nicht beteiligt. Für die Bevölkerung im Westen waren die Massenmedien damals die wichtigste, vielfach sogar die einzige „Brücke" (Klingemann/Voltmer 1989) in die DDR. Aber auch die Bürger in der DDR dürften sich – neben der Weitergabe von Informationen durch „Mund-zu-Mund-Propaganda" – insbesondere mit Hilfe der Berichterstattung im bundesdeutschen Fernsehen über die Ereignisse in ihrem Land informiert haben. Jedenfalls ist aus Befragungen von DDR-Aussiedlern bekannt, dass das Westfernsehen vielerorts zu empfangen war und auch genutzt wurde (Hesse 1988).

Auch wenn Deutschland zwischenzeitlich vereinigt ist, spielen das Radio, Fernsehen, Zeitungen und zwischenzeitlich auch das Internet eine herausragende Rolle, wenn es darum geht, sich ein Bild über die alten und die neuen Bundesländer und ihre Einwohner zu machen oder im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsprozess stehende Themen und Probleme zu erkennen. Dass dies plausibel ist legt eine Umfrage von infratest dimap aus dem Jahr 2012 – also 22 Jahre nach der Wiedervereinigung – nahe, nach der rund ein Viertel (27%) der Westdeutschen noch nie in den neuen Bundesländern waren.[3] 2004 lag der Anteil noch bei 46 Prozent. Umgekehrt waren zu diesem Zeitpunkt nur 13 Prozent der Ostdeutschen noch nicht in den alten Bundesländern.[4] Auch wenn wir keine Zahlen aus den 1990er Jahren haben liegt es auf der Hand, dass in den ersten Jahren nach der Einheit nur eine Minderheit der Westdeutschen direkten Vor-Ort-Kontakt mit dem Osten Deutschlands hatte. Demgegenüber haben Ostdeutsche den Wes-

3 Dass bestimmte Landesteile häufiger besucht werden als andere legt eine neue Umfrage des NDR nahe. Demnach waren 2014 63 Prozent der Westdeutschen noch nie in Mecklenburg-Vorpommern (NDR 2014).

4 Infratest Dimap (2012)

ten zwar viel zügiger besucht; allerdings gab es (und gibt es immer noch) signifikante Bevölkerungsteile, die ihr Bild vom Westen nicht auf einen entsprechenden Kontakt stützen können. Daher kann die „Rolle der Medien für die Wahrnehmung des zusammenwachsenden Deutschland […] kaum unterschätzt werden“ (Kolmer, zitiert nach Media Tenor 2010).

Dass die Massenmedien mitentscheiden, welches Bild wir von der Realität haben, ist keine neue Erkenntnis. Schon 1922 hat der amerikanische Journalist Walter Lippman festgestellt, dass die Welt zu groß und zu komplex sei um sich ein eigenes, umfassendes Bild von ihr zu machen (Lippman 1922: 16). Dies gelte insbesondere für den Bereich der Politik, der häufig „out of reach, out of sight, out of mind“ ist (Lippman 1922: 29). Dass wir dennoch ein Bild von der Welt, die eigentlich außerhalb unseres eigenen Erfahrungsbereichs liegt, haben, sei die Leistung der Massenmedien.

Damit stellt sich unmittelbar die Frage, welches Bild es ist, dass die Medien von der Realität zeichnen. Bezogen auf unseren Untersuchungsgegenstand lautet die Frage, wie die Medien über die Deutsche Einheit berichten, wie also die Grundlage beschaffen ist, auf deren Basis wir Orientierungen und Verhaltensabsichten entwickeln, die Gegenstand der anderen Kapitel dieses Berichts sind. Präziser formuliert: In welchem Umfang berichten die Medien über die Deutsche Einheit, was ist der Inhalt ihrer Beiträge und welche Bewertungen bieten sie uns an, um die von ihnen berichteten Informationen einzuordnen? Relevant sind diese Fragen deshalb, da Medien und ihre Berichterstattung für das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft von Bedeutung sind. Sie bereiten Erinnerungen in selektiver Form auf und speichern sie. „Medien liefern Bilder, stellen Wertebezüge her und fokussieren Aspekte und Probleme, was zur Verstärkung ebenjener Probleme führen kann“ (Früh et al. 2011: 19). Sie prägen, bezogen auf unseren Forschungsgegenstand, wie Menschen sich den Ablauf der deutschen Wiedervereinigung vorstellen und welche Bilder sie von der Wende im Kopf haben (vgl. ebd.). Doch die sog. „Medienrealität“ vom vergangenen Geschehen muss oder kann nicht exakt mit der externen Realität übereinstimmen. Medien selektieren, transformieren, interpretieren und kommentieren das Weltgeschehen und arbeiten es für ihr Publikum auf (vgl. u.a. Schulz 1976). Umso interessanter erscheint eine Analyse der medialen Darstellung von historischen Ereignissen, die eine Vielzahl von Rezipienten selbst nicht erlebt haben.

Interessanterweise gibt es nur wenige empirische Studien, die die Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit mit Hilfe einer Inhaltsanalyse untersuchen. Viele dieser Untersuchungen sind Fallstudien mit einem begrenzten, oftmals nicht oder nur schwer miteinander vergleichbarem Set von Medien. Zusätzlich werden nur kleine Zeiträume ins Visier genommen. Eine Aussage, wie sich die Medienberichterstattung über diesen Themenkomplex verändert hat, ob sich also die Informationsbasis für unsere Wahrnehmungen und Bewertungen der Wiedervereinigung verschoben hat oder ob sie weitgehend konstant geblieben ist, kann auf der Grundlage der vorliegenden Studien nicht getroffen werden.

An diesem Punkt setzt die vorliegende Untersuchung an. Wir stellen zunächst den Forschungstand zur Berichterstattung über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung dar. Anschließend erläutern wir, wie unsere eigene quantitative Inhaltsanalyse konzipiert ist. Darunter fällt eine Diskussion welche Medien wir betrachten, welche Zeitpunkte wir auswählen und unter welchen Gesichtspunkten wir die Medienberichterstattung analysieren. Daran schließt sich die Darstellung unserer Ergebnisse an. Diese zerfällt einerseits in die formalen Merkmale der Berichterstattung (z.B. Umfang, Prominenz oder Anlässe der Berichterstattung). Andererseits stellen wir den Inhalt der Berichterstattung (z.B. Themen, Perspektiven oder Bewertungen) detailliert dar. Wir schließen die Untersuchung mit einer Zusammenfassung der Kernbefunde ab.

Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass auf der Basis unserer Ergebnisse ausschließlich Aussagen über den Inhalt der Medienberichterstattung getroffen werden können. Aussagen über die Rezeption dieser Berichterstattung und ihre mögliche Wirkung sind uns mit dem gesammelten Datenmaterial nicht zugänglich. Kausale Schlussfolgerungen über Rezeption und Wirkung sind auch dann nicht möglich, wenn wir die Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen, die in den anderen Kapiteln dieses Berichts präsentiert werden, mit unseren Befunden vergleichen. Dennoch ist es natürlich möglich, über basale Medienwirkungen zu spekulieren und zu überlegen, wie wahrscheinlich diese sind. Grundlage hierfür sind relativ gesicherte Erkenntnisse über die Wirkung der Massenmedien in Bezug auf die mentale Verankerung von Themen („Agenda-Setting“), Standards mit denen wir Themen und die damit verbundenen Akteure bewerten („Priming“) sowie Perspektiven, aus denen wir auf bestimmte Themen blicken („Framing“). Diese Erkenntnisse können uns helfen, Hypothesen über die Konsequenzen bestimmter Zusammenhänge, die wir in unseren Daten erkennen, zu generieren. Ob diese Hypothesen zutreffend sind, müssten selbstverständlich eigenständige, vorzugsweise experimentell angelegte Analysen klären.

7 Studien zur Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit

7.1 Überblick über den Forschungsstand

Die Medien und ihre Berichterstattung über die Deutsche Einheit bzw. das Verhältnis zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung spielen im Prozess der Wiedervereinigung eine entscheidende Rolle. Ihre Berichterstattung trägt zur Gedächtnisschaffung bei.

> „Sie liefert neben Informationen auch immer Einstellungen und Überzeugungen, rahmt Berichtetes in Anschauungen. Zudem liefern Medien auch durch ihre Aufarbeitung der geschichtlichen Ereignisse von 1989 / 1990 Wissen, welches Rezipienten ohne sie mangels eigener Erlebnisse – insbesondere in Westdeutschland – nicht haben würden. […] Das Gedächtnis der Wende wird daher maßgeblich und auf vielfältige Wiese von den Medien beeinflusst." (Löser 2013: 5)

Die Medienberichterstattung trug und trägt zur „Wahr-Nehmung" (Kollmorgen/Hans 2011: 108) und Legitimierung der (staatlich gesteuerten) Veränderungen in den neuen Bundesländern, den finanziellen Transfers sowie der wechselseitigen Anerkennung von Ostdeutschen und Westdeutschen bei (vgl. ebd.). Als problematisch ist jedoch anzusehen, dass viele Ostdeutsche die neuen Bundesländer und „ihre" DDR-Geschichte in den Medien als nicht richtig dargestellt empfinden (vgl. ebd.).

Einen intersubjektiv nachvollziehbaren Einblick in die Berichterstattung deutscher Tagespresse über die Deutsche Einheit und das „Ost-West"-Verhältnis seit 1990 soll die vorliegenden Studie bieten. Sie versucht, zur Schließung einer Forschungslücke auf diesem Gebiet beizutragen, denn (quantitative) empirische Analysen zur Darstellung der Wende in den Medien sind selten.

Eine aktuelle Studie ist die Dissertation von Löser (2013). Er untersucht die Berichterstattung deutscher Tageszeitungen über die Wende im Jubiläumsjahr 2009. In seiner quantitativen Inhaltsanalyse nimmt er überregionale sowie regionale Tageszeitungen aus allen deutschen Bundesländern in den Blick. „Damit können nicht nur Aussagen über die Darstellung in Meinungsführermedien, sondern auch über deren Abweichung von der Berichterstattung in den Regionalmedien aus Ost- wie auch Westdeutschland getroffen werden." (Löser 2013: 6) Insgesamt umfasst Lösers Mediensample neun überregionale Tageszeitungen[5] sowie 16 regionale Tageszeitungen[6]. Der Analysezeitraum beschränkt sich auf das Jahr 2009 und dort auf den Zeitraum zwischen dem 1. Juli bis zum 15. November. Ziel Lösers (2013) ist es, ein „langfristiges Bild der Berichterstattung über die Wende" zu ermitteln (Löser 2013: 91). „Langfristig" bezeichnet in diesem Sinne

5 Die Bild, die tageszeitung, die Welt, die Financial Times Deutschland, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Frankfurter Rundschau, das Handelsblatt, die Süddeutsche Zeitung und das Neue Deutschland (vgl. Löser 2013: 89).

6 Ausgewählt wurde für jedes Bundesland die regionale Tageszeitung, die im Ort mit der größten Einwohnerzahl des Bundeslandes erschien und in der Stadt die größte Auflage erzielte (mit Ausnahme der Freien Presse und der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung) (vgl. Löser 2013: 90). Die 16 Regionalzeitungen sind: die Leipziger Volkszeitung, die Mitteldeutsche Zeitung, die Thüringer Allgemeine Zeitung, die Märkische Allgemeine, die Ostseezeitung, die Allgemeine Zeitung (Mainz), die Stuttgarter Nachrichten, die Saarbrücker Zeitung, der Münchner Merkur, die Hannoversche Allgemeine Zeitung, das Hamburger Abendblatt, der Weser-Kurier, die Kieler Nachrichten, der Kölner Stadt-Anzeiger, die Frankfurter Neue Presse und die Berliner Zeitung (vgl. Löser 2013: 90).

eine kontinuierliche Berichterstattung über mehrere Monate hinweg, nicht aber über mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte. Mit Hilfe einer computergestützten Inhaltsanalyse erfasste Löser (2013) insgesamt 13.962 Artikel aus allen Ressorts der Zeitungen mit Bezug zur Wende 1989/1990 in Deutschland (vgl. Löser 2013: 89ff.).

Zu den – für unser Forschungsvorhaben relevantesten – Befunden Lösers (2013) gehört, dass die von ihm untersuchten Tageszeitungen vorwiegend anlässlich von Jubiläen über die Wende berichten – dies gilt insbesondere für die westdeutschen Zeitungen, in denen das Thema Wiedervereinigung außerhalb von Jubiläen kaum präsent ist[7] (vgl. Löser 2013: 183). „Angesichts der deutlichen Fokussierung auf die Feiertagszeiträume kann die Wende in der Berichterstattung aus westdeutscher Sicht als unobtrusive Issue betrachtet werden, möglicherweise überspitzt vergleichbar mit der Berichterstattung über wichtige Feiertage im Ausland“ (Löser 2013: 186). Andere Ereignisse, wie beispielsweise Wahlen, boten in Lösers (2013) Analyse nur in wenigen Fällen Anlass zur (vermehrten) Berichterstattung (vgl. Löser 2013: 98, 101, 183). Dies mag jedoch der Tatsache geschuldet sein, dass Löser (2013) sich ausschließlich auf Artikel fokussierte, die die Wende im Speziellen thematisieren.

Insgesamt berichten Löser (2013) zufolge die ostdeutschen Regionalzeitungen mit deutlichem Abstand am meisten über die Wende, am wenigsten die westdeutschen überregionalen Zeitungen (vgl. Löser 2013: 102, 183). Anders, als die überregionalen Zeitungen, berichten die ostdeutschen Regionalzeitungen laut Löser (2013) vorwiegend in ihrem Lokalteil über die Wende, wohingegen überregionale Zeitungen solche Beiträge am häufigsten in ihrem Politikteil publizieren (vgl. Löser 2013: 108, 183f.).

Die Tendenz der Zeitungberichterstattung über die Wende ist Lösers (2013) Analyse zufolge überwiegend neutral oder ambivalent. Wenn wertende Artikel publiziert werden, dann fallen diese jedoch häufiger positiv als negativ aus, insbesondere in den Analysezeiträumen rund um Feiertage und Jubiläen (vgl. Löser 2013: 184). Thematisch ist die Berichterstattung zur Wende um den Tag der deutschen Einheit jedoch nicht vorwiegend auf den Feiertagsanlass bezogen (vgl. ebd.). Unterschiede in der Berichterstattung zeigen sich beispielsweise darin, dass ostdeutsche Zeitungen in ihren Artikeln vor allem die regionale (und thematische) Nähe zur Wende betonen, während westdeutsche Zeitungen den aktuellen Anlass der Berichterstattung und den bundesweiten Handlungskontext stärker betonen (vgl. Löser 2013: 188). In ostdeutschen Zeitungen dominieren Ereignisse „vor Ort“ (regionale Nähe), verbunden mit persönlichen Erfahrungen oder Erinnerungen an die Wende, private Umbrüche und Einzelpersonen stehen im Mittelpunkt des Interesses. In westdeutschen Zeitungen hingegen wird die Wende eher als politisches und historisches Ereignis beschrieben (vgl. Löser 2013: 191f.).

Abschließend fasst Löser (2013: 191) zusammen: „Die Wende hat für ostdeutsche Medien eine deutlich größere Bedeutung als für westdeutsche Medien. Sie berichten kontinu-

7 In ostdeutschen Medien nimmt die Berichterstattung über die Wende hingegen einen dauerhafteren Platz ein (vgl. Löser 2013: 186).

ierlich häufiger über die Wende und messen ihr einen höheren Nachrichtenwert zu als die westdeutschen Medien."

Anlässlich des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit hat auch das Institut für Medienforschung „Media Tenor" mehrere hunderttausend Beiträge über die DDR und die Deutsche Einheit[8] in deutschen Tageszeitungen, Magazinen und im Fernsehprogramm[9] zwischen 2001 bis 2014 einer quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen (vgl. Media Tenor 2014). Anders als Löser (2013) zielt diese Analyse auf einen längerfristigen Vergleich (über 15 Jahre hinweg) ab. Im Fokus steht die Bewertung der Deutschen Einheit – andere Aspekte der Berichterstattung, wie beispielsweise die spezifischen Themen und Inhalte, thematisierte Unterschiede oder Angleichungsprozesse zwischen Ost- und Westdeutschland bleiben außen vor. Die Analyse zeigt – anders als Lösers (2013) Studie –, dass der mediale Blick auf die Deutsche Einheit „fünfmal mehr negativ als positiv bewertete Berichte zum Ergebnis hat" (Media Tenor 2014). Der Gründer und CEO von Media Tenor International, Roland Schatz, zeigte sich über dieses Ergebnis erschüttert.

> „Dass die Zeit seit dem Mauerfall nicht mehrfach öfter positiv als negativ bewertet wird, sondern umgekehrt, sollte die Medien über ihre Maßstäbe nachdenken lassen. Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, kein neuer Weltkrieg, friedliche Wiedervereinigung – nichts scheint zu zählen." (Schatz, zitiert nach Media Tenor 2014)

Allerdings ist hierbei kritisch anzumerken, dass aus den verfügbaren Informationen zur Media Tenor-Analyse nicht klar wird, welche Aspekte und Inhalte innerhalb der analysierten Beiträge genau negativ bewertet wurden.

Eine weitere Media-Tenor-Analyse aus dem Jahr 2010, die knapp 285.000 Nachrichten der Fernsehsender ARD, ZDF und RTL in den Jahren 1996 bis 2010 untersuchte, zeigt dass die Berichterstattung über die Deutsche Einheit vorwiegend an Gedenktagen stattfindet und im Untersuchungszeitraum (nahezu) kontinuierlich zurück gegangen ist. Auch diese Analyse belegt, wie die zuvor erwähnte Studie des Media Tenors, dass die Berichterstattung insgesamt vorwiegend auf Negativ-Beispiele hinsichtlich des Zusammenwachsens von Ost und West fokussiert. Soziale Aspekte, der Aufbau Ost, Transferzahlungen, demographische Entwicklungen oder die Angleichung der Lebensverhältnisse werden häufiger negativ als positiv bewertet. Doch die Deutsche Einheit im Allgemeinen wird überwiegend positiv bewertet; insbesondere im Zuge des 20. Jahrestages im Jahr 2010 wurde die (Bilanz der) Deutsche(n) Einheit als Erfolg dargestellt (vgl. Media Tenor 2010).

Der 1992 publizierte Sammelband „Mauer-Show: das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien" von Bohn, Hickethier und Egger enthält mehrere Beiträge, die sich mit der symbolisch-ideologischen und institutionellen medialen Auseinandersetzung mit der Deutschen Einheit beschäftigen. Beispielsweise widmen sich Korngiebel und

8 Spezifischere Informationen zu den Zugriffskriterien macht der Media Tenor-Bericht bedauerlicherweise nicht.

9 Auch genauere Informationen zur Medienauswahl fehlen.

Link (1992) in ihrer Studie „Von einstürzenden Mauern, europäischen Zügen und deutschen Autos“ den Bildern und Sprachbildern der deutschen Wiedervereinigung in den Medien. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine quantitative Analyse. Anhand von ausgewählten Beispielen werden mediale (Kollektiv-)Symbole der Wiedervereinigung präsentiert und erläutert. Im Fokus unserer Analyse stehen jedoch nicht die (Sprach-)Bilder der Medienberichterstattung, sondern vielmehr quantitative, inhaltlich-thematische Aspekte sowie Bewertungen der Deutschen Einheit. Ähnliches gilt für die Fallstudie Rothers (1992), der beispielhaft das Programmangebot des deutschen Fernsehens zum 9. November 1990 beschreibt und – im Rahmen von Fallstudien – insbesondere drei ausgewählte Beiträge näher interpretiert, nämlich das TV-Spiel „Wer zu spät kommt“ von Cord Schnibben, die Dokumentation „Eine deutsche Geschichte“ von Gitta Nickel, den Episoden-Film „Geschichten einer Nacht“ von Karl Gassauer und den Film „November Days“ von Marcel Ophüls. Auch diese Analyse ist nicht quantitativ und beschäftigt sich mit dem Medium Film, im Gegensatz zu der Zeitung, die aktuelle politische Informationen vermittelt. Eine weitere, qualitative (Fall-)Studie ist Hoffs (1992) Analyse von Fernsehrückblicken und Videokassetten zum Jahr der Deutschen Einheit.

Neben diesen Studien zur Berichterstattung *deutscher* Medien über die deutsche Wiedervereinigung finden sich vereinzelt auch – für unser Forschungsinteresse weniger „zentrale“[10] – Studien zur Berichterstattung ausländischer Medien über die Wende, wie beispielsweise:

- Geisler (1992) „Mehrfach gebrochene Mauerschau: 1989-1990 in den US-Medien“,
- Billes (1992) Analyse der dänischen Berichterstattung „Die Hunde von Warnemünde – oder Wer kämpft jetzt für Egon Olsen?“,
- Ponzi (1992) „Die Verwirrung von Babel als Unterhaltungsprogramm. Die italienische Medienrezeption der deutschen Wende“,
- Kähler (1999) „Der Gigant hinter‘m Zaum: der Prozess der deutschen Wiedervereinigung im Spiegel der polnischen Presse“
- oder Güvenç-Meçilioglu (1997) „Die deutsche Wiedervereinigung im Spiegel der türkischen Tagespresse“ .

Insgesamt bleibt also festzuhalten, dass der Forschungstand zur Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit bzw. das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland sehr überschaubar ist. Damit steht die Untersuchung der Medienberichterstattung zu diesem Thema in einem krassen Missverhältnis zur Vielzahl der empirischen Untersuchungen, die sich in vergleichender Perspektive mit den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger in Ost- und Westdeutschland beschäftigen. Die wenigen Studien weisen zumeist einen Fallstudiencharakter auf und können lediglich Aussagen über die Medienberichterstattung innerhalb eines eng begrenzten Zeitraums machen – oder nur einen Aspekt der Berichterstattung über einen längeren Zeitraum nachvollziehen.

10 Die im Folgenden angeführten Studien sind nicht alles (quantitative) Inhaltsanalysen.

7.2 Ostdeutschland in den Medien

Deutlich häufiger als die Medienberichterstattung über die Wende im Speziellen wurde die Berichterstattung über die Ostdeutschen bzw. Ostdeutschland (im Allgemeinen) untersucht. Zu diesen Analysen gehören u.a. die Sammelbände von Ahbe, Gries und Schmale (2009) „Die Ostdeutschen in den Medien", von Kollmorgen, Koch und Dienel (2011) „Diskurse der deutschen Einheit"[11] oder auch eine Inhaltsanalyse von Früh et al. (1999) „Ostdeutschland im Fernsehen". Das Bild von den Anderen nach 1990".

In der vorliegenden Analyse soll jedoch nicht die mediale Darstellung Ostdeutschlands im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen, sondern vielmehr die Darstellung der deutschen Wiedervereinigung im Speziellen sowie das „Ost-West"-Verhältnis zueinander. Das heißt, die Berichterstattung über ostdeutsche Themen und Ereignisse alleine ist für die Analyse nicht relevant, es sei denn, es werden Vergleiche zwischen „Ost" und „West" angestellt bzw. ost- und westdeutsche Verhältnisse werden miteinander in Beziehung gesetzt.

Da die oben erwähnten Studien einen anderen thematischen Fokus als unsere Analyse haben[12], soll an dieser Stelle nur kurz auf diejenigen eingegangen werden, die Anknüpfungspunkte für unsere Analyse bieten, indem sie auch auf die Berichterstattung über die Deutsche Einheit oder auf das „Ost-West"-Verhältnis eingehen.

Zu den *quantitativen Inhaltsanalysen* unter diesen Arbeiten gehören u.a. die Studien von Früh et al. (1999) sowie Kolmer (2009). Früh et al. (1999) fokussieren sich in ihren Untersuchungen auf die Berichterstattung des Fernsehens. Ihre Inhaltsanalyse zielt darauf ab, Aussagen über die Darstellung Ostdeutschlands im Programm der wichtigsten deutschen Fernsehsender[13] zu treffen. Analysiert wurden verschiedene TV-Genres, wobei im Folgenden lediglich auf die informativen (Nachrichten und Magazine) eingegangen werden soll, da diese am ehesten mit der Presseberichterstattung vergleichbar erscheinen (im Gegensatz zu Talkshows, Sportsendungen oder Boulevardmagazinen). Die Analyse umfasst einen halbjährlichen Zeitraum (Dezember 1997 bis Mai 1998), woraus für die Informationsangebote des Fernsehens drei künstliche Wochen (in der Zeit vom 12.12.1997 bis zum 3.5.1998) analysiert wurden. Zudem ergänzen die Autoren eine explorative Inhaltsanalyse im Umfeld des 3. Oktober 1997, da sie hier eine besonders intensive Beschäftigung der Fernsehberichterstattung mit der „Ost-West"-Thematik erwarten (vgl. ebd.: 68ff., 79).

11 Analysiert werden Diskurse in verschiedenen „Feldern" und Medien, wie z.B. in der politischen Kommunikation (Berichte der Bundesregierungen zum Stand der Deutschen Einheit und „Leitbilder" politischer Parteien), in Wenderomanen, in Bildern und Fotografien. Abweichend vom Titel des Sammelbandes geht es in der Studie Kollmorgens und Hans' (2011), die sich mit den massenmedialen Darstellungen befasst, vorwiegend um Diskurse über Ostdeutschland im Allgemeinen (nicht um die Deutsche Einheit im Speziellen).

12 Viele der existierenden Analysen sind zudem (weitgehend) sprachwissenschaftlich begrenzt (vgl. Kollmorgen/ Koch/ Dienel 2011: 11).

13 Analysiert wurden die bundesweiten Programme von ARD, ZDF, RTL, SAT.1, ProSieben, MDR und N3 (vgl. Früh et al. 1999: 67).

Früh et al (1999) stellen u.a. fest, dass die Berichterstattung über den Osten lediglich etwa fünf Prozent der gesamten Fernsehberichterstattung ausmacht. Im Informationsbereich erfährt der Westen im Vergleich zum Osten etwa dreimal soviel Beachtung. Zudem wird über den Westen in den Beiträgen etwa doppelt so lang berichtet, wie über den Osten. Die Autoren interpretieren diesen Befund allerdings nicht ausschließlich negativ: „Man kann also im „klassischen" Informationsangebot zwar ein klares Übergewicht westdeutscher Inhalte erkennen, aber keinesfalls von einer erdrückenden West-Dominanz sprechen" (ebd.: 220). Im „Sendervergleich" schneidet SAT.1 bei fast allen gemessenen Parametern (unter Berücksichtigung aller TV-Angebote) für den Osten am besten ab. Das SAT.1-Programm behandelt am häufigsten Ostthemen, zeigt die meisten Ostschauplätze und berichtet zeitlich am längsten darüber. Dies ist allerdings größtenteils durch die Infotainment-Angebote bedingt. Bei den Informationsangeboten liegen ARD und ZDF zumeist gleichauf oder bieten sogar mehr Berichterstattung an. Sie berichten im Informationsprogramm beispielsweise mehr als doppelt so lange über den Osten als SAT.1 (vgl. ebd: 221).

Inhaltlich stehen bei der Ostberichterstattung politische Themen stark im Vordergrund. Im Informationsangebot sind 51 Prozent der Ostthemen politscher Natur im Vergleich zu 29 Prozent der Westthemen. Auch der Anteil an Wirtschaftsthemen ist in der Ostberichterstattung höher – umgekehrt verhält es sich bei Kulturthemen oder privaten Themen. „Typische Ostthemen", wie Solidaritätszuschlag, Stasi-Vergangenheit oder Arbeitslosigkeit, tauchen in der Fernsehberichtserstattung selten auf (in lediglich 45 von insgesamt 4417 Beiträgen; wobei die Stasi-Vergangenheit noch am häufigsten vorkommt). Acht Jahre nach der Wende „ kann [man] also sagen, dass auf ausgewählte, spezielle Probleme des Ostens in der Fernsehberichterstattung [kaum noch eingegangen wird" (ebd.: 222f.). Hinsichtlich der Bewertungen scheint die Fernsehberichterstattung über Ostdeutschland insgesamt ausgewogen zu sein, mit einer nur leichten Tendenz ins Negative (wobei RTL und ProSieben über den Osten etwas negativer berichten, als über den Westen; bei ARD und SAT.1 ist es umgekehrt, beim ZDF ist das Verhältnis ausgewogen) (vgl. ebd.: 224f.). Insbesondere die politischen und ökonomischen Zustände im Osten werden häufiger schlechter beurteilt als im Westen. Positiv wird hingegen der Kulturbereich im Osten bewertet (oder auch Zustände des Privatlebens) (vgl. ebd.: 231).

Die explorative Inhaltsanalyse in der Woche vom 29. September bis zum 5. Oktober 1997 sollte die Berichterstattung im Umfeld des 3. Oktobers genauer erfassen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Fernsehberichterstattung am Tag *vor* dem Nationalfeiertag der aktuellen politischen Entwicklung folgt und vorwiegend über den Solidaritätsbeitrag berichtete (vorwiegend aus einer westdeutschen Perspektive). Am 3. Oktober selbst ist die Berichterstattung von den Feierlichkeiten (Staatsakt in Stuttgart und Festumzug in Berlin) bestimmt. „Die vorrangige Präsentation dieser Meldung macht deutlich, dass sich alle Nachrichtenredaktionen der staatlich organisierten Veranstaltung gegenüber verpflichtet fühlen. Dies gilt vor allem für die öffentlich-rechtlichen Sender, die insgesamt sehr respektvoll und getragen berichten." (ebd.: 355) Auffällig war

jedoch ein allen Sendern eigener „ironisierender Stil“ (ebd.: 356) der Berichterstattung, der einer Distanzierung gleich kommt. „Es ist den Journalisten und Fernsehmachern klar, so die Schlussfolgerung, dass hier etwas geschieht, das irgendwie mit der Realität nicht übereinstimmt. Weil aber sowohl Publikum als auch Politik eine Berichterstattung erwarten und diese ja auch nach journalistischen Kriterien erfolgen muss, geschieht dies distanziert und ironisch“ (ebd.: 356).

Ihre Studie zur Darstellung Ostdeutschlands im Fernsehen haben Früh et al. (2011) im Jahr 2010 fortgeführt. In dieser aktuelleren Studie wurden fünf Fernsehsender einer Inhaltsanalyse unterzogen (ARD, ZDF, SAT.1, RTL und MDR).[14] Erneut wurden drei künstliche Wochen im Zeitraum vom 1. März bis zum 17. Juli 2010 gebildet (vgl. ebd.: 102f.). Nach wie vor, so zeigen die Hauptbefunde, ist Ostdeutschland in der überregionalen Fernsehberichterstattung weniger präsent als Westdeutschland, und die Präsens Ostdeutschlands hat sich im Vergleich zu 1999 noch verringert („Ost-West“-Verhältnis 2010: 1 zu 4,9; 1999: 1 zu 3,7). Diese Entwicklung muss aber nicht zwingend negativ bewertet werden. Womöglich wird

> „mit zunehmendem Abstand zur Wiedervereinigung die Herkunft ostdeutscher Akteure immer weniger ersichtlich […], weil erstens kaum noch Bedarf besteht, in der Öffentlichkeit explizit auf die ostdeutsche Herkunft zu verweisen und zweitens infolge der zunehmend konglomerierenden („verwischten“) Biographien eine eindeutige Zuordnung auch objektiv zunehmend schwieriger wird.“ (ebd.: 189f.)

Insgesamt werden die ostdeutschen Bereiche im Fernsehprogramm ausgewogen bewertet, westdeutsche hingegen leicht negativ (vgl. ebd.: 190). Noch immer ist es die „Kultur“, die in den Beiträgen über Ostdeutschland am positivsten bewertet wird – am häufigsten negativ wird jedoch der Bereich „Soziales“ bewertet (vgl. ebd.: 188f.).

Auf quantitative Inhaltsanalysedaten des Media Tenors stützt sich Kolmer (2009). Er untersucht das Bild Ostdeutschlands und der DDR in deutschen Medien zwischen 1994 und 2007. Sein Mediensample umfasst die Tageszeitungen Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau und Süddeutsche Zeitung, die politischen Magazine Spiegel und Focus sowie die TV-Sendungen ARD Tagesthemen, ZDF Heute Journal, RTL Aktuell und Sat.1 18:30/News. Die Analyse zeigt, dass im langfristigen Mittel der Anteil der ostdeutschen Bundesländer und Ostdeutschlands als Ereignisort der Berichterstattung aus Deutschland sieben Prozent ausmacht – im Zeitverlauf nimmt die Sichtbarkeit Ostdeutschlands seit Ende der neunziger Jahre deutlich ab (mit einem Tiefstwert von 3,6% im Jahr 2003) (vgl. ebd.: 192). In „Routinephasen“ der Berichterstattung liegt der Anteil der Beiträge aus Ostdeutschland unter fünf Prozent. „Die Langzeitanalyse dokumentiert damit vor allem ein sinkendes Interesse der Medien an Ostdeutschland. In der zweiten Hälfte der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts spielt Ostdeutschland in der

14 Früh et al. (2011) haben zusätzlich eine umfangreiche Programmanalyse durchgeführt, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.

Routine-Berichterstattung eine untergeordnete Rolle“ (ebd.: 212). Doch einzelne „Schlüsselereignisse“, wie z.B. spektakuläre Verbrechen (Babymorde in Thörey und Erfurt im Jahr 2007) oder der G8-Gipfel in Heiligendamm, können zu einem kurzzeitig stärkeren Interesse an Ostdeutschland in den Medien führen (vgl. ebd.: 194f.).[15] Bei der thematischen Darstellung Ostdeutschlands in den Beiträgen dominiert die Politik (Parteipolitik, Innenpolitik, Innere Sicherheit, Wirtschaftspolitik) und die Geschichte (vgl. ebd.: 198). Bis 2006 war die Tonalität der Berichterstattung über die Wirtschaftslage in Ostdeutschland (mit Ausnahme der „Boomjahre“ 1998-2000) stets negativ. „Bis zum Jahr 2006 wurde die Lage im Osten stets schlechter bewertet als in Westdeutschland oder der Bundesrepublik insgesamt“ (ebd.: 203). Seit 2007 wurden vermehrt positive Entwicklungen in der Produktion berichtet. Die Berichterstattung über die soziale Lage hat sich in ihrer Tonalität seit 2001 zunehmend verschlechtert und erreichte ihren Tiefpunkt ebenfalls im Jahr 2006. „Der Osten erscheint damit als ein sozialer Brennpunkt, der die Entwicklung in Deutschland insgesamt belastet“ (ebd.: 205). Der Anteil der Berichterstattung, der die DDR-Vergangenheit thematisiert, lag in den 1990er noch über zwei Prozent, sank jedoch bis 2002 auf unter ein Prozent. „Diese Entwicklung kann als eine Historisierung der DDR-Geschichte interpretiert werden; in dem Maße, in dem die persönlichen Erinnerungen verblassen und die Nachwirkungen der DDR-Vergangenheit an direkter Wirksamkeit verlieren, gehen auch die Berichtsanlässe und das Medieninteresse an der DDR zurück“ (ebd.: 208). Ausnahmen sind beispielsweise Feiertage wie der 3. Oktober (vgl. ebd.). In dem Maße, wie die Berichterstattung über die DDR zurückging, wurde die Berichterstattung weniger kritisch. Nach der Jahrtausendwende „führte der starke Rückgang der Berichterstattung über die DDR auch zu einer stärkeren Volatilität der Bewertungen.“ (ebd.: 209)

Zu den *diskursanalytischen Studien* gehören beispielsweise die Untersuchungen Ahbes (2009) sowie Kollmorgens und Hans‘ (2011). Ahbe (2009) analysiert, wie drei überregionale deutsche Tageszeitungen (die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung, die tageszeitung) und das Nachrichtenmagazin Der Spiegel „die Ostdeutschen“ in ihren Leitartikeln, Kommentaren, Feuilleton-Beiträgen, Essays, Reportagen und Reisebildern darstellen. Er analysiert also eher meinungsbetonte bzw. subjektiv geprägte Darstellungsformen der Berichterstattung (vgl. ebd.: 64f.). Untersucht wird die Berichterstattung in den Zeiträumen November 1989 bis Januar 1990 sowie Oktober und November 1995. Hierbei wurden folgende Hauptunterschiede zwischen den drei Tageszeitungen[16] deutlich:

Die taz fokussiert sich stark auf die „kleinen Leute“ (ebd.: 103) mit einem Blick „von unten“ (ebd.: 106) und wirft die Frage auf, „ob die Ostdeutschen durch das Leben in der

15 Eine weitere Analyse des Media Tenors bestätigt, dass ostdeutsche Medien häufiger über Ostdeutschland berichten, als westdeutsche (vgl. Kolmer 2009: 210).

16 Da unsere eigene Analyse lediglich auf die Berichterstattung deutscher Tageszeitungen abzielt, werden die Befunde zur Berichterstattung des Spiegels an dieser Stelle nicht näher ausgeführt.

DDR eine andere sozialisatorische Prägung erfahren und somit andere Wertvorstellungen und Handlungsmuster als die Westdeutschen ausgebildet haben“ (ebd.: 106).

Die FAZ-Berichterstattung betrachtet die Ostdeutschen im Jahr 1998/1990 hingegen „‚von oben‘: wie am ‚Kartentisch‘ werden die Kräfteverhältnisse und Handlungsoptionen gruppiert und kalkuliert.“ (ebd.: 104). Die Bewertung der DDR (und ihrer Bürger) ist drastisch und (eher) negativ. Die Ostdeutschen erscheinen als „wirklichkeitsblinde Gefangene ihrer Verhältnisse oder als konforme und unmoralische Nutznießer eines verbrecherischen Systems“ (ebd.), die erst vom Westen aufgeklärt werden müssen. 1995 ist die negative Tonalität gegenüber den Ostdeutschen bzw. die drastische Darstellung rückläufig. Die FAZ zeigt sich zuversichtlich: „Die Probleme des Ostens sind, so es sie tatsächlich noch gibt, *noch nicht ganz gelöste* [Herv. i. O.] Schwierigkeiten“ (ebd.: 106).

Die Süddeutsche Zeitung hingegen liefert Ahbe (2009) zufolge wenig generalisierende Interpretationen, sondern detaillierte Beschreibungen des Alltagslebens der Ostdeutschen. Auch die Bewertungen fallen differenzierter und positiver aus. Dennoch werden die Ostdeutschen nicht als „normal“ (ebd.) dargestellt: Sie erscheinen „als entschlossene Menschen, sie sind freundlich, offen bis zur Naivität, freilich auch etwas hinterwäldlerisch. Aber es wird kein Zweifel daran gelassen, dass sich die Ostdeutschen nun […] an den gleichen Werten und Zielen orientieren würden wie die Westdeutschen – dass sie bald so *normal* [Herv. i. O.] wie das Publikum der SZ sein würden.“ (ebd.: 104)

Eine ebenfalls diskursanalytische Untersuchung zu massenmedialen Diskursen über Ostdeutschland (z. T. im Vergleich zu Westdeutschland) liefern Kollmorgen und Hans (2011). Anders, als die meisten diskursanalytischen Ansätze im Kontext der Deutschen Einheit, fokussieren sich Kollmorgen und Hans (2011) nicht allein auf linguistisch orientierte Analysen (wie z.B. Richatz 2005; Reiher 2008; Roth/Wienen 2008; Ahbe/Gries/Schmale 2009)[17], sondern integrieren eine sozialwissenschaftliche Blickrichtung. Zudem liefern sie eine Sekundärauswertung weiterer Studien zu ähnlichen Themenkomplexen (wie Roth 2004; Ahbe 2009; Kolmer 2009). Daher soll Kollmorgens und Hans‘ (2011) Analyse hier etwas ausführlicher und beispielhaft für diskursanalytische Studien zum Thema Ostdeutschland in den Medien vorgestellt werden.

Kollmorgen und Hans (2011) analysieren Schlagzeilen und Unterüberschriften der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), der Süddeutschen Zeitung (SZ), der tageszeitung (taz), der Berliner Zeitung (BZ) und des Neuen Deutschlands (ND) jeweils im Mai der Jahre 2004 bis 2008[18]. Erfasst wurden alle Schlagzeilen und Unterüberschriften[19],

17 Gegenstand der „linguistischen“ Analysen sind „journalistische oder literarische Diskurse über die Ostdeutschen und Ostdeutschland in wichtigen Print- und elektronischen Massenmedien, wobei die entsprechenden geschlossenen oder offenen Textkorpora unter Einsatz linguistischer Alteritätsansätze oder topologischen Analysen erschlossen und Mechanismen wie Resultate sprachlicher Markierungs-, Marginalisierungs- und Abwertungsprozesse problematisiert werden.“ (Kollmorgen/ Hans 2011: 111).

18 Im Vergleich zu Löser (2013) können die Autoren Vergleiche im Zeitverlauf anstellen (zudem ergänzen sie ihre eigenen Daten durch Befunde Roths (2004) seit 1993), doch eine „echte“ Langzeitanalyse über mehrere Jahrzehnte können auch sie nicht liefern.

19 Ausführlichere Informationen, die im eigentlichen Artikeltext dargestellt werden, können die Autoren nicht erfassen.

die in den überregionalen Teilen der o. g. Zeitungen publiziert wurden und die Begriffe „Neue*Länder*“, „Neue*Bundesländer*“ und „Ost*“ enthielten (vgl. ebd.: 113). Diese Zugriffskriterien verdeutlichen, dass ihre Analyse vorwiegend Befunde zu Diskursen über Ostdeutschland liefern kann und weniger über die Deutsche Einheit.

Zu den Hauptbefunden gehört, dass der Berichterstattungsumfang der meisten analysierten Zeitungen (FAZ, taz und BZ) ab dem Jahr 2006 – nach dem 15-jährigen Wendejubiläum – deutlich schrumpfte. Im Vergleich mit Roths (2004) Analyse der FAZ- und taz-Berichterstattung über Ostdeutschland seit 1993 wird das „Abschmelzen“ (Kollmorgen/ Hans 2011: 114) der Berichterstattung noch deutlicher. Der Begriff „ostdeutsch*“ wird beispielsweise in der FAZ im Jahr 2008 achtmal weniger erwähnt, als noch im Jahr 1993. Die Berichterstattung pendelt sich in den 2000er-Jahren auf einem niedrigen Niveau ein (vgl. ebd.). Allerdings ist hierbei anzumerken, dass auch der Anteil an Nachrichten über Westdeutschland bzw. die alten Bundesländer im Zeitverlauf schrumpft (vgl. ebd.: 132; Kolmer 2009). Die (rein quantitativ gesehen) rückläufige Berichterstattung über Ostdeutschland muss also nicht zwingend negativ interpretiert werden, sondern könnte auch implizieren, dass die Medienberichterstattung nicht mehr zwischen einer ost- und westdeutschen Perspektive unterscheidet, sondern vielmehr eine gesamtdeutsche Perspektive einnimmt, sozusagen als Ergebnis einer positiven Gestaltung der deutschen Einheit (vgl. ebd.: 135).

Kollmorgen und Hans (2011) stützen Lösers (2013) Befund, dass insbesondere im Ressort Politik am häufigsten über Ostdeutschland berichtet wird. Im Zeitverlauf schrumpfte die Berichterstattung im Wirtschaftsressort merklich und nahm dafür im Feuilleton zu. Die westdeutschen Zeitungen FAZ und SZ platzieren Beiträge über „den Osten“ seltener auf der Titelseite, als die Berliner Zeitungen BZ und taz – und damit insgesamt weniger prominent (vgl. ebd.: 116ff.). Insgesamt fällt die Zeitungsberichterstattung über Ostdeutschland und die Ostdeutschen heute positiver aus, als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren. Dieser „Trend“ ist jedoch nicht auf eine kontinuierliche Verringerung negativ wertender Beiträge zurückzuführen (zwischen 2005 und 2007 erhöhte sich ihr Anteil sogar), sondern vielmehr stieg der Anteil positiv wertender Beiträge auf Kosten der neutralen Beiträge. Die konservative FAZ publizierte im Übrigen bereits in den 1990er Jahren deutlich mehr positive Beiträge als die links-libertäre taz (vgl. ebd.: 121f.). Seit etwa 2007 werden die Ostdeutschen in den überregionalen deutschen Tageszeitungen „häufiger als *aktive Subjekte* [Herv. i. O.] und weniger als passiv und eingezwängt Handelnde, als Objekte und (Er-)Leidende repräsentiert.“ (ebd.: 124) Der Anteil der Beiträge, in denen Ostdeutsche als passiv dargestellt werden, bleibt jedoch verhältnismäßig hoch (zwischen 65 und 75%) (vgl. ebd.). Bezüglich der aktiven und passiven Rollen ist ein gewisses „Muster“ der Berichterstattung zu erkennen: „Je ‚linker‘ die politische Ideologie und je ostdeutscher das Lesepublikum und die Autoren der Blätter sind, desto stärker werden Ostdeutsche als aktive Subjekte gezeichnet“ (ebd.: 124). Inhaltlich werden die Ostdeutschen überwiegend als „abweichend“ von den Westdeutschen dargestellt – und das „Besondere“ des Ostens wird überwiegend als Schwäche gegenüber der

„Norm“ Westdeutschlands beschrieben (vgl. ebd.: 130f., 136). Dieser Befund spricht gegen eine (ausnahmslos) gelungene Gestaltung der Deutschen Einheit. Eine Art „Gegendiskurs“ ist z. T. in der Berichterstattung der taz zu finden. Hier werden Ostdeutschland bzw. Ostdeutsche „nicht allein im vorbildlichen Spiegel des Westdeutschen verhandelt“ (ebd.: 146), sondern in alternativen Relationen – dies wiederum entspricht den Befunden Ahbes (2009).

Kollmorgen und Hans klassifizieren (unter Einbeziehung weiterer Studien) die Mediendiskurse über Ostdeutschland bzw. die Ostdeutschen in fünf Perioden (vgl. ebd.: 147ff.):

1) 1989 bis 1992/1993: *Aufbruch der DDR-Bürger bzw. der Ostdeutschen und explodierende Aufmerksamkeit*
   Diese Phase ist geprägt durch das „Überraschungs- und euphorische Moment des Umbruchs- und Vereinigungsgeschehens“ (ebd.: 147), was u.a. zu einer umfangreichen Berichterstattung führte, deren Fokus und Tonalität „offen“ war.
2) 1992/1993 bis 1995: *Ernüchterung, Verwerfung und beginnende Formierung es hegemonialen Diskurses*
   Bedingt durch politische und wirtschaftliche Probleme in den neuen Bundesländern kippte die anfängliche Euphorie und Offenheit. Die Bewertungen wurden negativer und das Verhältnis zwischen Ost und West wurde als asymmetrisch sowie im Osten als defizitär und belastend für die alten Bundesländer dargestellt.
3) 1995 bis 1998/1999: *Vollendung, Verschärfung und Verhärtung des hegemonialen Subalternitätsdiskurses*
   Negative Bewertungen, Angleichungen des Ostens an den Westen (aufgrund von Devianz) und Belastungen für den Westen verschärfen sich im medialen Diskurs.
4) 1999 bis 2005/2007: *Konsolidierung – und erste Risse*
   In dieser Phase sind erste Risse im bisherigen „hegemonialen“ Diskurs erkennbar. In der Medienberichterstattung formieren sich erste kritisch-alternative Diskurse, die die ostdeutsche Situation nicht (ausnahmslos) negativ darstellen.
5) Seit 2005/2007: *Revisionstendenzen*
   Eine Reinterpretation ostdeutscher Andersartigkeit etabliert sich, „insbesondere im Sinne innovativer, wenn nicht avantgardistischer Momente in der Gestaltung der bundesdeutschen Gegenwart und Zukunft“ (ebd.: 149).

7.3 Zusammenfassung des Forschungsstandes in Thesen

Die bisherige Forschung zur Medienberichterstattung über den Themenkomplex Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung lässt sich – trotz aller Heterogenität der Befunde und der Verschiedenheit der methodischen Zugänge – in knappen Thesen zusammenfassen. Diese Thesen bilden wiederum den Rahmen für die Entwicklung unseres eigenen Forschungsvorhabens:

1) Die mediale Berichterstattung über die Deutsche Einheit bzw. das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland ist außerhalb von Jubiläumstagen gering.
2) Bereits gegen Ende der 1990er Jahre sinkt der Berichterstattungsumfang über die deutsche Wiedervereinigung bzw. das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland drastisch.
3) Das Berichterstattungsaufkommen und der Berichterstattungsumfang sind in (regionalen) „Ostmedien" höher, als in (überregionalen) „Westmedien".
4) Der überwiegende Teil der Berichterstattung wird in überregionalen Zeitungen im Politikressort publiziert, in Regionalzeitungen hingegen eher im Lokal- bzw. Regionalressort.
5) Der Großteil der Berichterstattung ist nicht prominent auf der Zeitungstitelseite platziert.
6) Inhaltlich fokussiert der größte Teil der Berichterstattung auf politische Themen. Der Anteil „typischer Ostthemen" geht bereits in den 1990er Jahren deutlich zurück.
7) Zeitungen mit einer regionalen Verankerung in Ostdeutschland nehmen häufiger eine ostspezifische Perspektive zu einem Thema ein, wohingegen Zeitungen mit einer regionalen Verankerung in Westdeutschland eher aus einer gesamtdeutschen Perspektive heraus berichten.
8) Der überwiegende Teil der Berichterstattung über die Deutsche Einheit bzw. das „Ost-West"-Verhältnis ist neutral (nicht wertend) oder ambivalent. Wenn wertende Beiträge publiziert werden, fallen diese häufiger positiv als negativ aus (insbesondere in den Analysezeiträumen rund um die Jubiläen des Tages der Deutschen Einheit).
9) Mit zunehmendem Abstand zur Wiedervereinigung steigt der Anteil positiv wertender Artikel an.
10) Wenn Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland bzw. Ost- und Westdeutschen in den Beiträgen thematisiert werden, werden mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten betont.
11) Bei wertenden „Ost-West"-Vergleichen werden die ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Verhältnissen häufig defizitär dargestellt. Umgekehrt ist dies seltener der Fall.

7.4 Forschungsfragen

Aufbauend auf die bisherige Forschung möchten wir mit unserer Studie methodisch und inhaltlich über die vorliegenden Untersuchungen hinausgehen. Methodisch halten wir es für erforderlich, eine komplexere, vielfältige Dimensionen der Medienberichterstattung erfassende Inhaltsanalyse durchzuführen, die gleichzeitig Aussagen über die longitudinale Entwicklung der Medienaktivitäten zu diesem Themenkomplex zulässt. Ziel ist es also, die zeitvergleichende Perspektive der Media Tenor-Studien (Kolmer 2009; Media Tenor 2010, 2014) mit der Analysetiefe, die die Untersuchungen von Löser (2013) oder

Früh et al. (1999, 2011) erreichen, zu verknüpfen. Wie wir hier vorgehen, werden wir im folgenden Kapitel detailliert erläutern. Auf der Basis des dort vorgestellten Forschungsdesigns wollen wir den folgenden Forschungsfragen nachgehen:

1. *Fragen zum Umfang und zur formalen Gestaltung der Berichterstattung:*
    a. Wie häufig berichtet die deutsche Presse über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland[20]?
    b. Wie umfangreich berichtet die deutsche Presse über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland?
    c. Welchen „Beachtungsgrad" weisen die Beiträge über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland auf (Umfang, Platzierung und Bebilderung)?
    d. Wer sind die Urheber der Berichterstattung über die deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland?
    e. Welche journalistischen Darstellungsformen werden zur Berichterstattung über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland genutzt?
2. *Fragen zur inhaltlichen Gestaltung der Berichterstattung*
    a. Aus welchen Anlässen wird über die deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland berichtet?
    b. Was sind die Themen der Berichterstattung über die deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland?
    c. Aus welcher Perspektive wird über diese Themen in der deutschen Presse berichtet?
    d. Welche Probleme werden in der deutschen Presseberichterstattung bezüglich der deutschen Einheit/ Wiedervereinigung bzw. zu dem Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert?
    e. Welche Konflikte werden in der deutschen Presseberichterstattung bezüglich der deutschen Einheit/ Wiedervereinigung bzw. zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert?
    f. Werden in der deutschen Presseberichterstattung Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert, und wenn ja, wie werden diese bewertet?

20 Hier und im Folgenden ist mit den Begriffen Ost- und Westdeutschland immer auch die ost- und westdeutsche Bevölkerung gemeint.

g. Werden in der deutschen Presseberichterstattung Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert, und wenn ja, sind diese das Ergebnis eines Angleichungsprozesses (oder bestanden sie schon immer)?

h. Wie wird die deutsche Einheit/ Wiedervereinigung innerhalb der deutschen Presseberichterstattung bewertet?

i. Welche Entwicklungsbilanz bezüglich der deutschen Einheit/ Wiedervereinigung wird in der deutschen Presseberichterstattung thematisiert?

j. Welche Erwartungen an zukünftige Entwicklungen bezüglich des „Zusammenwachsens“ der ost- und westdeutschen Bevölkerung bzw. der Bildung einer gemeinsamen deutschen Identität werden in der deutschen Presseberichterstattung thematisiert?

8 Methode

8.1 Quantitative Inhaltsanalyse

Die oben genannten Forschungsfragen lassen sich methodisch sinnvoll durch eine quantitative Medieninhaltsanalyse beantworten. Für eine quantitative (im Gegensatz zu einer qualitativen) Analyse spricht der geplante Langzeitvergleich zwischen den Untersuchungsjahren 1990 bis 2014. Aufgrund des Zeitraums von 25 Jahren ist von einer Vielzahl an Beiträgen auszugehen, die systematisch analysiert werden sollen.

Die quantitative Inhaltsanalyse spielt in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft als Forschungsmethode eine bedeutende Rolle. Sie gilt als die am weitesten verbreitete Methode in der Kommunikationswissenschaft (vgl. Brosius/Koschel/Haas 2009: 139). Die Grundidee, auf der die quantitative Inhaltsanalyse fußt, ist der Versuch „die massenmediale Informationsflut wissenschaftlich handhabbar" (Maurer/Reinemann 2006: 35) zu machen und dadurch Aussagen über die generelle inhaltliche Struktur eines Mediums zu treffen. Mit Hilfe der Inhaltsanalyse sollen „kommunikative Inhalte vielfältiger Art erhoben und analysiert werden" (Pürer 2014: 566).

Ziel dieser Forschungsmethode ist die systematische, intersubjektiv nachvollziehbare Beschreibung sowohl formaler als auch inhaltlicher (Struktur-)Merkmale von Mitteilungen und massenmedialen Inhalten (vgl. Früh 2007: 27, 133; Maurer/Reinemann 2006: 26). Auf diese Beschreibung aufbauend können zudem Schlussfolgerungen auf die Kommunikatoren, die Rezipienten oder auf gesellschaftliche Verhältnisse beziehungsweise auf den Kontext gezogen werden (vgl. Rössler 2005: 24, 28ff.; Brosius/Koschel/Haas 2009: 146ff.).

Wir haben (rückwirkend) eine quantitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung sechs deutscher Tageszeitungen im Zeitraum 1990 bis 2014 durchgeführt. Mit dieser Analyse kann eine größere Zahl von Zeitungsartikeln zum Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. das Verhältnis der ost- und westdeutschen Bevölkerung zueinander nach identischen Regeln analysiert werden. Dadurch können Aussagen über die generelle formale und inhaltliche Struktur der (analysierten) deutschen Zeitungsberichterstattung zu diesen Themen gemacht werden. Da unsere Analyse einem Zeitraum von 24 Jahren abdeckt, erlaubt sie uns langfristige Trends und Veränderungen der Berichterstattungsmuster aufzuzeigen.

Um eine Beschreibung der Berichterstattung verschiedener Tageszeitungen zu ermöglichen, konzentriert sich die quantitative Inhaltsanalyse auf eine Auswahl von Artikelmerkmalen. Nicht jedes „Detail" eines Beitrags soll dokumentiert werden, sondern nur bestimmte, zuvor ausgewählte und definierte Beitragsmerkmale (vgl. Früh 2007: 65), die zur Beantwortung der Fragestellungen relevant sind. Im Vergleich zu anderen Studien, wie denen des Media Tenors (2014) beispielsweise, erfasst unsere Analyse dennoch eine breite Palette sowohl formaler als auch inhaltlicher Aspekte der Berichterstattung.

Insgesamt soll unsere Studie zur Schließung der in Kapitel 7.1 beschriebenen Forschungslücke beitragen. Selbstverständlich bleibt auch unsere Analyse in gewisser Hinsicht begrenzt. Innerhalb der einzelnen Untersuchungsjahre erfassen wir lediglich verhältnismäßig kurze Berichterstattungszeiträume (von bis zu drei Tagen) um klar definierte Ereignisse. Dies ist u.a. der Vielzahl und Komplexität der zu erhebenden formalen und inhaltlichen Aspekte geschuldet, die eine automatisierte, computergestützte Inhaltsanalyse unmöglich macht.

8.2 Untersuchungsdesign

8.2.1 Auswahl der Medien

Unsere quantitative Inhaltsanalyse fokussiert sich auf die Berichterstattung sechs deutscher Tageszeitungen im Zeitraum von 1990 bis 2014. Die Beschränkung unserer Analyse auf deutsche Printmedien, insbesondere die deutsche Tagespresse, hat sowohl forschungsökonomische und -pragmatische als auch inhaltliche Gründe.

Zu den forschungsökonomischen und -pragmatischen Gründen zählt die Verfügbar- und Zugänglichkeit des Untersuchungsmaterials: Die Ausgaben deutscher Printmedien werden in diversen Archiven aufbewahrt, wie Universitätsbibliotheken, hauseigenen Archiven von Medienunternehmen oder beispielsweise dem Institut für Zeitungsforschung in Dortmund, das einen umfangreichen Bestand historischer und aktueller (deutscher) Zeitungen und Zeitschriften pflegt. Eine vergleichbar günstige Verfügbar- und Zugänglichkeit deutscher Fernseh- oder Radio(nachrichten)sendungen ist – auch aus Copyrightgründen – nicht gegeben.

Darüber hinaus deuten kommunikationswissenschaftliche Befunde an, dass die Tageszeitung in Deutschland – im Vergleich zum Fernsehen – ein ausgeprägt politisches Medium ist. Das Fernsehen hingegen befriedigt vorwiegend Unterhaltungsbedürfnisse (vgl. Schulz 2001: 180). Dies legen Studien zum Nutzerprofil unterschiedlicher Medien nahe (vgl. ebd.: 177, 179). Zudem ist die Printberichterstattung über politische Sachverhalte in der Regel umfangreicher und liefert ausführlichere Hintergrundinformationen als die Rundfunkberichterstattung (deren Beiträge in der Regel auf wenige Minuten beschränkt sind). So ist der Informationsnutzen der Tageszeitung auch aus Sicht der deutschen Mediennutzer höher als der des Fernsehens (vgl. Schulz 2011: 26).

Unter den deutschen Printmedien berichten die deutschen Tageszeitungen wiederum engmaschiger über politisches Geschehen als beispielsweise Magazine. Zudem werden Tageszeitungen als Quelle zur Information über politische Sachverhalte häufiger genutzt als Magazine.

Um einen intra-medialen Vergleich der deutschen Presseberichterstattung über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung im Speziellen bzw. das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland/ ost- und westdeutscher Bevölkerung im Allgemeinen anstellen zu können, erstreckt sich die Inhaltsanalyse auf folgende deutsche Tageszeitungen:

Als Vertreter der *überregionalen deutschen Qualitätspresse* wurden die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die Süddeutsche Zeitung (SZ) und die taz ausgewählt. Sie decken das politische Meinungsspektrum von links (taz), links-liberal (SZ) bis konservativ (FAZ) ab (vgl. Maurer/Reinemann 2006: 130; Eilders 2004: 144f., 162). Trotz einer im Vergleich zur FAZ und SZ geringeren Reichweite ist die taz analytisch interessant, da sie auch sogenannte „postmaterialistische" Themen abbildet, die gesamtgesellschaftlich von Bedeutung sind. Wie die Leit- und Meinungsführermedien FAZ und SZ, wird auch die taz von Journalisten stark wahrgenommen.

Als Vertreter der überregionalen deutschen *Boulevardpresse* wurde die Bild-Zeitung (BILD) ausgewählt. Sie ist die einzige überregionale deutsche Boulevardzeitung und zugleich seit Jahrzehnten die auflagenstärkste und erfolgreichste (Straßenverkaufs-) Zeitung in Deutschland (Wilke/Reinemann 2009: 143f.; Brichta 2006: 60; Pürer/Raabe 2007: 156)

Um auch die Berichterstattung deutscher *Regionalzeitungen* in die Analyse einbeziehen zu können, wurden die Berliner Zeitung (BZ) und Der Tagesspiegel (TS) als zwei der auflagenstärksten Berliner Regionalzeitungen ausgewählt.[21] Beide Zeitungen erscheinen in Berlin und konkurrieren im Berliner Zeitungsmarkt. Der Tagesspiegel (liberal-konservativ bzw. sozial-liberal) wird vor allem in den westlichen Bezirken der Hauptstadt gelesen. Die Berliner Zeitung (links) hingegen erschien bis 1990 nur in Ost-Berlin und wird seither vor allem in den östlichen Bezirken der Hauptstadt gelesen (vgl. Berliner Zeitung 2013; Berliner Verlag 2014). Die Analyse dieser beiden Zeitungen ermöglicht einen Vergleich darüber, wie in Ost- und in Westdeutschland über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland berichtet wurde und wird.

Die Daten der repräsentativen Bevölkerungsbefragen belegen zudem, dass sowohl die ost- als auch westdeutsche Bevölkerung unter den Zeitungen insbesondere regionale Tageszeitungen zur Information über politisches Geschehen nutzen (Abbildung 79).

8.2.2 Untersuchungseinheiten

An die Auswahl der Tageszeitungen schließt sich die Frage an, welche „Teile" bzw. Ressorts der Zeitungen analysiert werden sollen (Untersuchungseinheiten). Erfahrungsgemäß berichten Zeitungen über politische Themen vorwiegend auf der Titelseite, im Ressort Politik sowie auf Kommentar- und Reportageseiten (insbesondere in regionalen Tageszeitungen), aber auch im Ressort Lokales/Regionales und – seltener – im Ressort Vermischtes (vgl. Wilke/Leidecker 2010; Wilke/Leidecker 2013). In den Ressorts Wirtschaft, Feuilleton und Sport sowie in den Pressestimmen, im Anzeigenteil und auf den Leserbrief-Seiten sind politische Inhalte hingegen kaum zu erwarten. Daher haben wir als *Untersuchungseinheiten* die Titelseite, die Ressorts Politik, die Kommen-

21 Lösers (2013) Analyse zufolge berichteten die ostdeutschen Regionalzeitungen mit deutlichem Abstand am meisten über die Wende, am wenigsten die westdeutschen überregionalen Zeitungen (vgl. Löser 2013: 102, 183). Dies bewog uns dazu, zwei Berliner Regionalzeitungen in unser Sample aufzunehmen.

tar- und Reportageseiten und für die Regionalzeitungen zusätzlich das Ressort „Lokales/Regionales“ ausgewählt.[22]

Da nicht jeder Beitrag, der auf den oben genannten Seiten veröffentlicht wird, für die Analyse relevant ist, muss ein *Zugriffskriterium* definiert werden. In die Untersuchung werden alle Beiträge (Artikel)[23] aufgenommen, die in der Überschrift, der Unterzeile, der Zwischenüberschrift, dem Vorspann oder im ersten Textabsatz die Deutsche Einheit bzw. Wiedervereinigung thematisieren (indem sie die beiden Begriffe oder Synonyme explizit erwähnen oder eindeutig umschreiben) und/oder Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland bzw. den Ost- und Westdeutschen[24] (oder synonym verwendeten Begriffen) anstellt. Entscheidend ist, dass der Beitrag die Regionen Ost- und Westdeutschland bzw. deren Bewohner miteinander in Beziehung setzt bzw. vergleicht.

8.2.3 Auswahl der Untersuchungszeitpunkte

Eine genaue Abschätzung, wann und in welchem Umfang in den oben genannten Medien im Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2014 über die Deutsche Einheit / Wiedervereinigung bzw. das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland berichtet wurde, ist kaum möglich. Nicht alle Zeitungsausgaben der oben genannten Medien sind für den gesamten Untersuchungszeitraum elektronisch gespeichert/verfügbar, so dass eine vollständige elektronische Schlagwortsuche nicht möglich ist. Zudem erscheint sie auch inhaltlich nicht sonderlich gewinnbringend oder zielführend, da sie voraussichtlich eine Vielzahl thematisch nicht relevanter Beiträge identifizieren würde, in denen die Schlagwörter lediglich erwähnt werden, ohne dass der Beitrag schwerpunktmäßig über das Thema berichtet.

Anstelle einer zufälligen Auswahl der zu analysierenden Zeitungsausgaben (für die die Grundgesamtheit bekannt sein müsste), haben wir eine systematische Auswahl der zu codierenden Zeitungsausgaben vorgenommen (siehe Tabelle 48).

Wir gehen davon aus, dass die Zeitungen insbesondere anlässlich bestimmter (wiederkehrender) Ereignisse über das Thema Deutsche Einheit / Wiedervereinigung berichten.

Zu diesen Ereignissen gehören sicherlich die Tage, an denen sich der Tag der Deutschen Einheit jährt (Jahrestage), also jeweils der 3. Oktober in den Jahren von 1990 bis 2014. Somit kann auch eine „kontinuierliche“ Berichterstattung im Zeitverlauf in den Blick genommen werden. Da der 3. Oktober ein Feiertag ist, wird jeweils die Presseberichterstattung am 2. und 4. Oktober 1990 bis 2014 analysiert, um die „Vor- und Nachbericht-

22 Lösers (2013) Analyse zeigte, dass ostdeutsche Regionalzeitungen vorwiegend in ihrem Lokalteil über die Wende berichten, wohingegen überregionale Zeitungen solche Beiträge am häufigsten in ihrem Politikteil publizieren (vgl. Löser 2013: 108, 183f.). Daraus schlussfolgern wir, dass eine Analyse des politischen Buchs aller Zeitungen relevant ist, für die Regionalzeitungen jedoch eine zusätzliche Analyse ihres Regional- und Lokalteils unverzichtbar ist.

23 Ein Beitrag ist definiert als eine umbruchtechnisch abgesetzte journalistische Einheit, die mit einer eigenen Überschrift versehen ist (und der ggf. ein eigener Urheber zugeordnet werden kann).

24 Auch: Vergleiche zwischen den alten und den neuen Bundesländern bzw. deren Bewohnern, zwischen der ehemaligen DDR und der BRD, bzw. deren Bewohnern, „Ossis“ und „Wessis“.

erstattung“ erfassen zu können.[25] Dies entspricht 25 Untersuchungszeitpunkten à zwei Tagen.

Analysiert wird ergänzend die Berichterstattung über repräsentative Bevölkerungsumfragen (wie z.B. Umfragen des Politbarometers) zur „Bilanzierung“ der Wiedervereinigung anlässlich von Jubiläen, und zwar am 22. und 23. September 2000, 28. und 29. September 2005 und am 1. und 2. Oktober 2010. Weitere Bevölkerungsumfragen zu den Themen Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. dem Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland (und seinen Bewohnern) wurden für die Jubiläumsjahre 1991, 1995, 2000, 2005 und 2010 innerhalb des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* recherchiert. In die Stichprobe aufgenommen werden jeweils die zwei Tage nach der Veröffentlichung der jeweiligen *Spiegel*-Ausgabe, in der die Befragung publiziert wurde.

Auch anlässlich (supra-)nationaler Wahlen könnte die Medienberichterstattung gegebenenfalls über unterschiedliches Wählerverhalten in den alten und neuen Bundesländern (und damit über gemeinsame bzw. unterschiedliche politische Kulturen, Werte und Normen) berichten. Daher wird auch die Berichterstattung über alle Bundestagswahlen von 1990 bis 2014 und alle Europawahlen zwischen 1994 und 2014 analysiert (jeweils der Tag vor der Wahl und die zwei Tage nach der Wahl). Ergänzt wird die Berichterstattung über die regionalen Landtagswahlen in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 2014 (jeweils der Tag vor der Wahl und die zwei Tage nach der Wahl).[26]

Zweifellos wären auch andere sich wiederholende Ereignisse mit einem (potenziellen) Bezug zur Deutschen Einheit als Kriterien für die Sichtung der Medienberichterstattung in Betracht gekommen – etwa der Jahrestag des Mauerfalls, die Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten oder die Neujahrsansprache des Bundeskanzlers. Die Einbeziehung dieser Untersuchungszeitpunkte hätte allerdings den Rahmen des Projekts gesprengt. Zudem erwarten wir anlässlich der von uns ausgewählten Ereignisse eine differenzierte, problemorientiertere und eine stärker auf die Deutsche Einheit, ihren Stand und ihre Entwicklung bezogene Presseberichterstattung als zu den von uns nicht berücksichtigten Zeitpunkten[27].

25 In Anbetracht von Lösers (2013: 186) Befunden gehen wir davon aus, dass die Zeitungen das Thema nur kurzfristig und punktuell aufgreifen (und nicht etwa über den Zeitraum einer Woche). Eine Betrachtung langer, zusammenhängender Untersuchungszeiträume erscheint daher nicht sonderlich gewinnbringend. Stattdessen wählen wir kurze Zeiträume um den Jahrestag der Deutschen Einheit für die Analyse aus.

26 Zwar boten Wahlen in Lösers (2013) Analyse nur in wenigen Fällen Anlass zur (vermehrten) Berichterstattung (vgl. Löser 2013: 98, 101, 183). Dies mag jedoch der Tatsache geschuldet sein, dass Löser (2013) sich ausschließlich auf Artikel fokussierte, die die Wende im Speziellen thematisieren. Da wir auch an Beiträgen interessiert sind, die das Verhältnis zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung zueinander beschreiben, nehmen wir Wahlen als potentielle Berichterstattungsanlässe in unsere Analyse auf.

27 Wir vermuten, dass die Medienberichterstattung anlässlich der Jahrestage des Mauerfalls sich stärker als anlässlich der Jahrestage der Deutschen Einheit auf die Ereignisse der Umbruchszeit 1989/1990 fokussiert und nicht die Deutsche Einheit als „Prozess“ – insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung seit dem 3. Oktober 1990 – im Mittelpunkt steht. Da die Feiertagsberichterstattung speziellen „Mustern“ unterliegt, wollten wir unsere Analyse zudem auf einen wiederkehrenden Feiertag beschränken.

Tabelle 48 Untersuchungszeitpunkte

Jahr	Monat	Tage
1990	09	24, 25, 26
	10	2, 3, 4, 13,15, 16
	12	1, 2, 4
1991	01	1
	07	22, 23, 24
	10	2, 3, 4
1992	10	2, 3, 4
1993	10	2, 3, 4
1994	06	11, 13, 14, 25, 27, 28
	09	10, 12, 13
	10	2, 3, 4, 15, 17, 18
1995	07	3, 4, 5
	10	2, 3, 4
1996	10	2, 3, 4
1997	10	2, 3, 4,
	11	24, 25, 26
1998	04	25, 27, 28
	09	26, 28, 19
	10	2, 3, 4
1999	06	12,14, 15
	09	4, 6, 7, 11, 13, 14, 18, 20, 21
	10	2, 3, 4
2000	09	22, 23
	10	2, 3, 4
2001	10	2, 3, 4
2002	04	20, 22, 23
	09	21, 23, 24
	10	2, 3, 4
2003	10	2, 3, 4
2004	06	12, 14, 15
	09	18, 20, 21
	10	2, 3, 4
2005	08	22, 23, 24
	09	17, 19, 20, 28, 29
	10	2, 3, 4,5
2006	03	25, 27, 28
	09	16, 18, 19
	10	2, 3, 4
2007	10	2, 3, 4
	11	5, 6, 7
2008	10	2, 3, 4
2009	06	6, 8, 9
	08	29, 31
	09	1, 26, 27, 28, 29
	10	2, 3, 4
2010	05	17, 18, 19
	10	1, 2, 3, 4
2011	03	19, 21, 22
	09	3, 5, 6
	10	2, 3, 4
2012	10	2, 3, 4
2013	09	21, 23, 24
	10	2, 3, 4
2014	05	24, 26, 27
	10	2, 3, 4

8.2.4 Überblick über die Untersuchungseinheiten und das Kategoriensystem

Der einzelne Zeitungsartikel (inklusive Überschrift, Textteil und gegebenenfalls der Fortsetzung auf einer anderen Zeitungsseite[28]) bildete die *Analyse- und Kontexteinheit* der Codierung. Die Codierung erfolgte auf der Beitragsebene. Auch Fotos, die zum Artikel gehören, wurden erfasst.

Die Erstellung des Kategoriensystems orientierte sich zum Teil an anderen Codebüchern, die ebenfalls zur Analyse der Berichterstattung über die Wende und Wiedervereinigung bzw. über die mediale Darstellung Ostdeutschlands erstellt wurden. Auch Codebücher, die umfangreiche und differenzierte Kategorien zur Erfassung von Themen und Bewertungen enthalten, wurden zur Kategorienbildung herangezogen.[29]

Eine Orientierung an den inhaltsanalytischen Instrumenten vorangegangener Studien ist durchaus sinnvoll, da sich deren Codebücher bereits bewährt haben. Zudem können die Befunde der eigenen Studie – bei vergleichbaren Kategorien – mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen verglichen werden. Insgesamt erfolgte die Entwicklung des Kategoriensystems anhand der genannten Forschungsfragen (vgl. Kap. 7.4).

Das Kategoriensystem umfasst sowohl formale als auch inhaltliche Merkmale der Artikel. Die zehn formalen Kategorien dienen zuallererst der allgemeinen Identifizierung des Artikels, wie die laufende Nummer des Artikels, die Zeitung, in der der Artikel erschienen ist, das Erscheinungsdatum des Artikels sowie die Nummer des Codierers, der den Artikel erfasst hat. Ferner wurden der Urheber beziehungsweise die Quelle(n) des Artikels, seine Platzierung und Stilform erfasst. Darüber hinaus wurde die Hauptüberschrift des Artikels im Volltext codiert. Von Interesse sind ferner der Umfang des Artikels (in Zeilen gemessen[30]) sowie seine Bebilderung, denn dies stellt einen Indikator für die Bedeutsamkeit und „Sichtbarkeit" des Beitrags dar.

Nach der Codierung der formalen Kategorien erfolgte die Verschlüsselung der inhaltlichen Merkmale des Artikels (sie umfassen insgesamt zwölf Kategorien). Zunächst wurde erfasst, aus welchem Anlass ein Artikel publiziert wurde (z.B. aufgrund eines Jahrestags oder der Veröffentlichung von Umfrageergebnissen). Das Hauptaugenmerk liegt auf der Frage nach dem inhaltlichen Schwerpunkt des Artikels (es konnten so viele Themen, wie im Artikel angesprochen wurden, erfasst werden, wobei immer ein Hauptthema identifiziert werden musste[31]), auf den Bewertungen der Deutschen Einheit und ihrer

28 Bei Artikeln, die auf einer Seite der Zeitung beginnen und auf einer anderen Seite fortgeführt werden, wurde die Fortsetzung des Artikels in die Codierung einbezogen. Als Fortsetzung gilt *nicht* der Verweis auf einen Kommentar oder Ähnliches auf einer anderen Seite der Zeitung. Eine inhaltliche Fortsetzung eines Artikels ist zum Beispiel durch ihre sprachliche Ankündigung („weiter auf Seite xy", „Fortsetzung auf Seite xy") zu erkennen oder daran, dass der Beitrag auf einer anderen Seite den gleichen inhaltlichen Schwerpunkt thematisiert und vom selben Urheber verfasst wurde.

29 Herangezogen wurden die Codebücher von Früh et al. (1999), Löser (2013) sowie Wilke und Leidecker (2010; 2013). Die Anlehnungen wurden innerhalb des Codebuchs durch Verweise kenntlich gemacht.

30 Zum Umfang gehören bei zweigeteilten Beiträgen auch die Zeilen der Fortsetzung auf anderen Seiten der Zeitungsausgabe. Auch die in der Regel größeren Vorspannzeilen (*Lead*) werden den Textzeilen zugerechnet. Nicht gezählt werden dagegen Überschrift, Unterzeile und mögliche Zwischen-Überschriften.

31 Löser (2013: 184) zeigte, dass die Berichterstattung zur Wende nicht vorwiegend auf den Feiertagsanlass bezogen ist. Daher entwickelten wir eine umfangreiche Themenkategorie zum Erfassen der Berichterstattungsinhalte.

Entwicklungsbilanz sowie von Zukunftserwartungen[32]. Für jedes Hauptthema wurde ferner erfasst, aus welcher Perspektive es dargestellt wird (einer gesamtdeutschen Perspektive, einer rein ostdeutschen oder westdeutschen Perspektive etc.), ob es ein problem- und/oder konfliktbehaftetes Thema darstellt und ob Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung angesprochen und ggf. bewertet werden.

8.2.5 Datenerhebung und Reliabilität

Die Daten wurden zur Gewährleistung der Intersubjektivität der Ergebnisse mit der Unterstützung von fünf wissenschaftlichen Hilfskräften[33] erhoben. Die Hilfskräfte wurden in acht Sitzungen innerhalb von sieben Wochen mit dem Codebuch vertraut gemacht und hinsichtlich der korrekten Analyse von Zeitungsartikeln geschult. Im Rahmen der Schulung wurde reales Material (Zeitungsartikel) mit Hilfe des entwickelten Analyseinstruments (Codebuch) bearbeitet. Darüber hinaus wurden den Codierern nach jeder Schulung Artikel ausgehändigt, die bis zur nächsten Sitzung zu bearbeiten waren. Das Ergebnis der Codierung wurde in der folgenden Sitzung gemeinsam besprochen und abgeglichen. Auf der Basis der Codierungen wurde das Codebuch weiter präzisiert und ergänzt.

Nach mehreren Schulungswochen wurde anhand eines Intercoderreliabilitätstests (siehe Tabelle 49) überprüft, wie einheitlich die fünf Codierer ein- und denselben Zeitungsartikel analysieren. Am Reliabilitätstest nahm auch die Schulungsleiterin, Melanie Leidecker, teil, um zu überprüfen, ob die Codierer nicht nur untereinander einheitlich, sondern auch inhaltlich korrekt codieren. Die Stichprobe für den Reliabilitätstest umfasste 25 Zeitungsartikel.

32 Anders, als die Analyse des Media Tenors (2014) erfasst unsere Analyse Bewertungen innerhalb von Beiträgen diffizil und differenziert zum einen sowohl zwischen impliziten und expliziten Bewertungen und zum anderen zwischen Bewertungen der (Idee der) Deutschen Einheit, der bisherigen Entwicklungsbilanz der Deutschen Einheit, Erwartungen an zukünftige Entwicklungen hinsichtlich des „Zusammenwachsens“ von Ost und West sowie zwischen Unterschieden und Gemeinsamkeiten der ost- und westdeutschen Bevölkerung. Gesondert wird ferner erfasst, ob das Hauptthema des Beitrags als ein mit Problemen behaftetes oder gar konflikthaltiges Thema dargestellt wird. Insofern geht unsere Analyse über die Analyse des Media Tenors (2014) hinaus und deckt auch einen längeren Untersuchungszeitraum ab. Allerdings ist unser Mediensample deutlich eingeschränkter und auch die Anzahl analysierter Beiträge wesentlich geringer.

33 An dieser Stelle möchten wir uns bei den Studierenden der Universität Koblenz-Landau Jonas Hirschberg, Alexandra Kloft, Benedikt Schülter, Fabian Thomas und Ann-Kathrin Ziemann, die mit viel Engagement und Sorgfalt die Codierung übernommen haben, bedanken.

Tabelle 49 Ergebnisse des Reliabilitätstests

Kategorienkürzeln (vgl. hierzu auch das Codebuch)	Holsti	Krippendorff's α
Zeitung	1,000	1,000
Tag	1,000	1,000
Monat	0,989	0,986
Jahr	1,000	1,000
Platz	0,960	0,879
Umfang	0,920	0,917
Stil	0,987	X
Urheb	0,872	X
Bild1	0,987	X
Bild2	0,973	X
Bild3	1,000	X
Anlass	0,792	0,669
Einwert1	0,800	X
Einwert2	0,811	X
Einbilanz1	0,789	X
Einbilanz2	0,768	X
Zukunft1	0,817	X
Zukunft2	0,952	X
Thema1	0,840	0,705
zusätzliche Themen (Themen 2-5, Ø)	0,821	X
Perspek	0,723	X
Problem	0,723	X
Konflikt	0,947	X
Unter	0,923	X
Unterwert1	0,704	X
Unterwert2	0,915	X
Gemein	0,909	X
Angleich	0,789	X

X: für die jeweilige Kategorie wurde auf die Berechnung von Krippendorff's α verzichtet, da dieser aufgrund fehlender Varianz nicht sinnvoll berechnet bzw. interpretiert werden kann.

Getestet wurde die Intercoderreliabilität mit zwei Reliabilitätsmaßen: dem Holsti-Koeffizienten (für alle Kategorien) und Krippendorff's α (für nicht-dichotome Kategorien bzw. für Kategorien, die eine hinreichende Varianz in ihren Ausprägungen (Codes) aufweisen).[34] Der finale Reliabilitätstest lieferte zufriedenstellende Reliabilitätswerte (Übereinstimmung >70%) bezüglich aller Kategorien – wobei sich „keine fixe Richtgröße für die Höhe des Reliabilitätskoeffizienten" (Früh 2007: 192; vgl. auch Holsti 1969: 142) angeben lässt. Der Richtwert variiert je nach Differenziertheit (Anzahl der Ausprägungen), Komplexität und Eindeutigkeit der Kategorie (vgl. Früh 2007:192; Holsti 1969: 142). Maier (2010: 59) schlägt zur Orientierung einen Richtwert für inhaltliche Variablen von 0,7 vor. Die exakten Reliabilitätswerte für jede Kategorie sind in Tabelle 2 aufge-

34 Krippendorff's α korrigiert für zufällige Übereinstimmungen zwischen Codierern und ist – wenn anwendbar – dem Koeffizienten nach Holsti grundsätzlich vorzuziehen.

listet. Damit sind die Voraussetzungen erfüllt, um mit der Codierung des eigentlichen Untersuchungsmaterials zu beginnen. Die Teile des Materials wurden den Codierern zufällig zugeordnet um zu verhindern, dass individuelle Codiererfehler die Untersuchungsergebnisse gegebenenfalls systematisch verzerren (vgl. Maurer/Reinemann 2006: 48).

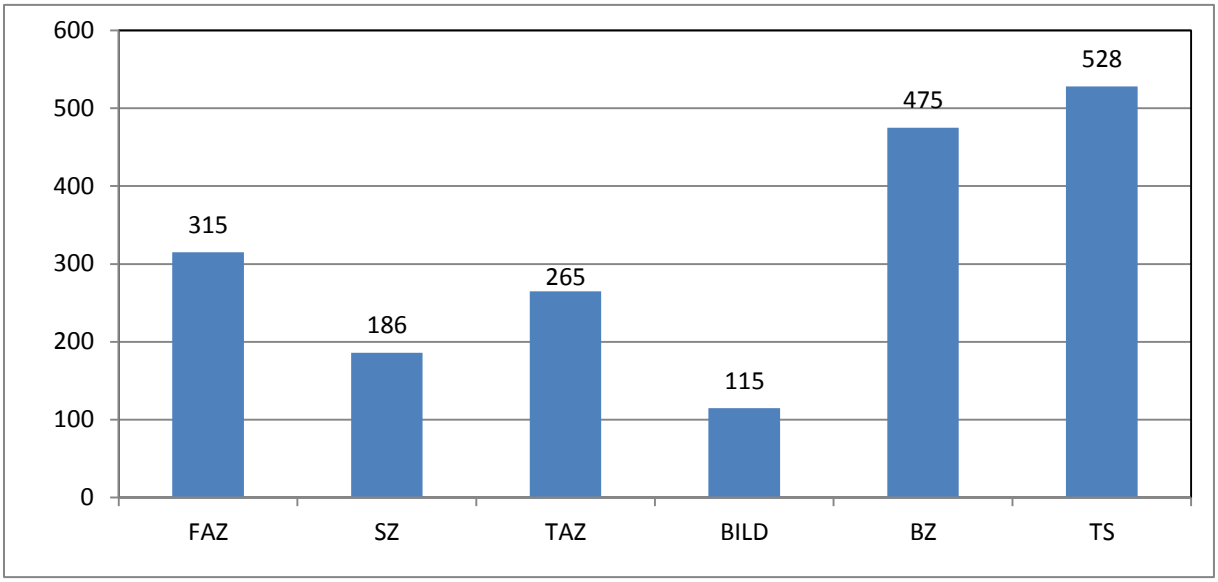
9 Ergebnisse – Die Presseberichterstattung über die Deutsche Wiedervereinigung im Langzeitvergleich

9.1 Formale Merkmale der Berichterstattung

9.1.1 Umfang der Berichterstattung

Unsere Stichprobe aus 25 Jahren enthält insgesamt 1884 Artikel aus sechs Tageszeitungen. Davon sind 315 Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), 186 in der Süddeutschen Zeitung (SZ), 265 in der tageszeitung (taz), 115 in der Bild-Zeitung (BILD), 475 in der Berliner Zeitung (BZ) und 528 im Tagesspiegel (TS) erschienen (vgl. Abbildung 82).

Abbildung 82 Gesamtumfang der Presseberichterstattung (absolute Häufigkeiten)



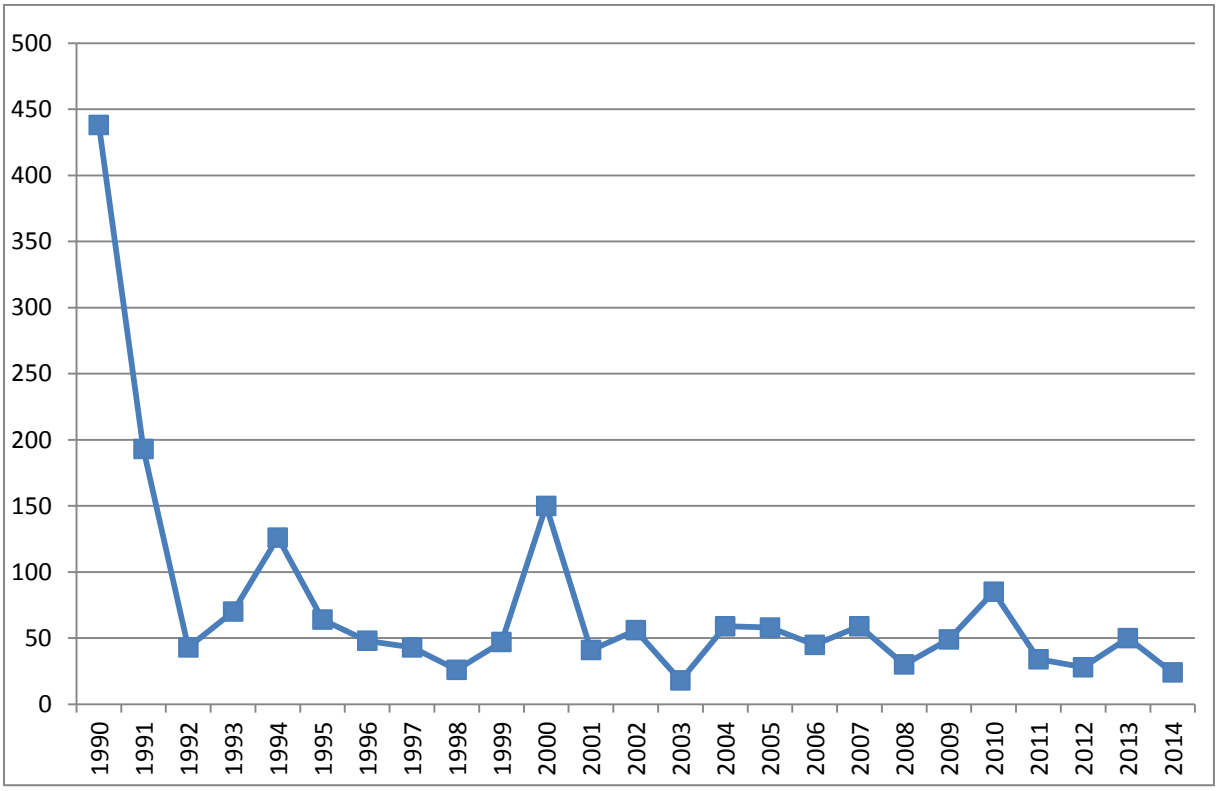
Basis: N = 1884 Artikel.

Das Untersuchungsjahr 1990 enthält – als Jahr des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland – erwartungsgemäß die meisten Artikel (vgl. Abbildung 83 & Abbildung 84). In diesem Jahr veröffentlichten die sechs Zeitungen insgesamt 438 Artikel zum Thema Deutsche Einheit bzw. dem Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland (knapp ein Viertel aller in unserer Stichprobe enthaltenen Artikel). Auch hier ist es der Tagesspiegel, der die meisten Artikel veröffentlichte (120), gefolgt von der FAZ (98), der Berliner Zeitung (93) und der taz (58). Die Süddeutsche Zeitung (37) veröffentlichte als Qualitätszeitung nur minimal mehr Artikel an den ausgewählten Tagen im September und Oktober 1990, als die Boulevardzeitung BILD (32).

Nach 1990 sinkt die Berichterstattungsmenge rapide. Zwar wurden im Jahr 1991 immerhin noch 193 Artikel (10,2% aller in der Stichprobe enthaltenen Artikel) veröffentlicht. Das Thema Deutsche Einheit war in der deutschen Presse noch sehr präsent. Doch schon 1992 wurden nur noch 43 Artikel (2,3% aller analysierten Artikel) publiziert. Auf

ähnlich niedrigem Niveau bewegte sich fortan der Publikationsumfang bis auf drei kleinere Höhepunkte. Diese sind einerseits durch das zehn- (2000: 150 Artikel) und zwanzigjährige (2010: 85 Artikel) Jubiläum der Deutschen Einheit zu erklären. Andererseits wurde im „Superwahljahr“ 1994 besonders häufig das Thema „Ost-West“ von den analysierten Zeitungen aufgegriffen. Es wurden 126 Artikel publiziert (6,7% aller analysierten Artikel). In diesem Jahr fanden sowohl in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Landtagswahlen, zusätzlich eine Bundestags- und eine Europawahl statt.

Abbildung 83 Umfang der Presseberichterstattung im Zeitverlauf (absolute Häufigkeiten)

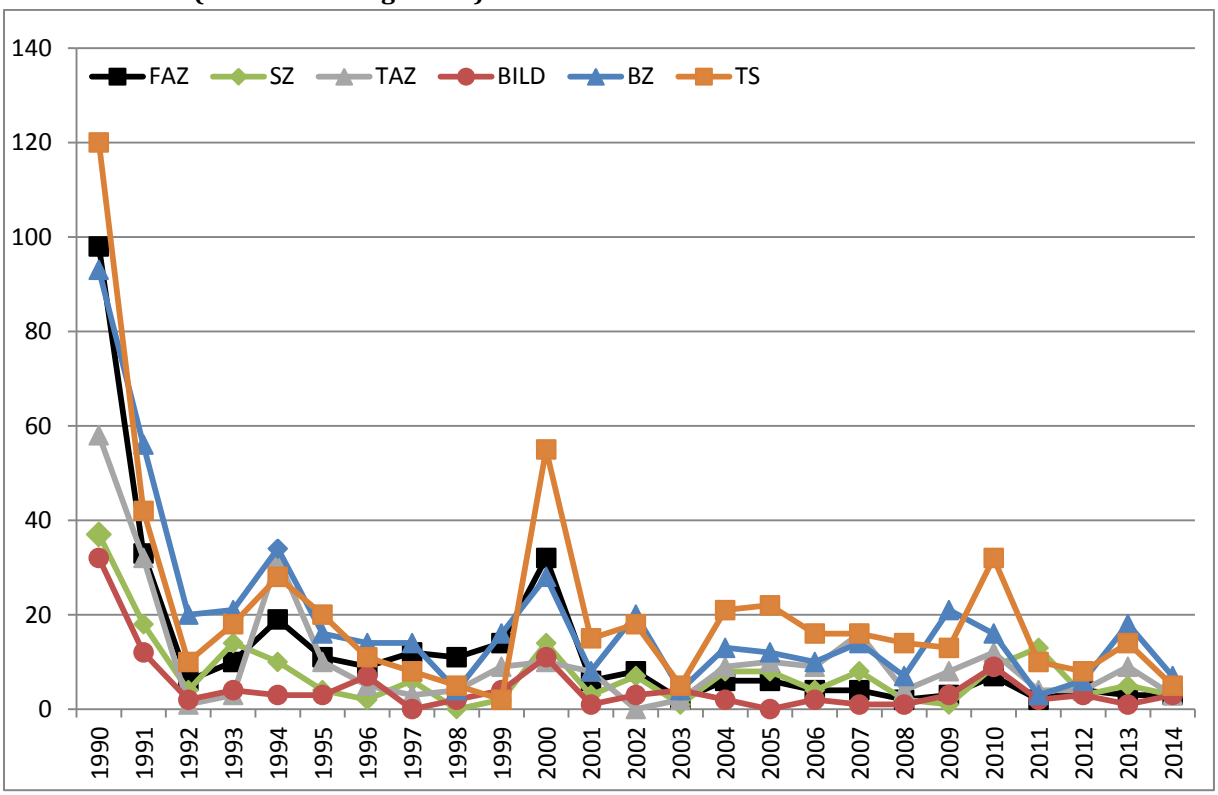


Basis: N = 1884 Artikel

Auch in diesen Jahren mit besonders hohem Berichterstattungsaufkommen (1994, 2000 und 2010) sind es die SZ und die BILD[35], die (zumindest zu unseren ausgewählten Untersuchungszeitpunkten) die wenigsten Artikel zur Wiedervereinigung und dem „Ost-West“-Verhältnis publizieren (im Jahr 2000 zusammen mit der taz, im Jahr 2010 zusammen mit der FAZ; vgl. Abbildung 84). Fast kontinuierlich sind es die beiden Berliner Regionalzeitungen, die die meisten Artikel zum analysierten Themenkomplex veröffentlichen. Dies bestätigt unsere eingangs erwähnte (vgl. Kapitel 6) Hypothese, dass (ostdeutsche) Regionalzeitungen umfangreicher über die Deutsche Einheit berichten als (westdeutsche) überregionale Zeitungen – und entspricht ferner den Befunden Lösers (2013).

35 Auch in Lösers (2013) Analyse war es die Bild-Zeitung, die die wenigsten Artikel zur Wende publizierte (vgl. Löser 2013: 104).

Abbildung 84 Umfang der Presseberichterstattung einzelner Zeitungen im Zeitverlauf (absolute Häufigkeiten)



Basis: N = 1884 Artikel; FAZ: 315 Artikel, SZ: 186 Artikel, taz: 265 Artikel, BILD: 115 Artikel, BZ: 475 Artikel, TS: 528 Artikel.

Die merklich höhere Anzahl publizierter Artikel in den beiden Regionalzeitungen ist u.a. darauf zurückzuführen, dass wir ausschließlich für diese beiden Berliner Zeitungen auch Artikel analysiert haben, die in ihrem Regional- bzw. Lokalteil erschienen sind. Bei zwei Regionalzeitungen aus Berlin war im Vorfeld der Analyse davon auszugehen, dass ein Großteil der Berichterstattung über die Wende und das „Ost-West"-Verhältnis in dem regionalen bzw. lokalen Ressort erscheinen wird (vgl. Löser 2013: 183f.) – ganz im Gegensatz beispielsweise zu den überregionalen Qualitätszeitungen FAZ (aus Frankfurt am Main) und SZ (mit Redaktionssitz in München). Von den 528 Artikeln des Tagesspiegels sind 196 im Regionalteil erschienen, von den 475 Artikeln der Berliner Zeitung insgesamt 143. Ließe man diese lokale bzw. regionale Berichterstattung unberücksichtigt, so wäre der Berichterstattungsumfang beider Zeitungen immer noch am höchsten (jeweils 332 Artikel im Politikteil), jedoch mit dem der FAZ (315 Artikel) vergleichbar, die unter den überregionalen Zeitungen noch am umfangreichsten berichtete.

Alles in allem bleibt bezüglich des Publikationsumfangs festzuhalten, dass die deutsche Presse über die Wende bzw. das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland insbesondere am ersten Jahrestag sowie zu „runden" Jubiläen viele Artikel veröffentlichte (sowie im Zuge des Superwahljahres 1994).

Die reine Anzahl der publizierten Artikel sagt jedoch noch nichts über deren (Zeilen-) Umfang aus – berichtet die deutsche Tagespresse über die Wende i.d.R. in großen, mehr-

spaltigen Artikeln oder lediglich im Rahmen kleiner Meldungen? Der Umfang eines Artikels stellt einen Indikator für die Bedeutsamkeit dar, die Journalisten einer Meldung zusprechen (vgl. Urban 2011: 379). Wir haben ihn in Zeilen gemessen.

Die längsten Artikel unserer Stichprobe sind in den überregionalen Qualitätszeitungen erschienen (vgl. Tabelle 50): in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit einem durchschnittlichen Artikelumfang von 113 Zeilen pro Artikel, in der tageszeitung mit einem durchschnittlichen Artikelumfang von 110 Zeilen und in der Süddeutschen Zeitung (im Durchschnitt 98 Zeilen pro Artikel). Wenn diese drei Zeitungen über die Wiedervereinigung oder das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland berichteten, dann also i.d.R. in umfangreichen (mehrspaltigen) Artikeln. Zum Vergleich: Kurze, einspaltige Meldungen auf den Titelseiten der FAZ oder der SZ des Jahres 2014 umfassen i.d.R. nicht mehr als 20 Zeilen; drei- bis vierspaltiger Aufmacher-Artikel etwa um die 60 (FAZ) bis 80 (SZ) Zeilen. Allerdings ist anzumerken, dass der Artikelumfang bei allen Zeitungen sehr stark schwankt. Dies belegen auch die großen Standardabweichungen in Tabelle 50.

Die Artikellängen der beiden Regionalzeitungen sind im Durchschnitt nahezu identisch – in der Berliner Zeitung 83 Zeilen, im Tagesspiegel 84 Zeilen. Die kürzesten Artikel finden sich, wie zu erwarten war, in der Boulevardzeitung Bild (ebd.). Ihre durchschnittliche Länge beträgt 65 Zeilen. Kurze Artikel(-texte) sind ein typisches Kennzeichen der Boulevardberichterstattung (vgl. Brichta 2006: 60). So merkte beispielsweise der ehemalige Chefredakteur der Bild-Zeitung, Rudolf Michael, in den 1950er-Jahren an: „Was in anderen Blättern mit 100 Wörtern gesagt wird, wird bei uns mit 10 gesagt, ohne dass in diesen 10 Wörtern – nach Möglichkeit, ich sage nach Möglichkeit – Gedankliches oder auch Farbe, Atmosphäre usw. verloren gehen“ (Michael, zitiert nach Lobe 2002: 33).

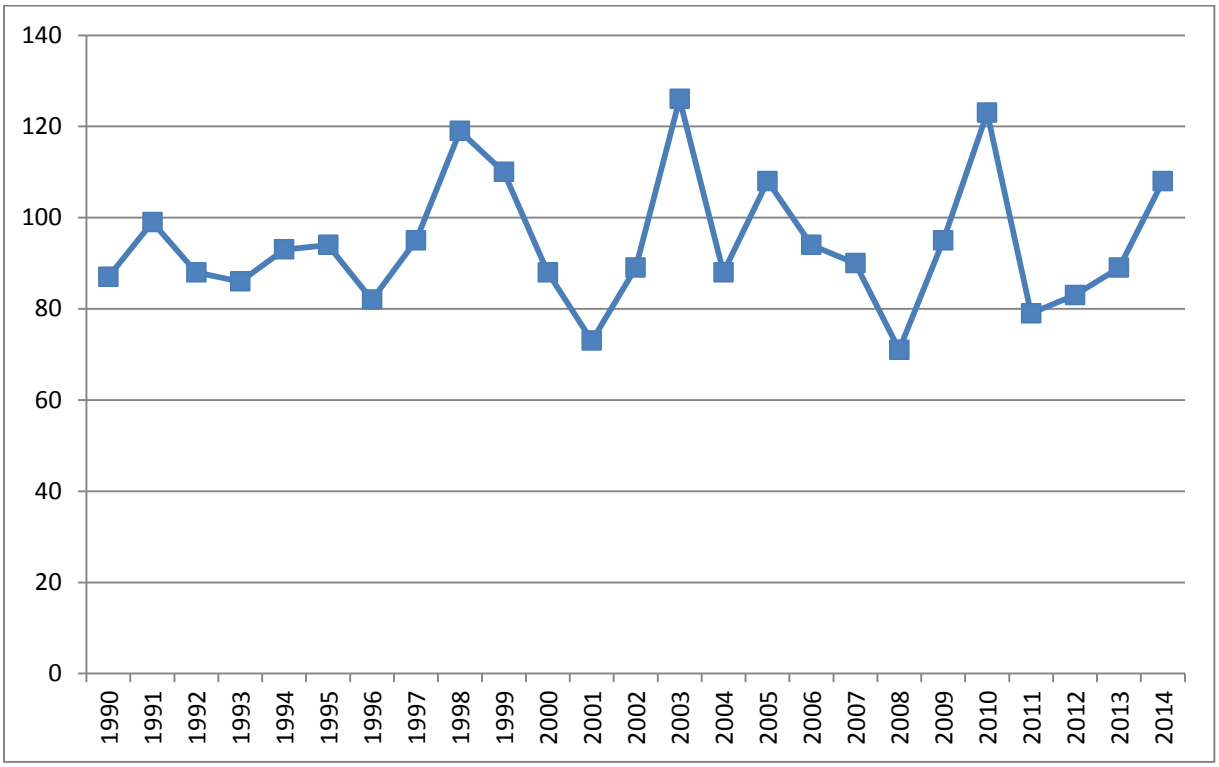
Tabelle 50 Umfang der Berichterstattung in Zeilen (Mittelwerte, Standardabweichungen)

	Gesamt	**FAZ**	**SZ**	**TAZ**	**BILD**	**BZ**	**TS**
	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Mittelwert	92,7	113,3[c]	98,4	110,4	64,8	82,9	84,4
Standardabweichung	85,1	107,9	84,3	105,2	61,0	71,9	69,5
N=	1884	315	186	265	115	475	528

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001

Betrachten wir den Zeilenumfang der Berichterstattung im Zeitverlauf, so fällt auf, dass der Berichterstattungsumfang sehr stark schwankt (vgl. Abbildung 85). Insbesondere in den Jahren 1998, 2003 und im zwanzigjährigen Jubiläumsjahr der Deutschen Einheit sind insgesamt überdurchschnittlich lange Artikel publiziert worden.

Abbildung 85 Zeilenumfang der Gesamtberichterstattung im Zeitverlauf (Mittelwerte)

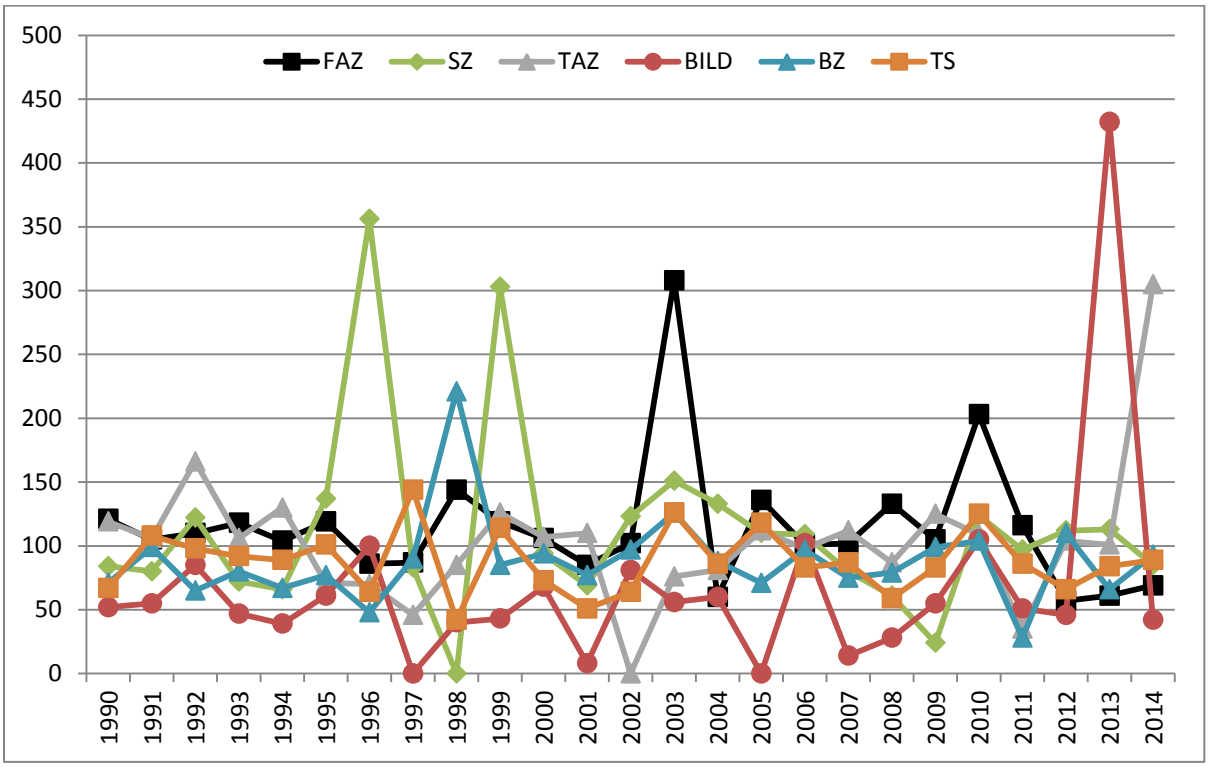


Basis: N = 1884 Artikel.

Diese „Peaks“ bedeuten jedoch nicht, dass alle unserer analysierten Zeitungen in diesen Jahren besonders lange Artikel veröffentlicht haben. 1998 war es insbesondere die Berliner Zeitung, die umfangreiche Artikel publizierte (MW: 220 Zeilen), im Jahr 2003 war es hingegen die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit durchschnittlich 308 Zeilen langen Artikeln und 2010 ist der hohe Mittelwert erneut insbesondere auf die großen Artikel in der Berliner Zeitung zurückzuführen (MW: 104 Zeilen) (vgl. Abbildung 86)

Ein vergleichender Blick auf die durchschnittlichen Artikellängen der einzelnen Zeitungen im Zeitverlauf zeigt insgesamt sechs „Peaks“ ungewöhnlich hohen Zeilenumfangs im Laufe der 25 Untersuchungsjahre – fünf davon innerhalb der Berichterstattung der überregionalen Qualitätspresse, nämlich der Süddeutschen Zeitung in den Jahren 1996 und 1999, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in den Jahren 2003 und 2010 und der taz im Untersuchungsjahr 2014.

Abbildung 86 Zeilenumfang der Berichterstattung im Zeitverlauf (Mittelwerte)



Basis: N = 1884 Artikel; FAZ: 315 Artikel, SZ: 186 Artikel, taz: 265 Artikel, BILD: 115 Artikel, BZ: 475 Artikel, TS: 528 Artikel.

Ein Höhepunkt lässt sich durch drei in unserer Stichprobe enthaltene Landtagswahlen im Jahr 1999 (Brandenburg, Thüringen und Sachsen) sowie die Europawahl, die ebenfalls in diesem Jahr stattgefunden hat, erklären. So wird die geringe Anzahl publizierter Artikel der SZ – lediglich zwei – im Jahr 1999 immerhin durch die Veröffentlichung ungewöhnlich langer Artikel relativiert (im Durchschnitt 303 Zeilen, darunter eine 534 Zeilen lange Reportage). Auch im Jahr 1996 waren es lediglich zwei lange Artikel (im Durchschnitt 356 Zeilen), die die SZ zu unserem analysierten Themenkomplex veröffentlichte: ein Porträt von 573 Zeilen Länge mit dem Titel „Die Deutschen wollten zueinander wie der ins Meer fließende Rhein“ und einen Kommentar „Das deutsche Schweigen“. Im Jahr 2003 war es die FAZ, die zwei Artikel von durchschnittlich 308 Zeilen Länge[36] veröffentlichte, darunter ein Beitrag über die Berliner Rede Angela Merkels zum Tag der Deutschen Einheit. 2010 umfassten die sieben FAZ-Artikel durchschnittlich 203 Zeilen. Im Jahr 2014 schließlich war es die taz, die innerhalb unseres Untersuchungszeitraums drei Artikel von durchschnittlich 305 Zeilen Länge publizierte.[37]

Den höchsten Peak bezüglich des durchschnittlichen Zeilenumfangs ihrer Artikel erreichte jedoch die Boulevardzeitung Bild im Jahr 2013 mit nur einem einzigen Artikel von 432 Zeilen: „Wie wiedervereinigt sind Sie?“ Dieser Artikel war als sogenanntes „Os-

36 4. Oktober 2003: „Wohin es mit Deutschland gehen soll“ (544 Zeilen) und „Schröder: Souverän ohne jeden Hurra-Patriotismus“ (72 Zeilen).

37 Das waren die Artikel vom 2. Oktober 2014: „Wir haben uns sehr darüber gefreut“ (256 Zeilen), „Das wird alles einmal dir gehören“ (643 Zeilen) und „50.000 Menschen in Hannover erwartet“ (lediglich 17 Zeilen).

si-Wessi-Quiz“ zu 23 Jahren Deutsche Einheit betitelt, das aus 51 Fragen bestand, wie z.B.: „Wie viele Türen hat ein Trabant?“.

Alles in allem sind es also wenige Einzelartikel, die den durchschnittlichen Zeilenumfang der Berichterstattung zeitweise in die Höhe treiben. Außerhalb der vereinzelten „Peaks“ bewegt sich der Umfang der Artikel im Zeitverlauf mehr oder weniger konstant zwischen etwa 50 bis 150 Zeilen. Die Artikel zur Deutschen Einheit bzw. dem „Ost-West“-Verhältnis scheinen also mehrheitlich keine kleinen Meldungen zu sein, sondern größere (mehrspaltige) Artikel – ein Zeichen dafür, dass diese Themen von den Journalisten für relevant erachtet werden.

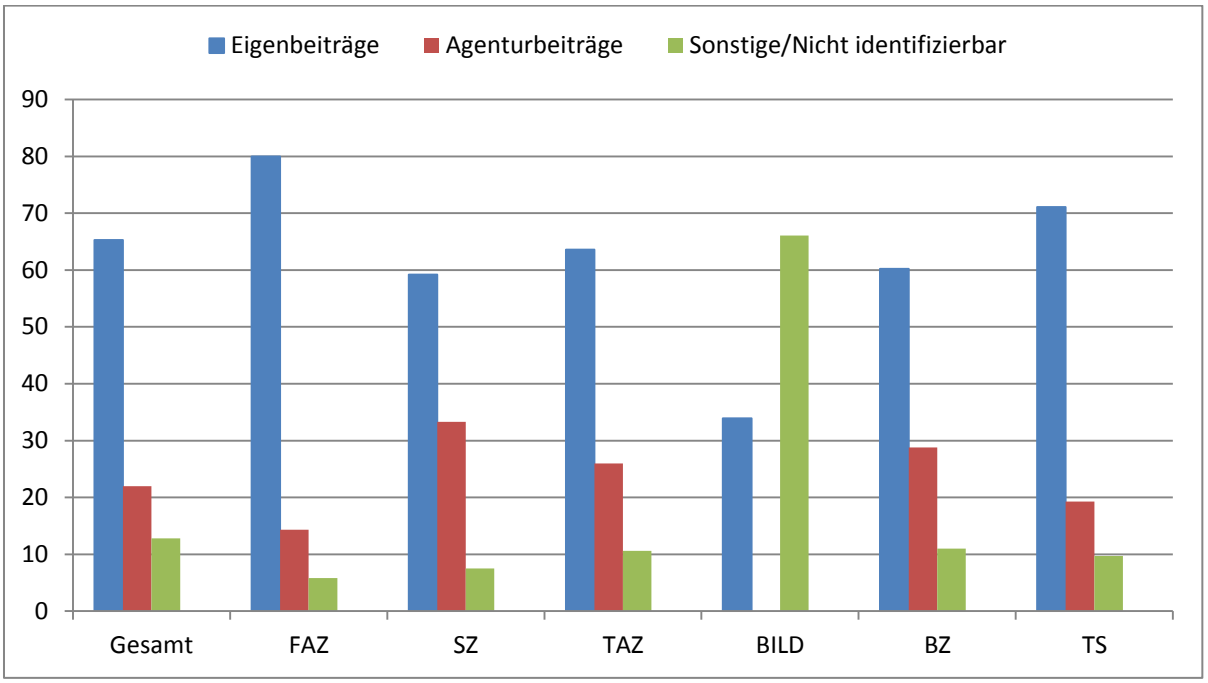
9.1.2 Urheber und Quellen

Die analysierten Artikel stellen insgesamt überwiegend Eigenbeiträge der Zeitungen dar (65,3%): 58,6 Prozent weisen einen Journalisten (mit Namensnennung oder Kürzel) als ihren Urheber aus. In 6,7 Prozent der Fälle wird die Redaktion als Urheber des Artikels angeführt. Ein gutes Fünftel aller Artikel hingegen sind als Beiträge von Nachrichtenagenturen kenntlich gemacht (vgl. Abbildung 87). Das Agenturmaterial muss, weil es für viele Nutzer gedacht ist, noch neutraler und ausgewogener sein, als die Eigenberichterstattung der Zeitungen. Auch für Eigenbeiträge gilt der Anspruch von Objektivität, aber die Zeitungen können hier eher Informationen selbst auswählen und Positionen vertreten oder Bewertungen abgeben (vgl. Wilke/Leidecker 2010: 348).

Gar keine Urheber- oder Quellenangaben werden in weiteren 7,9 Prozent der Artikel aller analysierten Zeitungen gemacht. An dieser Stelle lohnt sich eine vergleichende Betrachtung der sechs untersuchten Zeitungen. Der Durchschnittswert von knapp acht Prozent ist nämlich fast ausschließlich auf die fehlenden Quellenangaben der Bild-Zeitung zurückzuführen: Mehr als die Hälfte ihrer Beiträge, 54,8 Prozent, enthalten überhaupt keine Quellenangaben.[38] Das bedeutet, dass hier eine grundlegende journalistische Norm und ein journalistisches Qualitätskriterium – die Offenlegung von Quellen – missachtet wird. Die Angabe von Informationsquellen stellt eine Mindestanforderung für eine transparente Berichterstattung dar (vgl. Arnold 2008: 501). Insgesamt ist der Verstoß gegen die Quellenoffenlegung jedoch unter den sechs Zeitungen eine „Besonderheit“. Am seltensten kommt dies in den Beiträgen der Qualitätszeitungen FAZ und SZ vor (lediglich vier- bzw. sechsmal). Die Bild-Zeitung erweckt darüber hinaus den Anschein, keinerlei Agenturmaterial zur inhaltlichen Ausgestaltung ihrer Artikel zu verwenden – zumindest werden keine Beiträge mit Agenturkürzeln ausgewiesen.

38 Dieser Befund ist nicht neu: Bereits in Inhaltsanalysen zur Presseberichterstattung im Bundestagswahlkampf 2009 beispielsweise stellten Wilke und Leidecker (2011: 201) fest, dass die *Bild*-Zeitung bei 60 Prozent ihrer Wahlkampfbeiträge auf Quellenangaben ganz verzichtete. Eine Analyse von Aufmacher-Artikel der Bild-Zeitung aus den Jahren 1989, 1999 und 2009 ermittelte einen Anteil von 20 Prozent, der keine Quellen ausweist (vgl. Leidecker im Druck).

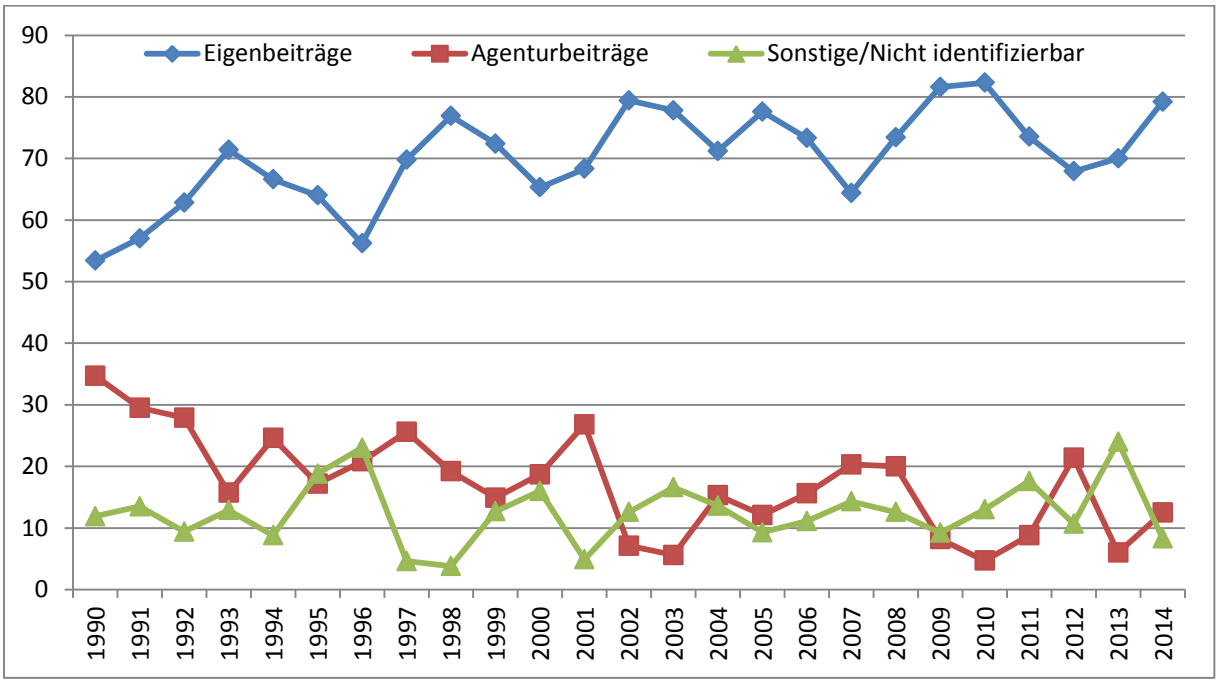
Abbildung 87 Urheber der Presseberichterstattung (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel; FAZ: 315 Artikel, SZ: 186 Artikel, taz: 265 Artikel, BILD: 115 Artikel, BZ: 475 Artikel, TS: 528 Artikel. p = 0,000

Im Zeitverlauf hat sich der insgesamt hohe Anteil an Eigenbeiträgen, insbesondere in den letzten zwölf Jahren, noch einmal erhöht (vgl. Abbildung 88). Gleichzeitig sank der Anteil der Beiträge, die von Nachrichtenagenturen stammen. Die Journalisten greifen also seltener auf Material zurück, das auch den meisten anderen Tageszeitungen zur Verfügung steht, sondern wählen vermehrt selbst die Informationen aus, die sie im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Deutsche Einheit publizieren möchten, und lassen ggf. eigene Sichtweisen und Standpunkte einfließen. Das bedeutet auch, dass diese Artikel mit mehr Eigenaufwand produziert werden. Den Höhepunkt erreichte der Anteil der Beiträge, deren Urheber einzelne Journalisten oder die Zeitungsredaktion darstellen, zum zwanzigjährigen Jubiläum der Deutschen Einheit (2010) mit 82,3 Prozent.

Abbildung 88 Urheber der Presseberichterstattung im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

9.1.3 Platzierung und Visualisierung

Nicht nur der (Zeilen-) Umfang eines Artikels ist ein Indikator für die Bedeutsamkeit, die Journalisten dem Beitragsthema zuschreiben. Auch die Platzierung eines Artikels innerhalb der Zeitung ist ein Indikator für dessen Relevanz. Blickaufzeichnungsstudien beispielsweise zeigen, dass die meisten Leser die Zeitungslektüre auf der Titelseite beginnen. Sie schenken der ersten Seite eine überdurchschnittlich hohe Aufmerksamkeit und verweilen hier am längsten (vgl. Bucher/Schumacher/Duckwitz 2007: 18, 26f., 30). Daher wählen Journalisten für die Titelseite ihrer Tageszeitung nur die „wichtigsten“ oder „interessantesten“ Meldungen aus, die einen besonders hohen Nachrichtenwert[39] haben. So vergleichen Journalisten und Kommunikationswissenschaftler die Titelseite der Zeitung auch mit einem „Schaufenster“ (Bucher/Schumacher/Duckwitz 2007: 22; Schneider/Raue 2008: 275, 291), in dem nur die besten „Waren“ platziert werden. Das heißt, Artikel auf der ersten Seite sind bedeutsamer als Artikel im Innenteil der Zeitung. Als „die Topgeschichte“ oder die „wichtigste“ Meldung des (Vor-) Tages bezeichnen Journalisten und Kommunikationswissenschaftler den Aufmacher-Artikel – er ist der bedeutsamste Artikel einer jeden Zeitungsausgabe, der mit der größten Überschrift (Schlagzeile) auf der Titelseite versehen ist und i.d.R. die meisten Spalten umfasst (vgl. Leidecker im Druck).

Berichten also die von uns analysierten Zeitungen in ihren Titelseiten-Aufmachern oder auch in meinungsbetonten Kommentaren auf der ersten Seite über die Deutsche Einheit bzw. das „Ost-West“-Verhältnis, messen sie dem Thema eine höchstmögliche Bedeutung

39 Der Nachrichtenwert drückt die Berichtens- oder auch Publikationswürdigkeit eines Ereignisses aus (vgl. Schulz 1976).

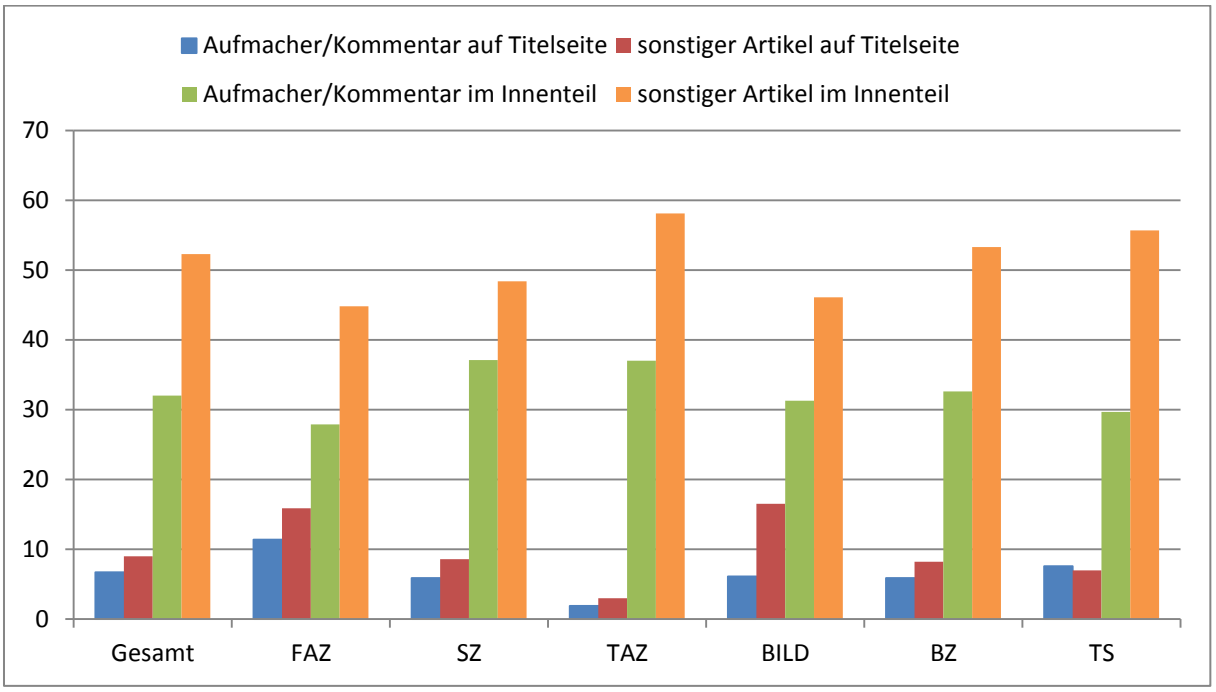
bei. Auch die übrigen Beiträge auf der Titelseite behandeln (hoch) relevante Themen. Etwas weniger bedeutsam sind Aufmacher-Artikel oder Kommentare im Innenteil der Zeitung. Am wenigsten Relevanz wird sonstigen Artikeln im Innenteil der Zeitung zugesprochen.

Unsere Analyse zeigt, dass gut die Hälfte aller Artikel – wenig „prominent" – im Innenteil der Zeitungen erschienen sind (vgl. Abbildung 89). Besonders hoch ist der Anteil „einfacher" Beiträge im Innenteil der taz und des Tagesspiegels – dies relativiert die hohe Anzahl publizierter Artikel im Tagesspiegel zumindest ein wenig. Immerhin knapp ein Drittel aller Beiträge insgesamt ist als Aufmacher oder Kommentar im Innenteil der sechs analysierten Zeitungen erschienen. Sie stellen damit beispielsweise die „wichtigsten" Beiträge eines Ressorts dar. Der Platz auf den Titelseiten der Tageszeitungen ist naturgemäß sehr begrenzt. Daher sind im Durchschnitt lediglich knapp sieben Prozent aller Beiträge als Aufmacher oder Kommentare auf der Seite eins erschienen – in diesen Fällen wurden die Themen Deutsche Einheit und das „Ost-West"-Verhältnis als bedeutsamste Meldungen des (Vor-) Tages angesehen. Diesbezüglich zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Zeitungen. Die überregionale FAZ platziert Themen rund um die Deutsche Einheit bis zu sechsmal häufiger als Aufmacher oder Kommentar auf ihrer Titelseite (11,4%), als die übrigen Zeitungen, wie beispielsweise die taz (1,9%). Sie misst ihnen damit eine besondere Bedeutung bei. Auch in Form „sonstiger" Artikel (wie z.B. als einfache Meldung oder als sogenannte „Eckenbrüller"[40]) erscheinen diese Themen bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wesentlich häufiger auf der ersten Seite (15,9%), als bei den meisten anderen Zeitungen. Von diesem Befund ausgenommen ist die Boulevardzeitung Bild, die „einfache" Artikel zur Deutschen Einheit und zum „Ost-West"-Verhältnis in 16,5 Prozent der Fälle auf ihrer Titelseite platziert.

Insgesamt betrachtet ist es demnach die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die nicht nur die meisten Artikel zur Wiedervereinigung publiziert (insofern die Regional- und Lokalteile der beiden Berliner Regionalzeitungen unberücksichtigt bleiben), sondern diese gleichzeitig auch am prominentesten in ihren Zeitungsausgaben platziert.

40 Der Eckenbrüller bezeichnet im Zeitungssatz einen Artikel, der in der oberen linken oder rechten Ecke der Titelseite platziert ist (vgl. Dilba 2005: 32).

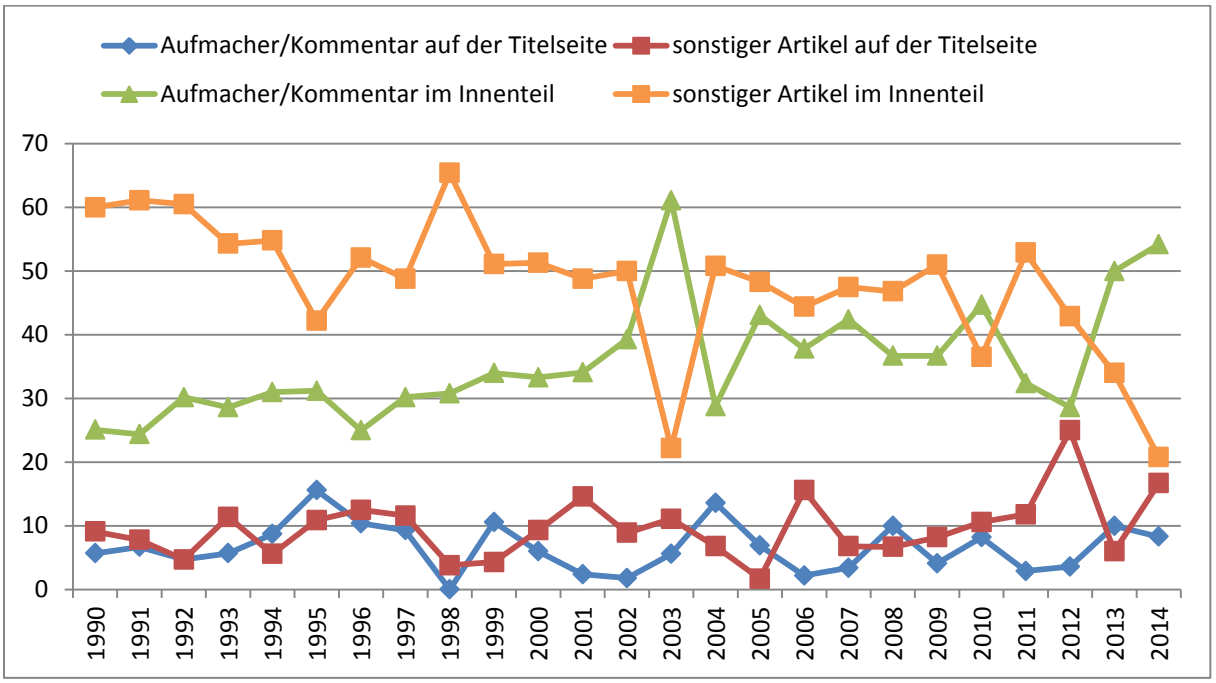
Abbildung 89 Platzierung der Beiträge (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel; FAZ: 315 Artikel, SZ: 186 Artikel, taz: 265 Artikel, BILD: 115 Artikel, BZ: 475 Artikel, TS: 528 Artikel. p = 0,000

Im Zeitverlauf sind keine langfristigen Trends bezüglich der Artikelplatzierung zu erkennen (vgl. Abbildung 90). Am „prominentesten“ (auf der Titelseite) waren die Artikel zur Deutschen Einheit und der Beziehung der ost- und westdeutschen Bevölkerung zueinander in den Stichproben der Untersuchungsjahre 1995, 2004, 2006, 2012 und 2014 platziert. In den Jahren 2003 und 2014 wurden zudem ungewöhnlich viele der analysierten Beiträge als Aufmacher oder Kommentare in den Innenteilen der Zeitung veröffentlich. Diese prominenten Platzierungen lassen sich – bis auf das Untersuchungsjahr 1995 – nicht durch besondere Jubiläen des Tages der Deutschen Einheit erklären. Besonders „unauffällig“ waren die Beiträge im Jahr 1998 platziert.

Abbildung 90 Platzierung der Beiträge im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

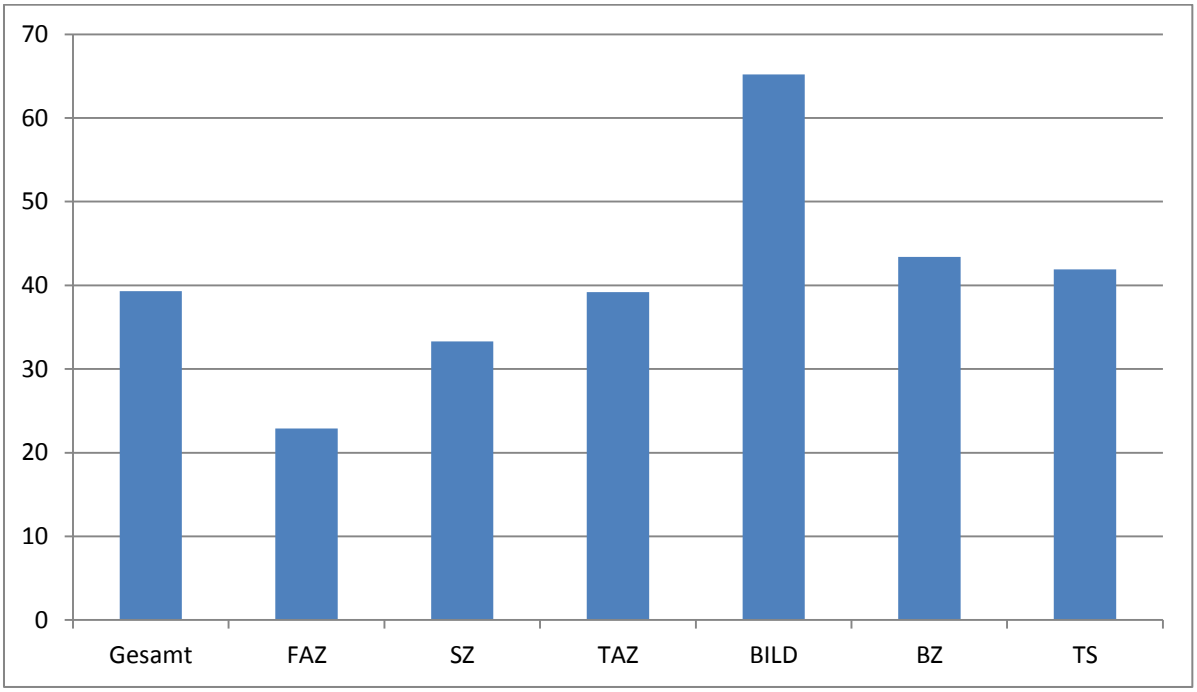
Neben der Platzierung stellt die Visualisierung (die Bebilderung der Artikel) einen Indikator für die „Sichtbarkeit" der publizierten Beiträge dar. Die Blicke der Leser bleiben an großen, auffälligen Elementen (wie Bildern) hängen (vgl. Bucher/Schumacher/Duckwitz 2007: 25ff.). „In den meisten Fällen beginnt der Leser die Informationsaufnahme bei einem großflächigen Bild oder bei einer Überschrift" (Küpper 1992: 17). Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass bebilderte Artikel von den Zeitungslesern überdurchschnittlich häufig beachtet werden.

Längsschnittanalysen deutscher Tageszeitungen verweisen oftmals auf einen (langfristigen) Visualisierungstrend, also auf eine zunehmende Verwendung von Bildern in der Presseberichterstattung (vgl. Knobloch et al. 1997: 46f.). So nahm beispielsweise die Bebilderung der Wahlkampfberichterstattung in der deutschen Presse seit den 1990er-Jahren deutlich zu (vgl. Wilke 2004; Wilke/Leidecker 2010). Ob ein solcher Trend auch in der Presseberichterstattung zur Deutschen Einheit zu erkennen ist, kann unsere Analyse zeigen.

Zunächst ist jedoch festzuhalten, dass insgesamt rund 39,3 Prozent unserer analysierten Artikel mit mindestens einem Bild versehen sind. Die Bild-Zeitung macht dabei ihrem Namen alle Ehre: Ihre Artikel sind – im Vergleich zu den übrigen fünf Zeitungen – am häufigsten bebildert (65,2%). Am zweithäufigsten sind die Beiträge der beiden Regionalzeitungen mit mindestens einem Bild versehen (BZ: 43,4%; TS: 41,9%). Am seltensten visualisiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung ihre Beiträge über die Deutsche Einheit bzw. die Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland (lediglich 22,9% ihrer Artikel sind bebildert) (vgl. Abbildung 91). Die FAZ zeigt sich hinsichtlich der Bebilde-

rung ihrer Artikel traditionell zurückhaltend – erst im Oktober 2007 hat sie beispielsweise ein Bild auf ihrer Titelseite eingeführt.

Abbildung 91 Visualisierung der Presseberichterstattung (Prozent)

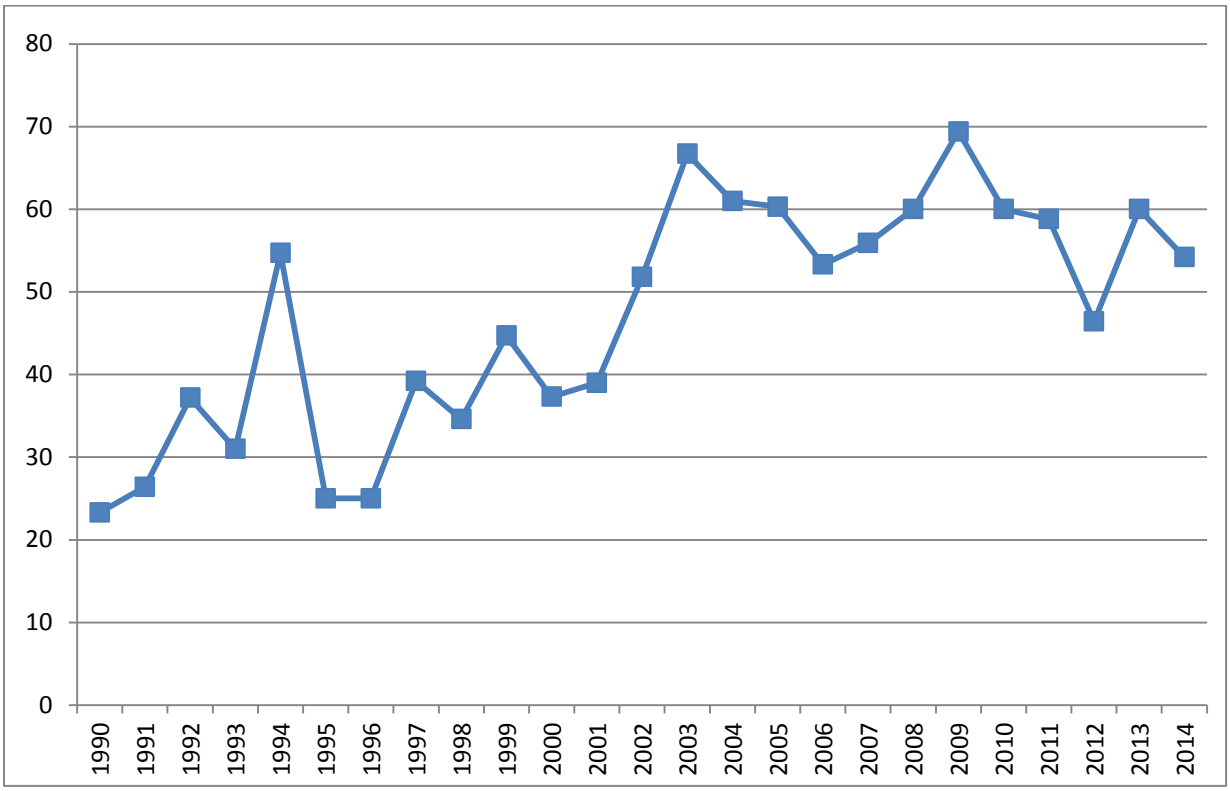


Basis: N = 1884 Artikel; FAZ: 315 Artikel, SZ: 186 Artikel, taz: 265 Artikel, BILD: 115 Artikel, BZ: 475 Artikel, TS: 528 Artikel. p = 0,000

Insgesamt sind die von uns analysierten 1884 Artikel mit 1079 Bildern versehen. Ein einziger Artikel war mit insgesamt elf Bildern versehen. Dabei handelt es sich um einen Beitrag der Bild-Zeitung vom 2. Oktober 2010 mit dem Titel „BILD schenkte 14 Bundesländern ein Denkmal der Freiheit“. Dieser Artikel berichtet darüber, wie 14 Stücke der Berliner Mauer jeweils an ein Bundesland verschenkt wurden, um an die Deutsche Einheit zu erinnern. Auf elf Fotos sind diejenigen Personen abgebildet, die das Mauerstück entgegen nahmen (samt Mauerblock). Die Mehrheit der Artikel war jedoch mit lediglich einem einzigen Bild versehen (557 Artikel) – nur 183 zeigten mehr als ein Bild. Die meisten Beitragsbilder stellen Fotographien dar (905 Bilder), 116 sind Schaubilder, Grafiken oder Tabellen. Unsere Stichprobe enthielt ferner 47 Karikaturen, sechs Fotomontagen bzw. Collagen und fünf „sonstige“ Bildformen.

Im Zeitverlauf zeigt sich kein streng monotoner Trend zu einer immer visualisierteren Berichterstattung (vgl. Abbildung 92). Doch seit etwa 2003 sind die Artikel zur Deutschen Einheit oder dem Verhältnis der Ost- und Westdeutschen zueinander i.d.R. häufiger bebildert, als noch in den 1990er Jahren (mit Ausnahme der Untersuchungsjahre 2006, 2012 und 2014). Prozentual gesehen am seltensten bebildert waren die Beiträge des Jahres 1990 (lediglich 23,3%). Dies ist vermutlich durch den hohen Umfang publizierter Artikel zu erklären, die nicht alle mit einem Bild versehen werden konnten. Ihren Höhepunkt hat die Visualisierung im Jahr 2009 erreicht: 69,4 Prozent aller Artikel waren mit mindestens einem Bild versehen.

Abbildung 92 Visualisierung der Presseberichterstattung im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N =1884 Artikel.

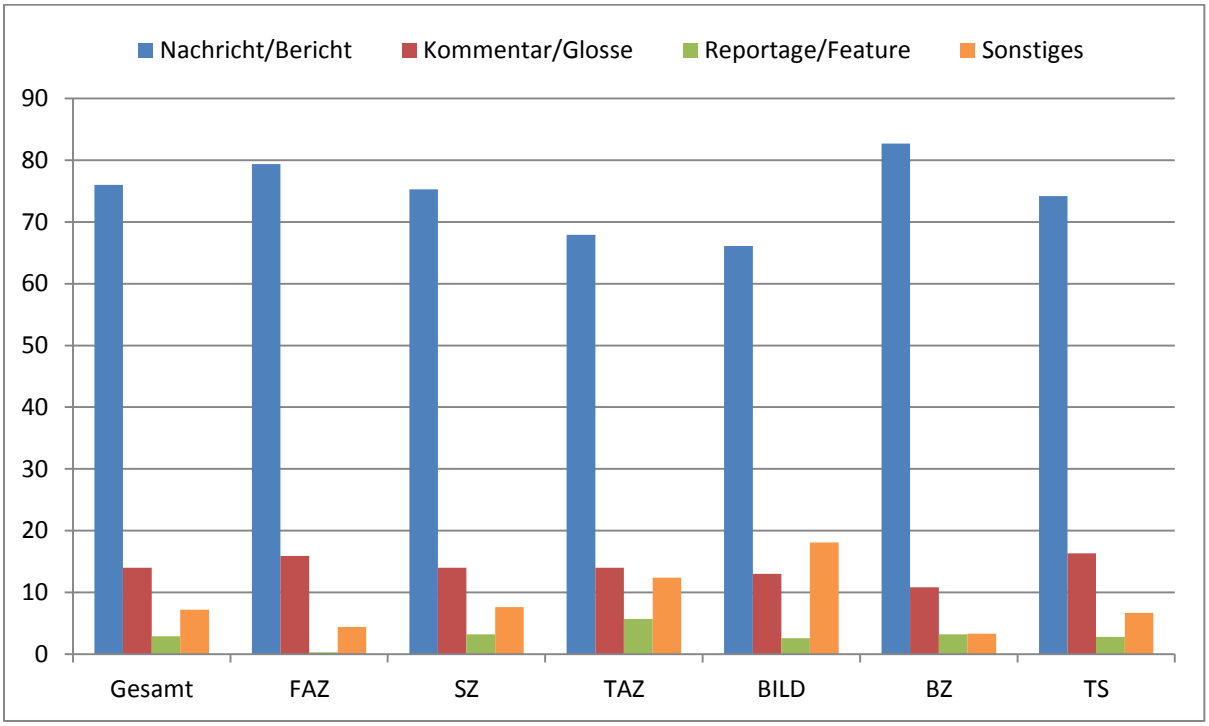
9.1.4 Darstellungsformen

Neben dem Umfang, den Urhebern und der Platzierung der Berichterstattung haben wir die Darstellungsformen, in denen die sechs analysierten Zeitungen über die Wiedervereinigung und das Verhältnis der ost- und westdeutschen Bevölkerung zueinander berichten, erfasst. Wir unterscheiden dabei Formen relativ „objektiver“ Berichterstattung, wie Nachrichten und Berichte, die tatsachenbetonte Informationen vermitteln, sowie „persönlich gefärbte“ bzw. interpretierende oder meinungsbetontere Formen, wie Kommentare, Glossen, Reportagen und Features (vgl. auch Wilke/Leidecker 2013; Leidecker/Wilke 2014). Wird über die Deutsche Einheit und das „Ost-West“-Verhältnis also vorwiegend neutral oder eher meinungsbetont berichtet, und unterscheiden sich die Zeitungstypen in ihrer Berichterstattung diesbezüglich?

Das Ergebnis ist eindeutig: Alle von uns analysierten Zeitungen berichten vorwiegend in objektiven Darstellungsformen über die Wiedervereinigung und das Verhältnis Ost- und Westdeutscher zueinander (vgl. Abbildung 93). Kommentare oder Glossen machen nur zwischen 10,8 und 16,3 Prozent der Beiträge einer Zeitung aus, noch seltener sind Reportagen oder Features (zwischen 0,3 und 5,7% der Beiträge). Die Boulevardzeitung Bild und die politisch linksalternative taz veröffentlichen, verhältnismäßig betrachtet, die wenigsten Nachrichten und Berichte (taz: 67,9%; BILD: 66,1%). Dies ist insbesondere auf ihren hohen Anteil sonstiger Darstellungsformen (taz: 10,6%; BILD: 18,1%) zurückzuführen. Dahinter verbergen sich bei beiden Zeitungen vor allem Interviews (taz:

7,5%; BILD: 7,8%), zusätzlich vereinzelte Porträts, Dokumentationen oder, wie beispielsweise bei der Bild-Zeitung, auch einmal ein Quiz.

Abbildung 93 Darstellungsformen der Berichterstattung (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel; FAZ: 315 Artikel, SZ: 186 Artikel, taz: 265 Artikel, BILD: 115 Artikel, BZ: 475 Artikel, TS: 528 Artikel. p = 0,000

Auch im Zeitverlauf dominieren die objektiven Berichterstattungsformen, wie Nachrichten und Berichte, alle anderen Stilformen deutlich. Besonders „meinungsfreudig" fiel die Berichterstattung im Jahr 2005, zum fünfzehnjährigen Jubiläum der Deutschen Einheit aus. Hier wurden die meisten Kommentare und Glossen veröffentlicht (24,1% aller Artikel dieses Jahres). Auch im Jahr des zwanzigjährigen Jubiläums der Deutschen Einheit, 2010, sind verhältnismäßig wenige Nachrichten und Berichte veröffentlicht worden (60% aller Beiträge). Dieses „runde" Jubiläum veranlasste die Journalisten offenbar zur vermehrten Publikation von Kommentaren (16,5%), Dokumentationen (7,1%), Interviews (8,2%) oder auch Reportagen/Features (3,5%).

9.2 Inhalte der Berichterstattung

9.2.1 Anlässe der Berichterstattung

Wie bereits in Kapitel 8.2.3 erwähnt wurde gehen wir davon aus, dass die Zeitungen nicht kontinuierlich, sondern insbesondere aufgrund bestimmter (wiederkehrender) Anlässe über die Themen Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung oder das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland berichten. In unserer Analyse haben wir die Berichterstattungsanlässe identifiziert. Lediglich in 6,8 Prozent aller analysierten Artikel war der Anlass der Berichterstattung nicht klar (vgl. Tabelle 51).

Die Berichterstattungsanlässe sind selbstverständlich stark von der Auswahl der Untersuchungszeitpunkte bedingt (siehe Kapitel 8.2.3). So sind auch die meisten unserer analysierten Artikel (49,6%) anlässlich eines Jahrestags oder Jubiläums der Deutschen Einheit erschienen. Dies ist bei allen sechs analysierten Zeitungen der Fall. Doch es ist insbesondere die Bild-Zeitung, die ihre Berichterstattung über die Deutschen Einheit bzw. das „Ost-West"-Verhältnis innerhalb unserer Stichprobe auf Jubiläen fokussiert. 67 Prozent ihrer erfassten Beiträge sind allein aus diesem Anlass erschienen. Am seltensten berichten hingegen die Qualitätszeitungen SZ und taz anlässlich von Jubiläen über den genannten Themenkomplex (SZ: 37,6%; taz: 38,9%). Sie berichten demnach offenbar häufiger auch außerhalb von Jubiläen über die Wiedervereinigung oder das „Ost-West"-Verhältnis. Der zweithäufigste Berichterstattungsanlass sind nicht etwa Wahlen oder Umfragen (die wir als Untersuchungszeitpunkte in die Stichprobe aufgenommen haben), sondern spezifische Handlungen oder Stellungnahmen von Politikern, Regierungen, Ämtern oder auch Behörden. Ein knappes Fünftel (19,5%) aller Artikel sind aufgrund von Handlungen oder Stellungnahmen veröffentlicht worden. Diese können sich auf aktuelle politische oder gesellschaftliche Ereignisse beziehen. Wahlen oder Umfrage- bzw. Studienergebnisse fungierten deutlich seltener als Berichterstattungsanlässe (Wahlen: 5,7%; Umfragen: 4,0%). Hier sind es insbesondere die überregionalen Qualitätszeitungen, die offenbar das Verhältnis bzw. die Beziehung zwischen den Ost- und Westdeutschen anlässlich von Wahlen (und deren Ergebnissen) thematisiert (SZ: 13,4%; FAZ: 12,7%; taz: 11,3%).

Tabelle 51 Anlässe der Presseberichterstattung (Prozent)

	Gesamt (%)	**FAZ** (%)	**SZ** (%)	**TAZ** (%)	**BILD** (%)	**BZ** (%)	**TS** (%)
Jubiläum	49,6	43,8[c]	37,6	38,9	67,0	43,2	49,9
Stellungnahme	19,5	18,1	31,2	18,5	7,0	25,1	19,5
Wahl	5,7	12,7	13,4	11,3	4,3	7,6	5,8
Umfrage/Studie	4,0	4,1	5,4	9,8	6,1	9,3	4,1
Sonstiges	14,4	14,3	8,0	12,5	6,1	12,5	11,7
Nicht identifizierbar	6,8	7,0	4,3	9,1	9,6	3,2	7,0
N	1884	315	186	265	115	475	528

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001

9.2.2 Über welche Themen wird berichtet?

Mit Bezug auf die Wiedervereinigung/ Deutsche Einheit ist in den letzten 25 Jahren thematisch sehr differenziert berichtet worden. Um die Themenvielfalt zu bündeln haben wir die jeweiligen Hauptthemen der Beiträge zu größeren thematischen Kategorien zusammengefasst. Weiterhin haben wir diese – immer noch durchaus differenzierten – thematischen Gruppen weiter zu drei politikwissenschaftlich relevanten Oberkategorien

verdichtet. Die Oberkategorie „Polity“ umfasst dabei alle Beiträge, die sich mit der institutionellen Ordnung auseinandersetzen. Die Oberkategorie „Politics“ bündelt Artikel, die den Fokus auf politische Prozesse richten. Die Oberkategorie „Policy“ fasst Beiträge zusammen, die sich mit spezifischen Politikfeldern beschäftigen. Beiträge, die keine der Oberkategorien zugeordnet werden können, wurden in einer Residualkategorie „Sonstiges“ zusammengefasst.

Am häufigsten widmen sich die Berichte der von uns untersuchten Zeitungen Themen aus den Bereichen Politics (34,4%) und Policy (32,4%) (Tabelle 52). Vergleichsweise selten werden Themen besprochen, die dem Bereich Polity zuzuordnen sind (4,4%). Groß ist auch die Residualkategorie (28,8%). Im Bereich Polity dominieren Debatten über das politische System der DDR (37,0%) und die Ausgestaltung des Einigungsvertrags (34,6%). Deutlich seltener wird das Thema Staatsicherheit angesprochen (17,3%) oder über das politische System der Bundesrepublik diskutiert (11,1%). Im Zentrum der Artikel aus dem Bereich Politics stehen die Themen Einheitsfeier (52,2%), (Bundestags-, Landtags- und Europa-)Wahlen (19,9%) und Parteipolitik (16,4%).[41] Nebenaspekte der Berichterstattung sind außerparlamentarische Politik (5,7%), die Ereignisse rund um Montagsdemonstrationen und Mauerfall (3,8%) und die Abwanderung aus dem Osten (2,1%). Die Hauptthemen im Bereich Policy sind Kultur (20,1%), Soziales (19,1%) und Wirtschaft (18,1%). Innen- und außenpolitische Fragen (8,5% bzw. 6,7%) folgen auf den weiteren Plätzen. Allgemeinere Fragen der internationalen Politik (2,0%), der Europa- (3,0%), Bundes- (5,7%), Landes- (3,4%) und Kommunalpolitik (1,8%) kommen eher selten vor. Weiterhin angesprochen werden Einzelthemen wie der Aufbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern (6,4%), Transferleistungen in den Osten (3,9%), der Solidaritätszuschlag (1,0%) und die Währungsumstellung (0,2%).

Die Berichterstattungspraxis der verschiedenen Tageszeitungen unterscheidet sich hier moderat. Im Bereich Politics variiert der Anteil der erschienenen Artikel zwischen 30,2% (Tagesspiegel) und 41,7% (FAZ). Noch geringer ist die Bandbreite im Bereich Polity. Am ehesten finden sich hierzu Berichte in der FAZ (6,1%). Demgegenüber berichtet die Bild-Zeitung zu diesem Themenkomplex überhaupt nicht. Deutlichere Unterschiede bestehen in der Besprechung von Themen, die der Oberkategorie Politics zugeordnet wurden. Während die Bild-Zeitung hier erneut auf dem letzten Platz rangiert (14,8%), finden sich die meisten Beiträge in der Berliner Zeitung (37,9%). Nahezu spiegelbildlich verläuft die Bedeutung der Kategorie „sonstige Themen“. Am häufigsten finden wir hierzu Berichte in der Bild-Zeitung (50,4%), die vermutlich u.a. (nicht-politische) Human-Interest-Inhalte darstellen (vgl. auch Leidecker im Druck). Am seltensten sind demgegenüber solche Artikel in der FAZ (23,1%) und der Berliner Zeitung (24,1%) zu finden.

41 Die Häufung der ersten beiden Themen sind natürlich Effekte, die sich aus der Zusammensetzung unserer Stichprobe ergeben.

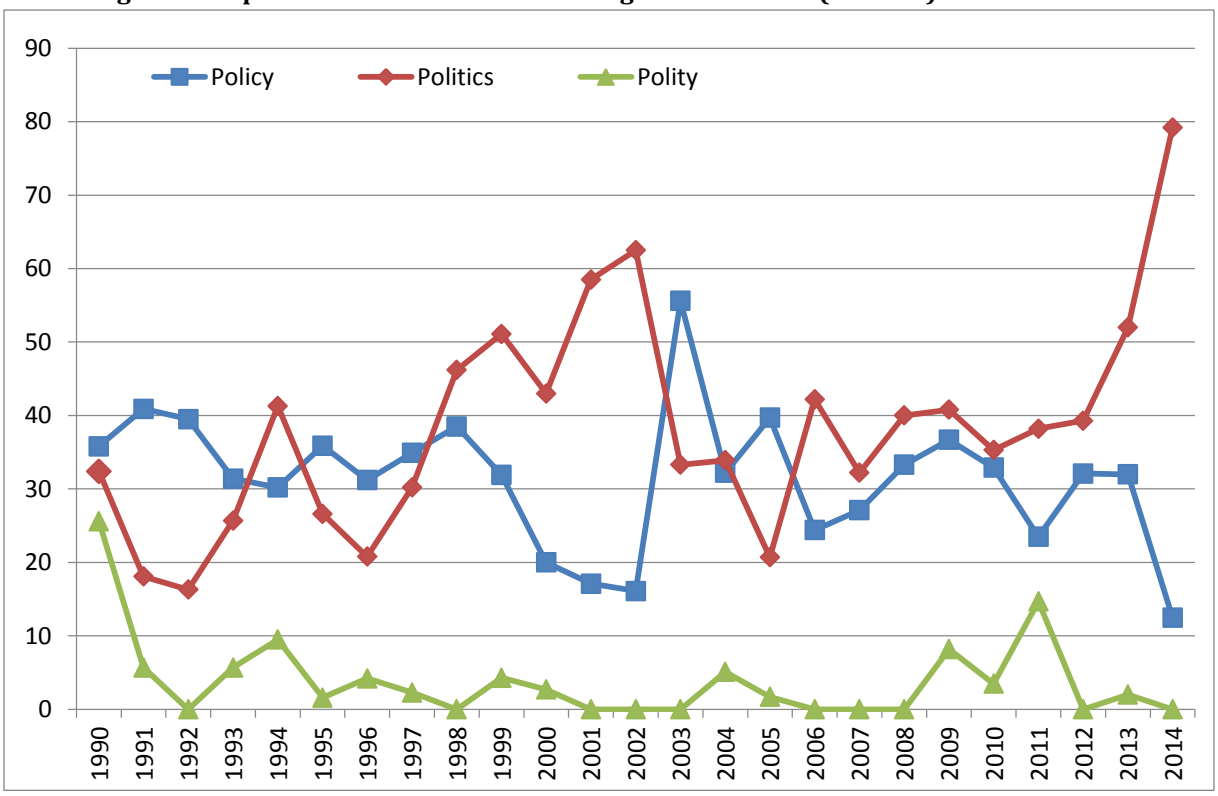
Tabelle 52 Hauptthemen der Berichterstattung (Prozent)

	Gesamt (%)	FAZ (%)	SZ (%)	TAZ (%)	BILD (%)	BZ (%)	TS (%)
Polity	4,3	6,0	4,8	3,8	0,0	4,4	4,2
Politisches System der DDR	37,0	42,1	33,3	10,0	0,0	19,0	63,6
Politisches System der BRD	11,1	10,5	22,2	20,0	0,0	4,8	9,1
Einigungsvertrag	34,6	31,6	44,4	20,0	0,0	57,1	18,2
Stasi (Aktenbehörde)	17,3	15,8	0,0	50,0	0,0	19,0	9,1
Politics	34,4	41,6	37,1	34,3	34,8	33,5	29,7
Revolution 89, Montagsdemos, Mauerfall	3,6	3,8	2,9	2,2	5,0	5,0	2,5
Einheitsfeiern	52,9	44,3	40,6	41,8	75,0	58,5	60,5
Abwanderung aus dem Osten	2,0	0,8	5,8	4,4	0,0	2,5	0,0
Europawahlen	2,5	1,5	1,4	2,2	0,0	3,8	3,2
Bundestagswahlen	9,6	8,4	11,6	9,9	0,0	13,2	8,3
Landtagswahlen	7,4	13,0	10,1	8,8	10,0	3,1	4,5
Parteipolitik	16,4	21,4	23,2	19,8	10,0	11,3	14,0
Außerparlamentarische Politik	5,7	6,9	4,3	11,0	0,0	2,5	7,0
Policy	32,3	29,2	32,3	33,6	14,8	37,5	32,6
Transferleistungen in den Osten	4,1	3,3	6,7	5,6	11,8	5,1	1,2
Solidaritätszuschlag	1,0	2,2	0,0	0,0	0,0	1,1	1,2
Währungsumstellung	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0
Infrastrukturaufbau	6,1	6,5	6,7	4,5	23,5	6,2	4,7
Internationale Politik	2,0	5,4	0,0	1,1	5,9	1,1	1,7
Europapolitik	3,0	6,5	0,0	1,1	0,0	1,1	5,2
Bundespolitik	6,1	7,6	13,3	4,5	11,8	5,1	4,1
Landespolitik	3,3	6,5	3,3	2,2	0,0	2,2	3,5
Kommunalpolitik	1,6	1,1	0,0	3,4	0,0	1,7	1,7
Außenpolitik	6,7	6,5	8,3	4,5	0,0	6,7	9,1
Innenpolitik	8,4	9,8	11,7	6,7	11,8	8,4	7,0
Wirtschaft	17,8	9,8	23,3	16,9	0,0	16,3	23,8
Kultur	20,4	22,8	6,7	15,7	11,8	23,6	23,8
Soziales	19,2	12,0	20,0	32,6	23,5	20,8	14,0
Sonstiges	29,1	23,2	25,8	28,3	50,4	24,6	33,5
Summe (%)[d]	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Artikel (n)	1884	315	186	265	115	475	528

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
d: Summe über die Oberkategorien Polity, Politics, Policy und Sonstiges

Der thematische Fokus der Presse hat sich in den letzten 25 Jahren deutlich verändert (Abbildung 94). Im Einigungsjahr 1990 wurde zu etwa gleichen Teilen über institutionelle Fragen, politische Prozesse und Politikfelder berichtet. Seit 1991 entwickelt sich die Themenstruktur der Zeitungen völlig anders: Polity-Aspekte tauchen ab diesem Zeitpunkt kaum noch in der Berichterstattung auf. Demgegenüber werden Themen aus dem Bereich Politics und Policy nun in etwa gleichem Maße behandelt. Von diesem Muster wurde seither zweimal abgewichen: In den Jahren 1998-2002 entbrannte eine Debatte über politische Prozesse. Diese ging zu Lasten politikfeldbezogener Beiträge. Dieser Trend ist seit 2013 erneut zu beobachten. Aktuell beschäftigen sich rund 80 Prozent aller in den von uns untersuchten Zeitungen mit politischen Prozessen während nur etwa jeder zehnte Beitrag einen konkreten Politikfeldbezug aufweist.

Abbildung 94 Hauptthemen der Berichterstattung im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

9.2.3 Aus welcher Perspektive wird berichtet?

Fast alle (98,1%) der ausgewerteten Presseartikel nehmen bei der Berichterstattung über Fragen der Deutschen Einheit eine spezifische Perspektive ein. Zwischen den Zeitungen gibt es hier kaum Unterschiede (Minimum: BILD 93,9%; Maximum: SZ 99,5%). Am häufigsten wird in den Beiträgen, die einen erkennbaren Blickwinkel einnehmen, sowohl eine west- als auch eine ostdeutsche Perspektive einbezogen (43,8%) (Tabelle 53). Demgegenüber sind einseitige Betrachtungen eher selten. Wenn dies der Fall ist, wird häufiger ein ostdeutscher als ein westdeutscher Blickwinkel verwendet (14,1% vs. 3,0%). Darüber hinaus gibt es auch zahlreiche Artikel, die das „Ost-West"-Schema nicht

verwenden, sondern entweder eine bundesdeutsche (26,6%), eine spezifisch europäische (4,4%) oder eine internationale bzw. globale Perspektive einnehmen (8,2%).

Tabelle 53 Perspektiven der Berichterstattung (Prozent)

	ostdeutsche Perspektive	westdeutsche Perspektive	sowohl ost- als auch westdeutsche Perspektive	gesamt-deutsche Perspektive	europäische Perspektive	inter-nationale Perspektive
	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Gesamt	14,1	3,0	43,8	26,6	4,4	8,2
Zeitung						
FAZ	13,4[b]	4,2	43,8	25,6	4,8	8,3
SZ	9,7	1,6	44,9	31,9	3,2	8,6
TAZ	9,7	4,7	49,8	27,2	2,7	5,8
BILD	4,6	1,9	49,1	30,6	6,5	7,4
BZ	16,3	2,8	45,4	25,8	3,4	6,2
TS	18,0	2,3	37,8	24,8	6,0	11,1
Thema						
Polity	25,9 [c]	3,7	37,0	19,8	2,5	11,1
Politics	12,1	3,6	36,6	38,2	3,6	5,8
Policy	13,9	3,3	46,2	21,9	4,7	10,0
N =	260	55	809	491	82	152

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

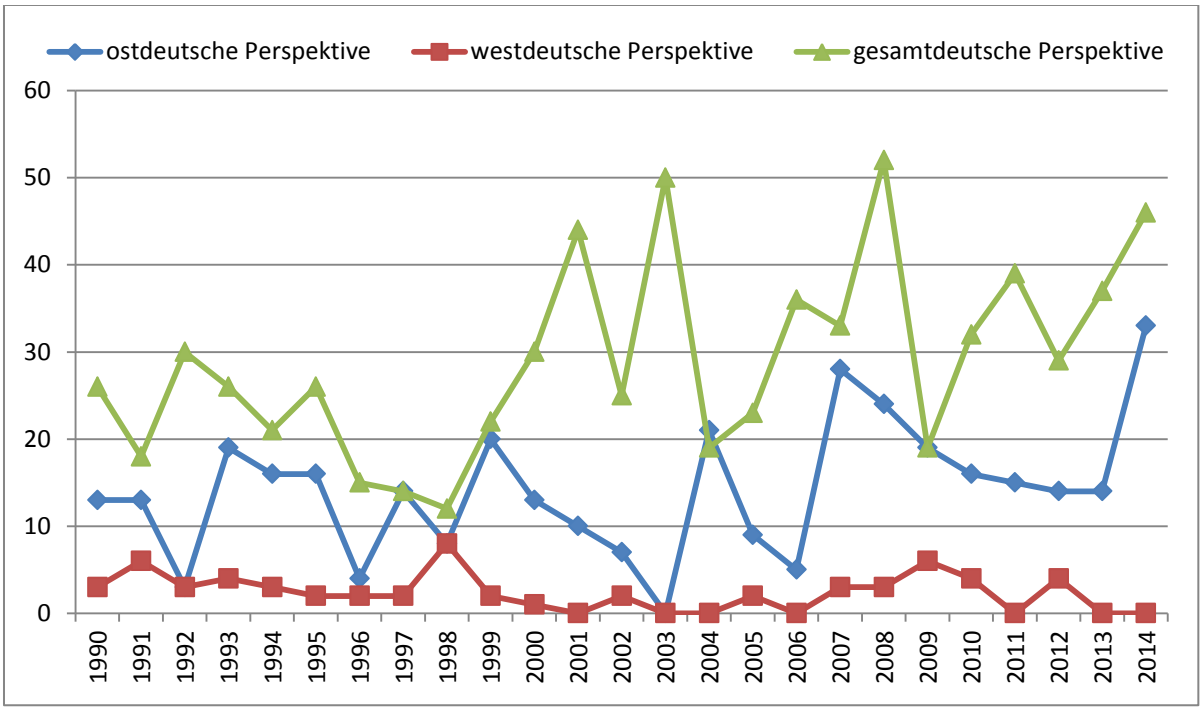
Zwischen den Zeitungen gibt es bei der Einnahme eines übergeordneten (d.h. bundesdeutschen, europäischen oder globalen) Blickwinkels keine großen Unterschiede (Minimum: BZ: 35,4%, Maximum: BILD: 44,5%). Ähnliches gilt für die gleichzeitige ost- und westdeutsche Perspektive, die für alle Blätter der bedeutsamste Fokus ist (Minimum: TS: 37,8%; Maximum: taz: 49,8%). Eine solche Perspektive wird beispielsweise in allen Beiträgen eingenommen, die ost- mit westdeutschen Verhältnissen vergleichen. Noch weniger variiert der genuin westdeutsche Blickwinkel (Minimum: SZ: 1,6%; Maximum: taz: 4,7%). Noch am deutlichsten fallen die Zeitungen in der Wahl einer spezifisch ostdeutschen Perspektive auseinander. Überdurchschnittlich häufig wird diese Sichtweise von den beiden Berliner Zeitungen gepflegt (BZ: 16,3%; TS: 18,0%). Im Mittelfeld liegen die überregionalen Qualitätsmedien (FAZ: 13,4%; SZ: 9,7%; taz: 9,7%). Die Bild-Zeitung verwendet diese Perspektive am seltensten (4,6%).

Eine spezifisch ostdeutsche Perspektive findet sich vor allem bei Themen aus dem Bereich Polity (25,9%), deutlich seltener hingegen bei Politics- und Policy-Themen (12,1% bzw. 13,9%). Der ohnehin seltene genuin westdeutsche Blickwinkel findet sich bei allen Themenkategorien in etwa gleichem Maße. Die gleichzeitige Einnahme einer ost- und westdeutschen Sichtweise findet sich am häufigsten im Bereich Policy (46,2%), seltener hingegen in den Bereichen Politics (36,6%) und Polity (37,0%). Eine gesamtdeutsche Sichtweise wird vor allem in Bezug auf politische Prozesse gepflegt (38,2%). Über Institutionen und Politikfelder wird hingegen deutlich seltener aus dieser Perspektive be-

richtet (19,8% bzw. 21,9%). Keine besonders großen Variationen bezüglich der verschiedenen thematischen Oberkategorien bestehen schließlich für die europäische und die internationale/globale Perspektive.

Betrachtet man die Entwicklung der verschiedenen Perspektiven, die die Presse insgesamt mit Blick auf das Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung einnimmt, zeigt sich, dass die Einnahme einer westdeutschen Perspektive über den gesamten Analysezeitraum selten bleibt (Abbildung 95). Demgegenüber wird die Einnahme einer spezifisch ostdeutschen Perspektive populärer. Der vorläufige Höhepunkt ist das Jahr 2014. Ebenfalls deutlich an Bedeutung gewinnt ein gesamtdeutscher Blickwinkel; er ist seit dem Jahr 2003 in bis zu 50 Prozent aller Beiträge zu beobachten.

Abbildung 95 Perspektive der Berichterstattung im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

9.2.4 Wie stark wird über Probleme und Konflikte berichtet?

9.2.4.1 Darstellung von Problemen bzw. Problemlösungen

In rund einem Drittel (32,5%) aller Beiträge wird über mit der Deutschen Einheit im Zusammenhang stehenden Problemen berichtet (Tabelle 54). Mit Ausnahme der Bild-Zeitung, die nur in 24,3% aller Artikel ein Problem darstellt, unterscheiden sich die verschiedenen Zeitungen hier kaum (Minimum: FAZ: 30,8%; Maximum: taz: 35,1%). Probleme werden am stärksten bei institutionellen Fragen beobachtet (48,1%), gefolgt von politikfeldbezogenen Themen (34,5%) und politischen Prozessen (21,6%). Sie spielen besonders dann eine Rolle, wenn eine genuin ost- oder westdeutsche Perspektive eingenommen wird (43,1% bzw. 38,2%). Werden beide Perspektiven gleichberechtigt betrachtet, liegt der Anteil von Problemnennungen nur wenig über dem Mittelwert (36,2%). Wird eine gesamtdeutsche Sichtweise oder ein übergeordneter (europäischer

oder globaler) Blickwinkel eingenommen, kommt die Identifikation von Problemen unterdurchschnittlich häufig vor (25,3% bzw. 25,2%).

Tabelle 54 Darstellung von Problemen in der Berichterstattung (Prozent)

	Problem genannt	Fokus auf Problemdarstellung	Fokus auf Problemlösung
	(%)	(%)	(%)
Gesamt	32,5	96,9	3,1
Zeitung			
FAZ	30,8	99,0	1,0
SZ	34,9	93,8	6,2
TAZ	35,1	98,9	1,1
BILD	24,3	96,4	3,6
BZ	33,1	96,2	3,8
TS	32,6	96,5	3,5
Thema			
Polity	48,1[c]	87,9[a]	10,3
Politics	21,6	95,7	4,3
Policy	34,5	98,1	1,9
Perspektive			
Ost	43,1[c]	98,2[b]	1,8
West	38,2	90,5	9,5
Ost und West	36,2	98,3	1,7
Gesamtdeutsch	25,3	96,8	3,2
Übergeordnet	25,2	89,8	10,2
N =	1884	593	19

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

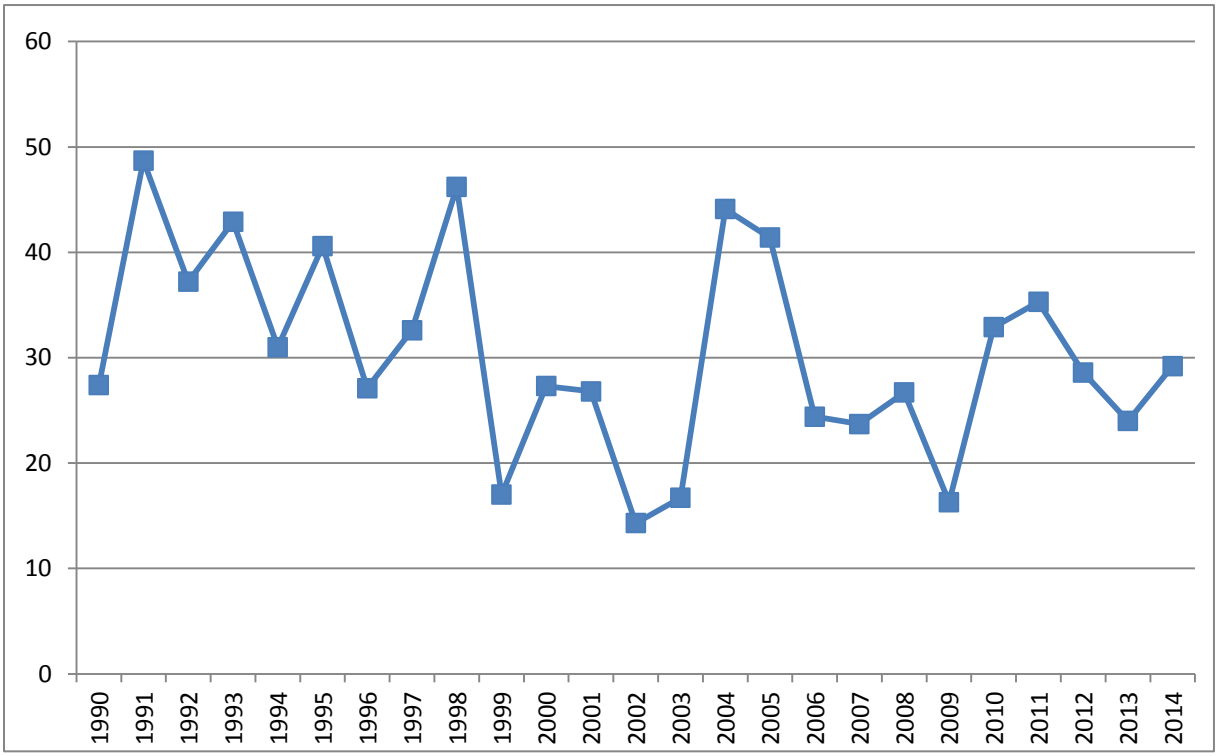
In den Fällen, in denen über ein Problem berichtet wird, wird in fast allen Fällen die Darstellung von Problemen betrieben (96,9%) aber nur selten über Problemlösungen informiert (3,1%). Am deutlichsten treten Problemlösungen bei der SZ hervor (6,2%), gefolgt von der Berliner Zeitung (3,8%), der Bild-Zeitung (3,6%) und dem Tagesspiegel (3,5%). Demgegenüber handeln Beiträge der FAZ und der taz nur im Einzelfall von Problemlösungen (1,0% bzw. 1,1%).

Mit Blick auf die Themenstruktur der Berichterstattung gibt es hinsichtlich einer problem- oder problemlösungsorientierten Darstellung moderate Unterschiede. In allen thematischen Oberkategorien dominiert eine problemdarstellende Perspektive. Problemlösungen sind noch am ehesten im Polity-Bereich anzutreffen (10,3%). Deutlich seltener wird dieser Akzent im Bereich Politics gesetzt (4,3%). Kaum vorhanden ist diese Perspektive bei der Diskussion spezifischer Politikfelder (1,9%).

Lösungsorientierte Darstellungen finden sich dort gehäuft, wo eine internationale Perspektive (10,2%) oder eine spezifisch westdeutsche Sichtweise eingenommen wird (9,5%). Besonders selten ist sie hingegen dann, wenn ein dezidiert ostdeutscher Blickwinkel oder eine gemeinsame „Ost-West"-Perspektive eingenommen wird (1,8% bzw. 1,7%).

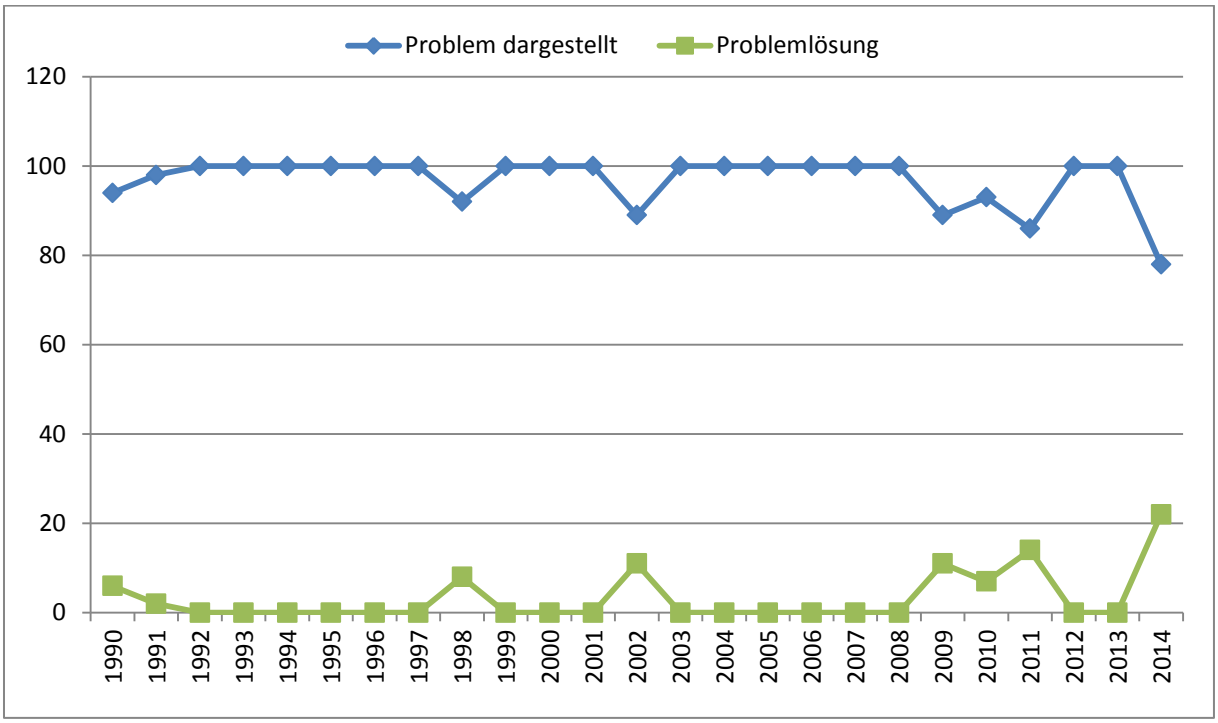
Die Identifikation von Problemen wird – mit einigen Ausreißern nach oben und unten – über den Zeitverlauf seltener (vgl. Abbildung 96). Stabil ist hingegen die Verteilung von Artikeln, die Probleme darstellen und Beiträgen, die über Problemlösungen berichten (vgl. Abbildung 97). Für das Jahr 2014 ist allerdings zu beobachten, dass erheblich mehr über Problemlösungen berichtet wird als in der Vergangenheit. Ob dies Bestand haben wird, bleibt abzuwarten.

Abbildung 96 Darstellung von Problemen im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

Abbildung 97 Darstellungen von Problemen und Problemlösungen im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 612 Artikel.

9.2.4.2 Darstellung von Konflikten

In etwa jedem zehnten Artikel (8,7%) wird über einen Konflikt – also über unvereinbare Interessen, Ziele, Bedürfnisse oder Wertvorstellungen zwischen Personen, gesellschaftlichen Gruppen oder Organisationen – berichtet (Tabelle 55). Am häufigsten informiert die SZ (12,9%) über Konflikte, am seltensten die Bild-Zeitung (3,5%). Die meisten Konflikte werden mit Blick auf institutionelle Fragen gesehen (23,5%). Hinsichtlich verschiedener Politikfelder und in Bezug auf politische Prozesse werden deutlich seltener Konflikte thematisiert (9,2% bzw. 8,5%). Überdurchschnittlich häufig sprechen die untersuchten Zeitungen zudem von einem Konflikt, wenn eine dezidiert westdeutsche Perspektive eingenommen wird (18,2%). Aus allen anderen Perspektiven erkennen die Zeitungen hingegen erheblich weniger Konflikte.

Tabelle 55 Darstellung von Konflikten in der Berichterstattung (Prozent)

	Konflikt genannt	Ost-West-Konflikt	Ost-Bund-Konflikt	West-Bund-Konflikt	Ost-Ost-Konflikt	West-West-Konflikt	Deutschland im europäischen Kontext	Deutschland im internationalen Kontext	Regionale Herkunft der zentralen Konfliktpartei	
									Ost	West
	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Gesamt	8,7	26,4	9,8	2,5	5,5	5,5	1,2	3,1	41,7	34,4
Zeitung										
FAZ	6,3[b]	15,0[c]	30,0	10,0	15,0	0,0	0,0	0,0	60,0[b]	25,0[c]
SZ	12,9	8,3	0,0	0,0	4,2	0,0	4,2	4,2	12,5	8,3
TAZ	11,3	20,0	6,7	0,0	3,3	3,3	3,3	6,7	30,0	23,3
BILD	3,5	(75,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(75,0) [c]	(75,0)
BZ	10,1	37,5	8,3	4,2	4,2	16,7	0,0	4,2	50,0	58,4
TS	7,0	29,7	10,8	0,0	5,4	0,0	0,0	0,0	45,9	29,7
Thema										
Polity	23,5[c]	36,3	15,8	10,5	5,3	0,0	0,0	5,3	47,4	36,8
Politics	8,5	18,2	9,1	0,0	10,9	10,9	0,0	1,8	38,2	29,1
Policy	9,2	30,4	12,5	1,8	1,8	3,6	1,8	5,4	44,6	35,7
Perspektive										
Ost	9,6	40,0	16,0	0,0	16,0	0,0	0,0	0,0	72,0[c]	40,0[c]
West	18,2	(40,0)	(0,0)	(10,0)	(0,0)	(30,0)	(0,0)	(0,0)	(40,0)	(80,0)
Ost und West	7,8	38,1	12,7	1,6	4,8	1,6	1,6	0,0	55,6	41,3
Gesamtdeutsch	9,2	4,4	8,9	4,4	4,4	6,7	0,0	0,0	17,7	15,5
Übergeordnet	7,3	5,9	0,0	0,0	0,0	11,8	5,9	29,4	5,9	17,7
N =	1884	41	16	4	9	9	2	5	163	160

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

Besonderes Gewicht haben „Ost-West"-Konflikte, die mehr als ein Viertel der konfliktdarstellenden Beiträge ausmachen (26,4%). Konflikte zwischen Ostdeutschland und dem Bund (9,8%), Westdeutschland und dem Bund (2,5%), innerostdeutsche oder innerwestdeutsche Konflikte (je 5,5%) sowie Konflikte zwischen Deutschland und Europa (1,2%) oder Deutschland und globalen Konfliktpartnern (3,1%) sind deutlich seltener. Die allermeisten der im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit berichteten Konflikte lassen sich allerdings keiner dieser Kategorien zuordnen, sondern beziehen sich auf völlig andere Konstellationen (45,9%).

Fasst man die dargestellten Konflikte zusammen, rücken 41,7 Prozent aller Beiträge eine ostdeutsche Konfliktpartei ins Zentrum. Besonders in den Fokus genommen werden ostdeutsche Konfliktparteien von der Bild-Zeitung (75,0%) gefolgt von der FAZ (60,0%), der Berliner Zeitung (50,0%), dem Tagesspiegel (45,9%) und der taz (30,0%). Demge-

genüber berichtet die SZ nur im Ausnahmefall über Konflikte, an denen Ostdeutsche beteiligt sind (12,5%). In 34,4 Prozent aller konfliktdarstellenden Beiträge werden westdeutsche Konfliktparteien identifiziert. Auch hier berichtet die Bild-Zeitung besonders häufig (75,0%) gefolgt von der Berliner Zeitung (58,4%). Die auf westdeutsche Konfliktparteien bezogene Berichterstattung der anderen Printmedien ist hingegen unterdurchschnittlich (TS: 29,7%; FAZ: 25,0%; taz: 23,3%; SZ: 8,3%).

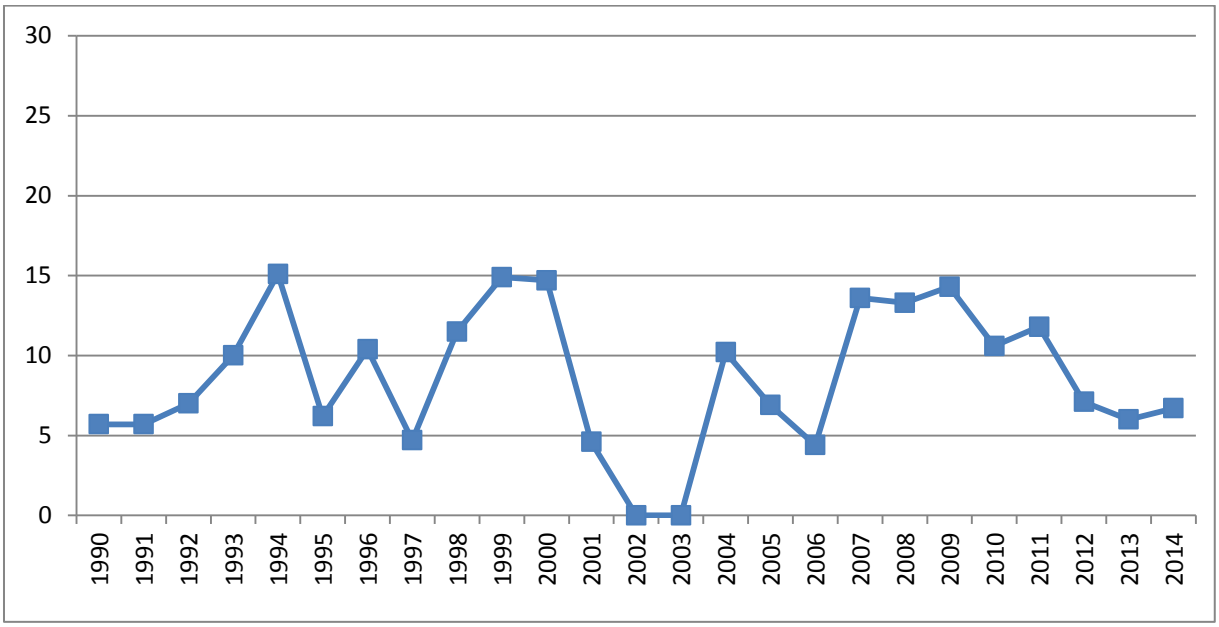
Vergleicht man die Berichterstattungspraxis über die beiden Konfliktparteien zeigt sich, dass nur die Berliner Zeitung Westdeutsche häufiger als zentrale Konfliktpartei nennt als Ostdeutsche (58,4% vs. 50,0%). Bei der Bild-Zeitung ist das Verhältnis ausgewogen (jeweils 75,0%). Bei allen anderen Zeitungen fällt hingegen die Berichterstattung über ostdeutsche Konfliktparteien stärker ins Gewicht als über westdeutsche Konfliktparteien. Während die Diskrepanz bei der SZ (12,5% vs. 8,3%) und der taz (30,0% vs. 23,3%) moderat ausfällt, sind die Verhältnisse beim Tagesspiegel (45,9% vs. 29,7%) und der FAZ (60,0% vs. 25,0%) wesentlich stärker verschoben.

Thematisch gesehen finden sich Konflikte mit ostdeutschen Konfliktparteien eher bei institutionellen Fragen (47,4%). Etwas seltener tauchen Ostdeutsche im Mittelpunkt von Konflikten auf, die sich auf Politikfelder (44,6%) und politische Prozesse beziehen (38,2%). Ein ähnliches Muster finden wir auch für Konflikte, bei denen westdeutsche Konfliktparteien im Mittelpunkt stehen (Polity: 36,8%; Politics: 29,1%; Policy: 35,7%).

Konflikte, bei denen ostdeutsche Konfliktparteien im Mittelpunkt stehen, werden dann besonders stark thematisiert, wenn eine spezifisch ostdeutsche Perspektive eingenommen wird (72,0%). Allerdings erfolgt die Nennung ostdeutscher Akteure auch dann überdurchschnittlich häufig, wenn eine gemeinsame ost- und westdeutsche Perspektive gewählt wird (55,6%). Findet die Berichterstattung aus einem genuin westdeutschen Blickwinkel statt (40,0%), bzw. wird eine gesamtdeutsche oder übergeordnete (europäische oder globale) Sichtweise eingenommen, stehen ostdeutsche Konfliktparteien seltener im Fokus (17,7% bzw. 5,9%). Demgegenüber erfolgt eine Fokussierung auf westdeutsche Konfliktparteien vor allem dann, wenn ein spezifisch westdeutscher Blickwinkel eingenommen wird (80,0%). Wird hingegen eine genuin ostdeutsche Sichtweise eingenommen, halbiert sich die Benennung von Westdeutschen als zentraler Akteur in einem Konflikt (40,0%). Am seltensten tauchen westdeutsche Konfliktparteien in der Berichterstattung auf, wenn eine gesamtdeutsche oder eine übergeordnete (europäische oder globale) Sichtweise dominiert (15,5% bzw. 17,7%).

Die Thematisierung von Konflikten schwankt über die Zeit hinweg erheblich in einer Bandbreite von 0 bis 15 Prozent. Besonders viele Konflikte wurden in den Jahren 1994, 1999, 2000 sowie im Zeitraum 2007-2009 berichtet. Keine konflikthaltigen Artikel lieferte die von uns untersuchte Presse in den Jahren 2002 und 2003. (vgl. Abbildung 98).

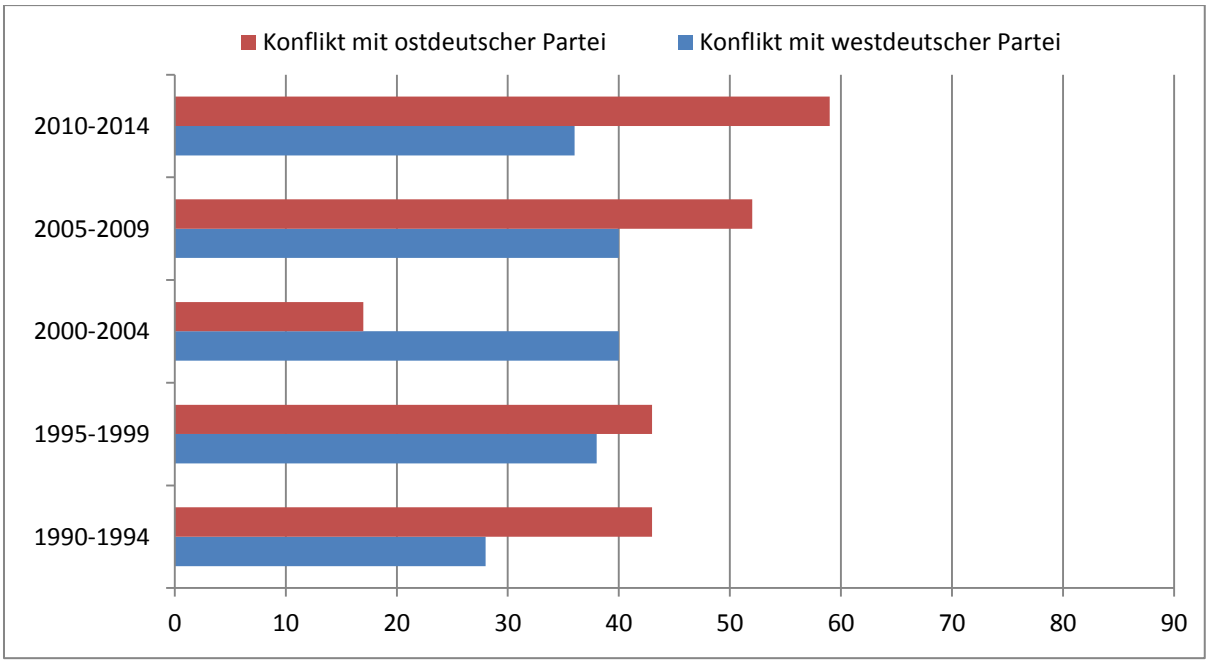
Abbildung 98 Thematisierung von Konflikten in der Berichterstattung im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

Konflikte, in denen ostdeutsche Gruppen im Mittelpunkt stehen, rücken im Zeitverlauf zunehmend stärker in den Fokus der Presse (vgl. Abbildung 99). Allerdings wird dieser Trend in den Jahren 2000-2004 unterbrochen, in denen ostdeutsche Konfliktparteien vergleichsweise selten benannt wurden. Demgegenüber haben Auseinandersetzungen, in denen westdeutsche Konfliktparteien eine zentrale Rolle spielen, zwischen 1990 und 2004 stetig zugenommen. Seither ist der Anteil hier weitgehend stabil geblieben.

Abbildung 99 Konfliktparteien in der Berichterstattung im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

9.2.5 Wie stark wird über Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Angleichungsprozesse zwischen Ost- und Westdeutschland berichtet?

9.2.5.1 Gemeinsamkeiten

Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland werden selten thematisiert. Nur in 11,6% aller Artikel sind entsprechende Hinweise zu finden (Tabelle 56). Am häufigsten geht die Bild-Zeitung auf Gemeinsamkeiten ein (16,5%). Am seltensten spielen Gemeinsamkeiten in der taz und der SZ eine Rolle (8,3% bzw. 8,1%). Im Mittelfeld bewegen sich die Berliner Zeitung (11,2%), die FAZ (11,7%) und der Tagesspiegel (13,6%). Gemeinsamkeiten werden vor allem mit Bezug auf spezielle Politikfelder betont (12,5%). Seltener ist dies hingegen bei politischen Prozessen oder institutionellen Fragen der Fall (7,7% bzw. 6,2%).

Gemeinsamkeiten spielen immer dann eine bedeutsame Rolle in der Berichterstattung, wenn eine Perspektive eingenommen wird, die sowohl ost- als auch westdeutsche Sichtweisen beleuchtet (18,0%). Ebenfalls überdurchschnittlich viele Gemeinsamkeiten werden betont, wenn die gewählte Perspektive genuin westdeutsch ist (12,7%). Demgegenüber werden weniger Gemeinsamkeiten besprochen, wenn der Blickwinkel ein spezifisch ostdeutscher ist (8,1%). Am seltensten stehen Gemeinsamkeiten im Vordergrund, wenn der gewählte Standpunkt ein gesamtdeutscher oder ein übergeordneter (europäischer oder globaler) ist (7,1% bzw. 3,8%).

Wenn die Printmedien in ihren Artikeln Probleme darstellen, erkennen sie überdurchschnittlich häufig Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland (14,7%). Werden die benannten Probleme in erster Linie dargestellt, liegt der Anteil der erkannten Gemeinsamkeiten bei 15,0%. Werden hingegen Problemlösungen dargestellt, liegt der Anteil an Gemeinsamkeiten nur bei 5,3%. Die Benennung von Konflikten hat kaum einen Einfluss auf die Wahrnehmung von Gemeinsamkeiten. Werden allerdings Ost- oder Westdeutsche im Zentrum eines Konflikts gesehen, erhöht sich die Betonung von Gemeinsamkeiten deutlich (22,1% bzw. 25,0%).

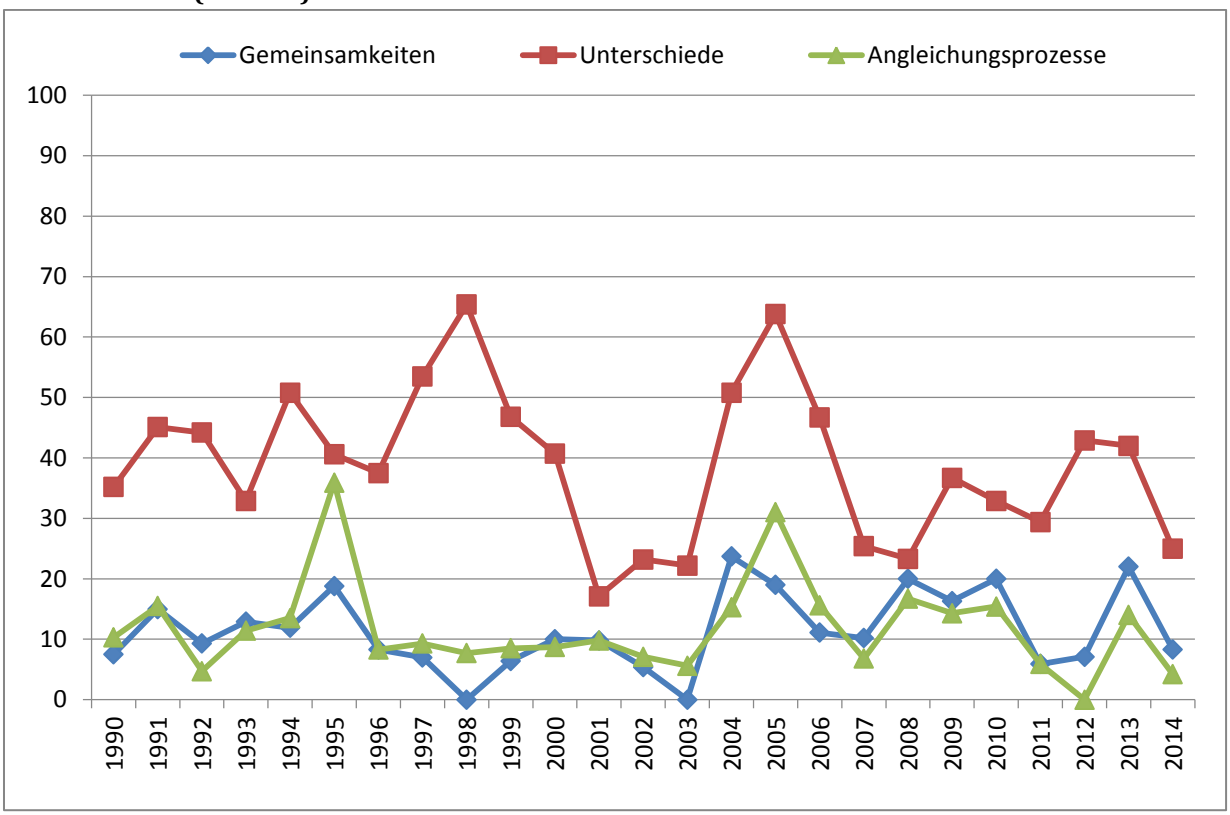
Tabelle 56 Thematisierung von Gemeinsamkeiten in der Berichterstattung (Prozent)

	Keine Gemeinsamkeiten genannt (%)	Gemeinsamkeiten genannt (%)
Gesamt	88,4	11,6
Zeitung		
FAZ	88,3	11,7
SZ	91,9	8,1
TAZ	91,7	8,3
BILD	83,5	16,5
BZ	88,8	11,2
TS	86,4	13,6
Thema		
Polity	93,8c	6,2
Politics	92,3	7,7
Policy	87,5	12,5
Perspektive		
Ost	91,9c	8,1
West	87,3	12,7
Ost und West	82,0	18,0
Gesamtdeutsch	92,9	7,1
Übergeordnet	96,2	3,8
Wahrnehmung von Problemen		
Problem genannt	85,3b	14,7
Fokus auf Problemdarstellung	85,0	15,0
Fokus auf Problemlösung	94,7	5,3
Wahrnehmung von Konflikten		
Konflikt genannt	88,3	11,7
Fokus auf ostdeutsche Konfliktpartei	77,9b	22,1
Fokus auf westdeutsche Konfliktpartei	75,0c	25,0
N =	1666	218

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass sich die Darstellung von Gemeinsamkeiten in der deutschen Presse verhältnismäßig konstant auf einem eher niedrigen Niveau bewegt. Zwischen 1990 und 2003 zeigen maximal 20 Prozent der Beiträge Berührungspunkte zwischen Ost und West auf. In zwei Jahren (1998, 2003) konnten wir sogar keinen einzigen Artikel finden, in dem Gemeinsamkeiten hervorgehoben wurden. Seit 2004 werden Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West jedoch geringfügig häufiger thematisiert, als in den 1990er Jahren, mit einem Höchstwert von maximal 24 Prozent. (vgl. Abbildung 100).

Abbildung 100 Darstellung von Gemeinsamkeiten in der Berichterstattung im Zeitverlauf (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

9.2.5.2 Unterschiede

Deutlich häufiger als Gemeinsamkeiten werden in den Pressebeiträgen Unterschiede aufgezeigt. Nahezu in vier von zehn Artikeln (39,4%) findet sich ein Hinweis, dass sich Ost- und Westdeutsche voneinander unterscheiden (Tabelle 57). Am stärksten werden Unterschiede in der SZ (44,6%), der taz und dem Tagesspiegel akzentuiert (jeweils 41,5%). Unterdurchschnittlich häufig werden Differenzen hingegen in der Berliner Zeitung (38,9%), der FAZ (35,6%) und der Bild-Zeitung (29,6%) thematisiert. Die deutlichsten Unterschiede sehen die Printmedien mit Blick auf einzelne Politikfelder (45,1%). Weniger Differenzen werden bei institutionellen Fragen (35,8%) oder in Bezug auf politische Prozesse erkannt (28,0%). Unterschiede werden vor allem in Berichten thematisiert, die sowohl eine west- als auch eine ostdeutsche Perspektive einnehmen (67,6%). Deutlich geringer fällt die Wahrnehmung von Differenzen aus, wenn der eingenommene Blickwinkel spezifisch west- oder ostdeutsch ist (32,7% bzw. 30,8%). Vergleichsweise selten ist der Hinweis auf „Ost-West"-Unterschiede, wenn eine gesamtdeutsche oder eine übergeordnete (europäische oder globale) Sichtweise vorherrscht (11,6% bzw. 17,1%).

Tabelle 57 Darstellung von Unterschieden in der Berichterstattung (Prozent)

	Unterschiede genannt	implizit	explizit	Ost besser als West	ambivalent	West besser als Ost
	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Gesamt	39,4	61,0	39,0	15,1	15,4	69,5
Zeitung						
FAZ	35,6	59,6	40,4	13,5	5,8	80,8
SZ	44,6	61,4	38,6	25,0	9,1	65,9
TAZ	41,5	65,0	35,0	11,7	23,3	65,0
BILD	29,6	53,3	46,7	13,3	33,3	53,3
BZ	38,9	60,0	40,0	12,3	13,2	73,6
TS	41,5	61,4	38,6	17,0	18,2	64,8
Thema						
Polity	35,8[c]	53,8	46,2	23,1[c]	7,7	69,2
Politics	28,0	70,0	30,0	18,3	6,7	75,0
Policy	45,1	56,3	43,7	11,4	9,5	79,1
Perspektive						
Ost	30,8[c]	41,2[b]	58,8	17,6	5,9	76,5
West	32,7	(42,9)	(57,1)	(14,3)	(14,3)	(71,4)
Ost und West	67,6	66,5	33,5	14,3	17,9	67,4
Gesamtdeutsch	11,6	56,5	43,5	17,4	8,7	73,9
Übergeordnet	17,1	36,4	63,6	18,2	9,1	72,7
Wahrnehmung von Problemen						
Problem genannt	50,8[c]	52,4[c]	47,6	8,2[c]	12,5	79,3
Fokus auf Problemdarstellung	51,8[a]	52,5	47,5	7,8	12,7	79,4
Fokus auf Problemlösung	21,1	(50,0)	(50,0)	(25,0)	(0,0)	(75,0)
Wahrnehmung von Konflikten						
Konflikt genannt	38,7	57,6	42,4	18,2	18,2	63,6
Fokus auf ostdeutsche Konfliktpartei	51,5[b]	59,1	40,9	18,2	22,7	59,1
Fokus auf westdeutsche Konfliktpartei	50,0[a]	61,1	38,9	5,6	27,8	66,7
N =	1884	222	142	55	56	253

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

Die Nennung von Problemen ist häufig mit dem Hinweis auf Unterschiede verknüpft (50,8%). Wenn Probleme dargestellt werden, beobachten die Tageszeitungen deutlich häufiger Unterschiede als wenn Problemlösungen besprochen werden (51,8% vs. 21,1%). Demgegenüber führt die allgemeine Berichterstattung über Konflikte nicht zu einer verstärkten Betonung von Unterschieden (38,7%). Werden allerdings ost- oder

westdeutsche Konfliktparteien im Zentrum einer Auseinandersetzung gesehen, führt dies zu einer erhöhten Wahrnehmung von Unterschieden. Allerdings macht es keinen wesentlichen Unterschied für die Benennung von Differenzen, ob die zentrale Konfliktpartei ostdeutsche oder westdeutsche Akteure umfasst (51,5% vs. 50,0%).

In rund der Hälfte der Beiträge (49,0%), in denen „Ost-West"-Unterschiede identifiziert werden, erfolgt zusätzlich eine Bewertung dieser Differenz. In 61,0% aller Fälle erfolgt diese implizit, in 39,0% explizit. Zwischen den Zeitungen gibt es hier nur moderate Unterschiede.

Am häufigsten nimmt die Berliner Zeitung, am seltensten der Tagesspiegel eine Bewertung von „Ost-West"-Unterschieden vor (56,4% bzw. 40,3%). Explizite Urteile finden sich am häufigsten in der Bild-Zeitung (46,7%) und am seltensten in der taz (35,0%).

Explizite Nennungen finden sich vor allem, wenn einer spezifisch ost- oder westdeutschen Perspektive eingenommen wird (58,8% bzw. 57,1%) oder wenn der Blickwinkel ein übergeordneter europäischer oder globaler ist (63,6%).

Probleme und Konflikte werden überwiegend implizit angesprochen (52,4% bzw. 57,6%). Die Frage, ob Probleme oder Problemlösungen dargestellt werden oder ob eine ost- oder eine westdeutsche Konfliktpartei als bedeutsam erachtet wird, hat darauf keinen Einfluss.

Der Tenor der Bewertung ist eindeutig: In mehr als zwei Dritteln aller Fälle wird ein Vorteil von West- gegenüber Ostdeutschland erkannt (69,5%). Demgegenüber wird erheblich seltener davon berichtet, dass Ostdeutschland besser (gestellt) sei als Westdeutschland (15,1%). Im Rest der Beiträge, die einen Unterschied betonen (15,4%), gleichen sich Vor- und Nachteile der beiden Landesteile aus.

Alle von uns untersuchten Zeitungen kommen zu dem Ergebnis, dass Westdeutschland häufiger einen Vorteil gegenüber Ostdeutschland hat als umgekehrt. Besonders prominent ist dieses Bild in der FAZ vertreten (80,8% vs. 13,5%) gefolgt von der Berliner Zeitung (73,6% vs. 13,2%). Im Mittelfeld befinden sich hier die taz (65,0% vs. 11,7%), der Tagesspiegel (64,8% vs. 17,0%) und die SZ (65,9% vs. 25,0%). Am geringsten ausgeprägt ist diese Einschätzung in der Bild-Zeitung (53,3% vs. 13,3%).

Am ausgeprägtesten sind die wahrgenommenen Vorteile des Westens gegenüber dem Osten bei politikfeldbezogenen Themen (79,1%); Vorteile des Ostens gegenüber den Westen werden hier unterdurchschnittlich oft erkannt (11,4%). Dieses Verhältnis verschiebt sich etwas mit Blick auf politische Prozesse (75,0% vs. 18,3%) und Institutionen (69,2% vs. 23,1%).

Während die eingenommene Perspektive die Wahrnehmung von Vor- und Nachteilen eines spezifischen Landesteils kaum beeinflusst korrespondiert die Nennung von Problemen besonders häufig mit der Auffassung, der Westen sei dem Osten überlegen (79,3%). Ein Vorteil des Ostens gegenüber dem Westen wird demgegenüber vergleichsweise selten erkannt (8,2%). Die Darstellung von Problemen und Problemlösungen wirkt sich auf die Perzeption von Vor- und Nachteilen eines Landesteils hingegen

ebenso wenig aus wie die Beobachtung von Konflikten oder die Benennung einer spezifischen Konfliktpartei.

Die Darstellung von Unterschieden ist über den gesamten Zeitraum betrachtet tendenziell gesunken: Während direkt nach der Wende etwa 45% aller Beiträge Differenzen thematisierten, liegt dieser Anteil seit 2007 im Mittel rund zehn Prozentpunkte niedriger (vgl. Abbildung 100). Allerdings sind im Zeitverlauf erhebliche Schwankungen zu beobachten. Besonders ausgeprägt waren Hinweise auf Unterschiede Ende der 1990er Jahre. Direkt im Anschluss – 2001 bis 2003 – sank der Anteil der Beiträge, die sich mit „Ost-West"-Differenzen beschäftigten, auf die niedrigsten von uns gemessenen Werte (zwischen 17,1% und 23,2%). In den darauffolgenden drei Jahren waren Unterschiede wieder verstärkt ein Thema in der Presse; zum Teil nahmen knapp zwei Drittel aller Artikel Abweichungen zwischen den beiden Landesteilen in den Fokus.

9.2.5.3 Angleichungsprozesse

In etwa jedem achten Beitrag (12,4%) wird eine Angleichung zwischen den beiden Landesteilen beschrieben (Tabelle 58). Zwischen den Zeitungen bestehen nur wenige Unterschiede im Hinblick auf die Diskussion von Angleichungsprozessen – am stärksten wird dieser Aspekt im Tagesspiegel (14,4%) hervorgehoben, am seltensten wird er in der Bild-Zeitung beleuchtet (7,0%). Am häufigsten werden Angleichungsprozesse in spezifischen Politikfeldern beschrieben (18,6%); deutlich seltener werden sie bei institutionellen Fragen und politischen Prozessen beobachtet (8,6% bzw. 6,2%). Annäherungen zwischen den beiden Landesteilen werden vor allem aus einer Perspektive erkannt, die ost- und westdeutsche Sichtweisen gleichzeitig betrachtet (19,9%). Demgegenüber sind Angleichungsprozesse selten, wenn ein gesamtdeutscher oder eine übergeordneter (europäischer oder globaler) Blickwinkel eingenommen wird (5,1% bzw. 4,3%). Die Nennung von Problemen sorgt für eine stärkere Wahrnehmung von Angleichungsprozessen (16,3%). Ob dabei eher die Darstellung des Problems oder die Diskussion einer Problemlösung betrieben wird, hat keine Konsequenzen (16,4% vs. 15,8%). Die Nennung von Konflikten hat demgegenüber eine tendenziell negative Auswirkung auf die Wahrnehmung von Angleichungsprozessen (9,8%). Wird eine ost- oder eine westdeutsche Konfliktpartei im Zentrum einer Auseinandersetzung gesehen, erhöht sich die Beschreibung von Angleichungsprozessen (16,2% bzw. 16.1%).

Tabelle 58 Darstellung von Angleichungsprozessen in der Berichterstattung (Prozent)

	Angleichungsprozesse genannt (%)	Osten gleicht sich an Westen an (%)	Westen gleicht sich an Osten an (%)	Osten und Westen bewegen sich aufeinander zu (%)	Gemeinsamkeiten zwischen Osten und Westen bestanden schon immer (%)	umstritten (%)
Gesamt	12,4	59,8	5,6	25,2	0,9	8,5
Zeitung						
FAZ	12,7	70,0	2,5	20,0	0,0	7,5
SZ	9,7	44,4	22,2	33,3	0,0	0,0
TAZ	10,9	48,3	10,3	37,9	0,0	3,4
BILD	7,0	(37,5)	(0,0)	(50,0)	(0,0)	(12,5)
BZ	13,3	55,6	4,8)	23,8	1,6	14,3
TS	14,4	68,4	2,6	19,7	1,3	7,9
Thema						
Polity	8,6[c]	(85,7)[c]	(0,0)	(14,3)	(0,0)	(0,0)
Politics	6,2	37,5	10,0	27,5	0,0	25,0
Policy	18,6	77,0	7,1	14,2	0,0	1,8
Perspektive						
Ost	12,3[c]	93,8[b]	6,3	0,0	0,0	0,0
West	10,9	(83,3)	(0,0)	(16,7)	(0,0)	(0,0)
Ost und West	19,9	52,8	6,2	30,4	0,6	9,9
Gesamtdeutsch	5,1	60,0	4,0	28,0	4,0	4,0
Übergeordnet	4,3	(50,0)	(0,0)	(20,0)	(0,0)	(30,0)
Wahrnehmung von Problemen						
Problem genannt	16,3[c]	63,0	5,0	20,0	1,0	11,0
Fokus auf Problemdarstellung	16,4	61,9	5,2	20,6	1,0	11,3
Fokus auf Problemlösung	15,8	(100,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)
Wahrnehmung von Konflikten						
Konflikt genannt	9,8	62,5	0,0	25,0	0,0	12,5
Fokus auf ostdeutsche Konfliktpartei	16,2[a]	72,7	0,0	27,3	0,0	0,0
Fokus auf westdeutsche Konfliktpartei	16,1	(66,7)	(0,0)	(33,3)	(0,0)	(0,0)
N =	1884	140	13	59	2	20

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

Der weit überwiegende Teil der Artikel, die Anpassungsprozesse erwähnen, geht von einer Angleichung Ostdeutschlands an Westdeutschland aus (59,8%). Demgegenüber wird nur in 5,6 Prozent aller Artikel die Auffassung geäußert, dass sich der Westen an den Osten annähert. Knapp ein Viertel aller Beiträge sieht eine beiderseitige Annäherung (25,2%). Eine kleine Minderheit (0,9%) der Publikationen ist der Meinung, dass keine Annäherung zu beobachten ist, da die Gemeinsamkeiten schon immer Bestand hatten. Im Rest der Beiträge (8,5%) ist die Frage umstritten, wer sich auf wen zubewegt.

Die stärkste Anpassung des Ostens an den Westen sehen der Tagesspiegel und die FAZ (68,4% bzw. 70,0%). Am seltensten wird dies in der Bild-Zeitung und der SZ behauptet (37,5% bzw. 44,4%). Demgegenüber wird eine Anpassung des Westens an den Osten mit Abstand am stärksten in der SZ beschrieben (22,2%). Mit Ausnahme der taz (10,3%) ist diese Perspektive in allen anderen Zeitungen kaum oder sogar überhaupt nicht (Bild-Zeitung) anzutreffen. Dass beide Landesteile sich aufeinander zubewegen, wird am häufigsten in der Bild-Zeitung beschrieben (50,0%). Demgegenüber findet sich diese Perspektive am seltensten in den beiden Regionalzeitungen (BZ: 23,8%; TS: 19,7%) und der FAZ (20,0%).

Nach Ansicht der untersuchten Zeitungen bewegt sich der Osten vor allem in institutionellen (85,7%) und politikfeldbezogenen Fragen (77,0%) auf dem Westen zu. Demgegenüber werden mit Blick auf politische Prozesse völlig andere Auffassungen vertreten. Eine Angleichung des Ostens an den Westen wird hier nur in 37,5% aller Fälle erkannt. Dafür wird hier häufig eine gleichförmige Annäherung beider Landesteile beobachtet (27,5%), die in den beiden anderen Themenfeldern deutlich seltener eine Rolle spielt (14,2% bzw. 14,3%). Zusätzlich wird bei politischen Prozessen (10,0%) und – abgeschwächt auch mit Blick auf spezifische Politikfelder (7,1%) – auch überdurchschnittlich häufig eine einseitige Annäherung des Westens erkannt. Auch werden die Angleichungstendenzen bei politischen Prozessen oft als umstritten dargestellt (25,0%). In institutionellen Fragen wird demgegenüber keinerlei Bewegung des Westens hin auf den Osten ausgemacht.

Besonders stark wird die Angleichung von Ostdeutschland an den Westen dann gesehen, wenn eine spezifisch ost- oder westdeutsche Perspektive eingenommen wird (93,8% bzw. 83,3%). Werden andere Sichtweisen bemüht, wird dieser Trend am seltensten beobachtet. Demgegenüber beeinflusst die eingenommene Perspektive kaum die Wahrnehmung, dass der Westen sich auf den Osten zubewegt. Dass sich beide Seiten einander annähern, wird vor allem dann konstatiert, wenn gleichzeitig eine ost- und westdeutsche Sicht oder ein gesamtdeutscher Blickwinkel verwendet wird (30,4% bzw. 28,0%).

Die Nennung und die Darstellung von Problemen haben kaum einen Einfluss auf die wahrgenommenen Annäherungsprozesse der beiden Landesteile. Gleich gilt für die Identifikation von Konflikten oder die Benennung zentraler Konfliktparteien.

Angleichungsprozesse zwischen Ost und West sind zwischen 1990 und 2014 weitgehend konstant in etwa zehn Prozent aller Presseartikel ein Thema (vgl. Abbildung 100).

Davon gibt es nur wenige Ausnahmen, die sich insbesondere auf die Jahre 1995 und 2005 (also das fünf- und das fünfzehnjährige Jubiläum der Deutschen Einheit) konzentrieren. In beiden Jahren wurde besonders viel auf zunehmende Ähnlichkeiten hingewiesen. In der jüngsten Vergangenheit wurden Angleichungsprozesse zweimal besonders selten thematisiert (2012, 2014). Möglicherweise ist das ein Hinweis darauf, dass die Medien die Wiedervereinigung zunehmend weniger unter diesem Gesichtspunkt beleuchten.

9.2.6 Wie wird die Deutsche Einheit bewertet?

9.2.6.1 Gesamtbewertung

In knapp der Hälfte aller Fälle (49,3%) wird die Deutsche Einheit in den ausgewerteten Tageszeitungen bewertet (Tabelle 59). Zwischen den Blättern gibt es durchaus Unterschiede. Dabei variiert der Anteil der bewertenden Beiträge deutlich (Minimum: taz, 34,7%; Maximum: Bild-Zeitung, 66,1%).

Bewertungen werden besonders häufig mit Blick auf politische Prozesse vorgenommen (57,5%), deutlich seltener bei institutionellen oder politikfeldbezogenen Fragen (30,9% bzw. 34,7%). Werden spezifisch ost- oder westdeutsche Sichtweisen eingenommen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit leicht, auf einen Beitrag zu treffen, der eine Gesamtbewertung der Deutschen Einheit vornimmt (51,9% bzw. 50,9%). Gleiches gilt für Beiträge, in denen eine gesamtdeutsche Perspektive gewählt wird (56,6%). Demgegenüber führt ein Ost und West berücksichtigender Blickwinkel ebenso wie eine übergeordnete (europäische oder globale) Sichtweise seltener zu Bewertungen der Wiedervereinigung (36,6% bzw. 22,6%).

Problemorientierte Beiträge enthalten häufiger Bewertungen der Deutschen Einheit (54,4%). Diese sind besonders prominent vertreten, wenn Problemlösungen berichtet werden (78,9%). Demgegenüber hat die Nennung von Konflikten keinen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, die Wiedervereinigung zu bewerten. Gleiches gilt für den Fokus auf eine bestimmte Konfliktpartei.

Während die Nennung von Gemeinsamkeiten keinen Einfluss auf die Häufigkeit bewertender Beiträge hat, reduziert die Benennung von Unterschieden diese (43,6%). Dies gilt insbesondere wenn auf die Unterschiede nur implizit hingewiesen wird (38,7%). Demgegenüber erhöht die explizite Nennung von Unterschieden die Wahrscheinlichkeit wertender Beiträge deutlich (60,6%). Ohne wesentliche Folgen ist die Wahrnehmung von Vor- oder Nachteilen für eine der beiden Landesteile.

Die Nennung von Angleichungsprozessen schlägt sich ebenfalls nicht auf den Anteil wertender Berichte nieder. Mit Blick auf die Richtung des Anpassungsprozesses ist hervorzuheben, dass eine Annäherung des Westens an den Osten die Wahrscheinlichkeit wertender Berichte reduziert (23,1%).

Tabelle 59 Bewertung der Deutschen Einheit in der Berichterstattung (Prozent)

	Bewertung Deutsche Einheit	implizit	explizit	positiv	ambivalent	negativ
	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Gesamt	49,3	64,0	36,0	74,5	12,3	13,2
Zeitung						
FAZ	45,1[c]	55,6[a]	44,4	83,1[c]	7,7	9,2
SZ	55,9	65,4	34,6	75,0	13,5	11,5
TAZ	34,7	77,2	22,8	46,7	25,0	28,3
BILD	66,1	64,0	36,0	89,5	3,9	6,6
BZ	48,6	62,3	37,7	71,0	13,4	15,6
TS	54,0	64,9	35,1	77,9	11,2	10,9
Thema						
Polity	30,9[c]	64,0[b]	36,0	68,0[c]	12,0	20,0
Politics	57,5	71,0	29,0	80,4	8,3	11,3
Policy	34,7	64,0	36,0	72,6	9,0	18,4
Perspektive						
Ost	51,9[c]	67,4[a]	32,6	63,7[c]	13,3	23,0
West	50,9	53,6	46,4	78,6	14,3	7,1
Ost und West	36,6	64,1	35,9	65,2	18,9	15,9
Gesamtdeutsch	56,6	68,7	31,3	82,0	9,0	9,0
Übergeordnet	22,6	55,2	44,8	85,1	6,1	6,2
Wahrnehmung von Problemen						
Problem genannt	54,4[b]	56,5[c]	43,5	58,1[c]	16,8	25,1
Fokus auf Problem-darstellung	53,6[a]	57,5	42,5	56,7	17,2	26,0
Fokus auf Problemlösung	78,9	33,3	66,7	86,7	6,7	6,7
Wahrnehmung von Konflikten						
Konflikt genannt	47,2	62,3	37,7	63,6[b]	11,7	24,7
Fokus auf ostdeutsche Konfliktpartei	42,6	62,1	37,9	62,1	10,3	27,6
Fokus auf westdeutsche Konflikt-Partei	48,2	48,1	51,9	66,7	11,1	22,2
Gemeinsamkeiten						
Genannt	54,6	47,9[c]	52,1	83,2[a]	10,1	6,7

	Bewertung Deutsche Einheit (%)	implizit (%)	explizit (%)	positiv (%)	ambivalent (%)	negativ (%)
Unterschiede						
Genannt	43,6[c]	56,5[b]	43,5	63,4[c]	18,5	18,2
Implizit	38,7	62,8	37,2	45,3	31,4	23,3
Explizit	60,6[c]	55,8	44,2	51,7	18,4	29,9
Vorteil Ost	52,7	55,2	44,8	48,3[a]	24,1	27,6
Ambivalent	44,6	64,0	36,0	48,0	48,0	4,0
Vorteil West	47,0	59,3	40,7	48,7	20,2	31,1
Angleichungsprozesse						
Genannt	50,4	48,3[c]	51,7	78,0	14,4	7,6
Ost an West	55,0	48,1	51,9	76,6[b]	14,3	9,1
West an Ost	23,1	(100,0)	(0,0)	(33,3)	(0,0) [a]	(66,7)
Beide aufeinander zu	45,8	40,7	59,3	77,8	22,2	0,0
N =	1884	595	334	123	114	693

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

Die meisten abgegebenen Bewertungen sind subtiler Natur, da sie nur implizit vorgenommen werden (64,0%). Demgegenüber wird nur in rund einem Drittel aller wertenden Beiträge ein explizites Urteil abgegeben (36,0%). Diese Unterscheidung ist aus zwei Gründen bedeutsam. Zum einen gibt es Unterschiede in der Anwendung impliziter und expliziter Bewertungen. So differieren die Zeitungen hier. Am häufigsten werden deutlich erkennbare Urteile in der FAZ verwendet (44,4%), am seltensten sind sie in der taz zu finden (22,8%). Weiterhin finden sich explizite Bewertungen häufiger bei Polity- und Policy-Themen (jeweils 36,0%) und seltener bei der Besprechung politischer Prozesse (29,0%). Überdurchschnittlich häufig erfolgen explizite Urteile aus einem westdeutschen Blickwinkel oder einer übergeordneten (europäischen oder globalen) Perspektive (46,4% bzw. 44,8%). Werden Probleme identifiziert, liegen explizite Urteile näher (43,5%) als wenn dies nicht der Fall ist. Wie diese Probleme dann dargestellt werden hat hingegen kaum einen Einfluss; gleiches gilt für die Auseinandersetzung mit Konflikten. Gemeinsamkeiten (52,1%) und Angleichungsprozesse (51,7%) werden häufiger expliziert als Unterschiede (43,5%). Zweitens werden positive Bewertungen der Einheit signifikant häufiger explizit gemacht als negative Urteile (39,9% vs. 18,7%; p<0,001; nicht tabellarisch ausgewiesen). Dieses Muster können wir bei allen Zeitungen finden. Am deutlichsten ist dies bei der FAZ, am geringsten ist es bei der taz und der Berliner Zeitung ausgeprägt.

Werden Bewertungen vorgenommen, fallen diese insgesamt eindeutig positiv aus: In 74,5% der Beiträge wird die Wiedervereinigung eher oder sogar sehr positiv beurteilt.

Demgegenüber wird die Deutsche Einheit nur in 13,2% der Artikel als eher oder sehr negativ bewertet. In 12,3% der Beiträge fällt das Urteil ambivalent aus.

Die Einschätzungen sind in der Bild-Zeitung am günstigsten (89,5% positive Bewertungen vs. 6,6% negative Bewertungen), gefolgt von der FAZ (83,1% vs. 9,2%), dem Tagesspiegel (77,9% vs. 10,9%), der SZ (75,0% vs. 11,5%) und der Berliner Zeitung 71,0% vs. 15,6%). Erheblich kritischer – aber im Saldo immer noch positiv – wird die Wiedervereinigung in der taz gesehen (46,7% vs. 28,3%).

Am positivsten wird die Wiedervereinigung mit Blick auf politische Prozesse bewertet (positiv: 80,4%; negativ: 11,3%). Etwas zurückhaltender ist die Einschätzung mit Bezug auf spezifische Politikfelder (72,6% vs. 18,4%) bzw. institutioneller Fragen (68,0% vs. 20,0%).

Das Gesamturteil über die Deutsche Einheit fällt am besten aus, wenn eine übergeordnete gesamtdeutsche, eine übergeordnete (europäische oder globale) Perspektive oder eine dezidiert westdeutsche Sichtweise eingenommen wird. Positive Einschätzungen überwiegen dann bei weitem negativen Bewertungen (82,0% vs. 9,0%; bzw. 85,1% vs. 6,2%; 78,6% vs. 7,1%). Kritischer fällt das Urteil hingegen aus, wenn eine ost- und westdeutsche Sichtweise integrierende Perspektive (65,2% vs. 15,9%) oder eine genuin ostdeutsche Sichtweise gewählt wird (63,7% vs. 23,0%).

Die Nennung von Problemen schlägt sich negativ auf die Gesamtbewertung der Deutschen Einheit nieder. In Artikeln, in denen Probleme identifiziert werden, liegt der Anteil positiver Beiträge bei 58,1%, der Anteil der negativen Bewertungen bei 25,1%. Werden dabei Problemlösungen berichtet, liegen die Vergleichswerte bei 86,7% bzw. 6,7%. Konzentrieren sich die Artikel auf Problembeschreibungen sinkt der Anteil positiver Urteile auf 56,7%, während der relative Umfang negativer Bewertungen auf 26,0% steigt. In ähnlicher Weise hemmt die Nennung von Konflikten ein positives Urteil über die Deutsche Einheit. In Artikeln, die einen Konflikt benennen, liegt der Anteil der positiven Bewertungen bei 63,6%, der Umfang negativer Urteile hingegen bei 24,7%. Ob dabei West- oder Ostdeutsche die zentrale Konfliktpartei sind, hat dabei kaum eine Konsequenz.

Demgegenüber korrespondiert die Hervorhebung von Gemeinsamkeiten mit günstigeren Bewertungen der Deutschen Einheit. Der Anteil positiver Bewertungen beträgt in diesem Fall 83,2%, während nur in 6,7% aller Artikel, die Gemeinsamkeiten hervorheben, negative Bewertungen abgegeben werden.

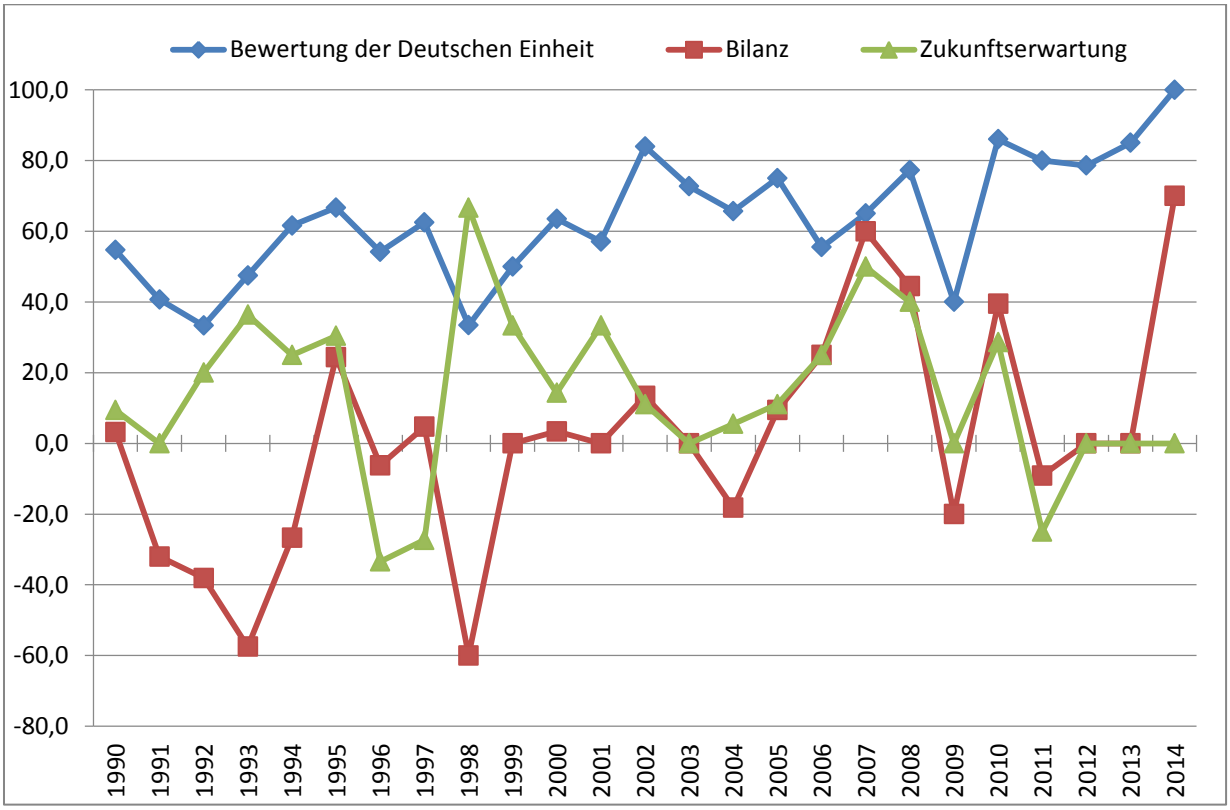
Spiegelbildlich hierzu führt die Identifikation von Unterschieden zu zurückhaltenderen Gesamtbewertungen der Deutschen Einheit (positiv: 63,4%; negativ: 18,2%). Dabei gilt, dass die explizite Nennung von Differenzen zu extremeren Bewertungen führt (positiv: 51,7%; negativ: 29,9%) als die nur implizite Andeutung von Unterschieden (45,3% vs. 23,3%). Keinen großen Einfluss auf das Gesamturteil hat die Frage, welcher Landesteil mit Blick auf die erkannten Unterschiede Vor- oder Nachteile hat.

Ein Einfluss von erkannten Angleichungsprozessen auf die mediale Gesamtbewertung der Deutschen Einheit ist ein günstiger: Mehr als drei Viertel der Berichte (78,0%), die

von Angleichungstendenzen berichten bewerten die Wiedervereinigung positiv. Dem stehen nur 7,6% negative Artikel gegenüber. In den analysierbaren Unterkategorien – der Osten gleicht sich an den Westen an und beide Landesteile bewegen sich aufeinander zu – ist kein bedeutsamer Unterschied hinsichtlich des sehr positiven Gesamturteils, das die Zeitungen fällen, zu erkennen.[42]

Betrachtet man die Entwicklung des Saldos zwischen positiven und negativen Gesamtbewertungen über die Zeit hinweg, zeigt sich – ausgehend von einem deutlichen Überhang günstiger Urteile – ein kontinuierlicher Anstieg (vgl. Abbildung 101). 25 Jahre nach der Einheit ist die gemessene Differenz maximal: es finden sich nur ausschließlich eher positive oder sehr positive Bewertungen. Demgegenüber gibt es keine Berichte, die eher negativ oder sehr negativ ausfallen.

Abbildung 101 Einheitsbewertungen im Zeitverlauf, Differenz zwischen dem Anteil positiver und negativer Bewertungen (Prozentpunkte)



Basis: Bewertung der Einheit: N = 929; Bilanz: N = 592; Zukunftserwartung: N = 375.

9.2.6.2 Entwicklungsbilanz

Knapp ein Drittel (31,4%) aller Zeitungsartikel thematisieren im Rahmen eines Rückblicks die Entwicklung der Deutschen Einheit (Tabelle 60). Die Unterschiede zwischen den Zeitungen sind hier moderat (Minimum: taz, 24,2%; Maximum: SZ 37,6%). Am häu-

42 Für alle anderen Kategorien ist eine Auswertung aufgrund geringer Fallzahlen nicht sinnvoll.

figsten werden solche Bilanzen noch mit Bezug auf spezifische Politikfelder gezogen (27,6%), am seltensten mit Blick auf institutionelle Fragen (19,8%).

Tabelle 60 Bewertung der Entwicklungsbilanz in der Berichterstattung (Prozent)

	Bewertung Entwicklungsbilanz (%)	**implizit** (%)	**explizit** (%)	**optimistisch** (%)	**ambivalent/ keine Veränderung** (%)	**pessimistisch** (%)
Gesamt	31,4	37,5	62,5	34,0	31,1	34,9
Zeitung						
FAZ	31,7	40,0[a]	60,0	39,0[b]	32,0	29,0
SZ	37,6	48,6	51,4	33,3	23,2	43,5
TAZ	24,2	48,4	51,6	15,6	28,1	56,3
BILD	33,9	46,2	53,8	41,0	41,0	17,9
BZ	32,2	30,1	69,9	30,1	31,4	38,6
TS	31,4	31,9	68,1	40,4	32,5	27,1
Thema						
Polity	19,8[c]	43,8	56,3	25,0[b]	12,5	62,5
Politics	22,3	36,1	63,9	34,0	32,6	33,3
Policy	27,6	35,1	64,9	43,1	21,0	35,9
Perspektive						
Ost	36,5 [c]	26,3[b]	73,7	26,3[c]	29,5	44,2
West	21,8	25,0	75,0	33,3	16,7	50,0
Ost und West	38,8	43,6	56,4	26,2	36,1	37,7
Gesamtdeutsch	20,6	28,7	71,3	51,5	23,8	24,8
Übergeordnet	29,1	39,7	60,3	55,9	22,1	22,1
Wahrnehmung von Problemen						
Problem genannt	46,6[c]	32,3[a]	67,7	21,1[c]	28,5	50,4
Fokus auf Problem-darstellung	47,9[c]	32,4	67,6	20,8	28,6	50,5
Fokus auf Problemlösung	5,3	(0,0)	(100,0)	(100,0)	(0,0)	(0,0)
Wahrnehmung von Konflikten						
Konflikt genannt	27,6	37,8	62,2	37,8[c]	6,7	55,6
Fokus auf ostdeutsche Konfliktpartei	27,9	31,6	68,4	42,1	0,0	57,9
Fokus auf westdeutsche Konflikt-Partei	32,1	33,3	66,7	44,4	5,6	50,0

	Bewertung Entwicklungsbilanz (%)	implizit (%)	explizit (%)	optimistisch (%)	ambivalent/ keine Veränderung (%)	pessimistisch (%)
Gemeinsamkeiten						
Genannt	56,4 [c]	22,0 [c]	78,0	45,5[b]	27,6	26,8
Unterschiede						
Genannt	42,3[c]	35,7	64,3	30,3	32,8	36,9
Implizit	45,9[b]	49,0[c]	51,0	16,8[b]	43,1	40,6
Explizit	64,8	18,5	81,5	28,3	22,8	48,9
Vorteil Ost	47,3	42,3	57,7	34,6[b]	30,8	34,6
Ambivalent	66,1	24,3	75,7	16,2	56,8	27,0
Vorteil West	51,8	35,9	64,1	21,4	27,5	51,1
Angleichungsprozesse						
Genannt	54,7 [c]	20,3[c]	79,7	50,8[c]	34,4	14,8
Ost an West	57,9	17,3	82,7	56,8	28,4	14,8
West an Ost	23,1	(0,0)	(100,0)	(0,0)	(33,3)	(66,7)
Beide aufeinander zu	52,5	32,2	67,7	45,2	41,9	12,9
N =	1884	222	370	201	184	206

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

Bilanzierungen erfolgen überdurchschnittlich oft, wenn eine spezifisch ostdeutsche Perspektive eingenommen wird (36,5%) oder wenn ost- und westdeutsche Gesichtspunkte in die Berichterstattung einfließen (38,8%). Demgegenüber werden bei Einnahme einer westdeutschen oder eine gesamtdeutschen Sichtweise Bilanzen am seltensten gezogen (21,8% bzw. 20,6%).

Werden Probleme identifiziert, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit eines Resümees (46,6%). Erhebliche Unterschiede bestehen dabei zwischen Artikeln, die Probleme darstellen (47,9%), und Beiträge, die Problemlösungen berichten (5,3%). Demgegenüber hat die Diskussion von Konflikten keinen Einfluss darauf, ob die Deutsche Einheit rückblickend beurteilt wird.

Die Identifikation von Gemeinsamkeiten erhöht die Chance, dass Journalisten Bilanz ziehen (56,4%). Gleiches gilt – wenn auch in abgeschwächter Form –, wenn Unterschiede erkannt werden (42,3%). Die Wahrscheinlichkeit einer rückblickenden Bewertung ist hier im Rahmen expliziter Nennungen von Unterschieden größer, als wenn diese nur implizit dargestellt werden (64,8% vs. 45,9%). Welchem Landesteil dabei ein Vor- oder eine Nachteil zuerkannt wird, spielt hingegen keine große Rolle.

Die Anerkennung von Angleichungsprozessen ist ebenfalls überdurchschnittlich häufig mit der Bilanzierung der Deutschen Einheit verbunden (54,7%). Werden Anpassungen

des Westens an den Osten beobachtet, sinkt jedoch die Wahrscheinlichkeit, in den Printmedien eine Entwicklungsbilanz vorzufinden (23,1%).

Im Unterschied zur Gesamtbewertung der Deutschen Einheit wird die Entwicklungsbilanz überwiegend explizit bewertet (62,5%). Besonders viele explizite Stellungnahmen sind bei den beiden Regionalzeitungen zu beobachten (Berliner Zeitung: 69,9%; Tagesspiegel: 68,1%).

Am seltensten explizit äußern sich hier SZ (51,4%) und taz (51,6%). Entwicklungsbilanzen werden am häufigsten mit Bezug auf Politikfelder und politische Prozesse gezogen (64,9% bzw. 63,9%). Etwas seltener sind sie mit Blick auf institutionelle Fragen zu finden (56,3%).

Wird ein spezifisch ost- oder westdeutscher Blickwinkel eingenommen (73,7% bzw. 75,0%) oder ist die gewählte Perspektive eine gesamtdeutsche (71,3%), erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, auf eine explizite Bilanz zur Deutschen Einheit zu treffen.

Werden Probleme identifiziert, erfolgt überdurchschnittlich häufig eine explizite Bilanzierung der Wiedervereinigung (67,7%). Demgegenüber hat die Diskussion von Konflikten keine besondere Auswirkung.

Werden Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West ausgemacht, werden diese in mehr als drei Viertel aller Beiträge explizit gemacht (78,0%). Einen entsprechenden Einfluss beim Erkennen von Unterschieden ist hingegen nicht zu beobachten (64,3%). Auch spielt die Frage, ob Unterschiede mit Vor- und Nachteilen von Ost oder West verknüpft werden, keine Rolle dafür, wie explizit Entwicklungsbilanz gezogen werden. Demgegenüber ist die Beobachtung von Angleichungsprozessen in vier von fünf Fällen mit einer expliziten Rückschau auf die Entwicklung der Deutschen Einheit verbunden (79,7%). Welche Trends dabei genau wahrgenommen werden, spielt für den Expliziertheitsgrad der Darstellung keine besondere Rolle.

Erneut sind implizite und explizite Stellungnahmen häufig mit der Bewertung der Entwicklung der Deutschen Einheit verknüpft. Analog zur Gesamtbewertung der Wiedervereinigung fallen explizite Bilanzen eher positiv als negativ aus (38,9% vs. 29,5%; nicht tabellarisch dargestellt). Demgegenüber sind implizite Urteile häufiger negativ als positiv (43,9% vs. 25,8%). Dieser Zusammenhang ist hoch signifikant ($p<0,001$). Dieses Muster ist bei allen Zeitungen mit Ausnahme der Berliner Zeitung und der taz zu beobachten, die sich nicht scheuen, auch negative Entwicklungen explizit zu benennen.

Verglichen mit der Gesamtbewertung der Wiedervereinigung fallen solche Rückblicke deutlich zurückhaltender aus. Berichte über positive Entwicklungen halten sich hier mit negativen Bilanzen nahezu die Waage (34,0% vs. 34,9%). Häufig sind ebenfalls Artikel, in denen sich positive und negative Bewertungen ausgleichen oder Beiträge, die rückblickend keine Veränderung ausmachen können (31,1%).

Die Berichterstattung in der Bild-Zeitung fällt hier deutlich am günstigsten aus. Wenn Entwicklungsbilanz gezogen wird, fällt diese in 41,0% aller Beiträge positiv aus. Demgegenüber werden weniger als halb so oft negative Urteile gefällt (17,9%). Im Saldo eben-

falls positiv berichten die FAZ (39,0% positive Bilanzen vs. 29,0% negative Bilanzen) und der Tagesspiegel (40,4% vs. 27,1%). Überwiegend skeptisch fällt die Bewertung der Deutsche Einheit hingegen in der Rückschau der SZ (33,3% vs. 43,5%), der Berliner Zeitung (30,1% vs. 38,6%) und insbesondere der taz aus (15,6% vs. 56,3%).

Der einzige thematische Bereich, in dem es einen Überhang von wahrgenommenen positiven gegenüber negativen Entwicklungen gibt, sind politikfeldbezogene Fragen (43,1% vs. 35,9%). Mit Blick auf politische Prozesse ist das Bild nahezu ausgewogen (34,0% vs. 33,3%). Eindeutig negativ fällt die Rückschau auf institutionelle Themen aus (25,0% vs. 62,5%).

Nur wenn bei der Berichterstattung eine gesamtdeutsche oder übergeordnete (europäische oder globale) Sichtweise eingenommen wird, werden die Entwicklungen eher positiv als negativ dargestellt (51,5% vs. 24,8% bzw. 55,9% vs. 22,1%). Wird hingegen ein Blickwinkel eingenommen, in der ost- und westdeutsche Eindrücke gleichermaßen verarbeitet werden, überwiegen negative Bilanzierungen (26,2% vs. 37,7%). Dieser negative Saldo verstärkt sich bei der Einnahme einer spezifisch ostdeutschen Perspektive (26,3% vs. 44,2%) oder bei Bezug eines ausschließlich westdeutschen Blickwinkels (33,3% vs. 50,0%).

Der Rückblick auf die Deutsche Einheit wird durch die Identifikation von Problemen getrübt. Wird ein Problem genannt, überwiegen negative Bilanzierungsergebnisse positive Einschätzungen deutlich (50,4% vs. 21,1%). Wird das Problem nur dargestellt, liegt der Anteil positiver Bilanzierungen bei 20,8%. Negative Rückblicke finden sich in der Hälfte aller Fälle (50,5%).[43] Analog zur Benennung von Problemen schlagen sich auch Berichte über Konflikte ungünstig auf den Rückblick auf den Einigungsprozess nieder (37,8% positive Beträge vs. 55,6% negative Artikel). Für die Beurteilung der Entwicklungsbilanz macht es allerdings kaum einen Unterschied, ob die Konfliktpartei eine ostdeutsche oder eine westdeutsche ist.

Werden in der Berichterstattung Gemeinsamkeiten hervorgehoben, fällt der Rückblick auf den Einigungsprozess deutlich positiv aus. Überwiegend werden dann Verbesserungen betont; der Hinweis auf Verschlechterungen erfolgt hingegen deutlich seltener (45,5% vs. 26,8%).

Umgekehrt führt die Identifikation von Unterschieden dazu, dass positive Entwicklungsbilanzen seltener sind als negative (30,3% vs. 36,9%). Explizite Benennungen von Unterschieden führen zu extremeren Entwicklungsbilanzen (positiv: 28,3%; negativ: 48,9%), als wenn nur implizit auf regionale Differenzen hingewiesen wird (16,8% vs. 40,6%). Werden Vorteile für die neuen Bundesländer gesehen, ist die Entwicklungsbilanz ausgeglichen (jeweils 34,6% der Artikel fällen ein positives oder negatives Urteil). Demgegenüber ist die rückblickende Einschätzung der Deutschen Einheit überwiegend

43 Über den Zusammenhang zwischen der Entwicklungsbilanz mit Problemlösungen kann hingegen nichts ausgesagt werden; diese Kombination kommt nur in einem Fall vor.

negativ, wenn Vorteile Westdeutschlands gegenüber Ostdeutschland erkannt werden (positiv: 21,5%; negativ: 51,5%).

Positive Entwicklungsbilanzen sind deutlich häufiger zu beobachten als negative Resümees, wenn Angleichungsprozesse berichtet werden (50,8% vs. 14,8%). In den Unterkategorien, die einer Analyse zugänglich sind – der Osten gleicht sich an den Westen an und beiden Landesteile bewegen sich aufeinander zu –, ist kein bedeutsamer Unterschied mit Bezug auf die gezogene Bilanz zu beobachten. In beiden Fällen fällt die Rückschau auf den Einigungsprozess eindeutig positiv aus.[44]

Auch im Rückblick wird der Wiedervereinigungsprozess immer günstiger beurteilt (vgl. Abbildung 101). Haben in den ersten Jahren nach der Wende negative Einschätzungen positive Urteile noch deutlich überwogen, wurden bereits fünf Jahre nach der Einheit erstmals eine überwiegend günstige Bilanz gezogen. Mit kleinen Ausnahmen war diese in den folgenden Jahren ausgeglichen. Seit 2005 werden gehäuft mehr positive als negative Rückblicke veröffentlicht. Ein letzter Höhepunkt wurde im Jahr 2014 – 25 Jahre nach der Wiedervereinigung – erreicht (Saldo zwischen positiven und negativen Entwicklungsbilanzen: +70 Prozentpunkte).

9.2.6.3 Zukunftserwartungen

Ein Fünftel aller Beiträge (19,9%) enthalten Erwartungen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Deutschen Einheit (Tabelle 61). Am häufigsten kommen diese Einschätzungen in der SZ (24,2%) und der Bild-Zeitung (25,2%) vor, am seltensten in der taz (12,8%).

Für alle codierten Politikbereiche werden unterdurchschnittlich häufig Prognose abgegeben. Am geringsten ist diese Tendenz im Bereich Polity ausgeprägt (12,3%). Kaum Unterschiede in der Formulierung von Zukunftserwartungen bestehen hingegen mit Blick auf die eingenommene Perspektive.

Die Identifikation von Problemen fördert die Abgabe von Prognosen über die Weiterentwicklung der Deutschen Einheit (32,0%). Sehr selten erfolgt ein Blick in die Zukunft jedoch dann, wenn Problemlösungen thematisiert werden (5,3%). Die Beobachtung von Konflikten hemmt hingegen die Zukunftseinschätzungen (10,4%). Kein Einfluss hat dabei die Frage, welche Konfliktpartei im Zentrum der Auseinandersetzung gesehen wird.

44 Für alle anderen Kategorien ist eine differenzierte Analyse aufgrund geringer Fallzahlen nicht möglich.

Tabelle 61 Zukunftserwartungen in der Berichterstattung (Prozent)

	Zukunfts-erwartun-gen	implizit	explizit	Chancen	ambiva-lent/ völlig offen	Risiken
	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Gesamt	19,9	35,7	64,3	31,9	48,1	19,9
Zeitung						
FAZ	18,7[a]	27,1	72,9	27,1[ca]	55,9	16,9
SZ	24,2	35,6	64,4	33,3	48,9	17,8
TAZ	12,8	44,1	55,9	17,6	53,0	29,4
BILD	25,2	51,7	48,3	41,4	51,7	6,9
BZ	20,0	32,6	67,4	24,0	48,9	27,1
TS	21,4	36,3	63,7	42,5	40,7	16,8
Thema						
Polity	12,3[c]	30,0	70,0	10,0	40,0	50,0
Politics	15,0	45,4	54,6	27,8	51,5	20,6
Policy	17,3	26,7	73,3	37,1	44,8	18,1
Perspektive						
Ost	21,2	25,5[a]	74,5	28,6[a]	39,3	32,1
West	20,0	45,5	54,5	27,3	54,6	18,2
Ost und West	19,3	44,9	55,1	25,0	53,8	21,2
Gesamtdeutsch	20,0	29,6	70,4	37,8	47,9	14,3
Übergeordnet	23,5	29,1	70,9	45,5	40,0	14,5
Wahrnehmung von Problemen						
Problem genannt	32,0[c]	29,6[b]	70,4	20,3[c]	50,3	29,4
Fokus auf Problem-darstellung	32,9[a]	29,7	70,3	20,4	50,0	29,6
Fokus auf Problemlösung	5,3	(0,0)	(100,0)	(0,0)	(100,0)	(0,0)
Wahrnehmung von Konflikten						
Konflikt genannt	10,4[c]	23,5	76,5	29,4	41,2	29,4
Fokus auf ostdeutsche Konfliktpar-tei	14,7	30,0	70,0	20,0	40,0	40,0
Fokus auf westdeutsche Konflikt-partei	12,5	(28,6)	(71,4)	(28,6)	(42,9)	(28,6)
Gemeinsamkeiten						
Genannt	30,3[c]	21,2[b]	78,8[b]	34,3	49,3	16,4

	Zukunfts-erwartungen (%)	implizit (%)	explizit (%)	Chancen (%)	ambivalent/ völlig offen (%)	Risiken (%)
Unterschiede						
Genannt	24,4[c]	33,7	66,3	26,4	50,5	23,1
Implizit	24,3[a]	50,0 [c]	50,0	16,7	66,7	16,7
Explizit	35,2	20,0	80,0	19,6	45,1	35,3
Vorteil Ost	16,4	(44,4)	(55,6)	(22,2)[a]	(66,6)	(11,1)
Ambivalent	33,9	57,9	42,1	10,5	84,2	5,3
Vorteil West	30,0	28,9	71,1	19,5	48,1	32,5
Angleichungsprozesse						
Genannt	30,3 [c]	26,8	73,2	36,1[a]	55,6	8,3
Ost an West	28,6	15,0	85,0	43,9	48,8	7,3
West an Ost	15,4	(0,0)	(100,0)	(0,0)	(50,0)	(50,0)
Beide aufeinander zu	35,6	52,4	47,6	23,8	71,5	4,8
N =	1884	134	241	120	181	75

Signifikanzniveaus: a: p<0,05; b: p<0,01; c: p<0,001
( ) Kategorie enthält weniger als 10 Artikel.

Die Nennung von Gemeinsamkeiten (30,3%), aber auch die Identifikation von Unterschieden (24,4%) erhöht die Wahrscheinlichkeit von Prognosen. Werden Differenzen explizit benannt, werden häufiger Zukunftsentwicklungen thematisiert, als wenn Unterschiede nur implizit erwähnt werden (35,2% vs. 24,3%). Weniger bedeutsam ist hingegen, ob bei der Beobachtung von Unterschieden bestimmten Landesteilen ein Vor- oder ein Nachteil eingeräumt wird. Tendenziell ist zu beobachten, dass ein wahrgenommener Vorteil für die neuen Bundesländer am seltensten in Prognosen resultiert (16,4%). Auch die Thematisierung von Angleichungstendenzen zwischen Ost und West sorgt für eine vermehrte Abgabe von Prognosen über die Zukunft der Deutschen Einheit (30,3%). In welche Richtung dieser Prozess verläuft hat dabei wenig Einfluss auf die Besprechung von Entwicklungsperspektiven. Diese werden besonders häufig vorgenommen, wenn beide Landesteile aufeinander zu streben (35,6%). Eher selten sind sie zu finden, wenn eine Angleichung des Westens an den Osten gesehen wird (15,4%).

Zwei Drittel der formulierten Zukunftserwartungen sind expliziter Natur (64,3%). Besonders deutlich wird dabei die FAZ (72,9%). Die SZ (64,4%) und die beiden Berliner Regionalzeitungen (Berliner Zeitung: 67,4%; Tagesspiegel: 63,7%) liegen nahe am Mittelwert. Demgegenüber ist der Anteil expliziter Aussagen bei der taz deutlich geringer (55,9%). Bei der Bild-Zeitung sind explizite Einschätzungen sogar in der Minderheit (48,3%).

Am häufigsten werden Prognosen über politikfeldbezogene Themen oder institutionelle Strukturen vorgenommen (73,3% bzw. 70,0%). Seltener sind Aussagen über die Zukunft im Hinblick auf politische Prozesse zu finden (54,6%).

Explizite Zukunftserwartungen sind besonders häufig bei der Einnahme einer dezidiert ostdeutschen Perspektive (74,5%), eines gesamtdeutschen Blickwinkels oder bei übergeordneten (europäischen oder globalen) Sichtweisen zu beobachten (70,4% bzw. 70,9%).

Die Identifikation von Problemen (70,4%) und Konflikten (76,5%) erhöht die Chancen, dass Zukunftsprognosen abgegeben werden leicht. Dabei ist es aber nicht bedeutsam aus welchem Blickwinkel über Probleme bzw. welche Konfliktparteien im Zentrum einer Auseinandersetzung gesehen werden.

Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West regen Überlegungen zur Zukunft der Deutschen Einheit stark (78,8%), Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen nur geringfügig an (66,3%). Werden diese Differenzen explizit benannt, steigt die Wahrscheinlichkeit von Prognose (80,0%). Werden Unterschiede nur implizit ausgeführt, werden seltener Aussagen über die Zukunft formuliert (50,0%). Vorteile für eine der beiden Landesteile werden dabei etwas häufiger explizit gemacht als wenn der Eindruck vorherrscht, dass Vor- und Nachteile ausgeglichen verteilt sind. Nahezu so stark wie Gemeinsamkeiten korrespondiert die Identifikation von Angleichungsprozessen mit Spekulationen über die Zukunft der Deutschen Einheit (73,2%). Einseitige Bewegungen eines Landesteils in Richtung des anderen Landesteils führen mit einer größeren Wahrscheinlichkeit zu expliziten Prognosen als wenn sich Ost und West gleichförmig aufeinander zu bewegen.

Im Unterschied zu Gesamtbewertung und Entwicklungsbilanz hängen positive und negative Erwartungen über die Zukunft für die Gesamtheit der untersuchten Zeitungen nicht mit dem Explikationsgrad der getroffenen Aussagen zusammen: zukünftige Chancen und Risiken der Deutschen Einheit werden in der Gesamtschau aller Zeitungen zu jeweils gleichen Teilen implizit und explizit dargestellt.

Insgesamt überwiegen optimistische Einschätzungen pessimistischen Annahmen über die Zukunft (31,9% vs. 19,9%). Die meisten Artikel gehen allerdings davon aus, dass die Entwicklung völlig offen oder nicht prognostizierbar ist oder gleichzeitig positive und negative Trends erwartet werden (48,1%). Als besonders optimistisch erweisen sich die Bild-Zeitung (41,4% positive Erwartungen vs. 6,9% negative Erwartungen) und der Tagesspiegel (42,5% vs. 16,8%), gefolgt von der SZ (33,3% vs. 17,8%) und der FAZ (27,1% vs. 16,9%). Weitgehend ausgeglichen sind die Einschätzungen der Berliner Zeitung (24,0% vs. 27,1%), während die taz als einzige Zeitung sogar mehrheitlich von einer negativen Entwicklung ausgeht (17,6% vs. 29,4%).

Am optimistischsten werden die Zukunftsentwicklungen für die verschiedenen Politikfelder eingeschätzt. Hier überwiegen positive Bewertungen negative Erwartungen (37,1% vs. 18,1%). Ebenfalls ein – allerdings nur leicht – positiver Saldo ist mit Blick auf

die politischen Prozesse zu erkennen (27,8% vs. 20,6%). Kritisch wird hingegen die Entwicklung im institutionellen Bereich gesehen. Negative Artikel sind hier häufiger zu finden als positive Beiträge (50,0% vs. 10,0%).

Mehr positive als negative Entwicklungen erwarten die hier untersuchten Printmedien vor allem dann, wenn eine gesamtdeutsche (37,8% vs. 14,3%) oder eine übergeordnete (europäische bzw. globale) Perspektive eingenommen wird (45,5% vs. 14,5%). Schwächer, aber nach wie vor eher optimistisch fallen die Erwartungen an die Zukunft aus, wenn entweder eine spezifisch westdeutsche oder eine west- und ostdeutsche Perspektive gleichermaßen berücksichtigende Sichtweise gewählt wird (27,3% vs. 18,2% bzw. 25,0% vs. 21,2%). Demgegenüber werden seltener Chancen sondern eher Risiken gesehen, wenn eine genuin ostdeutsche Perspektive eingenommen wird (28,6% vs. 32,1%).

Die Identifikation von Problemen schlägt sich in einer skeptischeren Einschätzung der Zukunft der Deutschen Einheit nieder. Negative Artikel sind hier häufiger zu finden als positive (29,6% vs. 20,4%). Dazu trägt zweifellos bei, dass Prognosen nur im Zusammenhang mit der Darstellung von Problemen vorgenommen werden. Problemlösungen werden hingegen in der Berichterstattung, die auch Zukunftserwartungen formuliert, nicht überaus angesprochen. Einige Artikel, die sich mit der Entwicklung der Wiedervereinigung auseinandersetzen, benennen Konflikte. Chancen und Risiken werden hier gleichermaßen gesehen (jeweils 29,4%). Wird eine ostdeutsche Konfliktpartei als besonders bedeutsam angesehen, überwiegen negative Einschätzungen die positiven Urteile (40,0% vs. 20,0%).[45]

Die Wahrnehmung von Gemeinsamkeiten hat kaum einen Einfluss auf die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Wiedervereinigungsprozesses. Ebenfalls nur ein moderater Effekt geht von der Identifikation von „Ost-West"-Unterschieden aus. Werden diese erkannt, halten sich positive und negative Einschätzungen nahezu die Waage (26,4% vs. 23,1%). Explizite Nennungen regionaler Unterschiede führen dabei zu negativeren Einschätzungen über die Zukunft (positiv: 19,6% vs. 35,3%) als implizite Hinweise (jeweils 16,7%). Tendenziell fallen die Zukunftserwartungen dann etwas besser aus, wenn Ostdeutschland ein Vorteil attestiert wird (positiv: 22,2%; negativ: 11,1%). Ist dies umgekehrt, d.h. Westdeutschland wird im Vorteil gesehen, übersteigen die negativen Zukunftsprognosen die positiven Einschätzungen (32,5% vs. 19,5%).

Beobachten die Medien, dass sich der Osten an den Westen angleicht, überwiegen positive Zukunftsprognosen die negative Einschätzungen über die zukünftige Entwicklung (36,1% vs. 8,3%). Diese Bewertung fällt etwas zurückhaltender aus, wenn die Medien davon ausgehen, dass sich beide Landesteile aufeinander zu bewegen (23,8% vs. 4,8%). Wird wahrgenommen, dass der Osten auf den Westen zugeht, fallen die Prognosen günstiger aus (positiv: 43,8%; negativ: 8,3%).[46]

45 Eine Differenzierung der Analyse nach westdeutschen Konfliktparteien ist aufgrund geringer Fallzahlen nicht möglich.

46 Für alle anderen Kategorien ist eine differenzierte Analyse aufgrund geringer Fallzahlen nicht möglich.

Die Entwicklung der Zukunftserwartungen an die Weiterentwicklung der Deutschen Einheit ist in den letzten 25 Jahren erheblichen Schwankungen unterworfen (Abbildung 21). Überwiegend ist der Saldo zwischen positiven und negativen Prognosen dabei im Plus-Bereich. Dies gilt insbesondere für die ersten Jahre nach der Wende, für die Jahre 1998-2002 und die Phase 2004-2010. Durchbrochen wurde dieses Grundmuster hin und wieder von im Saldo negativen Zukunftserwartungen (1996, 1997, 2011). In den letzten drei Jahren sind die Prognosen neutral.

10 Unterschiedliche Zeitungen, Unterschiede in der Berichterstattung?

Zeitung ist nicht gleich Zeitung. Sie unterscheiden sich hinsichtlich objektiv feststellbarer Eigenschaften, wie etwa ihrer redaktionellen Linie, ob sie sich als Qualitäts- oder Boulevardzeitung sehen, mit Blick auf ihr Verbreitungsgebiet – regional oder überregional – oder ihrer Verankerung im Osten oder im Westen Deutschlands. Diese Aspekte können sich darauf auswirken, wie Zeitungen berichten. Dies wiederum kann einen Einfluss darauf nehmen, welches Bild sich die Bürger von der Realität machen. Wir wollen in einer abschließenden Analyse untersuchen, inwieweit die genannten formalen Merkmale einer Zeitung mit der Berichterstattung zum Thema Deutsche Einheit/Wiedervereinigung zusammenhängen (vgl. Tabelle 62).

10.1 Unterschiede in Abhängigkeit von der redaktionellen Linie

Die redaktionelle Linie einer Zeitung entscheidet häufig über den Tenor ihrer Berichterstattung. Unter der redaktionellen Linie einer Zeitung wird im Allgemeinen die „von der aktuellen Ereignislage unabhängige, grundsätzliche politische Tendenz eines Mediums“ (Maurer/Reinemann 2006: 129) verstanden. Bei Tageszeitungen bestimmen in der Regel die Verleger oder die Herausgeber die politische Linie des Blattes. Die redaktionelle Linie kann man entlang des Links-Rechts-Kontinuums erfassen. In unserer Stichprobe gelten die SZ, die taz und die Berliner Zeitung als politisch eher linke Zeitungen. Als politisch eher konservativ werden die FAZ, die Bild-Zeitung und der Tagespiegel eingestuft (vgl. beispielsweise Eilders 2004: 144f., 162; Maurer/Reinemann 2006: 130f.).

Die Berichterstattung linker und konservativer Zeitungen unterscheidet sich nur geringfügig hinsichtlich ihrer formalen Merkmale. Größere Unterschiede zeigen sich nur mit Blick auf die Platzierung der Artikel zum Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung. Politisch konservative Tageszeitungen widmen diesem Themenkomplex mehr Aufmerksamkeit als linke Zeitungen. Wir finden hier mehr Artikel, die als Aufmacher oder Kommentar auf der Titelseite platziert sind (8,7% vs. 4,8%). Auch finden wir mehr sonstige Beiträge auf der Titelseite konservativer als linker Zeitungen (11,1% vs. 6,8%). Leser konservativer Blätter bekommen somit stärker den Eindruck vermittelt, dass das Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung wichtig ist.

Anders als für die formalen Merkmale der Berichterstattung gibt es zahlreiche bedeutsame Differenzen hinsichtlich der Inhalte der Berichterstattung zwischen linken und konservativen Printmedien. So liefern linke Blätter stärker eine politikfeldbezogene Berichterstattung als konservative Blätter (35,3% vs. 29,3%). Umgekehrt veröffentlichen linke Zeitungen weniger Artikel in der Kategorie „Sonstiges“ als dies bei konservativen Zeitungen (auch aufgrund der Zuordnung der Bild-Zeitung zu dieser Kategorie) der Fall ist (25,9% vs. 32,2%).

Linke Zeitungen berichten auch häufiger über gesellschaftliche Konflikte als konservative Medien (11,1% vs. 6,4%). Allerdings tauchen dort seltener ostdeutsche Konfliktpar-

teien als zentrale Akteure in solchen Auseinandersetzungen auf, als dies bei konservativen Blättern der Fall ist (35,3% vs. 52,5%).

Seltener thematisiert werden auch Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland in linken als in konservativen Presseorganen (9,7% vs. 13,4%). Während die Beobachtung von Anpassungsprozessen in etwa gleich häufig erfolgt, gibt es deutliche Unterschiede in der Frage, wer sich dabei auf wen zubewegt. Die linke Presse geht eher als konservative Zeitungen davon aus, dass der Westen auf den Osten zugeht (9,1% vs. 2,4%), bzw. dass sich beide Landesteile aufeinander zu bewegen (29,1% vs. 21,8%). Umgekehrt beobachten konservative Medien häufiger als linke Zeitungen, dass es der Osten ist, der auf den Westen zugeht (66,9% vs. 51,8%).

Auch in der Bewertung der Deutschen Einheit zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede nach der redaktionellen Linie der untersuchten Tageszeitungen. In linken Blättern fallen die Gesamtbewertung der Deutschen Einheit, die rückblickende Entwicklung der Wiedervereinigung und die Erwartungen über ihren weiteren Verlauf skeptischer aus als in konservativen Zeitungen. Berechnet man den Saldo zwischen positiven und negativen Urteilen, ist der Unterschied zwischen den beiden Gruppen von Zeitungen deutlich zu erkennen. Dabei handelt es sich nicht nur um ähnliche Bewertungen, die in unterschiedlichen Intensitäten abgegeben werden (wie dies mit Blick auf die Gesamtbewertung der Fall ist: +49,4 Prozentpunkte vs. +71,4 Prozentpunkte), sondern um zum Teil völlig andere Einschätzungen (Entwicklungsbilanz: -16,1 Prozentpunkte vs. +13,4 Prozentpunkte; Zukunftserwartungen: +/- 0 Prozentpunkte vs. 10,1% Prozentpunkte).

10.2 Unterschiede zwischen Qualitäts- und Boulevardpresse

Unterschiede zwischen Qualitäts- und Boulevardmedien werden häufig vermutet und wurden vielfach nachgewiesen. In unserer Stichprobe ist die Bild-Zeitung die einzige Boulevardzeitung, alle anderen Zeitungen – FAZ, SZ, taz, Berliner Zeitung, Tagesspiegel – sind Qualitätszeitungen.

Qualitäts- und Boulevardzeitungen unterscheiden sich erheblich mit Blick auf formale Merkmale der Berichterstattung. Einerseits beschäftigen sich Boulevardmedien an prominenterer Stelle mit dem Thema Deutsche Einheit/Wiedervereinigung, als dies bei den Qualitätsmedien der Fall ist. Knapp ein Viertel (22,6%) aller Beiträge der Bild-Zeitung finden sich auf der Titelseite; bei den anderen Zeitungen ist das nur in 15,3% aller Artikel der Fall. Weiterhin haben die Beiträge einen stärker meinungsbildenden Charakter (33,9% vs. 23,4%). Andererseits sind die Beiträge der Bild-Zeitung deutlich kürzer als die der Qualitätspresse (im Mittel 64,8 Zeilen vs. 94,5 Zeilen).

Auch hinsichtlich einiger inhaltlicher Aspekte unterscheiden sich Qualitäts- und Boulevardzeitungen. Auffällig ist, dass die Qualitätspresse erheblich stärker als die Bild-Zeitung über Themen berichtet, die klar den Bereichen Polity, Politics und Policy zugeordnet werden können. Sonstige Themen sind hier erheblich seltener als in der Boulevardpresse (27,7% vs. 50,4%). In den politikbezogenen Kategorien kommen institutio-

nelle Themen und Berichte über Politikfelder in der Boulevardpresse seltener vor als in den Qualitätszeitungen (0,0% vs. 4,6% bzw. 14,8% vs. 33,4%), während beide Zeitungstypen in ähnlichem Maß über Politikprozesse berichten.

In den Beiträgen der Qualitätspresse werden etwas stärker spezifisch ost- oder spezifisch westdeutsche Perspektiven eingenommen als in der Bild-Zeitung (14,6% vs. 4,6% bzw. 3,0% vs. 1,9%). Demgegenüber wird in der Boulevardpresse häufiger eine ost- und westdeutsche Aspekte berücksichtigende Sichtweise oder eine übergeordnete (bundesdeutsche, europäische oder globale) Perspektive eingenommen (49,1% vs. 43,4% bzw. 44,4% vs. 38,9%).

In der Qualitätspresse werden auch häufiger auf die Deutsche Einheit oder die Wiedervereinigung bezogene Konflikte und Unterschiede thematisiert als in der Bild-Zeitung (9,0% vs. 3,5% bzw. 40,1% vs. 29,6%). Die seltenere Konfliktthematisierung der Boulevardpresse ist vielleicht unerwartet, wurde jedoch auch in anderen Inhaltsanalysen bestätigt (vgl. Leidecker im Druck). Eventuell sind Konflikte und Kontroversen eher ein Bestandteil der „hard news"-Berichterstattung, während die Bild-Zeitung häufiger auch auf „soft news" setzt. „Was der harten Nachricht die Kontroverse, ist der leichten Nachricht ihr Klatsch." (Reumann 2009: 135)

Die Bewertung der Deutschen Einheit fällt in der Boulevardpresse günstiger aus als in den Qualitätszeitungen. Berechnet man den Saldo zwischen positiven und negativen Gesamtbewertungen, ist der Vorsprung der Bild-Zeitung klar zu erkennen (+82,9 Prozentpunkte vs. 59,4% Prozentpunkte).

10.3 Unterschiede nach Verbreitungsgebiet

Regionale und überregionale Tageszeitungen haben unterschiedliche Leserschafften im Auge. Dementsprechend fokussieren Regionalzeitungen stärker auf Ereignisse vor Ort, während überregionale Zeitungen eher über Ereignisse berichten, die in einem – räumlich gesehen – größeren Kontext bedeutsam sind. Laut Garthe (2008: 456) und Mast (2008: 454) müssen regionale Tageszeitungen gerade unter ansteigendem Wettbewerbsdruck auf ihre „wichtigste Stärke", nämlich lokale und regionale Informationen, setzen und diese ausbauen. Diese Strategie nennt man auch „Regionalisierung". Regionalzeitungen sind in unserer Stichprobe die Berliner Zeitung und der Tagesspiegel; zur überregionalen Presse zählen FAZ, SZ, taz und Bild-Zeitung.

Die beiden Zeitungstypen unterscheiden sich in den formalen Merkmalen ihrer Berichterstattung mit Blick auf die Länge und die Darstellungsform, nicht aber in der Prominenz der Artikel. Die Berichte in der Regionalpresse sind deutlich kürzer (im Mittel 83,7 Zeilen vs. 102,9 Zeilen) und etwas weniger meinungsbetonend als die Beiträge der überregionalen Zeitungen (21,8% vs. 26,6%).

Mit Blick auf den Inhalt fallen die Unterschiede hingegen moderat aus. Regionalzeitungen sind etwas stärker politikfeldorientiert als die überregionale Presse (34,9% vs. 29,3%), die wiederum stärker politische Prozesse ins Auge fasst (37,6% vs. 31,5%).

Das Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung wird in der Regionalpresse häufiger aus einem spezifisch ostdeutschen Blickwinkel gesehen als in der überregionalen Presse (17,2% vs. 10,4%). Demgegenüber nehmen Berliner Zeitung und Tagesspiegel seltener eine Sichtweise ein, in der ost- und westdeutsche Aspekte gleichermaßen angesprochen werden. Diese Perspektive kommt bei der überregionalen Presse etwas stärker zum Zug (41,4% vs. 46,5%).

Ein weiterer Unterschied zwischen regionaler Presse und überregionalen Tageszeitungen besteht in der Identifikation von zentralen Konfliktparteien. Insbesondere mit Blick auf die Rolle westdeutscher Konfliktparteien differieren die beiden Zeitungstypen in ihrer Darstellung. Westdeutsche Konfliktparteien werden in den Beiträgen regionaler Zeitungen erheblich häufiger genannt als dies in der überregionalen Presse der Fall ist (45,9% vs. 21,8%).

10.4 Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Zeitungen

Es wird häufig angenommen, dass sich Ost- und Westdeutsche hinsichtlich ihrer Meinungen und ihrer Verhaltensweisen unterscheiden. Dass dies zutrifft, wurde immer wieder nachgewiesen – vor allem in den ersten Jahren nach der Deutschen Einheit, seltener hingegen mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur Wiedervereinigung. Fraglich ist, ob sich „Ost-West"-Unterschiede auch in der Presse widerspiegeln. Unter den von uns untersuchten Zeitungen ist die Berliner Zeitung eine eher ostdeutsche Zeitung, der Tagesspiegel ein eher westdeutsches Blatt.

Mit Blick auf die formalen Merkmale der Berichterstattung unterscheiden sich die beiden Zeitungen nur wenig voneinander. Einzig hinsichtlich meinungsbildender Darstellungen ist zu beobachten, dass diese im Westen stärker betrieben wird als im Osten (25,8% vs. 17,3%).

Mit Bezug auf den Inhalt der Berichterstattung zeigt sich, dass in der Westpresse mehr Beiträge ohne einen klaren Politikbezug erscheinen (33,4% vs. 24,6%). Darunter leidet im Vergleich mit der ostdeutschen Presse vor allem die Diskussion von politischen Prozessen und die Darstellung von Politikfeldbezügen (29,7% vs. 33,4% bzw. 32,6% vs. 37,5%).

In der Berliner Zeitung werden eher westdeutsche Konfliktparteien als diejenigen identifiziert, die im Zentrum einer größeren gesellschaftlichen Auseinandersetzung stehen (58,3%). Im Tagesspiegel findet die Nennung westdeutscher Konfliktparteien seltener statt (29,7%).

Die Erwartungen an die zukünftige Entwicklung des Einigungsprozesses fallen unterschiedlich aus. Diese werden im Westen positiver gesehen als im Osten. Berechnet man die Differenz zwischen Beiträgen, in denen ein optimistisches Bild gezeichnet wird, und Artikeln, in denen eher die zu erwartenden Risiken beleuchtet werden, zeigt sich ein klarer Unterschied zwischen der Berliner Zeitung und dem Tagesspiegel (-3,1 Prozentpunkten vs. +25,7 Prozentpunkten).

Tabelle 62 Berichterstattungsunterschiede zwischen den Zeitungen (Prozent)

	Redaktionelle Linie[d]		Qualität vs. Boulevard[e]		Verbreitungsgebiet[f]		Regionale Verankerung[g]	
	Links (%)	Rechts (%)	Qualität (%)	Boulevard (%)	Regional (%)	Überregional (%)	Ost (%)	West (%)
Platzierung								
Höchster Aufmerksamkeitsgrad	4,8[c]	8,7	6,8[a]	6,1	6,8	6,7	5,9	7,7
Zweithöchster Aufmerksamkeitsgrad	6,8	11,1	8,5	16,5	7,6	10,6	8,2	7,0
Dritthöchster Aufmerksamkeitsgrad	34,8	29,3	32,1	31,3	31,1	33,0	32,6	29,7
Vierthöchster Aufmerksamkeitsgrad	53,7	50,9	52,7	46,1	54,5	49,7	53,3	55,7
MW Umfang in Zeilen	93,9	91,6	94,5[c]	64,8	83,7[c]	102,9	82,9	84,4
Darstellungsformen								
Wenig Meinungs-Bildung	77,0	74,9	76,6[a]	66,1	78,3[a]	73,3	82,7[b]	74,2
Mittlere Meinungs-Bildung	7,2	7,0	6,7	13,0	5,8	8,6	4,2	7,2
Starke Meinungs-Bildung	15,8	18,1	16,7	20,9	16,0	18,0	13,1	18,6
Thema								
Polity	4,3[b]	4,3	4,6[c]	0,0	4,3[a]	4,3	4,4[a]	4,2
Politics	34,4	34,2	34,3	34,8	31,5	37,6	33,4	29,7
Policy	35,3	29,3	33,4	14,8	34,9	29,3	37,5	32,6
Sonstiges	25,9	32,2	27,7	50,4	29,3	28,8	24,6	33,4
Perspektive								
Ost	13,1	15,0	14,6[a]	4,6	17,2[c]	10,4	16,3	18,0
West	3,1	2,9	3,0	1,9	2,5	3,5	2,8	2,3
Ost und West	46,5	41,1	43,4	49,1	41,4	46,5	45,4	37,8
Übergeordnet	37,3	41,1	38,9	44,4	38,8	39,6	35,5	41,8
Problemnennung	34,0	31,0	33,0	24,3	32,8	32,1	33,1	32,6
Problemdarstellung	96,5	97,3	96,9	96,4	96,4	97,5	96,2	96,5
Problemlösung	3,5	2,7	3,1	3,6	3,6	2,5	3,8	3,5
Konfliktnennung	11,1c	6,4	9,0[a]	3,5	8,5	8,9	10,1	7,0
Zentrale Konfliktpartei								
Ost	35,3[a]	52,5	40,9	(75,0)	48,2	34,6	50,0	45,9
West	36,3	31,1	33,3	(75,0)	45,9[b]	21,8	58,3[a]	29,7
Gemeinsamkeiten	9,7a	13,4	11,2	16,5	12,5	10,6	11,2	13,6

	Redaktionelle Linie[d]		Qualität vs. Boulevard[e]		Verbreitungsgebiet[f]		Regionale Verankerung[g]	
	Links	Rechts	Qualität	Boulevard	Regional	Überregional	Ost	West
	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Unterschiede	40,8	38,1	40,1[a]	29,6	40,3	38,5	38,9	41,5
Ost besser als West	14,8	15,5	15,2	13,3	14,5	15,8	12,4	17,0
Ambivalent	15,3	15,5	14,6	33,3	15,5	15,2	13,3	18,2
West besser als Ost	69,9	69,0	70,2	53,3	69,9	69,0	74,3	64,8
Anpassungsprozesse	11,9	12,9	12,8	7,0	13,9	10,8	13,3	14,4
Ost an West	51,8[a]	66,9	60,6	(37,5)	62,6	55,8	55,6	68,4
West an Ost	9,1	2,4	5,8	(0,0)	3,6	8,4	4,8	2,6
Ost und West bewegen sich	29,1	21,8	24,3	(50,0)	21,6	30,5	23,8	19,7
Sonstiges/ umstritten	10,0	8,9	9,3	(12,5)	12,2	5,3	15,9	9,2
Bewertung Einheit								
Positiv	66,7[c]	81,1	73,2[b]	89,5	74,8	74,2	71,0	77,9
Ambivalent	15,9	9,1	13,0	3,9	12,2	12,3	13,4	11,2
Negativ	17,3	9,7	13,8	6,6	13,0	13,5	15,6	10,9
Entwicklungsbilanz								
Positiv	27,6[c]	40,0	33,5	41,0	35,4	32,4	30,1	40,4
Ambivalent	28,7	33,4	30,4	41,0	32,0	30,1	31,4	32,5
Negativ	43,7	26,6	36,1	17,9	32,6	37,5	38,6	27,1
Zukunftserwartungen								
Positiv	25,1[a]	37,8	31,1	41,4	34,0	29,3	24,0[a]	42,5
Ambivalent	49,7	46,8	47,8	51,7	44,5	52,7	49,0	40,7
Negativ	25,1	15,4	21,0	6,9	21,5	18,0	27,1	16,8
N=	926	958	1769	115	1003	881	475	528

a: p<0,05
b: p<0,01
c: p<0,001

11 25 Jahre Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit – eine Zusammenfassung

Im Rahmen einer quantitativen Inhaltsanalyse von sechs Tageszeitungen – drei überregionale Qualitätszeitungen (FAZ, SZ, taz), die Bild-Zeitung als überregional erscheinendes Boulevardmediums sowie die Berliner Zeitung und den Tagesspiegel als Berliner Regionalzeitungen – haben wir die Berichterstattung über das Thema Deutsche Einheit/Wiedervereinigung im Speziellen sowie das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland im Allgemeinen in langfristiger Perspektive (von 1990 bis 2014) untersucht. Die Analyse der Printberichterstattung über diesen Themenkomplex an ausgewählten Ereignissen (Tag der Deutschen Einheit, Wahlen zum Deutschen Bundestag, zum Europäischen Parlament und zu ostdeutschen Landtagen, Veröffentlichung repräsentativer Umfragen mit Fokus auf Bevölkerungseinstellungen zur Wiedervereinigung) lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Mit Blick auf die formalen Merkmale der Berichterstattung zeigt sich, dass die meisten in der Stichprobe erfassten Artikel, nämlich knapp ein Viertel, im Einigungsjahr 1990 erschienen sind. Danach flaut das Aufkommen an einigungsbezogener Berichterstattung rapide ab.
2) Dabei veröffentlichen die beiden Berliner Regionalzeitungen fast kontinuierlich die meisten Artikel. Dies liegt aber zum Teil am methodischen Design, denn bei den beiden genannten Zeitungen wurden auch die Regional- bzw. Lokalteile in die Analyse einbezogen. Rechnet man diesen ortsbezogenen Überhang heraus, baut sich das Gefälle zu den anderen untersuchten Blättern deutlich ab.
3) Nur ein Fünftel der Artikel sind von Nachrichtenagenturen übernommene Meldungen. Der Großteil sind redaktionsintern eigens produzierte Beiträge (gut 65%), deren Informationen von den Redakteuren selbst recherchiert, selektiert und ggf. kommentiert wurden.
4) Über die Deutsche Einheit wird vergleichsweise wenig prominent berichtet. Im Schnitt sind nur knapp 7 Prozent aller Artikel als Aufmacher oder Kommentar auf der Titelseite platziert. Immerhin rund ein Drittel der Beiträge schaffte es auf einen Platz als Aufmacher oder hervorgehobenem Kommentar im Innenteil.
5) Knapp 40 Prozent aller Artikel sind mit mindestens einem Bild (i.d.R. einem Foto) versehen und dadurch optisch noch einmal hervorgehoben. Die mit Abstand meisten bebilderten Artikel sind in der Boulevardzeitung Bild erschienen, die wenigsten in der konservativen Qualitätszeitung FAZ. Es ist ein klarer Trend zu einer stärkeren Visualisierung der Berichterstattung zum Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung zu erkennen.
6) Alle Zeitungen bedienen sich vorwiegend objektivierender Darstellungsformen, d.h. solcher Darstellungen und Berichte, die tatsachenbetonte Information vermitteln. Diese Form der Berichterstattung dominiert auch im Zeitverlauf. Kom-

mentare oder Glossen machen hingegen nur zwischen einem Zehntel und einem Sechstel aller Beiträge aus.

7) Mit Blick auf die Inhalte der Berichterstattung ist eine thematische Fixierung der Presse auf politische Prozesse („Politics“) und spezifische Politikfelder („Policy“) zu erkennen; im Mittel entfallen zwei Drittel aller Berichte auf diese Themenfelder. Demgegenüber werden – mit Ausnahme des Jahres 1990 – institutionelle Fragen („Polity“) nur selten aufgegriffen.

8) Nahezu alle ausgewerteten Presseartikel sind aus einer spezifischen Perspektive verfasst: In vier von zehn Fällen wird dabei ein sowohl west- als auch ostdeutscher Blickwinkel eingenommen. In knapp einem Fünftel aller Beiträge dominiert eine einseitige ost- oder westdeutsche Betrachtungen, wobei erstgenannte Sichtweise mehr als viermal so häufig vorkommt wie letztgenannte Perspektive. Zahlreiche Artikel – knapp 40 Prozent – nehmen aber auch eine gesamtdeutsche, europäische oder globale Perspektive ein, wenn sie Themen aufgreifen, die im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit oder der Wiedervereinigung stehen. Auch bei Betrachtung von Veränderungen über die Zeit bleibt der Befund, dass die Übernahme einer westdeutschen Perspektive zwischen 1990 und 2014 selten ist. An Bedeutung gewinnen demgegenüber spezifisch ostdeutsche Sichtweisen, aber auch ein gesamtdeutscher Blickwinkel.

9) In rund einem Drittel aller Beiträge werden die Leser der von uns untersuchten Zeitungen mit Problemen konfrontiert, die in Zusammenhang mit der Deutschen Einheit stehen. In jedem zehnten Artikel ist sogar von Konflikten die Rede – also von strittigen Interessenlagen, Bedürfnisse, Ziele oder Wertvorstellungen. Werden Probleme thematisiert geht es in fast allen Beiträgen um die Darstellung von Missständen. Über Problemlösungen wird hingegen sehr selten berichtet. Werden Konflikte in den Mittelpunkt eines Artikels gerückt, sieht die Presse etwas häufiger ostdeutsche als westdeutsche Konfliktparteien im Zentrum dieser Auseinandersetzungen. Konflikte identifizieren vor allem linke Medien und die Qualitätspresse. Während die Betonung von Problemen im Zeitverlauf seltener wird, schwankt sich die Bedeutung von Konflikten. Berichte über Problemlösungen sind über den gesamten Untersuchungszeitraum rar. Mit Blick auf Konflikte scheint die Bedeutung, die ostdeutschen Konfliktparteien in der Berichterstattung zugewiesen wird, zu wachsen. Demgegenüber ändert sich an der Rolle westdeutscher Konfliktparteien nur wenig.

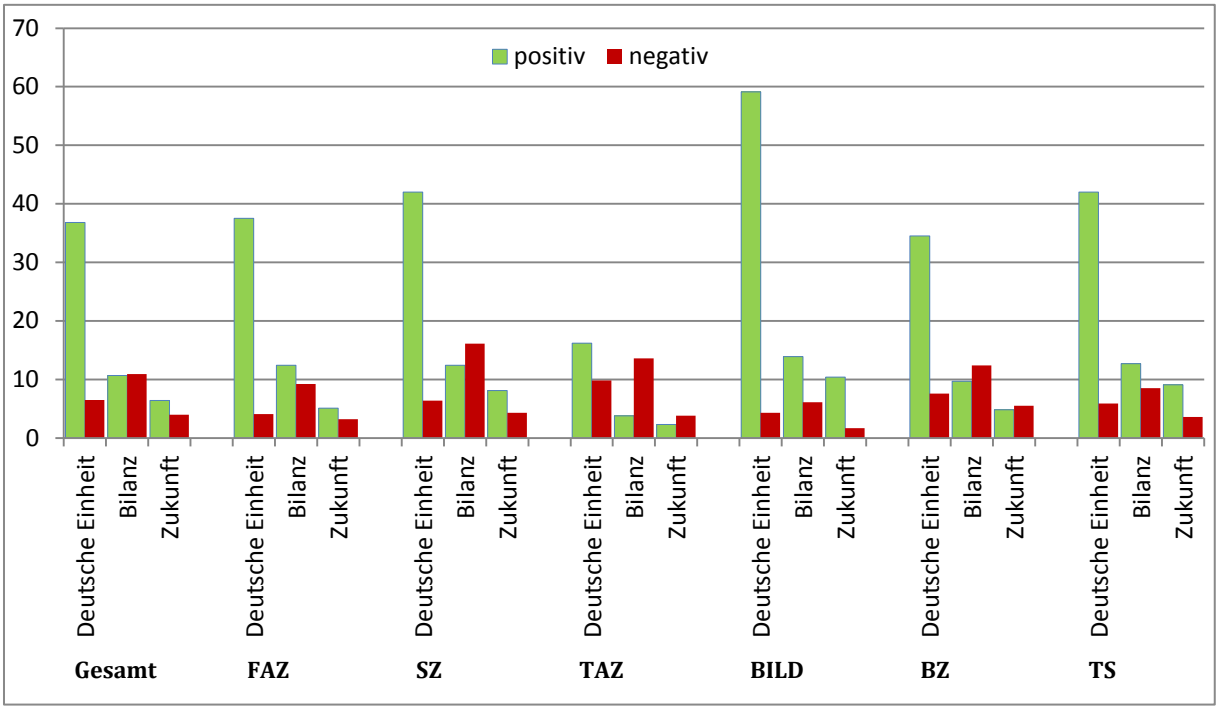
10) Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West werden nur in gut jedem zehnten Artikel thematisiert. Erheblich häufiger werden Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen aufgezeigt (knapp 40%) – und zwar insbesondere mit Blick auf einzelne Politikfelder und institutionelle Fragen. Weit überwiegend – in etwa zwei Drittel aller Beiträge – werden dabei Vorteile für Westdeutschland gesehen. Besonders häufig – in mehr als der Hälfte aller Fälle – werden problemorientierte Berichte mit Hinweisen auf Unterschiede verknüpft. Von einer An-

gleichung der beiden Landesteile spricht jeder achte Beitrag. Der weit überwiegende Teil dieser Artikel geht dabei von einer Angleichung Ostdeutschlands an Westdeutschland aus; nur sehr selten – in rund fünf Prozent aller Fälle – wird vom Gegenteil berichtet. Eine gleichförmige Annäherung wird in rund einem Viertel aller Artikel gesehen. Betrachtet man die Nennung von Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Angleichungsprozessen im Zeitverlauf, zeigen sich durchaus Dynamiken. Tendenziell sinkt die Nennung von Unterschieden; die Betrachtung von „Ost-West"-Differenzen unterliegt aber großen Schwankungen, so dass ihr erneuter Bedeutungsgewinn nicht ausgeschlossen erscheint. Angleichungsprozesse und Gemeinsamkeiten machen mit wenigen Ausnahmen einen nur kleinen Teil der Presseberichterstattung aus. Einige Anhaltspunkte deuten darauf hin, dass sich die Thematisierung von Angleichungsprozessen noch weiter abschwächen könnte, die Nennung von Gemeinsamkeiten sich jedoch in den letzten zehn Jahren zumindest leicht erhöht hat..

11) In zahlreichen Artikeln wird eine Bewertung der Deutschen Einheit vorgenommen (vgl. Abbildung 102). In etwa der Hälfte der Beiträge ist dabei eine allgemeine Bewertung der Wiedervereinigung Thema. Diese fällt in etwa drei Viertel aller Fälle positiv aus. Allerdings unterscheiden sich die analysierten Blätter hier deutlich. In konservativen Zeitungen – und hier insbesondere in der Boulevardpresse – fällt das Urteil deutlich günstiger aus als in linken Medien. Rund ein Drittel aller Beiträge wirft einen Blick zurück auf die Deutsche Einheit. Verglichen mit der positiven Gesamtbewertung der Wiedervereinigung fallen solche Bilanzen allerdings erkennbar zurückhaltender aus. Positive Entwicklungserträge werden ähnlich häufig berichtet wie negative Trends. Letztere treten besonders dann auf, wenn ein Problem thematisiert wird. Auch hier gibt es Unterschiede zwischen linken und konservativen Zeitungen, die allerdings nicht so stark ins Gewicht fallen wie bei der Gesamtbewertung der Einheit. Die künftige Entwicklung des geeinten Deutschlands spielt in etwa jedem fünften untersuchten Beitrag eine Rolle. Zuversichtliche Einschätzungen überwiegen dabei grundsätzlich pessimistische Prognosen. Allerdings wird in knapp 30 Prozent geäußert, dass die zukünftige Entwicklung völlig offen oder nicht vorhersagbar sei. Ehestens optimistisch wird der künftige Lauf der Einheit bei politikfeldbezogenen Themen eingeschätzt. Größere Entwicklungsrisiken werden demgegenüber bei politischen Prozessen erwartet. Tendenziell fallen die Aussichten dann hoffnungsvoller aus, wenn ein Entwicklungsvorteil für Ostdeutschland gesehen wird. Konservative Medien kommen hier zu etwas günstigeren Einschätzungen als linke Zeitungen. In diesem Zusammenhang taucht auch einer der wenigen von uns gemessenen „Ost-West"-Unterschiede auf: In der in Ostberlin verankerten Berliner Zeitung halten sich wahrgenommene Chancen und Risiken in etwa die Waage, während in dem in Westberlin erscheinenden Tagesspiegel positive Beiträge klar überwiegen. Betrachtet man die Entwicklung der Bewertung der

Wiedervereinigung zeigt sich eine generell zunehmend positive Grundstimmung. Dies gilt insbesondere für die Gesamtbewertung der Deutschen Einheit – negative Urteile sind zwischenzeitlich überhaupt keine mehr zu finden – und für die rückblickende Entwicklungsbilanz. Nicht ganz so deutlich ist die Tendenz hier für die Zukunftserwartungen an die Deutsche Einheit, wo die grundsätzlich eher positiven Einschätzungen immer wieder von zurückhaltenden Prognosen durchbrochen werden.

Abbildung 102 Bewertungen der Deutschen Einheit, ihrer Entwicklungsbilanz und Prognosen ihrer zukünftigen Entwicklung (Prozent)



Basis: N = 1884 Artikel.

Weiterhin hat das von uns ausgewählte Mediensample wichtige Einblicke in Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Berichterstattung der deutschen Tagespresse geliefert:

1) Am deutlichsten treten Differenzen in Abhängigkeit von der redaktionellen Linie der Zeitungen hervor. Leser linker Zeitungen erleben die Deutsche Einheit deutlich kritischer als Leser konservativer Blätter. Dies betrifft einerseits Bewertungen, Rückblicke und Erwartungen, gilt aber auch mit Blick auf Konflikte (häufiger) und Gemeinsamkeiten (seltener). Seltener entsteht zudem der Eindruck, der Osten passe sich an, häufiger wird hingegen von Zugeständnissen des Westens berichtet. Zudem richtet sich der Fokus verstärkt auf konkrete Politikfelder.
2) Ebenfalls ein deutlich unterschiedliches Bild von Stand, Entwicklung und Perspektiven der Deutschen Einheit erhalten die Leser von Qualitäts- und Boulevardpresse. Leser der Boulevardpresse werden insgesamt zwar knapper über das Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung informiert als Leser von Qualitäts-

zeitungen. Dafür sind die Artikel prominenter platziert, stärker meinungsbildend angelegt und stammen häufiger aus Bereichen ohne klaren Politikbezug. Konflikte und Unterschiede kommen hier seltener zur Sprache und die Gesamtbewertung der Wiedervereinigung fällt deutlich positiver aus. Obwohl Unterschiede zwischen der regionalen und der überregionalen Tagespresse durchaus vorhanden sind, fallen diese geringer aus als nach der redaktionellen Linie oder dem Kriterium Qualität/Boulevard.

3) Regionale Zeitungen stellen die Deutsche Einheit insgesamt weniger ausführlich dar als die überregionale Presse. Ihre Leser werden seltener mit meinungsbildenden Darstellungen konfrontiert. Sie erfahren mehr über politikfeldbezogene Themen und weniger über politische Prozesse. Das Thema Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung wird häufiger als in der überregionalen Presse aus einem ostdeutschen Blickwinkel beobachtet. Zudem werden westdeutsche Konfliktparteien häufiger im Zentrum eines Konflikts gesehen.
4) Insgesamt am überschaubarsten sind die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Tageszeitungen. Die Leser ostdeutscher Printmedien werden insgesamt mit weniger meinungsbildenden Darstellungen konfrontiert, erhalten aber mehr Informationen mit einem klaren Politikbezug. Der Fokus liegt dabei auf politikfeldbezogenen Themen und politischen Prozessen. Als Hauptakteure in Konflikten werden vor allem westdeutsche Konfliktparteien gesehen. Die Zukunft der Deutschen Einheit wird deutlich kritischer gesehen als in der Westpresse.

Mit Bezug auf unsere eingangs formulierten Thesen zeigt sich, dass wir die meisten Annahmen bestätigen konnten. Diese Unterschiede in der Berichterstattung dürften sich auch auf die Wahrnehmung der Deutschen Einheit und die Herausbildung von Einstellungen und Verhaltenstendenzen niederschlagen.

1) Die mediale Berichterstattung über die Deutsche Einheit bzw. das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland ist außerhalb von Jubiläumstagen gering (These 1). Lediglich 5,7 Prozent der analysierten Beiträge sind beispielsweise anlässlich von Wahlen publiziert worden, knapp die Hälfte hingegen anlässlich eines Jahrestages. Das bedeutet, dass diese Themen im journalistischen Alltagsgeschäft keine bedeutende Rolle spielen. Auch im Alltag der Bürger dürften diese Themen demnach keine große Rolle spielen und wenig salient sein.
2) Sogar früher, als von uns angenommen, sinkt der Berichterstattungsumfang über die deutsche Wiedervereinigung bzw. das „Ost-West“-Verhältnis drastisch, nämlich bereits zu Beginn (nicht erst gegen Ende) der 1990er Jahre (These 2). Dies mag aber eventuell an den von uns gewählten Untersuchungszeitpunkten liegen.
3) Am häufigsten werden, entsprechend unserer Annahme, Leser Berliner Regionalzeitungen mit Berichten über die Deutsche Einheit und das Verhältnis zwischen Ost und West konfrontiert (These 3). Bei ihnen dürften diese Themen also

stärker auf der Agenda stehen, als bei Lesern überregionaler Tageszeitungen. Am wenigsten kommen Leser der Boulevardpresse mit diesen Themen medial in Berührung – und wenn, dann auch nur mit verhältnismäßig kurzen Beiträgen. Dies muss aber nicht zwangsweise bedeuten, dass die Bild-Zeitung Themen und Ereignisse im Kontext der Wiedervereinigung oder des „Ost-West"-Verhältnisses für unbedeutend hält. Vielmehr entsprechen kurze Artikel dem Schreibstil von Boulevardzeitungen. Anders als erwartet (ebenfalls These 3) berichten die Regionalzeitungen zwar am häufigsten, jedoch nicht am umfangreichsten über die Wiedervereinigung und das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern die überregionale Qualitätspresse (insbesondere die FAZ).

4) Zu finden sind diese Artikel insbesondere in den Politikressorts aller Zeitungen – selbst in den Regionalzeitungen erscheinen dort – anders, als vermutet (These 4) – die meisten Artikel.
5) Entsprechend unserer Annahme (These 5) ist der Großteil der Berichterstattung jedoch nicht auf der Zeitungstitelseite platziert, sondern wenig prominent im Innenteil der Zeitung (52,3%). Für die „wichtigste" Meldung des Tages halten die Journalisten Themen und Ereignisse rund um die Deutsche Einheit bzw. das „Ost-West"-Verhältnis nur in knapp sieben Prozent der Fälle. Daher ist davon auszugehen, dass auch die Leser der Zeitungen, die an der Prominenz der Platzierung die Bedeutsamkeit einer Nachricht erkennen können, diese Themen nicht für sonderlich relevant halten bzw. nicht auf einem vorderen Rangplatz ihrer eigenen Themenagenda haben. Interessanterweise ist es die Qualitätszeitung FAZ, die dem analysierten Themenkomplex im Zeitungsvergleich die größte Bedeutung zumisst. Das heißt, Leser der FAZ werden nicht nur überdurchschnittlich umfangreich mit Informationen und Hintergründen zur Deutschen Einheit bzw. dem Verhältnis zwischen Ost und West versorgt, sondern diese Themen werden ihnen auch überdurchschnittlich häufig als relevante Inhalte präsentiert.
6) Inhaltlich fokussiert der größte Teil der Berichterstattung auf politische Prozesse und Politikfelder. Institutionelle Fragen spielen hingegen kaum eine Rolle. Bei einer noch feinkörnigeren Betrachtung zeigt sich, dass – entsprechend unserer sechsten These – das Hauptthema der von uns untersuchten Beiträge in der Regel auf politische Inhalte fokussiert. Unter den Hauptthemen dominieren – auch aufgrund unserer Stichprobenbildung – Inhalte, die im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit stehen, deutlich (48,5%). Darunter fallen insbesondere Berichte über die Einheitsfeiern (18,2%) oder die Wende bzw. Ein Rückgang dieser „typischen Ostthemen" im Zeitverlauf (These 6) kann nicht festgestellt werden. Der Themenkomplex Deutsche Einheit wird daher von den Zeitungslesern vermutlich hauptsächlich als politisches Thema wahrgenommen, weniger hingegen als kulturelles oder wirtschaftliches Thema.

7) Innerhalb ihrer Berichterstattung nehmen die beiden Regionalzeitungen aus Berlin etwas häufiger eine (rein) ostspezifische Perspektive zu den Themen ein, wohingegen die überregionalen westdeutschen Zeitungen häufiger aus einer gesamtdeutschen Perspektive heraus berichten. Dies entspricht unserer siebten These. Da sich der Anteil an Beiträgen mit ostdeutscher Perspektive in den Berliner Regionalzeitungen im Zeitverlauf (bis auf vereinzelte „Lows“) nicht merklich verringert hat liegt die Vermutung nahe, dass bei den Berliner Zeitungslesern die „Mauer im Kopf“ (eine Differenzierung zwischen Ost und West) noch stärker vorhanden sein könnte, als bei Lesern westdeutscher überregionaler Tageszeitungen.
8) Auch unsere achte These konnten wir bestätigen. Der überwiegende Teil der Berichterstattung über die Deutsche Einheit im Allgemeinen ist nicht wertend (50,7%). Wenn wertende Beiträge publiziert werden, fallen diese häufiger positiv (74,5%) als negativ aus (13,2%).
9) Auch steigt der Anteil positiv wertender Artikel mit zunehmendem Abstand zur Wiedervereinigung an (These 9). Daraus schließen wir, dass auch die deutsche Bevölkerung die Wende überwiegend neutral bzw. sogar positiv betrachtet – nur ein geringer Anteil wird negative Einstellungen gegenüber der Deutschen Einheit haben. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die Bürger in der Lage sind, diesen Medientenor wahrzunehmen. Dass dies so ist, zeigen die Daten der repräsentativen Bevölkerungsbefragung. 51 Prozent der Ostdeutschen und 56 Prozent der Westdeutschen beschreiben die Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit als sehr oder eher positiv. Demgegenüber sagt nur eine kleine Minderheit – 13 bzw. 15 Prozent –, dass der Medientenor negativ sei (vgl. Abbildung 80).
10) Darüber hinaus ist sind 30 Prozent der Ost- und 40 Prozent der Westdeutschen der Meinung, dass die Medien die Deutsche Einheit heute besser darstellen als früher (vgl. Abbildung 81). Dass sich das Medienbild verdüstert hat, finden 17 bzw. 16 Prozent. Der große Rest – 47 bzw. 39 Prozent – ist der Auffassung, dass sich an der medialen Darstellung des Vereinigungsprozesses nichts geändert hat. Auch diese Wahrnehmungen des Medientenors decken sich mit der von uns gemessenen Tendenz der Berichterstattung, die mit Blick auf die Gesamtbewertung der Einheit ein immer besseres Bild zeichnet.
11) Wenn Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland bzw. Ost- und Westdeutschen in den Beiträgen thematisiert werden, werden mehr Unterschiede (39,4%) als Gemeinsamkeiten (11,6%) betont (These 10). Auch im Zeitverlauf sank der Anteil der Beiträge, die Unterschiede betonen, nicht merklich ab. Und: Wenn Unterschiede zwischen Ost und West thematisiert werden, dann werden die ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Verhältnissen häufig defizitär dargestellt (in einem Drittel der Fälle). Umgekehrt ist dies seltener der Fall (weniger als ein Zehntel der Beiträge). Dieses mediale Bild könnte dazu beitragen,

dass in den Köpfen der Deutschen weiterhin Unterschiede zwischen den Ost- und den Westdeutschen bestehen bleiben und das Gefühl einer gemeinsamen Identität etwas behindert. Weiterhin werden negative Stereotype gegenüber Ostdeutschland bzw. den Ostdeutschen (als defizitär) in den Medien – und damit ggf. auch in der Vorstellung der Rezipienten – aufrechterhalten. Auch wenn sich „Gemeinsamkeit" und „Konvergenz" klare Trends der Bevölkerungseinstellungen in Ost- und Westdeutschlands sind: diese Aspekte spielen in der Presseberichterstattung nur eine untergeordnete Rolle. Daraus zu schließen, dass es eine Spaltung in der Wahrnehmung der deutschen Einheit in Medien und Bevölkerung gäbe, erscheint allerdings übertrieben. Plausibler erscheint die Annahme, dass die Presse ihre publizistische Kritik- und Kontrollfunktion auch bei dieser nationalen Frage wahrnimmt und – auch aufgrund des höheren Nachrichtenwerts – daher stärker auf Differenz und Problempunkte abhebt.

Die Wirkungen der Medienberichterstattung dürften allerdings weit über die grobe Wahrnehmung des Medientenors und seiner Entwicklung hinausgehen. So etwa ist aus der Perspektive der Agenda-Setting-Theorie anzunehmen, dass sich die fehlende Präsenz von Institutionen in der Medienberichterstattung sich in einer weitgehenden Abwesenheit von Polity-Themen auf der Bevölkerungsagenda niederschlägt. Dort dürften eher Fragen zu finden sein, die mit politischen Prozessen (z.B. Parteipolitik) oder stark politikfeldbezogenen Themen wie Wirtschafts- oder Sozialpolitik in Zusammenhang stehen. Weiterhin dürften die Unterschiede zwischen den Zeitungen in der Betonung von Problemen und Konflikten sowie der in diesem Zusammenhang genannten Hauptakteure und ihren Vorteilen und Defiziten aus Sicht der Priming-Theorie dazu führen, dass je nach genutztem Medium genau diese Hauptakteure nach höchst unterschiedlichen Standards bewertet werden. Schließlich sollten die sehr verschiedenen Perspektiven, die die Zeitungen bei der Berichterstattung über die Deutsche Einheit einnehmen (z.B. spezifisch ost- oder westdeutsch), aus Sicht der Framing-Theorie zur Betonung sehr unterschiedlicher Aspekte führen, wenn es darum geht, sich ein Urteil über die Wiedervereinigung zu bilden.

Allerdings sind diese Annahmen über die Wirkung der hier gemessenen Medienberichterstattung spekulativ; unser Design lässt – wie schon weiter oben betont – keine Aussagen über kausale Effekte der Berichterstattung über die Deutsche Einheit auf individuelle Orientierungen und Verhaltensmuster zu. Inwieweit die Berichterstattung der Medien tatsächlich Konsequenzen auf die Wahrnehmung und Bewertung der Deutschen Einheit hat müssen nachfolgende – vorzugsweise experimentell konzipierte – Studien klären, die ihren Fokus auf die Nutzung, die Verarbeitung und Wirkung von Medienberichten legen.

Ein letzter Blick soll dem von uns gewählten Design gelten. Dieses hat sich insgesamt bewährt. Es hat uns einerseits einen differenzierten Einblick in die Struktur der Bericht-

erstattung über die Deutsche Einheit gewährt. Dies sei an einem ausgewählten Beispiel verdeutlicht: Die von uns eingeführte Differenzierung nach verschiedenen Perspektiven der Bewertung der Deutschen Einheit hat sich als durchaus fruchtbar erwiesen. Im Unterschied zu anderen Studien, die eher undifferenziert von einem positiven Tenor der Berichterstattung ausgehen, zeigen unsere Analysen, dass es auf die gewählte Perspektive ankommt, wie der Blick auf die Deutsche Einheit ausfällt. Während Gesamturteile klar positiv ausfallen, kommen bei einer retrospektiven Betrachtung positive und negative Bewertungen in etwa gleich häufig vor. Geht es um Prognosen über die Zukunft, zeigt sich neben zahlreichen Unwägbarkeiten nur ein moderater Vorsprung von positiven gegenüber negativen Einschätzungen.

Andererseits hat die längsschnittliche Anlage der Untersuchung interessante Trends der Medienberichterstattung freigelegt. Auch dies soll an einem Beispiel nochmals exemplarisch aufgezeigt werden. Wir konnten auf der Basis unserer Analysen nicht nur zeigen, dass die grundsätzliche Bewertung der Deutschen Einheit positiv ist; die longitudinale Betrachtung unserer Daten hat deutlich gemacht, dass diese Einschätzung immer verbreiteter wird. Dies trifft insbesondere auf Beiträge zu, die eine Gesamtbewertung der Wiedervereinigung vornehmen, aber auch auf Artikel, die die Wiedervereinigung im Rahmen einer Entwicklungsbilanz Revue passieren lassen. Diese Trends blieben ohne eine Medieninhaltsanalyse, die über lange Zeiträume miteinander vergleichbare Daten liefert, verborgen.

12 Anhang der Medieninhaltsanalyse – Codebuch

12.1 Einleitung und Anlage der Untersuchung

Diese Inhaltsanalyse untersucht in einer langfristigen Perspektive (1990 – 2014), wie die deutsche Presse über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung im Speziellen beziehungsweise das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland/ ost- und westdeutscher Bevölkerung im Allgemeinen berichtet.

Als Vertreter der überregionalen deutschen Qualitätspresse wurden die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die Süddeutsche Zeitung (SZ) und die taz ausgewählt. Sie decken das politische Meinungsspektrum von links (taz), links-liberal (SZ) bis konservativ (FAZ) ab. Trotz einer im Vergleich zur FAZ und SZ geringeren Reichweite ist die taz analytisch interessant, da sie auch sogenannte „postmaterialistische" Themen abbildet, die gesamtgesellschaftlich von Bedeutung sind. Auch sie wird von Journalisten, wie die Leit- und Meinungsführermedien FAZ und SZ, stark wahrgenommen.

Als Vertreter der überregionalen deutschen Boulevardpresse wurde die Bild-Zeitung (BILD) ausgewählt. Sie ist die einzige überregionale deutsche Boulevardzeitung und zugleich seit Jahrzehnten die auflagenstärkste und erfolgreichste (Straßenverkaufs-) Zeitung in Deutschland.

Um auch die Berichterstattung deutscher Regionalzeitungen in die Analyse einbeziehen zu können, wurden die Berliner Zeitung (BZ) und Der Tagesspiegel ausgewählt. Beide Zeitungen erscheinen in Berlin und konkurrieren im Berliner Zeitungsmarkt. Der Tagesspiegel (liberal-konservativ bzw. sozial-liberal) wird vor allem in den westlichen Bezirken der Hauptstadt gelesen. Die Berliner Zeitung (links) hingegen erschien bis 1990 nur in Ost-Berlin und wird seither vor allem in den östlichen Bezirken der Hauptstadt gelesen. Die Analyse dieser beiden Zeitungen ermöglicht einen Vergleich darüber, wie in Ost- und in Westdeutschland über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung beziehungsweise das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland berichtet wurde und wird.

Folgende Forschungsfragen sollen mit Hilfe dieser Inhaltsanalyse beantwortet werden (dabei wird jeweils ein intra-medialer Vergleich der analysierten Zeitungen sowie ein zeitlicher Vergleich zugrunde gelegt):

3. *Fragen zum Umfang und zur formalen Gestaltung der Berichterstattung:*
    a. Wie häufig berichtet die deutsche Presse über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland[47]?
    b. Wie umfangreich berichtet die deutsche Presse über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland?
    c. Welchen „Beachtungsgrad" weisen die Beiträge über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland auf (Umfang, Platzierung und Bebilderung)?
    d. Wer sind die Urheber der Berichterstattung über die deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland?
    e. Welche journalistischen Darstellungsformen werden zur Berichterstattung über die Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland genutzt?

4. *Fragen zur inhaltlichen Gestaltung der Berichterstattung*
    a. Aus welchen Anlässen wird über die deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland berichtet?
    b. Wie wird die deutsche Einheit/ Wiedervereinigung innerhalb der deutschen Presseberichterstattung bewertet?
    c. Welche Entwicklungsbilanz bezüglich der deutschen Einheit/ Wiedervereinigung wird in der deutschen Presseberichterstattung thematisiert?
    d. Welche Erwartungen an zukünftige Entwicklungen bezüglich des „Zusammenwachsens" der ost- und westdeutschen Bevölkerung bzw. der Bildung einer gemeinsamen deutschen Identität werden in der deutschen Presseberichterstattung thematisiert?
    e. Was sind die Themen der Berichterstattung über die deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. über das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland?
    f. Aus welcher Perspektive wird über diese Themen in der deutschen Presse berichtet?
    g. Welche Probleme werden in der deutschen Presseberichterstattung bezüglich der deutschen Einheit/ Wiedervereinigung bzw. dem Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert?
    h. Welche Konflikte werden in der deutschen Presseberichterstattung bezüglich der deutschen Einheit/ Wiedervereinigung bzw. zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert?
    i. Werden in der deutschen Presseberichterstattung Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert und wenn ja, wie werden diese bewertet?
    j. Werden in der deutschen Presseberichterstattung Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert und wenn ja, sind diese das Ergebnis eines Angleichungsprozesses (oder bestanden sie schon immer)?

47 Hier und im Folgenden ist mit den Begriffen Ost- und Westdeutschland immer auch die ost- und westdeutsche Bevölkerung gemeint.

12.1.1 Untersuchungszeitraum

Untersucht werden die Tage, an denen sich der Tag der Deutschen Einheit jährt (Jahrestage), also jeweils der 3. Oktober in den einzelnen Jahren von 1990 bis 2014. Da der 3. Oktober ein Feiertag ist, wird jeweils die Presseberichterstattung am 2. und 4. Oktober 1990 bis 2014 analysiert, um die „Vor- und Nachberichterstattung" erfassen zu können. Das entspricht 25 Untersuchungszeitpunkten à zwei Tagen.

Analysiert wird die Berichterstattung über repräsentative Bevölkerungsumfragen (wie z.B. Umfragen des Politbarometers) zur „Bilanzierung" der Wiedervereinigung anlässlich von Jubiläen, und zwar am 22. und 23. September 2000, 28. und 29. September 2005 und vom 1. und 2. Oktober 2010. Weitere Bevölkerungsumfragen zu den Themen Deutsche Einheit/ Wiedervereinigung bzw. dem Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland (und seinen Bewohnern) wurden für die Jubiläumsjahre 1991, 1995, 2000, 2005 und 2010 innerhalb des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* recherchiert. In die Stichprobe aufgenommen werden jeweils die zwei Tage nach der Veröffentlichung der jeweiligen *Spiegel*-Ausgabe, in der die Befragung publiziert wurde.

Auch die Berichterstattung über alle Bundestagswahlen von 1990 bis 2013 und alle Europawahlen zwischen 1994 und 2014 werden analysiert (jeweils der Tag vor der Wahl und der Tag nach der Wahl). Ergänzt wird die Berichterstattung über die regionalen Landtagswahlen in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 2014 (jeweils der Tag vor der Wahl und die zwei Tage nach der Wahl).

12.1.2 Untersuchungs-, Analyse- und Codiereinheiten

12.1.2.1 Untersuchungseinheiten

Untersuchungseinheiten sind die Titelseite, das Ressort Innenpolitik, Kommentar- und Reportageseiten sowie das Ressort Vermischtes der Qualitätszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und *taz*, sowie der größten deutschen Boulevardzeitung *Bild*. Ausschließlich für die beiden Regionalzeitungen *Der Tagesspiegel* und *Berliner Zeitung* wird zusätzlich das Ressort Lokales/Regionales einbezogen.

12.1.2.2 Analyseeinheiten

Analyseeinheit – die Einheit, für die ein Codebogen angelegt wird – ist der einzelne Beitrag. Ein Beitrag ist definiert als eine umbruchtechnisch abgesetzte journalistische Einheit mit Überschrift.

ACHTUNG: Auch Texte unter einer gemeinsamen Überschrift können eigenständige Beiträge sein. Dies ist immer dann der Fall, wenn sie (a) umbruchtechnisch abgesetzt sind *und* (b) eine eigene Überschrift *und* (c) Autorenkürzel oder Agenturkennung oder Ortsangabe haben.

Codiert werden *Beiträge, die auf der Titelseite, im innenpolitischen Teil, auf Kommentar- oder Reportageseiten, oder in den Ressorts Vermischtes (und im Teil Lokales/Regionales in Regionalzeitungen) veröffentlicht sind.*

Nicht codiert werden *die Ressorts Wirtschaft, Sport, Feuilleton, Pressestimmen, Anzeigenteil und Leserbrief-Seiten*. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden kurze Hinweise auf der Titelseite, die einen Beitrag im Innenteil der Zeitung ankündigen (Teaser).

12.1.2.3 Codiereinheiten

Die Codierung der Beiträge erfolgt ausschließlich auf Beitragsebene.

Auf der Beitragsebene werden zunächst *formale Merkmale* eines Beitrages festgehalten:

Formale Merkmale:

- Codierer des Artikels
- Laufende Nummer des Artikels
- Überschrift (im Volltext)
- Zeitung (in der der Artikel erschienen ist)
- Erscheinungsdatum
- Platzierung des Beitrags
- Umfang des Beitrags
- Stilform des Beitrags
- Urheber des Beitrags
- Bebilderung des Beitrags

Inhaltliche Kategorien:

- Anlass des Beitrags
- Bewertung der Deutschen Einheit
- Entwicklungsbilanz (der Deutschen Einheit)
- Erwartungen an die Zukunft
- Themen des Beitrags
- Themenbewertung
- Themenperspektive
- Thematisierung von Problemen
- Thematisierung eines Konflikts
- Thematisierung von Unterschieden
- Bewertung der Unterschiede
- Thematisierung von Gemeinsamkeiten
- Thematisierung von Angleichungsprozessen

ACHTUNG: Die Kategorien der Beitragsebene sind pro Beitrag nur in **einer** Zeile der SPSS-Datenmaske auszufüllen.

12.1.3 Stichprobe

Die vorliegende Analyse ist eine Vollerhebung, d.h. es wird jeder Artikel codiert, auf den die unten definierten Zugriffskriterien zutreffen. Dabei wird jeweils links oben auf der Titelseite mit der Suche nach relevanten Beiträgen begonnen und die Suche nach rechts und nach unten fortgeführt.

ACHTUNG: Die Zählung/Nummerierung der Beiträge wird von jedem Codierer **über die einzelnen Ausgaben der verschiedenen Zeitungen hinweg** fortgeführt.

12.1.3.1 Zugriffskriterien

Es werden in die Untersuchung aufgenommen:

- *Artikel*, die in *Überschrift*, *Unterzeile*, *Zwischenüberschrift*, *Vorspann* oder *im ersten Textabsatz* **die Deutsche Einheit / Wiedervereinigung / Wende** nennen (auch synonym verwendete Begriffe).
- *Artikel,* die in *Überschrift*, *Unterzeile*, *Zwischenüberschrift*, *Vorspann* oder *im ersten Textabsatz* **Vergleiche** zwischen **Ost- und Westdeutschland/ Ost und West** bzw. den **Ost- und Westdeutschen,** zwischen **den alten und den neuen Bundesländern bzw. deren Bewohnern,** zwischen **der ehemaligen DDR und der BRD bzw. deren Bewohnern, „Ossis" und „Wessis"** (oder synonym verwendeten Begriffen) anstellen.
  Entscheidend ist, dass der Beitrag die Regionen Ost- und Westdeutschland bzw. deren Bewohner miteinander **in Beziehung setzt bzw. vergleicht**.

  Ein Beitrag, der ausschließlich über „Deutschland"/ „die Deutschen" berichtet (ohne zwischen „Ost" und „West" zu unterscheiden, wird NICHT in die Untersuchung aufgenommen!

  ANMERKUNG: Zu „Ostdeutschland" / den neuen Ländern zählen *Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt und Thüringen*. Berlin ist ein „Sonderfall". Zu „Ostdeutschland" zählen wir nur „*Ost-Berlin*".

12.1.3.2 Allgemeine Codieranweisungen

Die Zeitungen werden über die vier Codierer rotiert, d.h. jeder Codierer codiert jeden zweiten Tag eine neue Zeitung. Dabei ist folgendermaßen vorzugehen:

1. Vor Beginn jeder Codierung ist auf dem Codierplan zu überprüfen, welches Medium codiert werden muss.
2. Mit der Titelseite beginnend wird nun jeder Artikel in den oben genannten Teilen der Zeitung anhand der Zugriffskriterien auf seine Relevanz für die Untersuchung überprüft.
3. Für jeden Artikel, auf den mindestens eines der Zugriffskriterien zutrifft, wird eine SPSS-Zeile „angelegt". Dann werden die formalen und inhaltlichen Kategorien codiert.

12.2 Kategoriensystem

Beitragsebene
(Erstellung der formalen Kategorien in Anlehnung an Wilke/Leidecker 2010, 2013)

12.2.1 Codierer (CODIER)

Hier wird die Codeziffer des/der jeweiligen Codierers/Codiererin eingetragen.

10 Hirschberg, Jonas	12 Schülter, Benedikt	14 Ziemann, Ann-Kathrin
11 Kloft, Alexandra	13 Thomas, Fabian	

12.2.2 Fortlaufende Nummer des Beitrags (NUMMER)

ACHTUNG: Eine Nummer wird nicht codiert, sondern erst bei der Dateneingabe ergänzt.

12.2.3 Überschrift des Beitrags im Volltext (ÜBERSCH)

Hier wird die Hauptüberschrift des codierten Beitrags im Volltext (exakter Wortlaut) eingetragen.

12.2.4 Zeitung (ZEITUNG)

Hier wird die Zeitung codiert, in der der codierte Beitrag erschienen ist.

1 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
2 Süddeutsche Zeitung (SZ)
3 taz
4 Bild-Zeitung (BILD)
5 Berliner Zeitung (BZ)
6 Der Tagesspiegel (TS)

12.2.5 Erscheinungsdatum des Beitrags (TAG, MONAT, JAHR)

Das Erscheinungsdatum der untersuchten Beiträge wird sechsstellig (innerhalb von drei SPSS-Variablen nach dem Schema Tag/Monat/Jahr verschlüsselt. Beispiel: 01/09/09 für den 1. September 2009.

ANMERKUNG: Bei Doppelausgaben (z.B. gemeinsame Samstag-Sonntag-Ausgabe) verwenden wir den erstgenannten Tag.

ACHTUNG: Die Codierung des Tages erfolgt in einer separaten SPSS-Spalte (01). Die Codierung des Monats erfolgt in einer separaten SPSS-Spalte (09). Die Codierung des Jahres erfolgt in einer separaten SPSS-Spalte (09).

12.2.6 Platzierung des Beitrags (PLATZ)

Hier wird die Platzierung des Beitrags erfasst. Maßgebend ist die Seite, auf der der Beitrag beginnt. Wird beispielsweise ein auf der Titelseite beginnender Beitrag im Innenteil fortgesetzt, ist als Platzierung entweder der Höchste (Code 1) oder der zweithöchste Beachtungsgrad (Code 2) zu verschlüsseln.

1 Höchster Aufmerksamkeitsgrad

Der Aufmacher und Kommentare auf der Titelseite.

2 Zweithöchster Aufmerksamkeitsgrad

Alle sonstigen Beiträge auf der Titelseite.

3 Dritthöchster Aufmerksamkeitsgrad

Aufmacher und Kommentare auf anderen Seiten der Zeitungsausgabe.

4 Vierthöchster Aufmerksamkeitsgrad

Alle sonstigen Beiträge auf anderen Seiten der Zeitungsausgabe.

12.2.7 Umfang des Beitrags (UMFANG)

Der Umfang des Beitrags wird in Zeilen gemessen. Zum Umfang gehören bei zweigeteilten Beiträgen auch die Zeilen der Fortsetzung auf anderen Seiten der Zeitungsausgabe. Auch die in der Regel größeren Vorspannzeilen (*Lead*) werden den Textzeilen zugerechnet. Nicht gezählt werden dagegen Überschrift, Unterzeile und mögliche Zwischenüberschriften.

12.2.8 Stilform des Beitrags (STIL)

Die Stilform eines Beitrags ist häufig kenntlich gemacht, beispielsweise durch Nennung der Stilform in der Überschrift, der Unterzeile, einer Zwischenüberschrift oder einem Logo. Ist die Zuordnung nicht anhand einer derartigen Kennzeichnung möglich, sind die folgenden Definitionen maßgebend:

01 Nachricht/Bericht

Nachricht und Bericht liefern tatsachenbetonte und aktuelle Informationen über Ereignisse, Sachverhalte und Argumente. Sie informieren – soweit möglich – unpersönlich und sachlich.

02 Reportage/Feature:

Beiträge, die tatsachenbetont, aber persönlich gefärbt über aktuelle Geschehnisse oder Erlebnisse des Autors berichten.

03 Porträt

Selbe Kriterien wie „Reportage/Feature“, jedoch Beiträge, die sich auf eine Person konzentrieren und deren Handeln oder Charakter beschreiben.

04 Interview/Gespräch

Beiträge, die ausschließlich aus Rede und Gegenrede zwischen Autor und dem Befragten bzw. zwischen den Teilnehmern einer Gesprächsrunde bestehen. Als Interview gelten nur Beiträge, in denen die Antworten der Befragten im Wortlaut zitiert werden (ohne indirekte Rede oder wertende Verknüpfung der Äußerungen des Befragten).

05 Kommentar/Leitartikel/Kolumne

Beiträge, die aktuelle Ereignisse interpretieren und bewerten sowie eindeutig die Ansichten der Redaktion oder des einzelnen Autors widerspiegeln.

06 Glosse

Beiträge, die auch interpretieren und bewerten, zudem aber Ironie oder Satire enthalten.

07 Dokumentation

Beiträge, die als Dokumentation gekennzeichnet sind; Beiträge, die Standpunkte von Politikern oder Parteien unkommentiert wiedergeben; Beiträge, die ausschließlich die chronologische Abfolge von Ereignissen auflisten. Beispiele: unkommentiert abgedruckte Politiker-Reden, Partei-Programme, Verträge, „Zeittafeln“ oder „Kalendarien“.

99 Sonstiges

Alle Beiträge, die nicht den aufgeführten Stilformen zugeordnet werden können.

12.2.9 Quelle/Urheber des Beitrags (URHEB)

Hier wird die Quelle oder der Urheber des Beitrags verschlüsselt. Sie können in der Regel durch Namensnennung, Buchstaben-Kombination („Kürzel“ von Journalisten) oder gängige Abkürzungen von Nachrichtenagenturen identifiziert werden. Der Urheber des Beitrags ist so genau wie möglich zu codieren. Handelt es sich beispielsweise um die Deutsche Presse-Agentur (dpa), so ist nicht „20 Nachrichtenagentur“, sondern „21 dpa“ zu codieren. Nur wenn eine Agentur der Urheber des Beitrags ist, die nicht in der nachfolgenden Liste aufgeführt ist, ist der generelle Oberbegriff zu verschlüsseln. Bei allen nachfolgenden Kategorien wird nach dem gleichen Muster verfahren.

ACHTUNG: Werden mehrere Urheber genannt, wird der erstgenannte verschlüsselt.

00 Kein identifizierbarer Urheber

10 Journalist (Namen oder Kürzel des Journalisten werden im Beitrag genannt)

20 Redaktion („eigener Bericht“, Redaktionskürzel etc.)

30 Nachrichtenagentur (z.B. DDP, DPA, AFP, AP, RTR…)

40 Gastbeitrag

99 Sonstiger Urheber

12.2.10 Bebilderung des Beitrags (BILD)

Hier wird erfasst, ob der Beitrag bebildert ist, oder nicht.

Wenn der Beitrag mit einem Bild versehen ist wird zusätzlich codiert, welcher Art das Bild/die Bilder sind. Falls der Beitrag mit mehreren Bildern versehen ist, können bis zu drei Bildarten verschlüsselt werden.

ANMERKUNG: Die Bilder werden in folgender Reihenfolge codiert: In der oberen linken Ecke der Seite/des Artikels beginnen und in Leserichtung (von links nach rechts) in die rechte untere Ecke der Zeitungsarbeite „vorarbeiten“.

ACHTUNG: Für jedes Bild wird separat die Bildart codiert. Es kann dabei auch vorkommen, dass beispielsweise zweimal „1 – Foto“ codiert wird (wenn der Beitrag mit zwei Fotos bebildert ist).

0 Kein Bild vorhanden

1 Foto

2 Grafik/Schaubild/Tabelle

3 Karikatur/Zeichnung

4 Fotomontage/Collage

9 Sonstiges

(eigens erstellte Kategorie)

12.2.11 Anlass des Beitrags (ANLASS)

Hier wird verschlüsselt, welches Ereignis oder welcher Vorgang Anlass des Beitrags ist.

ACHTUNG: Für die Codierung ist jeweils das aktuellste Ereignis in einer Ereigniskette relevant.

ANMERKUNG: Hinweise auf den Anlass der Publikation finden sich *meistens* am Anfang des Textes (warum/aufgrund welches Ereignisses/welcher Aussage wurde der Artikel geschrieben?).

00 Kein identifizierbarer Anlass

Anlass wird im Beitrag nicht (explizit) genannt.

01 Jahrestag / Jubiläum

Beiträge, deren Anlass Tage sind, an denen sich der Tag der Deutschen Einheit jährt (3. Oktober 1990 - 2014). Auch (Gedenk-)Feiern anlässlich dieses Tages werden hierunter codiert.

02 Jahreswechsel

Beiträge, deren Anlass (bevorstehende) Jahresweschsel sind oder die einen Jahresrückblick zum Anlass haben.

03 Umfrage-Ergebnisse (auch Studienbefunde, Datenerhebungen, Statistiken)

Beiträge, deren Anlass die Veröffentlichung von Umfrage-Ergebnissen ist.

04 Wahl

Beiträge, deren Anlass eine (bevorstehende) Landtags-, Bundetags-, oder Europawahl ist oder deren Anlass die Veröffentlichung von Wahlergebnissen (nach der Wahl) und deren Konsequenzen sind.

05 Stellungnahmen

Beiträge, deren Anlass Handlungen oder Stellungnahmen von Politikern, Regierungen, Ämtern, Behörden etc. sind.

99 Sonstiger Anlass

(Erstellung der Kategorie in Anlehnung Wilke/Leidecker 2010, 2013)

12.2.12 Bewertung der Deutschen Einheit (EINWERT 1)

Hier wird codiert, ***ob*** der Beitrag insgesamt die (Idee der) Deutschen Einheit/ Deutsche(n) Wiedervereinigung implizit (Bewertung angedeutet, aber nicht deutlich im Artikel genannt) oder explizit (deutlich im Artikel genannt, nicht nur angedeutet) bewertet, oder nicht.

Ausschlaggebend ist der Eindruck, den der Beitrag insgesamt vermittelt. Es spielt keine Rolle, worauf die Einschätzung beruht, z.B. ob sie auf Umfragen, Aussagen von Journalisten oder Politikern fußt. Verschlüsselt wird, ob der Eindruck, den der „normale" Leser des Beitrags von der Deutschen Einheit/ Deutschen Wiedervereinigung erhält, vermutlich eher positiv (überwiegend Zustimmung, Unterstützung), eher negativ (überwiegend Kritik, Ablehnung) oder ambivalent (positive und negative Wertungen gleichen sich aus) ist oder ob keine Bewertung erkennbar ist (weder implizit noch explizit). Wenn keine implizite oder explizite Bewertung vorliegt ist „0 Keine erkennbare Bewertung" zu verschlüsseln.

ANMERKUNG: Wenn in einem Beitrag sowohl eine explizite als auch eine implizite Wertung der Deutschen Einheit vorkommt, dann codieren wir die explizite Wertung (explizite Wertungen haben immer Vorrang vor impliziten Wertungen!).

Beispiele für *explizite* Wertungen:
- Die Deutsche Einheit ist „ein Glücksfall in der Geschichte" / „ein historischer Glücksmoment".
- Loriot nennt Deutsche Vereinigung unwürdig.

Beispiel für eine *implizite* Wertung:
- Tausende feiern auf dem Römer den Tag der Deutschen Einheit.
- Jungbrunnen Wiedervereinigung

0 Keine erkennbare Bewertung / Thema nicht angesprochen
1 Bewertung nur *implizit* angedeutet
2 Bewertung *explizit* im Artikel genannt

FILTER:
Die nachfolgende Kategorie wird nur codiert, wenn der Beitrag die Deutsche Einheit implizit oder explizit bewertet (EINWERT1 = 1 oder EINWERT1 = 2).
Falls der Beitrag hingegen die Deutsche Einheit nicht bewertet / das Thema nicht anspricht, überspringen Sie bitte die nachfolgende Kategorie, lassen Sie das entsprechende SPSS-Eingabefeld frei und fahren Sie bei der Kategorie „EINBILANZ1“ fort.

12.2.13 Bewertung der Deutschen Einheit (EINWERT 2)

Hier wird codiert, ***wie*** der Beitrag insgesamt die Deutsche Einheit/ Deutsche Wiedervereinigung implizit oder explizit (deutlich im Artikel genannt, nicht nur angedeutet) bewertet. Es werden Bewertungsrichtung und -stärke verschlüsselt. Die Codierung erfolgt in zwei Schritten.

Im ersten Schritt wird ermittelt, ob eine positive oder eine negative Bewertung vorliegt. Eine positive Bewertung liegt dann vor, wenn der Deutschen Einheit/ Deutschen Wiedervereinigung positive Aspekte/Eigenschaften zugesprochen oder negative Aspekte/Eigenschaften abgesprochen werden. In diesem Sinn bedeuten sie Lob oder Anerkennung, Nennung von Vorteilen bzw. die Zurückweisung von Kritik oder Vorwürfen. Eine negative Bewertung liegt dann vor, wenn der Deutschen Einheit/ Deutschen Wiedervereinigung negative Aspekte/Eigenschaften zugesprochen oder positive Aspekte/Eigenschaften abgesprochen werden. In diesem Sinne bedeuten sie Kritik, Missbilligung, Vorwürfe, Nennung von Problemen bzw. die Zurückweisung von Lob oder Anerkennung. Eine ambivalente Bewertung liegt vor, wenn sowohl positive als auch negative Aspekte thematisiert werden.

Im zweiten Schritt wird ermittelt, wie eindeutig die positive bzw. die negative Bewertung ist. Ein Indikator für eine eindeutige Bewertung können z.B. *drastische*, *emotional aufgeladene* Begriffe sein. Auch, wenn ausschließlich positive oder ausschließlich negative Bewertungen im Beitrag enthalten sind, liegt eine eindeutige Bewertung nahe.

Die Verschlüsselung erfolgt anhand einer fünfstufigen Skala, die von „eindeutig positiv“ bis „eindeutig negativ“ reicht. Wenn sich positive und negative Aspekte ausgleichen, ist „ambivalent“ zu verschlüsseln.

ACHTUNG: Ein reines Auszählen der positiven und negativen Bewertungen führt nicht zur korrekten Codierung der Bewertungstendenz → die „Stärke“/ „das Gewicht“ der Argumente muss in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Wenn ein Artikel viele, kleine positive Bewertungen vornimmt, (am Ende) zusätzlich aber ein sehr starkes negatives Argument vorbringt, kann ggf. eine eher negative Bewertung codieret werden (Bsp.: „Zwar ist x und y gut gelaufen, aber entscheidend ist doch, dass z total schief gegangen ist.“).

ANMERKUNG I: Wenn in einem Beitrag sowohl eine explizite als auch eine implizite Wertung vorkommt, dann codieren wir die explizite Wertung (explizite Wertungen haben immer Vorrang vor impliziten Wertungen!).

ANMERKUNG II: Implizite positive oder negative Wertungen werden nicht als „eindeutig“ positiv oder negativ codiert, sondern immer als „eher“ positiv oder negativ (Codes 2 und 4).

ANMERKUNG III: Begriffe wie „*drastisch* gesunken/gestiegen, *krass*, *weniger*…“ alleine sind noch keine expliziten Wertungen!

Begriffe wie „problematisch, kritisch, bedauerlich, Glücksfall, herrlich, schleppend…“ sind explizite Bewertungen.

- „Es geht langsam voran.“ = keine (explizite) Bewertung
- „Es geht *zu* langsam voran.“ = explizite Bewertung

ANMERKUNG IV: Wenn die Deutsche Einheit bspw. in Ostdeutschland positiv, in Westdeutschland hingegen negativ bewertet wird, codieren wir „3“ (= ambivalent).

1 Eindeutig positiv (z.B. „historischer Glücksmoment“)

2 Eher positiv (z.B. eine Mehrheit der Deutschen bewerten Deutsche Einheit positiv)

3 Ambivalent (positive und negative Wertungen gleichen sich aus)

4 Eher negativ (z.B. eine Mehrheit der Deutschen bewertet Deutsche Einheit negativ)

5 Eindeutig negativ (z.B. „unwürdig“)

(Erstellung der Kategorie in Anlehnung an Wilke/Leidecker 2010, 2013)

12.2.14 Entwicklungsbilanz (EINBILANZ 1)

Hier wird codiert, ***ob*** der Beitrag insgesamt einen Rückblick auf die bisherige Entwicklungsbilanz der Deutschen Einheit/ Deutschen Wiedervereinigung thematisiert und wenn ja, ob diese Bilanz implizit (Bewertung angedeutet, aber nicht deutlich im Artikel genannt) oder explizit (deutlich im Artikel genannt, nicht nur angedeutet) bewertet wird, oder nicht.

Ausschlaggebend ist der Eindruck, den der Beitrag insgesamt vermittelt. Es spielt keine Rolle, worauf die Einschätzung beruht, z.B. ob sie auf Umfragen, Aussagen von Journalisten oder Politikern fußt.

Werden rückwirkend keine Entwicklungen genannt, wird „0 keine Einschätzung erkennbar/ Thema nicht angesprochen“ codiert.

Die zentrale Fragestellung, die dieser Kategorie zugrunde liegt, lautet:

Hätten die im Artikel beschriebenen Entwicklungen auch ohne die Wiedervereinigung so stattgefunden?

Falls die Antwort „nein“ lautet, dann wird EINBILANZ1 codiert.

ANMERKUNG I: Wenn in einem Beitrag sowohl eine explizite als auch eine implizite Bilanzierung vorkommt, dann codieren wir die explizite Bilanzierung (explizite Bilanzierungen haben immer Vorrang vor impliziten Bilanzierungen!).

ANMERKUNG II: Bei dieser Kategorie geht es um „großflächige“ Entwicklungen, die z.B. in Statistiken beschrieben werden. Es geht nicht um Einzelschicksale, sondern um massenhafte Entwicklungen.

ANMERKUNG III: „Es sind noch viele Fragen offen.“ = keine Bilanzierung, sondern unter ZUKUNFT codieren!

Beispiele für *explizite* Bilanzierungen:

- *Durch/ dank/ seit/ nach* der Deutschen Einheit/ Wiedervereinigung hat sich xy verändert…
- Ohne die Deutsche Wiedervereinigung wäre xy nicht passiert.
- Wir sind schon weit gekommen/ es hat sich schon vieles verbessert…
- Bestimmte Probleme sind noch nicht gelöst…
- Inzwischen sind viele überzeugt, dass Kohls Versprechen von blühenden Landschaften Wirklichkeit geworden sind.
- Bericht zur Deutschen Einheit (explizite Bilanzierung)

Beispiele für eine *implizite* Bilanzierung:

- Fast 25 Jahre nach dem Mauerfall sind die Lebensverhältnisse in Ost und West noch immer nicht angeglichen.
- Gut zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung gibt es in Ostdeutschland noch immer mehr Arme als in Westdeutschland.
- Um die Wiedervereinigung zu einem guten Ende zu führen, … (→ deutet an, dass die Bilanz bisher nicht allzu positiv ausgefallen ist)
- Die Ost-Renten haben sich an die West-Renten angepasst.

0 keine Einschätzung erkennbar/ Thema nicht angesprochen
1 Bilanz nur *implizit* angedeutet
2 Bilanz *explizit* im Artikel genannt

FILTER:
Die nachfolgende Kategorie wird nur codiert, wenn der Beitrag die Bilanz der Deutschen Einheit implizit oder explizit bewertet (EINBILANZ 1 = 1 oder EINBILANZ 1 = 2).

Falls der Beitrag hingegen die Bilanz der Deutschen Einheit nicht bewertet / das Thema nicht anspricht, überspringen Sie bitte die nachfolgende Kategorie, lassen Sie das entsprechende SPSS-Eingabefeld frei und fahren Sie bei der Kategorie „ZUKUNFT 1“ fort.

12.2.15 Entwicklungsbilanz (EINBILANZ 2)

Hier wird codiert, ***wie*** der Beitrag insgesamt die bisherige Entwicklungsbilanz der Deutschen Einheit/ Deutschen Wiedervereinigung implizit oder explizit (deutlich im Artikel genannt, nicht nur angedeutet) bewertet.

Die Codierung erfolgt in zwei Schritten. Im ersten Schritt wird ermittelt, ob eine positive oder eine negative Entwicklungsbilanz geäußert wird, oder nicht. Im zweiten Schritt wird die „Richtung" der Entwicklungsbilanz ermittelt (positiv, negativ oder ambivalent).

Eine positive Entwicklungsbilanz liegt dann vor, wenn positive Entwicklungen (*Verbesserungen, gelöste Probleme*) angesprochen (oder negative Entwicklungen abgesprochen) werden. Eine negative Entwicklungsbilanz liegt dann vor, wenn negative Entwicklungen (*Verschlechterungen*) angesprochen (oder positive Entwicklungen abgesprochen) werden. Ambivalent ist die Entwicklungsbilanz, wenn sich positive und negative Entwicklungen ausgleichen. Ein „Gleichstand" wird codiert, wenn im Beitrag davon gesprochen wird, dass sich durch die Deutsche Wiedervereinigung nichts bzw. nicht viel verändert hat.

ANMERKUNG I: Wenn in einem Beitrag sowohl eine explizite als auch eine implizite Bilanzierung vorkommt, dann codieren wir die explizite Bilanzierung (explizite Bilanzierungen haben immer Vorrang vor impliziten Bilanzierungen!).

ANMERKUNG II: Wenn sowohl positive als auch negative Entwicklungen beschrieben werden, und diese sich *ausgleichen*, codieren wir ambivalent.

Zum Beispiel: „Es hat sich vieles verbessert, aber wir haben noch nicht alle Ziele erreicht."/ „Wir sind schon weit gekommen, haben aber noch nicht alles geschafft."

ANKERKUNG III: Wenn mehrere bzw. gewichtige positive Entwicklungen genannt werden, jedoch auch eine weniger gewichtige negative Entwicklung (und sich diese Entwicklungstendenzen nicht ausgleichen), codieren wir „(eher) positive Entwicklungsbilanz" (im umgekehrten Fall: „(eher) negative Entwicklungsbilanz".)

ANMKERUNG IV: Falls gegenwärtige Entwicklungen mit der Zeit VOR der Wiedervereinigung kontrastiert werden (früher war es soundso, heute ist es soundso), codieren wir immer den „gegenwärtigen" Stand (also den Entwicklungsstand zum Erscheinungsdatum des Artikels).

ANMKERUNG V: „Es sind noch viele Fragen offen." = keine Bilanzierung, sondern unter ZUKUNFT 1/2 codieren!

1 positive Entwicklungsbilanz/ Thematisierung von Verbesserungen

2 pessimistische Entwicklungsbilanz/ Thematisierung von Verschlechterungen

3 ambivalent (positive und negative Entwicklungen gleichen sich aus)

4 Gleichstand (keine/kaum Veränderung)

(eigens entwickelte Kategorie)

12.2.16 Erwartungen an die Zukunft (ZUKUNFT 1)

Hier wird codiert, ***ob*** der Beitrag insgesamt implizite oder explizite Erwartungen an zukünftige (massenhafte) Entwicklungen, z.B. hinsichtlich des „Zusammenwachsens" Ost- und Westdeutschlands/ hinsichtlich der Entwicklung einer gemeinsamen Deutschen Identität thematisiert und bewertet (*implizit*: Bewertung angedeutet, aber nicht deutlich im Artikel genannt; *explizit*: Bewertung deutlich im Artikel genannt, nicht nur angedeutet).

Unter dieser Kategorie werden aber auch *alle sonstigen* zukünftigen (massenhaften) Entwicklungen codiert, die *durch die Wiedervereinigung bedingt* sind (keine Einzelschicksale).

Die zentrale Fragestellung lautet: Würden diese Entwicklungen auch ohne die Wiedervereinigung so stattfinden?

Wenn die Antwort „nein" lautet, dann wird ZUKUNFT 1 codiert.

Ausschlaggebend ist der Eindruck, den der Beitrag insgesamt vermittelt. Es spielt keine Rolle, worauf die Erwartungen beruhen, z.B. ob sie auf Umfragen, Aussagen von Journalisten oder Politikern fußen.

Werden keine Erwartungen im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen genannt, wird „0 keine Einschätzung erkennbar / Thema nicht angesprochen" codiert.

ANMERKUNG: Wenn in einem Beitrag sowohl eine explizite als auch eine implizite Erwartung an zukünftige Entwicklungen vorkommt, dann codieren wir die explizite Erwartung (explizite Bilanzierungen haben immer Vorrang vor impliziten Erwartungen!).

Beispiel für *explizite* Zukunftserwartung:

- xx Prozent der Deutschen glauben, dass Ost und West immer wie zwei getrennte Staaten bleiben werden.

Beispiel für *implizite* Zukunftserwartung:

- Ob sich dieser positive Trend fortsetzen wird, wird sich in xx Jahren zeigen.

0 keine Einschätzung erkennbar/ Thema nicht angesprochen
1 implizite Zukunftserwartung/ Thematisierung von Chancen oder Risiken (nur angedeutet)
2 explizite Zukunftserwartung / Thematisierung von Chancen oder Risiken (direkt genannt)

FILTER:
Die nachfolgende Kategorie wird nur codiert, wenn der Beitrag die zukünftigen Erwartungen implizit oder explizit bewertet (ZUKUNFT 1 = 1 oder ZUKUNFT 1 = 2).
Falls der Beitrag hingegen die zukünftigen Erwartungen nicht bewertet / das Thema nicht anspricht, überspringen Sie bitte die nachfolgende Kategorie, lassen Sie das entsprechende SPSS-Eingabefeld frei und fahren Sie bei der Kategorie „THEMEN“ fort.

12.2.17 Erwartungen an die Zukunft (ZUKUNFT 2)

Hier wird codiert, ***wie*** der Beitrag insgesamt die zukünftigen Erwartungen bewertet (optimistisch, pessimistisch oder ambivalent).

Die Codierung erfolgt in zwei Schritten. Im ersten Schritt wird ermittelt, ob eine optimistische oder eine pessimistische Zukunftserwartung geäußert wird, oder nicht. Im zweiten Schritt wird die „Richtung“ der Zukunftserwartung ermittelt (optimistisch, pessimistisch oder ambivalent).

Eine optimistische Erwartung liegt dann vor, wenn potentielle positive Entwicklungen in der Zukunft (Chancen) angesprochen (oder negative Entwicklungen abgesprochen) werden. Eine pessimistische Erwartung liegt dann vor, wenn potentielle negative Entwicklungen in der Zukunft (Risiken, Bedenken) angesprochen (oder positive Eigenschaften abgesprochen) werden. Ambivalent ist die Erwartung an die Zukunft, wenn sowohl optimistische als auch pessimistische Erwartungen geäußert werden.

ANMERKUNG I: Wenn in einem Beitrag sowohl eine explizite als auch eine implizite Zukunftserwartung vorkommt, dann codieren wir die explizite Wertung (explizite Erwartungen haben immer Vorrang vor impliziten Erwartungen!).

ANMKERUNG II: Code 4 wird auch verwendet, wenn zukünftige Erwartungen angesprochen werden, aber keine Wertung enthalten, z.B.: „Es gibt noch viel zu tun.“/ „Es sind noch viele Fragen offen.“

1 optimistische Zukunftserwartung/ Thematisierung von Chancen

2 pessimistische Zukunftserwartung/ Thematisierung von Risiken

3 ambivalent (optimistische und pessimistischer Erwartungen gleichen sich aus)

4 Beitrag sieht die zukünftige Entwicklung als völlig offen an/ als nicht zu prognostizieren/ bewertet die zukünftige Entwicklung nicht

(eigens entwickelte Kategorie)

12.2.18 Themen des Beitrags (THEMEN)

Hier werden *alle* Themen, die der Beitrag behandelt, codiert.

Als *erstes* Thema wird das *Hauptthema*/das *zentrale Thema* des Beitrags codiert. Das Hauptthema wird durch den Umfang (Absätze, Zeilen) bestimmt. Das Thema, das den größten Raum im Beitrag einnimmt, ist das Hauptthema. Die Überschrift *kann* ein Indikator für das Hauptthema sein, muss es aber nicht. Im Zweifelsfall richten wir uns nach dem Umfang des Themas im Beitrag!

Neben dem Hauptthema werden zusätzlich alle Themen codiert, die folgende Bedingungen erfüllen: Sie werden im Beitrag mindestens *einen Absatz lang* behandelt bzw. „dominieren" einen Absatz (falls ein Satz des Absatzes das Thema nicht aufgreift, die übrigen fünf Sätze hingegen schon, codieren wir das zusätzliche Thema) ***und*** im *Zusammenhang mit der Deutschen Einheit/Wiedervereinigung* (bzw. einem Ost-West-Vergleich) stehen. Die zusätzlichen Themen werden in der Reihenfolge ihres Vorkommens im Artikel codiert (angefangen bei der Überschrift, bis zum Ende des Artikels).

Bitte codieren Sie so spezifisch wie möglich. D.h., codieren Sie die Oberkategorien (1000er-Kategorien) nur dann, wenn das Thema *allgemein* angesprochen wird (z.B. wenn es um die Wiedervereinigung im Allgemeinen geht). Ansonsten wählen Sie bitte immer die spezifischere Unterkategorie (100er-Kategorien). Auch, wenn es um ein spezifisches Thema geht, das in der Liste nicht enthalten ist, wählen Sie die Unterkategorie „Sonstiges" (z.B. Sonstiges Politik).

Der Code „0000" sollte die absolute Ausnahme sein. Jeder Artikel hat i.d.R. ein Thema, das auch als Hauptthema bestimmt werden kann (Regel: das Umfangreichste).

ANMERKUNG: Wenn *mehrere (spezifische) Theme*n z.B. zur Deutschen Einheit angesprochen werden, und sich *keines davon als Hauptthema besonders hervortut*, codieren wir zunächst die Oberkategorie und ggf. spezifischere Unterkategorien, falls spezifische Themen genannt werden.

Wenn jedoch *mehrere spezifische Themen* z.B. zur Deutschen Einheit genannt werden, von denen *eines klar als Hauptthema hervortritt*, codieren wir dieses spezifische Thema als Hauptthema und fügen die übrigen Themen als Thema 2, Thema 3 etc. hinzu.

ACHTUNG I: Themen mit Bezug zur Deutschen Einheit / Wiedervereinigung werden bevorzugt als Hauptthema codiert (haben Vorrang vor anderen Themen).

ACHTUNG II: Zur Spezifikation eines einzelnen Themas sollen *nicht* mehrere Themencodes benutzt werden: Ein Thema bekommt nur einen Code!

BEGRIFFSKLÄRUNG: *Aufbau Ost* = Zielvorgabe, in den neuen Bundesländern ein selbst tragendes Wirtschaftswachstum zu erreichen, Transferabhängigkeit zu reduzieren, Arbeitslosigkeit abzubauen

→ wir codieren das Thema „Aufbau Ost" unter dem Code „Transferleistungen in den Osten", wenn es speziell um finanzielle Unterstützungen geht, oder unter „Infrastrukturausbau Ost", wenn es z.B. um den Aufbau kultureller Einrichtungen geht, um Städte- und Wohnungsbau etc.

0000 Kein erkennbares zentrales Thema

1100 Politik

1110 Die Wende / Deutsche Einheit / Wiedervereinigung allgemein / Verhältnis zwischen alten und neuen Bundesländern/ Ostdeutsche Politik

1111 Einigungsvertrag
1112 Transferleistungen in den Osten (= Ausgaben des Bundes, der alten Bundesländer und der Sozialversicherung im Gebiet der neuen Länder, z.B. Rentenzahlungen, Arbeitslosengeld etc. → wenn ein Artikel über die Kosten der Deutschen Einheit schreibt, können wir das unter „Transferleistungen" codieren)
1113 Revolution 89, Montagsdemonstrationen, Mauerfall
1114 Einheitsfeiern, 3. Oktober (auch Feste, Ausstellungen, Veranstaltungen zum Jubiläum)
1115 Solidaritätszuschlag, Solidarpakt
1116 Währungsumstellung
1117 Infrastrukturausbau Ost (= technischer Infrastrukturausbau (Energie, Elektro, Gas etc., Kommunikation: Rundfunk, Telefon, Internet etc., Verkehr: Bahn, Schiff, Luft, Auto, Straßen etc., Städte- und Wohnungsbau) und soziale Infrastruktur (Kultur, Bildungssystem, Gesundheitssystem etc.)
1118 Opfer des Regimes
2111 Abwanderung aus dem Osten
2112 Identität/ Mauer in den Köpfen (Sind die Deutschen „mental" zusammengewachsen? Sehen sie sich als Einheit? etc.)
2113 Einheitsdenkmal
2114 Stasi (Aktenbehörde)/ Stasi-Rückblick
1119 Sonstige politische Themen zur Deutschen Einheit

3000 Politisches System der DDR/ Politik zur Zeit der DDR

1120 internationale (außereuropäische) Politik (USA etc.)

1130 Europapolitik

1131 Europawahlen
1139 Sonstige europäische Politik

1140 Bundespolitik
1141 Innenpolitik (innere Sicherheit, Recht, Verfassung, Verteidigung etc.)
1142 Außenpolitik (auswärtige Beziehungen der Bundesrepublik, Beziehungen zu Nachbarstaaten, internationalen Organisationen, auch Ereignisse in anderen Ländern)
1143 Bundestagswahl
1144 Politisches System (Rechtsstaat, Föderalismus etc.)
1150 Parteipolitik (Mitglieder, Personaldiskussionen, thematische Diskussionen, Finanzierung, Parteitage, Konferenzen etc.)
1151 CDU
1152 CSU
1153 SPD
1154 FDP
1155 Bündnis ´90/Die Grünen
1157 Die Linke/PDS
1158 Piratenpartei
1159 AfD
1160 Andere Partei
1169 Sonstiges Bundespolitik

1170 Landespolitik
1171 Landtagswahlen
1179 Sonstiges Landespolitik

1180 Kommunalpolitik

1190 außerparlamentarische Politik (politisch motivierte Bürgerinitiativen, Demonstranten, politischer Terrorismus, Rechtsradikalismus)

1999 Sonstiges Politik

1200 Wirtschaft, Handel, Finanzen (ACHTUNG: Hier zählt nur alles, was über Einzelschicksale hinaus geht; individuelle Schicksale werden unter „Private Themen“ verschlüsselt)
1210 Wirtschaftsentwicklung, wirtschaftliche Lage
1220 Lohn, Tarifverhandlungen, Streiks
1230 Arbeitslosigkeit, Stellenabbau
1240 Steuern/ Steuerkonzepte
1250 Finanzmarkt (Aktien, Börse, Zinsen, Banken; NICHT: Finanzkrise)
1260 Finanz- und Wirtschaftskrise
1270 Wirtschaftskriminalität (Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, organisierte Wirtschaftskriminalität)
1290 Sonstiges Wirtschaft

1300 Kultur, Bildung (ACHTUNG: Hier zählt nur alles, was über Einzelschicksale hinaus geht; individuelle Schicksale werden unter „Private Themen“ verschlüsselt)
1310 Kunst, Literatur, Theater, Musik
1320 Wissenschaft, Bildung, Forschung, Technik
1330 Medien

1340 Religion, Kirche
1360 Ostalgie
1390 Sonstiges Kultur

1400 Soziales (ACHTUNG: Hier zählt nur alles, was über Einzelschicksale hinaus geht; individuelle Schicksale werden unter „Private Themen" verschlüsselt)
1410 Demographie
1420 Kinder, Jugend, Familie (Familienplanung, Erziehung, Kita-Plätze; NICHT: Gesundheit, Armut)
1430 Senioren, Renten
1440 Frauen, Gleichstellung, Emanzipation
1450 Armut
1460 Volkssolidarität (= Sozial-/Wohlfahrtsverband/ Hilfsorganisation in der DDR (Betreuung Älterer, sozial Benachteiligter etc.)
1490 Sonstiges Soziales (z.B. Wohnungsmarkt, Gesundheit, Medizin etc.)

1500 Private Themen (ACHTUNG: Hier nur Einzelschicksale)
1511 Mentalität, Wertorientierungen
1512 Anpassungsprobleme an das neue System, Enttäuschungen nach der Wende
1513 Flucht, Stasi-Opfergeschichten
1514 Konsum, Lebensstil (Einkaufsgewohnheiten, Mode, Wohnungseinrichtung)
1515 Körper, Gesundheit (Fitness, Ernährung, Krankheit, Süchte)
1516 Glaube, Esotherik
1517 Hobbys, Freizeit, Urlaub
1518 Wohnen, Mieten, Bauen
1519 private Finanzen (Schulden, Reichtum, Existenzgründung, Lottogewinn)
1520 Arbeit, Beruf
1529 Sonstiges Privates

1600 Sport, Sportsystem

1700 Umwelt, Natur, Energie, Verkehr

1800 Unglücke, Unfälle, Katastrophen (auch abgewendete)

1900 Kriminalität, Gewalt (NICHT: Opfer des Regimes)

9999 Sonstiges zentrales Thema

(Erstellung der Kategorie in Anlehnung an Früh et al. 1999; Löser 2013; Wilke/Leidecker 2010)

HINWEIS ZUM WEITEREN VORGEHEN:
ACHTUNG: Alle nachfolgenden Kategorien werden ausschließlich mit Bezug zum Hauptthema/ zum zentralen Thema des Beitrags codiert! Das heißt, sie werden NICHT für alle codierten Themen erhoben, *sondern ausschließlich* für das Hauptthema/ zentrale Thema des Beitrags (= das zuerst codierte Thema).
Das heißt: **Alle nachfolgenden Kategorien haben einen Bezug zum Hauptthema des Beitrags (sie sind an das Hauptthema rückgebunden, d.h. sie beziehen sich NICHT auf den Beitrag als Ganzes, sondern nur auf das Hauptthema)!**

12.2.19 Themenperspektive (PERSPEK)

Hier wird für das zuvor codierte Hauptthema des Beitrags erfasst, aus welcher Perspektive es beschrieben wird: einer rein ostdeutschen, einer rein westdeutschen, sowohl einer ost- als auch einer westdeutschen Perspektive, einer gesamtdeutschen Perspektive, oder einer Perspektive, die über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus geht, nämlich einer europäischen bzw. sogar internationalen Perspektive?

Mit Perspektive ist der Blickwinkel, aus dem das Hauptthema betrachtet wird, gemeint, sozusagen die „Brille", aus der das Thema und seine Folgen/Konsequenzen betrachtet werden.

Zentrale Fragestellung: Von wem spricht der Artikel? / Aus wessen Sicht berichtet der Artikel?

Das heißt, wenn zum Beispiel das zentrale Thema das Beitrags die „Finanzkrise" (Code 1260) ist, erörtert der Beitrag dieses Thema aus Sicht der ostdeutschen und/oder westdeutschen Bevölkerung oder unterscheidet er hier nicht zwischen ost- und westdeutscher Perspektive oder betrachtet er das Thema gar aus einer europäischen bzw. internationalen Perspektive *und/oder* erwähnt der Beitrag nur Folgen/Konsequenzen der Finanzkrise für die ostdeutsche Bevölkerung, nur für die westdeutsche Bevölkerung, sowohl für die ostdeutsche als auch westdeutsche Bevölkerung, für Europa (bzw. mind. ein europäisches Land) oder gar für mind. ein außereuropäisches Land?

Um eine Perspektive codieren zu können, muss die Perspektive im Artikel *explizit* erwähnt werden (bitte nicht „zwischen den Zeilen lesen" oder interpretieren). Wenn ein Artikel beispielsweise über die Folgen der Finanzkrise im Allgemeinen berichtet (ohne konkrete Bezugsorte zu nennen), ist die Perspektive nicht klar erkennbar (Code: 0).

Wir unterscheiden sechs Perspektiven:

1. **ostdeutsche Perspektive**: Das Hauptthema wird nur aus dem Blickwinkel Ostdeutschlands beschrieben. (Wenn Westdeutschland maximal am Rande erwähnt wird.)
2. **westdeutsche Perspektive**: Das Hauptthema wird nur aus dem Blickwinkel Westdeutschlands beschrieben.
3. **sowohl ost- als auch westdeutsche Perspektive**: Der Beitrag unterscheidet explizit zwischen einer ostdeutschen und einer westdeutschen Perspektive und spricht beide Perspektiven an. (bei Vergleichen zwischen Ost und West)

4. **gesamtdeutsche/ bundesweite Perspektive**: Der Beitrag unterscheidet nicht explizit zwischen einer ost- und einer westdeutschen Perspektive bzw. berichtet aus dem Blickwinkel Deutschlands.
5. **europäische Perspektive**: Das Hauptthema wird aus dem Blickwinkel mindestens eines europäischen Landes neben Deutschland beschrieben.
6. **internationale Perspektive**: Die internationale Perspektive geht über die europäische Perspektive hinaus. Das Hauptthema wird aus dem Blickwinkel mindestens eines außereuropäischen Landes beschrieben.

Wenn der Artikel über die Folgen der Finanzkrise für die *deutsche* Wirtschaft berichtet, ist explizit eine gesamtdeutsche Perspektive angesprochen (Code: 4). Wenn der Artikel hingegen speziell die Konsequenzen der Finanzkrise für *ostdeutsche Betriebe* thematisiert, ist die Perspektive „ostdeutsch" (Code: 1). Wenn er hingegen sowohl Folgen für ost- als auch westdeutsche Betriebe thematisiert (und diese explizit unterscheidet), ist die Perspektive „sowohl ost- als auch westdeutsch" (Code: 3). Wenn der Beitrag die Folgen der Finanzkrise für die *griechische* Bevölkerung thematisiert, ist die Perspektive europäisch (Code: 5). Wenn er die Folgen der Finanzkrise für die *Weltwirtschaft* thematisiert, ist die Perspektive international (Code: 6).

ANMERKUNG I: Anstelle des Begriffs „Ostdeutschland" wird seit der deutschen Vereinigung 1990 das ehemalige Staatsgebiet der DDR auch als *neue Länder*, fünf *neue Bundesländer* oder auch als *ehemalige DDR* bezeichnet. Zu „Ostdeutschland" / den neuen Ländern zählen *Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt und Thüringen*. Berlin ist ein „Sonderfall". Zu „Ostdeutschland" zählen wir nur „*Ost-Berlin*". Nur wenn diese geographischen Regionen im Artikel angesprochen oder mit Synonymen (wie „Ostdeutschland", die „neuen Bundesländer") beschreiben werden, kann eine „ostdeutsche" Perspektive codiert werden.

ANMERKUNG II: Auch wenn das Hauptthema überwiegend aus einer ostdeutschen Perspektive beschrieben wird, *sobald zusätzlich ein einziges Mal eine westdeutsche Perspektive erwähnt wird* (und umgekehrt), ist die Perspektive „sowohl ost- als auch westdeutsch" (Code: 3)! Bei Vergleichen zwischen Ost und West codieren wir „3" (sobald Ost und West kontrastiert werden)!

ANMERKUNG III: Es gilt die Regel (außer bei Ost-West-Vergleichen!): Wenn mehrere Perspektiven angesprochen werden, wird die Perspektive mit dem „weiteren Blickwinkel" codiert. Werden zum Beispiel die Folgen der Finanzkrise für Deutschland und für Griechenland thematisiert, wird eine europäische (und NICHT eine gesamtdeutsche) Perspektive codiert.

ANMERKUNG IV: Wenn Geschehnisse aus Berlin beschrieben werden und nicht zwischen Ost- und Westberlin differenziert/unterschieden wird, codieren wir „4" (= gesamtdeutsche Perspektive).

Auch wenn Sachverhalte in Deutschland *insgesamt* mit Entwicklungen im Osten kontrastiert werden, codieren wir „4“ (= gesamtdeutsche Perspektive). Begründung: Um „3“ zu codieren, müsste auch Westdeutschland erwähnt sein (trifft hier nicht zu).

0 Perspektive nicht klar erkennbar/ wird nicht thematisiert
1 ostdeutsche Perspektive
2 westdeutsche Perspektive
3 sowohl ost- als auch westdeutsche Perspektive
4 gesamtdeutsche/ bundesweite Perspektive (keine Unterscheidung zwischen ost- und westdeutscher Perspektive)
5 europäische Perspektive (mind. ein europäisches Land neben Deutschland wird angesprochen)
6 internationale Perspektive (über europäische Perspektive hinausgehend; mind. ein außereuropäisches Land wird angesprochen)

(eigens entwickelte Kategorie)

12.2.20 Thematisierung von Problemen (PROBLEM)

Hier wird erfasst, ob der Beitrag das zuvor codierte Hauptthemas als ein „problematisches“ Thema darstellt bzw. als ein Thema, das mit Problemen behaftet ist, oder nicht.

Ein Thema ist dann mit Problemen behaftet, wenn negative Aspekte des Themas angesprochen oder positive Aspekte abgesprochen werden. Auch, wenn der Artikel erwähnt, dass bezüglich des Hauptthemas noch Verbesserungs- oder Entwicklungsbedarf besteht, wenn gesteckte positive Ziele noch nicht erreicht wurden, wird eine Thematisierung von Problemen codiert.

Eine Thematisierung von Problemen wird nur dann codiert, wenn diese *explizit* erwähnt wird (bitte nicht „zwischen den Zeilen lesen“ oder interpretieren) und zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Beitrags immer noch besteht.

Wenn explizit keine Problemthematisierung erkennbar ist, wird „0 keine Problemthematisierung erkennbar/ Thema nicht angesprochen“ codiert.

Beschreibt der Artikel bezüglich des Hauptthemas eine Situation, die einst problematisch war, deren Problem jedoch inzwischen gelöst wurde (wenn also das Problem nicht mehr exisitiert), wird „3 Problemlösung dargestellt“ codiert.

ANMERKUNG I: Auch, wenn bezüglich des Hauptthemas eine positive Entwicklung eines Problems angesprochen wird, *die aber noch nicht abgeschlossen ist* bzw., wenn ein Problem sich bereits verbessert hat, *aber immer noch besteht*, wird „1 Problem(e) dargestellt (Problem existiert noch)“ codiert!

ANMERKUNG II: Falls gegenwärtige Entwicklungen mit der Zeit VOR der Wiedervereinigung kontrastiert werden (früher gab es ein Problem, heute nicht mehr), dann codieren wir immer den „gegenwärtigen" Stand (also den Entwicklungsstand zum Erscheinungsdatum des Artikels)

0 keine Problemthematisierung erkennbar/ Thema nicht angesprochen
1 Problem(e) dargestellt (Problem existiert noch)
2 Problemlösung bzw. Erfolg dargestellt (es gab ein Problem, doch es existiert nicht mehr)
(eigens entwickelte Kategorie)

12.2.21 Thematisierung eines Konflikts (KONFLIKT)

Hier wird erfasst, ob der Beitrag hinsichtlich des zuvor codierten Hauptthemas einen Konflikt thematisiert und wenn ja, zwischen welchen Konfliktparteien.

Ein Konflikt liegt dann vor, wenn verschiedene Interessen, Ziele, Bedürfnisse oder Wertvorstellungen zwischen Personen, gesellschaftlichen Gruppen oder Organisationen (Konfliktparteien) *unvereinbar* sind, d.h. zueinander im Widerspruch stehen. Ein Konflikt ist beispielsweise erkennbar, wenn Meinungsunterschiede kontrastiert werden / wenn zwei Parteien divergierende Ansichten vertreten und sich gegenseitig Vorwürfe machen.

Konflikte können sowohl zwischen Akteuren als auch zwischen Interessen (z.B. Ökonomie versus Ökologie) bestehen.

Nicht als Konflikte zählen spielerische und sportliche Wettkämpfe aller Art.

ANMERKUNG: Um einen Konflikt zu codieren, muss es zwischen den Konfliktparteien „zur Sache gehen" – der Konflikt muss „ausgetragen" werden. „Bis auf wenige sind sich alle einig."= kein Konflikt (der Konflikt wird nicht ausgetragen)

Wir unterscheiden sieben Konfliktkonstellationen:

1. **Ost-West-Konflikt**: alle Themen, bei denen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West im Mittelpunkt stehen. Dies kann sowohl auf politischer Ebene (zwischen Ost- und Westländern) als auch auf privater Ebene oder zwischen privaten und öffentlichen Akteuren der Fall sein (Bsp.: Rechtsstreit um die Rückgabe von Kunstwerken aus Ost-Museen an West-Eigentümer).
2. **Ost-Bund-Konflikt**: alle Themen, bei denen Auseinandersetzungen zwischen ostdeutschen Akteuren und der Bonner bzw. Berliner Bundespolitik im Mittelpunkt stehen. Das kann sowohl auf politischer Ebene (zwischen Ost-Ländern und dem Bund) als auch auf privater Ebene oder zwischen privaten und öffentlichen Akteuren der Fall sein.
3. **West-Bund-Konflikt**: Wie unter 2. für Konflikte zwischen West- und Bundesakteuren.

4. **Ost-Ost-Konflikt**: Analog für Konflikte zwischen Ost-Akteuren (z.B.: Nachbarschaftsstreit wird in Talkshow ausgetragen)
5. **West-West-Konflikt**: Analog für Konflikte zwischen West-Akteuren
6. **Deutschland im europäischen Kontext**: Konflikte zwischen Deutschland und mindestens einem anderen europäischen Land bzw. zwischen Deutschland und der EU oder Europa (z.B. die Rolle Deutschlands in Europa).
7. **Deutschland im internationalen Kontext**: Konflikte zwischen Deutschland und mindestens einem außereuropäischen Land (z.B. die Rolle Deutschlands in der Welt; Konflikt zwischen Deutschland und den USA).

Pro Beitrag wird nur *ein* Konflikt verschlüsselt (der Hauptkonflikt, der sich auf das zentrale Thema bezieht). Bei mehreren Konflikten codieren Sie bitte nur den wichtigsten Konflikt (der im Betrag den größten Raum einnimmt und/oder für die Argumentation des Beitrags am bedeutsamsten ist).

0 kein Konflikt thematisiert

1 Ost-West-Konflikt

2 Ost-Bund-Konflikt

3 West-Bund-Konflikt

4 Ost-Ost-Konflikt

5 West-West-Konflikt

6 Deutschland im europäischen Kontext

7 Deutschland im internationalen Kontext

9 sonstige Konfliktkonstellation

(Erstellung der Kategorie in Anlehnung an Früh et al. 1999)

12.2.22 Thematisierung von Unterschieden in Ost- und Westdeutschland (UNTER)

Hier wird erfasst, ob der Beitrag hinsichtlich des zuvor codierten Hauptthemas Unterschiede in Ost- und Westdeutschland thematisiert. Das heißt, wenn zum Beispiel das zentrale Thema des Beitrags ein „Bundestagswahlergebnis“ (Code 1143) ist, erwähnt der Beitrag diesbezüglich beispielsweise Unterschiede im Wahlverhalten der ost- und westdeutschen Bevölkerung? Oder wenn das zentrale Thema „Konsum, Lebensstil“ (Code: 1514) ist, erwähnt der Beitrag diesbezüglich Unterschiede beispielsweise im Konsumverhalten Ost- und Westdeutscher?

Eine Thematisierung von Unterschieden in Ost- und Westdeutschland liegt zum Beispiel immer dann vor, wenn der Beitrag zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen *differenziert* (anstatt von „den Deutschen“ zu sprechen), wenn er Gegebenheiten in Ostdeutsch-

land mit denen in Westdeutschland *kontrastiert* (oder umgekehrt), wenn er *Abweichungen*, *Gegensätze*, *Differenzen* oder *Uneinheitlichkeiten* bezüglich Ost- und Westdeutschland erwähnt. Begriffe, die Unterschiede andeuten können, sind zum Beispiel: hingegen, anders als, etc.

Die Unterschiede müssen im Artikel *explizit* erwähnt werden, um sie zu codieren (bitte nicht „zwischen den Zeilen lesen" oder interpretieren). Bei einem Wahlergebnis reicht es beispielsweise nicht aus, wenn die Stimmenanteile einzelner Parteien in Ost- und Westdeutschland nicht exakt übereinstimmen (Prozentangaben). Der Beitrags*text* muss diesen Unterschied explizit erwähnen/ beschreiben (und ggf. bewerten).

ANMERKUNG I: Anstelle des Begriffs „Ostdeutschland" wird seit der deutschen Vereinigung 1990 das ehemalige Staatsgebiet der DDR auch als *neue Länder*, fünf *neue Bundesländer* oder auch als *ehemalige DDR* bezeichnet. Zu „Ostdeutschland" / den neuen Ländern zählen *Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt und Thüringen*. Berlin ist ein „Sonderfall". Zu „Ostdeutschland" zählen wir nur „*Ost-Berlin*".

ANMERKUNG II: Auch, wenn ein Beitrag mehrere Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert, wird, *sobald zusätzlich ein einziger Unterschied erwähnt wird*, eine Thematisierung von Unterschieden (Code: 1) codiert!

0 keine Unterschiede genannt

1 Unterschiede genannt

(eigens entwickelte Kategorie)

FILTER:
Die nachfolgende Kategorie wird nur codiert, wenn der Beitrag bezüglich des Hauptthemas Unterscheide in Ost- und Westdeutschland thematisiert (UNTER=1).
Falls der Beitrag hingegen keine Unterschiede in Ost- und Westdeutschland bzw. deren Bewohner thematisiert, überspringen Sie bitte die nachfolgende Kategorie, lassen Sie das entsprechende SPSS-Eingabefeld frei und fahren Sie bei der Kategorie „GEMEIN" fort.

12.2.23 Bewertung der Unterschiede in Ost- und Westdeutschland (UNTERWERT 1)

Hier wird codiert, ***ob*** der Beitrag die zuvor codierten Unterscheide zwischen Ostdeutschland/Ostdeutschen und Westdeutschland/Westdeutschen implizit (Bewertung angedeutet, aber nicht deutlich im Artikel genannt) oder explizit (deutlich im Artikel genannt, nicht nur angedeutet) bewertet, oder nicht.

Codiert werden alle möglichen Vergleichsebenen, z.B. politisch, ökonomisch, sozial, ökologisch, technisch, privat, medizinisch usw.

Verschlüsselt wird, ob der Eindruck, den der „normale" Leser des Beitrags von den genannten Unterschieden hat, vermutlich eher zugunsten Ostdeutschlands oder West-

deutschlands (positiver/ besser) ausfällt, oder ob eine solche Bewertung nicht erkennbar ist.

Die Codierung erfolgt in zwei Schritten. Im ersten Schritt wird ermittelt, ob überhaupt eine Bewertung der genannten Unterschiede vorliegt (oder ob die Unterschiede einfach nur genannt werden).

Im zweiten Schritt wird erfasst, wer als „Sieger" des Vergleichs hervorgeht, d.h., ob sich die Situation bezüglich der erfassten Unterschiede in Ost- oder Westdeutschland besser gestaltet.

ANMERKUNG: Anstelle des Begriffs „Ostdeutschland" wird seit der deutschen Vereinigung 1990 das ehemalige Staatsgebiet der DDR auch als *neue Länder*, fünf *neue Bundesländer* oder auch als *ehemalige DDR* bezeichnet. Zu „Ostdeutschland" / den neuen Ländern zählen *Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt und Thüringen*. Berlin ist ein „Sonderfall". Zu „Ostdeutschland" zählen wir nur „*Ost-Berlin*".

Beispiele:

- *„Der Stimmenanteil der NPD fiel in Ostdeutschland höher aus, als in Westdeutschland."* →Die reine Erwähnung von Unterschieden ist noch keine explizite Bewertung (Code: 0)!

  Erst wenn der Beitragstext die Unterschiede kommentiert und eindeutig oder auch „unterschwellig"/ „zwischen den Zeilen" positiv oder negativ bewertet, kann eine Bewertung erfasst werden:

  „Dass der Stimmenanteil der NPD in Ostdeutschland höher ausfiel, als in Westdeutschland, ist problematisch." → Bewertung *explizit* erkennbar (Code: 3)

- Auch ein reiner Vergleich zwischen statistischen Zahlen in Ost und West wird NICHT als *explizite* Bewertung codiert, sondern maximal als implizite Wertung, wenn das Thema eine positive oder negative Bewertung „nahe legt" (z.B. Arbeitslosenzahlen):

  „Der Anteil berufstätiger Frauen ist im Osten höher als im Westen." → keine Bewertung erkennbar (es wird nicht klar gesagt, dass das etwas Positives ist), das ist eine Feststellung; die Aussage enthält keine explizite Bewertung, maximal eine implizite Bewertung.

  „Die Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland sind höher, als in Westdeutschland." → das ist lediglich eine Feststellung; die Aussage enthält keine explizite Bewertung, maximal eine implizite Bewertung

  „Der Verdienst in Ostdeutschland ist geringer als in Westdeutschland." → das ist eine Feststellung, die Aussage enthält keine explizite Bewertung, maximal eine implizite Bewertung
  „*Im Osten liegt noch einiges im Argen.*" → Diese Aussage ist zwar eine explizite Wertung, allerdings wird nicht explizit erwähnt, dass/ob die Situation im Westen besser ist. (Code: 0)

0 keine Bewertung oder Bewertungskonstellation erkennbar

1 implizite Bewertung oder Bewertungskonstellation erkennbar

2 explizite Bewertung oder Bewertungskonstellation erkennbar

(eigens entwickelte Kategorie; zum Teil Anlehnung an Früh et al. 1999)

FILTER:
Die nachfolgende Kategorie wird nur codiert, wenn der Beitrag Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen implizit oder explizit bewertet (UNTERWERT1 = 1 oder UNTERWERT1 = 2).
Falls der Beitrag hingegen die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen nicht bewertet / das Thema nicht anspricht, überspringen Sie bitte die nachfolgende Kategorie, lassen Sie das entsprechende SPSS-Eingabefeld frei und fahren Sie bei der Kategorie „ANGLEICH“ fort.

12.2.24 Bewertung der Unterschiede in Ost- und Westdeutschland (UNTERWERT 2)

Hier wird codiert, ***wie*** der Beitrag insgesamt die Unterschiede in Ost- und Westdeutschland implizit oder explizit (deutlich im Artikel genannt, nicht nur angedeutet) bewertet. Es wird die Bewertungsrichtung verschlüsselt.

Hier wird erfasst, wer als „Sieger“ des Vergleichs hervorgeht, d.h., ob sich die Situation bezüglich der erfassten Unterschiede in Ost- oder Westdeutschland besser gestaltet.

ANMERKUNG I: Anstelle des Begriffs „Ostdeutschland“ wird seit der deutschen Vereinigung 1990 das ehemalige Staatsgebiet der DDR auch als *neue Länder*, fünf *neue Bundesländer* oder auch als *ehemalige DDR* bezeichnet. Zu „Ostdeutschland“ / den neuen Ländern zählen *Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt und Thüringen*. Berlin ist ein „Sonderfall“. Zu „Ostdeutschland“ zählen wir nur „*Ost-Berlin*“.

Wir unterscheiden drei Bewertungskonstellationen:

1. **Ostdeutschland besser als Westdeutschland**: Bsp.: „Die Technik der DDR war viel robuster, als die in Westdeutschland.“ (= *explizite* Bewertung), „Die Luft im Osten ist vielerorts weniger verschmutzt, als im Westen.“ (= *implizite* Bewertung)
2. **Ambivalent**: Hier werden „ausgewogene“ Bewertungen codiert bzw. positive und negative Bewertungen, die sich ausgleichen, z.B. „Die Geräte aus dem Westen sahen zwar besser aus, aber die aus dem Osten waren robuster.“ (= *explizite* Bewertung), „Die Ostdeutschen haben zwar nicht so viel Geld wie die Westdeutschen, sind aber dennoch viel zufriedener.“ (= *implizite* Bewertung)

3. **Ostdeutschland schlechter als Westdeutschland**: Bsp.: „Gegenüber den Umweltsünden im Osten war der Westen ein Paradies." (= *explizite* Bewertung), „Die sozialen Probleme im Osten sind viel größer als die im Westen." (= *explizite* Bewertung), „Die Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland sind höher, als in Westdeutschland." (= *implizite* Bewertung)

ANMERKUNG II: Wenn in einem Beitrag sowohl eine explizite als auch eine implizite Wertung vorkommt, dann codieren wir die explizite Wertung (explizite Wertungen haben immer Vorrang vor impliziten Wertungen!).

1 Ostdeutschland besser als Westdeutschland

2 ambivalent (positive und negative Unterschiede gleichen sich aus)

3 Ostdeutschland schlechter als Westdeutschland

12.2.25 Thematisierung von Gemeinsamkeiten Ost- und Westdeutschlands (GEMEIN)

Hier wird erfasst, ob der Beitrag hinsichtlich des zuvor codierten Hauptthemas Gemeinsamkeiten Ost- und Westdeutschlands thematisiert. Das heißt, wenn zum Beispiel das zentrale Thema des Beitrags ein „Bundestagswahlergebnis" (Code 1143) ist, erwähnt der Beitrag diesbezüglich beispielsweise *explizit* Gemeinsamkeiten im Wahlverhalten der ost- und westdeutschen Bevölkerung? Oder wenn das zentrale Thema „Konsum, Lebensstil" (Code: 1514) ist, erwähnt der Beitrag diesbezüglich *explizit* Gemeinsamkeiten beispielsweise im Konsumverhalten Ost- und Westdeutscher?

Eine Thematisierung von Gemeinsamkeiten in Ost- und Westdeutschland liegt immer *nur dann* vor, wenn der Beitrag zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen *differenziert* (anstatt von „den Deutschen" zu sprechen), wenn er Gegebenheiten in Ostdeutschland mit denen in Westdeutschland *vergleicht* (oder umgekehrt).

Die Gemeinsamkeiten müssen im Artikel *explizit* erwähnt werden, um sie zu codieren (bitte nicht „zwischen den Zeilen lesen" oder interpretieren). Bei einem Wahlergebnis reicht es beispielsweise nicht aus, wenn die Stimmenanteile einzelner Parteien in Ost- und Westdeutschland übereinstimmen (Prozentangaben). Der Beitrags*text* muss die Gemeinsamkeit explizit erwähnen/ beschreiben (und ggf. bewerten).

ANMERKUNG I: Anstelle des Begriffs „Ostdeutschland" wird seit der deutschen Vereinigung 1990 das ehemalige Staatsgebiet der DDR auch als *neue Länder*, fünf *neue Bundesländer* oder auch als *ehemalige DDR* bezeichnet. Zu „Ostdeutschland" / den neuen Ländern zählen *Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt und Thüringen*. Berlin ist ein „Sonderfall". Zu „Ostdeutschland" zählen wir nur „*Ost-Berlin*".

ANMERKUNG II: Auch wenn ein Beitrag mehrere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert, *sobald zusätzlich eine einzige Gemeinsamkeit erwähnt wird*, wird auch eine Thematisierung von Gemeinsamkeiten (Code: 1) codiert!

0 keine Gemeinsamkeiten genannt

1 Gemeinsamkeiten genannt

(eigens entwickelte Kategorie)

12.2.26 Thematisierung von Angleichungsprozessen (ANGLEICH)

Hier wird erfasst, ob die Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen schon immer bestanden (also gab es bezüglich des zuvor codierten zentralen Themas nie einen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland)? Oder sind die Gemeinsamkeiten auf Angleichungsprozesse zwischen Ost- und Westdeutschland zurückzuführen? Wenn ja, von wem ging die Angleichung aus: Passte sich der Osten dem Westen an, oder passte sich der Westen dem Osten an oder haben sich beide aufeinander zubewegt? Falls der Beitrag keine Gründe für die Gemeinsamkeiten nennt, ist „0 Keine Gründe genannt“ zu codieren.

Die Gründe müssen im Artikel (im Beitragstext) *implizit* oder *explizit* erwähnt und beschrieben werden, um sie zu codieren.

ANMERKUNG I: Anstelle des Begriffs „Ostdeutschland“ wird seit der deutschen Vereinigung 1990 das ehemalige Staatsgebiet der DDR auch als *neue Länder*, fünf *neue Bundesländer* oder auch als *ehemalige DDR* bezeichnet. Zu „Ostdeutschland“ / den neuen Ländern zählen *Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt und Thüringen*. Berlin ist ein „Sonderfall“. Zu „Ostdeutschland“ zählen wir nur „*Ost-Berlin*“.

ANMERKUNG II: Wir codieren „klare Mehrheiten“, d.h., wenn z.B. 52% der Deutschen der Meinung sind, eine Angleichung zwischen Ost und West habe stattgefunden, 45% sehen diese Angleichung aber nicht, codieren wir, dass eine Angleichung stattfindet.

0 keine Gründe genannt/ keine Angleichungsprozesse thematisiert/ Angleichung findet nicht statt
1 Osten gleicht sich an Westen an
2 Westen gleicht sich an Osten an
3 Osten und Westen bewegen sich beide aufeinander zu
4 die Gemeinsamkeiten zwischen Osten und Westen bestanden schon immer
9 Sonstiges/ unklar/ umstritten (keine klare Mehrheiten)

(eigens entwickelte Kategorie)

13 Literaturnachweis

Adorno, Theodor W. (1964): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Tiedemann, Rolf (Hrsg.): Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften, Bd. 20.1, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1997, S. 360-383.

Aderhold, Jens u.a. (2012): So nah – und doch so fern? Lokale Eliten im Spannungsfeld von Transformation und politischer Professionalisierung, in: *Best/ Holtmann* (2012), 123 – 149.

Ahbe, Thomas (2009). Die Ost-Diskurse als Strukturen der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion der Ostdeutschen in den westdeutschen Medien-Diskursen 1989/90 und 1995. In: *Ahbe, Thomas/ Gries, Rainer/ Schmale, Wolfgang* (Hrsg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig, 59-112.

Ahbe, Thomas/ Gries, Rainer/ Schmale, Wolfgang (Hrsg.) (2009). Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig.

Almond, Gabriel/ Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in five Nations, Princeton-New Jersey.

Almond, Gabriel/ Verba, Sidney ([1963] 1989): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Neuauflage. Beverly Hills: Sage.

Altman, David (2011): Direct Democracy Worldwide, New York: Cambridge University Press.

Arnold, Klaus (2008): Qualität im Journalismus – ein integrative Konzept, in: Publizistik, 53, 488-508.

Backhaus-Maul, Holger/ Olk, Thomas (1998): Verhandeln und Kooperieren versus autoritative Politik, in: *Hilpert/ Holtmann (Hrsg.)*, Regieren und intergouvernementale Beziehungen, Opladen, 127 – 146.

Baker, Kendall L., Russell J. Dalton und Kai Hildebrandt (1981): Germany Transformed: Political Culture and the New Politics, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Barnes, Samuel H. / Kaase, Max u.a. (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills.

Bauer, Petra (1991a): Freiheit und Demokratie in der Wahrnehmung der Bürger in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR, in: *Wildenmann (Hrsg.)*: Nation und Demokratie. Politisch-strukturelle Gestaltungsprobleme im neuen Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 99-124.

Bauer, Petra (1991b): Politische Orientierungen im Übergang. Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/91, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, 433-453.

Berliner Zeitung (2013): Berliner Zeitung hat die meisten Leser. http://www.berliner-zeitung.de/medien/media-analyse-2013-berliner-zeitung-hat-die-meisten-leser, 10809188,23888730.html (15.12.2014).

Berliner Verlag (2014): Mediadaten 2014. http://www.die-zeitungen.de/ fileadmin/files/documents/Tarife_PDF_2014/Berliner-Zeitung-und-Berliner-Kurier-2014.pdf (15.12.2014).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung/ Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Best, Heinrich/ Holtmann, Everhard (Hrsg.) (2012): Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt/New York.

Best, Heinrich/ Holtmann, Everhard (2012): Die langen Wege der deutschen Einigung. Aufbruch mit vielen Unbekannten, in: *Dies. (Hrsg.)*, Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt/New York, 9 – 39.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1969): Entstehung und Wandel des Rechtsstaatsbegriffs, in: *Ehmke/ Schmid/ Scharoun (Hrsg.),* Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, Frankfurt/Main, 53 – 76.

Bille, Steen (1992): Analyse der dänischen Berichterstattung „Die Hunde von Warnemünde – oder Wer kämpft jetzt für Egon Olsen?". In: *Bohn, Rainer/ Hickethier, Knut/ Müller, Eggo* (Hrsg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin, 277-280.

Bohler, u.a. (2012): Transformationsprozesse der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland nach 1989, in: *Best/ Holtmann* (2012), 280 – 304.

Bohn, Rainer/ Hickethier, Knut/ Müller, Eggo (Hrsg.) (1992): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin.

Bowler, Shawn/Glazer, Amihai (2008): Direct Democracy's Impact on American Political Institutions, Houndmills and Basingstoke: Palgrave.

Braithwaite, Valerie (1998): Communal and Exchange Trust Norms: Their Value Base and Relevance to Institutional Trust, in: *Braithwaite / Levi (Hrsg.)*: Trust and Governance, New York: Russell Sage, 46-74.

Brand, Karl-Werner/ Büsser, Detlef/ Rucht, Dieter (1986): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main und New York.

Braun, Hans/ Gerhardt, Uta/ Holtmann, Everhard (Hrsg.) (2007): Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden.

Brichta, Mascha (2006): Boulevardberichterstattung. In: *Hans-Bredow-Institut* (Hrsg.): Medien von A bis Z, Wiesbaden, 59-62.

Brosius, Hans-Bernd/ Koschel, Friederike/ Haas, Alexander (2009): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung, Wiesbaden, 5. Auflage.

Bruns, Thomas/ Marcinkowski, Frank (1997): Politische Informationen im Fernsehen, Opladen.

Bucher, Hans-Jürgen/ Schumacher, Peter/ Duckwitz, Amelie (2007): Mit den Augen der Leser: Broadsheet und Kompakt-Format im Vergleich. Eine Blickaufzeichnungsstudie zur Leser-Blatt-Interaktion, Darmstadt.

Bürklin, Wilhelm P. et al (2001): Zwei Gesichter der Demokratie: Repräsentative versus ‚direkte' Demokratie, in: *Klingemann / Kaase (Hrsg.)*: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 529-551.

Cain, Bruce / Dalton, Russel J. / Scarrow, Susan (Hrsg.) (2003): Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies, Oxford: University Press.

Campbell, William Ross (2004): The Sources of Institutional Trust in East and West Germany: Civic Culture or Economic Performance?, in: *German Politics* 13, 401-418.

Canache, Damarys / Mondak, Jeffrey J. / Seligson, Mitchell A. (2001): Meaning and Measurement in Cross-national Research on Satisfaction with Democracy, in: *Public Opinion Quarterly* 65, 506–528

Chanley, Virginia A. / Rudolph, Thomas J. / Rahn, Wendy M. (2001): Trust in Government in the Reagan Years and Beyond, in: *Hibbing / Theiss-Morse* (Hrsg.): What is it About Government that Americans Dislike? Cambridge u. a.: Cambridge University Press, 59-82.

Citrin, Jack (1974): Comment: The Political Relevance of Trust in Government, in: *American Political Science Review* 68, 973-988.

Citrin, Jack / Luks, Samantha (2001): Political Trust Revisited: Déjà Vu All Over Again? in: *Hibbing / Theiss-Morse (Hrsg.)*: What is it About Government that Americans Dislike? Cambridge u. a.: Cambridge University Press, 9–27.

Conradt, David P. (1974): West Germany: A Remade Political Culture? Some Evidence from Survey Archives, in: *Comparative Political Studies* 7, 222-238

Conradt, David P. (1989): Changing German Political Culture, in: *Almond / Verba (Hrsg.)*: The Civic Culture Revisited. An Analytic Study. Newbury Park/London/New Delhi: Sage, 212-272.

Conradt, David P. (1991): From Output Orientation to Regime Support: Changing German Political Culture, in: *Hoffmann-Lange (Hrsg.):* Social and Political Structures in West Germany. From Authoritarianism to Postindustrial Democracy. Boulder, San Francisco und Oxford: Westview, 127-142.

Dahrendorf, Ralf (1971): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München: Deutscher Taschenbuchverlag.

Davison, W. Philips (1957): Trends in West German Public Opinion 1946 – 1956, in: *Speier/ Ders. (eds.),* West German Leadership and Foreign Policy, Evanston/Illinois and White Plains, New York, 282 – 305.

Dalton, Russell J. (1994): Communists and Democrats: Democratic Attitudes in the Two Germanies, in*: British Journal of Political Science* 24, 469-493.

Dalton, Russell J. (2008): Citizen politics:public opinion and political parties in advanced industrial democracies. - 5. ed. - Washington, D.C.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Kiess, Johannes (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, hrsg. v. Melzer, Ralf für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Dietz Verlag, Bonn.

Derlien, Hans-Ulrich (1990): Continuity and Change in the West German Federal Executive Elite, in: European Journal of Political Research, 18, 349 – 372.

Derlien, Hans-Ulrich (2001): Öffentlicher Dienst im Wandel, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Heft 8, 322 – 328.

DIE ZEIT (25/2014): Anne Hähnig: Geheimnisse vergisst man nicht (S. 12/13) – Martin Machowecz: Deutsche Demoskopische Republik (S. 13).

Dilba, Eberhard (2005): Typographie-Lexikon und Lesebuch für alle, Norderstedt.

Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science* 5, 435-457.

Easton, David ([1965) 1979): A Systems Analysis of Political Life, 2. Aufl. Chicago und London: The University of Chicago Press.

Eder, Christina / Magin, Rafael (2008): Direkte Demokratie, in: *Freitag / Vatter (Hrsg.)*: Die Demokratien der deutschen Bundesländer, Opladen und Farmington Hills: Barbara Budrich, 257-308.

Eilders, Christiane (2004): Von Links bis Rechts – Deutung und Meinung in Pressekommentaren. In: *Eilders, Christiane/ Neidhardt, Friedhelm/ Pfetsch, Barbara* (Hrsg.): Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Wiesbaden, 129-166.

Eisen, Andreas / Kaase, Max / Berg, Frank (1996): Transformation und Transition: Zur politikwissenschaftlichen Analyse des Prozesses der deutschen Vereinigung, in: *Kaase/ Eisen /Gabriel / Niedermayer / Wollmann*: Politisches System. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Opladen, 5-46.

Ellwein, Thomas/ Holtmann, Everhard (Hrsg.) (1999): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven (PVS-Sonderheft 30), 1999.

Enquete-Kommission (1994): Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Dt. Bundestag, 12. Wahlperiode, Ds. 12/7820 vom 31.05.1994.

Esaisson, Peter (2010): Is Citizen Involvement Always a Plus, in: *Amna (Hrsg.)*: New Forms of Citizen Participation. Normative Implications. Baden-Baden: Nomos, 15-20.

Esping-Andersen, Gösta (1996), The three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge/Mass.

Ewen, Christoph/ Gabriel, Oscar W. / Ziekow, Jan (2013): Bürgerdialog bei der Infrastrukturplanung: Erwartungen und Wirklichkeit, Baden-Baden.

Fraenkel, Ernst (1973): Um die Verfassung, in: *Nuscheler / Steffani (Hrsg.)*: Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen, München: Piper, 147-157.

Fritsch, Michael u.a. (2012): Die regionale Kultur unternehmerischer Selbständigkeit im Transformationsprozess, in: *Best/ Holtmann* (2012), 239 – 259.

Fromm, Ernst (1936): Sozialpsychologischer Teil, in: *Ders. u.a.*, Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris, 77 – 135.

Früh, Werner (2007): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, Konstanz, 6., überarbeitete Auflage.

Früh, Werner/ Hasebrink, Uwe/ Krotz, Friedrich/ Kuhlmann, Christoph/ Stiehler, Hans-Jörg (1999): Ostdeutschland im Fernsehen, München.

Früh, Werner/ Stiehler, Hans-Jörg/Früh, Hannah/ Böttcher, Claudia (2011): Mediale Vereinigungs-Bilanzen. Ost- und Westdeutschland im Fernsehen: Event- und Alltagsberichterstattung, München.

Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: *Gabriel (Hrsg.)*: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, 81-113.

Gabriel, Oscar W. (1986): Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

Gabriel, Oscar W. (1987): Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 22, 32 – 45.

Gabriel, Oscar W. (1996): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen, in: *Kaase u.a.*: Das politische System. Bericht zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Opladen: Leske + Budrich, 231-319.

Gabriel, Oscar W. (1997): Einleitung: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im Transitionsprozess, in: *Gabriel (Hrsg)*: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, 9-33.

Gabriel, Oscar W. (1999a): Demokratie in der Vereinigungskrise? in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 9, 827-861.

Gabriel, Oscar W. (1999b): Integration durch Institutionenvertrauen. Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland, in: *Friedrichs / Jagodzinski (Hrsg.)*: Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 199-235.

Gabriel, Oscar W. (2000): Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen. Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, in: *Falter / Gabriel / Rattinger (Hrsg.)*: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, 41-77

Gabriel, Oscar W. (2004): Politische Partizipation, in: *van Deth (Hrsg.)*: Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002/2003, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 317-338.

Gabriel, Oscar W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur, in: *Gabriel / Holtmann (Hrsg.)*: Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien: Oldenbourg, 459-522.

Gabriel, Oscar W. (2007): Bürger und Demokratie im vereinigten Deutschland, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48, 540-552.

Gabriel, Oscar W. (2011): Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders? in: *Bytzek/ Rossteutscher (Hrsg.)*: Der unbekannte Wähler. Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt a.M.: Campus, 157-176.

Gabriel, Oscar W. (2013): Einstellungen der Bürger zu den politischen Parteien, in: *Niedermayer (Hrsg.)*: Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden: Springer VS, 319-347.

Gabriel, Oscar W. / Neller, Katja (2010): Bürger und Politik in Deutschland, in: *Gabriel/ Plasser (Hrsg.),* Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Baden-Baden: Nomos, 57 – 146.

Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin (2005): Politische und soziale Partizipation, in: *Gabriel/ Holtmann (Hrsg.),* Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München, 523 - 574.

Gamson, William A. (1968): Power and Discontent, Homewood, Ill.: Dorsey Press.

Geisler, Michael E. (1992). Mehrfach gebrochene Mauerschau: 1989-1990 in den US-Medien. In: *Bohn, Rainer/ Hickethier, Knut/ Müller, Eggo* (Hrsg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin, 257-276.

Geissel, Brigitte / Newton, Kenneth (Hrsg.) (2012): Evaluating Democratic Innovations. Curing the democratic malaise. London/New York: Routledge.

Gensicke, Thomas (2000): Deutschland im Übergang. Lebensgefühl, Wertorientierungen, Bürgerengagement, Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (Speyrer Forschungsberichte 204).

Gensicke, Thomas (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 – Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 199 – 2004 – 2009, Berlin.

Glaab, Manuela (2010): Politische Partizipation versus Enthaltung, in: *Glaab / Weidenfeld / Weigl (Hrsg.)*: Deutsche Kontraste 1990 – 2010. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Frankfurt am Main / New York: Campus, 101-136.

Greiffenhagen, Martin / Greiffenhagen, Sylvia (1993): Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München und Leipzig: List.

Grunenberg, Antonia (1989): Bewußtseinslagen und Leitbilder in der DDR. In: *Weidenfeld / Zimmermann (Hrsg.)*: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München: Hanser, 221-238.

Güvenç-Meçilioglu, Tülin (1997): Die deutsche Wiedervereinigung im Spiegel der türkischen Tagespresse, Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm(Hrsg.) (2009): Deutsch-deutsche Zustände. 20 Jahre nach dem Mauerfall (Schriftenreihe bpb Band 780), Bonn.

Hesse, Kurt R. (1988): Westmedien in der DDR: Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens, Köln.

Hetherington, Marc J. (2005*):* Why Trust Matters: Declining Political Trust and the Demise of American Liberalism, Princeton: Princeton University Press.

Hoff, Peter (1992): Armenbegräbnis für eine teure Verblichene. Geschichtsbild und Pooint of View von Fernsehrückblicken und Videokassetten (Ost/West) zum „Jahr der deutschen Einheit" 1990. In: *Bohn, Rainer/ Hickethier, Knut/ Müller, Eggo* (Hrsg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin, 175-188.

Hoffmann-Lange, Ursula (1997): Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozess, in: *Gabriel (Hrsg)*: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 211-234.

Holsti, Ole R. (1969): Content Analysis for the Social Sciences and Humanities. Reading, Massachusetts u.a.

Holtmann, Everhard (2005): Die politische Vorgeschichte der vorgezogenen Bundestagswahl, in: *Oscar W. Gabriel (Hrsg.),* Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, 15 - 39.

Holtmann, Everhard (1989): Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur in Deutschland, Opladen.

Holtmann, Everhard (2009) Transition, Transformation, Posttransformation – zur Heuristik des Systemwandels in longitudinaler Perspektive, in: *SFB 580 Mitteilungen* 31, Jena/ Halle, 21 – 37.

Holtmann, Everhard (2013): Individualität als Lebensregel. Überlegungen zur Historik einer politischen Kultur der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Keil/ Thaidigsmann (Hrsg.),* Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung, Wiesbaden, 435 – 450.

Holtmann, Everhard et al. (2014): 1. Zwischenbericht für das Bundesministerium des Inneren. „Deutschland 2014" – Forschungsvorhaben anlässlich 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V., 7. April 2014.

Holtmann, Everhard/Killisch, Winfried (1993): Wohnungspolitik im geeinten Deutschland. Problemlagen und Entwicklungsperspektiven, in: *APUZ* B 8-9, 3 – 15.

Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Völkl, Kerstin (2009-2014): Sachsen-Anhalt-Monitor, Halle.

Holtmann, Everhard/Ragnitz, Joachim/Voelkl, Kerstin (2012): Ostdeutschland 2020. Die Zukunft des „Aufbau Ost". Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Hooghe, Marc (2011): Why There is Basically Only One Form of Political Trust, in: *The British Journal of Politics and International Relations*, 13, 269–275.

Infratest (1988): Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation. Einstellungen und Verhaltensweisen von DDR-Bewohnern und DDR-Besuchern (I. und II. Welle). Zusammenfassender Bericht, Band 4, Dezember.

Infratest (1990): Die Meinung der DDR-Bürger im deutschen Vereinigungsprozess von Mai bis August 1990. Kontinuierliche Beobachtung der politischen Lage in der DDR. Analyseband, November, München.

Infratest Dimap (2012): Ost- und Westdeutsche sind sich näher gekommen. http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/ost-und-westdeutsche-sind-sich-naeher-gekommen/ (9.12.2014).

Inglehart, Ronald (1971): The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: *American Political Science Review*, 65, 4, 991 – 1002.

Inglehart, Ronald (1983): Changing Paradigms in Comparative Political Behavior, in: *Finifter (Hrsg.)*: Political Science. Portrait of a Discipline. Washington: The American Political Science Association, 429-469.

Jasper, Gotthard (1989): Die disqualifizierten Opfer. Der Kalte Krieg und die Entschädigung für Kommunisten, in: *Herbst/ Goschler (Hrsg.)*, Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München, 361 – 384.

Kaase, Max (1976): Bedingungen unkonventionellen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, in: *PVS-Sonderheft* 1976, 179 – 215.

Kaase, Max (1981): Politische Beteiligung und politische Ungleichheit: Betrachtungen zu einem Paradoxon, in: *Albertin / Link (Hrsg.)*: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Düsseldorf: Droste, 363-377.

Kaase, Max (1982): Partizipatorische Revolution. Ende der Parteien? In: *Raschke (Hrsg.),* Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen, 119 – 326.

Kaase, Max (1985): Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien, in: *Matz (Hrsg.)*: Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Heft 2. Köln u.a.: Heymanns, 99-125

Kaase, Max / Barnes, Samuel H. (1979): In Conclusion: The Future of Political Protest in Western Democracies, in: *Barnes / Kaase u. a.:* Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills und London: Sage, 523-536.

Kaase, Max/ Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) (1989): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde, Opladen.

Kaase, Max / Marsh, Alan (1979a): Political Action. A Theoretical Perspective, in: *Barnes/ Kaase u. a.:* Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills und London: Sage, 27-56.

Kaase, Max /Marsh, Alan (1979b): Political Action Repertory: Changes over Time and a New Typology, in: *Barnes / Kaase u. a.:* Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills und London: Sage, 137-166.

Kähler, Ove K. (1999): Der Gigangt hinter'm Zaum: der Prozess der deutschen Wiedervereinigung im Spiegel der polnischen Presse, Magisterarbeit der Universität Mainz.

Kaina, Viktoria (2002): Elitenvertrauen und Demokratie. Zur Akzeptanz gesellschaftlicher Führungskräfte im vereinten Deutschland, Wiesbaden.

Kaspar, Hanna / Falter, Jürgen W. (2009): Angenähert oder ausdifferenziert? Das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bei der Bundestagswahl 2005, in: *Gabriel / Weßels /Falter (Hrsg.)*: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 202-227.

Klages, Helmut/ Paulus, Petra (1996). Direkte Demokratie in Deutschland: Impulse aus der deutschen Einheit, Marburg: Schüren.

Klein, Markus (1998): Was bleibt von der friedlichen Revolution? Plebiszitäre Orientierungen im vereinten Deutschland, in: *Meulemann (Hrsg.)*: Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske + Budrich, 153-176.

Klingemann, Hans-Dieter (1999): Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis, in: *Norris (Hrsg.)*: Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. Oxford u. a.: Oxford University Press, 31-56.

Klingemann, Hans-Dieter/ Voltmer, Katrin (1989): Massenmedien als Brücke zur Welt der Politik. In: Kaase, Max/ Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde, Opladen, 221-238.

Knobloch, Silvia/ Stürzebecher, Dieter/ Schönbach, Kalus/ Eggert, Angelika (1997): Inhalt und Gestaltung von Tageszeitungen 1989 und 1994. In: *Schönbach, Klaus* (Hrsg.): Zeitungen in den Neunzigern – Faktoren ihres Erfolgs: 350 Tageszeitungsausgaben auf dem Prüfstand, Bonn, 31-52.

Köhler, Anne (1992): Marschierte der DDR-Bürger im Geiste mit? Systemidentifikation der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende, in: *Gerhardt/ Mochmann (Hrsg.),* Gesellschaftlicher Umbruch 1945 – 1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse, München, 59 – 79.

Köhler, Anne (1994): Nationalbewusstsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage. Eine Auswahl themenrelevanter Untersuchungsergebnisse der Infratest Kommunikationsforschung, zusammengestellt im Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Januar.

Kollmorgen, Raj/ Hans, Thorsten (2011): Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit. In: *Kollmorgen, Raj/ Koch, Frank Thomas/ Dienel, Hans-Liudger* (Hrsg.): Diskurse der Deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden, 107-165.

Kollmorgen, Raj/ Koch, Frank Thomas/ Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.) (2011): Diskurse der Deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden.

Kollmorgen, Raj/ Koch, Frank Thomas/ Dienel, Hans-Liudger (2011). Diskurse der deutschen Einheit: Forschungsinteressen und Forschungsperspektiven des Bandes. In: *Kollmorgen, Raj/ Koch,*

Frank Thomas/ Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.) (2011): Diskurse der Deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden, 7-23.

Kolmer, Christian (2009). Nachrichten aus einer Krisenregion. Das Bild Ostdeutschlands und der DDR in den Medien 1994-2007. In: *Ahbe, Thomas/ Gries, Rainer/ Schmale, Wolfgang* (Hrsg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig, 181-214.

Korngiebel, Wilfried/ Link, Jürgen (1992): Von einstürzenden Mauern, europäischen Zügen und deutschen Autos. Die Wiedervereinigung in Bildern und Sprachbildern der Medien. In: *Bohn, Rainer/ Hickethier, Knut/ Müller, Eggo* (Hrsg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin, 31-54.

Krause, Alexandra u.a. (2012): Generalisierung von Unsicherheit? Transformation des ost-westdeutschen Arbeitsmarktes, in: *Best/Holtmann* (2012), 222 – 235.

Krimmel, Iris (2000): Politische Beteiligung in Deutschland – Strukturen und Erklärungsfaktoren, in: *Falter / Gabriel / Rattinger (Hrsg.)*: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, 609-639.

Küpper, Norbert (1992): Zeitung machen – Zeitung lesen, in: Vierteljahreshefte für Media- und Werbewirkung, 2. 17-21.

Leidecker, Melanie (im Druck): Der Aufmacher-Artikel deutscher Tageszeitungen. Entstehung und Erscheinungsformen im Vergleich, Köln/ Weimar/ Wien.

Leidecker, Melanie/ Wilke, Jürgen (2014): Langweilig? Wieso langweilig? Die Presseberichterstattung zur Bundestagswahl 2013. In: *Holtz-Bacha, Christina* (Hrsg.). Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, 145-172.

Lepsius, M. Rainer (1995): Das Legat zweier Diktaturen für die demokratische Kultur im vereinigten Deutschland, in: *Holtmann/Sahner (Hrsg.),* Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen, Opladen, 25 – 39.

Levi, Margaret (1998): A State of Trust, in: *Braithwaite / Levi (Hrsg.)*: Trust and Governance, New York: Russell Sage, 77-101.

Lijphart, Arend (1997): Unequal Participation. Democracy's Unresolved Dilemma, in: *American Political Science Review* 91, 1-14.

Linde, Jonas / Ekman, Joakim (2003), Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics, in: European Journal of Political Research 42, 391–408.

Lippman, Walter (1922): Public Opinion, New York.

Lipset, Seymour M. ([1959] 1981): Political Man. The Social Bases of Politics. Neuaufl., Baltimore. The John Hopkins University Press.

Lipset, Seymour M. (1969): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *Cnudde / Neubauer (Hrsg.)*: Empirical Democratic Theory, Chicago: Markham, 151-192.

Lipset, Seymour M. / Schneider, William (1983): The Confidence Gap. Business, Labor and Government in the Public Mind. New York/London: The Press Press and Collier MacMillan.

Lobe, Tobias (2002): BILD ist Marke. Markenorganismus BILD. Eine Analyse, Hamburg.

Löser, Martin (2013): Wende und Wiedervereinigung in der Presse. Untersuchungen zur Berichterstattung in regionalen und überregionalen Tageszeitungen anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der friedlichen Revolution von 1989, Dissertation der Universität Leipzig.

Maier, Jürgen (2000): Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland, in: *Falter / Gabriel / Rattinger (Hrsg.)*: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, 141-171.

Maier, Michaela (2010): Forschungslogik und Methode. In: *Maier, Michaela/ Stengel, Karin/ Marschall, Joachim* (Hrsg.): Nachrichtenwerttheorie, Baden-Baden, 49-72.

Mannheim, Karl ([1928] 1972): The Problem of Generations, in: *Altbach / Laufer (Hrsg.)*: The New Pilgrims, New York: Mc Kay.

Marien, Sofie (2011): Measuring Political Trust Across Time and Space, in: *Zmerli / Hooghe (Hrsg.)*: Political Trust. Why context matters, Wivenhoe Park: ECPR Press, 13-45.

Marsh, Alan /Kaase, Max (1979): Background of Political Action, in: *Barnes / Kaase u. a.*: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills and London: Sage, 97-136.

Martin, Irene / van Deth, Jan W. (2007): Political Involvement, in: *van Deth / Ramón Montero / Westholm (Hrsg.)*: Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis, London/ New York: Routledge, 303-333.

Maurer, Marcus/ Reinemann, Carsten (2006): Medieninhalte. Eine Einführung, Wiesbaden.

Media Tenor (2010): ARD, RTL + ZDF-Nachrichten tragen wenig zum Verständnis der Einheit bei. Berichterstattung über die Deutsche Einheit und die DDR in den Hauptnachrichtensendungen von ARD, RTL und ZDF Jan 1996 – Sep 2010, Newsletter des Media Tenors.

Media Tenor (2014): 25 Jahre Deutsche Einheit: Übergang zur Tagesordnung und viel Negativität. http://de.mediatenor.com/de/bibliothek/newsletter/481/25-jahre-deutsche-einheit-uebergang-zur-tagesordnung-und-viel-negativitaet (1. Oktober 2014).

Meisel, Dirk (1995): Kommunale Selbstverwaltung im Umbruch. Entscheidungsprozesse in einer ostdeutschen Stadt nach der Wende, Bornheim.

Meloen, Jos D. (1993): The F-Scale as a Predictor of Fascism. An Overview of 40 Years of Authoritarianism Research. In: *Lederer et al. (Hrsg.)*: Strength and Weakness. The Authoritarian Personality Today, Springer Verlag, New York, S. 47-69.

Merkel, Wolfgang (1996): Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: *von Beyme / Offe (Hrsg.)*: Politische Theorien in der Ära der Transformation. Sonderheft 26 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen: Westdeutscher Verlag, 30-58.

Merkel, Wolfgang (2010): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: *Schrenk / Soldner (Hrsg.)*: Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 545-562.

Merritt, Anna J./Merritt, Richard L. (eds.) 1980: Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949 – 1955, Urbana – Chicago – New York.

Merritt, Anna J./Merritt, Richard L. (eds.) (1970): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945 – 1949, Urbana – Chicago – New York.

Milbrath, Lester W. (1965): Political participation: How and why do people get involved in politics? Chicago.

Miller, Arthur H. (1974a): Political Issues and Trust in Government, in: *American Political Science Review* 68, 951-972.

Miller, Arthur H. (1974b): Rejoinder to 'Comment' by Jack Citrin: Political Discontent or Ritualism? In: *American Political Science Review* 68, 989-1001.

Miller, Arthur H. / Listhaug, Ola (1990): Political Parties and Confidence in Government: A Comparison of Norway, Sweden and the United States, in: *British Journal of Political Science* 20, 357-386.

NDR (2014): Fast jeder zweite Deutsche war schon mal in MV. http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Fast-jeder-zweite-Deutsche-war-schonmal-in-MV,landesmarketing108.html (9.12.2014).

Newton, Kenneth (1997): Social Capital and Democracy, in: *American Behavioral Scientist*, 40, 575-586.

Newton, Kenneth (1999): Social and Political Trust in Established Democracies, in: *Norris (Hrsg.)*: Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. Oxford: Oxford University Press, 169-187.

Niedermayer, Oskar (2005): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Norris, Pippa (2002): Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge: Cambrigde University Press.

Paxton, Pamela (2002), 'Social Capital and Democracy: An Interdependent Relationship', in: *American Sociological Review* 67, 254-277.

Pierson, Paul (2004): Politics in Time: History, Institutions and Social Analysis, New York.

Pollack, Detlef (2000): Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen.

Ponzi, Mauro (1992): Die Verwirrung von Babel als Unterhaltungsprogramm. Die italienische Medienrezeption der deutschen Wende. In: *Bohn, Rainer/ Hickethier, Knut/ Müller, Eggo* (Hrsg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin, 281-288.

Pürer, Heinz (2014): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch, Konstanz, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage.

Pürer, Heinz/ Raabe, Johannes (2007): Presse in Deutschland, Konstanz, 3., völlig neu überarbeitete und erweiterte Auflage.

Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton u.a.: Princeton University Press.

Rattinger, Hans / Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. (Hrsg.) (2007): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wahlverhaltens im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden: Nomos.

Richatz, Jens (Hrsg.) (2005): Mediendiskurse deutsch/deutsch, Weimar.

Rohe, Karl (1984): Politisches System und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland: Befunde, Probleme, Perspektiven *(Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung)*, Braunschweig.

Rohe, Karl (1993): The State Tradition in Germany: Continuities and Changes, in: *Berg-Schlosser/ Rytlewski (eds.)*, Political Culture in Germany, Basingstoke/London, 215 – 231.

Rohrschneider, Robert (1999): Learning Democracy: Democratic and Economic Values in Unified Germany, Oxford: Oxford University Press.

Rohrschneider, Robert / Schmitt-Beck, Ruediger (2003): Trust in Democratic Institutions in Germany: Theory and Evidence Ten Years After Unification, in: *German Politics* 11, 35-58.

Roller, Edeltraud (1997): Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: *Gabriel (Hrsg.)*, Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, 115 – 146.

Roller, Edeltraud (1999): Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des sozialkulturellen Wertewandels, in: *Ellwein/ Holtmann* (1999), 229 – 246.

Rössler, Patrick (2005): Inhaltsanalyse, Konstanz.

Roth, Kersten Sven (2004): Wie man über ‚den Osten' spricht – Die ‚neuen Länder' im bundesdeutschen Diskurs, in: gfl-journal, 2. 16-36.

Roth, Kersten Sven/ Wienen, Markus (Hrsg.) (2008): Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West, Bremen.

Rother, Rainer (1992). Jahrestag – Fernsehtag. Der 9.11.89 im TV, ein Jahr danach. In: *Bohn, Rainer/ Hickethier, Knut/ Müller, Eggo* (Hrsg.): Mauer-Show. Das Ende der DDR, die deutsche Einheit und die Medien, Berlin, 157-174.

Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hrsg.) (1987): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland (bpb Schriftenreihe Band 252), Bonn.

Schattschneider, Elmer E. (1960): The Semisovereign People. A Realists View of Democracy in America. New York: Holt, Rinehart, and Winston.

Scheuch, Erwin K. / Scheuch, Ute (1991): Wie deutsch sind die Deutschen? Eine Nation wandelt ihr Gesicht, Bergisch Gladbach: Lübbe.

Schlozman, Kai Lehman, Verba, Sidney /Brady, Henry (2012): The Unheavenly Chorus: Unequal Political Voice and the Broken Promise of American Democracy, Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Schmidt, Peter et al. (1995). Entwicklung einer Kurzskala zur Messung von Autoritarismus. In: *Lederer et al. (Hrsg.)*: Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen von 1945 bis 1993, Leske & Budrich, Opladen, S. 221-227.

Schmitt-Beck, Rüdiger / Weins, Cornelia (1997): Neue soziale Bewegungen und politischer Protest im Osten Deutschlands, in: *Gabriel (Hrsg.)*: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, 321-351.

Schmitter, Phillipe (1974): Still the Century of Corporatism? In: *The Review of Politics*, 36, No 1, 85ff.

Schneider, Wolf/ Raue, Paul-Josef (2008): Das neue Handbuch des Journalismus, Hamburg, 4. Auflage.

Schröder, Klaus (1998): Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München.

Schulz, Winfried (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg (Breisgau)/ München.

Schulz, Winfried (2001): Politische Mobilisierung durch Mediennutzung? Beziehungen zwischen Kommunikationsverhalten, politischer Kompetenz und Partizipationsbereitschaft. In: *Koch, Achim/ Wasmer, Martina/ Schmidt, Peter* (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Leverkusen, 169-194.

Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, Wiesbaden, 3., überarbeitete Auflage.

SFB 580/ 2007: Fortsetzungsantrag des Sonderforschungsbereichs 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung" für die Jahre 2008 – 2012, Jena/Halle (unveröffentlicht).

SFB 2010: Werden wir ein Volk? Deutsche Einheit im Spiegel von Bevölkerung und Führungskräften (Veröffentlichung des SFB 580), Jena.

Siewert, Hans-Jörg (1977): Der Verein – zur lokalpolitischen und sozialen Funktion der Vereine in der Gemeinde, in: *Wehling (Hrsg.)*: Dorfpolitik, Opladen.

Silbereisen, Rainer K./ Tomasik, Martin J./ Reitzle, Matthias (2012): Sozialer Wandel und subjektives Wohlbefinden: Die Rolle von Anforderungen, Bewältigung, Ressourcen und Kontexten, in: *Best/ Holtmann* (2012), 305 – 327.

Smith, Daniel A. / Tolbert, Caroline J. (2004): Educated by Initiative. The Effects of Direct Democracy on Citizens and Political Organizations in the American States. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Smith, Graham (2009): Democratic Innovations. Designing Institutions for Citizen Participation. Cambridge et .al.: Cambridge University Press.

Sniderman, Paul M. (1981): A Question of Loyalty, Berkeley et al.: The University of California Press.

Specht, Karl Gustav (1965): Artikel "Gemeinschaft", in: *Beckerath u.a (Hrsg.)*: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 4, Stuttgart usw., 329 – 331.

Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden: Nomos.

Thaysen, Uwe (1990): Der Runde Tisch oder wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Uehlinger, Hans Martin (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Urban, Juliane (2011): Journalistische Wichtigkeitszuschreibungen im Agenda Setting-Prozess. Zum Einfluss einer bisher vernachlässigten Größe, in: Medien- und Kommunikationswissenschaft, 59 (3), 379-400.

van Deth, Jan W. (1997): Formen konventioneller politischer Partizipation: Ein neues Leben alter Dinosaurier, in: *Gabriel (Hrsg)*: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, 291-319.

van Deth, Jan W. (2001): Soziale und politische Beteiligung. Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge, in: *Koch / Wasmer / Schmidt (Hrsg.)*: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen: Leske + Budrich, 195-219.

van Deth, Jan W. (2004): Politisches Interesse, in: *van Deth (Hrsg.)*: Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 275-292.

van Deth, Jan W. (2009): Politische Partizipation, in: *Kaina / Römmele (Hrsg.)*: Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 141-161.

van Deth, Jan W. (2012): Demokratische Bürgertugenden, in: *Keil / van Deth (Hrsg.)*: Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008, Baden-Baden: Nomos, 363-390.

van Deth, Jan W. (2013): Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie, in: *Politische Bildung*. 46, 9-21.

Verba, Sidney / Nie, Norman H. (1972): Participation in America, Political Democracy and Social Equality, New York. Harper & Row.

Vetter, Angelika / Maier, Jürgen (2005): Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994 – 2002, in: *Gabriel / Falter / Rattinger (Hrsg.)*: Wächst zusammen, was zusammen gehört? Baden-Baden: Nomos, 51-90.

Walter-Rogg, Melanie (2005): Politisches Vertrauen ist gut – Misstrauen ist besser? Ausmaß und Ausstrahlungseffekte des Politiker- und Institutionenvertrauens im vereinigten Deutschland, in: *Gabriel / Falter / Rattinger (Hrsg.)*: Wächst zusammen, was zusammen gehört? Baden-Baden: Nomos, 129-186.

Walz, Dieter (1997): Einstellungen zu den politischen Institutionen, in: *Gabriel (Hrsg.)*: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, 147-165.

Walz, Dieter / Brunner, Wolfram (2000): Das politische Institutionenvertrauen in den 90er Jahren, in: *Falter / Gabriel / Rattinger (Hrsg.)*: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, 175-208.

Weber, Max (1976): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Auflage Tübingen.

Westle, Bettina (1994): Politische Partizipation. In: *Gabriel / Brettschneider (Hrsg.)*: Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte, 2. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, 137-173.

Wilke, Jürgen (2004): Die Visualisierung der Wahlkampfberichterstattung in Tageszeitungen 1949 bis 2002. In: *Knieper, Thomas/ Müller, Marion G.* (Hrsg.): Visuelle Wahlkampfkommunikation, Köln, 210-230.

Wilke, Jürgen/Leidecker, Melanie (2010): Ein Wahlkampf, der keiner war? Die Presseberichterstattung zur Bundestagswahl 2009 im Langzeitvergleich. In: *Holtz-Bacha (Hrsg.)*: Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009, Wiesbaden. 339–372.

Wilke, Jürgen/ Leidecker, Melanie (2013): Regional – National – Supranational. Wahlkampfberichterstattung in Deutschland auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems, In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 44 (1). 158-176.

Wilke, Jürgen/ Reinemann, Carsten (2009): Seriös – boulevardesk – kompakt: Wahlkampfberichterstattung 2005 in der deutschen Tagespresse. In: *Oberreuter, Heinrich* (Hrsg.): Unentschieden. Die erzwungene Koalition, München, 141-173.

Ziekow, Jan (2012): Neue Formen der Bürgerbeteiligung? Planung und Zulassung von Projekten in der parlamentarischen Demokratie. Gutachten D zum 69. Deutschen Juristentag, München: C. H. Beck.

Zmerli, Sonja (2004): Politisches Vertrauen und Unterstützung, in: *van Deth (Hrsg.)*: Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 229-255.

Zmerli, Sonja (2012): Soziales und politisches Vertrauen, in: *Keil / van Deth (Hrsg.)*: Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008, Baden-Baden: Nomos, 139-172.

Zukin, Cliff / Keeter, Scott / Andolina, Molly / Jenkins, Krista / Delli Carpini, Michael X. (2006): A New Engagement? Political Participation, Civic Life, and the Changing American Citizen. New York: Oxford University Press.

14 Fragebogen Deutschland 2014

Die genauen Daten zur Feldphase, Gewichtung und anderen die Studie betreffenden Merkmalen finden Sie in detaillierter Form im Methodenbericht aufgeführt. Die genauen Auszählungen aller abgefragten Themenkomplexe und Variablen aufgeschlüsselt nach ausgewählten Indikatoren finden Sie in den 3 Tabellenbänden.

Frage 1. **Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden: Fühlen Sie sich mit … sehr stark, ziemlich stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht verbunden?**
(keine Randomvorlage)

a) Europa
b) Gesamtdeutschland
c) Westdeutschland
d) Ostdeutschland
e) Ihrem Bundesland
f) dem Ort, in dem Sie wohnen

sehr stark
ziemlich stark
mittelmäßig
weniger stark
überhaupt nicht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 2. **Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben? Sind Sie alles in allem …**

sehr zufrieden
ziemlich zufrieden
teils/teils
ziemlich unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 3. **Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage ...? Ist sie Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, teils/teils, schlecht oder sehr schlecht?**
(keine Randomvorlage)

a) in Gesamtdeutschland
b) in Ostdeutschland
c) in Westdeutschland

Und wie ist das mit...

d) Ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage

sehr gut
gut
teils/teils
schlecht
sehr schlecht?

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 4. **Und wie beurteilen Sie die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage ...? Wird sie sehr gut, gut, teils/teils, schlecht oder sehr schlecht sein?**
(keine Randomvorlage)

a) in Gesamtdeutschland
b) in Ostdeutschland
c) Westdeutschland

Bzw. die ...

d) Ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage

sehr gut
gut
teils/teils
schlecht
sehr schlecht?

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 5. **Wenn Sie an die Menschen in Ihrer Stadt/Gemeinde oder Nachbarschaft denken, wie sehr würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.**

a) Die Leute hier kommen gut miteinander aus.
b) Die Leute hier helfen sich gegenseitig.
c) Man kann den Leuten hier vertrauen.
d) Ich kenne die meisten Menschen in meiner Nachbarschaft.
e) Wenn es darauf ankommt halten die Menschen hier zusammen.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 6. **Bitte geben Sie bei den folgenden Aussagen jeweils an, inwieweit diese auf Sie persönlich zutrifft, und zwar, ob sie voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, teils/teils zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar nicht zutrifft.**

a) In schwierigen Situationen kann ich mich auf meine Fähigkeiten verlassen.
b) Die meisten Probleme kann ich aus eigener Kraft gut meistern.
c) Auch anstrengende und komplizierte Aufgaben kann ich in der Regel gut lösen.
d) Wenn eine neue Sache auf mich zukommt, weiß ich, wie ich damit umgehen kann.

trifft voll und ganz zu
trifft eher zu
teils/teils
trifft eher nicht zu
trifft gar nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 7. **A) Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre? (An 18jährige und älter)**
B) Stellen Sie sich bitte einmal vor, Sie wären bei Bundestagswahlen wahlberechtigt: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre? (An 14-17jährige)
****Interviewer: Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!*
****Interviewer: Nur bei Nachfragen: Gemeint ist die Zweitstimme.*

CDU/CSU
SPD
FDP
DIE LINKE
Bündnis 90 / Die Grünen
NPD
Freie Wähler
PIRATEN
Alternative für Deutschland/AfD
Andere Partei: _____ **INT: Bitte eintragen!

**würde nicht wählen	➔Frage 8
**würde ungültig wählen	➔Frage 8
**Bin noch nicht wahlberechtigt	siehe oben B)
**weiß nicht	➔Frage 8
**keine Angabe	➔Frage 8

Frage 8. **Welche Partei käme für Sie noch am ehesten in Frage?**
****Interviewer: Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!*
****Interviewer: Nur bei Nachfragen: Gemeint ist die Zweitstimme.*

Liste siehe Frage 7

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 9. Im Folgenden stellen wir Ihnen einige Fragen zu Ihrer Einschätzung der Demokratie. Glauben Sie, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, oder gibt es Ihrer Meinung nach eine andere Staatsform, die besser ist?

Die Demokratie ist die beste Staatsform.
Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 10. Und Glauben Sie, dass die Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik haben, die beste Staatsform ist oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?

Die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform.
Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 11. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, alles in allem ...

sehr zufrieden
ziemlich zufrieden
teils/teils
ziemlich unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 12. Nun lese ich Ihnen noch zwei verschiedene Auffassungen über die Demokratie vor. Bitte sagen Sie mir, welcher dieser Aussagen Sie eher zustimmen.
(keine Randomvorlage)

Die erste Aussage lautet: ...

(1) Ich bin für eine repräsentative Demokratie, also dafür, dass das Volk das Parlament wählt und dann das Parlament die politischen Entscheidungen trifft und dafür auch die Verantwortung übernimmt.

Die zweite Aussage lautet: ...

(2) Ich bin für eine direkte Demokratie, also dafür dass möglichst viele Entscheidungen von den Bürgern direkt und für alle verbindlich in Volksabstimmungen getroffen werden.

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 13. Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Allgemeinen: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

sehr stark
ziemlich stark
mittelmäßig
weniger stark
überhaupt nicht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 14. Wenn Sie einmal an eine normale Woche in der letzten Zeit denken: An wie vielen von den 7 Wochentagen informieren Sie sich in den Medien (Zeitung, Fernsehen, Internet) über das aktuelle politische Tagesgeschehen?

An ___ Tagen

**weiß nicht **keine Angabe **Spontan: Seltener, nicht jede Woche
informiere mich nicht über Politik **Filter → weiter mit Frage 18

Frage 15. Was ist dabei Ihre Hauptinformationsquelle: Fernsehen, Radio, Tageszeitung oder Internet?

Fernsehen
Radio
Tageszeitung
Internet (Computer, Smartphone, Apps etc.)

**weiß nicht **keine Angabe **sonstige Medien

Frage 16. Wenn Sie sich im Fernsehen über Politik informieren, würden Sie uns bitte sagenwelchen Sender Sie da in der Regel bevorzugen?
[Nur eine Nennung, evtl. Senderliste verwenden und Nummer einsetzen]?

Sender bzw. Nummer:_____

**weiß nicht **keine Angabe **sehe nie Fernsehen/habe keinen Fernseher

Frage 17. Und wie ist das wenn sie sich in der Tageszeitung über das aktuelle politische Geschehen informieren?
(keine Randomvorlage)

Bevorzugen sie da…

eine überregionale Tageszeitung (SZ, FAZ, die Welt, Handelsblatt, taz)
eine Tageszeitung Ihrer Region oder
die Bildzeitung

**weiß nicht **keine Angabe **sonstiges **lese nie Tageszeitung

Frage 18. Wenn Sie einmal an die Medienberichterstattung über die Deutsche Einheit denken: Wie wird die Deutsche Einheit Ihrer Meinung nach heute – alles in allem – in den Medien dargestellt?

Sehr negativ
Eher negativ
Neutral
Eher positiv
Sehr positiv

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 19. Hat sich diese Darstellung Ihrer Meinung nach in den letzten Jahren verändert?

Ja, über die Deutsche Einheit wird heute positiver berichtet als früher.
Ja, über die Deutsche Einheit wird heute negativer berichtet als früher.
Nein, die Darstellung der Deutschen Einheit hat sich nicht verändert.

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 20. Viele Leute verwenden die Begriffe 'links' und 'rechts', wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) denken, wo würden Sie sich einordnen?

Links				**<-**	**Mitte**	**->**				**Rechts**
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 21. Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel glauben Sie, erhalten Sie persönlich?

erhalte mehr als gerechten Anteil
erhalte gerechten Anteil
erhalte weniger als gerechten Anteil

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 22. **Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder aber zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Ich lese Ihnen nun einige Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie das im Verlauf der letzten 12 Monate unternommen haben oder nicht.**

Haben Sie…

a) Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen?
b) in einer politischen Partei mitgearbeitet?
c) in einer anderen Organisation oder in einem anderen Verband oder Verein mitgearbeitet?
d) sich an einer Unterschriftensammlung oder Online Petition beteiligt?
e) ein Bürgerbegehren oder Volksbegehren unterschrieben oder bei einem Bürgerentscheid / Volksentscheid die Stimme abgegeben?
f) an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?
g) bestimmte Produkte boykottiert?
h) In Bürgerversammlungen, Bürgerdialogen oder in Planungsverfahren mitdiskutiert oder Vorschläge für einen Bürgerhaushalt gemacht.
i) In sozialen Netzwerken im Internet, wie Facebook, Twitter oder anderen, etwa zu Politik oder Politikern geschrieben.

Ja, Habe ich unternommen
Nein, habe ich nicht unternommen

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 23. **Nun noch einige Fragen zur Beteiligung an Wahlen. Habe Sie an der letzten … teilgenommen?**
(keine Randomvorlage)

a) Kommunalwahl
b) Landtagswahl
c) Bundestagswahl (September 2013)
d) Europawahl (Mai 2014)

Ja
Nein

**weiß ich nicht mehr **keine Angabe

Frage 24. **Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Gruppen und Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie ihr voll und ganz, weitgehend, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen.**
*(Randomisieren **b** bis **h**; **a** immer als erstes **i** immer als letztes Item!)*

a) den politischen Parteien im Allgemeinen

b) dem Bundestag
c) den Gerichten
d) der öffentlichen Verwaltung
e) den Politikern
f) der Polizei
g) dem europäischen Parlament
h) den Vereinten Nationen (UN, UNO)

und wie ist das mit…

i) der Partei, der Sie sich verbunden fühlen.

vertraue ich voll und ganz
vertraue ich weitgehend
vertraue ich teilweise
vertraue ich eher nicht
vertraue ich überhaupt nicht
(nur für i) fühle mich mit keiner Partei verbunden

**weiß nicht **keine Angabe **

Frage 25. **(Wenn ZP unter 35 Jahren) Auch wenn Sie die damalige DDR-Zeit (Stichprobe OST) bzw. die Zeit in der damaligen Bundesrepublik (SP West) vor 1990 nicht mehr oder nur kurz erlebt haben, haben Sie ja sicher durch Erzählungen oder aus den Medien über die damalige Situation erfahren. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene politische und gesellschaftliche Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation in Ostdeutschland (SP Ost) bzw. Westdeutschland (SP West) Ihrer Meinung nach, seit der Vereinigung im Vergleich zum Leben in der DDR (SP Ost) bzw. der damaligen Bundesrepublik (SP West) stark verbessert, etwas verbessert, etwas verschlechtert, stark verschlechtert oder kaum verändert hat?**

(Wenn ZP 35 Jahre und älter) Denken Sie noch einmal an Ihr Leben in der damaligen DDR (SP OST) bzw. der damaligen Bundesrepublik (SP West) vor 1990 zurück. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene politische und gesellschaftliche Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation im heutigen Ostdeutschland (SP Ost) bzw. Westdeutschland (SP West) Ihrer Meinung nach, seit der Vereinigung im Vergleich zum Leben in der DDR (SP Ost) bzw. der damaligen Bundesrepublik (SP West) stark verbessert, etwas verbessert, etwas verschlechtert, stark verschlechtert oder kaum verändert hat?

a) Die soziale Gerechtigkeit
b) Die soziale Absicherung
c) Der Zusammenhalt der Menschen untereinander
d) Das eigene Wohlfühlen in der Gesellschaft
e) Die Gleichberechtigung von Mann und Frau
f) Der Schutz der Bürger vor Verbrechen
g) Das Bildungssystem
h) Das Gesundheitssystem
i) Die Kinderbetreuung
j) Die Anerkennung persönlicher Leistungen
k) Die Chancen, es im Leben zu etwas zu bringen

stark verbessert
etwas verbessert
nicht verändert
etwas verschlechtert
stark verschlechtert

**Spontan: alles schlechter bzw. nichts ist besser geworden **weiß nicht **keine Angabe

Frage 26. **A) Würden Sie sagen, dass für Deutschland insgesamt alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?**
B) Und wie ist das für die neuen Bundesländer/ Ostdeutschland, überwiegen da alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?
C)Und für die alten Bundesländer / Westdeutschland, überwiegen da alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?

Vorteile überwiegen
Nachteile überwiegen

**Spontan: Weder noch, hält sich die Waage **weiß nicht **keine Angabe

Frage 27. Und wie ist das für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?

Vorteile überwiegen
Nachteile überwiegen

**Spontan: Weder noch, hält sich die Waage **weiß nicht **keine Angabe

**Frage 28. Jetzt folgen einige Sätze, die Sie bestimmt schon irgendwann einmal gehört haben. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie ihm voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils,
eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.**

a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.
b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
c) Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
d) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.
e) Das politische System der DDR war eine Diktatur.
f) In der Bundesrepublik Deutschland fühle ich mich politisch zu Hause.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 29. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage anhand einer Skala von 1 bis 5, ob Sie dieser zustimmen oder nicht. Der Wert 1 bedeutet, dass Sie voll und ganz zustimmen, 5 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zustimmen Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

a) Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
b) Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.
c) Politiker kümmert, was einfache Leute denken.
d) Die ganze Politik ist so kompliziert, dass normale Bürger nicht verstehen, was vorgeht.
e) Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
f) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 30. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Punkten? Sagen Sie uns bitte inwieweit die folgenden Dinge eher in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten oder nicht.

a) Einkommenssicherung im Notfall
b) Altersvorsorge/Rente
c) Gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherstellen
d) Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard sichern
e) Einkommenssicherung während der Ausbildung
f) Einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will
g) Kontrolle der Löhne und Gehälter
h) Kontrolle der Preise
i) Einkommensunterschiede abbauen
j) angemessenen und preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellen
k) der Industrie helfen ihren Wachstum zu sichern

Sollte eher in der Verantwortung des Staates liegen
Sollte eher nicht in der Verantwortung des Staates liegen

**weiß nicht **keine Angabe **weder noch

Abschließend benötigen wir von Ihnen noch einige statistische Angaben. Wir möchten Sie nochmal daraufhin weisen das diese Daten, wie auch alle anderen, absolut anonym gehalten werden.

Demografie

S1 ***Interviewer bitte eintragen:***

Männlich
Weiblich

S2 **Und nun noch einige Fragen zu Ihrer Person:**
Darf ich fragen, wie alt Sie sind?

Alter: _____

S3 **Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie oder haben Sie einen Hoch- bzw. Fachhochschulabschluss?**
INT: Vorgaben nur vorlesen, wenn keine spontane Nennung. Nur eine Nennung möglich! Nur höchsten Schulabschluss gelten lassen!

- **Schule beendet ohne Abschluss**
- **Volks-/Hauptschulabschluss / Abschluss 8. oder 9. Klasse POS**
- **Mittlere Reife, Realschulabschluss / Abschluss 10. Klasse POS**
- **Abitur, Fachhochschulreife, Abschluss 12. Klasse EOS**
- **Abgeschlossenes Studium an Hoch- oder Fachhochschule, Universität, Polytechnikum**
- **Noch in Schulausbildung**

****keine Angabe**

S4 **Sind Sie zur Zeit ...**
INT: Unter Erwerbstätigkeit wird jede bezahlte bzw. mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit verstanden, egal welchen zeitlichen Umfang sie hat.

Voll-/Teilzeiterwerbstätig (Auch "Mini-Jobs")	**➔ Frage S5**
In einem „Ein-Euro-Job" tätig	**➔ Frage S5**
In Altersteilzeit (egal welche Phase)	**➔ Frage S5**
Lehrling	**➔ Frage S6**
Arbeitslos (Ohne "Ein-Euro-Job")	**➔ Frage S4B**
Rentner oder Pensionär	**➔ Frage S4B**
Schüler an allgemeinbildender Schule	**➔ Frage S6**
Fachschüler	**➔ Frage S6**
Student	**➔ Frage S6**
Hausfrau/Hausmann	**➔ Frage S4B**
Freiwilliges soziales, kulturelles, ökologisches Jahr, Bundesfreiwilligendienst	**➔ Frage S4B**
Sonstiges	**➔ Frage S4B**
**** Keine Angabe**	**➔ Frage S6**

S4B **Waren Sie früher erwerbstätig?**

Ja	**➔ Frage S5**
Nein, war nie berufstätig	**➔ Frage S6**
****keine Angabe**	**➔ Frage S6**

S5 ***An derzeit Berufstätige:*** **Wie ist Ihre berufliche Stellung. Sind Sie ...**
An früher Berufstätige: **Was war Ihre letzte berufliche Stellung? Waren Sie...**

Arbeiter/in	**➔ S5A**
Angestellte/r	**➔ S5B**
Beamter/in (auch: Berufssoldat/Richter)	**➔ S5C**
Selbständiger Landwirt, Genossenschaftsbauer oder Gärtner	
Akademiker im freien Beruf (z.B. Arzt, Rechtsanwalt, Steuerberater etc.)	
Selbständig im Handel, Gewerbe, Handwerk, Industrie, Dienstleistung, PGH-Mitglied	
Mithelfender Familienangehöriger	
In Ausbildung	
****keine Angabe**	

S5A ***An derzeit Berufstätige:*** **Sind Sie beschäftigt als -**
An früher Berufstätige: **Waren Sie beschäftigt als -.**
*****INT: Vorgaben bitte vorlesen***

Ungelernter / angelernter Arbeiter
Facharbeiter, Geselle
Vorarbeiter, Kolonnenführer/Meister, Polier, Brigadier
****** Keine Angabe**

S5B ***An derzeit Berufstätige:*** **Sind Sie beschäftigt als -**
An früher Berufstätige: **Waren Sie beschäftigt als -**
*****INT: Vorgaben bitte vorlesen***

Ausführende(r) Angestellte(r), z.B. Verkäufer, Schreibkraft
Qualifizierte(r) Angestellte(r), z.B. Sachbearbeiter, Buchhalter
Hochqualifizierte(r) Angestellte(r), z.B. Ingenieur
Leitende(r) Angestellte(r), z.B. Abteilungsleiter, Prokurist
****** Keine Angabe**

S5C ***An derzeit Berufstätige:*** **Sind Sie Sind Sie Beamter -**

An früher Berufstätige: **Waren Sie Sind Sie Beamter -**
INT: Vorgaben bitte vorlesen

im einfachen oder mittleren Dienst
im gehobenen Dienst
im höheren Dienst

**** Keine Angabe**

S6 *(Wenn ZP 25 Jahre und älter)* **Wo haben Sie vor dem Mauerfall 1989 vorwiegend gelebt, war das in Westdeutschland/Westberlin, in Ostdeutschland oder im Ausland?**

Westdeutschland (BRD) bzw. Westberlin(BRD)
Ostdeutschland (DDR) bzw. Ostberlin(DDR)
Ausland

**** Keine Angabe**

(Wenn ZP 14 bis 24 Jahre)
Wo haben Sie bisher vorwiegend gelebt, in Westdeutschland, Ostdeutschland oder im Ausland?

Westdeutschland
Ostdeutschland
Ausland

**** Keine Angabe**

S7 **Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen? Denken Sie bitte auch an Kinder!**

1 TO 9

**** Keine Angabe**

S8 **Und wie viele davon sind Kinder unter 14 Jahren?**

1 TO 9

**** Keine Angabe**

15 Ansprechpartner und Autoren

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Forschungsdirektor

Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Großer Berlin 14
06108 Halle (Saale)

E-Mail: everhard.holtmann@zsh.uni-halle.de

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel

E-Mail: oscar.gabriel@sowi.uni-stuttgart.de

Prof. Dr. Jürgen Maier

E-Mail: maierj@uni-landau.de

Prof. Dr. Michaela Maier

E-Mail: mmaier@uni-landau.de

Dr. Melanie Leidecker

E-Mail: leidecker@uni-landau.de

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

E-Mail: tobias.jaeck@zsh.uni-halle.de

Durchführendes Institut der Umfragestudie:

infatest dimap

Ansprechpartner: Uwe Meergans

E-Mail: uwe.meergans@infratest-dimap.de

Impressum:

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Bezugsquelle:

www.beauftragte-neue-laender.de

Stand:

Februar 2015

Text und Gestaltung:

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Ausführende Projektgruppe:

- Prof. Dr. Everhard Holtmann, Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
- Prof. (i.R.) Dr. Oscar W. Gabriel, Technische Universität Stuttgart,
- Prof. Dr. Jürgen Maier, Universität Landau,
- Prof. Dr. Michaela Maier, Universität Landau,
- Dr. Melanie Leidecker, Universität Landau,
- Dipl. Soz. Tobias Jaeck, Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)

Bevölkerungsumfrage:

Deutsche Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren in Deutschland,
repräsentative Zufallsauswahl, insgesamt 2001 Personen,
Erhebungszeitraum 15. September bis 10. Oktober 2014,
durchführendes Institut: infratest dimap Berlin,
Ansprechpartner: Richard Hilmer, Uwe Meergans

Publikationshinweis:

Diese Studie wird etwa im September 2015 auch als Veröffentlichung in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) erscheinen.

Diese Handreichung ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.